ALFRED VON WEGERER

DER AUSBRUCH DES WELT-KRIEGES

ALFRED VON WEGERER

DER AUSBRUCH DES WELT-KRIEGES

ALFRED VON WEGERER

DER AUSBRUCH DES WELTKRIEGES 1914

A 58.721
2

ALFRED VON WEGERER

DER AUSBRUCH DES WELTKRIEGES 1914

12737

BAND II

HANSEATISCHE VERLAGSANSTALT HAMBURG

32428



34001/2



Gedruckt in der Hanseatischen Verlagsanstalt Aktiengesellschaft, Hamburg-Wandsbek
Copyright 1939 by Hanseatische Verlagsanstalt Aktiengesellschaft, Hamburg 36 / Printed in Germany

2.337/4435

9.V.50

Inhaltsverzeichnis

35. Die ersten Mobilmachungsmaßnahmen in Rußland 1

Petersburg, 26. Juli: Einsetzen der russischen Vormobilmachungsperiode — Teilmobilmachung oder Gesamtmobilmachung? — Pourtalès empfiehlt direkte Aussprache mit Wien — Carlotti bei Sasonow — Unterredung Sasonows mit Szápáry — Mobilmachungsgerüchte — Pourtalès bei Sasonow — Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg — Die diplomatischen Vertreter über die russischen Mobilmachungsmaßnahmen — Straßenkundgebungen für Serbien — Rede Spalajkovićs — Paléologues Hetze gegen Deutschland — Sasonow wünscht britische Solidaritätserklärung — Versuchte Einwirkung auf Rumänien.

36. Diplomatische Entspannung, Fortschreiten der Rüstungen 10

Petersburg, 27. Juli: Direkter Meinungsaustausch und Konferenzvorschlag — Deutsche Bemühungen um österreichisch-russischen Ausgleich — Warnung wegen Mobilmachung — Paléologue — Antwort des Zaren an Alexander — Haager Schiedsgerichtsvorschlag — Petersburger diplomatische Kreise — Sasonow und die serbische Antwortnote — Russische Mobilmachungsvorbereitungen — Grigorowitsch — Besprechung Januschkewitschs mit Danilow — Militärische Hilfe für Serbien und Montenegro — Diplomatenmeldungen über russische Mobilmachung — Beurteilung der Lage in den europäischen Hauptstädten am 27. Juli.

37. Vor der russischen Mobilmachung 18

Petersburg, 28. Juli: Suchomlinow und Januschkewitsch beim Zaren — Pourtalès bei Buchanan — Buchanan bei Sasonow — Pourtalès bricht eine Unterredung mit Sasonow ab — Im Vorzimmer des Außenministers — Szápáry bei Sasonow — Paléologue spricht mit Sasonow — Pourtalès bei Neratow — Pourtalès wieder bei Sasonow — Österreichs Kriegserklärung an Serbien in Petersburg — Sasonow beim Zaren — Aussprache Sasonows mit Januschkewitsch — Kabinettssitzung beim Zaren? — Januschkewitschs Vorankündigung der allgemeinen Mobilmachung — Konferenz im Außenministerium — Erstes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm — Rückkehr zum englischen Vermittlungsvorschlag — Stimmung in Petersburg und bei Hofe — Militärische Nachrichten.

38. Die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn ... 31

Petersburg, 29. Juli: Unterredung Sasonows mit Pourtalès — Mißtrauen an der Sängerbrücke — In Peterhof — Goremykin, dann Januschkewitsch beim Zaren — Ministerrat — Eggeling bei Januschkewitsch — Dobrorolski und der Ukas für die allgemeine Mobilmachung — Wien lehnt direkten Meinungsaustausch über Note ab — Pourtalès frühstückt bei Buchanan — Unterredung Pourtalès' mit Sasonow über Ablehnung des Gedankenaustauschs durch Österreich — Entschluß zur Teilmobilmachung — Unterredung Sasonows mit Buchanan — Szápáry bei Sasonow — Beschießung Belgrads — Pourtalès wieder bei Sasonow — Telegramm Kaiser Wilhelms — Beschluß zur Anordnung der allgemeinen Mobilmachung — Benachrichtigung Iswolskis und Paléolo-

gues — Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm — Zweiter Ministerrat — Dobrorolski auf dem Haupttelegraphenamt — Die Zurücknahme der allgemeinen Mobilmachung — Zweites Kaisertelegramm — Telephongespräch des Zaren mit Suchomlinow und Januschkewitsch — Benachrichtigung Paléologues vom Beschluß der allgemeinen Mobilmachung — Drittes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm — Vierte Unterredung Sasonows mit Pourtalès — Betrachtungen.

39. Die endgültige Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung 56

Petersburg, 30. Juli: Bekanntgabe des Befehls für die Teilmobilmachung — Mitteilungen der Botschafter — Fredericks beim Zaren — Entwurf eines Handschreibens Nikolaus' an den Kaiser — Besprechungen beim Generalstabschef — Telephongespräche mit dem Zaren — Paléologue bei Sasonow — Kriwoscheïn erhält keine Audienz, dagegen Sasonow — Erste Formel Sasonows — Der casus belli — Paléologue und Buchanan wieder bei Sasonow — Frühstück bei Donon — Chelius im Jachtklub — Entscheidende Audienz beim Zaren — Tatischtschew — „Fürchtet Gott! Eine Mutter." — Januschkewitsch kann sein Telephon zerbrechen — Dobrorolski wieder auf dem Telegraphenamt — Ein neues Kaisertelegramm in Peterhof — Pourtalès bei Sasonow — Paléologue richtet Auftrag Vivianis aus — Ein Telegramm Iswolskis ist zu spät gekommen.

40. Berlin zwischen Wien und Petersburg 70

Berlin, 29. Juli: Demarche Szögyénys — Vorausschauende Denkschrift des Generals von Moltke — Deutscher Schritt in Petersburg und Paris — Versuchte Einwirkung auf Petersburg — Verstärkter deutscher Druck auf Wien — Besprechungen in Potsdam — Moltke, Falkenhayn und Jagow beim Kanzler — Bethmann spricht mit Goschen über Österreichs Haltung — Erregte Aussprache Jagows mit Swerbejew — Goschen bei Jagow — Jules Cambon — Bethmanns Neutralitätsangebot an England — Lerchenfeld — Goldstandard Deutschlands — Militärische Maßnahmen — Die Sommation an Belgien.

41. Vergebliche Einwirkung auf Wien 88

Wien, 29. Juli: Proklamation Kaiser Franz Josephs — Übermittlung des Faustpfandvorschlages — Die Auffassungen der Botschafter — Schebeko bei Tschirschky, Bunsen und Dumaine — Unterredung Dumaines mit Tschirschky — Berchtold unterrichtet Burián — Verschleppung der Antwort auf die deutsche Demarche in Wien — Berchtold spricht mit Conrad — Österreichs Ablehnung des englischen Vorschlages, serbische Note als Verhandlungsbasis anzunehmen — Eingänge über russische Mobilmachung — Militärisches — Schweden — Japan.

42. Einlenken Wiens 96

Wien, 30. Juli: Energische Demarche Tschirschkys — Forgách — Conrad bei Berchtold — Nur Schutzwall gegen die Russen — Weisungen nach Petersburg — Wiederaufnahme der direkten Besprechungen — Frühstück bei Berchtold — Erneute Demarche Tschirschkys — Wien und der englische Vermittlungsvorschlag — Conrad wird zu Berchtold gerufen — Audienz in Schönbrunn — Versöhnliche Aussprache Berchtolds mit dem russischen Botschafter — Schebeko der Held des Tages.

43. Abwarten in Berlin 106

Berlin, 30. Juli: Jagow geht zu Goschen — Demarche Szögyénys — Der Reichskanzler an den Botschafter in London — Unterredung Moltkes mit

Fleischmann — Auffassungen des Kaisers — Telegramm an König Georg — Müller-Telegramm — Vorschläge Bethmann Hollwegs — Empfang der Bundesratsbevollmächtigten — Sitzung des Preußischen Staatsministeriums — Unterredung der militärischen Berater beim Kanzler — Moltke spricht mit Bienerth — Das Extrablatt des Lokal-Anzeigers — Gerard — Cambon bei Jagow — Ablehnung der Demarche in Petersburg und Paris — Szögyény bei Zimmermann — Berlin wartet auf die Wiener Antwort — Wilhelm II. an Franz Joseph — Telephongespräch Stumms mit Tschirschky — Auch telegraphische Einwirkung auf Wien — „strained relations" noch nicht erfolgt — Der Kaiser über die Lage — Besprechungen beim Kanzler — Jagow zur Sasonowformel — Haeften bei Moltke.

44. Die Bedrohung Deutschlands durch die russische allgemeine Mobilmachung 124

Berlin, 31. Juli: Meldungen aus Kolno über die russische allgemeine Mobilmachung — Moltke und Falkenhayn bei Bethmann Hollweg — Allgemeine Mobilmachung Österreichs — Goschen — Swerbejew — Bemühungen des Kaisers um Frieden und Bundesgenossen — Schreiben an Tirpitz — Telephongespräch Stumms — Eintreffen der offiziellen Meldung über die russische allgemeine Mobilmachung — „Zustand drohender Kriegsgefahr" — Wien lehnt deutsch-englischen Vermittlungsvorschlag ab — Kaisertelegramme an den König von England und den Zaren — Ultimatum an Rußland — Befristete Anfrage in Paris — Mitteilungen nach Wien — Die Botschafter nacheinander bei Jagow — Sitzungen des Bundesrats — Der Kanzler beim Kaiser — Audienzen — Ansprache des Kaisers vom Balkon des Schlosses — Tirpitz und Bethmann — Gedankenaustausch zwischen Moltke und Conrad — Vorbereitung der Kriegserklärungen — Goschen mit neuen Vorschlägen Greys — Anfrage wegen Beachtung der belgischen Neutralität — Ansprache des Kanzlers — Mitteilungen an Lichnowsky.

45. Österreich bleibt fest 146

Wien, 31. Juli: Absichten der Wilhelmstraße — Moltkes Telegramm nach Wien — Mitteilungen Szögyénys — Tisza in Schönbrunn — Auch Stürgkh beim Kaiser — Besprechungen Berchtolds mit Conrad und Krobatin — Ministerrat in Wien — Unterredung Forgáchs mit Bunsen — Meldung über Verkündung der allgemeinen Mobilmachung in Österreich-Ungarn — Schebekos weitere Bemühungen um den Frieden — Mitteilung der Verkündung des deutschen Kriegsgefahrzustandes in Wien — Franz Joseph erhält das zweite Telegramm Kaiser Wilhelms — Conrad spricht mit Kageneck — Die Lage am Abend des 31. Juli.

46. Versuchte Geheimhaltung der russischen allgemeinen Mobilmachung; leichte Annäherung zwischen Wien und Petersburg 153

Petersburg, 31. Juli: Versuchte Geheimhaltung der russischen allgemeinen Mobilmachung — Irgend etwas stimmt nicht — Pourtalès bei Neratow — Antwort auf Sasonows Formel — Sasonow versucht, russische Mobilmachung als Vorsichtsmaßnahme hinzustellen — Ministerrat in der „Ferme" — Audienz des Grafen Pourtalès beim Zaren — Unterredung Pourtalès' mit Graf Fredericks — Telegramm Kaiser Wilhelms — Buchanan übermittelt den Greyschen Abänderungsvorschlag zur Formel Sasonows — Unterredung Sasonow-Szápáry — Allgemeines Einlenken Berchtolds, das von Sasonow überschätzt wird — Wunsch des russischen Außenministers, die Verhandlungen nach London zu verlegen — Graf Pourtalès überreicht Sasonow um Mitternacht das deutsche Ultimatum.

47. Kriegserklärung an Rußland 168

Petersburg, 1. und 2. August: Das deutsche Ultimatum in Petersburg — Sasonow empfängt Buchanan und Paléologue — Erneute Versuche des Grafen Pourtalès, russische Mobilmachung rückgängig zu machen — Telegramm des Zaren an den Kaiser — Nikolajewitsch Oberkommandierender — Ministerrat — Telegramm König Georgs an den Zaren — Übergabe der Kriegserklärung an Rußland — Abberufung Swerbejews — Diner auf der englischen Botschaft — Buchanan begibt sich zum Zaren mit dem Entwurf der Antwort an den König von England — Die Autolichter versagen — Audienz Buchanans beim Zaren — Ein nicht verständliches Telegramm des Kaisers — Pourtalès bittet um Aufklärung in Berlin — Abreise der Deutschen Botschaft über Finnland.

48. Deutschland macht mobil 180

Berlin, 1. August: Der Kaiser im Tiergarten — Vortrag des Kanzlers beim Kaiser über den Inhalt der Kriegserklärungen — Absendung der Kriegserklärung an Rußland — Versuch Falkenhayns und Moltkes, die Kriegserklärung an Rußland rückgängig zu machen — „Zu spät" — Plenarsitzung des Bundesrats — Unterredungen mit Goschen — Falkenhayn drängt auf Erlaß des Mobilmachungsbefehls — Im Schloß — Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls — Eintreffen des Lichnowsky-Telegramms — Anhalten der 16. Infanteriedivision — Bekanntgabe des Mobilmachungsbefehls — Frankreichs Antwort auf das Ultimatum — König Georg an Kaiser Wilhelm — Letztes Telegramm des Kaisers an den Zaren — Audienz Szögyénys beim Kaiser — Antworttelegramm Franz Josephs — Die Aufklärung des „Mißverständnisses" Lichnowskys — Antwort König Georgs — Nächtliche Audienz Moltkes — Nachtsitzung beim Reichskanzler.

49. Poincaré und Viviani wieder in Paris 198

Paris, 29. Juli: Poincarés Ankunft in Dünkirchen — Abel Ferrys Vortrag im Salonwagen — Empfänge am Quai d'Orsay — Iswolski überbringt die Nachricht von der beabsichtigten Mobilmachung gegen Österreich — Viviani orientiert sich an Hand der Eingänge — Pichon und Ribot bei Viviani — Demarche Schoens — Ministerrat im Elysée — Frankreich braucht nur auf den Knopf zu drücken — Viviani empfängt Iswolski — Frankreichs Solidarität mit Rußland — Letzte Meldungen aus Petersburg und London.

50. Frankreich im Schlepptau Rußlands 207

Paris, 30. Juli: Sasonows Telegramm von der drohenden deutschen Mobilmachung geht in Paris ein — Noch in der Nacht spricht Iswolski mit Viviani, Ignatiew mit Messimy — Nächtliche Beratung Vivianis mit Poincaré im Élysée — Telegramm an Paléologue — Joffre beantragt Aufstellung der couverture — Ministerrat — Zehnkilometerzone — Ignatiew und der Generalstab — Die Falschmeldung des „Paris-Midi" — Die Sasonowformel in Paris — Viviani spricht mit Szécsen — Eindrücke über die Haltung Deutschlands — Bertie bei Poincaré — Telephongespräch Vivianis mit Paul Cambon — Mitteilung über geheime russische Mobilmachungsmaßnahmen — Hat Sasonow Paléologue zu täuschen versucht?

51. Paris in Ungewißheit 221

Paris, 31. Juli: Poincarés Brief an König Georg — Erster Ministerrat — Beurteilung der Lage am Quai d'Orsay — Schoen bei Iswolski — Besuch Berties bei Viviani — Noch keine Entscheidungen aus London — Joffre drängt auf Aufstellung des mobilen Grenzschutzes — Mitteilungen über die russische allgemeine Mobilmachung — Kriegsgefahrzustand in Deutschland — Zweiter

Ministerrat — Herrick bei Viviani — Schoen bei Viviani — Anfrage über die Haltung Englands — Eingang des Paléologue-Telegramms über die russische allgemeine Mobilmachung — Joffre erbittet Mobilmachungsbefehl — Dritter Ministerrat — Ermordung Jaurès' — Englands Haltung — Bertie bei Viviani — Die Neutralität Belgiens — Frankreich zum Kriege fest entschlossen — Nächtliche Vermittlungsversuche — Iswolski und Szécsen.

52. Frankreich zwischen Krieg und Frieden 238

Paris, 1. August: Früheingänge beim Quai d'Orsay — Joffre drängt auf den Erlaß des Mobilmachungsbefehls — Ministerrat im Elysée — Unterredung Schoens mit Viviani — Entschluß zur Mobilmachung — Unterzeichnung des Befehls — Audienz Berties bei Poincaré — Iswolski unterrichtet den Quai d'Orsay vom Ultimatum an Rußland — Ausgabe des Mobilmachungsbefehls — Verspäteter Versuch Vivianis, den Mobilmachungsbefehl zurückzuhalten — Mitteilung der französischen Mobilmachung an den britischen Militärattaché — Operative Absichten — Szécsen bei Margerie — Zehnkilometerzone — Erneuter Appell an England — Zweiter Besuch Schoens bei Viviani — London zurückhaltend — Luxemburg — Iswolski gibt Poincaré Kriegserklärung Deutschlands an Rußland bekannt — Nächtlicher Ministerrat — Frankreich erfüllt seine Bündnisverpflichtungen.

53. Diplomatische Windstille in England 252

London, 29. Juli: Die englische Flotte bezieht ihre Kriegsstationen — Mitteilungen aus Wien und Berlin — Grey erhält von Mensdorff das „Dossier" — Erste Unterredung Greys mit Lichnowsky — Sasonow für schnelle Vermittlung Englands — Amerikanisches Vermittlungsangebot — Kabinettssitzung — Audienz Churchills beim König — Erklärungen im Parlament — Imperiali — Crowe sieht die Entwicklung richtig voraus — Unterredung Greys mit Cambon — Benckendorff bei Nicolson — Zweite Unterredung Greys mit Lichnowsky — Belgrad-Halt-Vorschlag — Asquith abends bei Grey — Die Botschafter berichten.

54. England bleibt in der Hinterhand 263

London, 30. Juli: Mitteilungen aus Petersburg — Bethmann Hollwegs Neutralitätsangebot — Cambon teilt Androhung deutscher Mobilmachung mit — Lichnowsky bei Grey — Aussprache zwischen Grey und Benckendorff — Mensdorff bei Grey — Die Ulsterfrage im Unterhaus — Kabinettssitzung — Unterredung Greys mit Cambon — Greys Vorschlag zur Abänderung der Sasonow-Formel — Lichnowskys Anregung für Wien — König Georg an den Prinzen Heinrich — Churchill und die Konservativen — Deutsche Rüstungsmaßnahmen — Mitteilung Berties über die Auffassung Poincarés — Vorschieben des Friedensgedankens.

55. England noch immer unentschieden 274

London, 31. Juli: Hoffnungsvolle Unterredung Greys mit Lichnowsky — Ablehnung der Intervention im Kabinett — Burns — Cambon spricht mit Nicolson — Grey nimmt seinen Vermittlungsvorschlag wieder auf — Panik in der City — König Georg erfährt von Kaiser Wilhelm die russische allgemeine Mobilmachung — Goschen weiß noch nichts davon — Schubert teilt russische allgemeine Mobilmachung Tyrrell mit — Cambon soll abwarten — Benckendorff bei Grey — Page — Anfrage in Berlin und Paris wegen Neutralität Belgiens — Buchanan meldet, russische allgemeine Mobilmachung sei „beschlossen" — Unterhauserklärung Asquiths — Sir Henry Wilson — Sir Eyre Crowes kriegerisches Memorandum — Falsche Nachrichten über Deutschland — Frankreich drängt auf Entscheidung.

56. Belgien Greys Brücke zur Intervention 287

London, 1. August: Deutschlands Beschwerde über die russische Mobilmachung — Asquith noch in der Nacht beim König — Sir Henry Wilson — Grey schläft noch — Nicolsons Brief an Grey — Antworten aus Paris und Berlin zur Frage der belgischen Neutralität — Deutschland muß jetzt auch mobil machen — Besuche Mensdorffs bei Grey — Neutralitätsvorschlag Greys — Asquith — Kabinettssitzung — Churchills eigenmächtiges Vorgehen — Rußland will Verantwortung auf Deutschland schieben — König Georg antwortet Poincaré — Erregte Auseinandersetzung zwischen Cambon und Grey — Cambon sucht Hilfe bei Nicolson — Kein Neutralitätsversprechen Englands — Die Ostsee für England eine Falle — Unterredung Greys mit Mensdorff — Japan — Auf der französischen Botschaft — Beunruhigende Meldungen — Asquith und Grey — Das angebliche Mißverständnis Lichnowskys — Die deutsche Kriegserklärung an Rußland — Der Einfluß der Konservativen.

57. Englands Entschluß zum Kriege 304

London, 2. August: Lichnowsky bei Asquith und Grey — Cambon erinnert an den Londoner Vertrag von 1867 — Cambon über die „Ehre" im britischen Wörterbuch — Brief der Konservativen — Kabinettssitzung — Grey spricht mit Cambon — Churchills Gespräch mit Balfour — Befehl an die Flotte — Benckendorff bei Nicolson — Frühstück bei Beauchamp — Antwort Asquiths auf den Brief der Konservativen — Angeblicher deutscher Einmarsch in Frankreich — Lichnowsky bei Sir Eyre Crowe — Abbruch der Manöver — Die Mitteilung des Zaren an den König — Zweite Kabinettssitzung — Mobilmachung der Flotte — Weitere Mitteilungen an Cambon — Diner bei Lord Riddell — Merkwürdige Nachrichten aus Berlin — Nächtliche Entscheidungen bei Asquith.

58. Berlin vor neuen Entscheidungen 316

Berlin, 2. August: Kriegszustand mit Rußland — Angeblich Fliegerbomben auf Nürnberg — Goschen bei Zimmermann — Belgische Neutralitätserklärung — Hinausschieben der Kriegserklärung an Frankreich — Besprechungen beim Kaiser — Auftragserteilung für die Sommation an Belgien — Das Kommuniqué des Generalstabs — Französische Grenzverletzungen — Weitere Einwirkung in London — Vergebliches Werben um Italien — Aufforderung an Rumänien zur Mobilmachung — Luxemburg.

59. Frankreich in Erwartung eines deutschen Angriffs..... 324

Paris, 2. August: Rückblick aus Wien — Der deutsche Einmarsch in Luxemburg — Die Antwort des Königs von England — Ministerrat im Élysée — Aufhebung der Zehnkilometerzone — Angeblicher deutscher Vormarsch auf Belgien — Schoen notifiziert bei Viviani den Einmarsch in Luxemburg — Französische Zweifel an der Haltung Belgiens — Joffre befiehlt die Variante — Zweiter Ministerrat im Élysée — Versuch einer Einwirkung auf die englischen Sozialisten — Die Cambon-Telegramme — Französische Hoffnung auf deutschen Angriff zur Vermeidung eigener Kriegserklärung — Grenzverletzungen — Proteste — Kabinettsumbildung.

60. Belgien 331

Brüssel bis zum 4. August: Der Vertrag von 1839 — Kabinettssitzung — Die Gesandten in Brüssel — Belgien will seine Neutralität verteidigen — Van der Elst zurückhaltend — Der Generalstabschef beim König — Verstärkter Friedensstand — Klobukowski berichtet — Wallonen für Frankreich — Klerus für Österreich — König Albert will den Aufmarsch verlegen — Belgien macht mobil — Noch keine Antwort aus Deutschland — Gerüchte eines Abkommens zwischen Deutschland und Belgien — König Alberts Brief an Kaiser Wilhelm — Übergabe der Sommation — Nächtlicher Kronrat in

Brüssel — Die belgische Antwort — Klobukowski bietet Frankreichs Hilfe an — Kabinettsrat lehnt ab — Noch kein Appell an die Garantiemächte — Bitte um diplomatische Unterstützung Englands — Unsicherheit der Lage — Telegramm Kaiser Wilhelms — Below bei Davignon.

61. Englands Eintritt in den Krieg 345

London, 3. August: Grey sichert Cambon Eingreifen der Flotte zu — Die Konservativen bei Asquith — Privy Council — Mobilmachung des Expeditionsheeres — Der deutsche Schritt in Brüssel wird dem Foreign Office bekannt — Deutschland sichert Integrität Belgiens zu — Bei britischer Neutralität verzichtet Deutschland auf Bedrohung französischer Nordküste — Vier Minister treten zurück — Kabinett stimmt bereits angeordneter Mobilmachung zu — König Albert bittet um „diplomatische" Intervention — Die große Rede Greys im Unterhaus — Eine Frage Churchills — Grey haßt den Krieg — Die Botschafter berichten — Fortsetzung der Unterhaussitzung — Kabinettssitzung — Noch keine englischen Truppen nach Frankreich — Cambon bei Grey — Georg V. an König Albert — Walter Hines Page schwärzt Deutschland in USA. an.

62. Die Kriegserklärung an Frankreich 360

Berlin, 3. August: Deutschlands Verzicht auf Unternehmungen gegen die französische Nordküste — Belgien verwehrt den Durchmarsch — Besprechungen beim Kaiser — Vorbereitungen des Einmarsches — Telegramm an den König der Belgier — Szögyény gegen den Einmarsch in Belgien — Der Notenkampf um die Grenzverletzungen — Protest Jules Cambons — Beschwerde Jagows — Goldautos? — Ein guter Entwurf wird nicht verwandt — Absendung der Kriegserklärung an Frankreich — Der russische und der französische Botschafter verlassen Berlin — Betrachtungen Bethmann Hollwegs — Deutschland und die Neutralitätserklärung Italiens — Die Haltung neutraler und anderer Staaten.

63. Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich 372

Paris, 3. August: Italien erklärt in Paris seine Neutralität — Beschwerde Szécsens bei Viviani und Bertie — Ministerrat im Élysée — Paris kann bei Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland mit Eingreifen Englands rechnen — Nachrichten aus Brüssel — Anfrage des belgischen Militärattachés beim französischen Generalstabschef — Joffre zurückhaltend — Die Kriegserklärung an Frankreich — Frankreich und der Kriegszustand — Richtigstellung einer falschen Nachricht durch Havas — Abreise Schoens.

64. Englands Ultimatum an Deutschland 381

London, 4. August: Beschatten der „Goeben" — Absendung der ersten Note wegen der belgischen Neutralität nach Berlin — Wieder fallen gelassene Versuche Englands einer gemeinsamen Aktion mit Rußland und Frankreich zum Schutz von Belgien, Holland und Norwegen — Noch keine Absendung des Expeditionskorps — Staatsrat beim König — Kabinettssitzung — Deutsche Mitteilung an Belgien — Lichnowsky im Foreign Office — Das Ultimatum an Deutschland — Grey unterrichtet Benckendorff und Cambon — Asquiths Rede im Unterhaus — Veröffentlichung des Mobilmachungsbefehls — Grey gibt Page die Gründe für Englands Eintritt in den Krieg bekannt — Unterredung Greys mit Mensdorff — Weitere Empfänge Greys — Englands Kriegserklärung an Deutschland.

65. Krieg mit England 392

Berlin, 4. und 5. August: Erneutes Werben um Belgien — Baron Beyens bei Jagow — Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des Berliner Schlosses —

Thronrede Kaiser Wilhelms — Erste Kriegssitzung des Reichstags — Die Rede des Kanzlers — Englands Einspruch gegen den deutschen Einmarsch in Belgien — Goschen übermittelt mündlich das englische Ultimatum — Tumult vor der englischen Botschaft — Letzte Unterredung Goschens mit Bethmann Hollweg — Der „Fetzen Papier" — Eingang der Nachricht über Abbruch der Beziehungen mit Belgien — Persönliche Anfrage Zimmermanns bei Goschen, ob Kriegserklärung vorliege — Kaiser Wilhelm legt Titel eines britischen Feldmarschalls nieder — Ein Flügeladjutant des Kaisers teilt dies Goschen mit — Goschen fordert seine Pässe — Abreise der englischen Botschaft vom Lehrter Bahnhof.

66. Auch Rußland, Frankreich und England im Kriege mit Österreich-Ungarn 402

Rußland versucht Keil zwischen Deutschland und Österreich zu treiben — Die Russen dechiffrieren Telegramm Berchtolds an Szápáry — Noch kein Abbruch der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg — Bethmann Hollweg wünscht Eingreifen Österreichs gegen Rußland — Conrad für Hinausschieben der Kriegserklärung — Österreich „durch dick und dünn" mit Deutschland — Die Wilhelmstraße drängt auf Kriegserklärung — Kriegszustand zwischen Rußland und Österreich — Ungeklärte Lage im Mittelmeer — „Goeben" und „Breslau" — Admiral Haus lehnt „Pontus Raid" ab — Deutschland für Kriegserklärung des Bundesgenossen an Frankreich und England — Österreich will zunächst Flottenrüstungen beenden — 12. August für Kriegserklärung in Aussicht genommen — Österreichische Truppen an der deutsch-französischen Grenze? — Dumaine und Szécsen bitten um ihre Pässe — Gemeinsame Kriegserklärung Frankreichs und Englands.

Abschließende Bemerkungen 411

Quellennachweise 425

Literaturverzeichnis 437

Namenverzeichnis 441

Kapitel 35

Die ersten Mobilmachungsmaßnahmen in Rußland

Petersburg, 26. Juli: Einsetzen der russischen Vormobilmachungsperiode — Teilmobilmachung oder Gesamtmobilmachung? — Pourtalès empfiehlt direkte Aussprache mit Wien — Carlotti bei Sasonow — Unterredung Sasonows mit Szápáry — Mobilmachungsgerüchte — Pourtalès bei Sasonow — Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg — Die diplomatischen Vertreter über die russischen Mobilmachungsmaßnahmen — Straßenkundgebungen für Serbien — Rede Spalajković's — Paléologues Hetze gegen Deutschland — Sasonow wünscht britische Solidaritätserklärung — Versuchte Einwirkung auf Rumänien.

Die vom Ministerrat in Krasnoje Selo am 25. Juli in Vorschlag gebrachte und vom Zaren bestätigte „Vormobilmachungs-" oder, wie sie auch genannt wurde, „Kriegsvorbereitungsperiode" („Predmobilisazionny period") setzte in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli ein und erstreckte sich auf das gesamte Gebiet des europäischen Rußland ohne den Kaukasus. Die umfangreichen Verordnungen über die „Kriegsvorbereitungsperiode" waren den in Betracht kommenden Kommandostellen schon mit den üblichen Mobilmachungsbestimmungen, wie sie damals in allen modernen Heeren bestanden, im März 1913 zugegangen, so daß es jetzt nur noch eines kurzen Befehls bedurfte, um die vorgesehenen Maßnahmen in Kraft zu setzen. Die Befehle ergingen in den ersten Morgenstunden des 26. sowohl an die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan, die für die in Aussicht genommene Teilmobilmachung gegen Österreich in Frage kamen, wie auch an die der deutschen Grenze gegenüberliegenden Militärbezirke Warschau, Wilna, Petersburg. Der Befehl erstreckte sich auch auf die Ostsee- und Schwarze-Meer-Flotte. Die Festungen waren bereits durch einen kurz vorangegangenen besonderen Befehl in Kriegszustand versetzt worden. Die Anordnungen gingen auch dem Außenminister sowie anderen Ministern zu, in deren Amtsbereich entsprechende Maßnahmen zu treffen waren[1]. Von der „Kriegsvorbereitungsperiode" noch nicht betroffene Militärbezirke waren außer Kaukasus die Bezirke Turkestan, Omsk, Irkutsk und Amur sowie das Gebiet des Don-Heeres. Auch blieb die sibirische und Amur-Flotte immobil[2].

Der Zweck der „Kriegsvorbereitungsperiode" war, die Mobilmachung der Armee, der Flotte und der Festungen sowie den Aufmarsch an der bedrohten Grenze vorzubereiten und ihren Erfolg sicherzustellen. Die Verordnungen selbst waren ihrer Bedeutung nach in zwei Kategorien zusammengefaßt worden, die beide am 26. Juli in Kraft traten. Die Maßnahmen der zweiten Kategorie machten teilweise die Inanspruchnahme außerordentlicher Kredite notwendig.

Die zu treffenden Maßnahmen erstreckten sich im wesentlichen auf folgendes: Aufstellung des Bahnschutzes, Vorbereitung der Eisenbahntransporte, Verteilung der Lokomotiven und des rollenden Materials nach den für die Mobilmachung

und den Aufmarsch erforderlichen Gesichtspunkten, Grenzkontrolle, Militärzensur, Ankauf von Pferden bei den Grenzwachtkorps. Weiter kam in Betracht die verstärkte Einberufung von Reservisten und Reichswehrleuten (Mannschaften älterer Jahrgänge) zu Übungen, Ergänzung von Verpflegungs- und anderen Vorräten, Bereitstellen von Flugzeugen und Luftschiffen, Vorbereitung von Sprengungen, Ausgabe von Kriegskarten, Freimachen der Lazarette in den Grenzgebieten. Im Bereich der Festungen wurden die vorgesehenen Armierungsarbeiten in Angriff genommen, Festungsgeschütze wurden eingeschossen. Bei der Marine wurde mit dem Legen von Minensperren in den Küstenbefestigungen und Kriegshäfen begonnen. Im Mobilmachungsplan vorgesehene Schiffe, auch Handelsschiffe, wurden eingestellt[3].

Die Aushebung von Mannschaften und Pferden für die Ergänzung der Truppenteile und Formationen auf Kriegsstärke fand jedoch noch nicht statt. Dies war der eigentlichen Mobilmachung vorbehalten. Immerhin waren die Maßnahmen sehr weitgehend und erstreckten sich auf das gesamte Heer und alle Heereseinrichtungen. Ebenso wurden verkehrstechnische und wirtschaftliche Verhältnisse von den Anordnungen betroffen.

Neben der eigentlichen Vorbereitung und Sicherung der Mobilmachung hatte das Einsetzen der Vormobilmachungsperiode die Wirkung, daß das ganze Volk auf den kommenden Krieg vorbereitet wurde. Somit dürfte die Einführung der „Kriegsvorbereitungsperiode" zu den wesentlichsten Imponderabilien zu rechnen sein, die bei der Herbeiführung des Krieges mitgesprochen haben.

Als im Laufe des 26. Juli der Generalquartiermeister General der Infanterie Jurij Nikiforowitsch Danilow von einer Dienstreise in den Kaukasus nach Petersburg zurückgekehrt war und von der beabsichtigten Teilmobilmachung erfuhr, veranlaßte er den General Januschkewitsch unter Vorlage einer von ihm ausgearbeiteten Denkschrift, noch einmal mit ihm und seinen nächsten Mitarbeitern, dem Chef der Mobilmachungsabteilung, General Dobrorolski, und dem Chef der militärischen Verkehrsabteilung, General Ronshin, die Frage, welche Art von Mobilmachung möglich sei, genau durchzusprechen. General Januschkewitsch hatte erst vor wenigen Monaten seinen Posten als Generalstabschef angetreten, während der Generalquartiermeister, dessen Aufgabe es hauptsächlich war, die Versorgung der Armee im Kriege vorzubereiten, schon seit 1910 diesen Posten inne hatte und sich daher mit dem Wesen der Mobilmachung hatte näher vertraut machen können. Im Verlauf der Beratungen wurde General Januschkewitsch immer mehr von den Schwierigkeiten überzeugt, die der Durchführung der allgemeinen Mobilmachung bei einer bereits bestehenden Teilmobilmachung entgegenstehen würden. Das Ergebnis der Sitzung war der Beschluß, zwei Entwürfe eines allerhöchsten Ukases auszuarbeiten, von denen der eine die Teilmobilmachung, der andere die allgemeine Mobilmachung ins Auge faßte. Den Vorschlag für die Teilmobilmachung hatte General Dobrorolski bereits am Morgen dem Generalstabschef vorgelegt. Gleich nach der Sitzung wurde der Vorschlag eines Ukases für die allgemeine Mobilmachung ausgearbeitet. Die Entwürfe waren gedacht als eine Aufzeichnung für den Vortrag des Kriegsministers Suchomlinow beim Zaren. Der Entwurf für die Teilmobilmachung ist nach dem Kriege

nicht aufgefunden worden, dagegen ist der zweite Entwurf für die allgemeine Mobilmachung in den russischen Dokumenten veröffentlicht worden[4].

Infolge der Anordnung der „Kriegsvorbereitungsperiode", einer Maßnahme, über deren Auswirkung wegen der Geheimhaltung nur einige Generalstabsoffiziere Bescheid wußten, und da auch bekanntgeworden war, daß die Absicht bestand, die vier an Österreich grenzenden Militärbezirke mobil zu machen, entstand in Petersburg vielfach das Gerücht, daß die eigentliche Mobilmachung in diesen Bezirken bereits eingesetzt habe. Diese Gerüchte mehrten sich, da von übereifrigen nachgeordneten Kommandostellen teilweise weitgehendere Maßnahmen in Angriff genommen wurden, als die „Kriegsvorbereitungsperiode" vorsah. So wurden beispielsweise in dem an der deutschen Grenze gelegenen Gouvernement Suwalki vorzeitig Pferde ausgehoben, was auch der deutschen Botschaft bekannt wurde und, wie wir noch sehen werden, zu Vorstellungen des Grafen Pourtalès bei Sasonow führte[5].

Selbst die maßgebendsten Persönlichkeiten wie der Kriegsminister waren von der allgemeinen Unruhe ergriffen, was sich in einer Äußerung Suchomlinows gegenüber dem Vertreter des „Temps" in Petersburg zeigte, dem er bereits am Sonntag sagte, es wäre alles zu Ende, und ihm versicherte, daß 75 v. H. der Chancen für die Möglichkeit eines Krieges sprechen würden.

Am Morgen des 26. Juli trafen sich Sasonow und Pourtalès, die beide während der Sommermonate in Zarskoje Selo wohnten, auf der Eisenbahn und fuhren zusammen nach Petersburg, wo sie noch auf dem Bahnhof eine längere Unterredung miteinander hatten. Der Minister zeigte sich hierbei sehr viel ruhiger und versöhnlicher als bei der ersten Besprechung über die Note mit Graf Pourtalès am 24. Sasonow versicherte, daß Rußland nichts ferner liege, als einen europäischen Krieg zu wünschen, und er hoffe, daß noch eine Brücke gefunden würde, um Österreich Genugtuung zu verschaffen, ohne daß die Souveränität Serbiens angetastet würde. Er bäte um die Mitwirkung aller Mächte, auch Deutschlands, um das Wiener Kabinett zur Milderung einiger Punkte zu bewegen. Für Rußland sei das Gleichgewicht auf dem Balkan eine Lebensfrage, und es könne unmöglich eine Herabdrückung Serbiens zu einem Vasallenstaat Österreichs dulden.

Pourtalès nahm die günstige Stimmung Sasonows wahr und empfahl dringend eine direkte offene Aussprache zunächst mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter. Er habe aus seinen Unterredungen mit Szápáry den Eindruck gewonnen, daß ihm der Botschafter ein beruhigendes Kommentar zur serbischen Note geben könne. Österreich-Ungarn denke nicht daran, Serbien verschlingen zu wollen, sondern wünsche nur, ihm die verdiente strenge Lektion zu erteilen. Wenn Österreich wirklich die Absicht hätte, über Serbien herzufallen, wie Sasonow zu vermuten schien, hätte man jetzt schon über den Beginn einer österreichischen Aktion etwas gehört. Sasonow, der auf seinen Vorschlag einer Revision der österreichischen Untersuchung durch die europäischen Mächte nicht mehr zurückkam, schien die Idee einer Vermittlung vorzuschweben, bei der Deutschland und Italien eine Rolle spielen könnten. Im übrigen war Sasonow aber durchaus bereit, dem Rate des Grafen Pourtalès zu folgen und sich sofort mit Szápáry in Verbindung zu setzen.

So war es der vom deutschen Botschafter von sich aus übernommenen Vermittlung gelungen, eine versöhnliche Aussprache zwischen Sasonow und dem österreichischen Botschafter herbeizuführen, um die auch Szápáry inzwischen gebeten hatte und die noch am gleichen Tage stattfinden konnte[6].

Wir haben in den vorangegangenen Kapiteln bereits gesehen, welche Hoffnungen auf diese direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien gesetzt wurden.

Wie sich Sasonow dabei die Vermittlerrolle Italiens dachte, ist nicht näher bekannt. Wir wissen nur, daß Sasonow mit dem italienischen Botschafter am Sonntag eine längere Unterredung gehabt hat, bei der er voraussichtlich dasselbe gesagt haben dürfte, was er dem Botschafter in Rom am gleichen Tage mitgeteilt hat, Italien müsse versuchen, auf Österreich einzuwirken, und deutlich eine ablehnende Haltung zu dem Konflikt einnehmen, der nicht lokalisiert bleiben könne[7].

Sasonow empfing Szápáry sehr liebenswürdig und berief sich auf die Mitteilungen des Grafen Pourtalès. Der k. u. k. Botschafter wandte sich zunächst gegen die unrichtige Auffassung, daß Österreich einen Vorstoß auf dem Balkan, einen Marsch nach Saloniki oder gar nach Konstantinopel antreten wolle oder daß die österreichische Aktion nur der Auftakt eines von Deutschland geplanten Präventivkrieges gegen Rußland sei. Dies sei irrig, ja geradezu unvernünftig. Eine formelle Erklärung, daß Österreich keinerlei Gebietserwerbungen auf Kosten Serbiens machen wollte, gab der Botschafter jedoch nicht ab, da Szápáry kurz vorher eine Weisung des Grafen Berchtold erhalten hatte, weder Sasonow noch dem italienischen Botschafter eine derartige Mitteilung zu machen[8]. Doch erklärte Szápáry weiter, das Ziel der Aktion sei Selbsterhaltung und Notwehr. Russische Interessen wolle man nicht bedrohen. Weil es aber eine Aktion der Notwehr sei, würde man sich auch nicht durch irgendwelche Konsequenzen abhalten lassen.

Sasonow zeigte sich über die Auffassungen Szápárys erfreut und sagte sogar, daß er für die Balkanslawen nicht viel übrig habe. Das Ziel Österreich-Ungarns erkannte er als ein „vollkommen legitimes" an, wenn Österreich nur die Monarchie gegen Anschläge schützen wolle, doch wäre er mit dem eingeschlagenen Weg nicht einverstanden. Die Form der Note sei nicht glücklich gewählt.

Sasonow sprach nun mit Szápáry die einzelnen Punkte der Note durch. Einige der Forderungen seien tatsächlich ganz unerfüllbar, selbst wenn die serbische Regierung ihrer Annahme zustimme. Punkt 1 und 2 der Note könne nicht ohne Abänderung der Presse- und Vereinsgesetze erfüllt werden. Am schärfsten wandte sich Sasonow gegen Punkt 4 über die Entlassung von Offizieren und Beamten und gegen die Punkte 5 und 6 über die Untersuchung. Bezüglich des Punktes 5 gab Szápáry die ihm inzwischen von Berchtold mitgeteilte Interpretation, es habe nicht die Absicht bestanden, an die Souveränität Serbiens zu rühren. Man denke bei der in Punkt 5 erwähnten „collaboration" nur an die Errichtung eines geheimen „bureau de sûreté" in Belgrad, ähnlich der russischen Einrichtung in Paris und Berlin[9]. Sasonow hingegen empfahl bei der Untersuchung eine konsularische Intervention. Bei einer Durchführung der geforderten Entlassung von Offizieren könne König Peter oder Pašić riskieren, sofort umgebracht zu werden.

Zusammenfassend erklärte Sasonow, wie wir bereits erwähnt haben, er finde, daß es sich bei den Meinungsverschiedenheiten wegen der Note eigentlich „nur um Worte handle" und daß sich vielleicht ein gemeinsamer Weg finden lasse, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Daraufhin richtete er an Szápáry die Frage, ob Österreich eine Vermittlung des Königs von Italien und des Königs von England annehmen würde. Szápáry gab hierauf keine bestimmte Antwort, sondern erklärte, die Dinge seien im Rollen, und gewisse Sachen könnten sich nicht rückgängig machen lassen. Auch wies er auf die Mobilisierung Serbiens hin und erwähnte, es sei ihm unbekannt, was sich inzwischen ereignet habe. Einen Auftrag um Vermittlung in der Notenangelegenheit erteilte Sasonow dem Botschafter nicht.

Sasonow bat jedoch gesprächsweise um Einblick in das „Dossier", das ihm Szápáry aber nicht geben konnte, da es immer noch nicht in seinem Besitz war, worauf Sasonow bemerkte, es könne vielleicht dem russischen Botschafter in Wien, Schebeko, zugänglich gemacht werden.

In seinem Bericht an Berchtold faßte Szápáry das Ergebnis der Unterredung dahin zusammen, der Weg, den die russische Politik in den letzten Tagen von der ersten schroffen Ablehnung des österreichischen Vorgehens und der Gerichtssitzung über das „Dossier" bis zur Europäisierung der Angelegenheit und von da wieder zurück bis zur „Anerkennung der Legitimität unserer Ansprüche" und zur Suche nach Vermittlern zurückgelegt habe, sei ein weiter. Trotzdem, und hier traf Szápáry wohl das Richtige, dürfe man nicht übersehen, „daß neben der rückläufigen diplomatischen Bewegung eine lebhafte militärische Aktivität einhergeht", durch die sich die militärische und diplomatische Lage Rußlands täglich zu Ungunsten Österreichs zu verschieben drohe[10].

Über seine Unterredung mit Sasonow machte Szápáry noch am gleichen Nachmittag Pourtalès Mitteilung und berichtete ihm von dem Verlauf der Aussprache, den der k. u. k. Botschafter befriedigend fand, obgleich eigentlich nicht viel dabei herausgekommen war.

Durch den russischen Geschäftsträger in Belgrad war Sasonow inzwischen davon unterrichtet worden, daß die Österreicher einen serbischen Dampfer beschlagnahmt hätten und ihre Truppen an der Grenze zusammenzögen, sie aber noch nicht tatsächlich überschritten hätten. Die serbischen Militärbehörden würden die erforderlichen Vorbereitungen für die Mobilmachung treffen[11].

Pourtalès, der jetzt eine große Aktivität entfaltete, suchte am Sonntagabend Sasonow zum zweiten Male auf. Sasonow dankte Pourtalès für seinen Rat, sich offen mit Szápáry auszusprechen. Die Erklärung des Botschafters, Österreich-Ungarn lägen Eroberungspläne fern, es wolle nur Ruhe an seiner Grenze haben, hatte ihn sichtlich beruhigt. Sasonow regte nun auch bei Pourtalès an, die Vermittlung Englands und Italiens in Anspruch zu nehmen, doch sei er auch gern bereit, andere Vorschläge anzuhören. Der Botschafter erklärte, daß er dazu nicht ermächtigt sei. Seiner rein persönlichen Ansicht nach könne er jedoch nur immer wieder raten, den direkten Meinungsaustausch mit Wien zu pflegen. Wenn das Wiener Kabinett wirklich der Meinung sei, daß seine Forderungen in der Form gemildert werden könnten, so werde es dies auch ohne Vermittlung Dritter aus-

sprechen. Dagegen könne Serbien eventuell durch eine dritte Macht entsprechend verständigt werden. Sasonow teilte Pourtalès daraufhin mit, er werde sofort dem russischen Vertreter in Wien im Sinne seines Vorschlages telegraphieren. Ein entsprechendes Telegramm Sasonows ging daraufhin noch in der Nacht zum 27. an Schebeko nach Wien ab, auch wurden die Botschafter in Berlin, Paris und London hiervon benachrichtigt[12].

In der Unterredung mit Sasonow machte Pourtalès nunmehr sehr ernst auf die Gerüchte über russische Mobilmachungsmaßnahmen an der Westgrenze aufmerksam, die in Kreisen der Militärattachés umgingen und die besagten, daß bereits mehrere Korps an der Westgrenze den Mobilmachungsbefehl erhalten hätten. So waren dem deutschen Militärattaché Mitteilungen zugegangen, die Eggeling annehmen ließen, daß die Mobilmachung für Kiew und Odessa befohlen, für Warschau und Moskau fraglich sei, während die anderen Militärbezirke wohl noch nicht mobil gemacht hätten. Sasonow bestritt dies auf das entschiedenste und erklärte, es sei ausdrücklich beschlossen worden, mit dem Erlaß der Mobilmachungsorder zu warten, bis Österreich-Ungarn eine feindliche Haltung „gegen Rußland" einnehme. Wie wir wissen, war das nicht richtig, da Rußland schon bei einem feindlichen Vorgehen Österreichs gegen Serbien zur Mobilmachung entschlossen war. Ob sich Pourtalès, der manches nicht immer ganz scharf aufnahm, verhört hat oder ob sonst ein Mißverständnis vorlag, bleibt dahingestellt. Doch gab der Minister zu, daß gewisse militärische Vorbereitungen schon jetzt getroffen würden, um gegen Überraschungen gesichert zu sein. Pourtalès warnte Sasonow mit den Worten, er möge um Gottes willen nicht dem Generalstab das Wort geben, eine Äußerung, die der Botschafter Sasonow gegenüber auch an den darauffolgenden Tagen immer wiederholte. Auf die Frage Sasonows, ob in Deutschland Mobilmachung nicht gleichbedeutend mit Krieg sei, brachte Pourtalès zum Ausdruck, die Mobilmachung würde in Deutschland erst im letzten Augenblick angeordnet, wenn der Krieg unvermeidlich und die Sicherheit des Reiches ernstlich bedroht sei. Wenn dann auf den Knopf gedrückt würde, gäbe es allerdings kein Halten mehr. Die geographische Lage des Reiches zwinge dazu, durch Schnelligkeit dem Gegner zuvorzukommen. Wenn es einmal, was Gott verhüten möge, dazu kommen sollte, werde das Wort von der „blitzschnellen Offensive" gelten, die offen im Reichstag als die für Deutschland beste Verteidigung bezeichnet worden sei.

Aus der Unterredung mit Pourtalès mag Sasonow den Eindruck gewonnen haben, daß der Botschafter von der Unrichtigkeit der militärischen Gerüchte doch nicht so ganz überzeugt war, weshalb er den Kriegsminister ersuchte, sich noch am gleichen Abend mit dem deutschen Militärattaché hierüber auszusprechen. Mit der Begründung, der Botschafter könne vielleicht einzelne militärische Details mißverstanden haben, wurde Major von Eggeling von Suchomlinow noch spät abends zu einer Aussprache gebeten. Der Inhalt der Unterredung ist bereits bei dem Abschnitt über Deutschland wiedergegeben worden. Es sei hier nur kurz daran erinnert, daß Suchomlinow dem Militärattaché sein Ehrenwort gegeben hat, daß noch keinerlei Mobilmachungsorder ergangen sei, und dann die wichtige Mitteilung machte, daß die gegen Österreich gerichteten Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisiert würden, wenn Österreich die serbische

Grenze überschreite. „Unter keinen Umständen" würde an der deutschen Front in den Militärbezirken Warschau, Wilna und Petersburg mobil gemacht. Wenn Suchomlinow das Vorhandensein von Mobilmachungsmaßnahmen auf das energischste bestritt, obgleich die „Kriegsvorbereitungsperiode" in diesen Bezirken, wie wir wissen, mit dem 26. Juli eingesetzt hatte, so hatte er formal vielleicht recht, da man diese Maßnahme nicht schon als eigentliche Mobilmachung anzusprechen braucht. Doch konnte man, wie der Chef der Mobilmachungsabteilung, General Dobrorolski, nach dem Kriege zugegeben hat, nicht dafür bürgen, daß einige militärische Unterführer an der Grenze nicht auf eigene Initiative weitergehende Maßnahmen zur Durchführung brachten[13].

Szápáry, dem von Pourtalès die Erklärungen Suchomlinows gegenüber dem deutschen Militärattaché mitgeteilt worden waren, legte in seinem Bericht an Berchtold den Entschluß Rußlands, nur gegen Österreich zu mobilisieren, wohl ganz zutreffend dahin aus, daß sich darin eher die Absicht zu verraten scheine, einen diplomatischen Druck auszuüben, als daß man ein rein militärisches Vorgehen ins Auge gefaßt habe. Doch dürfe man neben der häufigen Unwahrhaftigkeit russischer Versicherungen die mangelnde Einheitlichkeit des diplomatischen und militärischen Vorgehens sowie die Bedeutung des Zeitgewinns für die russische Mobilmachung nicht außer acht lassen.

Über seine Unterredung mit Sasonow sowie über die Unterredung Szápárys mit dem russischen Außenminister unterrichtete Pourtalès noch am Abend des 26. in einem ausführlichen Telegramm die Wilhelmstraße. Seinem Bericht fügte er hinzu, er habe den Eindruck, daß Sasonow vielleicht infolge von Nachrichten aus Paris und London etwas die Nerven verloren habe und jetzt nach Auswegen suche. Auch habe ihn Sasonow dringend gebeten, die deutsche Presse tunlichst zu beruhigen, und versprochen, dasselbe für die russische Presse zu veranlassen.

Neben den Gerüchten, die dem deutschen Militärattaché über die Mobilmachung zugegangen waren, hatte auch der österreichische Militärattaché auf Grund seiner Nachrichten den Eindruck, daß einzelne Militärbezirke bereits den Mobilmachungsbefehl erhalten hätten. In der Mitteilung, die Szápáry hierüber nach Wien gehen ließ, bemerkte er, daß man in russischen militärischen Kreisen doch noch an einen Bluff der Doppelmonarchie zu glauben scheine, andererseits sei die Kriegspartei eifrig an der Arbeit, die Öffentlichkeit auf den Krieg vorzubereiten[14].

Auch Spalajković hat anscheinend am 26. abends Pašić positiv versichert, Rußland mache gegen Österreich 1 700000 Mann mobil und werde die energischste Offensive gegen Österreich unternehmen, sobald die Monarchie über Serbien herfalle. Gleichzeitig forderte er den Ministerpräsidenten auf, den Tag des Angriffs der Österreicher sofort nach Petersburg zu melden. Der Zar hoffe, daß die Serben wie die Löwen kämpfen würden*.

Buchanan ist anscheinend über die getroffenen Mobilmachungsbeschlüsse offiziell nicht unterrichtet worden, woraus sich die Meldung des Botschafters an

* Mitteilungen des Kriegsministers Stefanović in der „Vreme" vom 27. Juli 1929 Nr. 2724. Die Mitteilungen wurden zwar verklausuliert dementiert, erscheinen aber trotzdem als im wesentlichen zuverlässig.

Grey vom 26. abends erklärt, daß scheinbar im Hinblick auf Streiks in den Militärbezirken von Petersburg und Moskau der Zustand des außerordentlichen Schutzes angeordnet sei. Da die Streiks aber so gut wie beendet seien, stehe die Maßnahme zweifellos im Zusammenhang mit der einsetzenden Mobilmachung[15].

Der amerikanische Botschafter in Petersburg, Wilson, telegraphierte seiner Regierung, ohne zwischen der Vormobilmachungsperiode und der eigentlichen Mobilmachung zu unterscheiden, daß die russische Regierung den Befehl erlassen habe, sofort mit der allgemeinen Mobilmachung zu beginnen[16].

Am Nachmittag des 26. Juli fanden in Petersburg Straßenkundgebungen statt, die vor dem serbischen Gesandtschaftsgebäude ihren Höhepunkt erreichten. Spalajković trat ans Fenster und hielt eine kurze Ansprache in russischer Sprache, in der er den Dank Serbiens für die Teilnahme und Unterstützung Rußlands zum Ausdruck brachte. Die Rede schloß mit einem Hoch auf den Zaren und das „große, mächtige, wahrhaft moralische Rußland". Unter den Rufen „Nieder mit Österreich!" ging die Menge auseinander[17].

Während Pourtalès mit Hilfe von Sasonow und Szápáry eine Verständigung anzubahnen versuchte, bemühte sich Paléologue, der von Sasonow über seine Unterredung mit Szápáry und seinen Versuch, eine direkte Verhandlung zwischen Wien und Petersburg über Abänderungen der Note zu erreichen, unterrichtet war, gegen Deutschland Stimmung zu machen. Wie Pourtalès von seinen Kollegen, insbesondere dem italienischen Botschafter Carlotti, erfuhr, hatte Paléologue geäußert, Deutschland treibe zum Kriege, es handle sich schon jetzt nicht mehr um einen austro-serbischen, sondern um einen deutsch-russischen Konflikt. Besonders Sasonow gegenüber brachte Paléologue in einer vertraulichen Unterredung zum Ausdruck, er würde wohl die Hoffnung haben, den Frieden noch retten zu können, wenn Rußland und Frankreich es nur mit Österreich allein zu tun hätten. Aber Deutschland stehe dazwischen; es habe Österreich einen großen Erfolg seines nationalen Selbstgefühls versprochen und sei überzeugt, daß der Dreiverband nachgeben würde, wie er bis jetzt immer nachgegeben hätte. Er, Paléologue, sei jedoch der Meinung, diesmal handle es sich um eine Existenzfrage, man könne nicht nachgeben, und sie würden den Krieg nicht vermeiden können. Der Presse hingegen erklärte Paléologue, es sei eine kleine Wendung zum Besseren eingetreten, und man hoffe, noch einen friedlichen Ausweg zu finden[18].

Sasonow unterrichtete auch Buchanan über seine Aussprache mit Szápáry und bemerkte dabei, es sei wegen des Mißtrauens von seiten Österreichs zwecklos, wenn Rußland seine guten Dienste in Belgrad anbieten würde. Daß Rußland aber bereits seine Dienste zum Kriege gegen Österreich zugesagt hatte, erwähnte Sasonow nicht. Als sich Sasonow dann bei Buchanan nach der Haltung der britischen Regierung erkundigte, erklärte der Botschafter, daß er über seine Zusicherungen vom 24. Juli hinaus nichts weiter versprechen könne. England könne auf Deutschland nur als Freund einwirken, doch müsse Sasonow vermeiden, durch irgendwelche Maßnahmen den Konflikt zu beschleunigen. Er hoffe daher ernstlich, daß der Mobilmachungsbefehl so lange als möglich hinausgeschoben und selbst nach Erlaß des Befehls den Truppen das Überschreiten der Grenze nicht erlaubt werde. Sasonow hingegen versuchte, Buchanan klarzumachen, daß

Deutschland nur für die Sache des Friedens gewonnen werden könnte, wenn England seine Solidarität mit Frankreich und Rußland öffentlich zum Ausdruck bringe. Im übrigen beruhigte Sasonow Buchanan damit, daß er erklärte, vor Erlaß eines kaiserlichen Ukases könnten wirkliche Mobilmachungsmaßnahmen nicht ergriffen werden. Der Ukas würde wahrscheinlich dann erfolgen, wenn die österreichische Armee in Serbien einrücke.

Die Aussprache Sasonows mit Buchanan hatte dazu geführt, daß der Botschafter, wenn er auch keine weiteren Erklärungen abgeben konnte, doch jetzt schon stärker zu Rußland hinneigte. Wie Buchanan Grey mitteilte, sei es nicht die Schuld Rußlands, sondern Österreichs, wenn der Friede Europas gefährdet sei. Der gegen Serbien geführte Schlag richte sich, wie Sasonow die Dinge beurteile, in Wirklichkeit gegen Rußland. Es wäre unklug, in Petersburg den Glauben aufkommen zu lassen, daß die englischen Sympathien auf seiten Österreichs wären, da die Lage Englands sowieso schon „recht heikel" sei und sich auch der Zar über die Zurückhaltung Englands enttäuscht gezeigt habe[19].

Von Benckendorff hatte Sasonow erfahren, daß der serbische Gesandte Bošković keinen Auftrag erhalten hatte, England allein oder eine Mächtegruppe um Vermittlung zu bitten. Doch wäre er seiner Sache nicht ganz sicher, da er in den letzten Tagen keine Telegramme erhalten hätte und befürchtete, daß sie aufgefangen sein könnten. Ferner riet Benckendorff die Abreise der Kaiserin Maria Feodorowna nach Rußland an, worauf sich der Zar entschloß, der Kaiserin zu empfehlen zurückzukehren, wenn auch noch Hoffnung auf Frieden vorhanden sei.

Aus Paris erfuhr Sasonow von Sewastopulo, daß der deutsche Botschafter Bienvenu-Martin erklärt habe, Deutschland fühle sich mit Frankreich in dem heißen Wunsch solidarisch, den Frieden zu erhalten, und hoffe, daß Frankreich in mäßigendem Sinne in Petersburg einwirken würde. Der Minister habe darauf bemerkt, daß Deutschland seinerseits entsprechende Schritte in Wien unternehmen könnte. Zum Schluß habe Bienvenu-Martin erklärt, daß er den deutschen Vorschlag ablehne, da der Ministerpräsident abwesend sei. Ein sehr klares Bild von den Absichten Frankreichs konnte sich Sasonow hieraus wohl nicht machen.

Wenn sich Sasonow am 26. auch bemühte, eine Verständigung mit Österreich über die Note herbeizuführen, so behielt er doch die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges im Auge und versuchte, die Bedingungen hierfür für Rußland zu verbessern. So gab Sasonow, der hoffte, daß Rumänien wenigstens im Anfang neutral bleiben würde, dem russischen Gesandten in Bukarest den Auftrag, dem Ministerpräsidenten Bratianu klarzumachen, daß die Sympathien und Interessen Rumäniens auf seiten der Serben sein müßten. Heute würde sich Österreich wegen des Irredentismus auf Serbien stürzen, morgen könne dasselbe Schicksal Rumänien treffen oder es müsse selbst für immer auf die Verwirklichung seines nationalen Ideals verzichten. Mit dieser Bemerkung spielte Sasonow deutlich auf die Möglichkeit einer Erwerbung Siebenbürgens durch Rumänien an[20].

Kapitel 36

Diplomatische Entspannung, Fortschreiten der Rüstungen

Petersburg, 27. Juli: Direkter Meinungsaustausch und Konferenzvorschlag — Deutsche Bemühungen um österreichisch-russischen Ausgleich — Warnung wegen Mobilmachung — Paléologue — Antwort des Zaren an Alexander — Haager Schiedsgerichtsvorschlag — Petersburger diplomatische Kreise — Sasonow und die serbische Antwortnote — Russische Mobilmachungsvorbereitungen — Grigorowitsch — Besprechung Januschkewitschs mit Danilow — Militärische Hilfe für Serbien und Montenegro — Diplomatenmeldungen über russische Mobilmachung — Beurteilung der Lage in den europäischen Hauptstädten am 27. Juli.

Der britische Botschafter, der inzwischen durch Paléologue von dem Schritt Sasonows, direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zu versuchen, erfahren hatte[1], suchte am Nachmittag des 27. den russischen Außenminister auf. Sasonow, den Buchanan sehr versöhnlich und zuversichtlich fand, sagte dem Botschafter, er wisse zwar nicht, ob Österreich auf den von ihm vorgeschlagenen freundschaftlichen Meinungsaustausch eingehen werde, sollte dies aber der Fall sein, dann wolle er während dieser Besprechung in enger Fühlungnahme mit den anderen Mächten bleiben. Er werde auch seinen ganzen Einfluß in Belgrad aufbieten, um die serbische Regierung zu veranlassen, Österreich soweit als möglich Genugtuung zu geben, doch müßten die territoriale Integrität „verbürgt" und Serbiens Rechte als souveräner Staat geachtet werden.

Buchanan erkundigte sich dann bei Sasonow danach, ob er von dem Konferenzvorschlag gehört habe. Als der Minister dies bejahte, richtete Buchanan an Sasonow die Frage, ob er den vorgeschlagenen direkten Gedankenaustausch mit Wien einer Konferenz vorziehe. Der deutsche Botschafter sei der Auffassung, daß ein derartiger Gedankenaustausch Österreich angenehmer sein würde[2]. Sasonow antwortete hierauf, die direkten Verhandlungen mit dem österreichischen Botschafter hätten einen günstigen Anfang genommen, er hätte aber von Wien noch keine Antwort erhalten. Wenn die Rücksprache mit dem Wiener Kabinett erfolglos bleiben sollte, wäre er bereit, jeden englischen Vorschlag anzunehmen, um den Konflikt friedlich zu lösen.

In seiner Mitteilung über diese Unterredung mit Buchanan an die Botschafter in Paris und London brachte Sasonow zum Ausdruck, er habe aus der Antwort Bienvenu-Martins an den deutschen Botschafter in Paris den Eindruck gewonnen, daß sich ein Mißverständnis eingeschlichen habe. Wenn man beabsichtige, irgendeinen mäßigenden Druck in Petersburg auszuüben, so würde dieser von vornherein abgelehnt werden, da Rußland von Anfang an eine Haltung eingenommen hätte, an der es nichts ändern könnte, weil die Russen „bereits allen annehmbaren Forderungen Österreichs entgegenkommen[3]". Diese Mitteilung zeigt, daß sich auch Rußland an die Antwort gebunden fühlte, die Serbien Österreich erteilt hatte.

Bethmann Hollweg hatte am 26. Juli Pourtalès mitgeteilt, der europäische Friede hänge nach seiner Auffassung allein von Rußland ab, nachdem Berchtold erklärt habe, Österreich beabsichtige keinen territorialen Gewinn. Er vertraue auf die Friedensliebe Rußlands und hoffe, daß es keinen Schritt unternehme, der den europäischen Frieden ernstlich gefährde. Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands, die eine Spitze gegen Deutschland hätten, würden zur Mobilmachung der deutschen Armee führen, und zwar müßte diese wegen der bekannten Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Rußland auch gegen Frankreich gerichtet sein. Die Mobilmachung aber bedeute den Krieg. Angesichts der territorialen Desinteressierung Österreichs könne Rußland jedoch eine abwartende Haltung einnehmen. Deutschland werde den Wunsch Rußlands, die Integrität Serbiens zu erhalten, um so eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn sie nicht in Frage stellen wolle. Hierdurch müsse sich auch im weiteren Verlauf der Angelegenheit eine gemeinsame Basis der Verständigung finden lassen. Der deutsche Botschafter machte am 27. nachmittags Sasonow von diesen grundlegenden Ansichten Bethmann Hollwegs Mitteilung, worauf der Minister erklärte, der Reichskanzler könne versichert sein, daß Rußland das Vertrauen in seine Friedensliebe nicht täuschen werde. Er werde Österreich bis zur Grenze des Möglichen entgegenkommen. Nachdem Österreich sein territoriales Desinteressement erklärt und noch keinen feindlichen Schritt gegen Serbien unternommen habe, wäre der Augenblick gekommen, durch den Gedankenaustausch zwischen den Mächten nach Mitteln zu suchen, um Österreich „goldene Brücken zu bauen". Doch bat er zu bedenken, daß, wenn diejenigen Forderungen erfüllt würden, die die serbischen Souveränitätsrechte antasteten, ein revolutionäres Regime ans Ruder kommen werde, das noch schlimmer sei als das jetzige. Pourtalès meinte aber, Österreich werde sich auf faule Proteste nicht einlassen. Den Provokationen Serbiens, durch die Europa nun schon zum dritten Male innerhalb fünf Jahren an die Schwelle des Krieges gebracht worden sei, müsse auf jeden Fall ein Ende bereitet werden. Der jetzige Zustand sei nachgerade für Europa unerträglich geworden. Die europäischen Mächte sollten daher Österreich bei seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht in den Arm fallen. Bezüglich der Anfrage wegen der vorbereitenden militärischen Maßnahmen, die eine Spitze gegen Deutschland hätten, verwies Sasonow nur auf das, was Suchomlinow dem Major von Eggeling gesagt hatte. Die Unterhaltung verlief freundschaftlich, wenn es zu irgendwelchen greifbaren Ergebnissen auch nicht kam[4]. Beachtlich hierbei ist, daß Sasonow die ihm von Pourtalès übermittelte territoriale Desinteressementserklärung Österreichs scheinbar gelassen hinnahm, obgleich eine entsprechende Erklärung von Szápáry zu dieser Zeit noch nicht vorlag.

Bethmann Hollweg war von dem Bericht des Grafen Pourtalès über seine Aussprache mit Sasonow anscheinend sehr befriedigt, denn er bat den Botschafter gleich am nächsten Tage, Sasonow für seine versöhnlichen Mitteilungen zu danken. Dabei sprach er erneut die Hoffnung aus, daß die territoriale Desinteressementserklärung Österreichs Rußland genügen und als Grundlage zur weiteren Verständigung dienen würde. Der starke Eindruck, den das im Grunde nichtssagende Telegramm von Pourtalès über seine Unterredung mit Sasonow

auf Bethmann Hollweg gemacht hatte, drückte sich noch darin aus, daß der Kanzler dagegen war, dieses Telegramm dem Fürsten Lichnowsky nach London mitzuteilen, weil er befürchtete, daß der Botschafter es „in ungeschickter Weise" gegenüber Grey verwenden würde. Grey könne dann noch nachgiebiger gegen Rußland werden, wenn er sehe, daß der Draht zwischen Berlin und Petersburg durchaus nicht abgerissen sei[5].

Der österreichische Botschafter sah Sasonow am 27. nicht. Szápáry hatte auch keine Veranlassung, mit dem Minister zu sprechen, da die Antwort auf den Vorschlag einer Aussprache wegen der Note, die, wie wir vorweg bemerken, negativ war, erst am späten Nachmittag einging und das „Dossier", um das Sasonow gebeten hatte, immer noch nicht in seinem Besitz war. So hatte sich Szápáry erst für den folgenden Tag bei Sasonow angemeldet.

Die optimistische Auffassung Sasonows, der allem Anschein nach mit einem Entgegenkommen Österreichs rechnete, war sowohl Szápáry, der durch Pourtalès davon unterrichtet wurde, als auch, wie er Berchtold mitteilte, dem deutschen Botschafter nicht recht erklärlich. Szápáry vermutete, wie wir noch sehen werden, ganz richtig, daß man versuchen würde, zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einen Keil zu treiben. Das Ausbleiben der militärischen Operationen, vielleicht auch die Haltung Deutschlands, gebe zu der falschen Interpretation Veranlassung, der Entschluß Österreich-Ungarns sei nicht unabänderlich, und es sei noch Gelegenheit zu Verhandlungen[6].

Auch Paléologue hat am 27. Juli Sasonow nicht gesehen. Wie er in seinen Memoiren schrieb, war er der Meinung, daß eine persönliche Initiative dem „selbstwirkenden Mechanismus der entfesselten Mächte" nicht mehr hätte widerstehen können und daß die Diplomaten jeden Einfluß auf die Ereignisse verloren hätten. Daß zu dieser Zeit von den nicht unmittelbar interessierten Mächten nur Rußland entfesselt war, hat Paléologue nie begriffen[7].

Auf Veranlassung des Generalstabschefs General Joffre wurde beim französischen Militärattaché Oberst Laguiche darauf gedrungen, daß bei Ausbruch des Konflikts die russischen Armeen den getroffenen Abmachungen entsprechend unverzüglich zum Angriff in Ostpreußen vorgehen würden. Vom russischen Generalstab wurde daraufhin geantwortet, daß der Angriff mit der Kriegserklärung erfolgen würde[8].

Die Hoffnung, daß der Konflikt durch ein Nachgeben Österreichs in letzter Stunde doch noch auf friedliche Weise gelöst werden könnte, bildete am 27. Juli nicht nur die Grundstimmung an der Sängerbrücke, sondern auch in Peterhof. Dies zeigt sich in dem Telegramm des Zaren an den Prinzregenten Alexander. Wohl im Drange der Geschäfte hatte das Telegramm des Prinzregenten vom 24. Juli seine formelle Erledigung nicht gleich gefunden und wurde erst am 26. dem Zaren vorgelegt, der es mit der Bemerkung versah: „Sehr bescheidenes und würdiges Telegramm. Was soll man ihm antworten[9]?" In der Antwort, die dem Zaren am 27. zur Genehmigung vorgelegt wurde, kam die Auffassung zum Ausdruck, die für die augenblickliche Lage maßgebend war. So wurde Alexander empfohlen, nichts zu versäumen, was „unter Wahrung der Würde Serbiens" den Schrecken eines neuen Krieges vorbeugen könnte, und alle Bemühungen darauf

zu richten, ein Blutvergießen zu vermeiden. Sollten die Bemühungen aber zu keinem Erfolg führen, so werde, wie der Zar versicherte, „Rußland dem Schicksal Serbiens gegenüber in keinem Falle gleichgültig bleiben[10]". Im gleichen Sinne wurde der russische Gesandte in Cetinje unterrichtet und Montenegro empfohlen, eine abwartende und friedliche Haltung einzunehmen. Im übrigen wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Montenegro seine Politik mehr denn je mit der serbischen für die gemeinsame Sache in Einklang bringen werde, wodurch Rußlands zukünftige Haltung gegenüber Montenegro bestimmt würde. Alles deutete somit darauf hin, daß man noch eine leise Hoffnung auf eine entgegenkommende Haltung Wiens hatte, im übrigen aber nach wie vor zum Eingreifen entschlossen war.

Im Laufe des Tages kam dem Zaren, vielleicht angeregt durch den Vorschlag am Schluß der serbischen Antwortnote, der Gedanke, die Prüfung des Konflikts mit Serbien dem Haager Schiedsgerichtshof vorzuschlagen, und er empfahl Sasonow in einem eigenhändigen Brief, diesen Schritt gleich zu versuchen. Die Absicht des Zaren hierbei war, wie in dem Schreiben kurz dargelegt wurde, daß von Sasonow zunächst eine Verständigung mit Frankreich und England hierüber zu erzielen sei, worauf man dann mit Deutschland und Italien in Verbindung treten würde, um Österreich diesen Vorschlag zu machen. Der Zar schloß seine Mitteilung mit den Worten, daß in ihm die Hoffnung auf Frieden noch immer nicht erloschen sei[11].

Sasonow gab diesem Befehl des Zaren nicht Folge. Man darf vielleicht zu seinen Gunsten annehmen, daß der Minister zunächst den nach Wien gerichteten Vorschlag einer direkten Aussprache mit dem Wiener Kabinett sich erst auswirken lassen wollte, ehe er an die befreundeten Mächte mit neuen Anregungen herantrat. Wir erinnern uns, daß man im Foreign Office sowieso schon über die allzu vielen Vorschläge Sasonows nicht sehr erbaut war. Der Zar kam jedoch auf diesen, wie wir vorweg bemerken wollen, aussichtslosen Vorschlag noch einmal zurück, wovon später die Rede sein wird.

Die versöhnliche Haltung an der Sängerbrücke, die mit der zunehmenden und weithin erkennbaren Tätigkeit im Heere und bei der Flotte, auf die noch näher eingegangen wird, sich in immer schärfer werdendem Gegensatz befand, war den in Petersburg anwesenden Diplomaten allgemein aufgefallen, ohne daß man sich die Gründe hierfür so recht erklären konnte. Auf der ganzen Linie war eine Art diplomatischer Waffenstillstand eingetreten, der aber nur scheinbar war, da man auf die Auswirkungen der in Gang gesetzten Vorschläge warten mußte. Auch darf nicht übersehen werden, daß es auf jeden Fall im Interesse Rußlands lag, wenn die von Wien zu befürchtende Aktion hinausgezögert wurde, um mit den Mobilmachungsvorbereitungen weiterzukommen und andere Mächte, namentlich England und vielleicht auch Rumänien, in die gemeinsame Front hineinzuziehen oder, wie Italien, die Türkei und Schweden, zu neutralisieren. Kurz und treffend wurde die Lage von dem amerikanischen Botschafter Wilson charakterisiert, der sie zwar noch als bedrohlich hinstellte, aber nicht mehr in so starkem Maße wie gestern. Die Friedensaussichten hätten sich gebessert, obgleich das Heer den Krieg verlange[12]. Auch Paléologue berichtete, daß Sasonow allen seinen

Kollegen gegenüber eine versöhnliche Sprache geführt habe und sich bemühe, die Presse, soweit Deutschland in Frage käme, im Zaume zu halten[13].

Am klarsten kam die „auffallende Änderung" in der Haltung Sasonows in dem Bericht des Grafen Pourtalès an den Reichskanzler zum Ausdruck. Der Botschafter erklärte sich die „sichtliche Beruhigung" an der Sängerbrücke mit der territorialen Desinteressementserklärung Österreichs und dem entschiedenen Zurückweisen der Insinuation, als ob Deutschland Österreich angestiftet hätte, um einen Konflikt heraufzubeschwören. Auch die Presse habe offenbar das mot d'ordre erhalten, die Erklärung, daß Deutschland Österreich-Ungarn nicht angestiftet hätte, als ein beruhigendes Symptom zu besprechen. Weiter berichtete Pourtalès, man habe in Petersburg erleichtert aufgeatmet, da bereits 48 Stunden vergangen seien, ohne daß man von einem Einrücken Österreichs in Serbien gehört habe, obgleich man damit gerechnet hätte, daß nach der Weigerung Serbiens, die österreichischen Forderungen zu erfüllen, die Feindseligkeiten sofort ausbrechen würden. Sasonow wäre jetzt sichtlich bemüht, einen Ausweg zu finden. Er erkenne im Prinzip sogar die Berechtigung des österreichischen Vorgehens an, allerdings in der Hoffnung, daß Österreich-Ungarn die Forderungen in der Form etwas mäßigen könne. Von Kriegsbegeisterung, fuhr Pourtalès fort, sei in Petersburg wenig zu merken, und er erwähnte in seinem Bericht sogar, er habe sich selbst davon überzeugt, daß das Publikum den Durchmarsch der aus dem Lager von Krasnoje Selo zurückberufenen Truppen mit der größten Teilnahmslosigkeit betrachtet habe und niemand daran denke, dem Militär Ovationen zu bereiten. Die Stimmung sei gedrückt. In der vorangegangenen Nacht sei es anscheinend zu Zusammenstößen und Schießereien in den Arbeitervierteln gekommen[14].

Bezeichnend für die Auffassung in Petersburg, daß man die Frage Krieg oder Frieden als allein vom deutschen Kaiser abhängend hielt, obgleich doch die Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien maßgebend sein mußten, war eine Erklärung des „Rjetsch". So teilte das Blatt mit, Grey habe dem König von England empfohlen, sich unmittelbar an Kaiser Wilhelm zu wenden, um eine friedliche Schlichtung des österreichisch-serbischen Zwistes zu erreichen. Es war einer der grundlegendsten Irrtümer der öffentlichen Meinung in Europa, daß die Doppelmonarchie als eine von Deutschland völlig abhängige Macht angesehen wurde.

Auch für Sasonow war es jedoch nicht so einfach, jetzt noch auf Belgrad einen mäßigenden Einfluß auszuüben und ein weiteres Entgegenkommen auf die österreichischen Forderungen des Ultimatums zu empfehlen, da die Politik Rußlands durch die Ministerratsbeschlüsse des 25. festgelegt war. Außerdem wäre die Autorität des Zaren, die im Rußland von 1914 einen bedeutenden Faktor für den Zusammenhalt des russischen Reiches bildete, in Mitleidenschaft gezogen worden, wenn jetzt ohne direkte Veranlassung der Kurs geändert worden wäre. Auch in dem Telegramm, das der Zar soeben erst an den Prinzregenten Alexander gerichtet hatte, war ja zum Ausdruck gebracht worden, daß man die „Würde Serbiens" zu wahren entschlossen war, wenn man auch nach Möglichkeit einen Krieg vermeiden wollte. In der Auffassung, daß eine Einwirkung auf die serbische Regierung, den Forderungen Österreichs entgegenzukommen, praktisch so gut wie unmöglich war, wurde Sasonow bestärkt, als ihm der serbische Geschäftsträger

Dr. Spalajković am Nachmittag die serbische Antwortnote überbrachte. So gab Sasonow unverhohlen seiner Auffassung Ausdruck, daß die serbische Antwort durch ihre Mäßigkeit und Bereitwilligkeit, Österreich vollste Genugtuung zu geben, alle Erwartungen übertreffe. Man könne nicht begreifen, worin die Forderungen Österreichs noch bestehen sollten, wenn es nicht „einen Vorwand" für eine Expedition gegen Serbien suche[15]. So setzte Sasonow alle seine Hoffnungen auf ein Nachgeben Wiens. Daß die Aussichten hierfür aber wenig günstig waren, mag der Sängerbrücke auch aus den Mitteilungen ihres politischen Agenten Dr. Polly bekanntgeworden sein, der nach seinem Besuch auf der österreichischen Botschaft den Eindruck mitnahm, daß man seinen Vorschlägen, Österreich zum Entgegenkommen gegenüber Serbien zu bewegen, mit vollkommener Kühle und Gleichgültigkeit gegenüberstand. Auf seine Bemerkung, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Österreich und Serbien einen europäischen Konflikt nach sich ziehen würde, hatte man erklärt, daß man auch diese Eventualität im Auge habe, es aber heute nicht bei Österreich liege, diese Gefahr auszuschalten[16].

So mußten die Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung der Krise immer mehr schwinden, da weder Rußland noch Österreich sich imstande fühlten nachzugeben. Man hatte sich auf beiden Seiten festgefahren, und auch die Macht der die Politik in der Hand haltenden Außenminister Sasonow und Berchtold hätte kaum ausreichen können, wirkliche Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen. Beide Minister hatten sich schon zu sehr gebunden, als daß sie sich aus den Umschlingungen hätten befreien können. Hierzu hätte es robusterer Naturen bedurft. Unterdessen gingen die militärischen Vorbereitungen unaufhaltsam weiter. —

Auf Befehl des Zaren wurde nunmehr durch den Generalstabschef Generalleutnant Januschkewitsch in Verfolg der Ministerratsbeschlüsse vom 25. Juli über die Einführung der „Kriegsvorbereitungsperiode" in den europäischen Militärbezirken diese Maßnahme auch auf den Kaukasus und die asiatischen Militärbezirke ausgedehnt. Zunächst setzte mit dem 27. Juli die Vormobilmachungsperiode in den Militärbezirken Kaukasus, Turkestan, Omsk und Irkutsk ein, die von dieser Maßnahme bis jetzt noch nicht betroffen waren. Um die reibungslose Durchführung der Mobilmachungstransporte auch bei einem Kriege an der Westfront, also gegenüber Deutschland vorzubereiten, teilte General Dobrorolski am 27. Juli dem Chef der Eisenbahnabteilung General Ronshin die Truppenteile mit, die hierfür in Betracht kommen würden. Die Mitteilung erfolgte jedoch nur zur persönlichen Information des Generals[17].

Sasonow gab an den Botschafter in Konstantinopel und die Gesandten in Sofia und Bukarest die Weisung, alle maritimen Nachrichten über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und überhaupt im Raume des Schwarzen Meeres nicht nur an das Außenministerium, sondern auch unmittelbar an den Oberbefehlshaber der Schwarzmeer-Streitkräfte nach Sewastopol zu übermitteln. Der russische Finanzminister erließ Ausfuhrverbote, insbesondere für Pferde, Vieh und Getreide.

Ein Vorschlag des Marineministers und Generaladjutanten des Zaren Admiral Grigorowitsch, die Marineschulen schon jetzt aufzulösen, wurde im persönlichen Vortrag des Ministers vom Zaren dahin entschieden, vorläufig damit noch zu warten. Im übrigen ergingen auf Veranlassung des Marineministers zahlreiche

Anordnungen und Mitteilungen vom Chef des russischen Admiralstabes an den Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte; unter anderem wurde mit der Legung von Minensperren in Kronstadt begonnen. Schon am 26. um 3 Uhr nachmittags war der Aufmarsch der aktiven Flotte beendet. Beim Admiralstab war bekannt, daß die deutsche Flotte sich noch in Norwegen befand und keine Nachrichten über Dislokationen der deutschen Schiffe vorlagen[18].

Auf Veranlassung des Generalstabschefs wurden am 27. vormittags auch die Personalfragen erörtert, die für die Aufstellung des Stabes des Generalissimus notwendig waren. Alles deutete darauf hin, daß die Armee mit dem großen Krieg rechnete und die letzten Vorbereitungen zur allgemeinen Mobilmachung tatkräftig in Angriff nahm.

Nach einer Mitteilung Strandtmanns, des russischen Geschäftsträgers in Belgrad, wurde dem Generalstab zur Kenntnis gebracht, daß die serbische Armee mit der Übersendung der versprochenen 120000 Gewehre und Patronen rechne, und die Bitte ausgesprochen, Serbien einige drahtlose Stationen mit Technikern und Ausrüstungen zu überlassen. Die Mobilmachung sei bis jetzt erfolgreich verlaufen, Serbien würde im ganzen 400000 und Montenegro 30000 Mann aufstellen mit einem gemeinsamen Hauptstabe. Im Falle eines Angriffs der Österreicher, der unverzüglich nach Petersburg gemeldet würde, sei beabsichtigt, die Vorhuten aus Belgrad zurückzuziehen.

Die mit der Vormobilmachungsperiode einsetzende militärische Tätigkeit in allen Teilen des riesigen russischen Reiches blieb natürlich trotz der Militärzensur nicht unbekannt. Von allen Seiten meldeten Konsuln und Agenten ihre Beobachtungen nach den europäischen Hauptstädten. Selbstverständlich liefen auch in der Wilhelmstraße zahlreiche Meldungen ein, die auf weitgehende Mobilmachungsvorbereitungen im russischen Heer und bei der Flotte schließen ließen. So wurde beispielsweise gemeldet, daß Kowno in Kriegszustand versetzt sei, daß die Dünamündung von Minen gesperrt wäre und Leuchtfeuer gelöscht seien, daß Truppenteile verladen oder in Marsch gesetzt, Eisenbahnbrücken von Militär besetzt seien und dergleichen mehr. Auch fehlte es nicht an Meldungen, die besagten, daß die Mobilmachung bereits angeblich im Gange sei[19].

Über die Stimmung im russischen Generalstab am Abend des 27. Juli liegt eine vom österreichischen Botschafter weitergegebene Meldung des k. u. k. Militärattachés in Petersburg vor, die wohl das Richtige getroffen haben dürfte. Die Meldung besagte, daß man einerseits im russischen Generalstab an die österreichische Energie nicht recht glaube und vielfach ein Bluff von seiten der Doppelmonarchie für möglich gehalten würde, da die Kriegsoperationen noch immer nicht begonnen hätten; andererseits halte man eine europäische Beilegung des Konflikts auch jetzt noch für möglich. Die vorbereitenden Mobilmachungsmaßnahmen wurden auch den Österreichern gegenüber von russischen Generalstabsoffizieren zugegeben, wobei man kein Hehl daraus machte, daß gegenüber der deutschen Grenze eine besondere Ausnahme nicht gemacht würde. Der k. u. k. Militärattaché hatte nicht unterlassen, russischen Generalstabsoffizieren gegenüber auf die Bedenklichkeit solcher Maßnahmen, die von deutscher und österreichischer Seite ähnliche „Vorbereitungen" hervorrufen könnten, aufmerksam zu machen[20].

Die Nachrichten, die Sasonow am 27. aus London von Benckendorff erhielt, waren günstiger als der Eindruck, den der Minister bisher aus den etwas zurückhaltenden Erklärungen Buchanans gewinnen konnte. Auch gaben die Berichte des Botschafters Sasonow die Gewißheit, daß Benckendorff Grey zu bestimmen versuchte, durch weitere Erklärungen in Berlin und Wien die Illusion zu zerstören, daß England in jedem Fall neutral bleiben würde.

Iswolski war mit der Beurteilung der Lage in Paris zufrieden und hob die Entschlossenheit Frankreichs, Rußland vollste Unterstützung zu gewähren, besonders hervor[21].

San Giuliano war der Ansicht, Österreich werde nicht eine Zeile seines Ultimatums ändern. Doch hatte er auch Verständnis dafür, daß Rußland für Serbien eintrat, falls Österreich Eroberungsabsichten habe, was nach der Versicherung des Wiener Kabinetts jedoch nicht der Fall sei.

Aus Berlin war die nicht gerade sehr hoffnungsvoll klingende Mitteilung eingetroffen, Jagow könne Österreich nicht raten nachzugeben, doch gehe aus der Übermittlung des Telegramms von Pourtalès über die von Sasonow eingeleiteten Besprechungen mit Österreich hervor, daß er diesen Ausweg eher empfehle[22]. Mit dem erwünschten Druck auf Wien, der erst mit der Rückkehr des Kaisers einsetzte, konnte Sasonow hiernach noch nicht rechnen.

Weiter machte der russische Geschäftsträger die beachtliche Mitteilung, Cambon habe mit Jagow über die russische Mobilmachung gesprochen, der seine Meinung dahin zusammengefaßt hätte, Deutschland würde mobil machen, wenn Rußland entweder an der deutschen Grenze mobilisiere oder wenn russische Truppen in österreichisches Gebiet einrücken würden[23].

Schebeko hatte den Eindruck, daß man in Wien unter dem Einfluß der Versicherungen Tschirschkys damit gerechnet habe, daß der Konflikt wahrscheinlich lokalisiert und auf diese Weise Serbien „ungestraft" ein schwerer Schlag versetzt werden könne. Die Erklärung Rußlands, daß es dem Schritt Österreichs nicht gleichgültig gegenüberstehen könne, habe daher in Wien „große Bestürzung" hervorgerufen[24].

Die Nachrichten aus Rumänien besagten, daß der König nicht sehr mit einem allgemeinen europäischen Krieg zu rechnen schien. Bei aller Sympathie könne Bratianu Serbien nur zur Nachgiebigkeit raten. Selbst eine friedliche Einnahme Belgrads durch Österreich sei zu empfehlen. Ein allgemeiner Krieg würde für Rumänien eine Katastrophe werden.

Pašić hielt es für richtiger, eine Vermittlung Englands nicht in Anspruch zu nehmen. Der Ministerpräsident kannte die Schwäche der serbischen Position, namentlich dem monarchisch gesinnten England gegenüber, zu gut, um sein Land in eine Lage hineinzumanövrieren, die bei näherem Eingehen auf den österreichisch-serbischen Konflikt für Belgrad doch hätte peinlich werden können. Im übrigen betrachtete das serbische Kabinett „unter dem Einfluß der von Spalajkowitsch eingegangenen Telegramme, die das Bild der Begeisterung zeichnen, die Rußland ergriffen hat", es als unvorteilhaft für Serbien, den Schwerpunkt der Frage von Petersburg nach einer anderen Hauptstadt, mit anderen Worten, nach London zu verlegen[25].

Kapitel 37

Vor der russischen Mobilmachung

Petersburg, 28. Juli: Suchomlinow und Januschkewitsch beim Zaren — Pourtalès bei Buchanan — Buchanan bei Sasonow — Pourtalès bricht eine Unterredung mit Sasonow ab — Im Vorzimmer des Außenministers — Szápáry bei Sasonow — Paléologue spricht mit Sasonow — Pourtalès bei Neratow — Pourtalès wieder bei Sasonow — Österreichs Kriegserklärung an Serbien in Petersburg — Sasonow beim Zaren — Aussprache Sasonows mit Januschkewitsch — Kabinettssitzung beim Zaren? — Januschkewitschs Vorankündigung der allgemeinen Mobilmachung — Konferenz im Außenministerium — Erstes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm — Rückkehr zum englischen Vermittlungsvorschlag — Stimmung in Petersburg und bei Hofe — Militärische Nachrichten.

Der 28. Juli stand zunächst im Zeichen der Ungewißheit, ob Wien einlenken und sich zu einer Aussprache über die Note bereitfinden würde.

Am Vormittag empfing der Zar Suchomlinow zum Vortrag über laufende Angelegenheiten. Dabei legte der Zar eine dem Kriegsminister auffallende Gleichgültigkeit und Zurückhaltung an den Tag, die Suchomlinow sich nicht erklären konnte, deren Grund aber wohl gewesen sein dürfte, etwaigen Fragen des Kriegsministers vorzubeugen, die sich auf die Anordnung der Mobilmachung, vielleicht auch auf die Regelung des Oberbefehls bezogen, für den neben Nikolaj Nikolajewitsch auch Suchomlinow in Betracht kam.

Auch der Generalstabschef wurde am gleichen Vormittag empfangen, ob im Beisein Suchomlinows oder nicht, muß dahingestellt bleiben. Als Januschkewitsch dem Zaren die Nachteile einer Teilmobilmachung auseinandersetzte, war der Zar mit den Mobilmachungsvorarbeiten nicht zufrieden und befahl, sobald es die Verhältnisse erlaubten, eine Umarbeitung des Mobilmachungsplans vorzunehmen, der die Möglichkeit bieten würde, die Mobilmachung in jedem einzelnen Militärbezirk selbständig und unabhängig von anderen Bezirken durchzuführen. Auf diese Weise, meinte der Zar, wäre es dann möglich, die Teilmobilisation durchzuführen, ohne die allgemeine Mobilmachung zu stören. Nach Ansicht des Generalstabschefs waren diese Pläne zwar nicht zu verwirklichen, aber der Befehl wurde natürlich zunächst stillschweigend hingenommen. Weiter legte Januschkewitsch Vorschläge über die Besetzung der höheren Führerstellen im Feldheer vor sowie einen Vorschlag, der eine Abänderung der bisher vorgesehenen Aufstellung der Armee für den Kriegsfall betraf[1].

Paléologue war noch in der Nacht von Bienvenu-Martin der Konferenzvorschlag mit dem Anheimstellen übermittelt worden, mit Buchanan und, wenn dieser es für nötig halte, auch mit Carlotti und Pourtalès darüber zu sprechen. Jedoch sollte der Botschafter sich dabei die Möglichkeit offen lassen, spätere Instruktionen noch berücksichtigen zu können. Nach wohl telephonischer Rücksprache mit Buchanan teilte Paléologue in einem um Mittag abgehenden Telegramm nach Paris mit, daß die russische Regierung grundsätzlich alle Vorschläge

annehme, die ihm Frankreich und England zur Erhaltung des Friedens machen würden[2].

Buchanan hatte am 28. Juli Pourtalès zu einem Frühstück zu sich gebeten. Bei dieser Gelegenheit bat Pourtalès dringend seinen britischen Kollegen, mäßigend auf Sasonow einzuwirken, worauf ihm Buchanan versicherte, daß er dies von Anfang an getan habe, es sei aber jetzt vielmehr die Aufgabe des deutschen Botschafters in Wien, dort hemmend einzuwirken. Buchanan seinerseits versuchte, Pourtalès seinen Optimismus zu nehmen und ihm klarzumachen, daß es Rußland vollkommen ernst sei und daß die Auffassung des Botschafters, das russische Volk nehme an dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht den nötigen Anteil und nur eine Clique von Chauvinisten wolle dem Streit einen gefährlichen Charakter geben, nicht zutreffend sei. Ferner wandte er sich dagegen, daß Rußland gleichgültig bleiben und zusehen sollte, wie Österreich Serbien nach Gutdünken bestrafe. Falls Österreich Serbien angreife, würde ein allgemeiner Krieg das unvermeidliche Ergebnis der Krise sein. Buchanan stimmte Pourtalès jedoch darin lebhaft zu, daß in den fortschreitenden militärischen Rüstungen Rußlands eine ernste Gefahr für den Frieden liege[3].

Im Anschluß an das Frühstück mit Pourtalès begab sich Buchanan zu Sasonow, dem er mitteilte, die deutsche Regierung habe in London erklären lassen, sie sei bereit, die Vermittlung der vier Mächte zwischen Österreich und Rußland prinzipiell anzunehmen, doch müsse sie sich das Recht vorbehalten, Österreich, falls es angegriffen würde, zu unterstützen. Auch teilte er die uns bekannte Auffassung Greys mit, wenn Österreich die serbische Antwort als wertlos beiseite schiebe und in Serbien einrücke, so wolle es eben Serbien um jeden Preis vernichten. Grey sei daher der Meinung, daß die Note jedenfalls als Basis für eine Diskussion und als eine „Pause" betrachtet werden müsse. Grey habe auch den deutschen Botschafter wissen lassen, daß er die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in seine Kombinationen einbezogen hätte[4].

Sasonow seinerseits teilte Buchanan mit, wie er aus Wien gehört habe, sei Österreich zum Kriege fest entschlossen und werde bis zur vollzogenen Bestrafung Serbiens nicht auf Vermittlungsvorschläge eingehen[5]. Hierauf stellte Buchanan an Sasonow direkt die Frage, ob ihm Zusicherungen Österreichs bezüglich der serbischen Unabhängigkeit und Integrität genügen würden, die der österreichische Botschafter, wie er gehört hätte, ihm gegenüber abgeben solle. Die britische Regierung würde sicherlich jedes Übereinkommen begrüßen, das einen europäischen Krieg abwenden würde, doch sei es wichtig, die wahren Absichten Rußlands kennenzulernen. Sasonow erwiderte hierauf sofort, daß keine Verpflichtung, die Österreich in dieser Beziehung etwa eingehen würde, Rußland zufrieden stellen könnte und daß an dem Tage, an dem Österreich die serbische Grenze überschreite, der Mobilmachungsbefehl gegen Österreich erlassen würde[6].

Aus dieser Bemerkung Sasonows geht somit erneut klar hervor, daß der Entschluß, ob Rußland eingreifen würde oder nicht, gar nicht von irgendwelchen Zusicherungen Wiens abhängig war, sondern allein von dem Einmarsch der Österreicher in serbisches Gebiet. So stoßen wir auch hier wieder auf die Ministerratsbeschlüsse vom 25. Juli, die von sich aus abzuändern Sasonow gar nicht in der

Lage war. Daß dieser Entschluß Rußlands in seiner Tragweite und Unabänderlichkeit weder in Berlin noch in Wien voll erkannt wurde, haben wir schon oft hervorgehoben. Österreichs Einmarsch in Serbien bedeutete ohne weiteres russische Teilmobilmachung mit all ihren Folgen und Möglichkeiten.

Im weiteren Verlauf der Unterredung sprach Buchanan von der Auffassung des Grafen Pourtalès, Rußland könne für sein Vorgehen nicht etwa eine erregte Volksstimmung vorschützen, da keinerlei Kundgebungen stattgefunden hätten. Sasonow meinte jedoch, dies sei ein Irrtum von Pourtalès, da das Fehlen feindseliger Kundgebungen vor der österreichischen und deutschen Botschaft nur auf polizeiliche Vorsichtsmaßnahmen zurückzuführen sei. Im übrigen teilte Sasonow Buchanan mit, — und dies dürfte für die weiteren Entschließungen nicht ohne Einfluß gewesen sein, — der Innenminister mache zur Zeit eine Reise durch die Provinzen, und er habe schon Mitteilungen von ihm erhalten, daß innere Unruhen nicht zu befürchten seien und daß im Kriegsfall die ganze Nation hinter der Regierung stehen würde. Auch eine flüchtige Anregung Buchanans, ob der Zar nicht einen persönlichen Appell an Kaiser Franz Joseph richten könnte, quittierte Sasonow nur mit seinem alten Wunsch einer unzweideutigen Erklärung der britischen Regierung, gemeinsame Sache mit Frankreich und Rußland zu machen. Ferner hoffe er, daß Prinz Heinrich von Preußen, von dessen Mission nach England er gehört habe, über die Absichten Englands nicht im Zweifel gelassen werde. Auf die Gefahr, die russische Rüstungen namentlich an der deutschen Grenze für den europäischen Frieden haben würden, scheint Buchanan nicht hingewiesen zu haben. Die feste Haltung, die Sasonow dem britischen Botschafter gegenüber an den Tag legte, mag vielleicht schon darauf zurückgeführt werden, daß Benckendorff Sasonow empfohlen hatte, Grey in seiner jetzt entschiedeneren Haltung für die Sache Rußlands zu stützen. Weiter hatte Benckendorff mitgeteilt, Sasonows Versuch einer direkten Aussprache mit Wien habe Grey bezüglich seines eigenen Vermittlungsvorschlages in eine heikle Lage gebracht[7]. Wir erinnern uns, daß man im Foreign Office über die allzuvielen Vorschläge des russischen Außenministers, sein ewiges Nach-etwas-Neuem-Suchen, wenig erfreut war. Möglicherweise hatte Sasonow zu dieser Zeit auch schon von dem Leitartikel der „Times" erfahren, der kategorisch erklärte, daß England Krieg führen müsse[8].

Nach der Aussprache mit Buchanan wurde Pourtalès von Sasonow empfangen, der die Unterredung mit den unfreundlichen Worten eröffnete, er durchschaue jetzt die ganze hinterlistige Politik Deutschlands. In Berlin hätte man die Pläne Österreich-Ungarns genau gekannt, und man habe es mit einem zwischen Deutschland und dem Wiener Kabinett abgekarteten Spiel zu tun. Da Sasonow zu dieser Zeit die Kriegserklärung Österreichs an Serbien voraussichtlich noch nicht gekannt hat, muß seine Erregung auf die Nachrichten aus Wien zurückgeführt werden, daß Österreich zum Kriege gegen Serbien entschlossen sei und von deutscher Seite nicht gebremst würde. Pourtalès erwiderte Sasonow, durch die Ausfälle des Ministers sehr gereizt, er müsse sich auf das entschiedenste verbitten, daß seine Erklärungen, Deutschland hätte weder von der an Serbien gerichteten Note noch von weiteren Plänen Österreich-Ungarns Kenntnis gehabt, in Zweifel gezogen würden. Er hätte ihm schon vor mehreren Tagen erklärt,

daß Deutschland den austro-serbischen Konflikt als eine ausschließlich diese beiden Staaten angehende Angelegenheit betrachte. Mit diesen Worten brach Pourtalès die Unterhaltung ab und erklärte, eine Fortsetzung der Aussprache erscheine ihm zwecklos*.

Im Vorzimmer Sasonows, das Pourtalès in erregter Stimmung hastig durchschritt, hatte Buchanan den französischen Botschafter Paléologue getroffen und ihm über seine Unterredung mit Sasonow berichtet. Die Lage sei kritisch, da Rußland ernstlich entschlossen sei, Österreich die Vernichtung Serbiens nicht zu gestatten. Wenn aber Rußland der Krieg aufgezwungen würde, wäre es wichtig, Deutschland keinen Grund zu geben, Rußland als den Angreifer hinstellen zu können, denn ohne die Überzeugung, daß Deutschland die ganze Verantwortlichkeit für den Krieg treffe, werde die britische öffentliche Meinung niemals die Teilnahme am Kriege billigen[9]. Buchanan bat den französischen Botschafter, wenn er jetzt von Sasonow empfangen würde, sich in diesem Sinne zu äußern.

Inzwischen trat der österreichisch-ungarische Botschafter in das Vorzimmer und nahm, entgegen seiner sonstigen Art, etwas reserviert an der Unterhaltung Buchanans mit Paléologue teil. Aus der Aussprache gewann Buchanan den Eindruck, daß Österreich bereit sei, soweit Rußland in Frage käme, die Frage international zu erörtern. Da Österreich aber keine Interessen gegen Rußland auf dem Balkan verfolge, auch die serbische Unabhängigkeit und Integrität nicht antasten wolle, sei Österreich der Ansicht, daß sein Streit mit Serbien die Doppelmonarchie allein angehe[10]. Szápáry selbst hatte wohl zu dieser Zeit ebenfalls noch nicht die Mitteilung über die bereits erfolgte Kriegserklärung an Serbien erhalten, noch hatte er irgendeine Nachricht aus Wien, wie sich Berchtold zu der von Sasonow vorgeschlagenen direkten Aussprache über die Note zwischen Petersburg und Wien stellen würde.

Aus den Unterhaltungen gewann Paléologue den Eindruck, daß Österreich entschieden nicht unterhandeln wolle. Nunmehr wurde Szápáry zu Sasonow gebeten.

Die Erklärungen, die Szápáry abgeben würde, wurden von Sasonow natürlich mit großer Spannung erwartet, da der Minister, der um 6 Uhr nachmittags zur Audienz beim Zaren angemeldet war, vorher wissen wollte, wie Österreich sich zu der von ihm vorgeschlagenen direkten Aussprache stelle. Szápáry hatte aber hierüber von Berchtold bis jetzt noch keinerlei Nachrichten erhalten. Er kam mit leeren Händen. So konnte der Botschafter weiter nichts tun, als sich im Sinne des inzwischen bei ihm eingegangenen großen Erlasses und einer weiteren Mitteilung Berchtolds über die Gründe für die Ablehnung der serbischen Antwort auszulassen.

* Pourtalès: „Meine Verhandlungen in St. Petersburg", S. 33; Paléologue, I S. 31. Paléologue erwähnt in seinen Memoiren eine Unterredung mit Pourtalès, die er vor seinem Besuch mit Sasonow gehabt habe, und behauptet, der Botschafter sei mit „wildem Gesichtsausdruck" in das Zimmer Sasonows hineingestürzt. Da Pourtalès eine Unterredung mit Paléologue am 28. auf das entschiedenste dementiert hat, darf man wohl annehmen, daß in diesem Fall mit Paléologue die Phantasie durchgegangen ist und er die Erregung des Grafen Pourtalès beim Heraustreten aus dem Zimmer Sasonows mit seinem Eintreten beim Minister durcheinandergebracht hat. Paléologue, I S. 29 f. und Pourtalès in „DAZ." vom 29. Januar 1921 Nr. 47.

In diesem Erlaß hatte Berchtold offen zugegeben, daß Österreich natürlich damit rechnen müsse, es könne sich aus dem Streit mit Serbien ein Zusammenstoß mit Rußland entwickeln. Österreich hätte sich aber hierdurch nicht beirren lassen können, weil grundlegende staatspolitische Überlegungen es vor die Notwendigkeit stellten, der Situation ein Ende zu machen, „daß ein russischer Freibrief Serbien die dauernde, ungestrafte und unstrafbare Bedrohung der Monarchie ermögliche". Berchtold hielt es jedoch noch nicht für ausgeschlossen, daß Rußland mit sich selbst zu Rate ginge und sich von dem slawischen Solidaritätsgefühl nicht mitreißen lassen wollte. Für diese Eventualität empfahl Berchtold vor allem zu betonen, daß die Österreicher bei ihrem Kampf keinerlei territorialen Gewinn erstrebten und auch „die Souveränität des Königreiches nicht anzutasten gedächten"; ferner könne der Botschafter hervorheben, daß die Politik Österreichs nicht gegen das Aufstreben der christlichen Balkanstaaten gerichtet sei und nicht der Wunsch einer Zurückdrängung des orthodoxen Slawentums vorliege. Andererseits würde Österreich bei der Durchsetzung seiner Forderungen „auch vor der Möglichkeit europäischer Verwicklungen nicht zurückschrecken". Eine weitere Duldung der serbischen Umtriebe würde die staatliche Existenz Österreichs untergraben, seinen Bestand als Großmacht und damit auch das europäische Gleichgewicht in Frage gestellt haben[11].

Die serbische Regierung sei sich auch bewußt gewesen, daß ihre Note für Österreich unannehmbar sei, da sie selbst den Vorschlag gemacht hätte, die Regelung der Kontroverse auf schiedsgerichtlichem Wege zu suchen. Dieser Vorschlag würde durch den Umstand ins richtige Licht gesetzt, daß schon drei Stunden vor der Übergabe der Note die Mobilisierung der serbischen Armee erfolgt sei[12].

Mit diesen Argumenten ausgerüstet, bemühte sich der k. u. k. Botschafter, Sasonow die Auffassung seiner Regierung darzulegen. Sasonow war natürlich zunächst einmal enttäuscht, daß Szápáry noch immer keine Antwort auf die von ihm am 26. angeregte Aussprache mit Wien über die Note erhalten hatte. Danach sei die Situation jedenfalls ernst. Auf die serbische Note übergehend, hob Szápáry jetzt hervor, daß der im Vordergrund stehende Punkt der Mitwirkung bei der Untersuchung „unglaublicherweise glatt abgelehnt worden sei", und meinte, die serbische Regierung hätte sich wenigstens auch hier auf eine Bitte um Interpretierung beschränken sollen. Als Sasonow die Kontroverse dialektisch zuspitzen wollte, daß man also nur wegen „eines Punktes" uneinig sei, führte Szápáry aus, daß die serbische Regierung auch bei vielen anderen Forderungen nur der Form nach entgegengekommen sei, daß aber die Ablehnung dieses Punktes den „schlechtesten Eindruck" hervorrufen mußte. Als Sasonow jetzt wieder darum bat, ihm das versprochene „Dossier" zu übermitteln, konnte Szápáry dieser Bitte auch jetzt nicht entsprechen, da es bei der Botschaft noch nicht eingegangen war. Damit war natürlich die Wirkung dieses ganzen Schriftwerks, dem man besonders auch von deutscher Seite eine große Bedeutung beigemessen hatte, vollständig illusorisch geworden. Szápáry hatte sogar den Eindruck, daß Sasonow die Hoffnung hätte, in dem Dossier etwas zu finden, das ihm das Abrücken von Serbien ermöglichen könnte. Nun war dieses Dossier nicht einmal zur Stelle! —

Die territoriale Desinteressementserklärung, die Szápáry nunmehr abgab, die aber Sasonow ohnehin erwartet hatte, machte auf den Minister nicht viel Eindruck. Wäre sie ihm schon am 25. von Kudaschew mitgeteilt worden, so hätte sie vielleicht doch mehr zur Beruhigung Rußlands beitragen können. Daß Österreich die Souveränität Serbiens schonen würde, ließ Sasonow unter Hinweis auf die Natur der österreichischen Forderungen nicht recht gelten. Die Sorge Sasonows, die Doppelmonarchie könne, auch ohne serbisches Territorium in Besitz zu nehmen, Serbien in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Monarchie bringen, wird man nicht ganz von der Hand weisen dürfen. Beim Ministerrat vom 19. Juli war vom Grafen Stürgkh selbst die Möglichkeit ins Auge gefaßt worden, Serbien durch Absetzung der Dynastie, durch eine Militärkonvention und andere Maßregeln in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Monarchie zu bringen. Auch machte Sasonow mehrere Einwendungen gegen Szápárys Behauptung, daß die österreichische Balkanpolitik sich nicht gegen Rußland wende, wobei alte Klagen zum Vorschein kamen.

Trotz der für Sasonow negativ verlaufenen Unterredung spielte sich die Unterhaltung mit dem österreichischen Botschafter in vollkommen freundschaftlicher Form ab. Sasonow hatte sich wieder in Gewalt, und alles schien noch in der Schwebe.

Zur Zeit der Unterredung war die Kriegserklärung wohl noch nicht bekannt, jedenfalls bemerkt Szápáry in seinem Bericht an Berchtold, die „seither erfolgte Kriegserklärung an Serbien dürfte nunmehr bald die wahren Absichten Rußlands in die Erscheinung treten lassen[13]". An sich waren die Absichten Rußlands völlig klar: Mobilmachung gegen Österreich, sobald es in Serbien einmarschiert. Doch rechnete anscheinend auch Szápáry damit, daß Sasonow vielleicht nur bluffen würde, weil der Russe an sich gern blufft. Aber es sind eben immer die Ausnahmen, die eine Regel bestätigen.

Als letzter der Botschafter, die Sasonow an diesem Tage nacheinander empfing, kam Paléologue an die Reihe. Gestern abend hatte er ein Telegramm Vivianis von Bord der „France" erhalten, wonach Frankreich in Würdigung der hohen Bedeutung, die für es selbst wie für Rußland darin liege, ihr völliges Einvernehmen gegenüber den anderen Mächten zu betonen und nichts zu unterlassen, um die Beilegung des Konflikts herbeizuführen, bereit sei, das Vorgehen der russischen Regierung im Interesse des allgemeinen Friedens völlig zu unterstützen. Nachdem Paléologue diese Erklärung, die eine russische Friedenspolitik voraussetzte, abgegeben hatte, brachte er noch „die volle Bereitschaft Frankreichs, nötigenfalls seine Bündnispflichten zu erfüllen", zum Ausdruck. Eine Bestätigung dieser zweiten Erklärung ging auch am Abend des gleichen Tages durch den russischen Militärattaché in Frankreich, Oberst Graf Ignatiew, ein. Der Militärattaché war gleich nach seiner Ankunft in Paris vom Kriegsminister und vom Chef des Generalstabes empfangen worden, die ihm ebenfalls die „volle und lebhafte Bereitschaft" ausdrückten, die „Bündnispflichten getreu zu erfüllen". Die Stimmung sei, wie Ignatiew mitteilte, ruhig und fest[14].

Nachdem Pourtalès nach seinem Auftritt mit Sasonow auf die Botschaft zurückgekehrt war, fand er die Mitteilung vor, daß auf dem deutschen Dampfer

„Prinz Eitel Friedrich" von der Petersburger Hafenpolizei das Funkgerät unbrauchbar gemacht worden war. Pourtalès beschwerte sich daraufhin sofort persönlich bei dem Gehilfen Sasonows, Neratow, dem er bei dieser Gelegenheit auch von der aufgeregten Unterhaltung mit Sasonow Mitteilung machte. Dabei erklärte er, wenn Sasonow ihm gegenüber nur den geringsten Schritt des Entgegenkommens tun wolle, sei er selbstverständlich bereit, den Gedankenaustausch mit ihm fortzusetzen. Als Pourtalès sich kurz darauf wieder in die Botschaft begab, fand er bereits die telephonische Aufforderung von Sasonow vor, doch gleich wieder zu ihm zu kommen. Pourtalès ging nunmehr erneut zur Sängerbrücke[15].

Sasonow empfing ihn sehr herzlich, fiel ihm nach russischer Sitte um den Hals und bat ihn wegen seiner heftigen Worte um Entschuldigung. Damit war der Zwischenfall erledigt. Das Gespräch wandte sich darauf der serbischen Antwortnote zu, die nach Auffassung Sasonows alles enthielt, was Österreich verlangen könne. Sei Österreich damit nicht zufrieden, so wolle es eben den Krieg. Das war die gleiche Auffassung, wie sie Wilhelm II., Grey und andere hatten, die aber trotzdem stets mit einem großen Fragezeichen versehen werden muß. Es kennt eben jeder seinen Nachbarn immer besser, als die weiter weg Wohnenden ihn beurteilen können. Nur am Ballhausplatz wußte man, und zwar sehr genau, was von der serbischen Antwortnote praktisch zu halten war. Eine erneute Diskussion der Note lehnte Pourtalès höflich, aber entschieden ab. Als Sasonow dann auf die Vermittlung zu vieren hinwies, erwiderte der Botschafter, ihm sei die Ansicht seiner Regierung über diesen Vorschlag nicht bekannt. Über die von Sasonow befürwortete Vermittlungsaktion einer direkten Aussprache mit Wien habe er nach Berlin berichtet, mehr könne er jedoch nicht tun. Pourtalès wandte sich dann gegen den Versuch der russischen Presse, zwischen Deutschland und Österreich Mißtrauen zu säen. Eine derartige Verhetzung sei von vornherein zum Scheitern verurteilt und könne der Sache des Friedens nur schaden. Man darf hier vielleicht schon ein Symptom für die Bestrebungen Rußlands erkennen, so paradox es scheinen mag, sich mit Österreich auf Kosten Deutschlands auszusöhnen, Bestrebungen, die wahrscheinlich von Paléologue unterstützt wurden, der immer Deutschland für die Aktion gegen Serbien verantwortlich machen wollte. Diese Bestrebungen traten erst nach dem eigentlichen Ausbruch des Krieges deutlicher in Erscheinung, dürften aber wohl schon hier ihren Anfang genommen haben.

Pourtalès kam nun auf einen sehr ernsten Punkt zu sprechen. Er beklagte sich lebhaft über die militärischen Rüstungen, die über die Erklärungen Suchomlinows gegenüber dem Major von Eggeling hinausgingen und unversehens Gegenmaßnahmen Deutschlands hervorrufen könnten. Er, Pourtalès, könne in Anbetracht des von Suchomlinow dem deutschen Militärattaché gegebenen Ehrenwortes nur annehmen, daß die Gouverneure der Militärbezirke eigenmächtig vorgingen. Ein weiterer Fortschritt der Rüstungen würde zum Kriege führen. Hier klang zum erstenmal deutlich das Motiv an, das später den Krieg mit Deutschland herbeiführen sollte. —

Zum Schluß kam Pourtalès noch auf den Fall „Prinz Eitel Friedrich" zu sprechen. Sasonow sagte zu, die Angelegenheit dem Zaren vorzutragen, was auch geschah.

Am nächsten Morgen war das Funkgerät auf Kosten Rußlands auf dem deutschen Handelsdampfer wieder aufmontiert.

Sasonow hatte aus der Unterredung mit Pourtalès den Eindruck gewonnen, daß Deutschland die Unversöhnlichkeit Österreichs eher begünstige und das Berliner Kabinett anscheinend keinen Einfluß auf seinen Verbündeten ausübe. Dieser Eindruck, der, wie wir wissen, mit der tatsächlichen Haltung Deutschlands, wie sie mit dem 28. einsetzte, keineswegs übereinstimmte, war ganz naturgemäß aus der Haltung entstanden, die von der Botschaft auf Grund der Weisungen der Wilhelmstraße einzunehmen war. Sasonow versuchte daher jetzt, wie er Buchanan mitteilte, Grey zu veranlassen, auf Wien über Berlin einzuwirken. Ein entsprechendes Telegramm an Benckendorff ging noch am 28. ab. Von der Notwendigkeit dieses Schritts dürfte Sasonow auch durch Iswolski überzeugt worden sein, der ihm am 28. mitteilte, Deutschland billige die Handlungsweise Österreichs und könne nach den Worten Schoens Österreich nicht „trop brusquement" davon zurückhalten, sich Garantien gegenüber Serbien zu verschaffen.

Aus den ganzen Unterhaltungen Sasonows mit den Botschaftern am Nachmittag des 28. geht hervor, daß der russische Außenminister keine neuen Vorschläge mehr zu machen hatte und einsehen mußte, daß seine Hoffnungen, es werde gelingen, Wien direkt oder durch Dritte zu einer von Rußland gewünschten Abänderung der Forderungen Österreichs an Serbien zu bringen, ziemlich aussichtslos waren.

Nach dem Empfang der Botschafter, aber wohl noch vor der Audienz beim Zaren, die für 6 Uhr angesetzt war, dürfte Sasonow von der Kriegserklärung Österreichs an Serbien Kenntnis erhalten haben. Die Nachricht war in einem kurzen Telegramm Schebekos enthalten[16]. Ein weiteres Telegramm des russischen Botschafters aus Wien meldete, daß etwa die Hälfte der österreichisch-ungarischen Armee, 8 Armeekorps, und ein Teil der Flotte mobil gemacht würden. Eine Bestätigung der erfolgten Kriegserklärung ging auch von Strandtmann aus Niš ein, wo sich die Belgrader Regierung seit ihrem Aufbruch aus der Hauptstadt des Landes befand. Bezeichnend für die Bedeutung, die man damals dem militärischen Angreifer zudachte, war ein weiteres Telegramm Strandtmanns, in dem er die unzutreffende Befürchtung aussprach, es könne sich bei der österreichischen Kriegserklärung vielleicht nur um eine Mystifikation handeln, um die Serben zu aggressiven Schritten zu verleiten[17].

Der Zar, der am Nachmittag wie gewöhnlich Tennis gespielt und den Tee mit seinen Töchtern eingenommen hatte, empfing um 6 Uhr Sasonow zu der befohlenen Audienz, wobei ihm der Minister von der Kriegserklärung und wohl auch von der österreichischen Mobilmachung gegen Serbien Mitteilung gemacht hat[18]. Auf Grund dieser Nachrichten erhielt Sasonow vom Zaren die Genehmigung, die Anordnung der Teilmobilmachung in die Wege zu leiten, was dem Ministerratsbeschluß vom 25. Juli entsprach[19]. Der Stein kam damit ins Rollen. Auf den Gedanken, Österreich vorzuschlagen, seinen Konflikt mit Serbien der Prüfung des Haager Schiedsgerichts vorzulegen, scheint der Zar in der Audienz mit Sasonow nicht zurückgekommen zu sein. Auch dürfte Sasonow wegen der allgemeinen Mobilmachung jetzt noch nicht vorstellig geworden sein.

Die Mobilmachung in den Militärbezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan wurde für den 29. den Großmächten notifiziert und die Maßnahme mit der Kriegserklärung Österreichs an Serbien begründet. Der russische Geschäftsträger in Berlin, Bronewski, wurde noch angewiesen, dabei das Fehlen irgendwelcher Angriffsabsichten Rußlands gegen Deutschland zu betonen, auch wurde mitgeteilt, daß der Botschafter in Wien vorläufig von seinem Posten nicht abberufen würde. Also Mobilmachung ohne Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Nachdem Sasonow von der Audienz beim Zaren zurück war, fand er auch von Spalajković eine schriftliche Mitteilung über die Kriegserklärung vor, der der Gesandte einige theatralische Worte angeschlossen hatte. Er hoffe, daß dieser Akt, der nicht nur den Frieden Europas störe, sondern auch sein Gewissen beunruhige, von der zivilisierten Welt verurteilt, von Rußland aber, als der „Schutzmacht" Serbiens, schwer bestraft werde. Sasonow antwortete am 30. kurz und ohne Erwiderung der Sentiments[20].

Den Berichterstattern der fremden Zeitungen wurde mitgeteilt, daß Deutschland eine Vermittlung abgelehnt habe, da der Streitfall lediglich Österreich und Serbien angehe, und daß Rußland beim ersten Vorgehen Österreichs gegen Serbien mobil machen würde[21]. Der genaue Zeitpunkt für die Anordnung der teilweisen Mobilmachung blieb somit noch offen. So wurde der einmal eingeschlagene Weg programmäßig weiterverfolgt.

Nachdem Sasonow ins Außenministerium zurückgekehrt war, empfing er den Generalstabschef, General Januschkewitsch, der ihn hier wohl erwartet haben dürfte, und übermittelte ihm unmittelbar den Befehl des Zaren, die Mobilmachung der vier Militärbezirke Kiew, Moskau, Odessa und Kasan anzuordnen*. Der Generalstabschef war hierüber wenig erfreut, da man im russischen Generalstab ganz gegen eine Teilmobilmachung war und von Anfang an die allgemeine Mobilmachung haben wollte. Januschkewitsch nahm daher Gelegenheit, Sasonow die technischen Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, die es unmöglich machten, von der Teilmobilmachung auf die allgemeine Mobilmachung überzugehen. Wenn sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland verschlechtern würden, könnte Rußland in eine sehr unangenehme, direkt gefährliche Lage kommen, da die für die allgemeine Mobilmachung vorgesehenen Anordnungen nicht sofort ausgeführt werden könnten. Angesichts dieser Tatsache ersuchte der Generalstabschef Sasonow, ihm eine bestimmte Zusicherung zu geben, daß der Krieg mit Deutschland vermieden werden würde. Hierauf erwiderte Sasonow, daß er zu seinem Bedauern hierzu nicht in der Lage sei, zumal seine Hoffnungen, Berlin werde die Beilegung des Konflikts unterstützen, dauernd geringer würden. Unter diesen Umständen hielt es Januschkewitsch begreiflicherweise für unerläßlich, daß Sasonow die Aufmerksamkeit des Zaren auf die Gefahren einer Teil-

* Nach einer Studie von Ottmer: „Rußland und der Kriegsausbruch", Berlin 1936, in der eine Mitteilung von Basili verwertet wird, soll der Besuch des Generalstabschefs bei Sasonow nach der Erinnerung von Schilling schon nachmittags etwa gegen 3 Uhr stattgefunden haben, und zwar, wie Ottmer annimmt, unmittelbar vor der 1. Unterredung des Grafen Pourtalès mit Sasonow. Hieraus folgert Ottmer, daß die Erregung Sasonows bei dem Eintreten von Pourtalès auf seine Auseinandersetzung mit Januschkewitsch zurückgeführt werden muß.

mobilmachung hinlenken müsse. Die Mitteilung des Generals Januschkewitsch machte auf Sasonow, der zu dieser Zeit sich des besonderen Vertrauens des Zaren erfreute, großen Eindruck[22]. Der Minister, der nach der Kriegserklärung an Serbien seinen Optimismus verloren und sich mehr und mehr damit abgefunden hatte, daß ein allgemeiner Krieg unvermeidlich sei, machte anscheinend Januschkewitsch nunmehr Vorwürfe, daß er ihn nicht schon eher auf diese Schwierigkeiten einer Teilmobilisierung aufmerksam gemacht hatte[23].

Januschkewitsch teilte den Entschluß des Zaren für die Anordnung der Teilmobilmachung noch am späten Nachmittag Suchomlinow mit, der an diesem Tag zu einem Diner bei der Gräfin Kleinmichel eingeladen war.

In Verfolg der Unterredung Sasonows mit Januschkewitsch hat der Minister, vielleicht bedrückt durch das Gefühl der hohen Verantwortung, die er nach den ihm soeben gewordenen Erklärungen des Generalstabschefs bei Zulassen nur der Teilmobilmachung übernehmen würde, sich wohl veranlaßt gesehen, dem Zaren die Einberufung eines Ministerrats vorzuschlagen, um die Frage zu klären, ob eine allgemeine oder Teilmobilmachung anzuordnen sei. Jedenfalls fand noch am Abend eine von Sasonow in seinen Memoiren kurz erwähnte „Kabinettssitzung" unter Vorsitz des Zaren in Peterhof statt. Welche Minister an dieser Sitzung teilgenommen haben, ist nicht bekannt, auch fehlt jedes Protokoll über die Sitzung, doch dürfte wahrscheinlich auch der Kriegsminister Suchomlinow teilgenommen haben, der während der Gesellschaft bei der Gräfin Kleinmichel einen Telephonanruf erhielt.

Anscheinend hat der Landwirtschaftsminister Kriwoscheïn, der als überzeugter Nationalist gewöhnlich für eine kraftvolle Außenpolitik war, hierbei versucht, zur Vorsicht zu mahnen, ohne daß er einen großen Erfolg damit gehabt hätte. Die meisten Teilnehmer dieser Sitzung sprachen sich für eine Unterstützung Serbiens aus. Doch ist der Zar gegenüber dem Druck, den seine militärischen Ratgeber und jetzt wohl auch Sasonow auf ihn ausübten, fest geblieben, so daß es zunächst bei der Anordnung der Teilmobilmachung blieb. Leider ist uns über diese vielleicht interessanteste Kabinettssitzung so gut wie nichts überliefert, ja man kann nicht einmal mit voller Sicherheit behaupten, daß die Sitzung stattgefunden hat[24].

Noch am späten Abend wurden, vielleicht in Auswirkung der vorerwähnten Kabinettssitzung, von seiten des Generalstabes zwei allerhöchste Ukase, einer für die allgemeine, der andere für die Teilmobilmachung, zur Unterzeichnung für den Zaren angefertigt[25]. Die Schriftstücke selbst wurden dem Zaren noch in der Nacht oder am frühen Morgen des 29. zur Unterschrift vorgelegt.

Mit der Wahrscheinlichkeit der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung scheint Januschkewitsch so weit gerechnet zu haben, daß er noch in der Nacht vom 28. zum 29. sämtlichen in Betracht kommenden militärischen Dienststellen mitteilte, daß der 30. Juli zum 1. Tag der „allgemeinen" Mobilmachung erklärt werden würde. Die Erklärung selbst erfolgte später durch das festgesetzte Telegramm[26]. Man darf wohl annehmen, daß der Zar hierzu sein Einverständnis gegeben hat. Jedenfalls hat der General Dobrorolski dem Verfasser wiederholt versichert, daß 1914 Eigenmächtigkeiten oder Indisziplin auch in den obersten

Stellen der Armee unnachsichtig geahndet worden wären und er daher ein eigenmächtiges Vorgehen der Generale für so gut wie ausgeschlossen hielt.

Wohl im Anschluß an die Kabinettssitzung fand noch im Laufe der Nacht eine Konferenz im Außenministerium statt, wo man die Lage anscheinend wieder etwas ruhiger beurteilte. Vielleicht wurde die Möglichkeit irgendeiner Einwirkung von seiten Englands in Rechnung gestellt. Jedenfalls gab man die Hoffnung auf Aufrechterhaltung des europäischen Friedens noch nicht vollkommen verloren. Selbst die durch falsche Pressemitteilungen verursachte Meldung, daß Belgrad besetzt sei, was bei dieser Konferenz wohl zur Sprache kam, wurde nicht allzu tragisch aufgefaßt. Man hielt es für möglich, zur Aufrechterhaltung des Friedens eine Besetzung Belgrads nicht als eine „opération de guerre", sondern als einen „acte politique" betrachten zu können[27].

Über die Stimmung in Berlin war man durch eine Mitteilung des dortigen Marineattachés, Kapitän Berens, unterrichtet worden. Während einerseits über Demonstrationen und kriegerische Stimmung in Berlin berichtet wurde, hob der Kapitän andererseits hervor, er habe den Eindruck, daß die maßgebenden Kreise zufrieden wären, wenn man die Sache friedlich beilegen könnte, ohne Österreich allzusehr in Verlegenheit zu bringen.

Beunruhigender mag eine nicht zutreffende Meldung des russischen Gesandten in Hamburg, Demerik, gewirkt haben, wonach ein Teil der aktiven Flotte nach Danzig in Kampfbereitschaft abgefahren sei. Die Nachricht stützte sich auf die Mitteilung eines bei der Kieler Werft beschäftigten russischen Offiziers[28].

Über die Lage in Rumänien war die Sängerbrücke dahin unterrichtet worden, ein feindlicher Schritt sei nicht zu erwarten, und der Gesandte glaube, daß Rumänien zunächst neutral bleiben würde. Von Pašić waren beim rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu beunruhigende Meldungen über bulgarische Truppenbewegungen an der Grenze eingegangen.

Der Zar, der immer mehr mit der Möglichkeit rechnete, daß der österreichisch-serbische Krieg sich zu einem europäischen auswachsen könnte, und sich von seiner Umgebung zu einem Kriege gedrängt fühlte, den er im Innern wohl verabscheute, wandte sich noch in der Nacht, wahrscheinlich auch auf den Rat seiner Umgebung, in einem persönlichen Telegramm an Kaiser Wilhelm. Er freue sich, daß der Kaiser wieder zurück sei, und wolle sich in diesem äußerst ernsten Augenblick an ihn um Hilfe wenden. Die Entrüstung in Rußland über den „unwürdigen" Krieg, der an ein „schwaches Land" erklärt worden sei, wäre ungeheuer, und er teile sie völlig. Er sehe voraus, daß er sehr bald dem auf ihn ausgeübten „Druck" erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen würden. Um dies Unheil zu vermeiden, bitte er Kaiser Wilhelm zu tun, was er könne, um seine Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen*. Hier findet sich der gleiche Gedanke vor, der in der Konferenz im Außenministerium zur Sprache kam, daß trotz der Kriegserklärung, ja selbst bei einer Besetzung Belgrads, die, wenn sie zutraf, wohl nur kampflos erfolgt sein konnte, eine Beschränkung des Vorgehens Österreichs gegen Serbien

* Der hier angewandte Plural war dem Kaiser mit Recht nicht ganz verständlich, weshalb er an den Rand: ally! (Bundesgenosse) schrieb.

immer noch als möglich erachtet wurde. In dem Telegramm des Zaren lag, wie Kaiser Wilhelm bemerkte, sowohl das Eingeständnis der Schwäche, wie auch der Versuch, die Verantwortung für den Krieg ihm zuzuschieben[29].

Da Berchtold auf den Vorschlag Sasonows, die österreichischen Forderungen auf Grund der serbischen Antwortnote wenigstens der Form nach abzuändern, nicht eingegangen und inzwischen der Krieg erklärt war, hatte Sasonow eingesehen, daß seine direkten Rücksprachen mit dem österreichischen Botschafter offenbar unzweckmäßig waren. Sasonow teilte dies Benckendorff in London mit, indem er zum Ausdruck brachte, es sei notwendig, daß England schnellstens eine Vermittlungsaktion einleite und Österreich die Kriegshandlungen gegen Serbien sofort einstelle. Andernfalls werde die Vermittlung nur den Vorwand für eine Verschleppung der Angelegenheit abgeben, und Österreich wäre die Möglichkeit gegeben, Serbien inzwischen vollständig zu vernichten[30]. Wie sich hier zeigt, lebte Sasonow in der falschen Vorstellung, daß mit einem plötzlichen und erfolgreichen Angriff Österreichs auf Serbien zu rechnen war, jedenfalls wollte er das Inaussichtstellen dieser Möglichkeit benutzen, um England auf die Beine zu bringen.

Das in Petersburg in der Nacht verbreitete Gerücht, die Österreicher hätten sich bereits in den Besitz von Belgrad gesetzt, wurde in Regierungskreisen verhältnismäßig kühl aufgenommen und eine Beilegung des Konflikts trotzdem nicht als völlig aussichtslos angesehen. Doch wurden die Demonstrationen gegen Deutschland und Österreich dadurch belebt. So fanden vor der französischen und englischen Botschaft begeisterte Kundgebungen statt, und auch vor der italienischen Botschaft kam es zu Beifallsbezeugungen. Um sich eine richtige Vorstellung von den Vorkommnissen in Petersburg zu machen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Helligkeit während der langen weißen Nächte bis gegen 2 Uhr morgens anhält und nach einer Stunde die Sonne schon wieder ihre ersten Strahlen spendet.

In der Umgebung des Zaren war man der Auffassung, daß Serbien die Punkte der Note, die die Untersuchung betrafen, nicht hätte annehmen können, ohne eine Revolution hervorzurufen, und sie deshalb einem Schiedsspruch unterbreiten wollte. Dies sei loyal, und Österreich würde eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, wenn es diese Haltung Serbiens nicht anerkenne. Die Russen liebten — wie Fürst Trubetzkoy, der als Nachfolger Hartwigs vorgesehen war und Serbien dazu bringen sollte, eine Verzichtpolitik anzunehmen[31], zu Chelius geäußert hatte — die Serben gar nicht, aber es seien ihre slawischen Stammesgenossen, und sie könnten daher ihre Brüder nicht im Stich lassen. Österreich könne die Serben vernichten, und das könne Rußland nicht zugeben. Auf den Einwurf des Generals von Chelius, daß die Österreicher keinen Strich Landes erwerben, sondern nur Ruhe vor den Serben haben wollten, meinte Trubetzkoy, Krieg sei Krieg, Österreich könne Serbien zermalmen, und was nachher komme, sei nicht abzusehen. Aus diesem Grunde sei man dafür, daß Kaiser Wilhelm Österreich den wohlmeinenden Rat geben solle, den Bogen nicht zu überspannen und die strittigen Punkte durch das Haager Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Alle seien durch die Rückkehr des Kaisers sehr beruhigt, denn man vertraue auf ihn.

Rußland wolle keinen Krieg, auch Kaiser Nikolaus nicht. Es wäre daher sehr gut, wenn sich die beiden Monarchen telegraphisch verständigen könnten[32].

Aufschlußreich für die Auffassung am Hofe war auch eine Unterhaltung zwischen dem k. u. k. Legationssekretär Baron Economo und dem Großfürsten Nikolaj Michajlowitsch. Er sagte zu Economo, der Störenfried sei Deutschland, das einen Waffengang mit Rußland wünsche. Ein Krieg könne nur durch eine bindende Zusicherung Kaiser Wilhelms vermieden werden, doch sei es für den Zaren schwer, die Serben sitzen zu lassen. Im übrigen sei der Krieg gegen Deutschland bei der Armee populär. Die Italiener, d. h. die Herren der Botschaft und der Militärattaché, würden, nach der Versicherung des Großfürsten, jedem, der es hören wolle, erzählen, daß Italien nicht mit Österreich marschieren würde[33].

Im Laufe des 28. trafen bei den deutschen Generalkonsulaten in Moskau und Warschau verschiedene Mitteilungen ein, die nach Berlin weitergegeben wurden und der Wilhelmstraße zeigten, daß die Mobilmachungsvorbereitungen auch an der deutschen Grenze weiter fortschritten. Auch im Militärbezirk Warschau seien die Truppen aus den Manövern zurückberufen worden und teilweise an die österreichische Grenze abgegangen. Aus verschiedenen Gegenden, auch vom Kaukasus, seien Einberufungen und Truppentransporte nach dem Westen gemeldet worden. Auch würden der Goldvorrat der Reichsbank und sonstige Vorräte in Warschau fortgeschafft. Ähnliche Mitteilungen gelangten nach London.

Die starke Tätigkeit, die in der russischen Marine auch in der Ostsee entfaltet wurde, zeigte sich in den detaillierten Anordnungen des Chefs des russischen Admiralstabes an den Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte, der den Vorschlag gemacht hatte, russische Handelsschiffe nach deutschen Häfen, insbesondere nach Kiel zu entsenden, die anscheinend von dort aus Nachrichten weitergeben sollten. Auch das Legen der Hauptminen wurde so weit vorbereitet, daß die Maßnahmen durch ein kurzes Telegramm ausgelöst werden konnten.

Über den Zweck der Teilmobilmachung scheint man sich in Rußland selbst nicht genügend Rechenschaft abgegeben zu haben. Aus den Beratungen von Krasnoje Selo vom 25. Juli dürfte hervorgehen, daß die Teilmobilmachung in der Annahme angeordnet wurde, es sei möglich, allein gegen Österreich Krieg zu führen. Sonst wäre es sinnlos gewesen, den Gedanken der Teilmobilmachung ins Auge zu fassen, geschweige denn zur Ausführung zu bringen. Doch scheint für die Anordnung der Teilmobilmachung allein gegen Österreich vor allem der Gesichtspunkt maßgebend gewesen zu sein, die Maßnahme würde genügen, um Österreich zum Aufgeben einiger als unerträglich angesehener Forderungen zu veranlassen und es vom Kriege gegen Serbien abzuhalten. So blieben die aus der Teilmobilmachung entstehenden Folgen, weitere Mobilmachung Österreichs, Erweiterung der eigenen Mobilmachung, Eingreifen Deutschlands, Mobilmachung Frankreichs und Teilnahme Englands am Kriege, noch im Schoße der Zukunft verborgen. —

Kapitel 38

Die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn

Petersburg, 29. Juli: Unterredung Sasonows mit Pourtalès — Mißtrauen an der Sängerbrücke — In Peterhof — Goremykin, dann Januschkewitsch beim Zaren — Ministerrat — Eggeling bei Januschkewitsch — Dobrorolski und der Ukas für die allgemeine Mobilmachung — Wien lehnt direkten Meinungsaustausch über die Note ab — Pourtalès frühstückt bei Buchanan — Unterredung Pourtalès' mit Sasonow über Ablehnung des Gedankenaustauschs durch Österreich — Entschluß zur Teilmobilmachung — Unterredung Sasonows mit Buchanan — Szápáry bei Sasonow — Beschießung Belgrads — Pourtalès wieder bei Sasonow — Telegramm Kaiser Wilhelms — Beschluß zur Anordnung der allgemeinen Mobilmachung — Benachrichtigung Iswolskis und Paléologues — Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm — Zweiter Ministerrat — Dobrorolski auf dem Haupttelegraphenamt — Die Zurücknahme der allgemeinen Mobilmachung — Zweites Kaisertelegramm — Telephongespräche des Zaren mit Suchomlinow und Januschkewitsch — Benachrichtigung Paléologues vom Beschluß der allgemeinen Mobilmachung — Drittes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm — Vierte Unterredung Sasonows mit Pourtalès — Betrachtungen.

Der 29. Juli war in Petersburg ein Tag der Hochspannung und der Schwankungen. Es mußte entschieden werden, wieweit man die Entschlüsse zur Ausführung bringen wollte, die am 25. Juli im Kronrat von Krasnoje Selo nach der ersten Aufwallung wegen der österreichisch-ungarischen Forderungen an Serbien getroffen worden waren, ob man hinter diesen Entschlüssen zurückbleiben könne oder ob man weitergehen müsse. So finden wir an diesem Tage ein Hin und Her, ob man Teilmobilmachung, allgemeine Mobilmachung oder noch gar keine Mobilmachung anordnen sollte.

Auf die Mitteilung von Pourtalès über seine versöhnliche Unterredung mit dem russischen Außenminister am 27. Juli, wonach Sasonow Österreich, das noch keinen feindlichen Schritt gegen Serbien unternommen habe, nunmehr „goldene Brücken" bauen wollte, hatte Bethmann Hollweg gedankt und erwidert, er hoffe, daß die territoriale Desinteressementserklärung Österreichs Rußland genügen und als Basis für weitere Verständigung dienen würde[1]. So zeigte sich wieder, daß der Kanzler der territorialen Desinteressementserklärung Österreichs eine Bedeutung beimaß, die ihr in den Augen Sasonows aus den angeführten Gründen nicht zukam. In einem weiteren Telegramm, das wohl erst am frühen Morgen des 29. Pourtalès vorgelegt worden ist, hatte der Kanzler in Verfolg des mit dem Brief des Kaisers an Jagow einsetzenden Kurswechsels erklärt, daß die deutsche Regierung fortgesetzt bemüht sei, Wien zu einer „offenen Aussprache" mit Petersburg zu veranlassen, um den „Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien" in unanfechtbarer und, wie er hoffe, Rußland befriedigender Weise klarzulegen. Die inzwischen erfolgte Kriegserklärung ändere hieran nichts. Ein von Bethmann selbst angefügter Zusatz, daß ein Absehen von der russischen Mobilmachung, worunter natürlich die Teilmobilmachung zu verstehen war, die Bemühungen Deutschlands wesentlich erleichtern würde, war von ihm wieder

gestrichen worden. Man darf hieraus wohl entnehmen, daß Bethmann Hollweg sich mit einer russischen Mobilmachung nur gegen Österreich glaubte abfinden zu müssen[2].

Pourtalès, der in dem sehr vorsichtig gehaltenen Telegramm des Kanzlers ganz richtig eine Änderung der Haltung der Wilhelmstraße erkannte, obgleich die Wien gemachten Vorschläge gar nicht näher mitgeteilt waren, rief schon morgens Baron Schilling an und bat, den Außenminister zu sprechen, um ihm „eine angenehme Mitteilung" zu machen. Doch fügte der Botschafter, um keine übertriebenen Hoffnungen aufkommen zu lassen, gleich hinzu: „Toutefois, pas trop d'optimisme."

Um 11 Uhr wurde Pourtalès von Sasonow empfangen. Die Mitteilungen des Botschafters faßte der Minister so auf, daß Deutschland trotz der Kriegserklärung weiter fortfahren werde, „auf Wien mäßigend einzuwirken", und daß es seine Versuche fortsetzen wolle, „das Wiener Kabinett zu Konzessionen zu bewegen[3]". So viel stand aber nicht in dem Telegramm Bethmann Hollwegs. Der Botschafter, der im Interesse des Friedens über seine Instruktionen wohl etwas hinausgegangen war, bat deshalb auch Sasonow, die Mitteilung streng geheim zu halten, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die Ansichten Österreichs und Deutschlands nicht völlig übereinstimmten. Tatsächlich gingen die Ansichten, wie wir noch sehen werden, zu dieser Zeit schon erheblich auseinander. Außerdem brachte Pourtalès dringend die von Sasonow in ihrer ganzen Tragweite nie genügend berücksichtigte Bitte zum Ausdruck, nicht durch eine vorzeitige Mobilmachung ein „Hindernis" für den erwünschten Druck Deutschlands auf Wien zu schaffen[4]. Auf den Vorschlag von Pourtalès, die unmittelbare Aussprache mit dem Wiener Kabinett fortzusetzen, erwiderte Sasonow, der sich über den freundschaftlichen Charakter dieser Erklärung sehr erfreut zeigte und dem Kanzler hierfür danken ließ, daß er dazu bereit sei, falls die Ratschläge Deutschlands in Wien gehört würden[5]. Er bemerkte jedoch, es seien bis jetzt leider keine Anzeichen dafür vorhanden, daß Wien darauf eingehe, den Weg eines direkten Gedankenaustausches mit Petersburg zu beschreiten. Von dem Botschafter in Wien, der entsprechende Weisungen erhalten habe, sei bis jetzt noch keine Meldung über Unterredungen mit Berchtold eingegangen, auch habe Szápáry noch keine Instruktionen; an dem guten Willen Österreichs müsse daher gezweifelt werden[6]. —

Gleichzeitig wies Sasonow auf die Bereitschaft Rußlands hin, Zuflucht zu einer Konferenz der vier Mächte zu nehmen, ein Plan, der anscheinend in Deutschland keine Sympathien finde. Sasonow schwebte dabei der Gedanke vor, die Vier-mächtekonferenz und die unmittelbare Fühlung mit dem Wiener Kabinett nebeneinander herlaufend als Mittel für eine friedliche Lösung der Krise zu benutzen. Sasonow kam dann auf die österreichische Mobilmachung zu sprechen und meinte, Österreich habe acht Korps mobilisiert, und diese Maßregel würde als zum Teil gegen Rußland gerichtet aufgefaßt. Aus diesem Grunde sehe sich Rußland ebenfalls zur Mobilmachung der Militärbezirke an der österreichischen Grenze genötigt, und der betreffende Befehl würde heute abend gegeben. Die militärischen Maßnahmen seien jedoch keineswegs gegen Deutschland gerichtet und würden auch Angriffshandlungen gegen Österreich nicht vorherbestimmen[7].

Die Maßnahme war natürlich nicht durch die Mobilmachung Österreichs bedingt, die sich nur gegen Serbien richtete, da kein Korps an der russischen Grenze mobilisiert worden war, wenn auch gerüchtweise verlautete, daß Kavallerie aus Wien nach Galizien entsandt werden würde[8]. Zweck der russischen Mobilmachung war fraglos, Österreich klarzumachen, daß Rußland sich schützend vor Serbien stellte. Man wollte, wie Suchomlinow einmal dem Verfasser sagte, „Österreich die Faust zeigen".

Als Pourtalès nunmehr die allerernstesten Bedenken erhob, suchte ihn Sasonow davon zu überzeugen, daß die Mobilmachung in Rußland noch lange nicht, wie in den westeuropäischen Staaten, den Krieg bedeute. Die russische Armee würde eventuell Wochen hindurch Gewehr bei Fuß stehen können, ohne die Grenze zu überschreiten. Wenn möglich, wolle Rußland den Krieg vermeiden. Pourtalès entgegnete, diese Erklärungen würden ihn keineswegs beruhigen, da die Gefahr jeder militärischen Maßregel darin liege, daß die andere Seite Gegenmaßregeln ergreife. Es wäre naheliegend, daß die etwaigen Gegner Rußlands den großen Vorsprung der Mobilmachung nicht aufgeben wollten und auf Gegenmaßregeln dringen würden. Sasonow beschränkte sich darauf, nochmals zu beteuern, daß gegen Deutschland nicht das geringste geschehe, worauf ihm Pourtalès eindringlich sagte, daß ihm die deutschen Bundesverpflichtungen gegenüber Österreich bekannt seien, wenn ihm auch damit jede Drohung fernliege[9].

Wie wir uns erinnern, war Deutschland verpflichtet, Österreich beizuspringen, wenn es von Rußland angegriffen wurde. Ein Angriff Österreichs auf Rußland dagegen hätte Deutschland vertraglich nicht zur Mobilmachung und Hilfeleistung verpflichtet.

In die Unterredung hatte sich, wie wir hervorheben müssen, folgendes Mißverständnis eingeschlichen: Sasonow war der Annahme, die Wilhelmstraße würde auf Wien mäßigend einwirken, um Österreich zu Konzessionen in den Forderungen an Serbien zu veranlassen, während Berlin, das sich ebensowenig in den österreichisch-serbischen Konflikt einmischen wollte wie London, den Ballhausplatz nur veranlassen wollte, sich über den Zweck und Umfang seines Vorgehens gegen Serbien Rußland gegenüber in befriedigender Weise auszusprechen. Darunter verstand Bethmann Hollweg den Vorschlag des Kaisers vom „Halt in Belgrad", von dem Pourtalès noch nichts wußte und wovon man den Botschafter wohl deshalb noch nicht in Kenntnis gesetzt hatte, weil man noch nicht wissen konnte, wieweit das Wiener Kabinett hierauf eingehen würde.

Nachdem der Botschafter gegangen war, wurden die Erklärungen des Grafen Pourtalès von Sasonow mit seinen Mitarbeitern Baron Schilling, Neratow und Fürst Trubetzkoy, der, wie bereits erwähnt, Hartwig in Belgrad ersetzen sollte, besprochen oder besser gesagt durchgehechelt. Hierbei wurde erörtert, ob Deutschland wirklich beabsichtige, in Wien einen ernstlichen Druck auszuüben, oder ob die Mitteilungen von Pourtalès nur darauf berechnet seien, die Aufmerksamkeit Rußlands einzuschläfern, dadurch die Mobilmachung aufzuschieben und selbst für entsprechende Vorbereitungen Zeit zu gewinnen. Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß, selbst wenn man der deutschen Regierung Aufrichtigkeit in diesem Falle unterstelle, es doch zweifelhaft wäre, ob man auf diese Weise etwas

ausrichten könne. Wenn Österreich ohne die Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands schon so weit gegangen sei, müsse man annehmen, daß der Einfluß Deutschlands in Wien stark zurückgegangen sei und daß es daher der deutschen Regierung in diesem Augenblick kaum gelingen werde, viel zu erreichen[10].

In diesen internen Beratungen Sasonows mit seinen engsten Mitarbeitern zeigt sich deutlich das Mißtrauen, das man in Petersburg den deutschen Erklärungen entgegenbrachte, die mit der intransigenten Haltung Österreichs nicht recht in Einklang gebracht werden konnten. Die spätere Entwicklung zeigt, daß die Bedenken an der Sängerbrücke nicht ganz ungerechtfertigt waren.

Was der Herrscher aller Reußen Nikolaus II. in den Tagen der Krise dachte und fühlte, läßt sich nur unvollkommen beurteilen. Aus seinen dürftigen Tagebuchaufzeichnungen gewinnt man den Eindruck, daß der Zar den Geschicken seines Landes mit ziemlicher Gleichgültigkeit gegenüberstand. So notierte er am 29. Juli wie an sonstigen Alltagen seines Lebens, daß er Tennis gespielt habe und wie das Wetter war. Nur ganz kurz wird bemerkt, daß der Tag „ungewöhnlich bewegt" verlief, daß bald Sasonow, bald Suchomlinow oder Januschkewitsch am Telephon waren. Verfolgt man jedoch seine Haltung genauer auf Grund anderer, allerdings auch nicht sehr aufschlußreicher Quellen, so muß man doch zugeben, daß der Zar die Bedeutung der Stunde durchaus erkannt hat und sich auch seiner Verantwortlichkeit als Herrscher voll bewußt war.

Am frühen Vormittag des 29. wurde der Ministerpräsident Goremykin vom Zaren empfangen. Der greise Minister, der um die Audienz nachgesucht hatte, um die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu verhindern, erhielt auch die Zusicherung, daß diese Maßnahme noch nicht Platz greifen würde[11].

Am Vormittag war ein Telegramm des serbischen Kronprinzen Alexander aus Niš eingetroffen, in dem der Regent dem Zaren für seine herzlichen Sympathien gegenüber Serbien dankte und der Versicherung Ausdruck gab, daß „in der Seele aller Serben" die Gefühle ewiger Dankbarkeit frömmig erhalten blieben[12]. So wurde das gute Herz des Zaren immer wieder für die Serben eingenommen, die ihm ebenso wie Sasonow wegen der orthodoxen Glaubensgemeinschaft seelisch nahestanden, was ein Gegengewicht zu der durch das Attentat verletzten monarchischen Solidarität bildete. Auch in der Umgebung des Zaren hatte sich die Stimmung nach dem Bekanntwerden der Kriegserklärung Österreichs an Serbien sehr verschlechtert, und man hielt einen allgemeinen Krieg fast für unvermeidlich. Dies war jedenfalls der Eindruck, den der General von Chelius gewann und worüber er auch am 29. Kaiser Wilhelm berichtete. Die Ablehnung der nach russischer Ansicht sehr entgegenkommenden Antwort Serbiens habe die Überzeugung aufkommen lassen, daß Österreich mala fide gehandelt habe und den Krieg wolle. Man bedaure, daß es keiner Macht gelungen sei, Österreich von dem gefahrvollen Schritt abzuhalten. In Rußland wolle man keinen Krieg und wünsche ihn noch zu vermeiden. Zu dieser Stelle des Berichts bemerkte Kaiser Wilhelm, wie dies möglich sei, solange Rußland entschlossen wäre, Serbien gegen Österreich zu schützen. Hierin lag auch tatsächlich das Hindernis, das eine Einigung unmöglich machte[13]. —

Am gleichen Vormittag, nach dem Ministerpräsidenten, war Januschkewitsch zur Audienz befohlen. Wie wir wissen, waren zwei Ukase, einer für die Teilmobilmachung und ein zweiter für die allgemeine Mobilmachung, vorher vom Generalstab vorbereitet worden. Der Zar blieb bei seinem Entschluß, nur die Teilmobilmachung bekanntzugeben, und zwar sollte der 30. Juli der 1. Tag der Mobilmachung sein. Auch wurde der Generalstabschef ausdrücklich beauftragt, dem deutschen Botschafter die Versicherung abzugeben, daß die Erklärung der Mobilmachung kein „feindseliger Akt gegenüber Deutschland sei" und „daß Rußland die Absicht habe, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland aufrecht zu erhalten[14]". Über die Ausführung dieses Auftrages wird an späterer Stelle berichtet.

General Januschkewitsch ließ aber nicht nach, erneut den Zaren von der Notwendigkeit der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung an Stelle der beabsichtigten Teilmobilmachung nur gegen Österreich zu überzeugen, und brachte hierbei zur Begründung vor, es sei unmöglich, den Krieg zu lokalisieren, da Deutschland hinter Österreich stehe. Dem Druck des Generalstabschefs nachgebend, der sich über seine Befugnisse hinaus in die Politik einmischte, gab der Zar schließlich seine Unterschrift auch unter den Ukas für die allgemeine Mobilmachung. Trotzdem hielt der Zar an seinem Entschluß fest, zunächst nur die Teilmobilmachung anzuordnen.

Daß sich der Zar dazu bestimmen ließ, schon jetzt den Ukas für die allgemeine Mobilmachung zu unterzeichnen, obgleich nur die Teilmobilmachung bekanntgegeben werden sollte, dürfte seinen Grund in folgendem gehabt haben: Nach der Verfassung hatte der Ukas für die allgemeine Mobilmachung erst dann Gesetzeskraft, wenn ein auf Grund des Ukases an den dirigierenden Senat zu richtendes Telegramm mit der Unterschrift des Kriegsministers, des Marineministers und des Innenministers versehen war. Zum Einholen dieser Unterschriften der drei Minister war eine gewisse Zeit erforderlich, und der Zar wollte dem Generalstabschef wohl die Möglichkeit geben, diese verfassungsrechtlichen Vorbereitungen zu treffen für den Fall, daß im Laufe des Tages die politische Lage eine Anordnung der allgemeinen Mobilmachung notwendig machen sollte. Für die Anordnung der Teilmobilmachung war nur die Unterschrift des Kriegsministers notwendig[15].

Nach seiner Audienz beim Zaren hielt Goremykin einen Ministerrat ab, wobei er fraglos die soeben getroffene Entscheidung des Zaren, daß es bei der Teilmobilmachung bleiben sollte, bekanntgegeben hat. Ein Protokoll liegt nicht vor. Nach Pressemitteilungen erstattete Sasonow über die noch vorhandenen Möglichkeiten einer diplomatischen Beilegung des österreichisch-serbischen Streites Bericht, ohne Bestimmtes in Aussicht stellen zu können[16]. Wenn auch kaum noch damit zu rechnen war, daß Österreich nach erfolgter Kriegserklärung an Serbien sich auf eine Abänderung der Note einlassen würde, so lag immerhin ein Bericht Schebekos, ob Berchtold auf eine unmittelbare Aussprache mit Wien eingehen würde, zu dieser Zeit noch nicht vor. Anscheinend hatte Sasonow dabei die wenn auch nur noch sehr geringe Möglichkeit im Auge, daß es vielleicht doch noch zu einem direkten Meinungsaustausch mit Wien über die Note kommen würde. Auch Januschkewitsch hat allem Anschein nach an dieser Sitzung teilgenommen, und

es war ihm gelungen, den Ministern klarzumachen, daß, wenn im Laufe der nächsten Tage die allgemeine Mobilmachung angeordnet werden würde, die Fahrpläne für die Mobilmachung und den Aufmarsch unvermeidlich durcheinander geraten würden, wodurch die Mobilmachung etwa um zehn Tage in Rückstand geraten könnte. In Anbetracht der Schnelligkeit der deutschen Mobilmachung sei es aber einer der Hauptvorteile Rußlands, im Anfangsstadium des Krieges hinter Deutschland nicht zurückzubleiben. Diese Mitteilungen führten dann dazu, daß der Ministerrat beschloß, die Verkündung der Teilmobilmachung gegen Österreich noch zu verzögern und zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen[17]. Vielleicht hat Januschkewitsch dem Ministerrat noch mitgeteilt, daß der Zar auch den Ukas über die allgemeine Mobilmachung unterzeichnet hatte. Es ist aber auch möglich, daß Januschkewitsch den Ukas über die allgemeine Mobilmachung geheimgehalten hat[18]. Für den weiteren Verlauf der Entwicklung ist diese Frage jedoch nur insofern von Bedeutung, als sie vielleicht das Hinausschieben der Teilmobilmachung erklärt.

Nach dem Ministerrat teilte Januschkewitsch Sasonow den Auftrag mit, den er vom Zaren für den deutschen Botschafter erhalten hatte. Da Pourtalès von militärischen Dingen nicht viel verstehe und sie nach seiner Weise auslegen würde, machte Sasonow dem Generalstabschef den Vorschlag, die Erklärung nicht dem Botschafter, sondern dem deutschen Militärattaché zu machen. Januschkewitsch ging auf diesen Vorschlag ein und bat Major von Eggeling, ihn aufzusuchen[19].

Eggeling, der sich zur Zeit des Telephonanrufs des Generalstabschefs auf seinem Büro in der Botschaft befand, nahm sich sofort einen Wagen und fuhr in das etwa zehn Minuten entfernte russische Generalstabsgebäude, wo er gegen 3 Uhr nachmittags von Januschkewitsch empfangen wurde. Der Generalstabschef sagte zu Eggeling, er komme soeben vom Zaren, und der Kriegsminister habe ihn beauftragt, ihm nochmals zu bestätigen, bezüglich der Mobilmachung sei alles so geblieben, wie er es ihm am 26. Juli abends dargestellt habe. Die Teilmobilmachung gegen Österreich sei beschlossen, aber noch nicht befohlen[20]. In den gegen Deutschland gerichteten Militärbezirken werde vom Zaren keine Mobilmachung gewünscht, da Rußland durchaus friedliche Absichten gegenüber Deutschland habe. Es sei bis jetzt kein Reservist einberufen, kein Pferd ausgehoben, er könne ihm dafür in feierlicher Form sein Ehrenwort geben. Wörtlich sagte der Generalstabschef dann zu Eggeling: „Es ist jetzt 3 Uhr! Wenn sich später herausstellt, daß ich Ihnen die Unwahrheit gesagt habe, so können Sie vor aller Welt behaupten: am 29. Juli 1914, 3 Uhr nachmittags, hat mich der russische Generalstabschef belogen!"

Major von Eggeling hielt dem entgegen, daß ihm zahlreiche Nachrichten über Vorgänge vorlägen, die er nur als Mobilmachungsmaßnahmen „deuten" könne. Nach den Versicherungen des Generals könne er daher nur erwidern, daß seine Eröffnungen ihn vor ein Rätsel stellten. Eine ihm von Januschkewitsch angebotene schriftliche Bestätigung seiner Erklärung lehnte der Militärattaché höflich ab.

Im weiteren Verlauf der Unterredung setzte Januschkewitsch jedoch hinzu, „er könne sich für die Zukunft nicht verbürgen", aber er könne nachdrücklichst bestätigen, daß der Zar an den auf die deutsche „Grenze gerichteten Fronten

nach wie vor keine Mobilisierung wünscht*". In der Unterredung unterschied Januschkewitsch nochmals streng zwischen den gegen Österreich und den gegen Deutschland gerichteten Bezirken und nahm hierbei auch ausdrücklich den Kaukasus aus. Bei nochmaliger Betonung der Friedensliebe ließ Januschkewitsch durchblicken, daß man selbst im Falle eines Krieges vielleicht keine Offensive beabsichtige. Damit dürfte Januschkewitsch dem Gedanken des Zaren und Sasonows haben Ausdruck geben wollen, daß bei der Anordnung der Mobilmachung den Russen zunächst eine Art bewaffneter Neutralität vorgeschwebt hat.

Januschkewitsch selbst sah in der Mobilmachung gegen Österreich den ersten Schritt zum Kriege, während der Zar und Sasonow wie auch der Ministerrat in der Mobilmachung wohl nur ein politisches Druckmittel sehen wollten, um die Doppelmonarchie zum Nachgeben zu bringen. Dieser Unterschied in der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Lage war auch später der Grund dafür, daß Januschkewitsch die allgemeine Mobilmachung forderte, während der Zar hoffte, mit der Teilmobilmachung ohne Krieg auskommen zu können, und daher auch von der allgemeinen Mobilmachung nichts wissen wollte. Was die Erklärung Januschkewitschs gegenüber Eggeling anbelangt, so wird man feststellen müssen, daß der Generalstabschef den deutschen Militärattaché nicht direkt belogen hat, doch lag eine Unwahrhaftigkeit darin, daß Januschkewitsch dem deutschen Militärattaché nicht gesagt hat, daß in den drei westlichen Militärbezirken Petersburg, Wilna, Warschau die „Kriegsvorbereitungsperiode" seit dem 26. angeordnet war. Eine klare Mitteilung hierüber hätte vielleicht zu entsprechenden Vorsichtsmaßregeln auch in Deutschland geführt, aber insofern zur Beruhigung beigetragen, als man damit aus der Ungewißheit herausgekommen wäre, was in Rußland eigentlich vorging.

Nach seiner Rückkehr aus Peterhof hatte Januschkewitsch dem Chef der Mobilmachungsabteilung General Dobrorolski den Ukas über die allgemeine Mobilmachung ausgehändigt und dem General befohlen, die Unterschrift der drei Minister einzuholen. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut[21]:

> „Allerhöchst ist befohlen worden, die Armee und Flotte auf Kriegszustand zu setzen und zu diesem Zwecke die Reserven einzuberufen sowie gemäß dem Mobilmachungsplan von 1910 Pferde zu stellen. Als erster Tag der Mobilmachung gilt der 17. (30.) Juli."

General Dobrorolski begab sich zum Einholen der Unterschriften zunächst zum Kriegsminister. Suchomlinow, der durch Januschkewitsch schon telephonisch verständigt worden war, unterschrieb ohne weiteres. Der ganze Besuch dauerte keine zehn Minuten.

---

* D. Dok. Nr. 370. Major von Eggeling ist vom Generalstabschef Januschkewitsch im Suchomlinow-Prozeß der Vorwurf gemacht worden, er hätte Januschkewitsch eine Stunde warten lassen, bis er ihn aufgesucht hätte, um durch seine Haltung zum Ausdruck zu bringen, Deutschland sei zum Krieg entschlossen. Auch habe er Zivil angehabt und nur französisch gesprochen. Gegen diese Vorwürfe wandte sich Eggeling in der unten genannten Schrift und stellte fest, daß er den General Januschkewitsch nicht habe warten lassen, und daß er in Zivilkleidung geblieben sei, weil dies nicht ungewöhnlich war und ein Anlegen der Uniform eine unnötige Verzögerung bedeutet hätte. Französisch habe er gesprochen, weil ihn der Generalstabschef in dieser Sprache angeredet habe. Eggeling: „Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch", S. 29 f.

Der General fuhr darauf zum Marineminister Admiral Grigorowitsch, der jedoch anderweitig, wohl in Kronstadt, dienstlich tätig war und erst abends zurückerwartet wurde. So konnte Dobrorolski die Unterschrift des Marineminsters zu dieser Zeit nicht erlangen. Hierauf begab sich der General auf die Jelagin-Insel zum Innenminister Maklakow. Seinen Besuch bei Maklakow und dessen prophetische Äußerung gibt Dobrorolski anschaulich in folgenden Worten wieder:

„Gerade gegenüber dem Schreibtische, an dem der Minister saß, befanden sich in der gegenüberliegenden Nische auf einem schmalen Tische, der mit einem weißen Tuch bedeckt war, einige große Heiligenbilder, vor denen eine Kirchenlampe glühte und einige Kirchenlichte aus Wachs brannten. Er begann sofort von den Revolutionären zu sprechen, die nach seinen kompetenten Daten mit Ungeduld den Krieg erwarteten, um die Sache zu beenden, die sie während des verflossenen japanischen Krieges begonnen hätten. ‚Der Krieg kann bei uns im tiefsten Innern der Volksmassen nicht populär sein, und die Ideen der Revolution sind dem Volke begreiflicher als ein Sieg über den Deutschen. Aber dem Schicksal kann man nicht entgehen . . .‘ Und indem der Minister sich bekreuzigte, unterzeichnete er das Telegramm[22].“

Was die „kompetenten Daten“ des Innenministers anbelangt, so muß man heute zugeben, daß sie zuverlässiger waren als alle Berechnungen des russischen Generalstabs und der Diplomatie. Und er hatte auch recht, wenn er ahnungsvoll sagte, daß niemand, auch nicht das zaristische Rußland, seinem Schicksal entgehen kann. —

Da der General Dobrorolski, wie ihm gesagt worden war, den Marineminister nicht vor 7 Uhr abends antreffen konnte, fuhr er ins Generalstabsgebäude zurück, wo er Januschkewitsch Bericht erstattete. Es dürfte dies etwa zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags gewesen sein.

Nach der Beratung mit seinen Mitarbeitern hatte Sasonow den russischen Geschäftsträger in Berlin Bronewski sowie die übrigen in Frage kommenden Botschafter und Gesandten von den Erklärungen des Grafen Pourtalès in Kenntnis gesetzt, wobei der Außenminister, der gern mehrere Eisen im Feuer haben wollte, zum Ausdruck brachte, daß ihm ein Nebeneinanderherlaufen der Konferenz der vier Mächte und einer gleichzeitigen Fühlungnahme mit dem Wiener Kabinett als das beste Mittel erschien, um eine friedliche Lösung der Krise zu erreichen[23].

Um die Mittagszeit traf nun endlich die langersehnte Mitteilung des Botschafters in Wien über seine Demarche bei Berchtold ein. Das Telegramm, das mit erheblicher Verzögerung in Petersburg eingegangen war (die Unterredung Schebekos mit Berchtold hatte bereits am Vormittag des 28. Juli stattgefunden), brachte die entscheidende Antwort, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht im gegenwärtigen Augenblick zurückweichen und in eine Erörterung des Wortlauts ihrer Note an Serbien eintreten könnte. Berchtold hatte Schebeko, als der Botschafter auf die Gefahr aufmerksam machte, die dem europäischen Frieden drohte, falls es zu einem Zusammenstoß zwischen Österreich und Serbien kommen würde, gesagt, daß er diese Antwort geben müsse, wenn er auch den Ernst der Lage und alle Vorzüge einer offenen Aussprache vollkommen einsehe. Die Erregung der öffentlichen Meinung habe ein solches Ausmaß angenommen,

daß sich die Regierung hierauf nicht einlassen könne, insbesondere weil die Antwort Serbiens den Beweis der Unaufrichtigkeit seiner Versicherungen für die Zukunft darbiete. Auch hatte Berchtold Schebeko sein Erstaunen über die Mobilmachung Montenegros zum Ausdruck gebracht, eine Maßnahme, zu der keine Veranlassung vorgelegen habe.

Der Botschafter hatte den Eindruck, die Doppelmonarchie habe die Absicht, Serbien einen Schlag zu versetzen, um ihr Prestige auf dem Balkan und im eigenen Lande zu heben. Für die Lokalisierung des Konflikts rechne sie auf Deutschlands Unterstützung und die Friedensliebe der übrigen Mächte[24].

Nachdem mit dieser Mitteilung der Versuch einer direkten Aussprache mit Wien gescheitert war, teilte Sasonow nach Paris und London mit, daß er jetzt England vollständig die Initiative zu den Schritten überlasse, die es für zweckmäßig erachte. Sasonow selbst war am Ende seines Lateins angelangt. —

Inzwischen hatten die diplomatischen Besprechnungen ihren Fortgang genommen. Nach seiner ersten Unterredung mit Sasonow hatte Pourtalès wieder bei seinem englischen Kollegen Sir George Buchanan gefrühstückt, wobei der britische Botschafter sich bemühte, den Standpunkt Rußlands im austro-serbischen Konflikt zu verteidigen. Die Aussprache führte jedoch zu keinem Ergebnis, da Pourtalès wie Buchanan bei ihren entgegengesetzten Auffassungen blieben. Doch zeigte Buchanan Verständnis dafür, daß ein weiteres Fortschreiten der russischen Rüstungen in der gegenwärtigen Lage das gefährlichste Moment darstellte, und Pourtalès bat ihn, in diesem Sinne auf Sasonow einzuwirken[25].

Um 3 Uhr nachmittags fand auf Veranlassung Sasonows eine erneute Unterredung mit Pourtalès statt, wobei ihm der Minister sagte, daß das Wiener Kabinett den Gedankenaustausch mit Petersburg „kategorisch abgelehnt" habe. Ihm bliebe daher jetzt nichts anderes übrig, als auf den Greyschen Vorschlag einer Konversation der vier Mächte zurückzukommen. Der Gedanke liege ihm aber dabei fern, Österreich-Ungarn zuzumuten, es solle sich einer Art europäischem Schiedsgericht unterwerfen. Er suche nur nach Mitteln, um aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, und er klammere sich dabei an jeden Strohhalm. Pourtalès selbst erklärte, daß er nicht wisse, wie sich seine Regierung zu dem Vorschlag von Grey stelle, doch sei nach seiner Ansicht die ganze Lage durch den Entschluß Rußlands, gegen Österreich-Ungarn mobil zu machen, in einer besorgniserregenden Weise verändert und verschärft worden. Es sei ein verhängnisvoller Fehler des Ministers, die Mobilmachung nicht verhindert zu haben, wenn es wirklich sein Ernst wäre, den Frieden zu erhalten. Sasonow, der die unmittelbar bevorstehende Mobilmachung nicht in Abrede stellte, versuchte immer wieder nachzuweisen, daß die Mobilmachung, zu der Rußland durch die österreichische Mobilisierung von acht Korps gezwungen worden sei, noch nicht den Krieg bedeute*.

* Pourtalès, S. 39. D. Dok. Nr. 365.
Die in den Tagesaufzeichnungen (Russ. Dok. I 5 Nr. 224 Abs. 4) enthaltene Darstellung über diese Unterredung Sasonows mit dem Grafen Pourtalès ist unrichtig, da das hiernach vom Grafen Pourtalès angeblich verwertete Telegramm D. Dok. Nr. 342 zu dieser Zeit noch nicht in Petersburg eingetroffen war. Siehe hierzu „Graf Pourtalès gegen Sasonow", K. S. F. Jahrg. II S. 350 f.

Die Mitteilung Schebekos über die Ablehnung des Gedankenaustausches durch Berchtold dürfte die Veranlassung gewesen sein, daß am frühen Nachmittag des 29. Juli der Entschluß gefaßt worden ist, nunmehr die Teilmobilmachung bekanntzugeben, ohne schon den Befehl für das Inkrafttreten der Mobilmachung herausgehen zu lassen. Mit den militärischen Maßnahmen selbst sollte erst gegen Mitternacht begonnen werden[26]. Auch Paléologue wurde hiervon in Kenntnis gesetzt und teilte nach Paris mit, daß wegen der Ablehnung der direkten Verhandlungen durch Wien und wegen der Beschleunigung der militärischen Vorbereitungen Österreichs gegen Rußland heute nacht der Befehl für die Mobilmachung der 13 Armeekorps gegeben würde, die gegebenenfalls gegen Österreich vorgehen würden*.

Am gleichen Nachmittag empfing Sasonow auch Buchanan, der ihm vertraulich die sehr beachtliche Mitteilung machte, daß Jagow dem britischen Botschafter in Berlin erklärt hatte, wenn Rußland gegen Deutschland, d. h. im Norden, mobil mache, müsse Deutschland nachfolgen. Dagegen würde Deutschland nicht mobil machen, wenn Rußland nur im Süden mobilisiere[27]. Sasonow sagte hierauf Buchanan, man habe aus diesem Grunde beschlossen, die von den militärischen Spitzen energisch befürwortete allgemeine Mobilmachung nicht anzuordnen, und die Mobilmachung werde nur gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein. Der Befehl für die Teilmobilmachung sei „heute unterzeichnet" worden. Sasonow konnte aus der Mitteilung Buchanans den Schluß ziehen, daß man sich in Berlin mit der Teilmobilmachung abfinden würde.

Sasonow teilte Sir George weiter mit, daß die österreichische Regierung einen unmittelbaren Gedankenaustausch endgültig abgelehnt und er Pourtalès daraufhin vorgeschlagen habe, wieder auf die Konferenz zurückzukommen. Es sei ihm einerlei, unter welcher Form derartige Besprechungen stattfänden, und er wäre bereit, fast jedes von Frankreich und England gebilligte Übereinkommen anzunehmen. Man müsse sich beeilen, um eine Formel zu finden, deren Annahme bei Österreich durchgesetzt werden könnte. Rußland habe sein möglichstes getan, um den Frieden zu erhalten.

Sasonow, der, wie Bethmann sich einmal über ihn geäußert hat, „ohne durch geistreiche Pointen brillieren zu wollen, genau weiß, was er will[28]", war jedoch in Wirklichkeit stur und zu keinem Nachgeben gegenüber der einmal eingenommenen Haltung bereit. Dies zeigte sich, als ihm Buchanan jetzt den Vorschlag des italienischen Außenministers übermittelte, zu versuchen, Serbien dazu zu bringen, daß es die Note auf Rat der vier zur Konferenz geladenen Mächte vollständig annehme[29]. Sasonow wich hier einer klaren Stellungnahme aus und erwiderte nur, er könne nicht serbischer sein als die Serben und er werde allem zustimmen, sofern es für Serbien annehmbar sei. Jedenfalls müsse die Schärfe des Ultimatums durch eine ergänzende Erklärung oder Erläuterungen gemildert werden. So waren die beiden Diplomaten im Gespräch noch einmal ganz nahe

* Die Angaben von einer österreichischen Mobilmachung gegen Rußland sind unzutreffend. Vgl.: Parl. Unters.-Ausschuß, Heft 2, S. 20, und Demus-Morau: „Tagebuchaufzeichnungen über die Maßnahmen des österreichisch-ungarischen I. k. u. k. Korpskommandos vor Beginn der allgemeinen Mobilmachung", K. S. F. Jahrg. IV S. 549 ff. Franz. Dok. XI Nr. 274. Russ. Dok. I 5 Nr. 268.

an eine Möglichkeit zur Erhaltung des Friedens herangekommen. Doch weiter kam man nicht. —

In seiner Mitteilung an Grey über diese Unterredung mit Sasonow sagte Buchanan, er verspreche sich von der Einwirkung des Grafen Pourtalès auf die Berliner Regierung nicht viel, wenn der Botschafter dort die gleiche Sprache führe wie heute ihm gegenüber. Auch habe er Pourtalès daran erinnert, daß Österreich auf Grund der Balkankrise wissen müsse, daß Rußland eine Kriegserklärung Österreichs an Serbien nicht ohne Demütigung hinnehmen könne. Wenn Rußland durch die Anordnung seiner Mobilmachung nicht den Ernst gezeigt hätte, würde Österreich geglaubt haben, beliebig weit gehen und aus der Friedensliebe Rußlands Vorteile schlagen zu können. Es würden jedoch noch mehrere Wochen vergehen, bis die Mobilmachung beendet sei, und Rußland würde den Krieg nicht durch sofortiges Überschreiten der Grenze übereilt herbeiführen[30]. Hier kam die gleiche falsche Vorstellung von dem Wesen der Mobilmachungen zum Ausdruck, wie sie der insulare Grey hatte, der ebenfalls mit einem Stadium der Mobilmachungen rechnete, das der Diplomatie noch genügend Zeit geben würde, weitere Verhandlungen zu führen.

Pourtalès hatte seinen Kollegen Szápáry davon in Kenntnis gesetzt, daß Sasonow über die Weigerung, den Gedankenaustausch mit Rußland fortzusetzen, sehr erregt gewesen sei. Szápáry suchte daher auch gleich Sasonow auf, um ihm zu sagen, wenn Berchtold es auch abgelehnt hätte, über den Text der Note wie überhaupt über den österreichisch-serbischen Konflikt zu sprechen, wäre er, Szápáry, doch in der Lage, einen Gedankenaustausch auf einer breiteren Basis anzuregen. Österreich wolle keine russischen Interessen verletzen, habe nicht die Absicht, serbisches Territorium an sich zu bringen oder den Sandschak wieder zu besetzen, und wolle auch nicht die Souveränität Serbiens antasten[31]. Demgegenüber erwiderte Sasonow, wenn er sich auch in territorialer Hinsicht habe überzeugen lassen, so müsse er doch an seinem Standpunkt festhalten, daß die Aufzwingung der österreichischen Bedingungen für Serbien ein Vasallentum sei. Dies verstoße gegen das Gleichgewicht auf dem Balkan, das ein russisches Interesse sei. Sasonow kam im übrigen Szápáry soweit entgegen, daß er erklärte, Rußland erkenne zwar das legitime Interesse Österreichs an, man wolle dies auch befriedigen, aber es müsse in eine für Serbien annehmbare Form gekleidet werden. Man streite sich „da wirklich nur um Worte". Als Szápáry meinte, dies sei kein russisches, sondern ein serbisches Interesse, machte Sasonow geltend, russische Interessen seien in diesem Falle eben die serbischen. Aus der Unterredung ging, wie Szápáry auch an Berchtold berichtete, hervor, daß man sich in einem „circulus vitiosus" befand, der ohne Hinzutreten eines neuen Moments wohl nicht gelöst werden konnte.

Das neue Moment sollte jedoch nicht lange auf sich warten lassen. —

Szápáry brachte nun das Gespräch auf die Besorgnisse, die Rußland wegen der österreichischen Mobilmachung habe, worauf ihm Sasonow sagte, diese Bedenken habe der Zar auf Grund der Information des Generalstabschefs geäußert. Der Botschafter machte demgegenüber geltend, daß die Mobilmachung der südlichen Korps in Österreich keine Bedrohung für Rußland bedeute, und wies andererseits

auf die ungewisse Haltung Montenegros hin. Sasonow teilte nun dem Botschafter mit, daß heute ein Ukas unterzeichnet würde, der eine Mobilisierung in ziemlich weitem Umfange anordne, er könne ihm aber höchst offiziell erklären, daß diese Truppen nicht dazu bestimmt seien, über Österreich herzufallen, sondern sie würden Gewehr bei Fuß stehen für den Fall, daß die russischen Balkaninteressen gefährdet würden. In einer „note explicative" werde dies festgestellt werden, denn es sei nur eine Vorsichtsmaßregel, die der Zar als gerechtfertigt erachtet hätte. Es sei nicht die Absicht Rußlands, Krieg zu führen, sondern nur einen Zustand „bewaffneter Neutralität" herbeizuführen. —

Hiermit war die Auffassung des Zaren, wie sie schon aus verschiedenen Äußerungen Sasonows und selbst Januschkewitschs zu entnehmen war, noch einmal ganz klar zum Ausdruck gekommen. Die Teilmobilmachung war als ein diplomatisches Mittel gedacht, Österreich-Ungarn bei seiner Aktion gegen Serbien unter Druck zu setzen und nötigenfalls einzuschreiten.

Während Szápáry sich noch bemühte, Sasonow klarzumachen, welchen Eindruck die Mobilmachung auf Österreich machen würde, und daß er nur wünschen könne, daß die „note explicative" den Eindruck mildern würde, schrillte das Telephon. Sasonow nahm den Hörer ab und erhielt die Nachricht, daß die Österreicher Belgrad beschossen hätten.

Das neue Moment war damit gegeben.

Sasonow war daraufhin wie ausgewechselt, brachte alle seine bisherigen Argumente erneut vor und meinte, er sehe jetzt, daß der Zar recht gehabt habe, die Österreicher wollten nur Zeit mit Verhandlungen gewinnen, aber inzwischen gingen sie vorwärts und beschössen eine ungeschützte Stadt. Erregt fragte er den Botschafter: „Was wollen Sie eigentlich noch erobern, wenn Sie die Hauptstadt in Besitz haben!" Es hätte keinen Zweck mehr zu konversieren, wenn so vorgegangen würde. Die Unterredung war damit zu Ende, Szápáry ging und ließ den Minister in aufgeregter Stimmung zurück. Der Bruch mit Österreich war da[32].

Der Nachricht über die Beschießung Belgrads lag eine kurze Mitteilung des russischen Geschäftsträgers in Belgrad, Strandtmann, zugrunde, der aus Niš gemeldet hatte, die letzten Hoffnungen seien geschwunden, Belgrad sei beschossen und die Brücke über die Save gesprengt worden. Die Nachricht selbst war nach Pressemitteilungen gegen 6 Uhr abends im Außenministerium eingegangen[33].

Da ein Unglück selten allein kommt, sollte es auch nicht lange dauern, bis ein neues Ereignis eintrat, das ums Haar schon jetzt auch den Bruch mit Deutschland herbeigeführt hätte. Nach seiner zweiten Unterredung mit Sasonow war zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags ein kurzes, aber folgenschweres Telegramm Bethmann Hollwegs bei Pourtalès eingegangen, das folgenden Auftrag enthielt: Der Botschafter solle Herrn Sasonow sehr ernst darauf hinweisen, daß „weiteres Fortschreiten" russischer Mobilisierungsmaßnahmen Deutschland „zur Mobilmachung zwingen würde und daß dann europäischer Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde[34]". Bethmann Hollweg war zu diesem Telegramm, wie wir später noch sehen werden, durch Nachrichten, daß Rußland seine Rüstungen weitertreibe, sowie durch das Drängen aus Wien veranlaßt worden, wo man hoffte,

durch ein starkes Auftreten Deutschlands Rußland von Mobilmachungsmaßnahmen noch abhalten zu können. Der eigentliche Sinn dieses Telegramms ist aber, wie auch Staatssekretär Zimmermann dem Verfasser vor kurzem versichert hat, der gewesen, Rußland lediglich klarzumachen, daß weiteres Fortschreiten russischer Mobilisierungsmaßnahmen gegenüber der „deutschen" Grenze Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde.

Pourtalès begab sich, wohl zwischen 6 und 7 Uhr abends, mit diesem Telegramm von neuem zu Sasonow, dem er den Wortlaut vorlas und allem Anschein nach dahingehend erläuterte, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich automatisch die deutsche Mobilmachung zur Folge haben werde[35]. Um den Schlußsatz des Telegramms etwas zu mildern, fügte der Botschafter von sich aus hinzu, in dieser Mitteilung sei keine Drohung, sondern nur eine freundschaftliche Mahnung zu erblicken. Nach allem, was er bisher dem Minister eröffnet hätte, könne ihn diese Mitteilung auch unmöglich überraschen. Sasonow, bei dem die Meldung von der Beschießung Belgrads noch nachgewirkt haben mag, nahm die Mitteilung des Grafen Pourtalès mit sichtlicher Erregung auf. Nach den Tagesaufzeichnungen Schillings soll Sasonow dabei gesagt haben, er habe nunmehr keinen Zweifel über die wahren Ursachen der österreichischen Intransigenz, womit Sasonow sagen wollte, daß Deutschland schuld an der Unnachgiebigkeit Österreichs habe. Pourtalès erhob sofort gegen diese beleidigende Insinuation scharfen Protest.

Dieser angeblichen Äußerung Sasonows steht ein Dementi des deutschen Botschafters aus der Nachkriegszeit entgegen. Wie dem aber auch sei, die Unterredung war nur von kurzer Dauer, und Sasonow beschränkte sich darauf, zu erwidern, daß er dem Zaren von der Mitteilung des Botschafters Meldung erstatten werde*.

Das Telegramm Bethmann Hollwegs war ziemlich allgemein gehalten und ließ eine verschiedene Auslegung zu. Vor allem war nicht klar gesagt, ob schon die Durchführung der angekündigten Teilmobilmachung gegen Österreich als ein Fortschreiten der russischen Mobilmachungsmaßnahmen anzusehen sei, das eine Mobilmachung Deutschlands hervorrufen würde, oder ob sich das „Fortschreiten" der Mobilmachungsmaßnahmen nur auf eine erhöhte militärische Bereitschaft an der deutschen Grenze beziehen sollte. Tatsächlich ist die Erklärung des Grafen Pourtalès von Sasonow aber in dem Sinne aufgefaßt worden, die deutsche Regierung habe beschlossen mobil zu machen, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen gegen Österreich nicht einstelle**. Ein derartiger Ent-

* D. Dok. Nr. 378. Russ. Dok. I 5 Nr. 221, 224 Abs. 4.
Die Angaben der Tagesaufzeichnungen enthalten hier einige Unrichtigkeiten. Die Unterredung war nicht um 3 Uhr nachmittags, da die Mitteilung Bethmann Hollwegs erst um 4 Uhr 35 nachmittags in Petersburg eintraf. Im übrigen stimmt auch die Wiedergabe des Telegramms in den Tagesaufzeichnungen nicht mit dem Inhalt des Auftrages überein, den Pourtalès Sasonow vorgelesen hatte. Pourtalès, S. 24 f.; ders. in K. S. F. Jahrg. II S. 350.

** Russ. Dok. I 5 Nr. 221 und Franz. Dok. XI Nr. 283.
Gemäß einem der „New York Times" am 11. Mai 1924 gegebenen Interview will Sasonow den Grafen Pourtalès bei dieser Unterredung gefragt haben, ob von Berlin entsprechende Instruktionen an den deutschen Botschafter nach Wien gesandt worden seien, um

schluß war jedoch weder vom Kaiser noch vom Kanzler gefaßt worden. Es lag somit zweifellos ein Mißverständnis vor, das, wie wir gleich sehen werden, den ersten Entschluß zur russischen allgemeinen Mobilmachung zur Auslösung bringen sollte. Ob für dieses Mißverständnis Sasonow oder Pourtalès verantwortlich gemacht werden muß, ist eine Frage zweiter Ordnung, die sich wohl kaum entscheiden lassen wird. Doch bleibt die Tatsache des Mißverständnisses bestehen, das bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse eine erhebliche, in ihrem Ausmaß schwer abzuschätzende Rolle gespielt hat. —

Während Sasonow mit seinen Mitarbeitern Schilling und Neratow über die Beschießung Belgrads und die Erklärungen des Grafen Pourtalès wohl noch in ziemlicher Erregung diskutierte, wurde der Außenminister vom Zaren ans Telephon gerufen.

Nikolaus II. war inzwischen das von ihm sehnlichst erwartete Telegramm Kaiser Wilhelms zugegangen. Als der General von Chelius das Telegramm dem General Fürst Trubetzkoy, der zur nächsten Umgebung des Zaren gehörte, übergab, meinte dieser: „Gottlob ein Telegramm Ihres Kaisers, aber ich fürchte, es ist zu spät", womit der General wohl sagen wollte, daß die Mobilmachung gegen Österreich bereits bekanntgegeben worden sei[36].

In dem Telegramm hatte Kaiser Wilhelm zum Ausdruck gebracht, daß er mit der größten Beunruhigung von dem Eindruck gehört habe, den das Vorgehen Österreichs gegen Serbien in Rußland hervorgerufen habe. Die gewissenlose Wühlarbeit in Serbien habe schließlich zu dem abscheulichen Verbrechen geführt, dem der Erzherzog zum Opfer gefallen sei. Der Geist, der die Serben zu Mördern ihres eigenen Königs machte, herrsche noch im Lande. Der Kaiser hatte dann stark an das Solidaritätsgefühl des Zaren als Souverän appelliert. Sie beide müßten darauf bestehen, daß alle für diesen feigen Mord moralisch verantwortlichen Personen die verdiente Strafe erhielten. Die Politik spiele in diesem Falle keine Rolle. Andererseits verstehe er vollkommen die schwierige Lage, in der sich der Zar in Anbetracht der öffentlichen Meinung in Rußland befinde. Er würde daher seinen ganzen Einfluß aufbieten, „um Österreich zu veranlassen, durch sofortiges Handeln zu einer befriedigenden Verständigung" mit ihm zu kommen, und hoffe zuversichtlich, daß ihn der Zar in diesen Bemühungen unterstützen werde.

Den Inhalt dieses Telegramms teilte der Zar nunmehr Sasonow telephonisch mit. Der Minister benutzte gleich die Gelegenheit, um dem Zaren die ihm vor einigen Minuten gemachten Erklärungen des Grafen Pourtalès vorzutragen. Sasonow wies dabei darauf hin, wie wenig die Worte des deutschen Kaisers mit dem Auftrag in Einklang ständen, den der Kaiser seinem Botschafter gegeben hätte. Der Zar sagte, er werde sofort nach Berlin telegraphieren, um eine Aufklärung des Widerspruchs herbeizuführen. Das Entscheidende aber war, daß der Zar, der in diesem Augenblick den Erklärungen, die Pourtalès soeben abgegeben hatte, größeren Wert beimaß als dem Telegramm des Kaisers, Sasonow ermäch-

---

die Demobilmachung der österreichischen Streitkräfte an der russischen Grenze zu fordern. Diese Äußerung scheint apokryph, da sie weder in den Dokumenten einen Niederschlag gefunden hat, noch von Sasonow in seinen 1927 herausgekommenen Memoiren erwähnt worden ist.

tigte, unverzüglich mit dem Kriegsminister und mit dem Chef des Generalstabes über die Frage der Mobilmachung Rücksprache zu nehmen[37]. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Sasonow die Mitteilung des Grafen Pourtalès dem Zaren in dem Sinne wiedergegeben hat, wie er selbst sie aufgefaßt hatte, Deutschland würde mobil machen, wenn Rußland seine Mobilmachung gegen Österreich nicht einstelle.

Die telephonische Rücksprache des Zaren mit seinem Außenminister hat den Stein weiter ins Rollen gebracht. Von da ab ging es, was die Erhaltung des Friedens anbelangte, sehr schnell abwärts. Diplomatie und Generalstab in Rußland rechneten mit einer deutschen Mobilmachung, wenn die Mobilmachungsmaßnahmen gegen Österreich nicht eingestellt würden. Daß die Auffassung falsch war, kann an dieser Tatsache nichts ändern.

Es war wohl zwischen 6 und 7 Uhr abends, als jetzt im Anschluß an das Telephongespräch Sasonows mit dem Zaren im Arbeitszimmer des Generalstabschefs eine Konferenz zwischen Januschkewitsch, Suchomlinow und Sasonow stattfand, die wohl als die folgenschwerste der ganzen Julikrise bezeichnet werden muß. Nach allseitiger Erörterung der Lage gelangten die beiden Minister sowie der Chef des Generalstabes zu dem Schluß, daß wegen der geringen Wahrscheinlichkeit, den Krieg mit Deutschland zu vermeiden — weil man die Teilmobilmachung gegen Österreich nicht aufgeben wollte, — es notwendig sei, sich rechtzeitig in jeder Weise auf den Krieg vorzubereiten. Man könne deshalb nicht riskieren, die allgemeine Mobilmachung später aufzuhalten, indem man jetzt eine Teilmobilmachung ausführen würde. Diese Entscheidung wurde sofort dem Zaren telephonisch übermittelt, worauf der Zar seine „Zustimmung zur Erteilung der entsprechenden Anordnungen", worunter die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu verstehen war, gegeben hat. Damit war auch der Bruch mit Deutschland zur Tatsache geworden.

Im benachbarten Saale befanden sich zu dieser Zeit der Generalquartiermeister General Danilow, sein Gehilfe General Monkewitz und der stellvertretende Chef der Kanzlei des Außenministers N. A. Basili, um sofort die notwendigen Verfügungen erlassen zu können. Auch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch sich in diese Beratungen irgendwie eingeschaltet hat. Die Zustimmung des Zaren zur allgemeinen Mobilmachung wurde von den Beteiligten mit Begeisterung aufgenommen*.

---

* Russ. Dok. I 5 Nr. 224 Abs. 7 u. 8. Basili in Recouly: „Les heures tragiques d'avant-guerre", Paris 1922, S. 158 f.

Der Kriegsminister Suchomlinow hat in der Nachkriegszeit in einem Aufsatz in der „Kriegsschuldfrage" im Juli 1924 S. 228 f. sowie in einem Brief an den Verfasser vom 14. Februar 1924 sich gegen die Richtigkeit dieser Darstellung gewandt und die Mitteilung als Legende bezeichnet. Nach seiner Auffassung würde es ihm glaubwürdiger erscheinen, wenn man als das Trio, das hinter den Kulissen gearbeitet habe, Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, Sasonow und Januschkewitsch und zwar nicht im Kabinett des Generalstabschefs, sondern im Palais des Großfürsten hierfür verantwortlich mache. Aus dem Brief geht jedoch hervor, daß der Kriegsminister sich der Vorgänge nicht mehr so genau erinnerte. So darf wohl angenommen werden, daß den Tagesaufzeichnungen, die sicherlich auch nicht unbedingt als zuverlässig zu gelten haben, doch eine größere Wahrscheinlichkeit zukommt als den späteren Mitteilungen Suchomlinows. Doch dürften die Mitteilungen Suchomlinows zeigen, daß der Großfürst zu den Kriegstreibern hinzugezählt werden muß.

Von der Mitteilung des Grafen Pourtalès hatte Sasonow sowohl Iswolski wie auch Paléologue mit den Worten in Kenntnis gesetzt, Deutschland habe beschlossen, seine Streitkräfte mobil zu machen, „wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle[38]". Die russischen Vorbereitungsmaßnahmen seien jedoch nur erfolgt einmal wegen der Unnachgiebigkeit Österreichs, und dann wegen der Mobilmachung von acht österreichischen Armeekorps. Daraus geht ebenfalls hervor, daß Sasonow mit der seiner Ansicht nach geforderten Einstellung der militärischen Vorbereitungen Rußlands die Mobilmachung gegen Österreich im Auge hatte. Weiter hatte Sasonow Iswolski mitgeteilt, da Deutschland dieser Wunsch nicht erfüllt werden könne, bliebe Rußland nur übrig, seine „Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit eines Krieges zu rechnen". Gleichzeitig erhielt Iswolski den Auftrag, der französischen Regierung den aufrichtigsten Dank auszusprechen für die Erklärung, die ihm Paléologue gemacht habe, daß Rußland „in vollem Umfang auf die Bündnisunterstützung Frankreichs rechnen" könnte. Diese Erklärung sei unter den augenblicklichen Umständen besonders wertvoll, und es wäre erwünscht, daß auch England sich Frankreich und Rußland anschlösse. Nur auf diese Weise werde es gelingen, „eine gefährliche Störung des europäischen Gleichgewichts" zu verhüten. Auch die Botschafter in London, Wien, Rom und Berlin wurden hiervon benachrichtigt.

Aus dem Telegramm an Iswolski geht hervor, daß Sasonow auf Grund der mißverstandenen Erklärungen von Pourtalès bereits am 29. abends mit der Unvermeidlichkeit eines europäischen Krieges rechnete und daß ihm der Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung durch die entschlossene Haltung Frankreichs sicherlich erleichtert worden war.

Nachdem der Zar sich von der Notwendigkeit der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung hatte überzeugen lassen und seine Zustimmung gegeben hatte, die Teilmobilmachung zurückzustellen und dafür die allgemeine Mobilmachung in Kraft zu setzen, teilte er Kaiser Wilhelm mit, daß die heute vom deutschen Botschafter seinem Minister übergebene offizielle Mitteilung in einem ganz anderen Ton gehalten sei als sein eigenes versöhnliches und freundschaftliches Telegramm, und bat, „diese Verschiedenheit aufzuklären". Als Kaiser Wilhelm dieses Telegramm noch vor 9 Uhr abends im Neuen Palais in Potsdam erhielt, war er hierüber sehr erstaunt, was in seiner kurzen Randbemerkung zu dieser Stelle „Nanu!" deutlich zum Ausdruck kam[39]. Gleichzeitig wiederholte der Zar in dem Telegramm an den Kaiser seinen, wie wir uns erinnern, bereits Sasonow gemachten Vorschlag, der von diesem aber übergangen worden war, das österreichisch-serbische Problem dem Schiedsgerichtshof im Haag vorzulegen*.

Auf Grund der Meldung Strandtmanns über die Beschießung Belgrads, die man wohl für den ersten Schritt einer österreichischen Offensive gegen Serbien hielt, wurden von Goremykin in aller Eile telephonisch einige Minister auf 10 Uhr

* Von dem Inhalt dieses Telegramms will Sasonow erst im Januar 1915 zufällig erfahren haben. Aus den russischen Dokumenten geht jedoch hervor, daß er über die Absendung dieses Telegramms des Zaren an den Kaiser seinerzeit unterrichtet worden ist. Sasonow, S. 240 f. Paléologue, I S. 34 Anm., 268. Russ. Dok. I 5 Nr. 224 S. 162.

abends zu einer Sitzung einberufen. An diesem Ministerrat nahmen Sasonow, Suchomlinow, Grigorowitsch und der Finanzminister Bark teil. Auf dem Ministerrat wurde die Veröffentlichung des Ukases für die allgemeine Mobilmachung, wenn auch wohl unter gewissen Maßnahmen für die Geheimhaltung, beschlossen[40].

Grigorowitsch gab kurz nach 10 Uhr abends dem Befehlshaber der Ostseestreitkräfte, Essen, den Befehl, gegenüber Deutschland vorsichtig zu sein, um keinen Anlaß zu Mißverständnissen und Verwicklungen zu geben. Zu diesen Schwierigkeiten rechnete auch die vorgesehene Entsendung eines Spezialdampfers zum Minenlegen vor Kiel, die wegen der ungeklärten Lage zunächst nicht möglich, später aber wohl unausführbar sein würde[41].

General Dobrorolski, der, wie wir uns erinnern, die Unterschrift des Marineministers Admiral Grigorowitsch unter den Ukas des Zaren noch nicht hatte bekommen können, hatte auf Grund der Zustimmung des Zaren für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung vom Generalstabschef jetzt den Befehl erhalten, nach Einholung der Unterschrift des Marineministers persönlich das Telegramm zum Haupttelegraphenamt zu bringen und aufzugeben. Der Chef des Telegraphenamts war durch einen Offizier der Mobilmachungsabteilung angewiesen, alles vorzubereiten, um am Abend ein Telegramm von besonderer Wichtigkeit abfertigen zu können.

Gegen 8 Uhr abends begab sich Dobrorolski zum zweitenmal zu Grigorowitsch, der nicht glauben wollte, daß er den Ukas für die allgemeine Mobilmachung unterschreiben sollte. „Wie, Krieg mit Deutschland?" fragte er Dobrorolski und fuhr fort: „Unsere Flotte ist nicht imstande, sich mit der deutschen zu messen. Kronstadt wird die Residenz nicht vor einem Bombardement bewahren." In seiner Besorgnis rief er Suchomlinow an und bat ihn um die Bestätigung, daß er unterschreiben müsse. Als er von Suchomlinow eine bejahende Antwort erhielt, gab der Marineminister, wenn auch schweren Herzens, seine Unterschrift. Damit hatte der Ukas des Zaren Gesetzeskraft erhalten, und es stand dem Aufgeben des Telegramms für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres und der Flotte nun nichts mehr im Wege.

Dobrorolski begab sich jetzt auf das Haupttelegraphenamt, wo das historische Telegramm auf mehreren Schreibmaschinen abgeschrieben wurde, damit es gleichzeitig durch alle Apparate, die Petersburg mit den übrigen Zentren des Reiches verbanden, aufgegeben werden konnte. Gerade als alles fertig war, um das Telegramm gemäß einer besonderen Instruktion an die Kommandierenden Generale der Militärbezirke und die sonstigen Dienststellen herausgehen zu lassen, wurde Dobrorolski, es war zwischen 10 und 11 Uhr abends, von Januschkewitsch angerufen und ihm der Befehl gegeben, das Telegramm anzuhalten, bis der Hauptmann im Generalstabe Tugan-Baranowski eintreffen würde*. Kurz darauf betrat Baranowski das Haupttelegraphenamt und teilte Dobrorolski mit, er sei durch die Stadt hinter ihm hergejagt, um ihm den Allerhöchsten Befehl

* Die Angabe des Generals Dobrorolski, daß er die Mitteilung von Tugan-Baranowski bereits um 9.30 Uhr erhalten habe, kann nicht zutreffend sein, da der Zar das Telegramm des Kaisers, das die Zurücknahme des Befehls zur allgemeinen Mobilmachung verursacht hat, erst um 9.40 Uhr in Händen hatte. (Russ. Dok. I 5 Nr. 238, Fußnote 3).

zu überbringen, das Telegramm über die allgemeine Mobilmachung nicht abzusenden. Die allgemeine Mobilmachung sei aufgehoben und Allerhöchst befohlen worden, statt dessen die Teilmobilmachung nach den vorher niedergelegten Gesichtspunkten vorzunehmen. Der Bruch mit Deutschland war damit noch einmal in letzter Minute verhindert worden.

Dobrorolski war wie vor den Kopf geschlagen. Dem Befehl des Zaren sofort folgend, zog er alle Abschriften des Telegramms über die allgemeine Mobilmachung zurück, benachrichtigte den Chef des Telegraphenamts hiervon und fuhr wieder zum Generalstab. Als Dobrorolski das Arbeitszimmer Januschkewitschs betrat und die Zurückziehung des Telegramms für die allgemeine Mobilmachung meldete, konnte er den ganzen Schmerz über die Änderung der Lage nicht verbergen. Nach einigen Tagen, meinte er, würde doch die allgemeine Mobilmachung notwendig werden. Dann würde es lauter Mißverständnisse geben, ein furchtbarer Wirrwarr würde entstehen, und für alles würde man dann den Generalstab verantwortlich machen. — Das waren die Sorgen, die den Generalstabschef und den Chef der Mobilmachungsabteilung bedrückten und die begreiflich sind, wenn man sich der Schwere der Verantwortung bewußt wird, die auf den Schultern der beiden Männer lag, die für die Sicherheit des Reichs und den glatten Ablauf der Mobilmachung einstehen mußten.

Später gegen Mitternacht wurde das Telegramm über die Teilmobilmachung durch Tugan-Baranowski aufgegeben[42]. Was war inzwischen geschehen, daß die so mühsam erkämpfte Entscheidung des Zaren so plötzlich umgestoßen worden war?

Bevor Kaiser Wilhelm das Telegramm erhalten hatte, in dem die Bitte des Zaren um Aufklärung des Mißverständnisses zwischen seinen eigenen Mitteilungen und den Erklärungen des Grafen Pourtalès enthalten war, hatte der Kaiser abends um 6.30 Uhr in Potsdam ein Antworttelegramm auf das erste Zarentelegramm aufgeben lassen. Es sei nach seiner Auffassung, so hieß es in dem Telegramm, für Rußland durchaus möglich, bei dem österreichisch-serbischen Konflikt in der Rolle des Zuschauers zu verharren, sonst würde Europa in den entsetzlichsten Krieg verwickelt. Er halte eine direkte Verständigung mit Wien für möglich und wünschenswert, und seine Regierung setze ihre Bemühungen fort, diese Verständigung zu fördern. Militärische Maßnahmen von seiten Rußlands, die Österreich als Drohung ansehen werde, würden das Unheil beschleunigen, das sie beide zu vermeiden wünschten, und seine Stellung als Vermittler würde hierdurch geschwächt, wenn nicht unmöglich gemacht[43].

Dieses Telegramm war, wie aus einer Bemerkung auf der für das russische Außenministerium angefertigten Abschrift des Telegramms hervorgeht, für den Zaren die Veranlassung gewesen, den gefaßten Beschluß über die allgemeine Mobilmachung aufzuheben[44].

Als der Zar das Telegramm des Kaisers erhalten hatte,—es war 9.40 Uhr abends—ließ er gleich seinen Generaladjutanten Graf Fredericks zu sich kommen und drückte ihm seine Besorgnisse wegen der soeben befohlenen allgemeinen Mobilmachung aus. Fredericks meinte sehr richtig, da der Kaiser sage, daß schon die Österreich bedrohenden Maßnahmen ein Unglück herbeiführen würden, so

würde gewiß eine allgemeine Mobilmachung Rußlands Deutschland erst recht veranlassen, seinerseits mobil zu machen. Bei einer Teilmobilmachung könne Deutschland aber seine Vermittlerrolle beibehalten. Der Zar erwiderte darauf, Sasonow habe ihm versichert, daß auch eine allgemeine Mobilmachung die Fortsetzung der Verhandlungen nicht ausschlösse, sondern sie in gewissem Sinne sogar erleichtere, weil sie Rußland vor Überraschungen sichere. Fredericks blieb jedoch bei seiner Überzeugung, daß die allgemeine Mobilmachung den Krieg bedeute. Die bestimmte Haltung des alten Fredericks verfehlte ihre Wirkung auf den Zaren nicht, denn ziemlich erregt entgegnete der Zar: „Es muß das Möglichste geschehen, um den Frieden zu retten! Ich will nicht die Verantwortung für ein schreckliches Gemetzel auf mich nehmen![45]"

Hierauf gab der Zar dem General Januschkewitsch telephonisch den Befehl, die allgemeine Mobilmachung anzuhalten, der vom Generalstabschef sofort an den General Dobrorolski weitergegeben wurde[46].

Später, es dürfte zwischen 11 und 12 Uhr nachts gewesen sein, sprach der Zar telephonisch mit Suchomlinow und übermittelte ihm den Inhalt des von Kaiser Wilhelm eingegangenen Telegramms, das er dem Minister vorlas. Der Zar stellte an den Kriegsminister dann die Frage, ob die Mobilmachung nicht abgestoppt werden könnte. Hierauf entgegnete der Minister, eine Mobilmachung könne man nicht nach Belieben anhalten, wie man einen Wagen anhalte, und dann wieder in Bewegung setzen. Wenn auch die Teilmobilmachung angehalten würde, halte er es für seine Pflicht zu melden, daß danach sehr viel Zeit erforderlich sein werde, um für eine neue Mobilmachung in den vier Militärbezirken die normale Ausgangslage wieder herzustellen. Auch hat der Zar an den Kriegsminister wohl die Frage gerichtet, ob es möglich sei, die Mobilmachung in den drei Militärbezirken Warschau, Wilna und Petersburg abzubrechen, worauf ihm Suchomlinow klarmachte, daß dies nicht ausführbar wäre, man könnte in diesem Falle nur die Mobilmachung ganz einstellen. Im übrigen empfahl er dem Zaren, sich in dieser Angelegenheit auch Meldung vom Generalstabschef erstatten zu lassen[47]. Für Suchomlinow war damit die Angelegenheit erledigt. Er teilte nur noch Sasonow telephonisch mit, er habe „den Allerhöchsten Befehl erhalten, die allgemeine Mobilmachung einzustellen[48]".

Der Zar rief nach dem kurzen Gespräch mit Suchomlinow sogleich den Generalstabschef an und fragte ihn, wie es mit der Mobilmachung stehe. Januschkewitsch meldete, daß die Mobilmachung schon im Gange sei, eine Erklärung, die genau genommen nicht zutraf, da es, wie wir gesehen haben, noch gerade gelungen war, die Ausgabe des Befehls für die allgemeine Mobilmachung zu verhindern. Hierauf fragte der Zar, ob es nicht möglich sei, die allgemeine Mobilmachung durch die Teilmobilmachung zu ersetzen. Nun zog Januschkewitsch das ganze Register der Schwierigkeiten auf, die aus einer solchen Änderung des Mobilmachungsbefehls entstehen könnten. Die Aussprache zwischen dem Zaren und seinem Generalstabschef dauerte fast eine halbe Stunde. Der Zar blieb jedoch fest und gab den ausdrücklichen Befehl, die allgemeine Mobilmachung aufzuheben und an ihre Stelle die Teilmobilmachung zu setzen. Da Januschkewitsch wohl die Verantwortung für diese Maßnahme abgelehnt hatte, erklärte der Zar ausdrücklich, daß er die Verantwortung hierfür übernehme[49].

Der ursprüngliche Beschluß des Zaren, am 29. die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, war erst am späten Abend Paléologue durch den Kanzleivizevorstand im Ministerium des Auswärtigen N. A. Basili mitgeteilt worden[50]. Es wurde dem französischen Botschafter dabei gesagt, daß der Entschluß gefaßt worden sei, die Teilmobilmachung bekanntzugeben, aber gleichzeitig der Befehl ergangen sei, die allgemeine Mobilmachung insgeheim durchzuführen, was den Tatsachen vor Änderung des Entschlusses auch entsprach. Man legte Wert darauf, daß die Bekanntgabe des Befehls für die allgemeine Mobilmachung möglichst lange geheim blieb, um Deutschland nicht vorzeitig zu alarmieren. Aus diesem Grunde wollte man auch nicht, daß Paléologue seine Meldung über die Anordnung der Mobilmachung mit dem französischen Chiffreschlüssel aufgab, von dem man befürchtete, daß er von deutscher Seite hätte entziffert werden können, sondern bat den Botschafter, sein Telegramm mit dem russischen Chiffreschlüssel abzusenden[51]. Als ein Beamter der französischen Botschaft, der Botschaftssekretär de Chambrun, das Telegramm zum russischen Chiffredienst brachte, erfuhr er, daß die allgemeine Mobilmachung inzwischen aufgehoben war. Er ließ daher das Telegramm eigenmächtig ohne den letzten Satz hinausgehen, der die Mitteilung enthielt, daß die allgemeine Mobilmachung insgeheim beginnen sollte. Chambrun machte dem Botschafter nach Rückkehr von der Sängerbrücke hiervon Mitteilung.

Etwa eine halbe Stunde nach dem Anruf des Zaren beim Kriegsminister wurde Suchomlinow von Januschkewitsch angerufen. Der Generalstabschef hat hierbei das Wesentlichste seiner Unterhaltung mit dem Zaren dem Kriegsminister mitgeteilt[52]. Januschkewitsch nahm auch Gelegenheit, Sasonow noch in der Nacht aufzusuchen und ihm auseinanderzusetzen, in welch schwierige Lage die Armee durch die Zurücknahme des Befehls für die allgemeine Mobilmachung gekommen sei, und ersuchte den Minister dringend, ihn dabei zu unterstützen, daß so bald wie möglich die allgemeine Mobilmachung wieder angeordnet würde[53].

Noch einmal hatte der Zar über seinen Generalstabschef, hinter dem sein Onkel Nikolaj Nikolajewitsch, Sasonow und Suchomlinow standen, gesiegt. Neben der instinktiven Abneigung des Zaren gegen den Krieg und neben dem starken Eindruck, den das Telegramm Wilhelms II. auf ihn gemacht hatte, haben außer den Ratschlägen des Grafen Fredericks vielleicht auch die Gründe mitgesprochen, die ihm der hochbetagte vorsichtige Goremykin in der Audienz am Vormittag schon dargelegt hatte. Sasonow war infolge der Einwirkung von Januschkewitsch seit kurzer Zeit für die allgemeine Mobilmachung, doch hat seine Auffassung bei der Abänderung des Mobilmachungsbefehls nicht mitgespielt. In der Eile wurde Sasonow sogar weder befragt, noch wurde ihm die Aufhebung der allgemeinen Mobilmachung vom Zaren persönlich mitgeteilt. Darin lag, wie sich noch zeigen wird, ein gewisses Verhängnis, da es hierdurch dem übergangenen Sasonow leichter gemacht wurde, am folgenden Tage beim Zaren vorgelassen zu werden und den unheilvollen Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung erneut durchzudrücken. Gegen Mitternacht erfuhr Paléologue noch, daß nach Ansicht des russischen Generalstabs die deutsche Mobilmachung am 30. angeordnet würde[54].

Nach seinem Gespräch mit dem Generalstabschef hatte der Zar den Militärbevollmächtigten am Hofe Kaiser Wilhelms, General Tatischtschew, der sich anläßlich des Besuches von Poincaré nach Peterhof begeben hatte, zu sich kommen lassen, um mit ihm die beabsichtigte „note explicative" zu besprechen. Tatischtschew, der in hohem Maße das Vertrauen Kaiser Wilhelms besaß, sollte am nächsten Morgen nach Berlin zurückfahren, um den Kaiser über die Gründe der russischen Teilmobilmachung gegen Österreich aufzuklären, und wahrscheinlich zum Ausdruck bringen, daß zunächst nur eine bewaffnete Neutralität Platz greifen würde, ein Angriff auf Österreich aber noch nicht beabsichtigt sei[55]. Der Zar hielt somit an seiner Absicht fest, sich auf die Teilmobilmachung zu beschränken, in der Hoffnung, daß diese ausreichen würde, um Serbien gegebenenfalls den nötigen Schutz gegenüber der Aktion Österreichs geben zu können. Andererseits rechnete man, wie Iswolski einmal gegenüber dem früheren britischen Botschafter in Wien, Sir F. L. Cartwright, bemerkte, damit, daß Österreich in weniger als drei Wochen nach Niš gelangen könnte[56].

Noch in der gleichen Nacht am 30. Juli um 1.20 Uhr ließ der Zar ein Telegramm an Kaiser Wilhelm aufgeben, in dem er dem Kaiser für seine rasche Antwort dankte. Ferner teilte der Zar mit, daß er noch an diesem Abend den General Tatischtschew mit Instruktionen nach Berlin senden würde. Die militärischen Maßnahmen, die jetzt in Kraft getreten seien, wären vor fünf Tagen aus Gründen der „Verteidigung" wegen der Vorbereitungen Österreichs beschlossen worden, doch hoffe er, daß diese Maßnahmen in keiner Weise die Rolle Kaiser Wilhelms als Vermittler stören würden. Das Telegramm schloß mit den Worten: „Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es mit uns zu einer Verständigung kommt[57]." Eine „Verteidigung" war, wie wir wissen, nicht der Grund der russischen Teilmobilmachung, sondern die von Sasonow auch zugegebene Absicht, auf Österreich einen Druck auszuüben. Hierfür spricht auch der von den Russen gebrauchte Begriff der „bewaffneten Neutralität". Was der Zar eigentlich wollte, wußte er wohl selber nicht. Er wollte keinen Krieg, aber er wollte auch ein Vorgehen der Österreicher gegen Serbien nicht zulassen. Beides ließ sich nicht vereinigen. Daraus erklärt sich sein Hinundherschwanken.

Was Sasonow vorhatte, drückte sich in seinem Telegramm an den russischen Gesandten in Bukarest Poklewski aus. Er sagte hier, daß für den Fall eines tatsächlichen bewaffneten Zusammenstoßes Österreichs mit Serbien ein russisches Eingreifen vorgesehen sei, um die Vernichtung Serbiens nicht zuzulassen. Dies werde der Zweck des Krieges mit Österreich sein, wenn ein solcher sich als unvermeidlich erweise[58].

Das Telegramm des Zaren, das im Neuen Palais in Potsdam am 30. Juli 1.45 Uhr nachts aufgenommen wurde und dem Kaiser vielleicht noch in der Nacht, jedenfalls am frühen Morgen vorlag, ist von ihm anscheinend nicht ganz richtig aufgefaßt worden. Aus den Randbemerkungen des Kaisers gewinnt man den Eindruck, daß der Monarch glaubte, die Mobilmachungsvorbereitungen, von denen der Zar sprach und worunter die Mobilmachung gegen Österreich zu verstehen war, wären schon vor fünf Tagen „getroffen" worden, während sie

nur, wie es in dem Telegramm auch hieß, „beschlossen" (decided) waren. Der Zar wäre somit, wie der Kaiser glaubte, um fast „eine Woche voraus". Er könne sich daher auf eine Vermittlung, um die ihn der Zar angerufen hätte, nicht mehr einlassen, da der Zar heimlich hinter seinem Rücken mobil gemacht habe. Es sei nur ein Manöver, um den schon gewonnenen Vorsprung zu vergrößern. Sein Amt als Vermittler sei damit aus[59].

Trotz dieses Irrtums trafen die Überlegungen des Kaisers aber für die „Kriegsvorbereitungsperiode" in vollem Umfange zu, wenn auch der Zar hierüber dem Kaiser nichts mitgeteilt hatte, wie überhaupt die Anordnung der „Kriegsvorbereitungsperiode" streng geheimgehalten und der deutschen Regierung nicht mitgeteilt worden ist.

Gegen Mitternacht wurde Pourtalès noch einmal telephonisch von Sasonow zu einer Unterredung gebeten, die anderthalb Stunden in Anspruch nahm[60]. Sasonow versuchte erneut Pourtalès zu überreden, bei seiner Regierung die Teilnahme an einer Besprechung zu vieren zu befürworten, um, wie er sagte, Österreich auf freundschaftlichem Wege zum Aufgeben der die serbische Souveränität verletzenden Forderungen zu bewegen. Deutschland sei die einzige Macht, die von Österreich-Ungarn ein Einlenken erreichen könne. Der deutsche Kaiser brauche nur ein Wort zu sagen, so werde Wien auf ihn hören. Wir werden noch sehen, wie wenig diese Auffassung zutraf. Pourtalès vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß jeder Gedankenaustausch in Anbetracht der von Rußland beschlossenen Mobilmachung sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erscheine. Es sei auch nicht unbedenklich, einer Großmacht in den Arm zu fallen, die für eine als gerecht erkannte Sache zu den Waffen gegriffen habe. Österreich habe durch seine Erklärung des territorialen Desinteressements, die für einen sich im Krieg befindlichen Staat sehr viel bedeute, versprochen, auf russische Interessen Rücksicht zu nehmen. Man solle daher Österreich-Ungarn seine Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Jetzt einen Druck auf das Wiener Kabinett auszuüben, bedeute einen Eingriff in die Souveränitätsrechte Österreichs, also dasselbe, was Rußland von Österreich Serbien gegenüber nicht dulden wolle, womit Deutschland außerdem Gefahr laufe, seine Beziehungen zu seinem Verbündeten ernstlich zu gefährden. Beim Friedensschluß wäre noch immer Zeit, auf eine Schonung der serbischen Souveränität zurückzukommen. Deutschland könne sich nur darauf beschränken, Wien Ratschläge zur Verhütung eines Konflikts mit Rußland zu geben. Der ganze austro-serbische Konflikt trete augenblicklich gegenüber der durch die russische Mobilmachung verursachten Gefahr eines europäischen Krieges in den Hintergrund. Sasonow war jedoch trotz dieser sehr vernünftigen Gründe des deutschen Botschafters nicht davon abzubringen, daß Rußland Serbien nicht im Stich lassen könne, da sonst der Bestand der russischen Monarchie gefährdet sei. Rußlands vitale Interessen verlangten, daß Serbien nicht zu einem „Buchara", zu einem Vasallenstaat Österreich-Ungarns, werde.

So schälte sich bei den zahlreichen Verhandlungen der eigentliche Kriegsgrund immer deutlicher heraus: Rußland will einen Krieg Österreichs gegen Serbien nicht zulassen. Deutschland stellt sich Rußland gegenüber auf den Standpunkt, daß Österreich unter Verzicht auf territoriale Erwerbungen hierzu im

Recht ist, obgleich es de facto im Hinblick auf die serbische Antwortnote Wien drängt, sich mit der Besetzung Belgrads zu begnügen, um mit diesem Faustpfand in der Hand die Forderungen des Ultimatums gegenüber Serbien durchzudrücken. Hierüber, d. h. über den Druck, den Deutschland auf Wien auszuüben versuchte, sich mit der Besetzung Belgrads zu begnügen, war Pourtalès und somit auch Sasonow nicht unterrichtet. Eine offenere Sprache gegenüber Rußland würde es dem Zaren wohl erleichtert haben, sich dem Generalstab und Sasonow gegenüber durchzusetzen.

Im weiteren Verlauf der Unterredung wollte Sasonow noch auf den Widerspruch eingehen, den er zwischen dem 1. Telegramm des Kaisers an den Zaren und der Mitteilung des Botschafters erblickte, daß ein weiteres Fortschreiten der Mobilisierungsmaßnahmen Rußlands Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde und dann der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde. Bei der Aussprache hierüber gab Pourtalès seiner Auffassung Ausdruck, daß der Appell des Kaisers an die gemeinsamen Interessen der Monarchen mit seiner Erklärung nicht im Widerspruch stehen würde, selbst wenn Deutschland schon mobil gemacht hätte. Seine Mitteilung sei keine Drohung gewesen, sondern eine freundschaftliche Warnung unter Hinweis auf die automatische Wirkung, die die russische Mobilmachung infolge des deutsch-österreichischen Bündnisses in Deutschland hervorrufen müsse[61].

Die Bemerkung selbst dürfte nicht gerade geeignet gewesen sein, das an sich unberechtigte, aber verständliche Mißtrauen des russischen Generalstabes abzuschwächen, Deutschland habe infolge der russischen Mobilmachung gegen Österreich bereits mit seinen Mobilmachungsmaßnahmen begonnen. So erklärte auch Sasonow nur, daß die Rückgängigmachung des Mobilmachungsbefehls nicht mehr möglich wäre und daß die Anordnung durch die österreichische Mobilmachung veranlaßt worden sei.

Aus der Unterredung mit Sasonow gewann Pourtalès den Eindruck, daß das Telegramm des Kaisers seine Wirkung auf den Zaren nicht verfehlt habe, aber zu befürchten sei, daß der Minister eifrig dafür arbeiten werde, daß der Zar fest bleibe. Das eigentliche Mißverständnis, das darin lag, daß Deutschland nur ein Fortschreiten der Mobilmachung an seinen eigenen Grenzen nicht dulden wollte, sich mit der Mobilmachung gegen Österreich aber abgefunden hatte, blieb jedoch anscheinend unaufgeklärt.

Um Mitternacht wurden die Redaktionen der Petersburger Blätter von der obersten Verwaltungsbehörde für die Presse ersucht, von der Veröffentlichung des Mobilmachungserlasses abzusehen, selbst wenn er den Zeitungen offiziell zugestellt werden sollte[62].

Die kriegerische Stimmung in Petersburg, die auf propagandistische Machenschaften zurückzuführen war und nicht in der Seele des russischen Volkes wurzelte, hatte im Laufe des Tages mehr und mehr zugenommen. Anfangs kleine, später größere Menschenmengen durchzogen mit Bildern des Zaren und mit der Nationalflagge unter Absingen der Nationalhymne und des Liedes „Errette, Herr, Dein Volk" die Straßen. Vor dem Winterpalais sowie vor dem Kriegsministerium und Außenministerium kam es zu besonderen Kundgebungen durch

die Manifestanten[63]. Gegen Abend erreichten die Straßenkundgebungen einen noch nie dagewesenen Umfang. Daß das russische Volk gar nicht bedroht war und am wenigsten vom deutschen Kaiser, den traditionelle Freundschaft mit Rußland verband, blieb den Demonstranten natürlich unbekannt.

Wenn man das Ergebnis der Unterredungen des 29. Juli zwischen Sasonow und Pourtalès zusammenfaßt, ergibt sich folgendes: Rußland bestand auf einer Abschwächung der Forderungen oder wenigstens auf einer zusätzlichen Erklärung zur österreichischen Note, die Serbien die Möglichkeit gegeben hätte nachzugeben, und es verlangte von Deutschland, in entsprechender Weise auf Wien einzuwirken, wobei man die hierfür vorliegenden tatsächlichen Schwierigkeiten nicht hinreichend erkannte. Das Verlangen, in Wien einzuwirken, wurde von Pourtalès, den Weisungen des Kanzlers entsprechend, mit der Begründung abgelehnt, daß die territoriale Desinteressementserklärung Österreichs Rußland genügen müsse, um zu erkennen, daß russische Interessen von Österreich nicht verletzt würden. Demgegenüber stand Rußland auf dem Standpunkt, daß durch eine Beeinträchtigung der serbischen Souveränitätsrechte russisches Interesse bereits berührt würde.

Was die militärische Seite der Frage anbelangt, so hielt Rußland eine teilweise Mobilmachung für notwendig, um Österreich durch militärischen Druck davon abzuhalten, Serbien gegenüber zu weit zu gehen. Auch war es hierzu durch Versprechungen Belgrad gegenüber gezwungen. Die im Kronrat vom 25. Juli zutage getretene Absicht, kriegerische Maßnahmen zu ergreifen, wenn Österreich in Serbien einmarschiere, wurde soweit zurückgeschraubt, daß der Zar sich zunächst mit einer bewaffneten Neutralität begnügen wollte. Auch rechnete man wohl damit, daß durch den der serbischen Armee angeratenen Rückzug ernste Zusammenstöße zwischen österreichischen und serbischen Truppen vorerst nicht eintreten würden.

Die freundschaftliche Warnung des Grafen Pourtalès, daß ein Fortschreiten der russischen Mobilisierungsmaßnahmen Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde, worunter Sasonow das Verlangen Deutschlands verstand, die Teilmobilmachung gegen Österreich, auf die Rußland nicht verzichten wollte, aufzugeben, führte dazu, das technisch unbequeme Stadium der Teilmobilmachung zu überspringen und sich sofort zur Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu entschließen.

Man wird zugeben müssen, daß allen diesen Argumenten ihre Berechtigung nicht abgesprochen werden kann. Das Verhängnis, daß es trotz der zahlreichen und eingehenden Aussprachen an diesem Tage nicht zu einer Verständigung zwischen Sasonow und Pourtalès gekommen ist, lag abgesehen von den tatsächlichen Gegensätzen darin, daß auf beiden Seiten Unkenntnis über verschiedene Vorgänge und Absichten bestanden hat, und hierin liegt eine ungeheure Tragik. Deutschland wußte nicht, daß Rußland bereits am 25. Juli durch die Entschlüsse des Kronrats in Krasnoje Selo und ihre Mitteilung an Serbien und die Bundesgenossen Verpflichtungen eingegangen war, deren Rückgängigmachung einen empfindlichen Prestigeverlust Rußlands namentlich in Belgrad hervorrufen mußte. Rußland andererseits war nicht darüber im klaren, daß nach Bekannt-

werden der serbischen Antwortnote ein entschiedener Kurswechsel in dem Verhalten Deutschlands gegenüber Österreich eingetreten und der Kaiser ehrlich bemüht war, einen vernünftigen Ausgleich zu finden, um den allgemeinen Krieg zu vermeiden. Wenn auch dieser Kurswechsel weniger darin bestand, Österreich zum Nachlassen der von ihm für notwendig erachteten Forderungen zu bewegen, so war man in Berlin jetzt doch der Auffassung, daß sich die Doppelmonarchie mit einer Beschränkung der Aktion gegen Serbien, einer Besetzung Belgrads und anderer Plätze bis zur Durchführung seiner Forderungen, begnügen und die Note als Grundlage von Verhandlungen anerkennen sollte. Die Vermittlerrolle, wie sie Wilhelm II. übernehmen wollte, hätte durchaus Erfolg haben können, wenn die leitenden Persönlichkeiten Bethmann Hollweg, Berchtold und Sasonow mehr Elastizität gezeigt und mit größerem diplomatischen Geschick in die Verhältnisse eingegriffen hätten. Der durch die Initiative des Grafen Pourtalès hervorgerufene Versuch, eine direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien herbeizuführen, blieb ein Intermezzo. Nachdem der Versuch gescheitert war, hatte er die Lage nur verschlechtert, weil er das Mißtrauen Petersburgs gegenüber Berlin vergrößerte und den Eindruck einer Machtlosigkeit Deutschlands gegenüber Österreich aufkommen ließ, wodurch in der Folge die weiteren Verhandlungen ungünstig beeinflußt wurden. Der Vorschlag des Grafen Pourtalès, bei Sasonow eine direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien anzuregen, wurde von der Wilhelmstraße erst zu spät unterstützt. So fehlt dem Gedankenaustausch zwischen der Wilhelmstraße und der Botschaft in Petersburg in diesen Tagen der nötige Kontakt, was von Sasonow so ausgelegt wurde, als ob ihm irgend etwas vorenthalten würde. Eine offenere und klarere Sprache des Kanzlers hätte Sasonow die Möglichkeit genommen, Deutschland dem Zaren gegenüber so hinzustellen, als ob es den Krieg wolle und nicht genügend auf Österreich einwirken würde. Rußland hätte mit seiner „note explicative" sofort unmißverständlich und klar hervortreten und die Angelegenheit nicht auf die lange Bank schieben müssen. Auch haben die Maßnahmen der „Kriegsvorbereitungsperiode" an der deutschen Grenze mit Recht Deutschland gegenüber Rußland mißtrauisch gemacht und seine Sicherheit bedroht. Berchtold hätte erkennen müssen, daß die Aktion gegen Serbien in der ursprünglich geplanten Form nicht mehr möglich war, ohne einen europäischen Krieg zu entfesseln, und Wien hätte sich zu kleinen Konzessionen entschließen müssen, wenn es die Erfüllung berechtigter Wünsche der Doppelmonarchie der Erhaltung des europäischen Friedens hätte zum Opfer bringen wollen.

Kapitel 39

Die endgültige Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung

Petersburg, 30. Juli: Bekanntgabe des Befehls für die Teilmobilmachung — Mitteilungen der Botschafter — Fredericks beim Zaren — Entwurf eines Handschreibens Nikolaus' an den Kaiser — Besprechungen beim Generalstabschef — Telephongespräche mit dem Zaren — Paléologue bei Sasonow — Kriwoscheïn erhält keine Audienz, dagegen Sasonow — Erste Formel Sasonows — Der casus belli — Paléologue und Buchanan wieder bei Sasonow — Frühstück bei Donon — Chelius im Jachtklub — Entscheidende Audienz beim Zaren — Tatischtschew — „Fürchtet Gott! Eine Mutter." — Januschkewitsch kann sein Telephon zerbrechen — Dobrorolski wieder auf dem Telegraphenamt — Ein neues Kaisertelegramm in Peterhof — Pourtalès bei Sasonow — Paléologue richtet Auftrag Vivianis aus — Ein Telegramm Iswolskis ist zu spät gekommen.

Der Befehl für die Teilmobilmachung, der kurz nach Mitternacht den in Betracht kommenden Dienststellen der Armee und Flotte zugegangen war, wurde von Januschkewitsch auch Sasonow mitgeteilt. Der Ukas hatte folgenden Wortlaut:[1]

> „Allerhöchst ist befohlen, gemäß der Mobilmachungsordnung von 1910 die Truppen der Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan sowie die Truppen des zweiten und dritten Aufgebots der Orenburg-, Ural- und Astrachan-Kosakenheere und die Auffüllungskommandos der zum Bestand der mobilisierten Bezirke gehörigen Don-, Kuban-, Ural-, Orenburg- und Astrachan-Kosakenheere, ferner die Schwarzmeer- und die Ostseeflotte mobil zu machen.
>
> Als erster Mobilmachungstag soll der 30./17. Juli gelten."

Um 4 Uhr morgens war der Befehl auch in den Straßen Petersburgs öffentlich angeschlagen worden. Graf Pourtalès benachrichtigte hiervon um 11 Uhr das Auswärtige Amt, wo das Telegramm 11 Uhr 50 vormittags einging[2].

Die Nachrichten aus London, Paris, Berlin, Wien und Niš, die am Vormittag des 30. an der Sängerbrücke vorlagen, ergaben für Sasonow folgendes: Die Haltung Englands sei unbestimmt und Grey rechne noch mit einem Zustandekommen der Konferenz. Nicolson dagegen sehe die diplomatischen Methoden als erschöpft an und habe schon von einer direkten Intervention Englands gesprochen. Beim englischen Volk sei der Krieg noch unpopulär, da man die Gründe für den Krieg noch nicht begreife. In der englischen Presse mache sich jedoch ein Umschwung geltend, wobei die Befürchtung zum Ausdruck komme, daß Serbien nach einem vorher verabredeten Plan vernichtet werden sollte[3].

Die Mitteilungen Iswolskis aus Paris besagten, daß Frankreich auf alle Fälle mitgehen würde. Rußland müsse dem „Vermittlungsplan" Greys volle Unterstützung gewähren, sonst könne Österreich unter dem Vorwand einer „Garantie" tatsächlich den territorialen Status Osteuropas ändern. Die französische Presse,

die Deutschland eine offensichtliche Mitbeteiligung an dem österreichischen Angriff zuschreibe, sei sehr fest. Die Stimmung in Militärkreisen und obersten Kommandobehörden sei gehoben, militärisch sei in Frankreich alles mögliche getan worden, und man warte im Kriegsministerium ruhig die Ereignisse ab[4].

Die Meldungen aus Berlin dürften Sasonow in seiner Auffassung bestärkt haben, daß der Einfluß der Wilhelmstraße auf Wien nicht ausreichen würde, um Österreich von seiner Aktion abzuhalten. Im Falle eines allzu deutlichen Druckes würde sich, nach einer Äußerung Jagows zu Cambon, Österreich beeilen, Deutschland vor eine vollendete Tatsache zu stellen[5]. Als Swerbejew Jagow die Mitteilung überbrachte, daß Rußland vier Militärbezirke mobil machen müßte, habe der Staatssekretär in starker Erregung erwidert, „daß diese unerwartete Nachricht die Situation völlig verändere, und daß er persönlich nunmehr keine Möglichkeit mehr sehe, einen europäischen Krieg zu vermeiden". Jagow habe gesagt, wenn die Russen „gegen Österreich mobil machen und Maßnahmen gegen uns treffen", würde Deutschland genötigt sein, „die Mobilmachung gegen Rußland zu erklären". Dann erfolge die Mobilmachung gegen Frankreich, und wenn erst alle Großmächte unter Gewehr ständen, erschiene ihm der Krieg unvermeidlich. Auf die Entgegnung Swerbejews, Jagow habe doch Cambon gesagt, daß eine russische Mobilmachung an der österreichischen Grenze Deutschland noch nicht veranlassen werde, selbst mobil zu machen, was Jagow nicht bestreiten konnte, habe der Staatssekretär hinzugefügt, daß alle Maßnahmen Rußlands an der deutschen Grenze auch Deutschland veranlassen würden, an seinen Schutz zu denken. Doch sei dies alles vorläufig nur seine persönliche Ansicht, eine endgültige Antwort werde er Swerbejew nach sofortiger Besprechung mit dem Kanzler geben[6]. Die Frage, was Deutschland angesichts der russischen Mobilmachung tun würde, die, wie wir uns immer vor Augen halten müssen, eine in Vorbereitung begriffene allgemeine Mobilmachung und eine ausgesprochene Teilmobilmachung war, blieb somit noch offen. Nur darüber konnte Sasonow keinen Zweifel haben, daß Maßnahmen an der deutschen Grenze die Berliner Regierung zu sofortigen Gegenmaßregeln veranlassen würden.

Die von Schebeko vorliegenden Meldungen zeigten nach wie vor die Entschlossenheit der Wiener Regierung. Der Befehl für die österreichische allgemeine Mobilmachung würde für den 30. erwartet. Dem Militärattaché sei das, wie wir noch sehen werden, unzutreffende Gerücht zu Ohren gekommen, man habe beschlossen, falls Rußland mobil mache, dies durch sofortige Kriegserklärung an Rußland zu beantworten. Weiter berichtete der Botschafter, Tschirschky habe ihm erklärt, daß jeder Druck auf Österreich „zum Mißerfolg verurteilt sei". Die Erklärung wundere den Botschafter nicht, da Tschirschky ein eifriger Anhänger, wenn nicht Anstifter des ganzen Vorgehens gegen Serbien sei. Im gegenwärtigen Augenblick sei es für Österreich tatsächlich schwer, auf dem eingeschlagenen Weg haltzumachen[7].

Günstig lauteten die Mitteilungen aus Niš. Griechenland und Rumänien hätten sich verabredet, gegen Bulgarien alle entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, wenn es die Neutralität verletzen sollte. Weiter teilte Strandtmann mit, die oberste Heeresleitung habe beschlossen, entgegen den ursprünglichen Absichten Belgrad

zu verteidigen. Der Entschluß zeigte, daß infolge des Ausbleibens einer österreichischen Offensive und der in Aussicht gestellten russischen Unterstützung die Widerstandskraft der Serben erwacht war. Doch auch die Realitäten des Krieges meldeten sich an. Strandtmann erbat für die Serben 100 Millionen Francs für drei Monate, die von Rußland und Frankreich sichergestellt werden möchten. Hiervon sollten die Montenegriner, die sich bereits mit einem gemeinsamen Generalstab einverstanden erklärt hatten, monatlich 55000 Francs erhalten[8].

Am Vormittag ließ der Zar erneut seinen alten Vertrauten, den Baron Fredericks, zu sich rufen und sagte ihm in aller Ruhe, er sei fest entschlossen, so lange wie möglich den Krieg zu vermeiden und die allgemeine Mobilmachung, die den Krieg beschleunigen würde, zu verhindern. Er sei mit Sasonow unzufrieden, auch mit Suchomlinow und Januschkewitsch, die alle sehr darauf bestanden hätten, daß er den Mobilmachungsbefehl unterzeichne. Er werde den eingeschlagenen Weg jetzt fest entschlossen weiter verfolgen und keinem weiteren Druck nachgeben, der nutzlos sei und ihn nur unnötigerweise reizen würde. Sicherlich wollte der Zar durch diese Äußerungen dem alten Fredericks gegenüber sich selbst in seinem Willen bestärken, und er mag auch die Hoffnung gehabt haben, daß Fredericks einem weiteren Drängen Sasonows und der Minister entgegenarbeiten würde[9].

Im Anschluß an diese Unterredung dürfte der Zar den Brief verfaßt haben, den er dem General Tatischtschew, der für 3 Uhr nachmittags vor seiner geplanten Rückreise nach Berlin zur Audienz befohlen war, übergeben wollte. In diesem Brief, der in der äußeren Form besonders herzlich gehalten war, wurde die Ermordung des Erzherzogs zwar als ein abscheuliches Verbrechen hingestellt, aber bezweifelt, daß die serbische Regierung daran beteiligt gewesen sei. Der Zar erinnerte an die Affären Friedjung und Prochaska, die nach seiner Ansicht zeigten, wie wenig Vertrauen man zu Ergebnissen von Tribunalen haben könne. Anstatt Europa die Ergebnisse wissen zu lassen oder den anderen Ländern Zeit zu geben, sich mit der Untersuchung bekanntzumachen, habe Österreich den Krieg erklärt. Die Antwort Serbiens werde in Rußland und auch im Ausland für gut befunden, und es sei unmöglich, von einem unabhängigen Staat zu erwarten, daß er noch weiter darin gehe, sich dem Willen eines anderen Staates zu fügen. Strafexpeditionen würden nur im eigenen Lande oder in Kolonien unternommen. Je länger Österreich seine aggressive Haltung fortsetze, um so ernster werde die Lage, und er blicke auf den Kaiser, den Verbündeten Österreichs, als auf den „friedenschaffenden Vermittler". Im übrigen würde Tatischtschew in der Lage sein, dem Kaiser ausführlichere Aufklärungen zu geben[10]. Diese hoffnungsvollen Zeilen gehörten, wie wir noch sehen werden, zu den vielen Briefen, die ihren Empfänger nicht mehr erreichen sollten.

Gegen 10 Uhr vormittags sprach Sasonow telephonisch mit dem Landwirtschaftsminister Kriwoschein über die Rückgängigmachung der allgemeinen Mobilmachung, wobei beide Minister sich in der Sorge einig waren, daß Rußland im Falle einer Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland durch diese Entscheidung in eine äußerst gefährliche Lage kommen könnte. Sasonow riet daher

Kriwoscheïn, eine Audienz beim Zaren nachzusuchen, um dem Monarchen diese Befürchtungen darzulegen.

Etwa um 11 Uhr vormittags traf Sasonow wieder bei Januschkewitsch mit Suchomlinow zusammen. Auf Grund der eingelaufenen Nachrichten waren die drei Minister in der Überzeugung bestärkt worden, man müsse sich unverzüglich auf einen ernsthaften Krieg vorbereiten, weshalb es notwendig sei, auf der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu bestehen.

Suchomlinow und Januschkewitsch bemühten sich darauf von neuem, den Zaren telephonisch zu bewegen, auf seinen gestrigen Entschluß zurückzukommen und die allgemeine Mobilmachung vorzunehmen. Der Zar lehnte dies jedoch entschieden ab und erklärte schließlich Januschkewitsch, der anscheinend etwas aufdringlich geworden war, er breche das Gespräch ab. Der General konnte nur noch schnell die Meldung machen, daß Sasonow im Zimmer sei und darum bitte, selbst einige Worte sagen zu dürfen. Nach einer kurzen Pause — die über Krieg und Frieden entscheiden sollte — gab der Zar die Erlaubnis, dem Minister den Hörer zu übergeben.

Sasonow ergriff sogleich das Telephon und bat den Zaren, ihn noch an diesem Tage zu einem unaufschiebbaren Vortrag über die allgemeine politische Lage zu empfangen. Auf die hierauf folgende Frage des Zaren, ob es dem Minister recht sei, wenn er ihn mit Tatischtschew zusammen um 3 Uhr empfange, da er sonst keine Minute frei habe, dankte Sasonow und antwortete, daß er sich zur angegebenen Zeit einfinden werde.

Januschkewitsch wandte sich nach dem Gespräch mit dem Zaren noch einmal inständigst an Sasonow, den Zaren unbedingt zu bewegen, daß er aus den bekannten Gründen seine Zustimmung zur allgemeinen Mobilmachung gebe. Auch bat Januschkewitsch Sasonow, er möchte ihm gegebenenfalls sofort telephonisch aus Peterhof Nachricht geben, damit er sogleich die notwendigen Anordnungen treffen könne. Hierauf würde er, wie Januschkewitsch sagte, fortgehen, sein Telephon zerbrechen und überhaupt alle Maßnahmen treffen, um unauffindbar zu bleiben für den Fall, daß ein entgegengesetzter Befehl für einen neuen Widerruf der allgemeinen Mobilmachung erteilt würde.

Gleich nach der Besprechung, die Sasonow mit Januschkewitsch und Suchomlinow gehabt hatte, suchte Paléologue den Außenminister auf, der ihm dabei wohl über das Hin und Her der Anordnungen für die Mobilmachungen während der Nacht nähere Angaben gemacht haben dürfte. Paléologue empfahl Sasonow, jede militärische Maßregel zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung geben könnte, worauf ihm Sasonow mitteilte, daß man, wie der Botschafter später nach Paris mitteilte, gerade in der letzten Nacht „gewisse geheime Maßregeln" aufgeschoben habe, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätten alarmieren können[11]. Wir wissen, daß hierunter die Rückgängigmachung der allgemeinen Mobilmachung zu verstehen war. Was Sasonow sonst noch mit Paléologue gesprochen hat, ist nicht bekannt.

Unterdessen hatte auch Kriwoscheïn den Zaren um eine Audienz gebeten, aber einen abschlägigen Bescheid erhalten, der Zar sei heute beschäftigt. Kriwoscheïn machte Sasonow hiervon Mitteilung, der ihm sagen konnte, daß es ihm

gelungen sei, um 3 Uhr empfangen zu werden. Daraufhin bat Kriwoschein Sasonow, ihn noch vor seiner Audienz in Peterhof sprechen zu können, und man kam überein, mittags bei Donon gemeinsam zu frühstücken.

Wohl im Hinblick auf die Sasonow bewilligte Audienz teilte Januschkewitsch kurz darauf, gegen 11 Uhr vormittags, General Dobrorolski mit, daß Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage vorhanden sei, und befahl ihm, sich gleich nach Mittag bereitzuhalten, auf seinen Anruf mit den in Frage kommenden Schriftstücken bei ihm vorzusprechen[12].

Am frühen Morgen des 30. Juli wurde Pourtalès durch ein Telegramm Bethmann Hollwegs mitgeteilt, man nehme an, daß die russische Mobilmachung an der österreichischen Grenze eine entsprechende Maßregel Österreichs zur Folge haben werde und daß dann die „friedlichen Absichten" Sasonows wohl nicht mehr verwirklicht werden könnten. Um die drohende Katastrophe abzuwenden, würde in Wien darauf hingewirkt, die österreichisch-ungarische Regierung solle ihre frühere Versicherung, daß ihr territoriale Erwerbungen fernlägen, noch einmal „formell" in Rußland abgeben und dabei zum Ausdruck bringen, die militärischen Maßnahmen würden lediglich eine vorübergehende Besetzung bezwecken, um Serbien zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten zu zwingen. Wenn Österreich-Ungarn eine derartige Erklärung abgeben würde, hätte Rußland alles erreicht, was es wolle, da Sasonow ja selbst zugegeben habe, daß Serbien die „verdiente Lektion" erhalten müsse. Man erwarte daher, daß Rußland, falls der deutsche Schritt in Wien Erfolg habe, keinen kriegerischen Konflikt mit Österreich herbeiführen würde. Pourtalès solle sich in diesem Sinne eingehend mit Sasonow aussprechen[13]. Der Botschafter erfuhr somit jetzt endlich, daß man in Berlin ernstlich auf Wien einzuwirken versuchte, obgleich auch diese Mitteilung hinter der Auffassung des Kaisers, wie er sie in seinem Brief an den Staatssekretär von Jagow geäußert hatte, noch erheblich zurückblieb. Auch konnte Pourtalès aus den Mitteilungen des Kanzlers ersehen, daß die russische Teilmobilmachung noch nicht zu Gegenmaßnahmen Deutschlands führen würde.

Bei der Unterredung, die noch am Vormittag des 30. Juli in Ausführung dieses Auftrages zwischen dem Botschafter und Sasonow stattfand, blieb der Minister bei seiner Auffassung, daß eine Versicherung des territorialen Desinteressements nicht genügen könne. Auch sei eine andere Politik nicht möglich, ohne das Leben des Zaren zu gefährden. Pourtalès versuchte nun noch einmal auf Sasonow einzuwirken, indem er ihm klarmachte, daß man mit dieser Haltung Rußlands auf einem toten Punkt angekommen sei, die Lage erscheine ihm verzweifelt, wenn beide Seiten starr an ihrem Standpunkt festhielten. Nur ein Kompromiß könne aus der Lage heraushelfen. Mit der Desinteressementserklärung Wiens habe Rußland die Garantie erhalten, daß das Gleichgewicht auf dem Balkan nicht gestört würde. In der Hauptsache habe man somit auf seine berechtigten Wünsche Rücksicht genommen. Bei beiderseitigem guten Willen müsse sich eine Formel finden lassen, um die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und die beiden Standpunkte miteinander zu versöhnen. Darauf schrieb Sasonow folgende Formel auf einen Zettel, die in deutscher Übersetzung nachstehenden Wortlaut hatte:

„Wenn Österreich, in Anerkennung des Umstandes, daß die austro-serbische Frage den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat, sich bereiterklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu eliminieren, die den Souveränitätsrechten Serbiens zu nahe treten, so verpflichtet sich Rußland, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen*."

Sasonow hielt also, wie aus dem Wortlaut der Formel hervorgeht, an seinem Standpunkt fest, daß Wien aus seinem Ultimatum die bereits in den vorhergehenden Unterredungen näher dargelegten Punkte entfernen müßte. Hierunter war, wie wir wissen, in erster Linie ein Aufgeben der in Belgrad geforderten Untersuchung unter Teilnahme von k. u. k. Delegierten zu verstehen. Die geforderte Untersuchung des Attentats war somit der eigentliche casus belli, über den sich Österreich-Ungarn und Rußland nicht einigen konnten. Der Wortlaut der Formel ging über das notwendige Maß insofern hinaus, als Sasonow die Streichung der Punkte des Ultimatums verlangte, in denen Souveränitätsrechte Serbiens berührt wurden, worunter auch Forderungen zu verstehen waren, die Serbien bereits angenommen hatte, wie beispielsweise der vorgeschriebene Befehl des Thronfolgers an die Armee, der von Alexander schon unterzeichnet war. Pourtalès erklärte daher auch sofort, daß Österreich-Ungarn diese Formel nicht annehmen werde, da sie tatsächlich die bisherigen Forderungen Rußlands in vollem Umfange aufrechterhalte. Der Botschafter hätte ebensogut antworten können, daß die Formel über das hinausgehe, was Österreich von Serbien bereits zugebilligt war. Pourtalès machte trotz der aussichtslosen Formel Sasonows noch einen neuen Kompromißvorschlag, der dahin ging, Österreich solle eine Zusicherung geben, es werde bei Friedensschluß sein Verhältnis zu Serbien so regeln, daß die Souveränität unangetastet bleibe. Aber auch auf diesen Vorschlag wollte Sasonow nicht eingehen. Der einzige Punkt, der bei Pourtalès einen Hoffnungsschimmer aufkommen ließ, war der, daß nicht die Forderung enthalten war, Österreich-Ungarn solle seine militärische Expedition gegen Serbien sofort einstellen, und der Botschafter wies bei Übermittlung der Formel nach Berlin auf diesen Punkt besonders hin. Man wird jedoch demgegenüber hervorheben müssen, daß eine Annahme der russischen Formel in merito die Doppelmonarchie hätte veranlassen müssen, die militärische Aktion von sich aus einzustellen, da die anderen Bedingungen von Serbien, abgesehen von nicht allzu wesentlichen Vorbehalten, angenommen worden waren und im übrigen auch der Zweck des ganzen Kompromißvorschlages ja nur dahin ging, die Feindseligkeiten zu vermeiden[14].

Über die Haltung Deutschlands angesichts der russischen Teilmobilmachung, insbesondere darüber, ob nun die von Sasonow erwarteten deutschen Mobilmachungsmaßnahmen eintreten würden, wurde merkwürdigerweise nicht gesprochen. Anscheinend hat Sasonow auf Grund der bisherigen Erörterungen mit Pourtalès ohne weiteres mit einer Mobilmachung Deutschlands gerechnet. Diese vorgefaßte Meinung dürfte auch eine Erklärung dafür geben, daß russischerseits

* Russ. Dok. I 5 Nr. 278, dem vorstehende deutsche Übersetzung entnommen ist. Siehe auch D. Dok. Nr. 421. Der französische Originalwortlaut der Formel war folgender: „Si l'Autriche déclare qu'en reconnaissant que son conflit avec la Serbie a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, se déclare prête à éliminer de son ultimatum les points qui portent atteinte aux droits souverains de la Serbie, la Russie s'engage à cesser tous préparatifs militaires."

die verschiedenen Meldungen aus Deutschland über Truppenbewegungen fälschlicherweise als Beginn der Mobilmachung ausgelegt wurden. Daß Sasonow diese Frage nicht angeschnitten hat, erklärt sich wohl daraus, daß er für sich, wie wir wissen, schon den Entschluß gefaßt hatte, am Nachmittag die allgemeine Mobilmachung beim Zaren durchzudrücken, und er befürchten mußte, daß er vielleicht bei einer erneuten Aussprache mit Pourtalès hierüber in seinem Entschluß wankend gemacht werden könnte. Im übrigen faßte Sasonow Deutschland und Österreich als eine viel weitgehendere politische Einheit auf, als dies in Wirklichkeit der Fall war, da er über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Wien in der politischen Zielsetzung bei der Aktion gegen Serbien nicht hinreichend unterrichtet war.

In seinen Memoiren hat Pourtalès mit Recht darauf hingewiesen, daß die Behauptung Sasonows, das Leben des Zaren sei gefährdet, wenn Rußland nachgeben würde, nicht der Wirklichkeit entsprach. Ein revolutionärer Eingriff konnte in diesem Fall doch höchstens von der Armee oder den Panslawisten ausgehen. Beides kam zu dieser Zeit praktisch nicht in Frage. Auch kann nicht angenommen werden, daß der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, dessen Einfluß sowohl wie seine kriegerische Gesinnung, ganz abgesehen von seiner geringen Intelligenz, wohl etwas überschätzt wird, versucht hätte, den Zaren zu beseitigen, um den Krieg durchzusetzen. Auch die in sozialistischen Kreisen vorhandene Unzufriedenheit war nicht so bedrohlich, daß die Regierung einer äußeren Ablenkung bedurft hätte, um dieser Strömungen Herr zu werden. Suchomlinow, Dobrorolski und andere hohe russische Offiziere haben dem Verfasser in der Nachkriegszeit wiederholt versichert, daß die Autorität des Zaren in der Armee 1914 unerschüttert war.

Sasonow setzte Paris, London, Wien und Berlin von der Formel, die er Pourtalès aufgeschrieben hatte, noch am gleichen Tage in Kenntnis, wobei er bemerkte, daß Rußland bis zu einer völlig zufriedenstellenden Antwort Österreichs durch die deutsche Regierung seine Rüstungen fortsetzen werde[15]. Dem russischen Botschafter in Berlin Swerbejew gab Sasonow noch den Auftrag, eilig zu telegraphieren, wie sich die deutsche Regierung zu diesem neuen Beweis der russischen Bereitschaft, das möglichste zu einer friedlichen Entscheidung der Frage zu tun, verhalten würde, weil man nicht zugeben könne, daß diese Verhandlungen nur dazu dienen sollten, zugunsten Österreichs und Deutschlands Zeit zu gewinnen[16].

Gegen Mittag war Paléologue noch einmal mit Buchanan zusammen bei Sasonow, wo sie von der Pourtalès vorgeschlagenen Formel Sasonows erfuhren. Nach Auffassung Sasonows würde die Annahme dieses Vorschlages die Eröffnung von Verhandlungen in London zur Folge haben. Wenn Österreich aber den Vorschlag verwerfe, würde man die Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung fortsetzen, und der europäische Krieg sei dann unvermeidlich. Sasonow behauptete im übrigen, die russische Regierung habe den absoluten Beweis, daß Deutschland militärische und maritime Vorbereitungen gegen Rußland treffe, und zwar besonders in Richtung auf den Finnischen Meerbusen[17]. Außerdem wurde von Sasonow noch der Präsident der Reichsduma, Rodzianko, empfangen, der, wie

er in seinen Erinnerungen schreibt, den Minister bat, dem Zaren mitzuteilen, er „als Haupt der Volksvertretung erkläre auf das entschiedenste, daß das russische Volk eine solche Zeitverschwendung, die für das Reich verhängnisvoll werden müsse, der Regierung nie verzeihen würde". Mit anderen Worten war Rodzianko ebenfalls dafür, sofort die allgemeine Mobilmachung anzuordnen.

Im Anschluß an diese Unterredungen nahmen Sasonow und Schilling zusammen mit Kriwoscheïn in einem separaten Zimmer bei Donon, einem der vornehmsten Restaurants an der Moika, das verabredete Frühstück ein. Die Stimmung war ziemlich gedrückt, und man unterhielt sich fast ausschließlich über die allgemeine Mobilmachung, die schleunigst wieder angeordnet werden müßte, da der Krieg mit Deutschland unvermeidlich schien. Kriwoscheïn hoffte, daß es Sasonow gelingen werde, den Zaren hiervon zu überzeugen. Im entgegengesetzten Falle würde Rußland einer sicheren Katastrophe entgegentreiben[18].

General von Chelius hatte am Mittag des 30. verschiedene Persönlichkeiten im Jachtklub, darunter auch Fürst Trubetzkoy, gesprochen, der ihm sagte, das Telegramm Kaiser Wilhelms habe tiefen Eindruck auf den Zaren gemacht, aber er könnte leider nichts mehr ändern, da die Mobilmachung gegen Österreich bereits befohlen sei und Sasonow den Zaren wohl davon überzeugt habe, daß ein Zurückweichen nicht mehr möglich sei. In der weiteren Unterhaltung meinte Trubetzkoy, daß Zusicherungen Österreichs, keine territorialen Erwerbungen in Serbien zu beabsichtigen, hier nicht mehr geglaubt würden.

Außerdem sprach Chelius im Klub noch mit anderen höheren Offizieren, die ihm sagten, daß ein Aufhalten der Mobilmachung in Rußland bei den enormen Entfernungen unausführbar sei. Doch sei zwischen dem Beginn der Mobilmachung und dem Anfang eines Krieges noch ein großer Schritt, der noch immer zu friedlichen Auseinandersetzungen benutzt werden könnte. Der General zog daraus den Schluß, daß man in Rußland aus Angst vor kommenden Ereignissen mobilisiert habe ohne aggressive Absichten und nun erschreckt sei darüber, was man angerichtet habe. Der Kaiser stimmte dieser Auffassung des Generals in einer Randbemerkung zu dessen Bericht durchaus zu[19].

Nach dem Frühstück bei Donon fuhr Sasonow zusammen mit Tatischtschew nach Peterhof zu der Audienz, die über Krieg und Frieden entscheiden sollte. Sasonow wurde zuerst allein empfangen, und der Zar fragte ihn, warum er mit Kriwoscheïn zusammen habe kommen wollen. Als Sasonow sagte, Kriwoscheïn hätte die innerpolitischen Gesichtspunkte besser zur Darstellung bringen können, meinte der Zar, er werde ihm ebenso glauben. Als der Zar weiter fragte, ob er etwas dagegen habe, wenn Tatischtschew bei seinem Vortrag zugegen sei, erklärte Sasonow, daß er sich hierüber nur freuen würde, doch gab er gleichzeitig dem Zweifel Ausdruck, ob der General noch nach Berlin zurückfahren könnte. Hierauf erwiderte der Zar, ob er glaube, daß es schon zu spät sei. Sasonow bejahte. Nachdem auch Tatischtschew eingetreten war, begann Sasonow mit seinem breit und vorsichtig angelegten Vortrag. Er berichtete zunächst, daß die Lage in den zwei Tagen, in denen er den Zaren nicht gesehen hätte, sich so zum Schlechteren verändert habe, daß keine Hoffnung mehr auf Erhaltung des Friedens bliebe. Alle ihre Vermittlungsvorschläge, auch die Vorschläge Greys, wären abgelehnt

worden, während es Deutschland hätte leicht fallen müssen, seinen Bundesgenossen zur Vernunft zu bringen. Nach Ansicht der beiden Generale Januschkewitsch und Suchomlinow sei die allgemeine Mobilmachung nicht mehr weiter aufzuschieben. Nach den militärischen Nachrichten sei die deutsche Mobilmachung, obgleich noch nicht offiziell erklärt, doch bereits erheblich fortgeschritten, da es die Vollkommenheit der deutschen Organisation gestatte, ohne Aufsehen einen beträchtlichen Teil der Mobilmachungsarbeiten zu erledigen und diese nach der eigentlichen Erklärung der Mobilmachung in kürzester Frist zu vollenden. Dieser ungeheure Vorteil könne nur durch rechtzeitiges Ergreifen entsprechender Mobilisierungsmaßnahmen von russischer Seite ausgeglichen werden. Obgleich an diesem Vortrag kaum ein wahres Wort war, gab der Zar zu diesen Ausführungen Sasonows durch Kopfnicken seine Zustimmung[20]. Weiter wies Sasonow auf die österreichische Mobilmachung hin und erklärte, Rußland dürfe nicht davor zurückschrecken, durch seine Vorbereitungen „den Krieg herauszufordern", denn es sei besser, wenn sich Rußland sofort sorgfältig mit diesen Vorbereitungen befasse, anstatt daß es sie aus Furcht, einen Vorwand zum Kriege zu geben, unterlasse und dann unvorbereitet von diesem überrascht würde. In dieser Lage bleibe dem Zaren nichts anderes übrig, als zur allgemeinen Mobilmachung zu schreiten. Auch hob Sasonow die vaterländische Begeisterung hervor, die sich sowohl der Öffentlichkeit wie der Armee bemächtigt habe, und wies auf die Gefahr hin, daß diese Begeisterung verpuffe, wenn man fortfahre, halbe ungeschickte Maßnahmen zu ergreifen. Mit großer Wärme und Bewegung führte Sasonow noch eine Reihe militärischer, politischer und sogar dynastischer Erwägungen ins Feld.

Der Zar, in die Enge getrieben, suchte jetzt nach allen nur möglichen Mitteln, um die herannahende Gefahr, die er klar erkannte, abzuwenden. In tiefer Erregung sagte er zu Sasonow: „Das heißt, Hunderttausende von Russen dem Tode weihen. Wie soll man vor einem solchen Entschluß nicht zurückschrecken?" Hierbei mag sich der Zar eines kurzen Briefes erinnert haben, der auf ihn einen starken Eindruck gemacht haben soll und der nur den einzigen Satz enthielt: „Fürchtet Gott! Eine Mutter." So mag er in diesem Augenblick an alle russischen Mütter gedacht haben und an ihre Söhne, deren Leben er vor Gott zu verantworten haben würde. Sasonow brachte nun seinerseits alle möglichen Gründe hervor, um dem Zaren klarzumachen, daß sein Gewissen rein sei und er weder vor Gott noch vor den kommenden Geschlechtern des russischen Volkes das Blutvergießen werde verantworten müssen, das dieser furchtbare Krieg mit sich bringen werde. Der Wille der Feinde, ihre Macht durch Unterjochung des natürlichen Bundesgenossen Rußlands auf dem Balkan und durch Vernichtung des historischen russischen Einflusses dort zu sichern, wäre gleichbedeutend damit, „Rußland einem elenden, von der Willkür der Zentralmächte abhängigen Dasein preiszugeben". —

Nachdem Sasonow mit seinen Worten zu Ende war und der Zar, der in seinem Innersten deutlich fühlte, daß von seiner Entscheidung das Schicksal Rußlands und des russischen Volkes abhing, eine Weile stumm geblieben war, unterbrach Tatischtschew das drückende Schweigen mit den Worten: „Ja, es ist schwer zu entscheiden." Die Worte rissen Nikolaus Romanow, der sich an seiner verwund-

barsten Stelle, mangelnder Entschlußkraft, getroffen fühlte, aus seinen finsteren Ahnungen wieder heraus. Jetzt war er gereizt. Scharf und ärgerlich erwiderte er: „Entscheiden werde ich", um auf diese Weise einer Einmischung des Generals in das Gespräch ein Ende zu machen. Schließlich gab der Zar zu, Sasonow habe ihn davon überzeugt, daß es unter den gegenwärtigen Umständen das Gefährlichste wäre, „sich nicht rechtzeitig auf den offensichtlich unvermeidbaren Krieg vorzubereiten". Er gab daher Sasonow jetzt den Auftrag, dem Generalstabschef seinen Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zu übermitteln. Der Entschluß, mehr psychologisch als sachlich zu erklären, war da. Rußlands und des Zaren tragisches Schicksal war damit besiegelt. —

Sasonow bat nun sogleich um den Befehl, die Allerhöchste Genehmigung für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung unverzüglich telephonisch dem Chef des Generalstabes zu übermitteln. Der Zar stimmte zu, und Sasonow eilte sofort die Treppe hinunter in die untere Etage des Palais zum Telephon, um Januschkewitsch die Entscheidung des Zaren mitzuteilen. Sasonow sagte hierbei zu Januschkewitsch, der die Nachricht mit Ungeduld erwartete, mit Bezug auf das Gespräch vom Vormittag: „Jetzt können Sie Ihr Telephon zerbrechen[21]."

Mit der erneuten Anordnung der allgemeinen Mobilmachung war natürlich die verheißungsvolle Mission des Generals Tatischtschew zu Ende. Wir wissen nicht, ob der Zar neben dem bereits erwähnten Brief an den Kaiser auch schon seine Gedanken für die „note explicative" zu Papier gebracht oder ob er hiermit schon vorher Sasonow beauftragt hatte. Wir wissen nur so viel, daß Tatischtschew die Absicht hatte, am Abend nach Berlin zurückzufahren, und erst am Bahnhof den Befehl erhielt, von seiner Rückreise Abstand zu nehmen*.

Die entscheidende Audienz Sasonows beim Zaren hatte eine Stunde in Anspruch genommen. Es war vier Uhr, als der Befehl des Zaren, der über die allgemeine Mobilmachung endgültig entschied, Januschkewitsch übermittelt wurde. Hierauf begab sich Sasonow zum Ministerrat ins Marienpalais**.

Unmittelbar nach dem Telephongespräch mit Sasonow bat Januschkewitsch den Chef der Mobilmachungsabteilung zu sich, weihte ihn in sein Gespräch mit Sasonow ein und erteilte Dobrorolski von neuem den Befehl, alle Anordnungen für die Absendung des Mobilmachungsbefehls zu treffen. Da das von den Ministern am 29. unterzeichnete, aber nicht abgesandte Telegramm für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung ungültig war, weil hier der 30. Juli als erster Mobilmachungstag angegeben war, während jetzt der 31. Juli als erster Mobilmachungstag zu gelten hatte, mußte ein neues Telegramm aufgesetzt werden, das ebenfalls von den drei Ministern zu unterzeichnen war. Um die Einholung dieser Unterschriften möglichst einfach zu gestalten, nahm Januschkewitsch Dobrorolski in seinem Wagen mit in den Ministerrat, der zur Zeit im Marienpalais tagte.

* Tatischtschew war der treueste der russischen Generale. Er wurde in Jekaterinburg bei der Ermordung des Zaren mit erschossen.

** Nach einer Mitteilung von Baron Schilling an den Verfasser hatte Sasonow in diesen entscheidenden Tagen auch eine Audienz bei der Zarin, ohne daß nähere Angaben hierüber vorliegen. Es ist vielleicht möglich, daß dieser Empfang im Anschluß an die Audienz beim Zaren stattgefunden hat. (Wegerer: „Der Beginn des Krieges 1914", S. VII.)

Hier verlas General Januschkewitsch das Mobilmachungstelegramm, das hierauf vom Kriegs-, Marine- und Innenminister unterzeichnet wurde[22].

Dobrorolski brachte jetzt, etwa gegen 5 Uhr nachmittags, das Telegramm erneut auf das Telegraphenamt, und es wiederholte sich derselbe Vorgang wie am Tage zuvor. Um 6 Uhr abends waren alle Apparate zur Aufnahme des Mobilmachungstelegramms bereit, und schon gegen 7 Uhr trafen die ersten Kontrollmeldungen ein. Damit hatte, wie Dobrorolski in seinen Memoiren schrieb, der Prolog des großen historischen Dramas begonnen.

Der ganze Nachteil für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung bestand in den Bezirken, in denen die Teilmobilmachung bereits angeordnet war, darin, daß diese Militärbezirke am 31. Juli nach ihrem Mobilmachungskalender noch einmal mit der Mobilmachung beginnen mußten. Diese Militärbezirke hatten somit zwei erste Mobilmachungstage. Irgendwelche Unordnungen erfolgten deswegen nicht, da die Mobilmachungstransporte erst am 2. Mobilmachungstag einsetzten.

Zehn Minuten bevor Dobrorolski mit dem Aufgeben des Mobilmachungstelegramms im Haupttelegraphenamt beschäftigt war, traf ein neues Telegramm Kaiser Wilhelms in Petersburg ein. Vielleicht mit Rücksicht auf die Inanspruchnahme des Haupttelegraphenamts beim Aufgeben der Mobilmachungstelegramme wurde das Telegramm des Kaisers mit einer Verzögerung von fast dreiviertel Stunden nach Peterhof weitergegeben, so daß es erst 6.30 Uhr abends im Schloß einlief. Vielleicht hat hier auch eine unsichtbar gebliebene Hand eingegriffen, um die erneute Rückgängigmachung des Befehls für die allgemeine Mobilmachung durch ein Telegramm des deutschen Kaisers zu verhindern.

Der Zar dürfte das Telegramm wohl kurz vor oder während des Empfangs des Generaladjutanten und Kommandanten seiner Jacht, Admiral K. D. Nilow, erhalten haben. Das Telegramm Kaiser Wilhelms war die Antwort auf die letzten beiden Telegramme des Zaren. In dem ersten Telegramm vom 29. hatte der Zar um Aufklärung gebeten wegen der Verschiedenheit der Mitteilung des Botschafters und der eigenen Mitteilung des Kaisers. In dem Telegramm vom 30. hatte der Zar die Abreise Tatischtschews angekündigt und die vor fünf Tagen beschlossene Anordnung der militärischen Maßnahmen gegen Österreich mitgeteilt. Kaiser Wilhelm brachte in seinem Telegramm zum Ausdruck, es sei unmöglich, daß die Sprache seines Botschafters mit dem Inhalt seines eigenen Telegramms im Widerspruch gestanden haben könnte. Pourtalès habe auf die ernsten Folgen einer Mobilmachung aufmerksam machen sollen, das gleiche habe er selbst in seinem Telegramm getan. Österreich habe nur gegen Serbien und nur einen Teil seiner Armee mobil gemacht. Wenn jetzt Rußland gegen Österreich mobil mache, würde seine Rolle als Vermittler, mit der ihn der Zar betraut habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Entscheidung und die Verantwortung für den Krieg oder Frieden ruhe jetzt auf seinen Schultern. Die Entscheidung aber war, wie wir gesehen haben, bereits gefallen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Telegramm, wenn es vor der Audienz Sasonows dem Zaren bekanntgeworden wäre, dazu geführt hätte, daß der Zar es zunächst bei der Anordnung der Teilmobilmachung gegen Österreich und der

Abreise Tatischtschews nach Berlin belassen hätte. Der verspätete Eingang dieses Telegramms muß daher den vielen Verhängnissen hinzugezählt werden, die den Ausbruch des Weltkrieges zur Folge gehabt, wenigstens den schnellen Ablauf der Ereignisse gefördert haben*.

Graf Pourtalès war im Laufe des Tages von dem Telegrammwechsel des Zaren mit Kaiser Wilhelm in Kenntnis gesetzt worden. Bei Übermittlung des Wortlauts des zweiten Telegramms, in dem der Zar um Aufklärung der Verschiedenheit zwischen der Sprache des Botschafters und dem Telegramm des Kaisers an den Zaren gebeten hatte, wurde Pourtalès vom Reichskanzler der Auftrag erteilt, durch eine sofortige Aussprache mit Sasonow den angeblichen Widerspruch aufzuklären. Auch wurde ihm hierbei mitgeteilt, daß der Gedanke der Haager Konferenz natürlich in diesem Falle ausgeschlossen sei. Weiter erhielt Pourtalès den Auftrag, Sasonow mitzuteilen, daß für eine weitere Vermittlung das einstweilige Unterbleiben jeder Feindseligkeit gegen Österreich von seiten Rußlands die Voraussetzung sei. Ferner wurde Pourtalès dahin unterrichtet, die Ablehnung Wiens, in Besprechungen einzutreten, müsse vor der letzten Demarche der Wilhelmstraße in Wien erfolgt sein[23].

Pourtalès suchte daraufhin Sasonow noch einmal gegen Abend auf, um ihm den Inhalt dieser Telegramme mitzuteilen. Dem Auftrag des Reichskanzlers, den angeblichen Widerspruch zwischen seiner Sprache und dem Telegramm des Kaisers aufzuklären, glaubte Graf Pourtalès nicht mehr entsprechen zu müssen, da er nach seiner Auffassung bereits in der Unterredung mit Sasonow in der vergangenen Nacht hierüber ausreichend gesprochen hatte. Der Widerspruch lag, wie wir uns erinnern müssen, darin, daß Pourtalès bei weiterem Fortschreiten der russischen Rüstungen, worunter Sasonow auch die Teilmobilmachung verstand, die deutsche Mobilmachung in Aussicht gestellt, während der Kaiser in seinem Telegramm an den Zaren mitgeteilt hatte, daß er seinen ganzen Einfluß aufbieten wolle, um Österreich zu einer Verständigung mit Rußland zu bringen[24].

Von der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung setzte Sasonow Pourtalès bei dieser Unterredung nicht in Kenntnis, weil er nicht wollte, daß dies jetzt schon Deutschland mitgeteilt würde und dadurch der Generalstab am Königsplatz alarmiert worden wäre. Dagegen erwähnte Sasonow, daß er vom Marineminister die offizielle Mitteilung erhalten habe, daß die deutsche Flotte in mobilisiertem Zustand vor Danzig liege. Rußland sehe sich daher genötigt, Gegenmaßregeln zu treffen. Pourtalès erklärte, daß ihm die Nachricht, die sich auch am nächsten Tage als falsch herausstellte, im höchsten Grade unwahrscheinlich sei und er sofort bei seiner Regierung anfragen werde, was an diesem Gerücht wahr sei[25]. Im übrigen führte das Gespräch zwischen Sasonow und Pourtalès keine Veränderung der gegenseitigen Standpunkte herbei. Sasonow sagte nur zu, daß Rußland sich einstweilen jeder Feindseligkeit gegen Österreich enthalten wolle, vorausgesetzt, daß es nicht von Österreich provoziert werde. Aus der Unterredung will Sasonow den Eindruck gewonnen haben, daß Deutsch-

* Die Behauptung Sasonows, Paléologues, Buchanans, Danilows, Recoulys und anderer, daß das Telegramm des Kaisers für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung entscheidend gewesen wäre, ist, chronologisch betrachtet, falsch; auch kann dieser Auffassung sachlich nicht zugestimmt werden. — D. Dok. Nr. 420. Russ. Dok. I 5 Nr. 299.

land in Wien entscheidende Worte nicht sprechen wollte; jedenfalls hat Sasonow sich Paléologue gegenüber in dieser Weise ausgesprochen[26].

Zwischen 6 und 7 Uhr suchte Paléologue Sasonow auf, um ihn von einem Telegramm Vivianis in Kenntnis zu setzen, das in der Botschaft am frühen Nachmittag eingegangen sein dürfte. Hiernach hatte Viviani den Eindruck gehabt, daß Sasonow die ihm von Paléologue gegebene Erklärung, Frankreich würde seine Bündnispflichten erfüllen, etwas zu weitherzig ausgelegt habe, und verwies daher den Botschafter auf seine Mitteilung vom 27., in der er Paléologue nur gesagt hatte, daß die Regierung der Republik nichts unterlassen wollte, um die Beilegung des Konflikts herbeizuführen und das Vorgehen der kaiserlichen Regierung im Interesse des allgemeinen Frieden zu unterstützen. Andererseits wiederholte er, daß Frankreich entschlossen sei, alle seine Bündnispflichten zu erfüllen. Im Anschluß hieran hatte Viviani nunmehr Paléologue mitgeteilt, daß er im Interesse des allgemeinen Friedens und in Anbetracht der Unterredungen zwischen den weniger beteiligten Mächten es für zweckmäßig halte, wenn Rußland bei seinen Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen keine unmittelbaren Verfügungen treffe, die Deutschland einen Vorwand zur „Gesamt- oder Teilmobilmachung" seiner Streitkräfte liefern könnten[27].

Zu dieser Warnung hatte sich Viviani durch nachfolgende, bereits erwähnte Mitteilung Sasonows, die wir zum Verständnis des folgenden hier wiederholen, veranlaßt gesehen: Deutschland hätte beschlossen, seine Streitkräfte mobil zu machen, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstellen würde. Rußland habe die Mobilmachung von 8 Korps gegen Österreich nur angeordnet, weil Österreich offenbar nicht gewillt sei, einer friedlichen Beilegung seines Streites mit Serbien zuzustimmen. Da Rußland Deutschlands Wunsch, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen, nicht erfüllen könne, müsse es seine Rüstungen beschleunigen und mit der Unvermeidlichkeit des Krieges rechnen. Gleichzeitig hatte Sasonow gebeten, der französischen Regierung den aufrichtigen Dank auszusprechen für die Erklärung Paléologues, daß Rußland in vollem Umfang auf die Bündnisunterstützung Frankreichs rechnen könnte[28].

Da Paléologue auf Grund des Telegramms Vivianis den richtigen Eindruck hatte, daß der Ministerpräsident glaube, er sei in seinen Erklärungen Sasonow gegenüber vielleicht etwas zu weit gegangen, rechtfertigte sich Paléologue gleich, indem er nach Paris drahtete, daß er Sasonow noch heute morgen eine entsprechende Mitteilung gemacht hätte[29].

Wir kommen nun wieder auf die Abendunterredung Paléologues mit Sasonow zurück. Paléologue richtete seinen Auftrag aus, worauf ihm Sasonow gesagt haben soll, er sei Frankreichs immer sicher gewesen. Wir sind auch über diese Unterredung, die sicherlich sehr eingehend und gründlich gewesen ist, nur unvollständig unterrichtet. Sasonow setzte den Botschafter von den Gesprächen mit Pourtalès und dem Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm in Kenntnis. Ferner erklärte Sasonow Paléologue, daß die russische Regierung in Anbetracht der beunruhigenden Nachrichten über Vorbereitungen der deutschen Armee und Flotte beschlossen habe, „insgeheim die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung vorzunehmen". Trotzdem wolle er seine Ver-

mittlungsbemühungen fortsetzen, und er wiederholte, er werde bis zum letzten Augenblick verhandeln[30]. Eine entsprechende Mitteilung Paléologues ging noch am gleichen Abend nach Paris.

Von der Weisung Vivianis an Paléologue, Rußland solle Deutschland keinen Vorwand für eine Gesamt- oder Teilmobilmachung geben, wurde Sasonow auch durch ein Telegramm Iswolskis unterrichtet. Das Telegramm wurde wahrscheinlich noch in der Nacht dem Zaren vorgelegt. Unter dem Datum des 31. Juli schrieb Nikolaus darauf die resignierten, aber vielsagenden Worte: Dieses Telegramm ist zu spät gekommen. — Damit wollte der Zar wohl dem Gedanken Ausdruck geben, daß er die Mobilmachung nicht angeordnet hätte, wenn er gewußt hätte, daß man selbst am Quai d'Orsay nicht dafür war, Maßnahmen zu treffen, die Deutschland zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung veranlassen konnten. So haben wir es wiederum mit einem Verhängnis zu tun[31].

Kapitel 40

Berlin zwischen Wien und Petersburg

Berlin, 29. Juli: Demarche Szögyénys — Vorausschauende Denkschrift des Generals von Moltke — Deutscher Schritt in Petersburg und Paris — Versuchte Einwirkung auf Petersburg — Verstärkter deutscher Druck auf Wien — Besprechungen in Potsdam — Moltke, Falkenhayn und Jagow beim Kanzler — Bethmann spricht mit Goschen über Österreichs Haltung — Erregte Aussprache Jagows mit Swerbejew — Goschen bei Jagow — Jules Cambon — Bethmanns Neutralitätsangebot an England — Lerchenfeld — Goldstandard Deutschlands — Militärische Maßnahmen — Die Sommation an Belgien.

War der 29. Juli in St. Petersburg ein Tag der Schwankungen, ob nur die Teilmobilmachung gegen Österreich oder schon die allgemeine Mobilmachung erfolgen sollte, so charakterisiert sich der gleiche Tag in Berlin als ein Tag der verzweifeltsten Anstrengungen, Wien zum Einlenken zu bringen und Rußland von übereilten Schritten abzuhalten. Die Frage der Mobilmachung wurde in Deutschland noch nicht erwogen, nur der Kriegsminister versuchte, die Anordnung des „Zustandes der drohenden Kriegsgefahr" zu erreichen, jedoch ohne mit seiner Forderung durchzudringen. Während in Petersburg die militärischen Gewalten ihren Einfluß voll zur Geltung bringen konnten, behielt in Berlin die Diplomatie die Oberhand.

Bei der k. u. k. Botschaft in Berlin waren am Abend und in der Nacht zwei Depeschen Berchtolds eingegangen, von denen die eine Italien, die andere Rußland betraf[1]. Die letztere, sehr wichtige Mitteilung sollte der Botschafter sofort dem Kanzler oder Staatssekretär zur Kenntnis bringen. So ging Szögyény gleich am frühen Morgen des 29. Juli in die Wilhelmstraße, wo er jedoch nur den Unterstaatssekretär Zimmermann antraf.

Szögyény brachte zunächst Berchtolds Ansichten über die Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages zur Sprache und teilte mit, daß der Botschafter von Mérey angewiesen sei, San Giuliano zu erklären, die Wiener Regierung sei bereit, mit Italien in einen Meinungsaustausch über Kompensationen einzutreten, falls Österreich zu einer Besetzung serbischen Gebiets schreiten würde, die nicht als nur vorübergehend anzusehen sei.

Zimmermann war mit dieser Erklärung einverstanden und glaubte, daß die italienische Regierung sich hiermit auch zufrieden geben würde. Berchtold hatte sich, wie er Szögyény vertraulich mitgeteilt hatte, zu diesem Entgegenkommen entschlossen, weil es sich gegenwärtig um ein „großes Spiel" handle, das ohne ein festes Zusammenhalten der Dreibundmächte nicht durchführbar wäre*.

* Oe. Dok. Nr. 10909 S. 847. Eine entsprechende Mitteilung Tschirschkys war nachts in der Wilhelmstraße eingegangen. (D. Dok. Nr. 328.) — Lichnowsky teilte aus London mit, auch Sir William Tyrrell sei der Meinung, daß Italien sich aus dem Krieg heraushalten werde, und in englischen Journalistenkreisen rechne man mit einer Verständigung zwischen Rom und London (D. Dok. Nr. 355 u. 362).

Hierauf übermittelte Szögyény dem Unterstaatssekretär den uns bereits bekannten Vorschlag Berchtolds, einen Druck auf Petersburg auszuüben, um eine Mobilmachung gegen Österreich zu verhindern. Conrad halte es infolge der aus Rußland vorliegenden Meldungen über umfangreiche militärische Rüstungen für unbedingt notwendig, sofort Klarheit darüber zu gewinnen, ob Österreich mit starken Kräften gegen Serbien marschieren könne oder die Hauptmacht gegen Rußland einsetzen müsse. Von der Entscheidung dieser Frage hänge die ganze Anlage des Feldzuges gegen Serbien ab. Berchtold mache daher dem Berliner Kabinett den dringenden Vorschlag, Rußland in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam zu machen, daß die Mobilmachung der Militärbezirke Petersburg, Kiew, Warschau, Moskau und Odessa einer Bedrohung Österreich-Ungarns gleichkomme und daher sowohl von Österreich als von Deutschland mit den weitgehendsten militärischen Gegenmaßregeln beantwortet werden müßte. Berchtold sei der Ansicht, daß eine deutliche Sprache in diesem Augenblick das wirksamste Mittel wäre, um Rußland die ganze Tragweite seines Verhaltens zum Bewußtsein zu bringen. Um Rußland ein eventuelles Einlenken zu erleichtern, sollte ein derartiger Schritt zunächst am besten von Deutschland allein unternommen werden, obwohl Österreich natürlich auch bereit sei, den Schritt mitzumachen. Ferner könne vielleicht versucht werden, Rumänien zu veranlassen, in gleicher Weise einen Druck auf Rußland auszuüben[2].

Zimmermann konnte auf diese Anregung, die von grundlegender Bedeutung war, natürlich eine entscheidende Antwort von sich aus nicht geben und bat daher den Botschafter, die Mitteilung Berchtolds dem Auswärtigen Amt in einem Memorandum vorzulegen. Soweit Rumänien in Frage kam, gab Zimmermann seiner Meinung Ausdruck, daß König Carol auf den Wunsch Wiens wohl kaum eingehen könne. Zwar werde der König, wie man aus Bukarest erfahren habe, nicht gegen den Dreibund Stellung nehmen, doch habe König Carol dem österreichisch-ungarischen Gesandten mit Tränen in den Augen erklärt, er sei wegen der Stimmung in seinem Lande nicht imstande, „seinen Bündnispflichten im Konfliktsfalle mit Rußland gerecht zu werden[3]".

Um die nun folgenden Schritte des Reichskanzlers in Paris und Petersburg am 29. zu verstehen, ist es notwendig, sich ein Bild davon zu machen, wie die Lage beim Generalstab am Königsplatz beurteilt und der Wilhelmstraße auch mitgeteilt worden ist. Am klarsten tritt uns die Auffassung des Generalstabschefs über die militärpolitische Lage in seiner am 28. verfaßten Denkschrift entgegen, die dem Kaiser sofort, dem Auswärtigen Amt am 29. zugegangen war[4].

Nach einigen Worten über die Langmut Österreichs und die auf die Zersetzung der Doppelmonarchie gerichtete Wühlarbeit Serbiens, „das vom Königsmord im eigenen zum Fürstenmord im Nachbarlande geschritten" sei, beurteilte Moltke die militärische Lage folgendermaßen: Während Österreich nur 8 Armeekorps mobilisiert habe, die gerade ausreichten, um seine „Strafexpedition" durchführen zu können, habe Rußland alle Vorbereitungen getroffen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau (Kasan war hier nicht genannt) in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und es treffe ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch der deutschen Grenze gegenüber und an der Ostsee.

Die Mobilmachung der genannten Bezirke werde erfolgen, sobald Österreich in Serbien einrücke. Dies war also beim Generalstab klar erkannt worden. Hieraus folgerte Moltke weiter, daß Österreich „den Krieg gegen Serbien" nicht durchführen könne, ohne sich gleichzeitig gegen das Eingreifen einer starken russischen Überlegenheit zu sichern. Es wäre also gezwungen, auch die andere Hälfte seines Heeres mobil zu machen, da es sich unmöglich auf Gnade und Ungnade einem kriegsbereiten Rußland ausliefern könne. In dem Augenblick, wo Österreich sein ganzes Heer mobil mache, würde aber der „Zusammenstoß" mit Rußland unvermeidlich werden, und hieraus ergebe sich für Deutschland der casus foederis. Deutschland müsse dann, um nicht wortbrüchig zu werden und um seinen Bundesgenossen vor der Vernichtung durch die russische Übermacht zu schützen, seinerseits mobil machen. Das würde dann die Mobilisierung der übrigen Militärbezirke Rußlands zur Folge haben. Rußland würde dann sagen können, es werde von Deutschland angegriffen, wodurch es sich die vertragliche Unterstützung Frankreichs sichern würde.

Kurz zusammengedrängt stellte sich Moltke die Entwicklung wie folgt vor: 1. Teilmobilmachung Rußlands. 2. Allgemeine Mobilmachung Österreichs. 3. Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland. 4. Bündnisfall für Deutschland. Allgemeine Mobilmachung Deutschlands. 5. Hierauf allgemeine Mobilmachung Rußlands. 6. Bündnisfall für Frankreich. Allgemeine Mobilmachung Frankreichs.

Es ist wichtig, sich diese Gedankengänge einzuprägen, weil sie den Schlüssel für eine richtige Beurteilung der Haltung des Generalstabschefs gegenüber Österreich am 30. und 31. Juli geben. Die Überlegungen Moltkes zeigen auch, daß der Generalstab damit rechnete, Rußland würde nicht vor Österreich und Deutschland seine allgemeine Mobilmachung anordnen.

Die ganze Sache, führte Moltke weiter aus, sei von Rußland geschickt inszeniert, da es unter fortwährenden Versicherungen, noch nicht mobil zu machen, sich doch so weit kriegsbereit mache, daß es nach Ausspruch der Mobilmachung in „wenigen Tagen" zum Vormarsch fertig sein könne. Wenn auch Rußland versichere, gegen Deutschland nichts unternehmen zu wollen, wisse es doch ganz genau, daß Deutschland dem kriegerischen „Zusammenstoß" zwischen Österreich und Rußland nicht untätig zusehen könne. Doch wolle, wie es in der Denkschrift dann weiter heißt, Deutschland „diesen schrecklichen Krieg" nicht herbeiführen; wenn der „Zusammenstoß" zwischen Österreich und Rußland aber „unvermeidlich" sei, werde es mobil machen und bereit sein, den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen. Zum Schluß hob der Generalstabschef noch einmal hervor, von wie großer Wichtigkeit es sei, Klarheit darüber zu erhalten, ob Rußland und Frankreich es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen lassen wollten.

Die Beurteilung der politischen Lage durch den Generalstabschef zeigte scharfes logisches Vorausdenken. Wenn sich die Entwicklung später nicht ganz in der gedachten Weise abspielte, da Rußland den Zusammenstoß mit Österreich und die allgemeine Mobilmachung Deutschlands nicht erst abwartete, sondern gleich seine ganzen Kräfte mobilisierte, so zeigt dies nur, daß die Politik ebenso wie die Kriegführung mit Überraschungen rechnen muß, die sich nicht immer voraussehen lassen.

Am gleichen Tage sprach sich General von Moltke den Militärbevollmächtigten der größeren deutschen Bundesstaaten gegenüber für den Krieg und für eine Ausnutzung der günstigen Lage aus, da Rußland und Frankreich noch nicht vorbereitet seien. Den Mitteilungen lag der jedem militärischen Führer geläufige Gesichtspunkt zugrunde, für den Fall, daß es zum Kriege kommen sollte, Selbstvertrauen zu zeigen, um etwa mangelnde Zuversicht im Keim zu ersticken. Mit einer Präjudizierung des Entschlusses zum Kriege hatte dies aber nichts zu tun.

Abgesehen von dem Memorandum Moltkes war das Auswärtige Amt von den beim Großen Generalstab eingelaufenen Nachrichten über die Vorgänge bei den anderen Armeen durch zusammenfassende Berichte in Kenntnis gesetzt, die seit dem 27. Juli nachmittags der Wilhelmstraße zugeleitet wurden. Nach den bis zum 28. vorliegenden Mitteilungen wurde angenommen, daß die „Kriegsvorbereitungsperiode" in Rußland wahrscheinlich für das ganze Reich ausgesprochen und auch der Grenzschutz bereits aufgestellt worden sei[5].

Im Laufe des 29. eingehende Meldungen ließen erkennen, daß in Frankreich eine erhöhte Tätigkeit im Grenzgebiet stattfand, die auf eine Einleitung der Mobilmachung schließen ließ. Hierdurch beunruhigt, suchte der Kriegsminister von Falkenhayn in Begleitung Moltkes am Vormittag den Kanzler auf, und der Kriegsminister versuchte, die Erklärung des „Zustandes der drohenden Kriegsgefahr", einer Art Vorbereitung der Mobilmachung ähnlich der russischen „Kriegsvorbereitungsperiode", durchzusetzen. Falkenhayn war in Sorge, daß Deutschland ruhig dasäße, während in Frankreich die Mobilmachung eingeleitet würde und auch die englische Flotte mobilisiert worden sei. Bethmann Hollweg hielt jedoch die Erklärung des „Zustands drohender Kriegsgefahr" noch für verfrüht[6].

Die Mitteilungen Falkenhayns und Moltkes über die militärischen Vorbereitungen Rußlands an der deutschen Grenze (Kriegsvorbereitungsperiode) sowie der von Szögyény vorgetragene Wunsch Berchtolds, Rußland durch eine erneute Demarche von der drohenden Teilmobilmachung abzuhalten, veranlaßten den Reichskanzler, den Grafen Pourtalès zu ersuchen, bei Sasonow vorstellig zu werden, daß ein „weiteres Fortschreiten russischer Mobilisierungsmaßnahmen" Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde und daß dann der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sei[7]. Auf die Auslegung dieser Demarche des deutschen Botschafters durch Sasonow haben wir schon in dem Kapitel über Rußland hingewiesen. Es liegt natürlich eine besondere Tragik darin, daß Deutschland durch diese Warnung Rußland von nicht wiedergutzumachenden Schritten abhalten wollte, während es damit das Gegenteil erreichte und Rußland zur schleunigen Anordnung seiner allgemeinen Mobilmachung veranlaßte.

Nachdem Szögyény dem Auswärtigen Amt das gewünschte Memorandum vorgelegt hatte, wurde ihm mitgeteilt, die deutsche Regierung habe bereits am 26. in Petersburg erklären lassen, daß die russische Mobilisierung die deutsche Mobilmachung nach sich ziehen würde. Daraufhin sei die Berchtold bereits bekannte Mitteilung erfolgt, daß russischerseits noch keine Mobilmachung vorgenommen worden sei, es wären nur gewisse notwendige militärische Vorsorgen getroffen worden. Man habe aber heute nach Petersburg telegraphiert, daß auch die Fortsetzung „jetziger militärischer Rüstungen" Deutschland zur Mobilmachung ver-

anlassen „könnte". Auch Szögyény gegenüber hatte man somit nicht unterschieden, ob unter der Fortsetzung der russischen Rüstungen, die Deutschland zur Mobilmachung veranlassen könnten, die Teilmobilmachung gegen Österreich, die Vorbereitungen an der deutschen Grenze oder beides gemeint war.

Um auch Paris den Ernst der Lage vor Augen zu führen, wurde Schoen aufgetragen, die französische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß französische Kriegsvorbereitungen Deutschland zu „Schutzmaßregeln" zwingen würden. Deutschland müßte „Kriegsgefahr" proklamieren, was zwar noch nicht die Mobilmachung und keine Einberufung von Reserven bedeute, aber immerhin die Spannung erhöhen würde. Deutschland hoffe fortgesetzt auf Erhaltung des Friedens[8]. Es war schade, daß die Wilhelmstraße Pourtalès gegenüber nicht ebenso klar mitgeteilt hat, daß man der russischen Kriegsvorbereitungsperiode zunächst nur den „Zustand drohender Kriegsgefahr" gegenüberstellen wollte.

Am Abend traf die Mitteilung Schoens über seine Demarche bei Viviani wegen der Rüstungen ein. Der französische Außenminister hatte militärische Vorsichtsmaßregeln nicht in Abrede gestellt, doch ihren geringen Umfang und ihre diskrete Ausführung hervorgehoben. Das beste Mittel, eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung zu vermeiden, sehe Viviani in einer möglichst beschleunigten Betreibung der Vermittlungsaktion. Hierzu bemerkte der Kaiser bei Vorlage des Telegramms, „wenn er doch Wien zum Antworten bringen wollte"[9]. Man sieht daraus, wie sehr auch der Kaiser auf ein Einlenken Österreichs wartete. —

Gegen 11 Uhr abends traf die Antwort von Pourtalès auf die entsprechende Demarche bei Sasonow in der Wilhelmstraße ein. Die Mitteilung sei von Sasonow sehr erregt entgegengenommen worden, und der Minister habe nur gesagt, er werde dem Zaren hierüber Meldung erstatten. Weiter teilte Pourtalès mit, wie er von Szápáry erfahren hätte, würde mit der bevorstehenden Mobilmachung gegen Österreich eine „note explicative" veröffentlicht, wonach die Mobilmachung nicht als Absicht Rußlands aufzufassen sei, Krieg zu führen, sondern nur den Zustand einer „bewaffneten Neutralität" herbeiführen solle. Wir haben schon im vorigen Kapitel gesehen, daß die „note explicative" später unterblieb.

Die Demarchen in Paris und Petersburg waren das Vorspiel zu späteren Ultimaten und schließlich zu den Kriegserklärungen. Sie zeigen, welche große Bedeutung Deutschland infolge seiner Mittellage zwischen den beiden verbündeten Mächten von Anfang an den Rüstungsmaßnahmen Rußlands und Frankreichs beimessen mußte.

Der Kanzler beschränkte sich jedoch nicht darauf, Rußland und Frankreich vor weiteren Rüstungen zu warnen, sondern er entschloß sich auch zu sehr ernsten Mahnungen nach Wien. Bereits am vorhergehenden Tage war von Lichnowsky, wie wir schon wissen, ein recht beunruhigendes Telegramm eingegangen, wonach Mensdorff sowie die übrigen Mitglieder der österreichischen Botschaft in London nicht das geringste Hehl daraus gemacht hätten, daß es Österreich lediglich auf Niederwerfung Serbiens ankomme, und daher auch die Note an Serbien so abgefaßt worden sei, daß sie abgelehnt werden mußte. Auf die Nachricht von der Annahme der Note sei man geradezu niedergeschmettert gewesen. Auch hätten die Herren der österreichischen Botschaft erzählt, man beab-

sichtige, Teile von Serbien an Bulgarien und vermutlich auch an Albanien zu verschenken. Ob derartige Äußerungen noch anderen gegenüber getan worden seien, wisse er nicht. Hieran schloß sich noch eine bissige Bemerkung über die „mangelhafte Vigilanz des polnischen Schwätzers Biliński[10]".

Der wesentlichste Teil des Telegramms Lichnowskys wurde nun am 29. mit sehr deutlich gehaltenen Bemerkungen an Tschirschky weitergeleitet. Der Reichskanzler bezeichnete hier diese Äußerungen als Reflexe neuerer Wünsche und Aspirationen der Österreicher und erklärte, er betrachte das ungleichartige Vorgehen Wiens bei den verschiedenen Regierungen mit wachsendem Befremden. In Petersburg erkläre Österreich territoriales Desinteressement, Berlin lasse es ganz im unklaren über sein Programm, Rom speise es mit nichtssagenden Redensarten über die Kompensationsfrage ab, und in London verschenke Graf Mensdorff Teile Serbiens an Bulgarien und Albanien, wodurch Wien sich in Gegensatz setze zu den feierlichen Erklärungen in Petersburg. Aus diesen Widersprüchen müsse er den Schluß ziehen, daß die Desavouierung des Grafen Hoyos über die weitgehenden Ziele Wiens anläßlich seines Besuches in Berlin Anfang Juli nur für die Galerie bestimmt gewesen sei, und daß sich die Wiener Regierung mit Plänen trage, deren Geheimhaltung vor Deutschland sie für angezeigt halte, um sich auf alle Fälle der deutschen Unterstützung zu versichern und nicht durch eine offene Bekanntgabe sich einem etwaigen Refus auszusetzen. Tschirschky solle Berchtold noch einmal darauf hinweisen, daß es sich empfehlen würde, einem Mißtrauen gegen seine Erklärungen über die Integrität Serbiens vorzubeugen, und ihm auch mitteilen, daß die Instruktion an Mérey über die Kompensationsfrage Italien kaum befriedigen könne[11]. So zeigte sich deutlich die Verärgerung Bethmann Hollwegs gegenüber der Haltung des Bundesgenossen.

Inzwischen war auch eine Mitteilung Tschirschkys über die Unterredung Berchtolds mit Schebeko wegen der von Sasonow gewünschten direkten Aussprache mit Wien über die Note eingegangen. Der russische Botschafter sei kreideweiß gewesen und hätte davon geredet, daß sich wohl noch ein Modus finden ließe, um Österreich und Serbien zu befriedigen. Berchtold habe ihn jedoch auf die Stimmung in Wien und in der Monarchie aufmerksam gemacht, wonach ein weiteres Paktieren mit Serbien unmöglich sei[12].

Da auf den deutschen Vorschlag, Wien solle sich mit einer vorübergehenden Besetzung Belgrads begnügen, im Laufe des 29. noch immer keine Antwort eingegangen war, wurde die Botschaft in Wien in zwei ganz kurzen Telegrammen erneut ersucht mitzuteilen, ob das Telegramm angekommen sei und ob es seine Erledigung gefunden habe[13].

Am Nachmittag war ein weiteres Telegramm Lichnowskys eingegangen, in dem der Botschafter über eine Unterredung berichtete, die er am Vormittag mit Grey gehabt hatte, der die Lage überaus ernst beurteile. Sir Edward habe es sehr unangenehm berührt, daß Österreich den Vorschlag Sasonows, mit Szápáry in Besprechungen über den serbisch-österreichischen Streit einzutreten, unbedingt abgelehnt habe. Grey halte den direkten Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg für den gangbarsten Weg, er frage sich aber, was geschehen solle, wenn diese Besprechungen zusammenbrechen würden. Seinen Konferenzvor-

schlag habe man in Berlin abgelehnt, aber da Deutschland die Vermittlung zu vieren angenommen habe, wäre er froh, wenn ihm irgendein Vorschlag gemacht würde. Er begreife vollkommen, daß Österreich nicht gedemütigt werden dürfe, aber er hoffe, daß sich ein Ausweg finden lasse, um Österreich volle Genugtuung zu geben, ohne Rußland zuzumuten, daß es zusehen solle, bis Österreich „an das äußerste Ende seiner kriegerischen Unternehmungen gelangt sei". Das sei gleichbedeutend mit einer Demütigung Rußlands. Auch regte Grey an, ob es nicht möglich sei, über die Ausdehnung der militärischen Operationen Österreichs und über die Forderungen der Monarchie eine Verständigung herbeizuführen.

Lichnowsky hatte aus der Unterredung mit Grey den Eindruck gewonnen, man sei in London fest davon überzeugt, daß der Weltkrieg unvermeidlich wäre, wenn Österreich nicht bereit sei, die serbische Frage zu erörtern. Der Botschafter hatte Grey erneut gebeten, die allgemeine Mobilmachung in Rußland zu verhindern, was Grey mit den Worten abtat, er werde dafür sorgen, daß die Köpfe möglichst kühl blieben. Gleichzeitig hatte Grey Lichnowsky von der in Rom abgegebenen Erklärung des serbischen Geschäftsträgers Mitteilung gemacht, daß Serbien unter gewissen Voraussetzungen bereit sei, auch die Artikel 5 und 6 der österreichischen Note zu „schlucken"[14].

Mit dem Hinzufügen, daß Berlin ein derartiges Nachgeben Serbiens auf Grund einer Besetzung serbischen Gebiets als Faustpfand als geeignete Grundlage für Verhandlungen ansehen würde, wurde auch dieses Telegramm im Auszug nach Wien weitergegeben. Außerdem wurde die in Rom abgegebene Meinungsäußerung des serbischen Geschäftsträgers, Serbien würde in den beiden Punkten, die es nicht angenommen habe, nachgeben, von der Wilhelmstraße noch am späten Abend Szögyény übermittelt. Der Botschafter gab die Nachricht noch in der Nacht an Berchtold weiter, wobei er die Mitteilung so hinstellte, als ob die serbische Regierung in London und Rom eine derartige Erklärung abgegeben habe, während es sich doch vielleicht nur um die persönliche Auffassung des serbischen Geschäftsträgers gehandelt hat[15]. Auch über den Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und dem Kaiser wurde Tschirschky durch wörtliche Weitergabe der Telegramme unterrichtet. Ferner wurde nach Wien die Mitteilung von der Mobilmachung der vier Militärbezirke Kiew, Moskau, Odessa und Kasan weitergegeben. Man habe in Petersburg auf die Gefahr einer russischen Mobilisation gegen Österreich aufmerksam gemacht, doch habe sich Rußland beschwert, daß weder die Unterhaltungen durch Schebeko noch durch Szápáry einen Fortgang genommen hätten, und Deutschland müsse dringend wünschen, daß Wien die Besprechungen über den Faustpfandvorschlag beginne und fortsetze.

Abends lag ein zweites Telegramm Lichnowskys vor, in dem der Botschafter über eine erneute Unterredung mit Grey berichtete. Sasonow habe mitgeteilt, daß er nach der Kriegserklärung nicht mehr in der Lage sei, mit Österreich direkt zu unterhandeln, und daher London bitte, die Vermittlung wieder aufzunehmen. Als Voraussetzung hierfür betrachte die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten. Grey wäre auf seinen Vorschlag einer Vermittlung

zu vieren zurückgekommen, den Deutschland bereits grundsätzlich angenommen hätte, und zwar schiene ihm eine geeignete Grundlage hierfür, „daß Österreich etwa nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe". Wenn der Reichskanzler jedoch die Vermittlung im Sinne seines vorhergehenden Telegramms in Aussicht stellen könne, so wäre ihm das auch recht. Jedenfalls sei eine Vermittlung dringend geboten, um die europäische Katastrophe zu vermeiden. Weiter hatte Grey Lichnowsky mitgeteilt, solange der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränkt bleibe, könne England abseits stehen bleiben, wenn Deutschland und Frankreich aber hineingezogen würden, sehe sich die britische Regierung unter Umständen zu schnellen Entschlüssen gedrängt[16].

Diese sehr aufschlußreiche Mitteilung Lichnowskys wurde ebenfalls noch im Laufe der Nacht in extenso nach Wien, und zwar mit folgendem Kommentar weitergegeben[17]:

> „Wir stehen somit, falls Oesterreich jede Vermittelung ablehnt, vor einer Conflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir 2 gegen 4 Großmächte ständen. Deutschland fiele durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Oesterreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittelung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich und uns eine ungemein schwere."

Aber auch Mitteilungen, die aus Petersburg einliefen, wurden an Tschirschky weitergegeben, um Wien den ganzen Ernst der Lage vor Augen zu führen. So wurde Tschirschky noch in der Nacht zum 30. davon unterrichtet, Rußland habe sich darüber beschwert, daß das Wiener Kabinett den Wunsch Petersburgs, in direkte Besprechungen einzutreten, kategorisch abgelehnt habe. Diese Meldung des Grafen Pourtalès stehe nicht im Einklang mit der Darstellung, die er, Tschirschky, von dem Verlauf der Unterredung Berchtolds mit dem russischen Botschafter gegeben habe. Berlin bitte, dieses anscheinend vorliegende Mißverständnis aufzuklären. Wenn man auch Österreich-Ungarn nicht zumuten könne, mit Serbien, mit dem es sich im Kriege befinde, zu verhandeln, so würde die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit Petersburg doch ein schwerer Fehler sein, da er ein kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziere. Hieran schlossen sich die mahnenden Worte: „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen[18]."

Im Hinblick auf die Mitteilungen aus Wien und Rom über die Kompensationsfrage hielt es der Kanzler für richtig, auch deswegen in Wien vorstellig zu werden. Die Erklärung Wiens, daß es im Falle dauernder Besetzung serbischer Gebietsteile sich mit Italien ins Benehmen setzen werde, stehe im Gegensatz zu seiner in Petersburg bezüglich des territorialen Desinteressements abgegebenen Versiche-

rung. Die in Rom abgegebenen Erklärungen würden außerdem mit Sicherheit in Petersburg bekannt. Eine „Politik mit doppeltem Boden" könne Deutschland als Bundesgenosse aber nicht unterstützen. Der Kanzler teilte diesen Gedanken auch Jagow mit dem Bemerken mit, wenn das nicht geschehe, könne man in Petersburg nicht weiter vermitteln und „gerate gänzlich ins Schlepptau Wiens". Das wolle er nicht, selbst auf die Gefahr hin, des Flaumachens beschuldigt zu werden. Falls der Staatssekretär keine Bedenken dagegen habe, bitte er ein derartiges Telegramm nach Wien schleunigst vorzulegen.

Ein besonderes Telegramm wurde von Jagow zwar nicht vorgelegt, doch wurde in der vorstehend erwähnten Mitteilung an den Botschafter in Wien hinzugefügt, daß auch in der italienischen Frage Wien die deutschen Ratschläge zu mißachten scheine. Das Telegramm schloß mit dem Hinweis, Tschirschky solle sich Berchtold gegenüber sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen[19].

Die Bedenken des Kanzlers, daß die Kompensationsverhandlungen zwischen Wien und Rom durch Indiskretion nach Petersburg gelangen und dort dazu führen könnten, daß man der territorialen Desinteressementserklärung Österreichs nicht mehr recht traue, waren sicherlich begründet. Ja es erscheint nicht ausgeschlossen, daß derartige Mitteilungen bereits an Sasonow gelangt waren, womit man sich die auffallende Gleichgültigkeit erklären könnte, die Sasonow der territorialen Desinteressementserklärung von deutscher und österreichischer Seite entgegenbrachte, von der Bethmann Hollweg sich so viel versprach.

Daß Jagow dem Wunsche des Kanzlers, jetzt eine entsprechende Mitteilung nach Wien gelangen zu lassen, nur unvollkommen entsprach, mag seinen Grund darin gehabt haben, daß sich Jagow für die Kompensationsfrage immer besonders eingesetzt hatte und durch ein derartiges Telegramm sich gleichsam selbst hätte desavouieren müssen.

Pourtalès wurde auch mitgeteilt, daß man in Wien darauf hinwirke, die österreichisch-ungarische Regierung solle noch einmal Rußland formell erklären, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien fernlägen und ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung bezweckten. Als ein Verkennen der Lage muß es aber bezeichnet werden, wenn der Kanzler hinzufügte, falls Österreich eine derartige Erklärung abgebe, habe Rußland alles erreicht, was es wolle, denn daß Serbien die verdiente Lektion erhalten müßte, habe Sasonow selbst zugegeben. Daß der Kanzler in Wien auch dahingehend einzuwirken versuchte, Wien möchte die Note als eine Grundlage für Verhandlungen betrachten, hatte Bethmann Hollweg Pourtalès jedoch nicht mitgeteilt. Wahrscheinlich wäre dies aber das einzige gewesen, was ein Zurückstellen der Mobilmachung gegen Österreich vielleicht noch hätte erreichen können.

Pourtalès wurde ferner über den Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren unterrichtet und gebeten, den angeblichen Widerspruch zwischen seiner Sprache und dem Telegramm des Kaisers aufzuklären. Das Telegramm erreichte Pourtalès, wie wir wissen, erst am 30. mittags. Ferner gingen noch zwei weitere kurze Telegramme nach Petersburg ab, in denen Graf Pourtalès mitgeteilt wurde, daß Berlin weiter vermitteln würde[20].

Kaiser Wilhelm beschäftigte am 29. Juli vor allem die Haltung des Zaren und

Englands. Frankreich spielte nur eine nebensächliche Rolle. Schon am frühen Morgen war dem Kaiser das in der Nacht vom Zaren aufgegebene erste Telegramm vorgelegt worden, in dem Nikolaus die von ihm geteilte Entrüstung Rußlands über den „unwürdigen" Krieg zum Ausdruck brachte, der an ein „schwaches" Land erklärt worden sei. Er sehe voraus, daß er bald gezwungen sein werde, Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen würden. Um ein solches Unheil zu verhüten, bitte er den Kaiser im Namen der alten Freundschaft, alles zu tun, um seinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen. Der Kaiser versah dieses Telegramm mit eingehenden Marginalien, die zeigten, daß er das Telegramm des Zaren mit großer Skepsis aufnahm und der Auffassung war, es sei im Falle österreichischer Erfolge immer noch Zeit zum Verhandeln und Mobilmachen. In den Randbemerkungen kam auch sein Ärger über antimilitaristische Umtriebe der Sozialdemokraten zum Ausdruck, die sich in dieser Zeit höchster Gefahr bemerkbar machten, die aber jetzt auf keinen Fall geduldet werden dürften. Im Wiederholungsfalle werde er den Belagerungszustand proklamieren und die Führer „samt und sonders tutti quanti einsperren lassen[21]".

Über die Auffassungen am Petersburger Hof war der Kaiser auch durch den Bericht von Chelius unterrichtet worden. Nach Ansicht des Fürsten Trubetzkoy wolle Serbien den Streit einem Schiedsspruch unterbreiten. Dies sei loyal, und Österreich würde durch Nichtanerkennung dieser Haltung Serbiens eine schwere Verantwortung auf sich nehmen. Chelius, heißt es in dem Bericht weiter, habe darauf erwidert, die Verantwortung fiele auf Rußland, welches doch außerhalb des Konflikts stände, was der Kaiser „richtig" fand. Doch traf dies praktisch nicht zu und zeigt nur, daß man die Verbundenheit Rußlands mit Serbien immer noch zu gering einschätzte. Die strittigen Punkte durch den Spruch des Haager Schiedsgerichts entscheiden zu lassen, bezeichnete der Kaiser rundweg als „Blödsinn". Zu der Meinungsäußerung Trubetzkoys, es wäre gut, wenn sich die beiden Monarchen telegraphisch verständigten, bemerkte der Kaiser, ob der erfolgte Meinungsaustausch zu einer Verständigung führe, sei zweifelhaft[22].

Am Nachmittag des 29. Juli fanden beim Kaiser, der sich noch im Neuen Palais in Potsdam befand, Vorträge militärischer und politischer Persönlichkeiten statt, wobei zeitweilig auch einmal mehrere Herren zusammen zum Vortrag anwesend waren. Es ist notwendig, dies zu erwähnen, weil auch aus diesen Besprechungen die Legende einen „Kronrat" zu machen versucht hat[23]. Es wurden hierbei der Reichskanzler, der Kriegsminister, der Chef des Generalstabes, der Chef des Militärkabinetts, General von Lyncker, und der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, der Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, und der Chef des Admiralstabes der Marine, Admiral von Pohl, empfangen. Der Staatssekretär von Jagow war bei diesen Vorträgen nicht zugegen.

Bei den Beratungen stand der Kaiser noch unter dem Eindruck, daß es möglich sei, eine friedliche Erledigung des drohenden Konflikts infolge seiner persönlichen Demarche beim Zaren herbeizuführen. In dieser Auffassung war der Monarch auch durch die Mitteilung des Prinzen Heinrich über die schon erwähnte Unterredung mit dem König von England bestärkt worden, die der Prinz

dem Kaiser bereits am 28. brieflich mitgeteilt und dabei geschrieben hatte, daß der König ihm gesagt habe, „we shall try all we can to keep out of this and shall remain neutral". Die Äußerung sei ernst gemeint gewesen, und er sei überzeugt, daß England jedenfalls anfangs neutral bleiben würde. Leider hatte der Prinz unterlassen, die von König Georg gebrauchte Einschränkung „wahrscheinlich" (probably) zu erwähnen, was dazu geführt haben dürfte, daß der Kaiser eine zu günstige Beurteilung von den englischen Neutralitätsabsichten erhielt[24].

Kurz nach 6 Uhr hatte sich Prinz Heinrich persönlich beim Kaiser von seiner Reise nach England zurückgemeldet. Nach Empfang des Prinzen wurde dem Kaiser der Entwurf des Antworttelegramms an den Zaren vorgelegt, in dem der Auffassung Ausdruck gegeben wurde, Rußland könne bei dem österreichisch-serbischen Konflikt in der Rolle des Zuschauers verharren, und der Kaiser halte eine direkte Verständigung der russischen Regierung mit Wien für möglich und wünschenswert. Seine Regierung setze ihre Bemühungen fort, diese Verständigung zu fördern. Natürlich würden militärische Maßnahmen von seiten Rußlands, die Österreich als Drohung ansehen würde, seine Stellung als Vermittler gefährden, die er auf den Appell des Zaren bereitwilligst angenommen habe[25].

Über den Inhalt der Besprechung des Kaisers mit dem Reichskanzler, die noch vor der Ankunft des Prinzen Heinrich stattgefunden hatte, sind wir nicht näher unterrichtet, doch darf man annehmen, daß Bethmann Hollweg den Kaiser über die Demarchen in Paris und Petersburg wegen der Rüstungen unterrichtet hat. Auch machte der Reichskanzler den Vorschlag, England ein Flottenagreement anzubieten, was vom Kaiser jedoch abgelehnt wurde, da er dies vor dem Volke nicht verantworten könne. Das Flottengesetz müsse durchgeführt werden[26]. Abgesehen hiervon hätte man sich sagen müssen, daß es für derartige Verhandlungen in diesem Augenblick viel zu spät war. Ferner dürfte der Kanzler seine Absicht vorgetragen haben, England ein Neutralitätsangebot zu machen, auf das wir noch später zurückkommen. Jedenfalls zeigt sich, wie sehr der Kanzler darüber nachdachte, durch direktes Entgegenkommen England vom Kriege abzuhalten. Die Verbundenheit Englands mit Frankreich wurde jedoch dabei nicht genügend in Rechnung gestellt.

Beim Vortrag des Generalstabschefs und des Kriegsministers wurde die Frage der Anordnung des „Zustandes der drohenden Kriegsgefahr" angeschnitten, die jedoch vom Kaiser im Interesse der Erhaltung des Friedens abgelehnt wurde[27]. Nur der auch von Moltke für notwendig erachtete militärische „Bahnschutz" wurde genehmigt. Angesichts der russischen „Kriegsvorbereitungsperiode" und der Mobilmachung gegen Österreich war dies eine sehr weitgehende Konzession des Kaisers an den Frieden.

Die Vorträge der Admirale hatten mehr informatorischen Charakter. Besondere Maßnahmen wurden noch nicht beschlossen, wenn auch die Frage über die Dislokation der Flotte mit Bezug auf einen eventuellen Eintritt Englands in den Krieg erörtert wurde. Dabei machte Tirpitz den Vorschlag, gegen Rußland keine Schiffe zu riskieren, sondern alles für den etwaigen Kampf gegen England aufzusparen. Trotzdem wurde der Befehl zur Verlegung eines Geschwaders der Ostseeflotte nach der Nordsee noch nicht gegeben[28]. Sehr eingehend besprach der Kaiser

mit dem Admiral von Tirpitz in Gegenwart des Admirals von Pohl die Lage in England und erwähnte hierbei die vom Prinzen Heinrich übermittelte Äußerung König Georgs, daß England im Kriege neutral bleiben werde. Tirpitz erhob hiergegen Zweifel und meinte, das Verhalten Greys zeige, daß England sich seine Schritte vorbehalte und man nur dann mit seiner Neutralität rechnen könne, wenn es dies klipp und klar erkläre. Der Kaiser schnitt Tirpitz das Wort kurz ab, indem er pointiert erwiderte, er hätte „das Wort eines Königs", und das genüge ihm. Es wurde dann über Frankreich gesprochen. Man wolle den Franzosen kein Land wegnehmen, sondern nur den Krieg abwehren, und man würde auch die Neutralität Belgiens und Hollands respektieren, falls dies von der anderen Seite auch geschehe. Der Kaiser sprach dann mit den Admiralen über den Vorschlag des Kanzlers, England ein Flottenagreement anzubieten, was er abgelehnt habe. Tirpitz dankte ihm dafür und meinte, in diesem Augenblick würde eine solche Zusage ein In-die-Kniesinken vor England bedeuten. Admiral von Müller und auch Prinz Heinrich stimmten zu.

Weiter sprach der Kaiser über seinen Telegrammwechsel mit dem Zaren und beklagte sich darüber, daß er nicht wüßte, was die Österreicher wollten. Er hätte die Absicht gehabt, einen Herrn vom Auswärtigen Amt nach Wien zu schicken, aber die Bahnen seien gesperrt, deshalb sei an Tschirschky telegraphiert worden, er solle von Berchtold kategorisch Auskunft darüber verlangen, was sie eigentlich wollten. Ferner beschwerte sich der Kaiser darüber, daß ihm seit der Denkschrift des Kaisers Franz Joseph Anfang Juli nichts mitgeteilt worden sei, was die Österreicher vorhätten. Er habe geglaubt, sie würden sofort die entsprechenden Schritte einleiten, und dann sei die Sache immer weiter hinausgeschoben worden. Er verstehe das nicht[29].

Nach den Vorträgen der Admirale traf gegen 9 Uhr abends das zweite Telegramm an den Kaiser ein, in dem der Zar bat, die Verschiedenheit aufzuklären, die zwischen seinem versöhnlichen und freundschaftlichen Telegramm und der von Pourtalès Sasonow übergebenen offiziellen Mitteilung liege. Weiter enthielt das Telegramm des Zaren den Vorschlag, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen. Die Schlußbemerkung in dem Telegramm des Zaren, „Vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft", quittierte der Kaiser mit der Bemerkung: „Danke gleichfalls!"

Später wurde dem Kaiser noch eine weitere Meldung des Generals von Chelius vorgelegt, wonach man in der Umgebung des Zaren nach der Kriegserklärung an Serbien einen allgemeinen Krieg für fast unvermeidlich halte. Zu der Schlußbemerkung von Chelius, Rußland wolle keinen Krieg und bedaure, „daß es keiner Macht gelungen ist, Österreich von dem gefahrvollen Schritt abzuhalten", schrieb der Kaiser, in Verkennung der Einwirkung auf Wien, zweimal unterstrichen an den Rand: „doch wir![30]"

Nach der Rückkehr des Kanzlers aus Potsdam, etwa gegen 9 Uhr abends, fand im Palais des Reichskanzlers eine Besprechung zwischen Bethmann Hollweg, Moltke, Falkenhayn und Jagow über die Lage in Rußland statt. Hierbei wurde die Frage erörtert, ob die russische Teilmobilmachung auch Deutschland zur Mobilmachung veranlassen müsse. Die Frage wurde vom Reichskanzler „gegen

leises, sehr leises" Widerstreben Moltkes verneint, weil Bethmann Hollweg der Ansicht war, daß auf Grund der von Pourtalès übermittelten Äußerung Sasonows, die Mobilmachung Rußlands bedeute noch nicht den Krieg, auch für Deutschland der Bündnisfall damit noch nicht gegeben sei. Deutschland müsse aber abwarten, bis dieser Fall eingetreten sei, weil nach Ansicht des Kanzlers England nicht auf seiten Rußlands stehen könnte, wenn Rußland durch einen Angriff auf Österreich den allgemeinen Krieg entfessele und damit „die Schuld für den großen Kladderadatsch auf sich nehmen würde"[31].

In der Wilhelmstraße lag zu dieser Zeit der überholte optimistische Bericht des Grafen Pourtalès vom 27. Juli vor. Pourtalès hatte hier mitgeteilt, daß eine auffallende Änderung in der Haltung Sasonows eingetreten wäre, nachdem die Insinuation zurückgewiesen worden sei, als ob Deutschland in der Absicht, einen Konflikt heraufzubeschwören, Österreich angestiftet hätte. Auch habe das Unterbleiben des erwarteten Einrückens Österreichs in Serbien zur Beruhigung beigetragen. Sasonow erkenne neuerdings sogar die Berechtigung des österreichischen Vorgehens gegen Serbien im Prinzip an. In dem Bericht erwähnte Pourtalès ferner, die Presse habe offenbar das mot d'ordre erhalten, die deutsche Erklärung, „daß wir Österreich-Ungarn nicht angestiftet hätten, als beruhigendes Symptom zu besprechen". Der Kaiser hatte zu dieser Stelle des Berichts bemerkt: das sei selbstverständlich, „wie kindisch!"[32] Andererseits war der Wilhelmstraße zu dieser Zeit die Mitteilung von Pourtalès bekannt, daß Wien den Wunsch, in direkte Besprechungen einzutreten, kategorisch abgelehnt habe und Sasonow nach dessen Ansicht somit nichts anderes übrig bleibe, als auf die Vermittlung zu vieren zurückzukommen. Die beabsichtigte Mobilmachung habe Sasonow zugegeben, aber gemeint, daß Mobilmachung noch lange keinen Krieg bedeute. Die bereits erwähnte Meldung des Grafen Pourtalès über seine Demarche bei Sasonow, daß ein Fortschreiten der russischen Mobilmachungsmaßnahmen Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde, lag zu dieser Zeit noch nicht vor.

Falkenhayn glaubte den Versicherungen Sasonows, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich noch nicht den Krieg bedeute, nicht, ja, er hielt sie für eine direkte Lüge ebenso wie die Zusicherungen Suchomlinows und Januschkewitschs an den Major von Eggeling, aber er sagte nichts, da er es nicht für seine Sache hielt, die Politik zu leiten, die nicht durch militärische Ratgeber gestört werden dürfe, solange nicht ein wesentliches militärisches Interesse in Frage komme[33].

Bei den Unterredungen, die am 29. durch den Kanzler und seine Mitarbeiter mit den Vertretern der Mächte geführt wurden, stand England stark im Vordergrund. Am Vormittag hatte der Reichskanzler den britischen Botschafter zu sich bitten lassen und Goschen mitgeteilt, die österreichische Regierung hätte erklärt, daß es zu spät sei, die serbische Antwort als eine Grundlage für Verhandlungen zu betrachten, da die Ereignisse sich zu rasch entwickelt hätten. Er verstehe wohl, daß die österreichische Regierung Bürgschaften brauche, und er habe auch Wien gegenüber die „Vermutung" ausgesprochen, daß die gegen Serbien bevorstehenden Feindseligkeiten nur den Zweck hätten, die notwendigen Sicherheiten zu erlangen. Die Wiener Regierung habe ja auch in Petersburg die Versicherung

abgegeben, daß ihr Gebietserwerbungen fernlägen. Er habe daher der österreichischen Regierung geraten, falls seine Vermutung richtig sei, sich offen in diesem Sinne auszusprechen. Einen Bescheid habe er aber noch nicht erhalten. Aus den Ratschlägen an Wien, die er bitte, höchst vertraulich zu behandeln, und die er nicht einmal Lichnowsky mitgeteilt hätte, könne Sir Edward Goschen ersehen, daß er alles tue, was in seiner Macht stehe, um die Gefahr europäischer Verwicklungen abzuwenden. Ferner unterrichtete Bethmann den Botschafter davon, daß der Kaiser mit dem Zaren in telegraphischer Verbindung stehe.

Bethmann Hollweg hat also auch England von der Einwirkung der Wilhelmstraße auf Wien Mitteilung gemacht, aber ebenso wie in Petersburg diese Einwirkung als sehr viel schwächer hingestellt, als sie in Wirklichkeit vom Kaiser gewollt und vom Kanzler mit Nachdruck in Wien versucht worden ist. Die Folge davon war auch hier, daß den Mitteilungen des Kanzlers im Foreign Office, ähnlich wie an der Sängerbrücke, nicht die ihnen zukommende Bedeutung beigemessen wurde[34].

Am Nachmittag hatte Jagow zunächst eine Unterredung mit dem wieder auf seinen Posten zurückgekehrten russischen Botschafter Swerbejew, wobei die ganze Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts noch einmal durchgesprochen wurde, ohne daß neue Gesichtspunkte zutage getreten wären. Als der Botschafter auf den Vorschlag Greys zu sprechen kam und erwähnte, Deutschland hätte ihn zurückgewiesen, erwiderte Jagow wohl etwas gereizt, „nicht zurückgewiesen", sondern es hätte nur gefunden, daß die Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett nicht mehr praktisch wären. Im übrigen wäre es nicht möglich gewesen, daß vier Großmächte sich zu einem obersten Gerichtshof zusammentäten, um über die beiden anderen Recht zu sprechen. Swerbejew entgegnete, immerhin hätte Rußland zugestimmt, nur Österreich-Ungarn hätte sich geweigert, weil es wie immer keine Konzessionen machen wolle.

Während der Besprechung wurde dem Staatssekretär auf einem Blatt Papier die Nachricht überbracht, daß infolge der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien Rußland sich zur Mobilmachung der Militärbezirke an der österreichischen Grenze genötigt sehe und der Befehl heute gegeben würde. Swerbejew bestätigte die Nachricht, wenn er auch die Mitteilung dadurch abzuschwächen versuchte, die Maßnahme hätte keineswegs eine feindliche Spitze gegen Deutschland, sondern sei nur wegen der militärischen Vorbereitungen in Galizien getroffen worden. Jagow erwiderte hierauf in starker Erregung, daß „die unerwartete Nachricht die Situation völlig verändere", und daß er persönlich keine Möglichkeit mehr sehe, einen europäischen Krieg zu vermeiden. Die Diplomaten müßten nunmehr die Kanonen sprechen lassen. Auch erklärte Jagow, wenn Rußland gegen Österreich mobil mache und Maßnahmen an der deutschen Grenze treffe, sei Deutschland genötigt, die Mobilmachung gegen Rußland zu erklären. Aus dieser Bemerkung dürfte gleichfalls hervorgehen, daß der Kanzler in dem wiederholt erwähnten Telegramm an Pourtalès, daß ein Fortschreiten russischer Rüstungen Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde, die Fortsetzung der Kriegsvorbereitungen an der deutschen Grenze und die Mobilmachung gegen

Österreich gemeint hat. Weiter fuhr Jagow fort, dann würde auch Frankreich mobil machen, und wenn alle Großmächte unter Gewehr ständen, sei der Krieg unvermeidlich[35].

Goschen, der am Nachmittag Jagow aufsuchte, hatte den Eindruck, daß der Staatssekretär sehr niedergeschlagen war. Jagow erinnerte den Botschafter daran, daß er ihm vor einigen Tagen gesagt habe, Österreich sei so fest zum Kriege gegen Serbien entschlossen, daß es ein fait accompli schaffen würde, wenn man einen allzu starken Druck ausüben würde. Das sei nun durch die Kriegserklärung Österreichs an Serbien eingetreten, und Jagow warf die Frage auf, ob dieser Schritt der Österreicher, den man nach Ansicht Goschens wohl erst für später erwartet hatte, nicht durch die Weitergabe des Vorschlages von Grey, die Antwort Serbiens als Grundlage für Verhandlungen zu betrachten, beschleunigt worden sei. Jagow machte somit gewissermaßen Grey, natürlich unbeabsichtigt, für die Kriegserklärung an Serbien verantwortlich, was vielleicht rein sachlich betrachtet gar nicht so abwegig war. Weiter teilte Jagow Goschen mit, daß ihn die militärischen Nachrichten aus Rußland und Frankreich beunruhigten[36].

Goschen hatte aus seinen Unterredungen mit dem Kanzler und Jagow den Eindruck gewonnen, daß beide einen allgemeinen Krieg vermeiden wollten, gleichgültig wie die Meinung der Hitzköpfe und des Generalstabs sein möge. Cambon halte zu Unrecht Jagow für einen „Junker der kriegerischsten Sorte". Dies widerspreche allem, was er je von Jagow gehört habe, und stehe auch im Widerspruch zu seiner eigenen Meinung. Auch der Kanzler würde den Krieg nur führen, wenn er dazu gezwungen sei. Cambon schelte ihn dauernd, daß England seine Absichten so geheimhalte, und behaupte, ein allgemeiner Krieg könne nur vermieden werden, wenn England entschieden erkläre, daß es auf der Seite Frankreichs und Rußlands kämpfen würde. Doch er habe ihm gesagt, dies sei nur insofern richtig, als eine derartige Erklärung Deutschland vielleicht zu einer zögernden Haltung veranlassen würde; ebensogut könne sie aber auch Rußland anspornen, was fraglos ein sehr richtiger Gedanke war. Wenn Rußland aber Österreich angreife, müsse Deutschland „dreinfahren", ob es die englische Flotte fürchte oder nicht. Es sei für ihn sehr schwierig gewesen, die Neugier Cambons hinsichtlich seiner Besuche beim Kanzler zu befriedigen, ohne die diesem versprochene Geheimhaltung zu verletzen[37]. Goschen vertrat somit im wesentlichen eine ähnliche Auffassung wie Moltke, der mit einem „Zusammenstoß" Rußlands mit Österreich als casus belli für Deutschland rechnete.

Auch der französische Botschafter Jules Cambon hatte am 29. eine Unterredung mit Jagow, wohl im Beisein Zimmermanns. Cambon fragte Jagow, den er „ziemlich verstört" fand, ob es wahr sei, daß die Österreicher mit ihrem Einmarsch in Serbien begonnen hätten, worüber Jagow nichts sagen konnte, da der Wilhelmstraße hierüber auch nichts mitgeteilt worden war. Cambon meinte jedoch, wenn die Nachricht zutreffe, würde das Prestige Österreichs gewahrt sein und es könne jetzt ohne die geringste Verletzung seiner Würde die Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte annehmen. Jagow stimmte dieser Auffassung mit den Worten zu, das sei dann allerdings etwas anderes. Aus den Worten Cambons geht hervor, daß auch der französische Botschafter in meritorischer Hinsicht

mit dem deutschen sowie englischen Vorschlag einer vorübergehenden Besetzung Belgrads einverstanden gewesen wäre. Cambon teilte die Bereitwilligkeit Jagows, nach einem Einmarsch der Österreicher der Vermittlung à quatre nicht ablehnend gegenüberzustehen, Goschen mit, der darüber erstaunt war und noch am Abend nach London deswegen berichtete*.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs teilte Jagow auch Cambon mit, daß ihn die militärischen Nachrichten aus Rußland und Frankreich beunruhigten, was Cambon jedoch mit der Bemerkung abzumildern versuchte, die Franzosen hätten zunächst nichts weiter getan als die Deutschen auch, was jedoch nicht ganz zutraf.

Am Abend erhielt Goschen von Grey die telegraphische Anweisung, dem Reichskanzler zu erklären, wenn es ihm gelänge, Österreich dazu zu bringen, daß es Rußland befriedigende Zusicherungen gebe und sich solcher Schritte enthalte, die zu einem Zusammenstoß mit Rußland führen könnten, würden ihm alle für die Erhaltung des europäischen Friedens danken. Er könne sich darauf verlassen, daß England fortfahren werde, jede Gelegenheit zu ergreifen, um für den Frieden zu wirken. Diese praktisch genommen wertlose Meinungsäußerung des britischen Außenministers gab Goschen noch am Abend schriftlich an den Reichskanzler weiter, den er wohl noch in Potsdam vermutete oder deswegen auch nicht stören wollte. Der Reichskanzler dagegen wollte nach der Besprechung mit Moltke, Falkenhayn und Jagow noch mit dem britischen Botschafter sprechen und ließ ihn um 10.30 Uhr abends zu sich bitten.

Bethmann Hollweg machte nun dem englischen Botschafter an Hand einer Aufzeichnung folgendes Angebot, das in seinem Ursprung wohl auf die Mitteilungen des Prinzen Heinrich zurückgeführt werden darf: Wenn durch einen russischen Angriff auf Österreich und die sich hieraus für Deutschland ergebenden Bündnispflichten eine europäische Konflagration unvermeidlich würde, hoffe man, daß England Zuschauer bleiben werde. Da mit Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht England eine Zerschmetterung Frankreichs nicht zulassen wolle, was von Deutschland auch keineswegs beabsichtigt sei, könne die deutsche Regierung dem englischen Kabinett „voraussätzlich dessen neutraler Haltung" versichern, daß Deutschland selbst im Falle eines siegreichen Krieges keine territoriale Bereicherung auf Kosten Frankreichs in Europa anstrebte. Hier warf der Botschafter ein, ob er eine gleiche Zusicherung auch bezüglich der Kolonien geben könnte, was der Kanzler jedoch verneinte. Bethmann Hollweg fuhr dann fort, Deutschland könne ihm ferner zusichern, daß es die Neutralität und Integrität Hollands so lange achten werde, als sie von Deutschlands Gegnern respektiert würde. Was Belgien anbetreffe, so wisse Deutschland noch nicht, zu welchen Gegenoperationen es die Aktion Frankreichs in einem etwaigen Kriege nötigen

* Franz. Dok. XI Nr. 319. Poincaré, IV S. 415 (466). Brit. Dok. Nr. 281. Das Telegramm Cambons ist vom 30. datiert, jedoch haben sich die geschilderten Vorgänge am 29. abgespielt. Dies geht auch daraus hervor, daß Goschen den gleichen Vorgang unter dem 29. an Grey mitgeteilt hat. Auch Poincaré hat den Vorgang irrtümlicherweise auf den 30. verlegt. — Da Goschen die Unterredung so darstellt, als ob sie mit Zimmermann geführt worden sei, muß man wohl annehmen, daß auch der Unterstaatssekretär bei der Besprechung zugegen war.

könnte. Aber Deutschland könne erklären, daß die belgische Integrität, vorausgesetzt, daß Belgien nicht gegen Deutschland Partei nehme, nach Beendigung des Krieges geachtet werden würde. Zum Schluß drückte der Kanzler die Zuversicht aus, diese Versicherungen möchten die Grundlage für eine weitere Verständigung mit England bilden, die, wie Grey ja bekannt sei, stets das Ziel seiner Politik gewesen wäre. Die Zusicherung britischer Neutralität in dem Konflikt, den die gegenwärtige Krise vielleicht hervorrufen könnte, würde ihn „in die Lage versetzen, ein allgemeines Neutralitätsabkommen für die Zukunft zu treffen, dessen Einzelheiten zu besprechen im gegenwärtigen Augenblick verfrüht sei". Die letzteren Worte hatte sich der Kanzler in seinem Manuskript auch in englischer Sprache notiert, um sie in korrektem Englisch wiedergeben zu können.

Der Bitte Sir Edward Goschens, ihm diese Notizen zu überlassen, entsprach der Kanzler nicht, doch war er damit einverstanden, daß der Botschafter gleich ein Telegramm an Grey entwarf und es ihm vorlas. Bethmann Hollweg fragte darauf, wie Sir Edward Grey dieses Ansuchen nach seiner, des Botschafters, Ansicht aufnehmen würde, worauf Goschen erwiderte, Grey wünsche seines Erachtens sich volle Handlungsfreiheit zu bewahren, und er persönlich halte es nicht für wahrscheinlich, daß Grey bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge geneigt wäre, sich auf ein bestimmtes Verhalten festzulegen.

Hierauf bestätigte der Botschafter noch die kurze, dem Reichskanzler bereits schriftlich zugestellte Mitteilung Greys, und Bethmann Hollweg bat ihn, Grey hierfür seinen Dank auszusprechen. Damit war diese sehr wichtige, in ihren Auswirkungen aber wenig glückliche Unterredung zwischen dem Kanzler und dem britischen Botschafter beendet.

Wie nachteilig dieses Neutralitätsangebot war, in dem auch die Absicht, die belgische Neutralität nicht zu respektieren, ziemlich unmißverständlich angedeutet war, werden wir bei der Behandlung der Vorgänge in London noch sehen[38].

Über die deutsche Finanzlage gab der englische Handelsattaché Sir F. Oppenheimer einen eingehenden Bericht aus Frankfurt a. M. an Sir Edward Goschen, in dem der Goldstandard der deutschen Regierung mit 1 Milliarde 344 Millionen Mark angegeben wurde. Es sei deshalb für Deutschland nicht schwer, seine „finanzielle Mobilmachung" zu verwirklichen, und die Finanzkraft Deutschlands stelle das Ergebnis der durch den Marokkozwischenfall zuteil gewordenen Lehre dar. Diese Mitteilungen versetzten Sir Eyre Crowe in London in ziemliche Aufregung. Deutschland sei organisiert, und die Regierung führe und helfe. Auch in London könnte alles in Ordnung kommen, wenn die gleiche Führung vorhanden wäre[39].

Die militärischen Maßnahmen, die inzwischen in Deutschland getroffen worden waren, bestanden in folgendem: Am 29. mittags wurden alle außerhalb der Standorte befindlichen Truppen in ihre Garnisonen zurückberufen. Abends wurde die Rückberufung aller Urlauber befohlen, und an die Generalkommandos erging der Befehl, die für den militärischen „Bahnschutz" vorgesehenen Sicherungen vorzunehmen. Für die Festungen wurde der Ausbau der Armierungsstellungen angeordnet, soweit die Anlagen sich auf fiskalischem Gelände befanden. Die Besatzung der Nordseeinsel Borkum wurde verstärkt[40].

Die Anordnung des militärischen Bahnschutzes und die Rückkehr der Urlauber wurden von dem französischen Konsul aus Frankfurt und dem Gesandten aus München nach Paris mitgeteilt[41].

Eine am 26. Juli von General von Moltke entworfene Sommation an Belgien für den Fall eines deutschen Einmarsches in das benachbarte Königreich wurde am 29. durch einen Feldjäger verschlossen an den deutschen Gesandten in Brüssel gegeben mit der Anweisung, den Brief erst auf besonderen Befehl zu öffnen. Auf den Inhalt des Schriftstückes kommen wir an späterer Stelle zurück.

Kapitel 41

Vergebliche Einwirkung auf Wien

Wien, 29. Juli: Proklamation Kaiser Franz Josephs — Übermittlung des Faustpfandvorschlages — Die Auffassungen der Botschafter — Schebeko bei Tschirschky, Bunsen und Dumaine — Unterredung Dumaines mit Tschirschky — Berchtold unterrichtet Burián — Verschleppung der Antwort auf die deutsche Demarche in Wien — Berchtold spricht mit Conrad — Österreichs Ablehnung des englischen Vorschlages, serbische Note als Verhandlungsbasis anzunehmen — Eingänge über russische Mobilmachung — Militärisches — Schweden — Japan.

Wie nach Eingang der serbischen Antwortnote in Wien die Lage an höchster Stelle beurteilt wurde, zeigt sich am klarsten in dem Aufruf, den der greise Monarch, der 1914 im 84. Lebensjahr stand und fast 66 Jahre den Thron der Habsburger innehatte, an seine Völker richtete. In meisterhafter Form wurden hier die Gedanken entwickelt, die Franz Joseph dazu veranlaßt hatten, „mit Waffengewalt die unerläßlichen Bürgschaften zu schaffen", die seinen Staaten die Ruhe im Innern und den dauernden Frieden nach außen sichern sollten. Der Aufruf, der am 29. in den Wiener Morgenblättern erschien, hatte folgenden Wortlaut[1]:

„An Meine Völker!

Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre, die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren.

Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen.

Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherung ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.

Mit rasch vergessendem Undank hat das Königreich Serbien, das von den ersten Anfängen seiner staatlichen Selbständigkeit bis in die neueste Zeit von Meinen Vorfahren und Mir gestützt und gefördert worden war, schon vor Jahren den Weg offener Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn betreten.

Als ich nach drei Jahrzehnten segensvoller Friedensarbeit in Bosnien und der Herzegowina Meine Herrscherrechte auf diese Länder erstreckte, hat diese Meine Verfügung im Königreiche Serbien, dessen Rechte in keiner Weise verletzt wurden, Ausbrüche zügelloser Leidenschaft und erbittertsten Hasses hervorgerufen. Meine Regierung hat damals von dem schönen Vorrechte des Stärkeren Gebrauch gemacht und in äußerster Nachsicht und Milde von Serbien nur die Herabsetzung seines Heeres auf den Friedensstand und das Versprechen verlangt, in Hinkunft die Bahn des Friedens und der Freundschaft zu gehen.

Von demselben Geiste der Mäßigung geleitet, hat sich Meine Regierung, als Serbien vor zwei Jahren im Kampfe mit dem türkischen Reiche begriffen war, auf die Wahrung der wichtigsten Lebensbedingungen der Monarchie beschränkt. Dieser Haltung hatte Serbien in erster Linie die Erreichung des Kriegszweckes zu verdanken.

Die Hoffnung, daß das serbische Königreich die Langmut und Friedensliebe Meiner Regierung würdigen und sein Wort einlösen werde, hat sich nicht erfüllt.

Immer höher lodert der Haß gegen Mich und Mein Haus empor, immer unverhüllter tritt das Streben zutage, untrennbare Gebiete Österreich-Ungarns gewaltsam loszureißen.

Ein verbrecherisches Treiben greift über die Grenze, um im Südosten der Monarchie die Grundlagen staatlicher Ordnung zu untergraben, das Volk, dem Ich in landesväterlicher Liebe Meine volle Fürsorge zuwende, in seiner Treue zum Herrscherhaus und zum Vaterlande wankend zu machen, die heranwachsende Jugend irrezuleiten und zu frevelhaften Taten des Wahnwitzes und des Hochverrates aufzureizen. Eine Reihe von Mordanschlägen, eine planmäßig vorbereitete und durchgeführte Verschwörung, deren furchtbares Gelingen Mich und Meine treuen Völker ins Herz getroffen hat, bildet die weithin sichtbare blutige Spur jener geheimen Machenschaften, die von Serbien aus ins Werk gesetzt und geleitet wurden.

Diesem unerträglichen Treiben muß Einhalt geboten, den unaufhörlichen Herausforderungen Serbiens ein Ende bereitet werden, soll die Ehre und Würde Meiner Monarchie unverletzt erhalten und ihre staatliche, wirtschaftliche und militärische Entwicklung vor beständiger Erschütterung bewahrt bleiben.

Vergebens hat Meine Regierung noch einen letzten Versuch unternommen, dieses Ziel mit friedlichen Mitteln zu erreichen, Serbien durch eine ernste Mahnung zur Umkehr zu bewegen.

Serbien hat die maßvollen und gerechten Forderungen Meiner Regierung zurückgewiesen und es abgelehnt, jenen Pflichten nachzukommen, deren Erfüllung im Leben der Völker und Staaten die natürliche und notwendige Grundlage des Friedens bildet.

So muß Ich denn daran schreiten, mit Waffengewalt die unerläßlichen Bürgschaften zu schaffen, die Meinen Staaten die Ruhe im Innern und den dauernden Frieden nach außen sichern sollen.

In dieser ernsten Stunde bin Ich Mir der ganzen Tragweite Meines Entschlusses und Meiner Verantwortung vor dem Allmächtigen voll bewußt.

Ich habe alles geprüft und erwogen.

Mit ruhigem Gewissen betrete Ich den Weg, den die Pflicht Mir weist.

Ich vertraue auf Meine Völker, die sich in allen Stürmen stets in Einigkeit und Treue um Meinen Thron geschart haben und für die Ehre, Größe und Macht des Vaterlandes zu schwersten Opfern immer bereit waren.

Ich vertraue auf Österreich-Ungarns tapfere und von hingebungsvoller Begeisterung erfüllte Wehrmacht.

Und Ich vertraue auf den Allmächtigen, daß Er Meinen Waffen den Sieg verleihen werde.

Franz Joseph m. p.
Stürgkh m. p.“

Man muß sich die in dieser Proklamation aufgeführten Gründe für das Vorgehen der Doppelmonarchie immer wieder vor Augen halten, um die Hartnäckigkeit zu verstehen, mit der die Wiener Regierung darauf bestand, die an Serbien gerichteten Forderungen im vollen Umfang aufrechtzuerhalten.

Am frühen Morgen des 29. Juli war das Telegramm Bethmann Hollwegs, das den Faustpfandvorschlag Kaiser Wilhelms enthielt, auf der deutschen Botschaft in Wien eingetroffen. Im Laufe des Vormittags begab sich Tschirschky mit diesem wichtigen Schriftstück zum Ballhausplatz, traf aber nur den Grafen Forgách an, dem er die Note des Kanzlers vorlas. Forgách, der über die Wichtigkeit der De-

marche nicht im Zweifel war, fertigte nach dem Besuch des deutschen Botschafters eine Aufzeichnung an, die später wohl Berchtold vorgelegt wurde. Vergleicht man die Aufzeichnung mit dem Wortlaut der Note Bethmann Hollwegs, so ergibt sich eine gewisse Diskrepanz hinsichtlich des Sinnes und des Zieles des deutschen Vorschlages, die auf eine nicht unwesentliche Abschwächung der deutschen Absichten hinauslief. Forgách hatte richtig verstanden, daß es nach Auffassung der Wilhelmstraße zweckmäßig wäre, in Petersburg die Erklärung zu wiederholen, daß Österreich territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernlägen und daß die militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung Belgrads und anderer bestimmter Punkte bezweckten, um Serbien zur völligen Erfüllung der Forderungen und zur Schaffung von Garantien zu zwingen. Auch wurde von ihm in der Aufzeichnung erwähnt, daß die militärische Besetzung nach Art der Okkupation in Frankreich nach dem Frankfurter Frieden von 1870 zur Sicherstellung der Kriegsentschädigung gedacht sei und daß die Gebiete wieder geräumt werden sollten, sobald die Forderungen erfüllt wären. In einem solchen Vorgehen würde der Reichskanzler ein zweckdienliches Mittel erblicken, „um gegebenenfalls das Odium eines Weltkrieges" auf Rußland zu schieben. Auch findet sich in der Aufzeichnung die Meinungsäußerung Bethmann Hollwegs vor, die Anregung zu einer Demarche in Petersburg bäte der Kanzler nicht dahin zu verstehen, als würde er damit einen Druck auf Österreich ausüben wollen, oder als läge ihm der Wunsch nahe, Wien von seiner Aktion zurückzuhalten.

Nun folgt aber ein wesentlicher Unterschied. In der Note Bethmann Hollwegs hieß es: Es handle sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermögliche, „ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln", und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden sei, die Bedingungen hierfür zu verbessern. Die Stelle der Note „ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln" findet sich in der Aufzeichnung des Grafen Forgách jedoch nicht vor, sondern es heißt hier nur, den Kanzler leite hierbei nur das Bestreben, eine Besserung der Bedingungen für einen Weltkrieg und eine Verallgemeinerung der Sympathien dem österreichischen Standpunkt gegenüber zu erzielen.

Weiter erwähnte Graf Forgách in seiner Aufzeichnung, daß hauptsächlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England ein konziliantes Vorgehen gegenüber Rußland von Wert sein würde, damit im Falle eines Übergreifens des österreichisch-serbischen Krieges auf die Großmächte Rußland allein die Schuld treffen würde. Dieser Gedanke war in der Note Bethmann Hollwegs nicht so deutlich enthalten, er ist anscheinend in der sich anschließenden Erörterung von Tschirschky zur Sprache gebracht worden[2]. Wahrscheinlich hat Tschirschky Forgách gelegentlich dieser Unterredung in Verfolg der Bitte Berchtolds vom 27. Juli, Deutschland solle in Petersburg wegen der beabsichtigten russischen Mobilmachung Einspruch erheben, noch die Mitteilung gemacht, daß Pourtalès von Berlin aus angewiesen sei, Sasonow auf die unausbleiblichen Konsequenzen feindlicher russischer Maßnahmen gegen Deutschland aufmerksam zu machen. Eine kategorische Erklärung sei jedoch auch nach Ansicht des Generals von Moltke noch verfrüht.

Aus der Aufzeichnung von Forgách geht somit hervor, daß der wesentlichste Zweck der Note Bethmann Hollwegs, wenn irgend möglich den Weltkrieg zu vermeiden, nicht berücksichtigt worden ist. Die von Berlin in St. Petersburg angeregte Demarche wurde vielmehr nur als ein Mittel aufgefaßt, um den Weltkrieg unter besseren Bedingungen führen zu können. Der klare Gedanke des Kaisers, daß nach der serbischen Antwort „natürlich ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden" sei, der schon in der Fassung der Instruktion des Kanzlers an Tschirschky nicht mehr deutlich genug zum Ausdruck kam, ging somit schließlich ganz verloren. —

Forgách war natürlich nicht befugt, auf diese Anregung der Wilhelmstraße eine Antwort zu erteilen. Die Entscheidung hing zunächst von Berchtold ab.

Wie wenig aussichtsvoll irgendwelche Versuche gewesen wären, den Krieg mit Serbien noch aufzuhalten oder nach Erreichung begrenzter Ziele zum Stehen zu bringen, nachdem die Kriegserklärung erfolgt und der Aufruf des Kaisers an seine Völker erlassen war, zeigt sich in allen Berichten der am Wiener Hof akkreditierten Botschafter. Insbesondere war dies auch die Ansicht des englischen und französischen Botschafters. Der den Mittelmächten sehr wohlgesinnte italienische Botschafter Herzog von Avarna meinte, Rußland würde vielleicht bewogen werden können, ruhig zu bleiben, wenn die von der Wiener Regierung in Petersburg abgegebene territoriale Desinteressementserklärung in eine bindende Verpflichtung gegenüber Europa verwandelt werden könnte, doch war er überzeugt, daß sein Vorschlag von der österreichisch-ungarischen Regierung abgelehnt würde. Ein Vermittlungsangebot würde seiner Ansicht nach erst dann Aussicht auf Erfolg haben können, wenn die österreichischen Waffen einen entscheidenden Sieg über die Serben errungen hätten.

Dem französischen Botschafter hatte der serbische Gesandte Jovan M. Jovanović wiederholt mitgeteilt, daß die Zeit für Serbien arbeite und die südslawischen Provinzen innerhalb von drei Jahren bereit wären, sich gegen Österreich-Ungarn zu erheben, ohne daß Serbien auch nur den kleinen Finger zu rühren brauche. Österreich-Ungarn hätte gemerkt, daß es nicht länger warten könnte, und habe sich daher zum Kriege entschlossen. Der französische Botschafter Dumaine zog hieraus den richtigen Schluß und teilte dies auch seinem britischen Kollegen mit, daß der Konflikt nicht die Folge deutscher Anstiftung sei und es gehe daraus nicht unbedingt hervor, daß Deutschland den europäischen Krieg wünsche, wie viele in Frankreich glauben würden. Auch der Herzog von Avarna hielt es für sehr wahrscheinlich, daß die Gefahr einer allgemeinen Erhebung in den südslawischen Provinzen die Entschlüsse der Monarchie beschleunigt habe[3].

Gegen Abend suchte der russische Botschafter Tschirschky auf, und Schebeko teilte ihm offiziell die in Aussicht stehende Mobilmachung gegen Österreich mit. Eine Lokalisierung des Konflikts sei unmöglich, doch lasse sich die Sache vielleicht noch einrenken, wenn man in geeigneter Weise an Rußland herantreten würde. Tschirschky erklärte ihm daraufhin, daß nach seiner Ansicht jeder Druck auf Österreich zum Mißerfolg verurteilt sei, und Schebeko mußte auch anerkennen, daß es für die Wiener Regierung tatsächlich schwer sei, jetzt auf dem von ihr eingeschlagenen Weg haltzumachen. Nur die Einmischung der nicht direkt interessierten Großmächte könne noch den europäischen Krieg verhüten. Der terri-

torialen Desinteressementserklärung Österreichs, auf die Tschirschky hinwies, maß der Botschafter keinen Wert bei[4].

Nach dem Besuch bei Tschirschky suchte Schebeko auch Dumaine und Bunsen auf. Beide Botschafter setzte er von der Mobilmachung in Kenntnis und gab seiner Meinung Ausdruck, daß nur noch schnellstes Zustandekommen der Vermittlung zu vieren Österreich von unwiderruflichen Schritten abhalten könne[5].

Dem russischen Militärattaché war auch das unzutreffende Gerücht zu Ohren gekommen, Wien hätte beschlossen, die russische Mobilmachung durch sofortige Kriegserklärung zu beantworten, was Schebeko Sasonow mitteilte.

Nach dem Besuch Schebekos suchte Dumaine Tschirschky auf und sagte ihm, Schebekos Haltung habe sich innerhalb der letzten 24 Stunden auffallend geändert. Eine Lokalisierung hielt Dumaine jetzt auch nicht mehr für durchführbar, wenn man auch sicherlich weiter für dieses Ziel arbeiten müsse. In der Unterredung gab Tschirschky schließlich zu, nach seiner persönlichen Auffassung könne die deutsche Regierung an der Vermittlung zu vieren teilnehmen, wenn überhaupt noch Vorschläge gemacht werden könnten, die Aussicht auf beiderseitige Annahme hätten.

Am Nachmittag des 29. teilte Berchtold dem ungarischen Minister am Königlichen Hoflager Baron Burián mit, Tschirschky habe den Ballhausplatz wissen lassen, Pourtalès sei schon beauftragt worden, Sasonow darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland die gegen Österreich gerichtete Mobilmachung mit solchen Gegenmaßregeln beantworten würde, als ob sich diese Maßnahme gegen Deutschland selbst wendete. Berchtold hat demnach aus den Mitteilungen Tschirschkys den Eindruck gewonnen, die russische Teilmobilmachung würde Deutschland zu entsprechenden Gegenmaßnahmen veranlassen. Wie Tschirschky zu dieser Auffassung kam, wissen wir nicht. Über den Faustpfandvorschlag setzte Berchtold Burián anscheinend nur insoweit in Kenntnis, Tschirschky hätte gebeten, Szápáry möchte Sasonow noch einmal damit beruhigen, daß Österreich Serbien nicht annektieren und Teile seines Gebiets nur im Verlauf kriegerischer Operationen und eventuell als provisorisches Pfand besetzen würde. In diesem Sinne unterrichtete Burián den Grafen Tisza[6].

Der eigentliche Sinn und Zweck des Vorschlages Kaiser Wilhelms drang somit bis Budapest schon gar nicht durch. Wie ganz anders hätte die Demarche in Wien verlaufen können, wenn dem Wunsche des Kaisers entsprechend ein Delegierter des Auswärtigen Amts die Auffassungen des Monarchen gegenüber Berchtold hätte persönlich vertreten können. —

Tschirschky hatte noch immer keine Antwort vom Ballhausplatz oder von Berchtold auf den Vorschlag des Kanzlers erhalten. Erst am späten Abend gelang es ihm, Berchtold zu sprechen. Die Unterredung mag zwischen 9 und 10 Uhr abends stattgefunden haben. Die Mitteilung, die Tschirschky von Berchtold erhielt, war jedoch sehr dürftig. Berchtold ließ dem Kanzler für seine Anregung danken und bat den Botschafter, Berlin mitzuteilen, daß er bereit sei, die Erklärung wegen des territorialen Desinteressements, die er bereits in Petersburg und dem russischen Botschafter in Wien gegenüber abgegeben hätte, noch einmal zu wiederholen. Auf den Kern der Anregung, in Petersburg eine Erklärung bezüg-

lich der Beschränkung der militärischen Maßnahmen abzugeben, erklärte sich Berchtold noch nicht imstande, dem Botschafter eine Antwort zu erteilen. Wahrscheinlich hat Berchtold Tschirschky mitgeteilt, daß er sich wegen dieser Frage zunächst mit dem Generalstabschef auseinandersetzen müßte, mit dem er noch eine Unterredung vereinbart hatte[7]. Die Berchtold unangenehme deutsche Demarche wurde somit in Wien verschleppt. —

In der folgenden Aussprache mit Conrad teilte Berchtold dem Generalstabschef zunächst mit, daß ihn Tschirschky verständigt habe, der russische Botschafter hätte ihm offiziell bekanntgegeben, daß die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisiert würden. Rußland fühle sich in seiner Ehre gekränkt und sehe sich genötigt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Berchtold und Conrad kamen überein, Szögyény von der Mobilmachung zwecks Weitergabe an die deutsche Regierung in Kenntnis zu setzen und ihm mitzuteilen, man werde in Rußland anfragen, was diese Maßregel zu bedeuten habe, und erklären, daß man sich dadurch keineswegs in dem Vorgehen gegenüber Serbien beirren lassen werde. Der deutschen Regierung sei zu erklären, falls die russische Mobilisierung tatsächlich erfolgt sei, würde Österreich sofort den Rest seiner Armee mobilisieren. Ferner würde eine „dezidierte" Erklärung Deutschlands in Petersburg und Paris erwartet, daß selbst die Mobilmachung Rußlands gegen Österreich-Ungarn die Mobilmachung auch Deutschlands gegen Rußland auslösen müßte. Trotz der Mitteilung Tschirschkys scheint Berchtold richtigerweise noch nicht ganz sicher gewesen zu sein, wie Deutschland auf die Teilmobilmachung Rußlands reagieren würde.

Noch vor Abgang eines entsprechenden Telegramms an Szögyény ging die Mitteilung des Botschafters ein, auf die militärischen Anfragen Conrads sei ihm eine rechtzeitige Antwort zugesagt. Man erwarte, daß Rumänien beim Dreibund bleiben, aber den Bündnisvertrag jetzt nicht veröffentlichen werde[8].

Ob und wie weit Berchtold in der Unterredung mit Conrad auch den Faustpfandvorschlag erörtert hat, wissen wir nicht. Nach einer dem Verfasser zugegangenen Notiz eines Herrn des Kriegsarchivs in Wien soll der Vorschlag zwischen Berchtold und Conrad mündlich besprochen worden sein. Der Wiener Generalstab vertrat jedenfalls den Standpunkt, daß ein Handstreich auf Belgrad mit immobilen Truppen viele technische Schwierigkeiten in sich berge und ohne entsprechende Vorbereitung einen Erfolg nicht unbedingt verbürge. Auch wäre es fraglich gewesen, ob man Belgrad nach geglückter Besetzung mit den verfügbaren Truppen hätte halten können. Aus diesen Gründen ist Conrad dem Gedanken einer sofortigen Besetzung Belgrads wohl nicht nähergetreten[9]. Conrad erwähnt in seinen Memoiren darüber nichts, und auch in den österreichischen Dokumenten findet sich hierüber kein Niederschlag. Jedenfalls scheint eine positive Entschließung über die von Bethmann Hollweg angeregte Demarche, Rußland Zusicherungen über eine militärische Beschränkung des Vorgehens gegen Serbien zu machen, in der Unterredung nicht gefaßt worden zu sein. Dies mag auch der Grund gewesen sein, warum Tschirschky, obgleich er nach Erhalt eines Telegramms aus Berlin anscheinend noch einmal bei Berchtold, vielleicht telephonisch, vorstellig wurde, keine weitere Mitteilung mehr erhielt. Die Leitung zwischen

Berlin und Wien schien gestört. — So blieb Tschirschky nichts anderes übrig, als dem Kanzler kurz zu melden, daß er den Auftrag ausgeführt, aber bezüglich der militärischen Maßnahmen bis heute abend keine Mitteilung erhalten habe. Das Telegramm ging um 11.50 Uhr aus Wien ab.

Am 29. abends fand auch die bereits erwähnte Demarche Tschirschkys vom vorhergehenden Tage wegen des englischen Vorschlages, die serbische Note als Grundlage für Verhandlungen anzusehen, ihre Erledigung durch ein Memoire, das dem Botschafter noch am späten Abend übermittelt wurde. Bereits am Tage vorher hatte Berchtold Tschirschky schon mitgeteilt, daß er nach der Kriegserklärung an Serbien den Schritt Englands als zu spät erfolgt ansehe. Szögyény war mitgeteilt worden, es würden ihm morgen die Gründe für die Ablehnung des englischen Vorschlages zugehen. Auch dem britischen Botschafter hatte Berchtold bereits am Tage vorher selbst mitgeteilt, daß er den Vorschlag Greys nicht für annehmbar halte.

In dem Memoire selbst wurde erwähnt, daß die in der serbischen Antwortnote enthaltenen Vorbehalte in London nicht genügend berücksichtigt worden seien. Sehr geschickt wurde der Vorwurf Greys, Österreich wolle mit seiner Aktion den russischen Einfluß am Balkan treffen, durch die Bemerkung pariert, dies hätte zur Voraussetzung, daß die gegen die Monarchie gerichtete Propaganda nicht allein serbischen, sondern russischen Ursprungs sei. Die Wiener Regierung sei jedoch bisher von der Auffassung ausgegangen, daß das „offizielle" Rußland diesen der Monarchie feindlichen Tendenzen fernstehe. Hier klingt deutlich vernehmbar die, wie wir wissen, durchaus zutreffende Auffassung des Ballhausplatzes an, daß Rußland, wenn auch nur inoffiziell, für die großserbische Propaganda mitverantwortlich gemacht werden mußte. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß die englische Anregung zu spät gekommen sei, da zur Zeit der deutschen Demarche bereits der Kriegszustand zwischen der Monarchie und Serbien eingetreten und die serbische Antwortnote demnach durch die Ereignisse überholt sei. Auch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Serbien schon vor der Erteilung seiner Antwort mobil gemacht und drei Tage habe verstreichen lassen, ohne die Geneigtheit zu zeigen, den Standpunkt seiner Antwortnote zu verlassen, worauf österreichischerseits dann die Kriegserklärung erfolgt sei. Zum Schluß wurde hervorgehoben, daß ein Einfluß des englischen Kabinetts auf die russische Regierung zwecks Lokalisierung des Konflikts und der Erhaltung des Friedens zwischen den Großmächten begrüßt würde[10].

Die Antwort der Wiener Regierung wurde noch in der gleichen Nacht von Tschirschky nach Berlin weitergegeben, wo sie am frühen Morgen des 30. Juli eintraf.

Daß die russischen Mobilmachungsvorbereitungen tatsächlich eingesetzt hatten, ging aus mehreren Meldungen, die von den österreichischen Konsulaten, insbesondere aus Odessa, aber auch aus Kiew und Moskau vorlagen, mit voller Deutlichkeit hervor[11]. Um 10 Uhr abends traf auch noch auf Ersuchen des k. u. k. Militärattachés in Petersburg, Generalstabshauptmann Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst, eine Meldung von Szápáry ein, die bestätigte, daß der Mobilmachungsbefehl, wie der Kriegsminister ihn für den Fall einer Überschreitung der serbischen

Grenze in Aussicht gestellt habe, ergangen sei. Sasonow habe dies damit erklärt, daß die Mobilmachung von acht österreichischen Armeekorps gegen Serbien zu viel sei, habe aber hinzugefügt, die russische Mobilmachung sei noch immer „kein Grund zur Beunruhigung[12]".

Auch vom k. u. k. Militärattaché in Cetinje lag die Meldung vor, daß Montenegro am 28. seine Mobilmachung verfügt hatte.

Da die französische Mittelmeerflotte anläßlich der Manöver in annähernder Kriegsstärke konzentriert war und auch nach Mitteilungen aus Marseille dort alle Vorbereitungen zu Truppentransporten getroffen wurden, war beschlossen worden, bei Kaiser Franz Joseph die Mobilmachung der gesamten k. u. k. Flotte zu beantragen. Die Mobilmachung der Flotte war auch notwendig, um in der Lage zu sein, den geheimen Abmachungen mit Italien gerecht zu werden, und um mit der italienischen Flotte, die eine fortgeschrittenere Bereitschaft aufwies, kooperieren zu können[13]. Ferner wurde mit Rücksicht auf die russische Mobilmachung beantragt, die Vorbereitung für den etwaigen Abtransport aller Kavallerieregimenter zu verfügen und den planmäßigen Abtransport von zwei für den serbischen Kriegsschauplatz vorgesehenen Kavalleriedivisionen zu unterlassen. Der k. u. k. Generalstab begann somit, auch praktisch ein etwaiges Eingreifen Rußlands in Rechnung zu stellen[14].

Da infolge der weiten Verbreitung der sogenannten Vorhersage der serbischen Antwortnote überall die falsche Auffassung sich verbreitet hatte, daß die serbische Regierung den österreichischen Forderungen weitgehender nachgekommen sei, als dies tatsächlich der Fall war, machte Berchtold am Abend des 29. noch einmal sämtliche in Frage kommenden ausländischen Vertretungen darauf aufmerksam, sie möchten für die Verbreitung des richtigen Wortlauts der serbischen Antwort und des vom Ballhausplatz hierzu gegebenen Kommentars sorgen[15].

Der ihm von Mensdorff mitgeteilten Auffassung, Grey könne zu der Vermutung kommen, daß Deutschland Österreich „vorgeschoben" habe und den Krieg mit Rußland zu provozieren wünsche, trat Berchtold sehr deutlich entgegen und ersuchte den Botschafter in London, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Argumenten Grey darüber entsprechend aufzuklären.

Nachrichten aus Stockholm besagten, daß Schweden sich keinesfalls Rußland anschließen würde, wenn auch ein Anschluß an den Dreibund nicht in Aussicht stand. Eine Mitteilung aus Tokio kündigte strengste Neutralität Japans an[16].

Kapitel 42

Einlenken Wiens

Wien, 30. Juli: Energische Demarche Tschirschkys — Forgách — Conrad bei Berchtold — Nur Schutzwall gegen die Russen — Weisungen nach Petersburg — Wiederaufnahme der direkten Besprechungen — Frühstück bei Berchtold — Erneute Demarche Tschirschkys — Wien und der englische Vermittlungsvorschlag — Conrad wird zu Berchtold gerufen — Audienz in Schönbrunn — Versöhnliche Aussprache Berchtolds mit dem russischen Botschafter — Schebeko der Held des Tages.

Am 30. Juli machte sich infolge der Einwirkung aus Berlin in Wien ein gewisses Einlenken gegenüber Rußland bemerkbar. Wenn man sich auch nicht dazu entschließen konnte, die Aktion gegen Serbien einzuschränken oder von der vollen Erfüllung der gestellten Forderungen abzusehen, so trat doch das Bestreben deutlich zutage, die Verbindung mit Rußland nicht gänzlich abreißen zu lassen und trotz der russischen Mobilmachung weiter zu verhandeln sowie zu versuchen, die Dinge noch zum Stehen zu bringen. Auf die von Grey auf Bitten Sasonows wiederaufgenommene Vermittlung à quatre ging Wien aber trotz energischster Befürwortung durch den deutschen Bundesgenossen nicht ein.

Bei der Mitteilung der Beschwerde Lichnowskys nach Wien, daß die Herren der k. u. k. Botschaft in London durch ihre Äußerungen den Eindruck erweckten, der Ballplatz beabsichtige eine territoriale Verkleinerung Serbiens, war Tschirschky gebeten worden, Berchtold zu empfehlen, dem Mißtrauen vorzubeugen, als wolle die Monarchie die Integrität Serbiens nicht achten. Ferner wurde dem Botschafter mitgeteilt, die Ablehnung direkter Besprechungen Szápárys mit Sasonow habe in London den unangenehmsten Eindruck gemacht. Wenn diese Besprechungen zusammenbrechen würden, wisse Grey nicht, was dann geschehen solle.

Auch wurde Tschirschky davon in Kenntnis gesetzt, daß der serbische Geschäftsträger in Rom San Giuliano die Bereitwilligkeit Serbiens mitgeteilt hatte, unter gewissen Voraussetzungen auch die Punkte 5 und 6 der österreichischen Note anzunehmen. Tschirschky sollte bei der Mitteilung an Berchtold hinzufügen, daß die deutsche Regierung nach einer Besetzung serbischen Gebiets als Faustpfand ein derartiges Nachgeben Serbiens als geeignete Basis für Verhandlungen ansehe. Gleichzeitig wurde Tschirschky über die Beschwerde Sasonows unterrichtet, daß die Unterhaltungen Österreichs mit Rußland keinen Fortgang genommen hätten, was Berchtold von Szögyény bereits unmittelbar erfahren hatte[1].

Mit diesen Aufträgen begab sich Tschirschky am Vormittag zu Berchtold, dem er in Gegenwart von Forgách die entsprechenden Mitteilungen machte. Berchtold erläuterte die Ablehnung der Unterhaltungen mit Rußland dahingehend, er sei nur auf eine Besprechung des serbisch-österreichischen Streites nicht eingegangen, aber andererseits wäre er bereit, alle Österreich und Rußland direkt berührenden Fragen mit Sasonow zu besprechen. Die Auffassung, daß nach Annahme von

Punkt 5 und 6 die Note in ihrer Gesamtheit angenommen wäre, sei ein Irrtum, da Serbien noch andere Vorbehalte gemacht habe. Auch sei die integrale Annahme der Forderungen nach Eintritt des Kriegszustandes nicht mehr ausreichend, und die Bedingungen Österreichs müßten naturgemäß jetzt anders lauten[2]. Ferner komme dazu, daß die Serben inzwischen den Major Tankosić hätten entfliehen lassen[3], dessen Verhaftung nach der serbischen Antwort als verfügt angegeben war.

Infolge der gestrigen deutschen Anregung seien aber an Szápáry Instruktionen ergangen, die Unterhaltung mit Sasonow zu beginnen, und der Botschafter sei ermächtigt, die Note zu erläutern und Anregungen über alle die österreichisch-russischen Beziehungen berührenden Fragen entgegenzunehmen. Auch sagte Berchtold zu, daß er noch heute mit dem russischen Botschafter hierüber sprechen würde. Berchtold notierte sich hierbei die deutschen Wünsche, Schebeko noch einmal zu erklären, daß der Monarchie territoriale Erwerbungen durchaus fernlägen und daß Österreich „nach Friedensschluß" lediglich zur Schaffung von Garantien die vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets bezwecke. Nach Maßgabe der Erfüllung der Friedensbedingungen durch Serbien werde dann die Räumung des von der Monarchie besetzten Gebietes erfolgen.

Als Kaiser Wilhelm den Bericht Tschirschkys über die Auffassung Berchtolds erfuhr, war er im allgemeinen damit zufrieden und fand, daß sein Vorschlag so ziemlich akzeptiert und so gehandelt worden sei, wie er es dem Zaren mitgeteilt habe. Zu dem Passus über die Rückgabe serbischen Gebiets „nach Friedensschluß" stellte der Kaiser die berechtigte Frage, wann der eintreten solle[4].

Über die Auffassungen in Petersburg war der Ballhausplatz auch durch ein Telegramm Szögyénys unterrichtet worden, das bereits in den ersten Morgenstunden eingetroffen war. Der Botschafter berichtete hier über die Mitteilung des Grafen Pourtalès von dessen Unterredung mit Sasonow am vorhergehenden Tage, wonach der Minister sich darüber beschwert hatte, daß der mit Wien beabsichtigte Gedankenaustausch nicht möglich gewesen sei. Auch erblicke Sasonow in der Mobilmachung von ganzen acht Armeekorps eine Spitze gegen Rußland. Dies sei der Grund gewesen, warum man die russische Teilmobilmachung angeordnet habe. Szögyény teilte ferner mit, daß Sasonow hinzugesetzt habe, Rußland könne monatelang Gewehr bei Fuß stehen, und er habe auch nicht die Absicht, Schebeko aus Wien abzuberufen. Pourtalès habe darauf die Anordnung der Kriegsvorbereitungsperiode für Deutschland in Aussicht gestellt, was durchaus keine Drohung gegen Rußland sei, doch würde Deutschland seine Bundesverpflichtungen Österreich-Ungarn gegenüber einhalten[5]. Hiernach hätte also Pourtalès am 29. nicht die Mobilmachung in Aussicht gestellt, sondern nur, wie es Szögyény nannte, den „Krieg"-Vorbereitungszustand. Die Auffassung Szögyénys dürfte auf Mitteilungen der Wilhelmstraße beruhen und entsprach dem, was Bethmann nach Paris, nicht aber dem, was Pourtalès Sasonow mitgeteilt hatte.

Diese Mitteilung Szögyénys wurde am Vormittag von Graf Hoyos Conrad überbracht, dem der italienische Militärattaché Graf Albricci gerade ein sehr höfliches Schreiben des nach dem Tode Pollios zum Chef des italienischen Generalstabes ernannten Generals Graf Cadorna überreicht hatte. Conrad griff den von Sasonow hervorgekehrten Grund, Rußland sehe in der Mobilmachung von acht öster-

reichischen Korps eine Spitze gegen sich selbst, auf und entwarf ein Telegramm, in dem er sich dagegen verwahrte, daß die österreichische Mobilmachung sich gegen Rußland richte. Dagegen sei die Mobilisierung Rußlands aber offensichtlich gegen Österreich gerichtet, weshalb die Monarchie ihre Mobilisierung sofort erweitern müsse, nicht um Rußland anzugreifen oder zu bedrohen, sondern nur, um sich gegen einen russischen Angriff vorzusehen[6].

Mit diesem Telegrammentwurf ging der Generalstabschef gleich zum Ballhausplatz. Berchtold teilte Conrad mit, Deutschland hätte Österreich nahegelegt, die diplomatischen Pourparlers mit Rußland wiederaufzunehmen, wodurch auch die öffentliche Meinung Englands günstig beeinflußt würde. Conrad meinte, Berchtold könne so viel Pourparlers eröffnen, wie er wolle, nur dürften die Operationen gegen Serbien dadurch nicht aufgehalten werden. Dem Generalstabschef war eben in erster Linie an der Durchführung des Krieges gegen Serbien gelegen. Als Berchtold Bedenken äußerte, ob man neben einem Kriege gegen Serbien auch einen Krieg gegen Rußland finanziell aushalten könnte, meinte Conrad, diese Bedenken kämen jetzt zu spät, im übrigen sei es fraglich, ob es zum Kriege gegen Rußland komme. Die Russen könnten in der Erwartung, daß Österreich von Serbien ablassen würde, ebenfalls stehenbleiben. Man brauche gegen die Russen nur einen Schutzwall[7].

Hier zeigt sich, daß Conrad die Lage anders beurteilte als Moltke. Während der österreichische Generalstab ein Stehenbleiben des russischen Heeres gegenüber Österreich für möglich hielt, mit anderen Worten eine Lokalisierung des Krieges trotz erfolgter Mobilmachung auch gegen Rußland, lag dem deutschen Generalstab der Gedanke, daß Rußland sich mit einer bewaffneten Intervention begnüge, fern, und es wurde am Königsplatz mit einem Angriff der Russen auf Österreich gerechnet. Diese unterschiedliche Beurteilung der Lage machte sich fortlaufend bemerkbar und schied erst dann aus, als sich die Lage durch die russische allgemeine Mobilmachung grundlegend geändert hatte.

In Verfolg der Unterredung mit Tschirschky, aus der Berchtold klar wurde, daß man in Berlin ebensowenig wie in London darüber erbaut war, daß Wien die direkten Besprechungen mit Sasonow abgelehnt hatte, lenkte Berchtold nunmehr etwas ein. In seiner Weisung an Szápáry, die am Mittag nach Petersburg abging, stellte er die Auffassung Sasonows möglicherweise als ein Mißverständnis hin und erklärte sich bereit, Sasonow die einzelnen Punkte der im übrigen durch die Ereignisse überholten Note an Serbien durch den Botschafter zu erläutern. Auch sei er bereit, der ihm von Schebeko übermittelten Anregung zu entsprechen und sich auch über die österreichischen Beziehungen zu Rußland auszusprechen, wovon er sich eine friedliche Entwicklung der nachbarlichen Verhältnisse verspreche. Szápáry solle Sasonow von sich aus fragen, welche Belange er dieser Konversation zugrunde legen würde, ja, er könne sogar auf eine unverbindliche, allgemein gehaltene Erörterung eingehen und dabei die Bereitwilligkeit aussprechen, Berchtold hierüber Mitteilungen zu machen[8]. Auch könne er dabei erwähnen, daß Österreich bei seiner Aktion gegen Serbien keinerlei territorialen Erwerb beabsichtige und die selbständige Existenz des Königreichs ganz und gar nicht vernichten wolle. Das österreichische Vorgehen richte sich überhaupt nicht

gegen das Serbentum, sondern gegen die die Monarchie bedrohende, von Belgrad ausgehende subversive Propaganda. Falls Sasonow auch ihm gegenüber bemerken sollte, daß die österreichische Mobilmachung zum Teil gegen Rußland gerichtet sei, dann solle er darauf hinweisen, daß die Mobilisierung einer größeren Anzahl von Korps notwendig gewesen sei, da Serbien 400000 Mann aufbringen könne. Eine feindliche Absicht gegen Rußland liege deswegen jedoch nicht vor[9]. So hoffte auch Berchtold trotz der Mobilmachung noch um einen „Zusammenstoß" mit Rußland herumzukommen.

Es war also ganz klar, was Österreich wollte, Durchführung der Aktion gegen Serbien ohne kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland.

Nach der Unterredung mit Berchtold ging Tschirschky noch einmal auf die Botschaft und fand hier ein Telegramm des Kanzlers vor, das ihm die wachsende Erregung in Berlin über die österreichische Politik vor Augen führte. Bethmann Hollweg hatte die wesentlichen Stellen aus der Meldung von Pourtalès über seine Unterredung mit Sasonow am 29. im Wortlaut übermittelt. Sasonow hatte sich darüber beschwert, daß Wien seinen Wunsch, in direkte Besprechungen einzutreten, mit kategorischer Ablehnung beantwortet hatte. In der Mitteilung von Pourtalès und in der Darstellung Tschirschkys über die Unterredung Berchtolds mit Schebeko sah Bethmann Hollweg einen Widerspruch, den er aufzuklären bat. Wenn man auch Österreich-Ungarn nicht zumuten könne, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen sei, so wäre die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit Petersburg doch ein schwerer Fehler. Auch in der italienischen Frage scheine Wien die deutschen Ratschläge nicht zu beachten. Tschirschky solle sich sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst dem Grafen Berchtold gegenüber aussprechen[10].

Die Aussprache hierüber fand gleich bei dem Frühstück statt, zu dem Berchtold den Botschafter gebeten hatte. Auch Forgách war anwesend. Berchtold erklärte den Widerspruch zwischen seiner Meldung und der Mitteilung Schebekos nach Petersburg mit einem Mißverständnis von russischer Seite. Es sei wohl richtig, daß er Schebeko gesagt habe, er müsse es ablehnen, über die einzelnen Punkte der Note zu diskutieren, doch sei es unrichtig, wenn Schebeko daraus abgeleitet habe, Österreich wolle überhaupt nicht mit Rußland reden. Im übrigen habe er Szápáry bereits angewiesen, in eine Konversation mit Rußland einzutreten[11].

Um eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung zu vermeiden, war der Wiener Presse untersagt worden, etwas über die russische Teilmobilmachung zu bringen, was die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs bemerkt und ihren Regierungen mitgeteilt hatten[12]. Daß die Mobilmachung im übrigen begonnen hatte, wurde durch zahlreiche Meldungen der k. u. k. Konsulate aus Moskau, Odessa und anderen Plätzen bestätigt. Auch hatte Szápáry die uns bekannte Unterhaltung des Legationssekretärs Baron Economo mit dem Großfürsten Nikolaus Michajlowitsch mitgeteilt, der den europäischen Krieg für unvermeidlich hielt[13].

Wie wir uns erinnern, hatte der russische Außenminister nach Berchtolds Ablehnung einer direkten Aussprache mit ihm über die Note und nach erfolgter Kriegserklärung Österreichs an Serbien Grey mitgeteilt, daß er nunmehr wieder

auf eine Konversation zu vieren oder einen sonstigen Vermittlungsvorschlag Greys zurückkomme. Als Voraussetzung hierfür betrachtete die russische Regierung jedoch die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten[14]. Als eine geeignete Grundlage für eine Vermittlung zu vieren, die Deutschland grundsätzlich bereits angenommen hätte, schien, wie wir wissen, auch Grey, „daß Österreich etwa nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe". Eine Vermittlung sei dringend geboten, wenn es nicht zur europäischen Katastrophe kommen sollte.

An diesen Vorschlag Greys, daß entweder die vier Mächte gemeinsam oder Deutschland allein eine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland übernehmen sollten, hatte der Kanzler die uns bereits aus der Darstellung der Vorgänge in Berlin bekannte, recht ernste Mahnung geknüpft, diese Vermittlung nicht abzulehnen, insbesondere weil in diesem Fall auch England gegen die Mittelmächte sein würde. Das politische Prestige Österreichs, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegenüber Serbien könnten durch eine Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde daher der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklichst anheimgestellt, „die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen". Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und Deutschland ungemein schwer[15].

Das Telegramm des Kanzlers, das diese Mitteilung enthielt, wurde noch während des Frühstücks Tschirschky übergeben, und der Botschafter nahm sofort nach Aufhebung der Tafel Gelegenheit, mit Berchtold hierüber zu sprechen. Er las Berchtold und Forgách das Telegramm Bethmann Hollwegs zweimal vor. Berchtold hörte bleich und schweigend zu. Forgách machte sich Notizen. Tschirschky nahm nunmehr Gelegenheit, Berchtold sehr nachdrücklich die Annahme des englischen Vermittlungsvorschlages zu empfehlen. Der von der Monarchie von Anfang an erklärte Zweck der ganzen Aktion gegen Serbien könne durch Annahme des Vermittlungsvorschlages auch ohne Entfesselung des Weltkrieges erreicht werden. Eine völlige Ablehnung der Vermittlung erscheine ihm daher ausgeschlossen. Daß die militärische Besetzung serbischen Gebiets unter ausdrücklicher Zustimmung Rußlands geschehen solle, wie es sich Grey vorstellte, bedeute unstreitig eine wertvolle Stärkung des österreichischen Einflusses auf dem Balkan. Tschirschky bat Berchtold und Forgách, sich die unberechenbaren Folgen einer Ablehnung der Vermittlung vor Augen zu halten. Von sich aus fügte Tschirschky noch hinzu, das britische Kabinett müsse mit der öffentlichen Meinung rechnen, die wegen der von Österreich gezeigten Hartnäckigkeit umzuschlagen beginne. Dem k. u. k. Botschafter gegenüber habe Grey nach dem Empfang Lichnowskys gesagt, er glaube, daß er Österreich-Ungarn jede mögliche Genugtuung verschaffen könne. Ein demütiges Zurückweichen Österreich-Ungarns käme nicht in Frage, da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und mit Zustimmung Rußlands genötigt würden, sich den österreichischen Wünschen unterzuordnen.

Das nachdrückliche Eintreten Tschirschkys für den englischen Vermittlungsvorschlag dürfte auf Berchtold von besonderem Eindruck gewesen sein, da der Botschafter sich bisher immer stark für die österreichischen Forderungen an

Serbien eingesetzt und beispielsweise dem britischen Botschafter gegenüber geäußert hatte, er unterschreibe jede Zeile der Note[16].

Berchtold selbst hielt mit seiner Ansicht anscheinend zurück und erklärte Tschirschky nur, daß er Kaiser Franz Joseph, der an diesem Nachmittag in Schönbrunn erwartet wurde, Vortrag halten würde. Als sich Berchtold empfohlen hatte, um sich zur Audienz umzukleiden, nahm Tschirschky noch einmal Gelegenheit, Forgách sehr ernst ins Gewissen zu reden, der sich schließlich dahin äußerte, daß er ein Eingehen auf die Vermittlung für geboten erachte, wenn ihm auch eine Einschränkung der im Gang befindlichen militärischen Operationen kaum möglich schien.

Nach diesen Unterredungen gab Tschirschky zunächst eine kurze Meldung nach Berlin auf, in der er die Ausführung seines Auftrages meldete und mitteilte, er würde nach Einholung der Befehle des Kaisers Franz Joseph durch Berchtold umgehend Antwort erteilen. Später nahm Tschirschky noch einmal Gelegenheit, mit Forgách und Hoyos sehr ernst im Sinne der Auffassungen des Reichskanzlers Rücksprache zu nehmen. Nach einem Telephongespräch mit dem Dirigenten der politischen Abteilung, von Stumm, das noch am Nachmittag stattfand und in dem Tschirschky zum Ausdruck brachte, daß Wien wahrscheinlich jedes Einlenken, insbesondere den letzten Vorschlag Greys, ablehnen würde, sprach der Botschafter erneut mit Forgách und Hoyos, doch ohne Erfolg. Beide versicherten ihm vielmehr, daß ihrer Ansicht nach mit Rücksicht auf die Stimmung in der Armee und im Volke eine Einschränkung der militärischen Operationen ausgeschlossen sei. Morgen früh werde Graf Tisza in Wien erwartet, dessen Ansicht bei dieser weittragenden Entscheidung eingeholt werden müsse[17].

Bevor Berchtold sich auf den Weg nach Schönbrunn machte, ließ er Conrad zu sich bitten, um ihn von dem englischen Vermittlungsvorschlag in Kenntnis zu setzen. Er benutzte hierzu die Notizen, die sich Forgách gemacht hatte[18]. Da bereits am Vormittag die Absicht bestanden hatte, daß Conrad am Abend beim Kaiser die allgemeine Mobilisierung als Gegenmaßnahme für die russische Mobilmachung beantragen sollte, man aber im Zweifel war, ob dieser Schritt auch jetzt noch angebracht sei, ging Conrad gleich zusammen mit Berchtold nach Schönbrunn. Auch der Kriegsminister, Feldzeugmeister Ritter von Krobatin, wurde veranlaßt, sich der Audienz anzuschließen.

Bei der Audienz Berchtolds, die im Beisein von Conrad und Krobatin stattfand, erstattete der Minister Seiner Apostolischen Majestät zunächst an Hand der Aufzeichnung des Grafen Forgách über die Demarche des deutschen Botschafters Vortrag. Franz Joseph erklärte sofort, daß die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien unmöglich sei. Hierauf wurde besprochen, was man von Serbien fordern müßte, falls es sich jetzt unterwürfig zeigen sollte. Nach Auffassung Berchtolds müßte Serbien das Ultimatum Wort für Wort annehmen und die Auslagen ersetzen, die durch die Mobilmachung entstanden seien. Conrad verlangte auch, daß zur Sicherung der militärischen Lage Belgrad und Šabac mit den anschließenden Gebieten für die Anlage ausgedehnter Befestigungen gefordert werden sollten, wobei Serbien die Kosten hierfür zu tragen hätte. Hiergegen erhob der Kaiser jedoch Einspruch. Auch Berchtold war dagegen und bezog sich hierbei

auf die Auffassungen Tiszas, daß keine Gebietsabtretungen gefordert werden dürften. Conrad blieb jedoch dabei, daß die Feindseligkeiten gegen Serbien bei der Stimmung der Armee jetzt nicht eingestellt werden könnten. Man müsse dies Deutschland sagen. Wenn Rußland mobilisiere, müsse man eben auch mobil machen. Berchtold wandte nun ein, daß dies Millionen kosten würde, und wenn die Armee in Galizien stehe, würde es doch zum Kriege mit Rußland kommen. Demgegenüber war Conrad der Auffassung, daß, wenn die Russen den Österreichern nichts tun würden, sie ihnen auch nichts zu tun brauchten. Der Gedanke einer bewaffneten Neutralität Rußlands, wie er dem Zaren vorschwebte und den Tatischtschew ursprünglich Kaiser Wilhelm vermittels einer „note explicative" darlegen sollte, schien somit auch dem k. u. k. Generalstabschef möglich. Wenn die Mobilmachung rechtzeitig verfügt würde, sei die Lage nicht zum Verzweifeln. Conrad wäre es unverantwortlich erschienen, in Anbetracht der russischen Mobilmachung die eigene Mobilmachung zu unterlassen, da sonst der Weg nach Budapest und Wien den russischen Heeren offen gestanden hätte.

Das Ergebnis der Audienz war folgendes: Der Krieg gegen Serbien sollte fortgesetzt werden, der englische Vorschlag sei, wenn auch in sehr verbindlicher Form, abzulehnen. Die allgemeine Mobilmachung sollte am 1. August mit dem 4. August als 1. Mobilmachungstag angeordnet werden, doch sollte hierüber noch am nächsten Tage gesprochen werden. Conrad hatte hierzu bemerkt, daß es besser wäre, morgen, d. h. am 31., die Mobilmachung anzuordnen, äußerstenfalls aber hätte es Zeit bis zum 1. August. Daß zunächst nur die Durchführung der militärischen Operationen gegen Serbien ins Auge gefaßt war, ging auch daraus hervor, daß im Falle der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung das Armeeoberkommando, das dem Erzherzog Friedrich anvertraut werden sollte, zunächst nach dem serbischen Kriegsschauplatz abgehen würde. Sollte später der Kriegsfall gegen Rußland eintreten, so würde das Oberkommando immer noch rechtzeitig in Galizien eintreffen.

In der Audienz kam auch die Frage einer Besetzung Belgrads, die aus militärischen Gründen nicht als „Handstreich" durchzuführen war, zur Sprache. Es wurde jedoch von diesem Unternehmen abgeraten, das vom Generalstabschef als ein gewagtes Abenteuer bezeichnet wurde, für das er die Verantwortung nicht übernehmen könnte.

Die Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages erfolgte somit aus politischen und militärischen Gründen[19]. Während der Audienz zeigte Kaiser Franz Joseph tiefen Ernst und ruhige Entschlossenheit.

Dem deutschen Botschafter wurde nur mitgeteilt, daß eine Antwort auf die Demarche erst nach dem Eintreffen des Grafen Tisza erfolgen könnte, der Minister würde aber erst am nächsten Morgen in Wien eintreffen. So blieb Tschirschky nichts anderes übrig, als dies unter ausführlicher Darlegung seiner Bemühungen nach Berlin mitzuteilen. In dem Telegramm, das erst nach 1.30 Uhr nachts herausging, erwähnte Tschirschky noch, daß der Generalstabschef schon heute abend dem Kaiser den Befehl für die allgemeine Mobilisierung der Armee als Antwort auf die russischerseits getroffenen Maßnahmen unterbreiten sollte, man sei sich jedoch nicht darüber im klaren gewesen, ob bei der jetzigen Sachlage die Mobil-

machung noch geboten wäre. Auf die Hauptfrage, ob die Wiener Regierung auf den englischen Vermittlungsvorschlag eingehen würde, konnte der Botschafter somit noch keine Antwort geben[20].

Für den Aufschub der Unterzeichnung des Befehls für die allgemeine Mobilmachung dürfte neben dem mit Nachdruck empfohlenen deutsch-englischen Vermittlungsvorschlag mitgesprochen haben, daß Wien im Zweifel war, wieweit Deutschland mitgehen würde. Nach dieser Richtung hin dürfte auch ein Telegramm Kaiser Wilhelms an Franz Joseph gewirkt haben, das nach 8 Uhr abends in Schönbrunn eintraf. Wilhelm II. teilte hier mit, daß er die persönliche Bitte des Zaren um einen Vermittlungsversuch nicht habe ablehnen können und daher seiner Regierung gestern und heute durch seinen Botschafter Vorschläge habe unterbreiten lassen, „daß Österreich nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe". Er wäre aufrichtig dankbar, wenn der Kaiser ihm seine Entscheidung möglichst bald zugehen lassen wollte[21].

In Verfolg der Audienz in Schönbrunn empfing Berchtold auch den russischen Botschafter. Der Minister erklärte Schebeko, es sei ihm mitgeteilt worden, daß Sasonow von der glatten Ablehnung seines Vorschlages einer Aussprache mit Szápáry peinlich berührt sei, sowie darüber, daß kein Gedankenaustausch mit Schebeko stattgefunden habe. Anscheinend liege hier ein Mißverständnis vor, und er habe bereits Szápáry beauftragt, Sasonow ausführliche Erläuterungen bezüglich der Note zu geben, wenn diese auch nach der Kriegserklärung als überholt erscheinen müßten. Es könne sich hierbei nur noch um nachträgliche Aufklärungen handeln, da Österreich niemals die Absicht gehabt habe, sich von den Forderungen der Note etwas abhandeln zu lassen. Auch sei Szápáry ermächtigt worden, der Anregung des Botschafters folgend, mit Sasonow die besonderen Beziehungen zu Rußland freundschaftlich zu besprechen. Wenn sich Sasonow darüber beklage, es hätte kein Gedankenaustausch zwischen Schebeko und ihm stattgefunden, müsse das auf einem Irrtum beruhen, da sie ja vor zwei Tagen sehr ausführlich alle aktuellen Fragen durchgesprochen hätten.

Schebeko bemühte sich dann, Berchtold die Gründe auseinanderzusetzen, warum man in St. Petersburg Österreichs Vorgehen gegen Serbien mit solcher Besorgnis betrachte. Rußland müsse darüber orientiert sein, was Österreich mit Serbien vorhätte, ob es die Souveränität Serbiens tangieren, es ganz niederwerfen oder gar zertreten wollte. Durch historische und andere Bande sei Rußland mit Serbien verbunden, so daß es dem Schicksal Serbiens nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Petersburg habe mit Nachdruck auf Belgrad eingewirkt, die österreichischen Forderungen zu erfüllen, allerdings zu einer Zeit, wo man noch nicht wissen konnte, was für Forderungen Österreich später stellen würde. Aber selbst bezüglich dieser Forderungen würde man sich dafür einsetzen, das Mögliche durchzubringen.

Berchtold erwiderte, daß Österreich mehrere Male erklärt hätte, es habe keine Eroberungsabsichten, wolle auch die Souveränität des Königreichs nicht antasten, sondern bloß Sicherheit gegen Beunruhigung von seiten Serbiens haben. Hieran knüpfte sich eine lange Erörterung über das unleidliche Verhältnis gegenüber Serbien, wobei Berchtold Schebeko deutlich zu verstehen gab, daß hieran auch

die russische Diplomatie schuld sei, was Schebeko nicht abstritt, wenn er auch Sasonow hierbei in Schutz nahm.

Berchtold kam dann auf die russische Mobilmachung zu sprechen, deren Gründe er sich nicht erklären könne, da kein Streitfall zwischen Rußland und Österreich vorliege. Österreich habe bis jetzt nur gegen Serbien mobilisiert, was schon daraus zu ersehen sei, daß die gegen Rußland grenzenden Korps, nämlich das I., X und XI., nicht mobilisiert worden seien. In Anbetracht der russischen Mobilmachung, die sich offensichtlich gegen die Monarchie richte, sei Österreich jedoch nunmehr gezwungen, seine Mobilmachung zu erweitern. Doch hob Berchtold ausdrücklich und in freundschaftlichster Form hervor, daß diese Maßnahme keinen feindlichen Charakter gegen Rußland trage und nur als die notwendige Gegenmaßnahme gegen die russische Mobilmachung zu betrachten sei. Zum Schluß bat Berchtold den Botschafter, dies nach Petersburg zu melden, was ihm Schebeko zusagte[22].

Über die Unterredung, die am späten Nachmittag des 30. Juli stattfand, hat Schebeko noch am gleichen Tage Sasonow Mitteilung gemacht, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß die in Aussicht stehende Mobilmachung an der russischen Grenze „keine Drohung gegen Rußland" enthalte und die Maßnahme nur angesichts der militärischen Vorbereitungen Rußlands getroffen worden sei[23]. Wann das Telegramm in Petersburg eingegangen ist, wissen wir nicht. Auf jeden Fall konnte aber auch diese an sich aussichtsvolle Unterredung auf den Gang der Ereignisse keine Wirkung mehr ausüben, da in Petersburg bereits die allgemeine Mobilmachung angeordnet war und es als ausgeschlossen betrachtet werden mußte, die Mobilmachung zum zweitenmal rückgängig zu machen. So dürfte eine besondere Tragik darin liegen, daß nach Anordnung der allgemeinen Mobilmachung am Nachmittag des 30. Juli nicht nur von deutscher und französischer, sondern auch von österreichischer Seite Mitteilungen nach Petersburg gelangten, die den Entschluß des Zaren zur allgemeinen Mobilmachung vielleicht doch noch hätten verhindern können, wenn sie dem Zaren etwas früher bekanntgeworden wären.

Nach seiner Unterredung mit Berchtold begab sich Schebeko zunächst auf die französische Botschaft zu Dumaine, bei dem sich gerade Sir Maurice de Bunsen befand. Beiden berichtete er über die freundschaftlich verlaufene Unterhaltung, von der er sich anscheinend noch sehr viel zu versprechen schien. So sagte er, zur Beilegung des österreichisch-serbischen Streites würden nunmehr die Verhandlungen in Petersburg zwischen Sasonow und Szápáry wiederaufgenommen. Szápáry sei ermächtigt worden, über ein Übereinkommen zu verhandeln, das mit der Würde und dem Ansehen beider Mächte vereinbar wäre. Die Prüfung der Angelegenheit würde somit jetzt unmittelbar zwischen Österreich und Rußland als den beiden meistbeteiligten Mächten erfolgen, anstatt durch die vier nicht direkt beteiligten Mächte, wie es Grey ursprünglich vorgeschlagen hatte. Der britische Botschafter erklärte sofort, daß das Foreign Office dieses neue Vorgehen völlig billigen würde. Schebeko versicherte noch, daß die russische Regierung den Forderungen der Monarchie in sehr viel höherem Grade Rechnung tragen werde, als man annehme. Im Gegensatz zu dem, was erzählt würde, habe

Rußland Serbien immer erklärt, daß es sich den harten Tatsachen fügen müsse. Der neue russische Gesandte in Belgrad sei unter dem Gesichtspunkt ausgewählt worden, diese Verzichtpolitik zur Annahme zu bringen. Weiter erklärte Schebeko, auf das Gerücht hin, Österreich werde als Antwort auf die russische Mobilmachung gleich den Krieg erklären, habe er schon mit dem Packen seiner Sachen begonnen, doch hoffe er nunmehr, daß noch etwas unternommen werden könne, um den Krieg zu verhindern. Seine einzige Befürchtung wäre, daß eine deutsche Mobilmachung an der russischen Grenze wie auch an der französischen Grenze drohe. Schebeko, der sich von der Unterredung sehr befriedigt zeigte, wurde auch von seinen beiden Kollegen wegen seines Erfolges beglückwünscht. Schebeko galt an diesem Abend in Wien als der Held des Tages. Daß ihm sein Konzept durch die russische allgemeine Mobilmachung inzwischen schon völlig verdorben war, konnte der zu früh triumphierende Botschafter natürlich nicht ahnen.

Der günstige Eindruck der Unterredung Schebekos mit Berchtold, den auch Dumaine und Bunsen hatten, wurde leider dadurch gestört, daß zu dieser Zeit die unrichtige Nachricht von einer deutschen Mobilmachung nach Wien ging, die durch ein versehentlich veröffentlichtes Extrablatt des „Berliner Lokal-Anzeigers" verursacht worden war[24].

Um den Zusammenhang nicht zu verlieren, müssen wir uns jetzt wieder den Ereignissen in Berlin zuwenden.

Kapitel 43

Abwarten in Berlin

Berlin, 30. Juli: Jagow geht zu Goschen — Demarche Szögyénys — Der Reichskanzler an den Botschafter in London — Unterredung Moltkes mit Fleischmann — Auffassungen des Kaisers — Telegramm an König Georg — Müller-Telegramm — Vorschläge Bethmann-Hollwegs — Empfang der Bundesratsbevollmächtigten — Sitzung des Preußischen Staatsministeriums — Unterredung der militärischen Berater beim Kanzler — Moltke spricht mit Bienerth — Das Extrablatt des Lokal-Anzeigers — Gerard — Cambon bei Jagow — Ablehnung der Demarche in Petersburg und Paris — Szögyény bei Zimmermann — Berlin wartet auf die Wiener Antwort — Wilhelm II. an Franz Joseph — Telephongespräch Stumms mit Tschirschky — Auch telegraphische Einwirkung auf Wien — „strained relations" noch nicht erfolgt — Der Kaiser über die Lage — Besprechungen beim Kanzler — Jagow zur Sasonowformel — Haeften bei Moltke.

Während am 30. Juli in Petersburg die Entscheidung gefallen war, blieb in Berlin noch alles in der Schwebe. Hatten in Rußland die für die Sicherheit des Reiches verantwortlichen Militärs, Generalstabschef und Kriegsminister, die als notwendig angesehene allgemeine Mobilmachung erreichen können, so gelang es Moltke und Falkenhayn an diesem Tage nicht einmal, die militärisch gebotene Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" durchzusetzen. Nur bei der Marine setzte eine Vorstufe der Mobilmachung, die „Sicherung", ein. Während in Rußland der Außenminister sich auf die Seite der Militärs stellte, wurden von Bethmann Hollweg im Interesse der Erhaltung des Friedens die militärischen Gesichtspunkte den noch nicht ganz ausgeschöpften politischen Möglichkeiten untergeordnet. Hinzu kam, daß man in der Wilhelmstraße noch immer auf eine Antwort Wiens auf die eigenen und britischen Vorschläge wartete, sich mit der Besetzung Belgrads zu begnügen und die serbische Antwortnote zur Grundlage von Verhandlungen zu machen.

Am Vormittag des 30. suchte Jagow den britischen Botschafter auf, um ihm mitzuteilen, daß er entsprechend dem Wunsche Greys „sofort" bei der österreichischen Regierung angefragt habe, ob sie nach der Besetzung Belgrads eine Vermittlung annehmen werde, er habe aber bisher noch keine Antwort erhalten. Nach seiner Ansicht könne der Friede nur noch erhalten werden, wenn Rußland inzwischen keine aggressiven Schritte gegen Österreich unternehme. Durch die russische Mobilmachung wie auch durch französische Maßnahmen sei die militärische Lage Deutschlands sehr schwierig geworden, und man müsse bald dagegen etwas tun. Wenn Deutschland mobilisiere, müsse es aber gleich nach drei Seiten hin sein. Jagow erwähnte dann noch, Grey habe Lichnowsky zu verstehen gegeben, daß England vielleicht mit Rußland und Frankreich zusammengehen müsse. Wenn man dies früher gewußt hätte, so würde der Kanzler mit Goschen nicht so gesprochen haben, wie es gestern abend geschehen sei. Da Goschen über

diese Unterredung Greys mit Lichnowsky selbst noch keine Mitteilung erhalten hatte, konnte er jedoch hierauf nicht näher eingehen[1].

Szögyény nahm am gleichen Vormittag Gelegenheit, Jagow mitzuteilen, daß in Österreich aus militärischen Gründen unverzüglich die allgemeine Mobilmachung veranlaßt werden müßte, wenn die Mobilmachung der vier russischen Militärbezirke nicht sofort eingestellt würde. Es sei daher erwünscht, in Petersburg und vielleicht auch in Paris sogleich vorstellig zu werden, daß eine Fortsetzung der russischen Mobilmachung in Deutschland und Österreich-Ungarn Gegenmaßregeln hervorrufen müßte, die ernste Konsequenzen nach sich ziehen würden. Die österreichische Regierung würde ihre Botschafter in Petersburg und Paris anweisen, derartige Erklärungen abzugeben, sobald ihre deutschen Kollegen entsprechende Weisungen erhalten hätten. Ob man auch Italien hiervon unterrichten sollte, wolle man der deutschen Regierung überlassen. Doch würde sich die k. u. k. Regierung in ihrer kriegerischen Aktion gegen Serbien selbstverständlich nicht beirren lassen.

In dieser Demarche kam die am gestrigen Tage hervorgetretene Absicht Wiens, mit Hilfe einer deutschen Drohung die Einstellung der russischen Mobilmachung gegen Österreich zu erreichen, noch einmal deutlich zum Ausdruck. Jagow erklärte, daß er erst mit dem Kanzler sprechen müßte, bevor er hierauf einen Bescheid geben könnte[2].

Ferner unterrichtete Jagow Szögyény von der Weitergabe des englischen Vermittlungsvorschlages und bemerkte, er sehe vollkommen ein, daß Österreich nach der Mobilmachung und Kriegserklärung eine militärische Genugtuung haben müsse. Diese sei aber nach einer Besetzung in Serbien erreicht, so daß Österreich darauf seiner Ansicht nach in Verhandlungen mit den Mächten eintreten könnte.

Bethmann Hollweg wies noch am Vormittag Lichnowsky auf die Gefahren hin, die durch die russische Mobilmachung und die französischen Kriegsvorbereitungen hervorgerufen worden seien. Eine Aufforderung Deutschlands an Frankreich, die Vorbereitungen einzustellen, könne kaum anders als in Form eines Ultimatums gestellt werden. Nur wenn es Grey gelingen sollte, Frankreich zu bewegen, seine Maßnahmen sofort aufzugeben, könne dies verhindert werden. Ferner müsse Grey bei Rußland die Annahme seines Vorschlages durchsetzen und den russischen Aufmarsch an der österreichischen Grenze verhindern[3].

Gegen 10 Uhr vormittags meldete sich der am gestrigen Tage in Berlin als k. u. k. Verbindungsoffizier eingetroffene Hauptmann im Generalstab Moritz Fleischmann von Theißruck zum Dienstantritt beim General von Moltke. In gleicher Eigenschaft war ein Hauptmann Hasse vom Generalstab in Berlin nach Wien entsandt worden. Zwischen den beiden Generalstäben wurde eine unmittelbare Fernsprechverbindung hergestellt, die zur Übermittlung verzifferter Mitteilungen diente[4]. Moltke teilte Fleischmann mit, daß er bestimmte Nachrichten über die Mobilmachung der vier wiederholt genannten russischen Militärbezirke habe, doch gebe die endgültig erkannte Mobilmachung Rußlands gegen Österreich noch keine Veranlassung zu einer gleichen Maßnahme Deutschlands. Die deutsche Mobilmachung würde erst bei Eintritt des Kriegszustandes zwischen Österreich und Rußland erfolgen. Im Gegensatz zu den russischen Mobilisierun-

gen würde eine deutsche Mobilmachung unbedingt zum Kriege führen. Moltke gab dann seiner Vermutung Ausdruck, daß nach der Mobilisierung von 14 Armeekorps in Rußland nunmehr auch die Mobilisierung der gesamten k. u. k. Armee erfolgen müsse. Sehr wichtig sei, daß eine eventuelle Kriegserklärung von seiten Rußlands, nicht aber von seiten der Monarchie erfolge, um sich nicht den Anschein eines angriffsweisen Vorgehens vor Europa zu geben und insbesondere auch nicht vor England, das im Falle einer Kriegserklärung Rußlands keinesfalls im Rahmen der Triple-Entente mittun würde. Da Fleischmann auf Grund der Mitteilung Moltkes, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich für Deutschland noch nicht den Bündnisfall bedeute, Gegenvorstellungen erhob, schrieb Moltke eigenhändig eine in Stichworten abgefaßte Depesche auf und bat Fleischmann, diese sogleich dem General von Conrad telephonisch zu übermitteln. Fleischmann unterließ es, die Depesche durch Einschiebung einiger fehlender Worte zu ergänzen, und gab einfach die Stichworte Moltkes in der Originalfassung als Fernspruch an Conrad auf. Der Wortlaut war folgender: „Rußlands Mobilisierung noch kein Anlaß zur Mobilisierung; erst bei Eintritt des Kriegszustandes zwischen Monarchie und Rußland. Im Gegensatz zu den schon gewohnheitsmäßigen russischen Mobilisierungen und Demobilisierungen würde Deutschlands Mobilisierung unbedingt zum Krieg führen. Nicht Rußland Krieg erklären, sondern Angriff Rußlands abwarten[5].“

Conrad war ganz der Ansicht Moltkes, und es ging kurz darauf von ihm die Antwort ein, die Österreicher würden den Russen nicht den Krieg erklären und den Krieg auch nicht beginnen.

Kurz darauf gab Fleischmann ein zweites Telegramm auf, in dem er mitteilte, daß der russische Botschafter in Berlin offiziell die Mobilmachung in den Bezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mitgeteilt habe und der Generalstabschef um Mitteilung der Entschlüsse des Generalstabs in Wien bitte. Die Meldung ging um 1 Uhr 15 mittags von Berlin ab.

Die erfolgte Mobilmachung in Rußland war inzwischen auch von Pourtalès in einem Telegramm gemeldet worden, das um 11 Uhr 50 vormittags in Berlin eintraf. Neben der Mobilmachung der vier Militärbezirke und der Flotte meldete der Botschafter auch die Mobilmachung der Kosakenheere Don, Kuban, Terek, Astrachan, Orenburg und Ural. In den Militärbezirken Warschau, Wilna, Petersburg seien Einberufungen jedoch nicht angeordnet worden[6].

Noch in der Nacht war im Neuen Palais in Potsdam die Mitteilung des Zaren auf das letzte Telegramm des Kaisers eingegangen, daß er heute abend den General Tatischtschew mit Instruktionen schicken würde[7]. Wir wissen bereits, daß diese aussichtsvolle Mission leider nicht mehr zur Ausführung kam.

Um 7 Uhr morgens war dem Kaiser ein kurzer Bericht des Reichskanzlers über die erfolgte russische Teilmobilmachung vorgelegt worden, der sich auf die Ankündigung des Grafen Pourtalès und die gestrige Mitteilung Swerbejews stützte. Nach Mitteilung des russischen Botschafters seien jedoch die diplomatischen Beziehungen zu Österreich nicht abgebrochen, auch wären gegen Deutschland keine Mobilmachungsanordnungen getroffen worden. Er hätte Sasonow durch Pourtalès auf die wahrscheinlichen Konsequenzen dieser Mobilmachung gegen Öster-

reich hinweisen und ersuchen lassen, während der Verhandlungen mit Wien jeden kriegerischen Konflikt mit Österreich zu vermeiden.

Der Kaiser war in der ersten Erregung über die nun zur Tatsache gewordene russische Mobilmachung gegen Österreich der Meinung, der Zar habe mit dem Appell an seine Hilfe für seine Vermittlung einfach Komödie gespielt und ihn angeführt. Daraufhin müsse er nun auch mobil machen. Der Wunsch des Zaren, er möge sich durch die russischen Mobilmachungsmaßregeln in seiner Vermittlerrolle nicht stören lassen, sei einfach „kindisch" und lediglich darauf berechnet, Deutschland „auf den Gänsedreck zu führen". Er betrachte daher seine Vermittleraktion als gescheitert[8]. Irgendwelche Entschlüsse in dieser Richtung wurden jedoch nicht gefaßt.

Wie der Kaiser am Vormittag die Lage beurteilte und welche Hoffnungen er für die Erhaltung des Friedens trotz aller bisherigen Enttäuschungen auf England setzte, drückt sich am besten in einem Telegramm an seine Tante, die Großherzogin Luise von Baden, aus, das am Vormittag vom Neuen Palais abging. Es heißt hier, die Erhaltung des Friedens liege nicht mehr in Berlin, sondern einzig und allein noch in London. Wenn England ehrlich den Frieden erhalten wolle, brauche es nur klipp und klar in Paris wissen zu lassen, „daß Frankreich bei solch ungerechtem Krieg nicht auf Englands Hilfe rechnen könne und sich ruhig verhalten müsse". Würde dasselbe auch in Petersburg gesagt, so würden beide Staaten trotz der Mobilmachung nicht zum Kriege schreiten. Durch ein klares, ehrliches Manneswort könne England Europa vor dem Weltbrand bewahren. Das Telegramm schließt dann mit der Frage: Wird England „die moralische Kraft haben, das Wort zu sprechen[9]?!"

Gegen Mittag wurde vom Kaiser noch ein Telegramm des Prinzen Heinrich an den König von England veranlaßt, dessen Wortlaut der Kaiser mit dem Prinzen zusammen aufgesetzt hatte. Es wurde hier Bezug genommen auf die Botschaft (message) des Königs von den Neutralitätsabsichten Englands, die der Prinz dem Kaiser inzwischen übermittelt hätte. Ferner wurde auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die durch die russischen Mobilmachungsmaßnahmen sowie durch die militärischen Vorbereitungen Frankreichs hervorgerufen worden seien, und der König wurde gebeten, seinen Einfluß auf Frankreich und Rußland auszuüben, daß sie neutral bleiben sollten. Auch wurde eine gegenseitige Unterstützung Deutschlands und Englands empfohlen, um die furchtbare Katastrophe eines europäischen Krieges zu verhindern, und die Aufrichtigkeit der Friedensbemühungen des Kaisers hervorgehoben. Die militärischen Vorbereitungen seiner Nachbarn könnten ihn aber schließlich zwingen, „zur Sicherheit seines eigenen Landes" ihrem Beispiel zu folgen[10].

Als der Kaiser gerade mit der Abfassung dieses Telegramms fertig war, wurde ihm eine Meldung des Marineattachés in London, des Korvettenkapitäns von Müller, vorgelegt, die für ihn als den Sohn einer englischen Mutter eine schwere Enttäuschung bedeutete. Nach einer privaten Mitteilung Greys an Lichnowsky könne England, falls der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbreche, „nicht untätig bleiben". Weiter heißt es dann in der Meldung: Demgemäß sei in

diesem Falle nicht auf Neutralität zu rechnen, sondern auf „sofortigen Angriff gegen Deutschland durch die Flotte[11]".

Als der Kaiser dieses Telegramm las, war er tief betroffen, wenn er auch äußerlich seine Ruhe bewahrte[12]. Das Telegramm war sowohl vom Admiral von Pohl als auch vom Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller, dem es Pohl vorher gezeigt hatte, als der „härteste Schlag dieser Tage" empfunden worden[13]. Die Erklärung hierfür liegt, wie wir noch sehen werden, darin, daß das Telegramm Müllers so aufgefaßt wurde, als ob Grey selbst zu Lichnowsky gesagt habe, es sei im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich nicht auf Neutralität, sondern auf sofortigen Angriff gegen Deutschland durch die Flotte zu rechnen, während dies nur die persönliche Auffassung des Marineattachés war. Auf die Unterredung Greys mit Lichnowsky, die bereits bei dem Gespräch Jagows mit Goschen erwähnt wurde, kommen wir noch zurück. Der Kaiser sah in diesem Telegramm natürlich auch einen Widerspruch gegenüber den Äußerungen des Königs Georg zum Prinzen Heinrich.

Der Glaube, daß England doch wenigstens anfangs neutral bleiben würde, hatte damit einen empfindlichen Stoß erlitten, und bei Wilhelm II. bildete sich immer mehr die Überzeugung heraus, daß der ganze Krieg offensichtlich zwischen England, Frankreich und Rußland zur Vernichtung Deutschlands abgemacht worden sei, und zwar zuletzt durch die Besprechungen der Engländer mit Poincaré in Paris im Frühjahr 1914 und kürzlich in Petersburg. Der österreichisch-serbische Konflikt diene nur als Entschuldigung, um über Deutschland herzufallen[14]. Die Auffassung ist insofern von Interesse, weil sie genau das Gegenstück von dem ist, was vice versa während der Pariser Friedensverhandlungen Deutschland zum Vorwurf gemacht worden ist.

Seine Vorstellung von dem Verhalten Englands empörte den Kaiser innerlich aufs höchste, da er selbst, wie viele seiner Randbemerkungen vom 30. Juli zeigen, von friedlichen Absichten erfüllt war und alles versucht hatte, den rollenden Stein noch aufzuhalten. Besonders die Randbemerkungen, die der Kaiser zu zwei Artikeln des „Daily Chronicle" vom 29. Juli gemacht hat, geben davon Zeugnis, daß Wilhelm II. nicht im geringsten irgendwelche kriegerischen Absichten verfolgte[15].

Hierauf wurden dem Kaiser noch weitere Telegramme und schriftliche Vorschläge des Kanzlers vorgelegt, unter denen sich auch das Telegramm Lichnowskys über seine bereits gelegentlich des Gesprächs Jagows mit Goschen sowie des Müller-Telegramms erwähnte Unterredung mit Grey am Nachmittag des 29. Juli befand. Grey war hierbei wieder auf seinen Vorschlag der Vermittlung zu vieren, den Deutschland bereits grundsätzlich angenommen habe, zurückgekommen. Ihm persönlich scheine eine geeignete Grundlage für die Vermittlung, „daß Österreich etwa nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe". Wenn Bethmann Hollweg die Vermittlung übernehmen wolle, so sei ihm das natürlich auch recht, eine Vermittlung sei aber dringend geboten, wenn es nicht zu einer europäischen Katastrophe kommen sollte. Hierauf hatte Grey, um sich später nicht den Vorwurf der Unaufrichtigkeit zuzuziehen, Lichnowsky folgende Mitteilung gemacht: Die britische Regierung

könne, solange der Konflikt sich auf Österreich und Rußland beschränke, abseits bleiben. Würden aber Deutschland und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere, und die britische Regierung würde sich unter Umständen zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen. Es würde nicht gehen, lange abseits zu stehen und zu warten. Der Kaiser schrieb, wohl im Hinblick auf das Müller-Telegramm, hierzu an den Rand: „d. h. sie werden uns anfallen".

In der Äußerung Sir Edwards, daß England nicht abseits bleiben könnte, wenn Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden, sah der Kaiser einen Versuch, Deutschland nahezulegen, Österreich sitzenzulassen, was der Kaiser als „urgemein und mephistophelisch! aber recht Englisch" bezeichnete. In der zusammenfassenden Schlußbemerkung des Kaisers zeigt sich wieder das alte Bild, daß der Monarch den Äußerungen König Georgs eine zu weitgehende Bedeutung beimaß und England daher der Täuschung bezichtigte. Bezeichnend für die Auffassung des Kaisers war auch seine Bemerkung, Grey wisse ganz genau, daß, wenn er nur ein einziges, ernstes, scharfes, abmahnendes Wort in Paris und Petersburg sprechen und zur Neutralität ermahnen würde, „beide sofort stille bleiben werden". Somit trage England allein die Verantwortung für Krieg und Frieden, und dies müsse auch öffentlich klargestellt werden[16].

Zur Vorlage des Telegramms Lichnowskys an den Kaiser hatte der Kanzler ein sehr ruhig gehaltenes Begleitschreiben beigefügt, in dem er mitteilte, daß er die in dem Telegramm übermittelten englischen Vorschläge Berchtold zur ernsten Erwägung unterbreitet habe. Weiter unterrichtete er den Kaiser von der in der Nacht eingegangenen Meldung Tschirschkys, daß er den Vermittlungsauftrag S. M. bei Berchtold ausgerichtet, trotz Drängens aber bis Mitternacht noch keine definitive Antwort erhalten habe. Großes Vertrauen auf das Gelingen der Vermittlungsaktion schien zwar auch Bethmann-Hollweg nicht zu haben, da er die ganze Angelegenheit als eine „Episode" bezeichnete, die in der einen oder anderen Form abzuschließen sei. Der Kaiser, der mit der Weitergabe des Vorschlags Greys nach Wien, in Belgrad haltzumachen, einverstanden war, erwähnte auch hier den Eingang des Telegramms des Marineattachés. Seine Bemerkung zeigt wieder, daß der Kaiser die Auffassung des Korvettenkapitäns von Müller, England werde Deutschland „umgehend, sofort zur See mit seiner Flotte angreifen", für eine Äußerung Greys hielt und erforderliche unauffällige Gegenmaßregeln gegen derartige Überfälle empfahl, wobei er an Port Arthur erinnerte, vielleicht auch an Kopenhagen dachte. Zum Schluß gab der Kaiser in der Bemerkung noch seiner Verwunderung Ausdruck, „daß Lichnowsky noch nichts gemeldet hat". Anscheinend ist das Mißverständnis, daß man eine Ansicht des Marineattachés in London für eine Äußerung Greys gehalten hatte, niemals bemerkt worden[17].

Außerdem hatte der Kanzler den Entwurf eines weiteren Telegramms des Kaisers an den Zaren mitgeschickt. Es war dies das Telegramm, in dem der Versuch gemacht wurde, den Widerspruch zwischen der Sprache von Pourtalès am 29. gegenüber Sasonow und dem vorangegangenen Telegramm des Kaisers aufzuklären. In dem Telegramm war weiter zum Ausdruck gebracht worden, daß durch die jetzt erfolgte Mobilmachung gegen Österreich die Vermittlerrolle, die

der Kaiser auf Bitten des Zaren übernommen hätte, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Der Kanzler hielt es für richtig, die Vermittlerrolle des Kaisers noch nicht als erledigt anzusehen, solange die Wiener Entscheidung noch ausstand. Er hatte dies auch in dem Begleitschreiben zu diesem Telegramm dem Kaiser gegenüber besonders hervorgehoben. Der Entwurf Bethmann Hollwegs für das Telegramm an den Zaren wurde vom Kaiser ohne wesentliche Abänderungen ins Englische übersetzt und dem Kanzler zur Weiterleitung übergeben, der sofort offene Absendung verfügte[18].

Von der Voraussetzung ausgehend, daß England sich sehr schnell auf seiten des Zweibundes am Kriege beteiligen werde, hielt Bethmann-Hollweg es für erforderlich, Schweden darauf aufmerksam machen zu lassen, daß es bei seiner Neutralitätserklärung einen Vorbehalt mache für den Fall, daß England eingreifen würde[19].

Der württembergische Gesandte in Berlin, Frhr. von Varnbüler, hatte von dem Militärbevollmächtigten seines Landes, General von Graevenitz, gehört, daß bei der Beratung am 29. Juli beim Kaiser in Potsdam zwischen den zivilen und militärischen Instanzen scharfe Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten seien. Während der Kanzler noch Zeit für die Fortsetzung friedlicher Verhandlungen gewinnen wollte, hätten der Kriegsminister und Generalstabschef angesichts der Mobilmachung in Rußland und der Kriegsvorbereitungen in Frankreich sofortige deutsche Gegenmaßnahmen gefordert. Um hierüber Näheres zu erfahren, hatte Varnbüler mit den Gesandten von Bayern, Sachsen und Baden gemeinsam den Reichskanzler aufgesucht, der sie um 12 Uhr empfing.

Der Kanzler setzte den Gesandten die Lage auseinander und sprach insbesondere eingehend über die Vermittlungsversuche in Wien. Daneben laufe ein Vermittlungsvorschlag Greys auf der gleichen Grundlage. Wenn Österreich hierauf eingehe, gebe er die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht auf. Sicher sei dies aber nicht, da die von Rußland vorgenommene Mobilisierung den „Rückzug" sehr erschwere. Man wisse nicht recht, ob die getroffenen Maßregeln in Rußland und Frankreich Bluff oder Ernst seien. Bethmann hatte den Eindruck, daß Rußland den Krieg nicht wolle, Frankreich wolle ihn „unter keinen Umständen" aus militärischen — wegen des Fehlens einer schweren Artillerie — und finanziellen Gründen. Auch England wolle den Krieg nicht. Außer in Deutschland sei die Direktive jedoch den Händen der verantwortlichen Fürsten und Staatsmänner entglitten, „so daß der wahnwitzige europäische Krieg eintreten würde, ohne daß die Fürsten und Völker ihn wünschten". Weiter berichtete der Kanzler über den Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren, der noch weitergehe, so daß auch aus diesem Grunde der Mobilmachungsbefehl noch nicht erlassen werden könnte. Die Gefahr eines Generalstreiks seitens der Sozialdemokraten bestände nicht. Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt. Die Haltung Bulgariens und Rumäniens sei unsicher. England werde mit den Ententemächten gehen. Der Kanzler schloß mit der Bemerkung, es sei traurig, daß durch elementare Kräfte und die andauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt würde, den kein Staat wünsche[20]. —

In diesen Worten des Kanzlers drückt sich die ganze Tragik der Julikrise 1914 aus. Fürsten und Völker wollten die große Katastrophe vermeiden, und doch kam es schließlich zu dem größten aller Kriege! —

Mittags, die genaue Zeit ließ sich nicht mehr feststellen, fand eine Sitzung des Preußischen Staatsministeriums statt, in der Bethmann Hollweg als preußischer Ministerpräsident einen Überblick über die augenblickliche politische Lage gab. Die Situation schwanke von Stunde zu Stunde und sei bei den unsicheren Faktoren der Entwicklung auch jetzt noch zweifelhaft. Bethmann berichtete dann über die versuchte Verständigung zwischen Wien und Petersburg sowie den Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren. Nun sei die russische Mobilmachung dazwischengekommen, die auch die nach Wien gerichteten Vorschläge mehr oder weniger illusorisch gemacht hätte. Dann erwähnte er kurz den englischen Vermittlungsvorschlag und hob hervor, daß Deutschland und England alle Schritte getan hätten, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Der Kaiser sei damit einverstanden, daß vor weiteren Entschlüssen der Abschluß der Aktion in Wien abgewartet werden sollte. Da man nicht politische und militärische Aktionen gleichzeitig betreiben könne, müsse auch von der Erklärung der drohenden Kriegsgefahr, die unter deutschen Verhältnissen eine Mobilmachung nach beiden Seiten und „schließlich" den Krieg bedeute, abgesehen werden. Bethmann ging dann auf die Haltung der anderen Nationen ein, bezeichnete die Hoffnung auf England — wahrscheinlich im Hinblick auf das Müller-Telegramm — gleich Null, Italiens Haltung sei nicht ganz durchsichtig, auf Rumänien und wohl auch auf Bulgarien sei nicht zu rechnen. Die in Rußland und Frankreich getroffenen militärischen Maßnahmen glichen etwa der Erklärung der drohenden Kriegsgefahr in Deutschland*. Die russischen Grenzwachen seien verstärkt, und im Gouvernement Kowno sei der Kriegszustand erklärt. Jedoch habe Rußland noch heute früh versichert, daß keine Mobilmachungsmaßnahmen gegen Deutschland erfolgt seien. Solange die Demarche in Wien nicht abgeschlagen sei, gäbe er die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht auf.

Hierauf setzte Tirpitz die Notwendigkeit auseinander, daß für die Marineverwaltung die „Sicherung" angeordnet werden müsse. Bethmann Hollweg, der gegen diesen Schritt war, erwiderte, daß militärischerseits der Wunsch ausgesprochen sei, die „drohende Kriegsgefahr" anzuordnen, er habe aber mit Erfolg seinen abweichenden Standpunkt dem Kaiser gegenüber vertreten, und man habe sich daraufhin auf den militärischen „Bahnschutz" beschränkt. Es fand nun eine kurze Debatte darüber statt, ob „Sicherung" für die Marine der „drohenden Kriegsgefahr" beim Landheer entsprechen würde, die damit endete, daß der Ministerpräsident gegen die „Sicherung" bei der Marine als eine rein defensive Maßnahme keine Bedenken mehr erhob und es Tirpitz überließ, den entsprechen-

* In dem Protokoll findet sich noch die Behauptung, der Ministerpräsident habe gesagt, „Frankreich habe den Kriegszustand erklärt, aber nur vorbereitende defensive Maßnahmen zugestanden". Man darf wohl annehmen, daß hier ein Fehler im Protokoll vorliegt, da Bethmann den Gesandten der Bundesstaaten gegenüber hiervon nichts mitgeteilt hat und auch kurz vorher die obenerwähnte Mitteilung abgegeben hat, daß die Maßnahmen in Frankreich etwa nur der „Erklärung der drohenden Kriegsgefahr" in Deutschland entsprechen würden. Vgl. D. Dok. Nr. 456.

den Antrag beim Kaiser zu stellen. Tirpitz verließ hierauf die Sitzung und holte vom Kaiser gleich telephonisch die Erlaubnis zur Anordnung der „Sicherung" für die Marineverwaltung ein. Der Befehl wurde 1 Uhr 45 an die betreffenden Dienststellen der Marine aufgegeben[21]. Gleichzeitig wurde den Flotten- und Stationskommandos mitgeteilt, daß zwischen dem Dreibund und Großbritannien, Frankreich und Rußland eine politische Spannung entstanden sei. Nach einer Mitteilung aus London war der Aufenthalt der 1. Flotte am 30. Juli unbekannt und Vorsicht daher dringend geboten.

Auch Bethmann Hollweg und Falkenhayn verließen jetzt die Sitzung, die von dem Staatsminister Dr. Delbrück zur Besprechung von Ausfuhrverboten weitergeführt wurde.

Im Anschluß an die Sitzung des Preußischen Staatsministeriums hatte der Kanzler Tirpitz und Falkenhayn zu einer Besprechung in die Reichskanzlei gebeten, der sich auf Veranlassung von Falkenhayn auch Moltke anschloß. Der Grund für die Besprechung dürfte gewesen sein, die Gegensätze in bezug auf die Anordnung militärischer Maßnahmen, wie sie in der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums hervorgetreten waren, einmal unter sich klarzustellen. Aufzeichnungen über diese Besprechungen liegen nicht vor. Ferner dürfte die Frage erörtert worden sein, ob es nicht angesichts der russischen Mobilmachung nunmehr an der Zeit sei, den „Zustand drohender Kriegsgefahr" anzuordnen. Falkenhayn empfand es jedenfalls „unerträglich", daß Deutschland von den Beschlüssen Österreichs und dem, was Rußland tue, abhängig sei, zumal man von Rußland hermetisch abgeschlossen sei und gar nichts erfahre[22]. Auch ist vielleicht die Forderung der Wilhelmstraße zur Sprache gebracht worden, Österreich möge erneut sein territoriales Desinteressement gegenüber Rußland erklären, mit der man mit Rücksicht auf eine hierdurch entstehende Mißstimmung in Österreich im Kriegsministerium nicht einverstanden war. Die Aussprache scheint jedenfalls sehr erregt gewesen zu sein.

Im Anschluß an diese Besprechung hatte Moltke im Generalstab eine Unterredung mit dem zufällig dort anwesenden k. u. k. Militärattaché Major Freiherrn von Bienerth, die etwa um 2 Uhr nachmittags stattfand und eine gute halbe Stunde dauerte. Bienerth fand Moltke sehr aufgeregt, wie er ihn noch nie gesehen hatte. Der Generalstabschef stand noch unter dem frischen Eindruck der Nachrichten, die den gewaltigen Umfang der russischen Teilmobilmachung erkennen ließen, und war infolgedessen beunruhigt wegen des Fehlens von Nachrichten aus Wien über die Anordnung entsprechender Gegenmaßnahmen. Anscheinend rechnete der Generalstabschef mit einem baldigen Angriff Rußlands gegen Österreich, gegen den der Bundesgenosse sich vielleicht nicht rechtzeitig zur Wehr setzen würde. Der aufgeregte Zustand des Generalstabschefs dürfte neben den Nachwirkungen von zwei aufeinanderfolgenden Badekuren in Karlsbad auch auf die soeben stattgehabte Auseinandersetzung mit dem Kanzler zurückzuführen sein, der die diplomatischen Möglichkeiten für die Erhaltung des Friedens erst ausschöpfen wollte, ehe er zu militärischen Abwehrmaßnahmen seine Zustimmung gab. Moltke mußte mehr und mehr erkennen, daß die Russen infolge des Zögerns der Österreicher mit entsprechenden Gegenmaßregeln einen weiteren Vorsprung

in der Mobilmachung gewinnen würden, wodurch sich die Gesamtlage der Mittelmächte bei einem Zweifrontenkrieg von Stunde zu Stunde verschlechterte. Auch das befürchtete Nichtmitgehen Italiens und die hierdurch nachteilig beeinflußte militärische Lage an der Westfront dürfte die Beunruhigung des Generalstabschefs noch gesteigert haben.

Moltke setzte daher dem k. u. k. Militärattaché auseinander, wie kritisch er die Lage beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisieren würde. Durch die abgegebene Erklärung Rußlands über die Anordnung der Mobilmachung liege die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen durch Österreich vor, was auch in der öffentlichen Begründung anzuführen wäre. Durch den zu erwartenden Zusammenstoß zwischen Rußland und Österreich wäre auch der Bündnisfall für Deutschland gegeben. Jede Stunde der Verzögerung von Gegenmaßregeln, durch die Rußland einen Vorsprung gewinne, würde die Lage verschlechtern. Damit Italien aktiv beim Dreibund verbleibe, sei es notwendig, einen ehrlichen Ausgleich unter Zusicherung von Kompensationen zu suchen. Wahrscheinlich mit Rücksicht auf das bereits erwähnte, vom Marineattaché von Müller eingegangene Telegramm, daß man nicht mehr auf die Neutralität Englands, vielmehr mit einem sofortigen Angriff der englischen Flotte zu rechnen habe, war Moltke jetzt dafür, weitere von England eingeleitete Schritte zur Erhaltung des Friedens, die als Täuschung angesehen wurden, abzulehnen. Um Österreich-Ungarn zu erhalten, sei ein Durchhalten des europäischen Krieges das letzte Mittel. Deutschland würde unbedingt mitgehen[23].

Aus der Unterredung gewinnt man den Eindruck, daß es dem Generalstabschef vor allen Dingen darauf ankam, die Österreicher zu schnellen Gegenmaßnahmen gegen die russische Teilmobilmachung, in der er eine aktive Bedrohung des Bundesgenossen erblickte, zu veranlassen und zu verhüten, daß man sich in Wien durch etwaige englische Vermittlungsvorschläge düpieren ließe und vielleicht veranlaßt fühlen könnte, die notwendigen militärischen Gegenmaßnahmen hinauszuschieben. Die Möglichkeit nur einer bewaffneten Intervention Rußlands, wie sie dem Zaren anscheinend vorschwebte und die auch Conrad nicht für ausgeschlossen hielt, hat Moltke wohl nie ernstlich in Rechnung gestellt.

Infolge eines Versehens der Redaktion des der Regierung nahestehenden „Berliner Lokal-Anzeigers" wurde am 30. Juli gegen 2 Uhr nachmittags ein Extrablatt herausgegeben, wonach die sofortige Mobilmachung des deutschen Heeres und der Flotte vom Kaiser angeordnet worden sei. Der Irrtum wurde wenige Minuten nach Verbreitung der ersten Extrablätter in der Nähe des Geschäftshauses erkannt, und von seiten der Redaktion wurde sofort alles getan, um die Meldung zu widerrufen, insbesondere wurden die Telegraphenbüros und die maßgebenden Stellen benachrichtigt. Auch wurde von der Redaktion ein neues Extrablatt herausgegeben, in dem das Unrichtige der Meldung, die durch einen großen Unfug entstanden sei, bekanntgegeben wurde[24].

Die falsche Mitteilung von der Mobilmachung war jedoch von dem Vertreter der Petersburger Telegraphenagentur, Dr. Alexis Markow, dem russischen Botschafter in Berlin S. N. Swerbejew telephonisch übermittelt worden, was den Bot-

schafter veranlaßte, sofort eine kurze chiffrierte Mitteilung hierüber nach Petersburg aufzugeben. Kaum war dies geschehen, als Markow den Botschafter erneut anrief und ihm die Mitteilung machte, daß der Lokal-Anzeiger die Nachricht widerrufen habe. Hierauf gab Swerbejew sofort ein zweites offenes Telegramm ab, in dem er das vorhergehende Telegramm als nicht erfolgt zu betrachten bat[25]. Da inzwischen auch der Staatssekretär von Jagow den russischen Botschaftsrat Bronewski davon unterrichtet hatte, daß die Nachricht von der Mobilmachung falsch sei, gab der Botschafter noch ein drittes Telegramm auf, das im Sinne der Mitteilung des Staatssekretärs gehalten war[26].

Das erste Telegramm Swerbejews, das die Falschmeldung enthielt, konnte infolge Leitungsstörungen jedoch erst um 6 Uhr abends vom Haupttelegraphenamt in Berlin nach Petersburg weiterbefördert werden. Die Ankunft des Telegramms in Petersburg ist nicht bekannt, aber es muß hervorgehoben werden, daß das Telegramm erst abends in Petersburg eingetroffen ist, nachdem der Zar sich bereits beim Vortrag Sasonows zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags zur erneuten Anordnung der allgemeinen Mobilmachung entschlossen hatte. Das zweite und dritte Telegramm wurde wegen der Störung der direkten Leitung nach Petersburg über Warschau weitergegeben. Wahrscheinlich sind die beiden Telegramme, die das Dementi enthielten, vor der falschen Meldung über die Anordnung der deutschen Mobilmachung in Petersburg eingegangen. Dr. Alexis Markow hatte auch ein Telegramm über die Meldung des Extrablattes an seine Agentur nach Petersburg aufgegeben. Dieses Telegramm wurde aber rechtzeitig angehalten und gelangte überhaupt nicht nach Petersburg[27].

Die Falschmeldung des Lokal-Anzeigers hatte somit auf die Entschließung des Zaren für die Anordnung der Mobilmachung keinen Einfluß ausüben können. Im Auswärtigen Amt wurde jedoch nach Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung vielfach angenommen, daß die Mobilmachung durch die Meldung Swerbejews über die falsche Nachricht des Lokal-Anzeigers von der Anordnung der deutschen Mobilmachung verursacht worden sei. Der Botschafter habe anscheinend nur ein ungenügendes Dementi nachgesandt, um seinen Fehler nicht glatt eingestehen zu müssen. Die Auffassung war jedoch falsch und beruhte auf Unkenntnis der Vorgänge.

Auch der französische und britische Botschafter in Berlin hatten ihre Regierungen von der Falschmeldung des Lokal-Anzeigers und dem Dementi des Staatssekretärs telegraphisch in Kenntnis gesetzt[28].

Am frühen Nachmittag hatte der amerikanische Botschafter Gerard Jules Cambon besucht, bei dem sich noch sein belgischer Kollege befand. Gerard war kurz vorher bei Zimmermann gewesen, der ihm mitgeteilt hatte, daß die militärischen Behörden auf die Anordnung der Mobilmachung drängten, um nicht ins Hintertreffen zu kommen, doch habe man den Wünschen des Generalstabs bis jetzt nicht nachgegeben. Auch mit Goschen, den er „Unter den Linden" traf, hatte Gerard eine kurze Unterredung. Gegen Abend gab der Botschafter ein Telegramm an den amerikanischen Staatssekretär J. Bryan auf, wonach ihm „Deutschlands Friedensbemühungen" fruchtlos erschienen und ein allgemeiner Krieg sicher sei[29].

Nach dem Weggang Beyens' und Gerards machte Cambon Jagow anläßlich der Herausgabe des bereits erwähnten Extrablattes des Lokal-Anzeigers einen Besuch, wobei er an den Staatssekretär die Frage richtete, welche Antwort Deutschland auf die Bitte Greys erteilt habe, ihm selbst eine Formel für die Intervention der Mächte anzugeben oder unmittelbar zu handeln. Jagow erwiderte hierauf, daß man, um Zeit zu gewinnen, den letzten Weg eingeschlagen und Wien um eine Bekanntgabe dessen gebeten habe, was die Österreicher zufriedenstellen könne. In diesem Verfahren glaubte Cambon ein absichtliches Ausschalten Englands, Frankreichs und Italiens erblicken zu müssen. Jagow brachte dann noch zum Ausdruck, daß die russische Mobilmachung den Erfolg jeder Intervention in Frage stelle, und er sich wundere, warum der Zar nach der Unterzeichnung des Mobilmachungsdekrets noch die Vermittlung des Kaisers angerufen habe. Cambon suchte Jagow zu beschwichtigen, indem er ihn an seine frühere Äußerung erinnerte, daß eine Teilmobilmachung Rußlands Deutschland nicht zu Gegenmaßnahmen zwingen würde, wozu Jagow meinte, Worte seien nicht bindend, die Militärs bestünden auf der Mobilmachung, um jeden Vorsprung der anderen zu vermeiden[30].

Wie wir uns erinnern, hatte Szögyény am Vormittag Jagow den Vorschlag seiner Regierung übermittelt, Deutschland und Österreich sollten in einer gemeinsamen Demarche in Petersburg und eventuell auch in Paris freundschaftlich darauf hinweisen, daß die Fortsetzung der russischen Mobilisierung zu Gegenmaßnahmen und zu ernsten Konsequenzen führen würde. Die Demarche wurde deutscherseits abgelehnt und Österreich gebeten, allein vorzugehen. Die deutsche Regierung habe bereits vor kurzem in Petersburg und Paris entsprechend gesprochen und könne nicht nochmals den gleichen Schritt tun. Außerdem habe Kaiser Wilhelm dem Zaren eine Vermittlung zugesagt mit dem Ziel, ein direktes Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland herzustellen, und darauf hingewiesen, daß Rußland hierzu seine militärischen Rüstungen einstellen müsse[31].

Gegen Abend unterrichtete Szögyény Zimmermann über die uns bereits bekanntgewordene Instruktion an Szápáry, daß Österreich keinen Territorialerwerb beabsichtige, auch die selbständige Existenz des Königreichs nicht antasten wolle, und daß das ganze Vorgehen sich nicht gegen das Serbentum, sondern nur gegen die Propaganda richte. Zimmermann war hierüber sehr erfreut und sagte auch zu, Pourtalès hiervon Mitteilung zu machen. Weiter teilte Zimmermann Szögyény mit, daß England im Falle eines Krieges mit Rußland und Frankreich unbedingt sofort gegen Deutschland und Österreich-Ungarn „losgehen" werde. Die deutsche Flotte sei bereits in die Nordsee beordert worden. Auch auf Zimmermann scheint das Müller-Telegramm seine Wirkung ausgeübt zu haben. Ferner teilte der Unterstaatssekretär noch mit, Rom habe erklären lassen, daß es das kriegerische Vorgehen gegen Serbien als einen aggressiven Akt gegen Rußland ansehe und sich daher nicht verpflichtet betrachte, Österreich zu unterstützen, womit nicht gesagt sein solle, daß Italien nicht schließlich doch mitgehen werde. Aus diesem Grunde müsse Österreich, wie Flotow aus Rom mitgeteilt habe, unbedingt schon jetzt Italien Kompensationen für eine etwaige Besetzung serbischen Gebiets zusichern[32].

Wie wir gesehen haben, war man in Berlin sowohl in militärischer Beziehung wie auch in dem Versuch weiterer Einwirkungen auf Petersburg und Paris zur Untätigkeit gezwungen, da zunächst die Antwort aus Wien auf den englischen und eigenen Vorschlag, nach Besetzung Belgrads in Verhandlungen einzutreten, abgewartet werden mußte. Endlich gingen zwischen 5 und 6 Uhr abends drei Telegramme Tschirschkys ein.

Nach dem ersten hatte Berchtold dem britischen Botschafter gegenüber nur eine Besprechung des serbisch-österreichischen Streites mit Rußland abgelehnt, sich aber bereit erklärt, alle anderen Fragen mit Rußland zu besprechen. Ferner meldete Tschirschky, daß die serbische Antwort in Wien anders beurteilt würde als von Grey und jetzt nach Eintritt des Kriegszustandes auch die Bedingungen Österreichs naturgemäß anders lauten müßten. Weiter wurde bestätigt, was Szögyény bereits Zimmermann hatte wissen lassen, daß Szápáry Instruktionen erhalten habe, die Konversation mit Sasonow wieder zu beginnen, und daß Berchtold auch Schebeko entsprechende Mitteilungen gemacht habe. In einem dritten Telegramm meldete Tschirschky ganz kurz, daß er den Auftrag, Berchtold den englischen Vermittlungsvorschlag zu übermitteln, „nachdrücklichst" ausgeführt habe. Berchtold werde nach Einholung der Befehle des Kaisers Franz Joseph umgehend eine Antwort erteilen[33].

Auf Grund dieser nicht gerade sehr hoffnungsvoll klingenden Mitteilungen aus Wien entschloß sich der Kaiser zur Absendung des bereits erwähnten, von Jagow entworfenen Telegramms an Kaiser Franz Joseph, das noch am Abend in Schönbrunn einging[34].

Da auch bis zum Abend keine Mitteilungen aus Wien über die sehnsüchtig erwarteten Entschlüsse Kaiser Franz Josephs vorlagen, rief der Dirigent der Politischen Abteilung, von Stumm, in Wien an, worauf ihm Tschirschky versicherte, daß wahrscheinlich jedes Einlenken, insbesondere gegenüber dem letzten Greyschen Vorschlag, abgelehnt würde. Im übrigen dürfte Tschirschky noch mitgeteilt haben, daß Tisza erst morgen früh in Wien eintreffen würde, weswegen eine weitere Antwort aus Wien nicht vor morgen Mittag in Berlin eingehen könne[35].

Darauf gab der Kanzler um 9 Uhr abends noch ein Telegramm an Tschirschky auf, in dem er ihn erneut darauf aufmerksam machte, daß es nicht mehr möglich sei, Rußland die Schuld am europäischen Kriege zuzuschieben, wenn Österreich den Greyschen Vermittlungsvorschlag ablehnen würde. Der Vermittlungsversuch des Kaisers sei zwar durch die russische Mobilmachung erschwert worden, was man auch England mitgeteilt hätte. Auch habe man Grey davon unterrichtet, daß eine erneute Einwirkung, um die russischen und französischen Kriegsmaßnahmen aufzuhalten, jetzt nur noch durch ein Ultimatum geschehen könne, was aber den Krieg bedeute. Dagegen hätte Grey durch Lichnowsky eine Zusicherung gegeben, daß er in Paris und Petersburg in diesem Sinne einwirken würde. Wenn England diese Bestrebungen glücken würden, während Wien alles ablehne, so würde Wien damit dokumentieren, daß es unbedingt den Krieg wolle. Damit würde Rußland „schuldlos" dastehen, was für die eigene Nation eine unhaltbare Situation geben würde. Tschirschky solle daher noch einmal nachdrücklichst auf

Berchtold, eventuell auch auf Tisza einwirken. Ferner wurde Tschirschky der Wortlaut des Telegramms des Kaisers an Kaiser Franz Joseph mitgeteilt[36].

Wir sehen somit, daß den Kanzler neben der Sorge, den Krieg noch in letzter Stunde abzuwenden, auch der Gedanke beschäftigte, zu vermeiden, daß der Bundesgenosse als der Verantwortliche für den Weltkrieg dastehen würde.

In der starken Belastung Wiens, noch mehr aber in der völligen Entlastung Rußlands durch den Kanzler wird man weniger ein abgewogenes Urteil in der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg sehen dürfen als den Versuch, recht drastisch auf den Ballplatz einzuwirken, um Österreich für eine Annahme des englischen Vermittlungsvorschlages zu gewinnen.

Die Nachrichten, die über die wahrscheinliche Haltung Englands eingegangen waren, zeigten noch immer widersprechende Tendenzen. Flotow hatte mitgeteilt, daß nach Auffassung San Giulianos England am Kriege auf seiten Rußlands und Frankreichs teilnehmen würde, und Schoen hatte gemeldet, daß die französische Presse in der Überzeugung, daß im Kriegsfall auf die englische Hilfe zu rechnen sei, einen selbstbewußten Ton angeschlagen habe. Von Lichnowsky hörte man, daß die Franzosen und Engländer nicht mobil machen würden, solange Deutschland nicht mobil mache. Andererseits hatte Grey Lichnowsky mitgeteilt, die britische Flotte sei die Ostküste entlang gegen Norden in die schottischen Häfen gefahren. Doch sei die Ankündigung der der Mobilmachung vorausgehenden „strained relations" noch nicht erfolgt. Wie Grey später selbst Lichnowsky mitteilte, lag hier ein Irrtum Sir Edwards vor. Buchanan habe Anweisungen erhalten, die deutsche Anregung zu unterstützen, sich in Besprechungen über eine Verständigung einzulassen, falls Österreich dem englischen Vermittlungsvorschlag zustimme. Grey sei sehr ruhig gewesen und schiene noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben zu haben[37].

Aus einer weiteren Mitteilung des Botschafters ging hervor, daß nach englischer und seiner Auffassung die einzige Hoffnung auf Erhaltung des Friedens darin bestehe, Berchtold zu der Erklärung zu veranlassen, er sei bereit, sich mit den bisherigen Erfolgen vorläufig zu begnügen, die militärischen Operationen einstweilen einzustellen und sich durch deutsche Vermittlung mit Sasonow über die Serbien aufzuerlegenden Bedingungen zu unterhalten, falls die russische Regierung weitere Rüstungen an der österreichischen Grenze unterlasse[38].

Über die Auffassung des Kaisers am Abend des 30. unterrichten uns Bemerkungen, die der Monarch zu dem Telegramm von Pourtalès über dessen mitternächtliche Unterredung mit Sasonow gemacht hat[39]. Der Kaiser bezeichnete die Behauptung Sasonows, daß Rußland Serbien nicht im Stiche lassen könne, da ein solches Verhalten die Monarchie in ernste Gefahr bringen würde, rundweg als Blödsinn; gerade eine derartige Politik würde die ernstesten Gefahren für den Zaren in sich bergen. Vielleicht lag darin eine Vorahnung der späteren Ermordung des Zaren in Jekaterinburg. Der Kaiser suchte vergeblich nach einer Erklärung dafür, warum der Zar seine Vermittlung angerufen habe, ohne den Erlaß des Mobilmachungsbefehls zu erwähnen. Er erklärte sich das Verhalten des Zaren damit, daß ihm die Mobilmachung selbst übereilt erschienen sei und er nur hinterher zur Beruhigung seines Gewissens pro forma um Vermittlung gebeten hätte,

obgleich der Zar gewußt habe, daß es nichts mehr nützte, da er sich nicht stark genug fühlte, die Mobilisierung zu stoppen. Für den Kaiser bestand kein Zweifel mehr darüber, daß England, Rußland und Frankreich sich verabredet hätten, den österreichisch-serbischen Konflikt zum Vorwand zu nehmen, um gegen Deutschland den Vernichtungskrieg zu führen. Entweder müsse Deutschland seinen Bundesgenossen schnöde verraten und an Rußland preisgeben und damit den Dreibund sprengen, oder es würde für seine Bundestreue von der Triple-Entente gemeinsam überfallen und bestraft werden, wobei endlich ihr Neid befriedigt würde, Deutschland gemeinsam „total zu ruinieren". Die Dummheit und Ungeschicklichkeit Österreichs würde Deutschland zum Fallstrick gemacht, die Einkreisung Deutschlands sei zur Tatsache geworden trotz aller Versuche, sie zu verhindern. Das Netz sei Deutschland plötzlich über den Kopf gezogen, womit England hohnlächelnd den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten antideutschen Weltpolitik erreicht habe. Es sei eine großartige Leistung, die selbst bei dem Bewunderung erwecke, der durch sie zugrunde gehe. „Eduard VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe!" Alle Warnungen, alle Bitten seinerseits seien nutzlos verhallt. Jetzt komme der englische sogenannte Dank dafür. Mit dem heuchlerischen Schein des Rechts, nämlich Frankreich wegen Aufrechterhaltung der berüchtigten balance of power in Europa zu helfen, sei aus dem Dilemma der Bundestreue gegen den ehrwürdigen alten Kaiser für Deutschland eine Situation geschaffen worden, die England den erwünschten Vorwand gebe, um Deutschland zu vernichten. Das ganze Getriebe müsse schonungslos aufgedeckt und die pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden. Die deutschen Konsuln in der Türkei und Indien sollten die ganze mohammedanische Welt zum wilden Aufstand entflammen, denn wenn die Deutschen sich verbluten sollten, dann solle England wenigstens Indien verlieren. —

Die in der Erregung hingeworfenen Äußerungen des Kaisers lassen jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß Wilhelm II. aus seiner genauen und langjährigen Kenntnis der britischen Politik heraus die Hauptschuld für die ganze Katastrophe England zugemessen hat.

Beim Generalstab am Königsplatz waren bis gegen Abend des 30. Juli mehrere Nachrichten eingelaufen, aus denen hervorging, daß auch in den an Deutschland grenzenden Gebieten Rußlands die Mobilmachung bereits in vollem Gange sei. Moltke war daher jetzt zu der gleichen Auffassung gekommen wie Falkenhayn, daß mit der Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" nicht länger gewartet werden dürfte, und die beiden Generale begaben sich daher gegen 9 Uhr abends zum Kanzler, um ihm ihre Auffassung darzulegen. Nach einer wohl sehr ausgedehnten Unterredung, zu der auch Jagow hinzugezogen wurde, brachten Moltke und Falkenhayn den Kanzler schließlich zu der Auffassung, daß spätestens am nächsten Mittag eine Entscheidung über die Erklärung des „Zustandes der drohenden Kriegsgefahr", eines der Mobilmachung vorausgehenden Stadiums, ergehen müsse. Moltke hat bei dieser Besprechung stark die Notwendigkeit des Krieges betont, und Falkenhayn fiel der ihm nicht ganz erklärliche Stimmungswechsel des Generalstabschefs auf[40].

In Verfolg dieser Besprechung fühlte sich der Kanzler veranlaßt, Tschirschky mitzuteilen, daß er den ihm heute abend zugegangenen Auftrag, Berchtold und eventuell auch Tisza noch einmal die Annahme des Greyschen Vermittlungsvorschlages dringend zu empfehlen, nicht ausführen sollte[41]. Wie aus einem weiteren, aber nicht zur Absendung gelangten Telegramm an Tschirschky hervorgeht, sah sich der Kanzler zu diesem Schritt veranlaßt, weil die militärischen Vorbereitungen Rußlands zu schleuniger Entscheidung drängten und der Generalstab infolgedessen wünschte, möglichst unverzüglich über die militärischen Entschlüsse Österreichs unterrichtet zu werden[42]. Der Kanzler wollte daher alles vermeiden, was diese Entschließungen hinauszögern könnte.

Diese Auffassung des Kanzlers änderte sich jedoch wieder infolge eines Telegramms König Georgs an den Prinzen Heinrich. Das Telegramm war dem Kanzler noch gegen Mitternacht vom Prinzen persönlich überbracht worden[43], nachdem der Kaiser, auf den das Telegramm einen sehr günstigen Eindruck machte, davon Kenntnis genommen hatte. Der König von England hatte in diesem Telegramm noch einmal beteuert, daß seine Regierung das Äußerste tue, um Rußland und Frankreich nahezulegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Österreich sich mit der Besetzung von Belgrad als Faustpfand für eine zufriedenstellende Regelung seiner Forderungen begnügen würde, während die anderen Länder inzwischen ihre Kriegsvorbereitungen einstellen sollten. Er vertraue darauf, daß der Kaiser seinen Einfluß aufbieten würde, um Österreich zu veranlassen, diesen Vorschlag anzunehmen[44].

Das Telegramm des Prinzen Heinrich veranlaßte den Kanzler, sein an Tschirschky aufgesetztes Telegramm, in dem die Aufhebung des Auftrags, den englischen Vorschlag in Wien zu unterstützen, mit den militärischen Vorbereitungen Rußlands begründet wurde, zurückzuhalten. Statt dessen ging gegen 3 Uhr nachts ein Telegramm an Tschirschky ab, in dem dem Botschafter mitgeteilt wurde, daß die Sistierung des Auftrags mit Rücksicht auf das im Wortlaut übermittelte Telegramm des Königs von England an den Prinzen Heinrich erfolgt sei. Der Botschafter wolle unverzüglich dieses Telegramm Berchtold mitteilen und ihm auf Wunsch auch eine Abschrift zur Verwertung bei Kaiser Franz Joseph überlassen. Es sei dringend erwünscht, eine endgültige Entscheidung Wiens im Laufe des heutigen Tages zu erhalten[45].

Mit diesem Telegramm war die kurz vorher aufgehobene erste Weisung, erneut auf Annahme des englischen Vermittlungsvorschlages zu drängen, wieder in Gültigkeit, und der Schritt sollte nun unter Verwertung des Telegramms König Georgs mit besonderem Nachdruck ausgeführt werden.

Wir müssen uns erinnern, daß Sasonow am Vormittag Pourtalès gegenüber auf dessen Anfrage, ob sich Rußland nicht mit dem Versprechen Österreichs begnügen könnte, die Integrität Serbiens nicht zu verletzen, diese Erklärung als unzureichend bezeichnet und hierfür eine eigene Formel aufgestellt hatte. Hiernach sollte Österreich den europäischen Charakter der austro-serbischen Frage anerkennen und sich bereit erklären, aus seinem Ultimatum die Punkte zu entfernen, die den Souveränitätsrechten Serbiens zu nahe traten. Sasonow hatte dies Swerbejew mit dem Ersuchen mitgeteilt, ihm eilig zu telegraphieren,

wie sich die deutsche Regierung zu diesem Vorschlag stelle, denn Rußland könne nicht zugeben, daß derartige Verhandlungen nur dazu dienen sollten, um Zeit zu gewinnen. Bis zum Empfange einer völlig zufriedenstellenden Antwort Österreichs würde daher Rußland seine Rüstungen fortsetzen[46]. Die Formel selbst war in diesem Telegramm noch nicht mitgeteilt worden, sondern nur angekündigt, das zweite Telegramm hatte Swerbejew aber noch nicht erhalten. Um zu erfahren, wie man in der Wilhelmstraße die Formel Sasonows aufgenommen hatte, begab sich der russische Botschafter noch am späten Abend zu Jagow, der ihm erklärte, der Vorschlag sei für Österreich unannehmbar. Die Habsburger Monarchie könne sich nicht erniedrigen und es auch nicht ertragen, daß ihr Prestige einen Schlag erlitte. Dieser Vorschlag bedeute für Österreich eine Demütigung, die zu keinem Ergebnis führen könnte. Auch habe sich die Lage nach der Mobilmachung gegen Österreich verschlechtert, und die Verhandlungen würden immer schwieriger. Szápáry sei jedoch beauftragt worden, die Besprechungen mit Sasonow fortzusetzen, außerdem lägen neue Vorschläge Greys vor, die wahrscheinlich auch in Petersburg eingetroffen seien.

Gegen Mitternacht wurde dem Kanzler noch eine Mitteilung des Grafen Pourtalès übergeben, Sasonow habe gesagt, Rußland werde sich einstweilen jeder Feindseligkeit gegen Österreich enthalten, falls es nicht von Österreich provoziert werde. Im übrigen beharre Sasonow auf seinem Standpunkt[47].

Nach der Unterredung beim Kanzler hatte sich Moltke wieder in das Generalstabsgebäude am Königsplatz begeben und ließ hier zwischen 12 und 1 Uhr nachts seinen Adjutanten Major von Haeften zu sich kommen. Haeften fand den Generalstabschef in sehr ernster Stimmung vor, in seinem von einer Gaslampe nur spärlich beleuchteten Arbeitszimmer unruhig auf und ab schreitend. Moltke gab Haeften den Auftrag, bis zum nächsten Morgen den Entwurf für einen Aufruf des Kaisers an sein Volk sowie an Heer und Marine vorzulegen[48]. Als der Major bemerkte, daß er über die politischen Vorgänge nur aus den Zeitungen unterrichtet sei und zur Erledigung dieses Auftrages genauere Unterlagen haben müsse, gab ihm Moltke die vom Generalstabschef am 28. Juli entworfene Denkschrift, deren Inhalt wir bereits an früherer Stelle erwähnt haben. Moltke fügte hinzu, die Lage habe sich inzwischen geklärt, da zwei zuverlässige, voneinander unabhängige Meldungen vorlägen, wonach in Rußland die Mobilmachung der gesamten bewaffneten Macht bereits angeordnet sei. Wir wissen, daß diese Meldungen, die von Agenten herrührten, zutrafen, da die russische allgemeine Mobilmachung an diesem Tage gegen 6 Uhr abends befohlen worden war. Eine offizielle Benachrichtigung durch die deutsche Botschaft in Petersburg lag noch nicht vor, da Pourtalès die Mobilmachung nicht notifiziert worden war und die Botschaft auch sonst hiervon noch nichts erfahren hatte. Wenn nicht ein Wunder geschehe, meinte Moltke zu Haeften weiter, und die russische Mobilmachung nicht rückgängig gemacht würde, so erscheine der Krieg unvermeidlich. Den Frieden könne Deutschland jetzt nur noch mit einer schweren nationalen Demütigung erkaufen, da jedes Verhandeln unter dem Druck der russischen Mobilmachung mit einer nationalen Demütigung gleichbedeutend sei. Wenn Deutschland jetzt mobil mache, so bedeute dies den Krieg. Wenn Deutschland mit dieser

Maßnahme aber jetzt zögere, um Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, und diese Verhandlungen, wie vorauszusehen sei, mißlingen würden, so fände der Eintritt Deutschlands in den Krieg unter den denkbar ungünstigsten Umständen statt. Man würde damit den Gegnern gestatten, den Krieg in deutsches Land zu tragen. Moltke gab dann noch seiner Auffassung Ausdruck, daß sich dieser Krieg, in den auch England eingreife, zum Weltkrieg auswachsen würde, und niemand könne heute ahnen, wie das alles enden solle. Die Entscheidung über Krieg und Frieden werde morgen mittag fallen, wo er mit dem Reichskanzler und dem Kriegsminister zusammen einen gemeinsamen Vortrag haben werde. Bevor er aber dem Kaiser die Mobilmachung anraten werde, wolle er noch eine dritte Bestätigung der Meldung über die russische Mobilmachung abwarten. Er erwarte diese Meldung morgen früh gleichzeitig mit einer Mitteilung aus Wien, ob die österreichisch-ungarische Wehrmacht mobil gemacht werde oder nicht. Es bestehe allerdings kaum mehr ein Schimmer von Hoffnung auf Erhaltung des Friedens.

Diese Worte charakterisierten die Lage, wie sie sich in der Nacht vom 30. zum 31. Juli dem deutschen Generalstabschef darstellte.

Kapitel 44

Die Bedrohung Deutschlands durch die russische allgemeine Mobilmachung

Berlin, 31. Juli: Meldungen aus Kolno über die russische allgemeine Mobilmachung — Moltke und Falkenhayn bei Bethmann Hollweg — Allgemeine Mobilmachung Österreichs — Goschen — Swerbejew — Bemühungen des Kaisers um Frieden und Bundesgenossen — Schreiben an Tirpitz — Telephongespräch Stumms — Eintreffen der offiziellen Meldung über die russische allgemeine Mobilmachung — „Zustand drohender Kriegsgefahr" — Wien lehnt deutsch-englischen Vermittlungsvorschlag ab — Kaisertelegramme an den König von England und den Zaren — Ultimatum an Rußland — Befristete Anfrage in Paris — Mitteilungen nach Wien — Die Botschafter nacheinander bei Jagow — Sitzungen des Bundesrats — Der Kanzler beim Kaiser — Audienzen — Ansprache des Kaisers vom Balkon des Schlosses — Tirpitz und Bethmann — Gedankenaustausch zwischen Moltke und Conrad — Vorbereitung der Kriegserklärungen — Goschen mit neuen Vorschlägen Greys — Anfrage wegen Beachtung der belgischen Neutralität — Ansprache des Kanzlers — Mitteilungen an Lichnowski.

Der 31. Juli brachte der Wilhelmstraße und dem Generalstab am Königsplatz die Gewißheit, daß die russische allgemeine Mobilmachung tatsächlich erfolgt war. Damit war eine völlig neue Lage eingetreten. Alle bisherigen Versuche, eine Einigung zwischen Wien und Petersburg herzustellen, traten zurück hinter der alles beherrschenden Sorge, die durch die russische allgemeine Mobilmachung in Verbindung mit dem russisch-französischen Bündnis bedrohte Sicherheit des Reiches wiederherzustellen oder sich zur Wehr zu setzen. Dies führte zu der ersten militärischen Gegenmaßregel, der „Anordnung des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr". Trotzdem wurden die Bestrebungen, den Frieden zu erhalten, noch fortgesetzt, da zu Beginn des Tages eine gewisse, wenn auch nur ganz geringe Hoffnung bestand, daß Kaiser Franz Joseph vielleicht unter Einwirkung Tiszas sich in letzter Minute zu Verhandlungen mit Rußland über die Forderungen an Serbien entschließen könnte. Auch schien die Haltung Englands, obgleich man sich keinerlei Illusionen hingab, doch noch nicht vollständig geklärt, selbst die Hoffnung auf den Zaren wurde noch nicht ganz aufgegeben. Andererseits verlangte die militärische Lage, entweder Rußland zur Einstellung der Mobilmachung zu bringen oder selbst mobil zu machen und von Frankreich zu erfahren, welche Haltung es in dem drohenden Zweifrontenkrieg einnehmen würde. Dies führte zu Ultimaten nach Petersburg und Paris.

In der Nacht zum 31. Juli war beim Generalkommando des XX. Armeekorps in Allenstein (Ostpreußen) von einem als zuverlässig bekannten Wachtmeister des Nachrichtendienstes ein Telegramm eingegangen, wonach in der polnischen Grenzstadt Kolno die für die Bekanntgabe des Mobilmachungsbefehls vorgesehenen roten Zettel angeschlagen waren. Als dieses Telegramm gegen 6 Uhr morgens dem Hauptmann im Generalstab Volkmann in Allenstein vorgelegt

wurde, setzte er sich sofort telephonisch mit dem Wachtmeister in Verbindung, der ihm meldete, daß er den Agenten, der ihm die Nachricht gebracht hatte, sofort wieder über die Grenze geschickt habe, um einen roten Zettel abzureißen, und daß ein derartiger Zettel vor ihm liege. Volkmann ließ sich den Inhalt des Zettels am Fernsprecher vorlesen und erkannte trotz der mangelhaften Sprachkenntnisse des Wachtmeisters, daß es sich zweifellos um die Proklamation der allgemeinen Mobilmachung handeln müsse. Der Wachtmeister erhielt den Befehl, den Zettel sofort im Kraftwagen nach Allenstein zu bringen. Die Meldung selbst wurde von Volkmann durch Fernsprecher an den Großen Generalstab in Berlin weitergegeben.

Der Chef der Nachrichtenabteilung des Großen Generalstabs in Berlin, Major Nicolai, gab die Nachricht gleich telephonisch an den Generalstabschef weiter. Daraufhin setzte sich Moltke, es war inzwischen 6.45 Uhr geworden, mit Oberst Hell, dem Chef des Generalstabes des XX. Armeekorps in Allenstein, in Verbindung, um sich persönlich über den Stand der russischen Mobilmachung und die Zuverlässigkeit der Meldung zu unterrichten. Er beauftragte den Oberst, Hauptmann Volkmann noch einmal auf die große Verantwortung aufmerksam zu machen, die er durch seine Meldung auf sich nehme, und unter diesem Hinweis eine nochmalige Meldung für den Generalstab einzufordern. Volkmann erklärte, daß er für die Meldung und die daran geknüpften Schlußfolgerungen persönlich die volle Verantwortung übernehme. Oberst Hell gab diese Antwort an den General von Moltke weiter, indem er hinzufügte, daß er an der Zuverlässigkeit der Volkmannschen Berichterstattung nicht den geringsten Zweifel habe[1].

Nach der telephonischen Rücksprache mit Hell gab Moltke einen kurzen Fernspruch an Conrad auf, der um 7.45 Uhr in Wien eintraf und nach einer in den Papieren des k. u. k. Generalstabschefs vorgefundenen stenographischen Notiz des Adjutanten Oberst Kundmann folgenden Wortlaut hatte: „Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen[2]."

Durch diesen Fernspruch war dem Wiener Generalstab zum erstenmal die bestimmte Absicht Deutschlands, selbst mobil zu machen, mitgeteilt worden, was auf die Nachrichten über die russische allgemeine Mobilmachung zurückzuführen war.

Etwa um 9 Uhr vormittags fand beim Reichskanzler in Gegenwart Jagows eine Besprechung mit Moltke und Falkenhayn statt. Der Generalstabschef gab hierbei die Meldung bekannt, die er über die russische Mobilmachung erhalten hatte. Im Verlauf der Besprechung kam man überein, daß die Nachrichten noch einer Nachprüfung bedürften. Erst wenn die Meldungen ihre Bestätigung gefunden hätten, sollte der „Zustand drohender Kriegsgefahr" ausgesprochen werden. Anscheinend wollte man abwarten, bis der rote Zettel mit der Proklamation der russischen allgemeinen Mobilmachung beim Generalkommando in Allenstein tatsächlich eingetroffen war.

Die hier eingehend geschilderten Vorgänge beweisen das hohe Verantwortungsbewußtsein des Generalstabs, erst dann den Monarchen um die Anordnung der

Gegenmaßnahmen zu bitten, wenn kein Zweifel mehr bestehen konnte, daß Rußland zum Kriege entschlossen war und die Sicherheit des Reiches ein weiteres Zuwarten verbot.

Inzwischen war beim Generalstab in Berlin um 8 Uhr vormittags ein von Conrad aufgesetztes Telegramm eingetroffen, daß auf Grund Allerhöchster Entscheidung der Entschluß gefaßt worden sei, den Krieg gegen Serbien durchzuführen; der Rest der Armee würde mobil gemacht und in Galizien versammelt. Der Mobilmachungsbefehl ergehe heute am 31. Juli, der erste Mobilmachungstag sei der 4. August. Gleichzeitig wurde um Bekanntgabe des ersten Mobilmachungstages für die deutsche Armee gebeten[3]. Dieses Telegramm war die Antwort auf die Anfrage Fleischmanns vom 30. abends, Moltke bitte um Mitteilung dortiger Entschlüsse. Wenn die Meldung für den Generalstab auch insofern eine gewisse Beruhigung enthielt, als nunmehr feststand, daß Österreich sich zur Anordnung seiner allgemeinen Mobilmachung entschlossen hatte, so war Moltke doch in größter Sorge wegen der Mitteilung, daß die Österreicher den Krieg gegen Serbien durchführen und nicht, wie es zwischen Moltke und Conrad 1909 für diesen Fall verabredet war, von Serbien ablassen und sich mit ganzer Kraft gegen Rußland als den Hauptfeind wenden würden. Moltke beauftragte daher den k. u. k. Verbindungsoffizier, bei Conrad telegraphisch vorstellig zu werden und eine Verwendung der Hauptkräfte der österreichisch-ungarischen Armee gegen Rußland zu fordern. In Anbetracht der vom militärischen Standpunkt aus wichtigen Mitteilung entschloß sich Fleischmann, außerdem noch selbst nach Wien zu fahren, um dort im Sinne Moltkes persönlich Vortrag zu halten.

Ein im gleichen Wortlaut gehaltenes Telegramm über die Entscheidung, die österreichische allgemeine Mobilmachung mit dem 4. August als erstem Mobilmachungstag durchzuführen, wurde von Berchtold an Szögyény aufgegeben und von diesem Zimmermann mit dem Bemerken übermittelt, daß die Entschließung bereits gestern, also am 30. Juli, gefaßt worden sei[4].

Gegen 10 Uhr morgens suchte Goschen Bethmann Hollweg auf, um ihm die Antwort Greys auf den Neutralitätsvorschlag vom 29. abends zu überbringen. Der Kanzler empfing den britischen Botschafter mit der Bemerkung, er hätte ihn gerade telephonisch zu sich bitten wollen, da er soeben von der russischen Grenze beunruhigende Nachrichten erhalten habe. Wenn sich die Meldungen bestätigten, würde dadurch eine sehr ernste und gefährliche Lage geschaffen, die Deutschland zwingen könnte, der russischen Regierung eine schwerwiegende Mitteilung zu machen. Goschen versuchte, den Nachrichten eine harmlose Deutung zu geben, sie erschienen ihm weniger als eine Bedrohung Deutschlands, sondern vielmehr als Vorsichtsmaßregeln Rußlands. Erst hierauf ging Bethmann Hollweg mehr aus sich heraus und teilte mit, daß die erwähnten Nachrichten zusammen mit anderen Berichten, die ihm aus Rußland und Schweden zugegangen seien, die allgemeine russische Mobilmachung androhten. Weiter beklagte sich der Kanzler darüber, daß diese Nachrichten ihn gerade in dem Augenblick erreichten, da der Kaiser auf Wunsch des Zaren in Wien vermittele. Man habe in Wien alles mögliche getan, habe Mäßigung und Versöhnlichkeit gepredigt, doch seien die Bemühungen durch die Mobilmachung Rußlands gegen

Österreich sehr erschwert worden. Wenn sich jetzt herausstellen sollte, daß Rußland militärische Maßnahmen auch gegen Deutschland ergreife, könne er nicht untätig bleiben, da er sein Land nicht unverteidigt lassen dürfe, während andere Mächte die Zeit ausnützen würden. Die deutsche Regierung müsse sich vielleicht noch heute zu einem sehr ernsten Schritt entschließen[5].

Hierauf las Goschen dem Kanzler die Mitteilung Greys über die Ablehnung des Neutralitätsvorschlages vor. Die Bedingungen des Neutralitätsvorschlages könnten keinen Augenblick in Betracht gezogen werden. Es würde von England die Verpflichtung verlangt, untätig zuzuschauen, während französisches Kolonialgebiet weggenommen und Frankreich geschlagen würde. Vom materiellen Standpunkt aus sei dies unannehmbar, da Frankreich, auch ohne daß ihm weiteres Gebiet in Europa weggenommen würde, seine Stellung als Großmacht verlieren und in Abhängigkeit von Deutschland geraten könne. Im übrigen bedeute dieser Handel mit Deutschland auf Kosten Frankreichs eine Schande für England, von der sich der gute Name Englands niemals erholen würde. Auch auf den Vorschlag hinsichtlich der Neutralität Belgiens könne England nicht eingehen. Es erübrige sich daher zu prüfen, ob die Aussicht auf ein künftiges allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und England genügend Vorteile bieten würde, um England dafür zu entschädigen, daß es sich jetzt die Hände binde. England müsse sich die volle Freiheit wahren, um bei der vom Kanzler ins Auge gefaßten ungünstigen Entwicklung der Krise den Umständen entsprechend zu handeln. Der beste Weg, die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu erhalten, sei, weiterhin gemeinsam für die Rettung des europäischen Friedens zu wirken. Wenn die Krise glücklich überwunden werden könne, würde es sein Bestreben sein, Abmachungen zu fördern, die Deutschland die Sicherheit gewährten, daß Frankreich, Rußland und England gemeinsam oder einzeln sich einer feindseligen oder aggressiven Politik gegen Deutschland oder seine Verbündeten enthalten würden. Er habe auf dieses Ziel in der letzten Balkankrise hingewirkt, und da Deutschland ein ähnliches Ziel verfolgte, hätten sich auch die Beziehungen merklich gebessert. Wenn die gegenwärtige Krise, die er als die schwerste, die Europa seit Generationen erlebt habe, bezeichnete, glücklich überwunden sei, hoffe er, daß eine Annäherung der Mächte ermöglicht werde.

Bethmann Hollweg brachte den Mitteilungen Goschens offensichtlich kaum Interesse entgegen, da er durch die Nachrichten über die russische Mobilmachung noch vollständig präokkupiert war. Er bat daher den Botschafter, ihm seine Mitteilung als Aide-mémoire zu überlassen, welcher Bitte Goschen entsprach.

Von der Unterredung mit dem Kanzler unterrichtete Goschen Jules Cambon, der erstaunt war, daß Bethmann Hollweg nicht auch ihn hatte rufen lassen, um ihm die gleichen Mitteilungen zu machen. Cambon schloß daraus, daß man isoliert in London vorgehe in der Hoffnung, England von einer Aktion zurückzuhalten[6].

Am Vormittag suchte Swerbejew Jagow auf, um noch einmal zu versuchen, den Staatssekretär zur Annahme der Formel Sasonows zu bewegen und ihn dazu zu bringen, einen Druck auf das Kabinett in Wien auszuüben, auf die Punkte im Ultimatum zu verzichten, welche die Souveränität Serbiens verletzten. Eine

Verlängerung der Verhandlungen, aus der lediglich Österreich Nutzen ziehen würde, sei unzulässig. Weder Deutschland noch sein Verbündeter wollten Konzessionen machen, denn die Österreicher hätten den Greyschen Vorschlag zurückgewiesen, und Deutschland wolle die russische Formel nicht annehmen. So sei der Krieg trotz aller Bemühungen eben unvermeidbar.

Der Staatssekretär wiederholte, daß die bereits durch die russische Mobilmachung gegen Österreich erschwerten Verhandlungen sich angesichts der militärischen Maßnahmen gegen Deutschland, über die von allen Seiten Nachrichten eingegangen seien, noch schwieriger gestalten würden und daß entsprechende Maßnahmen von seiten Deutschlands veranlaßt werden müßten. Swerbejew versuchte dem entgegenzuhalten, daß auch in Deutschland derartige Maßnahmen im Gange wären, was Jagow mit Recht in Abrede stellte und mitteilte, es seien lediglich die Offiziere aus dem Urlaub zurückberufen und die Truppen von den Manövern zurückbefördert worden. Im übrigen mache Deutschland alle Anstrengungen, um seinen Bundesgenossen zur Mäßigung zu bewegen, und er erwarte im Augenblick mit Ungeduld Nachrichten aus Wien, wie man Greys neuen Vorschlag aufgenommen habe. Swerbejew erwiderte hierauf, da weder der erste englische noch die gestrigen russischen Vorschläge (Sasonowformel) in Wien und Berlin einen Widerhall gefunden hätten, beweise dies, daß der mäßigende Einfluß Deutschlands auf Wien unzureichend sei. Der Staatssekretär erkundigte sich in der sehr ausführlichen Unterhaltung wiederholt danach, ob der dem Kaiser zugeteilte General Tatischtschew inzwischen aus Petersburg zurückgekehrt sei, worüber Swerbejew jedoch nichts sagen konnte[7].

Am frühen Morgen war dem Kaiser ein Telegramm an den König von Rumänien zur Genehmigung vorgelegt worden, in dem König Carol mitgeteilt wurde, daß „Bündnistreue, Ehre und Selbsterhaltung" den Kaiser an die Seite Österreichs wiesen und daß er auf ihn als König und Hohenzoller vertraue, er werde zu seinen Freunden halten und seinen Bundespflichten unbedingt nachkommen[8]. Um einen weiteren Druck auf Rumänien auszuüben, hatte der gerade nach Bukarest zurückkehrende Gesandte von der Wilhelmstraße den Auftrag erhalten, sofort eine Audienz beim König zu erbitten und dem Monarchen zu sagen, daß seine Ehre und sein Portepee es verlangten, sich dem Bündnis entsprechend auf die Seite Deutschlands und Österreichs zu stellen[9].

Ferner wurde dem Kaiser ein Telegramm an König Konstantin unterbreitet, in dem der Versuch gemacht wurde, den König zu überzeugen, daß der gegebene Platz Griechenlands an der Seite des Dreibundes sei. Schon das Andenken seines von Mörderhand gefallenen Vaters müsse ihn und Griechenland abhalten, für die serbischen „Meuchelmörder" Partei zu ergreifen[10].

Außerdem verlangte der Kaiser von der Wilhelmstraße die Vorlegung eines Antworttelegramms an den König von England und einer Mitteilung an den Zaren über die englischen und Wiener Vorschläge, die sich mit seinen eigenen fast decken würden. Auch hieraus geht hervor, daß der Kaiser der Auffassung war, und zwar auf Grund des bereits erwähnten Telegramms Tschirschkys vom 30. Juli, daß mit einer sehr viel weitgehenderen Annahme seiner Vorschläge in Wien zu rechnen sei, als dies tatsächlich der Fall war.

Wie der Kaiser die Verhältnisse zu dieser Zeit beurteilte, ist auch hier wieder aus zahlreichen Bemerkungen zu erkennen, die der Monarch zu den ihm vorgelegten Berichten machte. So lag ihm an diesem Vormittag eine ausführliche telegraphische Meldung des Generals von Chelius vom 30. Juli vor. Der Bericht bestärkte den Kaiser in seiner optimistischen Auffassung, daß der Friede doch noch erhalten werden könnte. So stimmte der Kaiser insbesondere der Schlußbemerkung von Chelius zu, Rußland habe aus Angst vor kommenden Ereignissen mobilisiert „ohne aggressive Absichten" und sei nun darüber erschreckt, was es angerichtet habe. Der Eindruck von Chelius war, jedenfalls soweit der Hof in Frage kam, wohl zutreffend, wenn man auch in der Armee und in der Gesellschaft, namentlich in panslawistischen Kreisen, anders dachte.

Erwähnt sei noch ein kurzes Telegramm der Fürstin Pleß mit den ahnungsvollen Worten, der Kaiser möge Österreich zum Einlenken veranlassen und Rußland zurückhalten, sonst fürchte sie unter diesen Umständen für Deutschland[11].

Die zuversichtliche Auffassung des deutschen Kaisers kam auch in dem ausführlichen Schreiben zum Ausdruck, das der Monarch am Vormittag an Tirpitz zur Orientierung des Reichsmarineamtes und Admiralstabes richtete und von dem Abschriften auch an den Kriegsminister und Chef des Generalstabes gingen[12]. Insbesondere war aus dem Schreiben zu ersehen, daß nach Ansicht des Kaisers die ganze Krise nur allein durch England veranlaßt worden sei und daher auch nur von England gelöst werden könne durch Druck auf die verbündeten Russen und Gallier, wie der Kaiser die Franzosen zu nennen pflegte. Er habe durch den Prinzen Heinrich an den König von England telegraphieren lassen, der Köng möge Russen und Galliern klipp und klar anbefehlen lassen, umgehend ihre Mobilmachungen einzustellen, neutral zu bleiben und die Vorschläge Österreichs abzuwarten, Mitteilungen, die in dem Telegramm des Prinzen Heinrich, wenn auch natürlich nicht in dieser Schärfe, enthalten waren. Wie optimistisch der Kaiser die Lage in Petersburg ansah, ging aus den Schlußbemerkungen seines Briefes hervor, wo es heißt, daß Peterhof auch London um Vermittlung „angefleht" habe. Auch herrsche in Petersburg keine Kriegsbegeisterung, im Gegenteil gedrückte Stimmung, Straßenkämpfe und bei Hof und Militär „Katerstimmung". Wenn sie wieder zur Besinnung kämen, würden sie einen Schreck bekommen über das, was sie mit ihrer vorzeitigen Mobilmachung angerichtet hätten. Hier spiegelten sich fraglos die Eindrücke wider, die der Kaiser aus dem vorerwähnten Bericht von Chelius gewonnen hatte.

Am Vormittag hatte auch Tschirschky aus Wien angerufen und dem Dirigenten der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, von Stumm, mitgeteilt, Österreich habe die allgemeine Mobilmachung angeordnet und in Petersburg erklärt, daß es sich lediglich um Gegenmaßregeln gegen die russische Mobilisierung handele. Aus der weiteren telephonischen Rücksprache mit Tschirschky gewann Stumm den jedoch unzutreffenden Eindruck, daß die österreichische Antwort auf den englischen Vermittlungsvorschlag voraussichtlich nicht unbedingt ablehnend sein würde[13].

Im Laufe des Vormittags, etwa zwischen 11 und 12 Uhr, fand beim Reichskanzler eine Konferenz mit dem Generalstabschef und dem Kriegsminister statt,

zu der auch Stumm und wahrscheinlich auch Jagow und Zimmermann hinzugezogen worden waren und bei der die immer bedrohlicher werdenden Nachrichten über militärische Maßnahmen Rußlands an der deutschen Grenze zur Beratung standen. Neben den erwähnten Meldungen des Generalkommandos des XX. Armeekorps in Allenstein lagen noch verschiedene weitere Meldungen vor, die ebenfalls auf die russische Mobilmachung hinwiesen. Inzwischen war auch der rote Zettel beim Generalkommando in Allenstein eingetroffen, anscheinend war aber Moltke hiervon noch nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Da die „Kriegsvorbereitungsperiode" bei dem östlichen Nachbarn schon seit mehreren Tagen im Gange war, konnte deutscherseits mit dem überraschenden Einbruch russischer Kavallerie gerechnet werden. Besonders beunruhigend war aber das Ungewisse der ganzen Lage. Während Rußland immer wieder versichert hatte, die militärischen Maßnahmen richteten sich nicht gegen Deutschland, besagten im Gegensatz hierzu die Meldungen des eigenen Nachrichtendienstes, daß immer weitere militärische Vorbereitungen an der deutschen Grenze getroffen wurden[14]. Auf seiten der Wilhelmstraße bestand infolgedessen die Absicht, nach Petersburg und Paris eine „mise en demeure" zu richten, Frankreich und Rußland sollten ihre Rüstungen einstellen. Von dieser Absicht ist allem Anschein nach auch Tschirschky schon am Morgen telephonisch unterrichtet worden*. Der Vorschlag wurde von Jagow und Zimmermann, ungeachtet des Widerspruchs der Militärs, als letzter Versuch einer friedlichen Lösung gemacht. Noch während der Besprechungen wurde das Telegramm des Grafen Pourtalès hereingebracht, in dem die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Flotte mit dem 31. Juli als 1. Mobilmachungstag gemeldet wurde. Das Telegramm war um 10.20 Uhr in Petersburg aufgegeben und um 11.40 Uhr im Auswärtigen Amt eingegangen[15].

Da an der Tatsache, daß die allgemeine russische Mobilmachung erfolgt war, nun nicht mehr der geringste Zweifel sein konnte, wurde in der Wilhelmstraße von der Absendung einer „mise en demeure" Abstand genommen und der Beschluß gefaßt, Rußland in ultimativer Form um die Einstellung seiner Kriegsmaßnahmen zu ersuchen und auch Frankreich um eine Erklärung zu bitten, ob es neutral bleiben werde. Wir kommen auf diese Telegramme noch zurück.

Ferner wurde beschlossen, vom Kaiser die Genehmigung zur Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" zu erbitten. Bethmann Hollweg rief persönlich den Flügeladjutanten vom Dienst an und erstattete die Meldung, daß Rußland nach sicheren Nachrichten seine gesamte Armee mobilisiere, worauf der Kaiser den Befehl für die Anordnung des „Zustands drohender Kriegsgefahr" gab.

Der Kanzler ließ nun auch den Admiral von Tirpitz und den Chef des Admiralstabes, Admiral von Pohl, zu sich bitten, um sie von den Geschehnissen zu unterrichten. Ebenfalls wurden der Staatssekretär des Innern, Delbrück, und der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Wahnschaffe, gerufen[16].

* Für diese telephonische Mitteilung, die nicht mit dem bereits erwähnten späteren Telephongespräch Stumms mit Wien verwechselt werden darf, spricht die Angabe bei Conrad (IV, S. 152), es sei ihm „am 31. morgens" vom Ballplatz mitgeteilt worden, Deutschland würde wegen der Rüstungen ein Ultimatum an Rußland stellen. Die Bezeichnung Ultimatum war wohl nur eine Ungenauigkeit, gemeint war die beabsichtigte „mise en demeure".

Um 1 Uhr mittags ging das von Falkenhayn unterzeichnete Telegramm „Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen" heraus[17]. Etwa zur gleichen Zeit wurde vom Admiralstab der Befehl an die Flotte gegeben, den Aufmarsch aller Seestreitkräfte der Nordsee gegen England möglichst zu beschleunigen. In Verfolg dieses Befehls wurde das zweite, noch in der Ostsee befindliche Geschwader durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee herübergezogen[18].

Der „Zustand drohender Kriegsgefahr", ein nicht gerade glücklicher terminus technicus militaris, bildete eine Vorstufe für die Mobilmachung und entsprach im großen und ganzen den Anordnungen der „Kriegsvorbereitungsperiode" in Rußland, hinter der die deutschen Anordnungen jedoch in mancher Beziehung zurückblieben. Doch konnte die Mobilmachung auch ohne diese Vorstufe angeordnet werden, andererseits mußte die Mobilmachung dieser Vorstufe nicht unbedingt folgen. Die allgemeine Verfügung über die Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr war 1911 eingeführt worden. Die Maßnahmen selbst betrafen im wesentlichen neben dem bereits angeordneten „Bahnschutz" und der Rückberufung der Urlauber die Überwachung des Nachrichtenwesens, Aufstellung des Grenzschutzes, Sicherung militärisch wichtiger Objekte und Erklärung des Kriegszustandes für das gesamte Reichsgebiet. Der Zustand drohender Kriegsgefahr war verwaltungsmäßig etwa gleichbedeutend mit dem Belagerungszustand in Preußen und besagte, daß die vollziehende Gewalt auf die militärischen Befehlshaber überzugehen habe[19]. Der langatmige Ausdruck wurde im Ausland meist nicht verstanden und führte zu übertriebenen Vorstellungen, wozu auch die vielfach angewandten Abkürzungen Kriegsgefahrzustand oder nur Kriegszustand beitrugen.

Als Stumm nach der Konferenz beim Reichskanzler wieder in das Auswärtige Amt zurückgekehrt war, wurde er aus Wien von dem bei der dortigen Botschaft befindlichen Legationsrat von Bethmann Hollweg, einem Neffen des Kanzlers, angerufen, der ihm nunmehr die Mitteilung machte, daß der englische Vermittlungsvorschlag durch die Wiener Regierung abgelehnt worden sei. Stumm erwiderte, die Frage sei durch die soeben in Berlin bekanntgewordene allgemeine russische Mobilmachung überholt, und es sei hierdurch ein deutsches Ultimatum an Rußland zur Rückgängigmachung seiner Mobilmachung erforderlich geworden*. In der Tat hatte durch die russische allgemeine Mobilmachung die englische Vermittlung jede praktische Bedeutung verloren, und die deutsche Regierung war dadurch der Sorge enthoben, wie sie sich der österreichischen Intransigenz gegenüber verhalten sollte, da infolge der bedrohten Sicherheit des Reiches die unnachgiebige Haltung des Bundesgenossen von jetzt ab nur erwünscht sein konnte.

---

* Wenn diese Mitteilung Stumms an die Botschaft in Wien vom Grafen Berchtold in seinem Vortrag an Kaiser Franz Joseph als eine „früh" erfolgte Mitteilung bezeichnet wird, liegt hier wahrscheinlich eine Verwechslung mit dem Telephongespräch am Morgen des gleichen Tages vor, in dem Wien von der beabsichtigten „mise en demeure" unterrichtet wurde. (Oe. Dok. Nr. 11201.) Wegerer: „Die russische allgemeine Mobilmachung und das deutsche Ultimatum an Rußland", K. S. F. Jahrg. VI S. 1062 f. Siehe auch Oe. Dok. Nr. 11201 und Conrad, IV S. 152.

Sofort nach Empfang der Meldung des Reichskanzlers über die russische allgemeine Mobilmachung gab der Kaiser unter Mitteilung an den Kanzler ein von ihm selbst verfaßtes Telegramm an den König von England auf. Der Kaiser dankte dem König für sein freundliches, während der Nacht eingetroffenes, an den Prinzen Heinrich gerichtetes Telegramm und erklärte, daß seine Vorschläge sich mit seinen eigenen Gedanken und auch den Nachrichten decken würden, die er heute nacht aus Wien erhalten habe und die er nach London habe weitergeben lassen. In diesem Augenblick sei ihm die offizielle Meldung zugegangen, „daß Nicky heute nacht die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte angeordnet" habe[20]. Der Zar habe nicht einmal die Ergebnisse seiner Vermittlung abgewartet und ihn ohne jede Nachricht gelassen. Er fahre nach Berlin, um Maßnahmen für die Sicherheit seiner „östlichen Grenzen" zu treffen, wo bereits starke russische Truppen Aufstellung genommen hätten. — Zur Sicherung der Ostgrenze war bis jetzt nur bei einigen Armeekorps der Grenzschutz aufgestellt worden[21].

Die Auffassung Kaiser Wilhelms, daß sich seine eigenen Gedanken, wie er sie in seinem bekannten Brief an den Staatssekretär von Jagow vom 28. niedergelegt hatte, mit den Nachrichten aus Wien deckten, trifft jedoch nicht ganz zu. Die Nachrichten aus Wien, d. h. die Mitteilungen Tschirschkys vom 30. abends besagten nur, daß Österreich nach Friedensschluß eine vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets bezwecke[22], während der Vorschlag des Kaisers dahin ging, sich mit der Besetzung Belgrads zu begnügen, bis die österreichischen Forderungen erfüllt seien.

Etwa eine Stunde später ging ein vom Auswärtigen Amt entworfenes Telegramm des Kaisers an den Zaren heraus. Der Kaiser beklagte sich auch hier darüber, der Zar hätte gegen seinen Bundesgenossen mobil gemacht, während er zwischen ihm und der österreichisch-ungarischen Regierung vermittelte. Seine Vermittlung wäre dadurch fast illusorisch geworden. Trotzdem habe er seine Tätigkeit fortgesetzt, erhalte aber nunmehr die zuverlässige Nachricht über ernste Kriegsvorbereitungen an seiner Ostgrenze. Dadurch sei er zu vorbeugenden Verteidigungsmaßnahmen gezwungen. In seinen Bestrebungen, den Frieden zu erhalten, sei er bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen, und die Verantwortung für das Unheil, das die ganze zivilisierte Welt bedrohe, werde nicht auf ihn fallen. In diesem Augenblick liege es noch in der Hand Rußlands, das Unheil abzuwenden. Niemand bedrohe seine Ehre und Macht, und es könne daher das Ergebnis der Vermittlung abwarten. Seine Freundschaft für den Zaren und sein Reich, die ihm sein Großvater auf dem Sterbebett als Vermächtnis hinterlassen habe, sei ihm stets heilig gewesen, und er habe oft ehrlich zu Rußland gestanden, wenn es, wie während des letzten Krieges, in schwerer Bedrängnis war. Der Friede Europas könne durch ihn noch erhalten bleiben, wenn Rußland einwillige, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohten[23].

Um 3.30 Uhr nachmittags gingen die beiden bereits kurz erwähnten Telegramme nach Petersburg und Paris ab, die die ultimative Anfrage enthielten, wie sie nach Eintreffen der offiziellen Nachricht über die russische allgemeine

Mobilmachung beschlossen worden war. Der Wortlaut dieser Ultimaten war ohne Mitwirkung des Generalstabes abgefaßt worden[24].

In dem Telegramm nach Petersburg wurde zum Ausdruck gebracht, daß trotz der noch schwebenden Vermittlungsverhandlungen und obwohl Deutschland bis zur Stunde noch keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen hätte, Rußland seine ganze Armee und Flotte, also auch gegen Deutschland, mobilisiert habe. Hierdurch sei Deutschland gezwungen, zur Sicherung des Reiches die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht die Mobilmachung bedeute. Diese müsse aber folgen, falls Rußland nicht binnen 12 Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einstelle und hierüber eine bestimmte Erklärung abgebe. Pourtalès solle dies sofort Sasonow mitteilen und die Stunde der erfolgten Mitteilung drahten. Weiter teilte der Kanzler noch mit, er wisse, daß Swerbejew gestern nach Petersburg telegraphiert habe, Deutschland hätte mobil gemacht, was bis zur Stunde noch nicht der Fall sei[25].

Nach Paris wurde das gleiche mitgeteilt, nur hinzugefügt, daß die deutsche Mobilmachung unvermeidlich den Krieg bedeute. Der Botschafter solle die französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle. Die Antwort müsse binnen 18 Stunden erfolgen. Ebenfalls wurde gefordert, die Stunde der gestellten Anfrage zu drahten, und hinzugefügt, daß größte Eile geboten sei.

Auf Anregung des Generalstabs[26] wurde hier noch eine Geheimklausel hinzugefügt, die folgendermaßen lautete[27]:

> „Wenn, wie nicht anzunehmen, französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Ew. Exz. französischer Regierung erklären, daß wir als Pfand für Neutralität Überlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden. Antwort auf letztere Frage müßte bis morgen nachmittag 4 Uhr hier sein."

Die Geheimklausel ist der französischen Regierung vom deutschen Botschafter in Paris nicht mitgeteilt worden, weil Frankreich seine Neutralität nicht erklärte. Erst während des Krieges ist es dem Quai d'Orsay gelungen, den geheimen Zusatz zu entziffern. Die sehr unglückliche Geheimklausel, die eine wohl unerfüllbare Zumutung enthielt, hat zu vielen Kommentaren und Kontroversen geführt, auf den Ausbruch des Krieges hat sie jedoch keinen Einfluß ausgeübt.

Auch Lichnowsky wurde von der erfolgten russischen Mobilmachung in Kenntnis gesetzt, ihm die Anordnung der drohenden Kriegsgefahr mitgeteilt und auch die ultimative Anfrage an Rußland bekannt gegeben. Der Kanzler fügte noch hinzu, er halte es nicht für unmöglich, daß die russische Mobilmachung auf die gestern hier kursierenden falschen und sofort amtlich dementierten Gerüchte über die erfolgte deutsche Mobilmachung, die als Tatsache nach Petersburg gemeldet worden war, zurückzuführen sei. Wir haben bereits gesehen, daß die Vermutung des Kanzlers unzutreffend war.

Dem deutschen Botschafter in Rom wurde ebenfalls von den ultimativen Anfragen in Petersburg und Paris Kenntnis gegeben und hinzugefügt, die deutsche Mobilmachung bedeute den Krieg gegen Rußland, und wenn die Antwort Frank-

reichs, wie bestimmt zu erwarten sei, negativ ausfalle, müsse alsbald auch der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland erklärt werden. Deutschland rechne bestimmt darauf, daß Italien seinen eingegangenen Verpflichtungen nachkomme.

Die Hoffnung, daß Italien rechtzeitig seine übernommenen Verpflichtungen erfüllen werde, gründete sich auf die etwas einseitige Auffassung, daß durch die ultimativen Anfragen der Nachweis erbracht sei, daß Deutschland von Rußland und Frankreich angegriffen werde.

Noch vor seiner Abreise nach Wien wurde Hauptmann von Fleischmann von den inzwischen eingegangenen Nachrichten über die russische Mobilmachung und den daraufhin getroffenen Entscheidungen, Anordnung des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr und Absendung von Ultimaten an Rußland und Frankreich, in Kenntnis gesetzt, und der k. u. k. Nachrichtenoffizier konnte noch um Mittag telegraphisch entsprechende Mitteilungen an Conrad nach Wien absenden. Fleischmann teilte nicht ganz zutreffend mit, der Kaiser habe die Alarmierung der Grenzkorps angeordnet, da der befohlene „Zustand der drohenden Kriegsgefahr" alle Korps umfaßte. An Frankreich sei ein Ultimatum mit zwölfstündiger Frist gestellt, und Vorsichtsmaßregeln zur See seien schon durchgeführt worden. In einem weiteren Telegramm, das jedoch erst in der Nacht in Wien einging, meldete Fleischmann auf Befehl Moltkes, daß die Mobilmachung der gesamten Armee in allerkürzester Zeit erfolgen würde und „Krieg gegen Rußland und Frankreich" zu erwarten sei. Deutschland stehe fest zu Österreich. Der Generalstabschef warne erneut vor einer Offensive gegen Serbien. Man solle alle verfügbaren Kräfte gegen Rußland einsetzen. Gleichzeitig meldete Fleischmann sein Eintreffen in Wien für Sonnabend früh[28].

Tschirschky wurde in ähnlicher Weise über die Lage unterrichtet, wobei hinzugefügt wurde, man erwarte von Österreich sofortige „tätige" Teilnahme am Kriege gegen Rußland. Auch Szögyény benachrichtigte Berchtold und gab dem ihm von Jagow übermittelten Wunsch Ausdruck, er hoffe, daß das Hauptgewicht der militärischen Aktion Österreichs gegen Rußland gerichtet sein werde, selbstverständlich ohne die militärischen Operationen gegen Serbien dadurch zu schwächen[29].

Ferner wurde dem russischen Botschafter noch am frühen Nachmittag mitgeteilt, daß Pourtalès die russische allgemeine Mobilmachung gemeldet habe. Jagow, der sehr erregt war, sagte, jetzt sei nichts mehr zu machen und die Regierung sehe sich genötigt, da das Vaterland in Gefahr sei, unverzüglich ebenfalls die allgemeine Mobilmachung anzuordnen. Noch heute werde der „Zustand drohender Kriegsgefahr" erklärt. Swerbejew äußerte einige Zweifel über die Richtigkeit der Nachricht über die russische allgemeine Mobilmachung, die auf den Staatssekretär natürlich keinerlei Eindruck machten, da an der Zuverlässigkeit der Mitteilung von Pourtalès nicht zu zweifeln war. Der Staatssekretär kam dann noch auf den Telegrammwechsel seines Monarchen mit dem Zaren zu sprechen und erklärte, daß der Kaiser auf Bitten des Zaren die Vermittlerrolle übernommen und sogar ein Telegramm an Franz Joseph geschickt habe. Er fuhr dann fort: „Und gerade in diesem Augenblick mobilisieren Sie Ihre gesamte Armee." Swerbejew konnte nur erklären, daß ihm der Telegrammwechsel zwi-

schen den beiden Herrschern unbekannt sei, stellte aber die Frage, ob Petersburg von dem Telegramm des Kaisers an Kaiser Franz Joseph Kenntnis bekommen hätte. Jagow erwiderte, er „vermute" dies, und zwar auf Grund eines Telegramms des Kaisers an den Zaren. Es war dies jedoch ein Irrtum des Staatssekretärs, da der Kaiser in seinem Telegramm an den Zaren von seinem Telegramm an Kaiser Franz Joseph nichts erwähnt hatte. Swerbejew war über die Mitteilungen Jagows insofern erstaunt, als er auf Grund aller vorherigen Gespräche mit dem Staatssekretär den Eindruck gewonnen hatte, daß Berlin „seinen Einfluß in Wien nicht dahin geltend machen könnte, die österreichisch-ungarische Regierung zu versöhnlicheren Ideen zu bewegen[30]".

Aus dieser Äußerung Swerbejews, die seinem Schlußbericht über seine Tätigkeit als Botschafter in Berlin entnommen ist, ist zu ersehen, daß die Wilhelmstraße den Botschafter in Petersburg nicht ausreichend und rechtzeitig davon unterrichtet hat, welch starker Druck auf den österreichischen Bundesgenossen ausgeübt wurde. Die falsche Rücksichtnahme auf den Bundesgenossen hat dazu geführt, die Politik der Wilhelmstraße in Petersburg und auch an anderen Plätzen in dem gänzlich falschen Sinne erscheinen zu lassen, als ob Berlin auf Wien sogar einen Druck ausgeübt hätte, sich unnachgiebig zu zeigen.

Swerbejew setzte von seiner Unterredung mit dem Staatssekretär seinen französischen Kollegen in Kenntnis, wobei er zu Cambon sagte, er wisse nicht, was er von den Erklärungen Jagows halten solle, daß die Vermittlung Kaiser Wilhelms auf dem Wege der Ausführung sei. Auf seine Frage, ob der Zar hiervon benachrichtigt sei, habe Jagow ihm keine klare Antwort gegeben[31]. Hieraus geht hervor, daß auch Swerbejew noch immer nicht so recht an den Druck glaubte, den Deutschland tatsächlich in den letzten Tagen auf Wien ausgeübt hatte.

Nach Swerbejew wurde Goschen von Jagow empfangen, dem ebenfalls die Anordnung des Zustands der drohenden Kriegsgefahr als Folge der russischen Mobilmachung von Armee und Flotte mitgeteilt wurde. Die eigene Mobilmachung würde fast unverzüglich folgen. Goschen, der wohl nicht recht wußte, was er hierzu sagen sollte, regte nur an, ob nicht noch einmal der Wiener Regierung empfohlen werden könnte, irgend etwas zur Beruhigung Rußlands zu tun und sich geneigt zu zeigen, die Unterhandlungen auf freundschaftlicher Grundlage fortzusetzen. Jagow teilte hierauf mit, daß er entsprechende Schritte unternommen habe. Hier zeigt sich, daß auch der britische Botschafter von dem von Deutschland ausgeübten Druck in Wien keine richtige Vorstellung hatte. Nach den letzten Nachrichten, fuhr Jagow fort, wollte sich Berchtold heute morgen mit Kaiser Franz Joseph in Verbindung setzen, um dessen Wünsche zu dem englischen Vermittlungsvorschlag entgegenzunehmen. Er habe aus dieser Mitteilung wieder etwas Hoffnung geschöpft, da nach seiner Ansicht hieraus hervorgehe, daß der englische Vorschlag auf alle Fälle in Betracht gezogen würde, doch scheine ihm die Nachricht von der russischen Mobilmachung jede Hoffnung auf eine friedliche Lösung so gut wie zu vernichten[32].

Im Anschluß an die Unterredung mit Goschen teilte Jagow auch Jules Cambon mit, daß man in Anbetracht der russischen allgemeinen Mobilmachung den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr" angeordnet habe, und gab dem Botschafter

hierzu einige Erläuterungen. Auch teilte Jagow Cambon mit, daß man in Petersburg die Demobilisierung sowohl nach der österreichischen wie nach der deutschen Seite verlangt habe, widrigenfalls Deutschland seinerseits genötigt werde, mobil zu machen. Ferner sagte er dem Botschafter, daß Schoen beauftragt worden sei, den Quai d'Orsay zu fragen, welche Haltung die französische Regierung einzunehmen gedenke. Auch beschwerte sich Jagow dem französischen Botschafter gegenüber in gleicher Weise über Rußland, wie er dies Swerbejew und Goschen gegenüber getan hatte. Cambon bedauerte die Haltung Österreichs seit Beginn der Krise und fragte, ob Jagow denn wisse, daß Deutschland auch einem Kriege mit England entgegengehe. Er sei genau unterrichtet über das, was in England vor sich gehe, und er sage ihm, daß dies der Fall sei. Jagow erwiderte, daß er sich täusche, woraus wohl nicht geschlossen werden darf, daß der Staatssekretär hiervon selbst überzeugt war[33].

Noch vor der Unterredung mit Jagow hatte Cambon Viviani gemeldet, er habe gehört, daß die russische allgemeine Mobilmachung als Folge der österreichischen allgemeinen Mobilmachung angeordnet worden sei. Worauf dieser Irrtum, der immer weitere Kreise zog, beruhte, ob nur ein Mißverständnis oder eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen vorgelegen hat, wird wohl stets eine offene Frage bleiben. Am wahrscheinlichsten dürfte sein, daß die falsche Darstellung der Reihenfolge der Mobilmachungen auf eine Unterredung Swerbejews mit Cambon zurückzuführen ist. Weiter hatte Cambon in diesem Telegramm gemeldet, es sei mit der fast sofortigen Anordnung der deutschen allgemeinen Mobilmachung zu rechnen[34].

In einer außerordentlichen Sitzung wurde dem Bundesrat mitgeteilt, daß auf Grund der russischen allgemeinen Mobilmachung der „Zustand der drohenden Kriegsgefahr" erklärt sei und die Mobilmachung in 24 bis 48 Stunden folgen werde.

Nach der Mittagstafel im Neuen Palais fuhr Wilhelm II. in der Uniform der Gardekürassiere in tiefernster Stimmung in das Berliner Schloß, wo er, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt, gegen 3 Uhr eintraf[35]. Kurz danach empfing er den Reichskanzler in Audienz, dem er hierbei die Genehmigung zur Absendung der Ultimaten nach Paris und Petersburg erteilte. Inzwischen war dem Kaiser ein soeben eingetroffenes Telegramm vorgelegt worden, in dem Franz Joseph mittteilte, daß er die Mobilisierung seiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet habe und daß die im Zuge befindliche Aktion gegen Serbien durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren dürfe. Eine neuerliche Rettung Serbiens durch eine Intervention Rußlands müßte die ernstesten Folgen für seine Länder nach sich ziehen, und er könne daher „eine solche Intervention unmöglich zugeben". Er sei sich der Tragweite seiner Entschlüsse durchaus bewußt und habe sie gefaßt in dem sicheren Bewußtsein, daß die Wehrmacht des Kaisers „in unwandelbarer Bundestreue" für sein Reich und den Dreibund einstehen werde[36].

Dieses Telegramm enthielt sowohl die Ablehnung des englischen Vorschlages des „Halt-in-Belgrad" wie auch des Vermittlungsvorschlages Kaiser Wilhelms, der auf Bitten des Zaren erfolgt war. Mit voller Klarheit geht aus den Worten

Kaiser Franz Josephs hervor, daß die Doppelmonarchie im Hinblick auf die deutsche Unterstützung ihre Aktion gegen Serbien auch trotz einer russischen Intervention durchzuführen fest entschlossen war.

Die Ablehnung der Vermittlungsvorschläge durch Kaiser Franz Joseph wurde im Auswärtigen Amt bedauert, weil durch ein Eingehen auf die englischen Wünsche Rußland noch mehr ins Unrecht versetzt worden wäre. Im übrigen herrschte vielfach die Meinung vor, daß schon nach der russischen Teilmobilmachung der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten gewesen wäre, weil der Zar kaum die Kraft gehabt hätte, die Demobilmachung zu verfügen, ohne eine Genugtuung von Österreich-Ungarn zu erlangen, die wohl nicht zu erhalten gewesen wäre[37].

Fast zu gleicher Zeit wie das Telegramm Franz Josephs ging ein Telegramm des Zaren ein. Nikolaus teilte mit, es sei „technisch unmöglich", die militärischen Vorbereitungen einzustellen, die infolge der Mobilmachung Österreichs notwendig waren. Es liege den Russen aber fern, einen Krieg zu wünschen. Solange die Verhandlungen mit Österreich wegen Serbien andauerten, würden seine Truppen keinerlei „herausfordernde" Handlung unternehmen. Er gebe dem Kaiser hierauf sein feierliches Wort, und er hoffe weiter auf den Erfolg der Vermittlung des Kaisers in Wien für den Frieden Europas[38].

Wie wir noch später sehen werden, ging diese Erklärung für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung auf den Kern der Sache nicht ein. Die für Deutschland durch die Mobilmachung hervorgerufene Gefahr lag nicht in einer herausfordernden Haltung Rußlands, sondern darin, daß Deutschland, wenn es nicht sofort zum Kampf kam, der Vorteile seiner etwas schnelleren Mobilmachung verlustig ging. In dem Telegramm fällt auch auf, daß der Zar es vermied, von der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu sprechen, und nur die unbestimmte Form der „militärischen Vorbereitungen" gebrauchte. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß die russische allgemeine Mobilmachung auf Wunsch Frankreichs so lange wie möglich verschleiert werden sollte. Wir kommen hierauf noch zurück. Im übrigen lag in der Mitteilung, daß die Mobilmachung an sich nur wegen technischer Schwierigkeiten aufrechterhalten werden müßte und daß die Truppen keinerlei herausfordernde Handlung unternehmen würden, ein indirektes Eingeständnis, daß die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung vom Standpunkt der Sicherheit seines Reiches aus nicht unbedingt notwendig war. Ja, das Telegramm klang fast wie eine Entschuldigung und versuchte Einschränkung der Folgen seiner Anordnung, wodurch das Verhängnisvolle des Schrittes jedoch nicht abgeschwächt werden konnte.

Abgesehen von dem Vortrag des Reichskanzlers besprach der Kaiser die Lage mit Moltke im Beisein von Falkenhayn. Der Generalstabschef dürfte dem Kaiser vor allem seine Sorge mitgeteilt haben, daß Österreich sich nicht entschließen könne, von Serbien abzulassen und sich mit allen Kräften gegen Rußland zu wenden. Jedenfalls sah sich der Kaiser veranlaßt, den Entwurf eines Telegramms an den Kaiser von Österreich, mit dessen Ausfertigung er soeben den Kanzler beauftragt hatte[39], nicht abzuwarten, sondern wohl mit Moltke und Falkenhayn zusammen ein eigenes Telegramm an Kaiser Franz Joseph aufzusetzen, das bereits kurz nach 4 Uhr dem Auswärtigen Amt zur Absendung übergeben werden konnte.

Der Kaiser teilte hier mit, daß er mit dem 2. August als 1. Mobilmachungstag für die Mobilmachung des deutschen Heeres rechne und daß er bereit sei, in Erfüllung seiner Bündnispflichten „sofort den Krieg gegen Rußland und Frankreich zu beginnen". Es sei in diesem schweren Kampf von größter Wichtigkeit, daß Österreich seine Hauptkräfte gegen Rußland einsetze und sich nicht durch eine gleichzeitige Offensive gegen Serbien zersplittere. Dies sei um so wichtiger, als ein großer Teil des deutschen Heeres durch Frankreich gebunden sein würde. Serbien spiele in dem Riesenkampf nur eine ganz nebensächliche Rolle. Auf einen Erfolg des Krieges und damit den Bestand ihrer Monarchien könne nur gehofft werden, wenn sie beide dem neuen mächtigen Gegner mit allen Kräften entgegentreten würden. Ferner bat der Kaiser, Franz Joseph möge alles tun, um Italien durch möglichstes Entgegenkommen zur Teilnahme am Kriege zu bewegen. Alles andere müsse zurücktreten, damit der Dreibund gemeinsam in den Krieg eintrete[40].

Dem Telegramm, das ganz die Auffassungen des Generalstabschefs widerspiegelte, lag der offenkundige Zweck zugrunde, jeden Zweifel an einem Mitgehen Deutschlands bei dem als bevorstehend angesehenen Angriff Rußlands gegen Österreich zu beseitigen, weil dies die Voraussetzung war, daß Österreich auf Erfolge gegen Serbien verzichtete und seine Hauptkräfte für den Krieg gegen Rußland bereitstellte.

Um auch über den k. u. k. Militärattaché auf die Wiener Regierung einzuwirken, die Hauptkräfte gegen Rußland zu verwenden, wurde der österreichisch-ungarische Militärattaché, Major Freiherr von Bienerth, noch am Nachmittag um 5 Uhr zum Kaiser befohlen, der ihm in großen Zügen die ganze Lage auseinandersetzte. Dabei teilte der Kaiser seine Bestrebungen mit, weitere Bundesgenossen zu gewinnen, um Österreich den Kampf gegen Rußland zu erleichtern. Der soeben aus Rumänien zurückgekehrte Graf Hutten-Czapski habe ihm seine vollste Überzeugung ausgesprochen, daß Rumänien aktiv auf der Seite des Dreibundes eingreifen werde, und der Kaiser regte an, Österreich-Ungarn solle Rumänien Bessarabien versprechen. Auch habe er den König von Bulgarien aufgefordert, sich an die Seite Österreichs zu stellen, und er stehe im Begriff, mit der Türkei einen Vertrag abzuschließen, der die Türken verpflichte, mit fünf Armeekorps unter dem Oberkommando von Liman von Sanders aktiv gegen Rußland vorzugehen. Auch dem König von Griechenland habe er mitgeteilt, daß er die Beziehungen zu ihm abbrechen würde, wenn Griechenland mit Rußland gehe. Auf Grund eines Gedankenaustausches mit dem König von Schweden wolle König Gustav mobilisieren und nach Ausbruch des Krieges aktiv vorgehen. Ferner sei an den König von Italien durch seinen Flügeladjutanten, Oberstleutnant von Kleist, ein Schreiben unterwegs, in dem Viktor Emanuel aufgefordert wurde, den Vertrag einzuhalten, zu mobilisieren und die zugesicherte Entsendung eines Armeekorps über die Alpen zu veranlassen. Deutschland könne erst nach Niederringung Frankreichs gegen Rußland offensiv werden. Bis dahin müsse Österreich-Ungarn den Ansturm von mindestens 14 russischen Korps aushalten. Er beauftrage ihn daher, Seiner Apostolischen Majestät und dem Generalstabschef zu übermitteln, Österreich solle sich mit allen irgend verfügbaren Mitteln gegen

Rußland wenden, „um der dortigen Übermacht Herr werden zu können". Weiter sagte der Kaiser, daß mit dem Eingreifen Englands als Gegner zu rechnen sei, und teilte Bienerth die beabsichtigte Verwendung des Kronprinzen und der königlichen Prinzen in der Armee mit[41].

Aus der Audienz des k. u. k. Militärattachés geht hervor, daß auch der Kaiser die Gefahr voll erkannt hatte, die für Deutschland eintreten mußte, falls Österreich sich nicht rechtzeitig dazu entschließen würde, seine Kräfte gegen Rußland einzusetzen. Auch gewinnt man aus der Audienz den Eindruck, daß der Kaiser befürchtete, die Österreicher würden die Zuversicht für den Kampf gegen Rußland verlieren, weswegen das Mitgehen der erwähnten anderen Mächte in reichlich optimistischer Weise dargestellt wurde.

Der Kaiser, der sich bisher die größte Mühe gegeben hatte, Österreich zum Einlenken gegenüber Rußland zu bewegen, erkannte nunmehr die durch die russische allgemeine Mobilmachung völlig veränderte Lage und versuchte jetzt seinerseits alles, um Österreich zum vollen Einsatz seiner Kräfte gegen Rußland zu bewegen.

Nach der Rückkehr des Kaisers hatte sich eine ungezählte Menschenmenge im Lustgarten vor dem alten ehrwürdigen Schloß der Hohenzollern versammelt. Kurz nach 6 Uhr trat der Kaiser mit der Kaiserin und einigen Familienmitgliedern auf den Balkon des Schlosses, von der Menge mit unbeschreiblicher Begeisterung begrüßt. Der Kaiser hielt eine kurze Ansprache an die Menge, die ihm zujubelte und patriotische Lieder anstimmte. Hierauf fuhren die kaiserlichen Majestäten im offenen Auto, wiederum stürmisch begrüßt, über die Linden zum Schloß Bellevue, wo gegen 7 Uhr die standesamtliche und kirchliche Trauung des Prinzen Oskar von Preußen mit der Gräfin von Bassewitz stattfand. Bei der Rückkehr zum Schloß begab sich der Kaiser noch ins Generalstabsgebäude, wo eine kurze Besprechung über die Maßnahmen stattfand, die ergriffen werden müßten, falls von Rußland und Frankreich auf die ultimativen Anfragen keine entsprechenden Antworten eingehen würden.

Am Nachmittag hatte Bethmann Hollweg noch eine Unterredung mit Tirpitz, der ihn aufgesucht hatte, um mit ihm über Widersprüche zu sprechen, die der Admiral zwischen dem Brief des Kaisers an ihn und der Auffassung des Auswärtigen Amtes erblickte, wie sie in der Unterredung eines Vertreters des Admiralstabes in Gegenwart des Staatssekretärs vom heutigen Vormittag hervorgetreten sei. Nach der Niederschrift des Kaisers bestehe in sachlicher Beziehung zwischen Wien, London und Berlin Übereinstimmung, während nach Auffassung des Amtes der Krieg als unvermeidlich angesehen würde. Auch irre der Kaiser seines Erachtens insofern, als der Schlüssel der Lage nicht in London, sondern in Petersburg liege. Man müßte sich mit den Russen arrangieren. Der Kanzler hingegen meinte, der Kaiser habe in seinem Schreiben verschiedenes durcheinandergebracht. Die Mobilmachung Rußlands sei ein so unerhörtes Verfahren, daß sich Deutschland dies nicht gefallen lassen könne. Deshalb habe man drohende Kriegsgefahr ausgesprochen, und wenn Rußland fortfahre zu mobilisieren, müßte auch Deutschland mobil machen. Als Tirpitz dann noch einwendete, ob man Rußland gegenüber nicht hervorheben könne, daß sachliche Einigkeit bestände,

meinte Bethmann, dies sei ja dauernd geschehen und darauf habe eben Rußland mit der Mobilmachung geantwortet[42].

Der Nachrichten- und Gedankenaustausch zwischen Moltke und Conrad vom vorhergehenden Tage wurde auch am 31. fortgesetzt. Nachdem in Wien endgültig der Entschluß gefaßt worden war, die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung bei Kaiser Franz Joseph zu beantragen, ließ Conrad dies um Mittag Moltke durch Fernspruch mitteilen. Hierbei wurde der 4. August als 1. Mobilmachungstag angegeben. Aufmarsch und Operationen gegen Serbien würden im bisherigen Umfange bestehen bleiben. Falls Rumänien Österreich angreife, würde Bulgarien dagegen marschieren.

Am Nachmittag wurde Moltke durch einen weiteren Fernspruch Conrads mitgeteilt, daß die österreichische Mobilmachung nur angeordnet worden sei, um sich gegen jeden russischen Angriff vorzusehen, jedoch ohne jede Absicht, den Krieg zu erklären noch ihn zu beginnen[43]. Dies war die Antwort auf das Telegramm Fleischmanns vom 30. abends oder auf den erst am 31. in Wien eingetroffenen schriftlichen Bericht mit der Aufforderung, Österreich solle Rußland den Krieg nicht erklären, sondern den Angriff Rußlands abwarten. Der Fernspruch wurde von Moltke jedoch so aufgefaßt, als ob Österreich nicht die Absicht habe, den Krieg gegen Rußland zu führen, was Moltke veranlaßte, dies gegen 6 Uhr abends Conrad mit der Bemerkung mitzuteilen, Deutschland würde die Mobilmachung seiner gesamten Streitkräfte voraussichtlich am 2. August aussprechen und den „Kampf gegen Rußland und Frankreich aufnehmen". Dann folgte die etwas deprimierte Frage, ob Österreich Deutschland im Stich lassen wolle.

Conrad antwortete daraufhin in einem ausführlichen Fernspruch, der um 10 Uhr 30 abends in Berlin einging, daß Österreich-Ungarn seinen Willen zum Kriege gegen Rußland schon durch die angeordnete Versammlung seiner Streitkräfte in Galizien dokumentiert habe. Die Mitteilung über den Aufschub der Kriegserklärung und des Kriegsbeginns hätte nur dem deutschen Wunsch entsprochen, den Anschein eines angriffsweisen Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Rußland zu vermeiden und den Kriegsbeginn von seiten Rußlands abzuwarten. Wenn er damit gerechnet hätte, den Krieg gegen Serbien durchzuführen, ehe ein Vorgehen gegen Rußland nötig werde, sei dies darauf zurückzuführen, daß beim Abgehen dieser Mitteilung noch keine Nachricht über die Mobilmachungsabsichten Deutschlands eingelaufen sei. Erst die heutigen Mitteilungen hätten die Absicht Deutschlands erkennen lassen, den Krieg gegen Frankreich und Rußland zu beginnen. Conrad bat umgehend um eine Erklärung, ob diese Auffassung über die deutsche Absicht auch zutreffend sei, um danach das eigene Handeln bestimmen zu können.

Um ganz sicher zu gehen, bat Conrad in einem kurz darauf abgesandten Telegramm noch einmal ausdrücklich um die „dezidierte" Erklärung, ob nunmehr unwiderruflich damit gerechnet werden könne, daß der große Krieg gegen Rußland sofort und unbedingt geführt werde und es nicht dazu kommen könne, daß Österreich von Serbien ablasse, ohne daß es zum Kriege mit Rußland kommen würde. Diese entschiedene Erklärung sei für die österreichischen Entschlüsse unerläßlich und dringend. Die Gründe für diese Anfrage lagen, wie wir wissen,

darin, daß der k. u. k. Generalstab so bald wie möglich volle Klarheit darüber haben mußte, ob der Aufmarsch nur gegen Serbien oder auch gegen Rußland zu erfolgen hatte.

Der Fernspruch, der noch vor Mitternacht in Berlin eintraf, wurde sofort bestätigt und mitgeteilt, daß Deutschland an Rußland und Frankreich ein Ultimatum gestellt habe, das bis 1. August 4 Uhr nachmittags beantwortet sein müsse. Wenn die Antwort unbefriedigend ausfiele, würde morgen die Mobilmachung befohlen.

In den ersten Morgenstunden des 1. August ging ein weiteres Telegramm Moltkes an Conrad ab, Deutschland habe von Rußland die sofortige Rückgängigmachung aller gegen Deutschland und Österreich getroffenen militärischen Maßnahmen gefordert. Wenn Rußland diese Forderung ablehne, erfolge die sofortige Kriegserklärung Deutschlands. Für die Antwort Rußlands sei eine zwölfstündige Frist gestellt worden. Die Entscheidung müsse somit morgen fallen. Eine Annahme der deutschen Forderung durch Rußland hielt der Generalstabschef für ausgeschlossen.

Damit war der Gedankenaustausch Moltke-Conrad zunächst beendet. In der Nacht war noch ein Telegramm des deutschen Militärattachés in Wien, Graf Kageneck, eingegangen, in dem Kageneck über ein Gespräch mit Conrad wegen der Depesche des Kaisers betreffs aktiver Teilnahme am Kriege gegen Rußland Mitteilung machte. Conrad hätte gewünscht, daß sich Deutschland 24 Stunden früher entschieden hätte, so habe es die Österreicher in eine sehr schwierige Lage gebracht. Auch teilte Kageneck mit, daß er Conrad gesagt habe, eine frühere Entscheidung sei aus diplomatischen Gründen nicht möglich gewesen. Ferner habe sich Conrad danach erkundigt, was mit Frankreich würde[44].

Der Reichskanzler war am 31. abends nach der Abendtafel zu einem kurzen Vortrag beim Kaiser ins Schloß befohlen worden. Über die Besprechung selbst, die nach 9 Uhr stattgefunden haben dürfte, sind wir nicht näher unterrichtet. In sein Palais zurückgekehrt, empfing der Kanzler Falkenhayn, der ihn erneut auf die Nachteile einer weiteren Verzögerung der deutschen Mobilmachung hinwies[45].

Noch spät am Abend fand beim Kanzler eine Besprechung über die Kriegserklärungen statt, an der außer Jagow mit Unterbrechungen auch Moltke teilnahm. Anfangs wurde auch der Direktor der Rechtsabteilung, Geheimrat Kriege, zu der Beratung hinzugezogen, um die völkerrechtliche Seite der Frage zu erörtern[46]. Insbesondere wurde besprochen, ob die Absendung einer Kriegserklärung an Rußland schon notwendig sei. Moltke vertrat nachdrücklich den Standpunkt, daß der Krieg nach der allgemeinen russischen Mobilmachung unvermeidlich sei und der deutsche Mobilmachungsplan ohne weiteres sofortige militärische Aktionen im Westen vorsehe. Gegen die gewaltige Übermacht der Feinde könne Deutschland den Kampf nur durch schleunigstes Handeln bestehen.

Der Reichskanzler konnte sich diesen militärischen Gründen nicht widersetzen und entschloß sich daher für die Absendung der Kriegserklärung. Um die äußerste Schnelligkeit dieses Vorgehens sicherzustellen, wurde beschlossen, Pourtalès anzuweisen, bei ungenügender russischer Antwort nicht die angedrohte Mobilmachung,

wie sie im Ultimatum an Rußland vorgesehen war, zu notifizieren, sondern sogleich die Kriegserklärung zu übergeben. Bei diesem Entschluß ging man von der allgemeinen Annahme aus, daß die russische Antwort auf das deutsche Ultimatum ungenügend ausfallen würde[47].

Nachdem Geheimrat Kriege fortgegangen war, wurden die bereits vorher fertiggestellten Entwürfe über die Kriegserklärung durchgesprochen und der endgültige Wortlaut festgelegt[48]. Ein erster Entwurf desWortlauts der Kriegserklärung an Rußland stammte von dem Vortr. Rat Graf Mirbach. Der Entwurf war von Stumm mit Bleistiftnotizen verändert worden und lag alsdann dem Staatssekretär in Schreibmaschinenschrift vor. Dieser zweite Entwurf wurde von Jagow mit Zusätzen und Änderungen versehen. Die der eigentlichen Kriegserklärung beigefügten Sätze stammten von dem Vortr. Rat von Rosenberg und wurden noch vom Kanzler ergänzt. Jagow fügte dem Entwurf noch die Weisung bei, daß der Botschafter seine Pässe fordern und die Geschäfte der amerikanischen Botschaft übergeben sollte[49].

Auf Veranlassung Moltkes wurde in dem Telegramm mit aufgenommen, daß die Kriegserklärung nachmittags 5 Uhr zu überreichen sei[50]. Die Festsetzung dieses Zeitpunktes ist folgendermaßen zu erklären: Der Kanzler vertrat den Standpunkt, daß die Kriegerklärung zur gleichen Zeit erfolgen müsse wie die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung, und zwar deswegen, weil mit dem Ausspruch der Mobilmachung gleichzeitig Truppen (Patrouillen) über die Grenze geschoben werden sollten. Mithin waren Kriegshandlungen zu erwarten. Der Generalstabschef andererseits erklärte 5 Uhr nachmittags als den spätesten Zeitpunkt für die Anordnung der deutschen Mobilmachung, um sicher zu gehen, daß der Mobilmachungsbefehl noch am gleichen Tage auch der kleinsten Ortschaft des Reiches zugestellt werden konnte. Dies war notwendig, damit am folgenden Tage überall die allgemeine Mobilmachung auch tatsächlich einsetzen konnte. So waren Kriegserklärung und Mobilmachung zeitlich miteinander verkoppelt. Dies erklärt den Wunsch des Generalstabschefs, daß für die Übergabe der Kriegserklärung und die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung die gleiche Zeit festgesetzt werden sollte.

Bei derselben Besprechung wurde auch über eine etwaige Kriegserklärung an Frankreich beraten, die Rosenberg am 31. Juli nach Abgang des Ultimatums an Paris aufgesetzt hatte[51]. Wir kommen hierauf noch an späterer Stelle zurück.

Das Ergebnis der Beratungen drückt sich in dem Fernspruch Moltkes an Conrad aus, der am 1. August 2.20 Uhr morgens abging. Hier kam zum Ausdruck, daß, falls Rußland das Ultimatum ablehnen würde, die sofortige Kriegserklärung Deutschlands erfolge.

Noch am späten Abend, wohl nachdem Jagow von der Besprechung beim Reichskanzler ins Auswärtige Amt zurückgekehrt war, fand eine sehr ausgedehnte Unterredung zwischen dem Staatssekretär und Goschen statt. Dabei führte der Botschafter aus, nach Auffassung des britischen Außenministers sei der Stein des Anstoßes bisher das österreichische Mißtrauen gegenüber den serbischen Versicherungen und das russische Mißtrauen in die Absichten Österreichs bezüglich der Unabhängigkeit und Integrität Serbiens gewesen. Deshalb sei ihm der Ge-

danke gekommen, Deutschland solle Wien, England Petersburg „sondieren", ob es möglich wäre, daß die vier nicht interessierten Mächte Österreich volle Genugtuung hinsichtlich seiner Forderungen anbieten könnten, vorausgesetzt, daß die serbische Souveränität und Integrität nicht beeinträchtigt würde, die Österreich ja zu achten sich schon bereit erklärt habe. Die vier Mächte könnten Rußland noch benachrichtigen, sie würden sich dafür einsetzen, daß Österreich nicht zu weitgehende Forderungen stellte, die die Souveränität und Integrität Serbiens beeinträchtigen könnten. Ferner teilte Goschen Jagow mit, daß Grey heute morgen zu Lichnowsky folgendes gesagt habe: Wenn Deutschland einen vernünftigen Vorschlag machen könnte, der zeigte, daß Deutschland und Österreich sich um die Erhaltung des europäischen Friedens bemühten, und dessen Ablehnung durch Rußland und Frankreich unbillig wäre, dann würde Grey den deutschen Vorschlag in Paris und Petersburg unterstützen und dabei so weit gehen, zu erklären, daß, wenn Rußland und Frankreich den deutschen Vorschlag nicht annehmen würden, die englische Regierung sich nicht mehr um die Folgen kümmern würde. Wenn aber Frankreich in die Sache verwickelt werde, würde auch England hineingezogen.

Jagow war der Vorschlag Greys sehr sympathisch, er würdigte auch die andauernden Bemühungen Greys um die Erhaltung des Friedens, doch meinte er, die Reichsregierung könne unmöglich irgendeinen Vorschlag in Betracht ziehen, solange nicht von Rußland eine Antwort auf das heutige Ultimatum vorliegen würde. Vielmehr müsse Deutschland, wenn die russische Regierung den deutschen Wünschen nicht entspreche, unverzüglich mobil machen. Als Goschen fragte, warum die deutsche Regierung Rußland die Annahme seiner Forderungen dadurch erschwert habe, daß sie auch eine Demobilmachung im Süden verlangt habe, was ihm für Rußland unannehmbar erscheine, erwiderte Jagow, dies sei geschehen, um Rußland die Möglichkeit zu nehmen, vorzugeben, seine ganze Mobilmachung richte sich nur gegen Österreich. Wenn aber die Antwort Rußlands befriedigend ausfalle, verdiene der Vorschlag Greys wohlwollende Beachtung, und er würde ihn auf jeden Fall dem Kaiser und dem Kanzler unterbreiten. Jagow erwähnte noch die Bemühungen Deutschlands gegenüber Österreich, sich zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit zu zeigen, doch habe die russische Mobilmachung alles verdorben[52]. Aus dieser Unterredung geht so recht deutlich hervor, wie sehr die russische allgemeine Mobilmachung alle Bemühungen der Diplomaten um die Erhaltung des Friedens tatsächlich über den Haufen geworfen hatte.

Im Anschluß hieran stellte Goschen, einem weiteren Auftrage Greys entsprechend, die Anfrage, ob die deutsche Regierung zu der Verpflichtung bereit sei, die Neutralität Belgiens so lange zu achten, als sie von keiner anderen Macht verletzt würde. Hierauf erklärte Jagow, daß er ihm unmöglich eine Antwort geben könnte, bevor er den Kaiser und Kanzler befragt habe. Es sei zweifelhaft, ob die deutsche Regierung überhaupt hierauf eine Antwort erteilen könnte, da ein Bescheid von deutscher Seite bis zu einem gewissen Grade einen Teil ihres Feldzugsplanes enthüllen würde. Auf jeden Fall müsse man wissen, welche Antwort Frankreich auf die gleiche Anfrage Englands geben würde. Ferner teilte

Jagow noch mit, Belgien habe durch die Zurückhaltung von Getreide eine Handlung begangen, die er als „feindselig" bezeichnen müsse[53]. Goschen sagte, er wolle morgen nachmittag noch einmal bei ihm vorsprechen, um seine Antwort entgegenzunehmen, doch dürfte Goschen sicherlich auch jetzt schon gewußt haben, woran er war.

Durch eine amtliche Mitteilung, die noch am Abend des 31. durch Extrablätter verbreitet wurde, gab die Regierung die ultimative Anfrage in Petersburg und Paris mit der Begründung bekannt, daß die russische allgemeine Mobilmachung die auf Wunsch des Zaren unternommene Vermittlung gestört habe[54].

Wie bedrohlich die Lage überall in Europa aufgefaßt wurde, ging auch daraus hervor, daß in Holland und in der Schweiz die ersten Mobilmachungsmaßnahmen angeordnet wurden[55].

Die Extrablätter hatten die Berliner Bevölkerung auf die Beine gebracht, und eine große Menge zog vor die Reichskanzlei, wo Bethmann Hollweg kurz vor Mitternacht Gelegenheit nahm, eine Ansprache an die versammelte Menge zu richten, die mit Begeisterung aufgenommen wurde. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß die Versammelten vor das Haus Bismarcks gekommen seien, Bismarcks, der mit Kaiser Wilhelm dem Großen und dem Feldmarschall Moltke das Deutsche Reich geschmiedet habe. Bethmann Hollweg hob dann den Friedenswillen des Deutschen Reiches in den letzten 44 Jahren hervor und sagte, daß der Kaiser bis in die letzten Stunden hinein für den Frieden Europas gewirkt habe und dies auch noch weiter tun würde. Sollten aber die Bemühungen vergeblich sein, so würden sie in dem Bewußtsein ins Feld ziehen, den Krieg nicht gewollt zu haben.

Die voraussichtliche Haltung Englands war trotz, ja vielleicht gerade infolge der zahlreichen Mitteilungen, die aus London vorlagen, noch immer ein Problem geblieben. Wenn sich der Kanzler auch seit dem Bekanntwerden der Erklärung Greys dem Fürsten Lichnowsky gegenüber, daß England den Ereignissen nicht untätig zusehen könne, und dem Telegramm des Marineattachés von Müller, der mit einem Überfall der britischen Flotte rechnete, keinen Illusionen mehr hingab und der Auffassung war, daß England auf seiten der Entente mitgehen würde, so war man doch noch nicht ganz sicher, ob England „sogleich oder erst später" eingreifen würde. Dieser Zweifel war, wie wir noch sehen werden, durchaus berechtigt.

Die zahlreichen Mitteilungen, die von Lichnowsky im Laufe des 31. eingingen, ließen die Haltung Englands wieder hoffnungsvoller erscheinen. So hatte der Botschafter mitgeteilt, daß Grey am 30. Juli im Unterhaus friedlich klingende Erklärungen abgegeben habe und auch Asquith den Wunsch zum Ausdruck gebracht hätte, das „drohende Verhängnis, wenn nicht abzuwenden, so doch wenigstens zu umgrenzen[56]".

Die Mitteilung einer Anweisung Greys an Buchanan, die den Vorschlag zur Änderung der Sasonow-Formel enthielt, zeigte ebenfalls, daß Grey eine wenn auch vorsichtige Einwirkung auf Rußland im Sinne des Friedens zu versuchen schien[57]. Auch aus der Unterredung mit Grey am Vormittag, in der Sir Edward seinen Irrtum vom gestrigen Tage über die verschiedenen Mobilmachungsstadien der Flotte insofern richtigstellte, als er erklärte, die „naval preparations"

seien bereits getroffen und somit liege vor der Mobilmachung kein weiteres Zwischenstadium mehr, hatte Lichnowsky den Eindruck gewonnen, „daß England bei einem etwaigen Kriege eine abwartende Haltung einnehme". Doch sei hierzu nötig, daß Deutschland mit Hilfe eines durch seine Vermittlung erwirkten greifbaren Zugeständnisses der österreichischen Regierung den Verdacht beseitige, daß Deutschland bedingungslos den österreichischen Standpunkt vertrete[58]. Auch hatte Grey, wie Lichnowsky mitteilte, versprochen, England werde versuchen, auf Einstellung der Kriegsmaßnahmen hinzuwirken, wenn auch Rußland in dieser Beziehung etwas empfindlich geworden sei. Hiermit hatte Grey auf die Erklärungen von Pourtalès gegenüber Sasonow angespielt, daß ein weiteres Fortschreiten der russischen Mobilmachung Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde. Es käme darauf an, Rußland durch ein österreichisches Zugeständnis „ins Unrecht zu versetzen", nur dann könne er einen Druck auf Petersburg und Paris ausüben. Grey hatte dem Botschafter auch zu verstehen gegeben, daß dies unter Umständen „ausschlaggebend" sein könne für die Haltung Englands. Denn wenn Frankreich ins Spiel komme, könne er nur durch irgendein greifbares Unrecht auf russischer Seite eine zurückhaltende Stellungnahme Englands begründen[59].

In einem nach 10 Uhr abends eingehenden Telegramm teilte Lichnowsky noch mit, daß das Foreign Office noch keinerlei Nachricht über die allgemeine Mobilmachung Rußlands erhalten habe.

Der Kanzler hatte bereits in einem Telegramm, das noch am Abend abging, Lichnowsky über die letzten Verhandlungen mit Wien und Petersburg und über den Versuch des Kaisers, den Zaren zur Einstellung der militärischen Maßnahmen gegen Österreich zu bewegen, unterrichtet. Die deutschen Vorschläge gegenüber Wien hätten sich ganz im Sinne der Vorschläge Englands bewegt, doch seien die Beratungen hierüber in Wien durch die russische allgemeine Mobilmachung abgeschnitten worden. Letzteres traf insofern nicht ganz zu, als Wien bereits vor Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung die Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages beschlossen hatte, was man aber in Berlin nicht wußte. Die russische Mobilmachung richte sich jetzt auch gegen Deutschland, sei als feindseliger Akt zu betrachten und hätte mit ernsten Gegenmaßregeln beantwortet werden müssen. Auch die Ultimaten an Rußland und Frankreich wurden Lichnowsky mitgeteilt.

Nach Mitternacht ging noch ein weiteres Telegramm an Lichnowsky ab, in dem der Botschafter ersucht wurde, in England Verständnis für die militärischen Maßnahmen zu erwecken, die bei der militärgeographischen Lage Deutschlands infolge der Mobilmachung Rußlands nötig gewesen seien. Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen würden nach der russischen Mobilmachung Ostpreußen, Westpreußen, vielleicht auch Posen und Schlesien den Russen schutzlos preisgegeben. Eine russische Mobilmachung bedeute, wenn Deutschland nicht selbst mobil mache, eine Lebensgefahr. Die Provokation durch die russische Mobilmachung in einem Augenblick, wo Deutschland auf Bitten des Zaren in Wien vermittle, sei überdies so stark, daß mit scharfen Gegenmaßregeln geantwortet werden müßte[60].

Kapitel 45

Österreich bleibt fest

Wien, 31. Juli: Absichten der Wilhelmstraße — Moltkes Telegramm nach Wien — Mitteilungen Szögyénys — Tisza in Schönbrunn — Auch Stürghk beim Kaiser — Besprechungen Berchtolds mit Conrad und Krobatin — Ministerrat in Wien — Unterredung Forgáchs mit Bunsen — Meldung über Verkündung der allgemeinen Mobilmachung in Österreich-Ungarn — Schebekos weitere Bemühungen um den Frieden — Mitteilung der Verkündung des deutschen Kriegsgefahrzustandes in Wien — Franz Joseph erhält das zweite Telegramm Kaiser Wilhelms — Conrad spricht mit Kageneck — Die Lage am Abend des 31. Juli.

Der 31. Juli stellte Österreich vor den schweren Entschluß, den deutschen und englischen Wünschen nachzugeben oder die geplante Aktion uneingeschränkt durchzuführen. Österreich blieb fest, ging nicht darauf ein, sich mit Belgrad als Faustpfand für die Durchführung seiner Forderungen zu begnügen oder den Wünschen Greys entsprechend die Note als Grundlage von Verhandlungen anzunehmen. In der Folge ersparte die russische allgemeine Mobilmachung der Doppelmonarchie eine Auseinandersetzung mit dem Bundesgenossen, über deren mutmaßlichen Verlauf Betrachtungen anzustellen wenig Zweck haben dürfte.

Um 5 Uhr morgens war vom Ballhausplatz die Mitteilung Szögyénys eingegangen, die deutsche Regierung könne der Anregung Berchtolds, wegen der russischen Rüstungen einen erneuten Druck auf Petersburg auszuüben, nicht entsprechen. Die Vertreter in Petersburg und Paris seien bereits vor kurzem angewiesen worden zu erklären, daß die Fortsetzung der russischen Mobilisierung zu Gegenmaßnahmen und ernsten Folgen führen müßte[1].

Anscheinend hat dann am gleichen Tage etwas später ein Telephongespräch zwischen Ballhausplatz und Wilhelmstraße stattgefunden, in dem Wien mitgeteilt wurde, daß Deutschland doch eine neue Anfrage wegen der Rüstungen stellen werde. Jedenfalls erhielt Conrad noch am Morgen des 31. Juli eine entsprechende Mitteilung*.

Im übrigen lag dem Generalstabschef am Morgen das Telegramm des k. u. k. Militärattachés in Berlin Frhrn. von Bienerth über seine gestrige Unterredung mit Moltke vor. Das Telegramm, in dem die Gedankengänge Moltkes nur lückenhaft wiedergegeben waren, hatte folgenden Wortlaut[2]:

---

* Conrad, IV S. 152. Der hier von Conrad gebrauchte Ausdruck „Ultimatum" dürfte eine Ungenauigkeit sein. Hierunter war die von der Wilhelmstraße um diese Zeit beabsichtigte „mise en demeure" gemeint. Vgl. Kap. 44.

Siehe auch Oe. Dok. Nr. 11201. Danach soll Tschirschky am 31. „früh" ein Telephongespräch mit Berlin gehabt haben, in dem von einem deutschen Ultimatum die Rede war. Anscheinend liegt eine Verwechslung mit einem späteren Telephongespräch Tschirschkys vor. Siehe auch Wegerer in K. S. F. Jahrg. VI S. 1063.

„Soeben wichtige Unterredung mit Chef des Generalstabes Moltke gehabt: Derselbe sagte mir, daß er Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiere. Durch die abgegebene Erklärung Rußlands über Anordnung der Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßregeln durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Jede Stunde Verzögerung verschlimmere die Lage, da Rußland Vorsprung gewinnt. — Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibe. Ja keinen Mann an der italienischen Grenze lassen. Von England erneuert eingeleitete Schritte zur Erhaltung des Friedens abgelehnt (oder ablehnen)*. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit."

Eine Überprüfung des stilistisch mangelhaften Telegramms läßt erkennen, daß bei der Wiedergabe der Gedanken Moltkes Wesentliches ausgelassen wurde. Es fehlt vor dem Satz „dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben", die Voraussetzung, daß ein Zusammenstoß zwischen Rußland und Österreich erfolge, bei dem Rußland der Angreifer sei. Aus allem, was wir von Moltke aus jenen Tagen wissen, muß es als ausgeschlossen gelten, daß der Generalstabschef über die Voraussetzungen des casus foederis für Deutschland nicht unterrichtet gewesen wäre.

Abgesehen von diesem Telegramm hatte Conrad eine weitere Mitteilung Moltkes erhalten, die besagte, Österreich-Ungarn solle gleich gegen Rußland mobilisieren, Deutschland würde ebenfalls mobil machen[3].

Conrad ging mit diesen beiden Telegrammen zunächst zum Kriegsminister, Feldzeugmeister Ritter von Krobatin, wo eine kurze Besprechung mit dem Chef des Operationsbüros Oberst Metzger und dem Chef der Mobilmachungsabteilung, Major Ritter von Steinitz, stattfand. Hierbei wurde der 2. August als 1. Alarmierungstag und der 4. August als 1. Mobilisierungstag festgesetzt.

Die „Alarmierung" in Österreich entsprach etwa dem deutschen „Zustand drohender Kriegsgefahr" oder der russischen „Kriegsvorbereitungsperiode". Daß die Termine für die Alarmierung und Mobilmachung so verhältnismäßig spät gesetzt werden mußten, war eine Folge des nach der augenblicklichen Lage beschlossenen gleichzeitigen Aufmarsches gegen Serbien und gegen Rußland. Dieser Fall war im Frieden nicht vorgesehen worden und erforderte besondere eisenbahntechnische Rücksichten[4].

Im Anschluß hieran gingen Conrad und Krobatin zusammen zu Berchtold.

Die Unsicherheit am Ballhausplatz, wieweit Deutschland bei Ablehnung der englischen Vermittlungsvorschläge mitgehen würde, hatte in dem bereits kurz erwähnten Bericht Szögyénys, der am frühen Morgen in Wien eingetroffen war[5], neue Nahrung gefunden. Der Botschafter hatte hier mitgeteilt, daß die deutsche Regierung der Anregung Berchtolds, in Petersburg und eventuell auch in Paris Gegenmaßnahmen Deutschlands und Österreichs anzukündigen, falls die russische Mobilisierung fortgesetzt würde, nicht entsprechen könnte. Auch hatte

* Die Unsicherheit über den genauen Wortlaut ist auf das Verziffern und Entziffern des Textes als Fehlerquelle zurückzuführen. In Aufzeichnungen, die Bienerth über sein Telegramm zurückbehalten hat, heißt der Satz: „Etwaige erneute Schritte Englands zur Erhaltung des Friedens wären abzulehnen." (Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 525 Anm. 21.).

Szögyény erwähnt, daß Kaiser Wilhelm dem Zaren zugesagt habe, ein direktes Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland herzustellen.

Eine vom Generalkonsulat in Warschau um 9 Uhr morgens eingetroffene Meldung, daß in Rußland die allgemeine Mobilmachung bekanntgegeben worden sei, dürfte Berchtold dagegen überzeugt haben, daß mit einer Einstellung der russischen Rüstungen wohl kaum mehr gerechnet werden konnte[6].

Gegen 9 Uhr vormittags sprach Tisza, der am Morgen in Wien eingetroffen und vom ungarischen Finanzminister Dr. Johann Teleszky begleitet war, bei Berchtold vor. Im Anschluß an diese Besprechung, über die wir nicht näher unterrichtet sind, begab sich der ungarische Ministerpräsident, nachdem er noch einige kurze Worte mit Conrad und Krobatin am Ballplatz gewechselt hatte, nach Schönbrunn, wo er vom Kaiser in Audienz empfangen wurde. Gegenstand des Vortrages dürfte die Frage der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung gewesen sein, die zwar grundsätzlich bereits am Tage vorher entschieden, wenn der Befehl auch noch nicht unterzeichnet war. Franz Joseph nahm hierbei den Bericht Tiszas über die gehobene Stimmung, die Treue und Opferwilligkeit der Ungarn mit besonderer Genugtuung entgegen. Tisza wies auch auf die ausgezeichnete vaterländische Haltung der serbischen Bauernschaft Südungarns hin. Ob Tisza mit dem Kaiser über den englischen Vermittlungsvorschlag gesprochen hat, wissen wir nicht, es ist aber anzunehmen, daß er sich der Auffassung des Ballhausplatzes, die ja auch Franz Joseph teilte, angeschlossen hat.

Nach der Audienz Tiszas wurde der Ministerpräsident Graf Stürgkh, der vorher auch bei Berchtold gewesen war, vom Kaiser empfangen. Hierbei dürfte ebenfalls die Frage der allgemeinen Mobilmachung berührt worden sein. Näheres ist auch über diese Audienz nicht bekanntgeworden[7].

Gegen 10 Uhr vormittags wurden Conrad und Krobatin von Berchtold empfangen, wohl im Beisein Buriáns. Der Generalstabschef brachte hierbei die bereits mehrfach erwähnten Telegramme, das eine von Moltke, das andere vom Militärattaché Frhrn. von Bienerth, zur Verlesung. Als Conrad den Schluß des Telegramms von Bienerth, daß der von England erneut eingebrachte Schritt zur Erhaltung des Friedens abzulehnen sei, vorgelesen hatte, bemerkte Berchtold: „Das ist gelungen! Wer regiert: Moltke oder Bethmann?“ Hiermit wollte der Minister wohl zum Ausdruck bringen, daß, während Moltke dafür war, den englischen Vermittlungsvorschlag abzulehnen, Bethmann Hollweg sich bisher stark für den Vorschlag eingesetzt hatte. Die Gründe für diese Meinungsverschiedenheit lagen in der Auffassung Moltkes, der die militärischen Gesichtspunkte im Auge hatte, und der Auffassung des Kanzlers, der den letzten Möglichkeiten, den Frieden zu erhalten, nachgeben wollte.

Berchtold brachte dann das am Abend vorher eingegangene und bereits erwähnte Telegramm des Kaisers an Franz Joseph zur Verlesung, in dem Wilhelm II. um möglichst baldige Stellungnahme zu den Vermittlungsvorschlägen gebeten hatte. Wie Conrad mitteilt, hat Berchtold in der sich hieran anschließenden Aussprache gesagt, er habe den Eindruck gehabt, daß Deutschland zurückweiche, während er jetzt von maßgebendster militärischer Seite, worunter das Moltke-Telegramm zu verstehen war, die beruhigendste Erklärung habe, daß

dies nicht der Fall sei. Da der Vorschlag Kaiser Wilhelms, die englische Vermittlung anzunehmen und die im Gange befindliche Aktion gegen Serbien auf eine Besetzung Belgrads oder anderer Plätze zu beschränken, bereits aufgegeben war, an einer Erfüllung der Bündnispflichten Deutschlands aber keinerlei Zweifel mehr bestehen konnte und Deutschland seine Mobilmachung angekündigt hatte, blieb man bei dem Entschluß, die Unterzeichnung des Befehls für die allgemeine Mobilmachung vom Kaiser zu erbitten. Krobatin begab sich darauf mit dem vorbereiteten Befehl in die Militärkanzlei des Kaisers, die nunmehr die Allerhöchste Unterschrift einzuholen hatte. In Anbetracht der russischen Mobilmachung unterzeichnete Kaiser Franz Joseph ohne Zögern den Befehl, durch den „die allgemeine Mobilisierung und die Aufbietung des Landsturmes" angeordnet wurde. Der Befehl wurde um 11.30 Uhr vormittags ausgegeben[8].

Am späten Vormittag fand ein gemeinsamer Ministerrat unter dem Vorsitz Berchtolds statt, an dem außer den Ministerpräsidenten Stürgkh und Tisza noch Biliński, Krobatin, Burián und als Stellvertreter des Marinekommandanten, Admiral Haus, der Konteradmiral von Kailer teilnahmen. Protokoll führte Hoyos. Gegenstand der Beratung war der englische Vermittlungsvorschlag und die Frage der an Italien zu gewährenden Kompensationen.

Berchtold verlas zunächst einen Bericht über die zweite Unterredung Greys mit dem deutschen Botschafter am 30. Juli, den englischen Vermittlungsvorschlag und die Demarche des deutschen Botschafters[9]. Wir erinnern uns, daß Grey auf seinen früheren Vorschlag einer Vermittlung à quatre zurückgegriffen hatte, nachdem ihn Sasonow hatte wissen lassen, ein direktes Verhandeln mit Österreich-Ungarn sei nach der Kriegserklärung an Serbien nicht möglich, und daß Deutschland der Wiener Regierung dringend empfohlen hatte, die Vermittlung Englands anzunehmen.

Im Anschluß hieran erklärte Berchtold, Kaiser Franz Joseph habe nach Kenntnis der deutschen Demarche sofort erklärt, daß die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien unmöglich sei. Soweit der englische Vermittlungsvorschlag in Frage komme, sei sorgsam zu vermeiden, ihn in meritorischer Hinsicht anzunehmen; in der Form der Antwort müsse man aber, auch dem Wunsch der deutschen Regierung entsprechend, Entgegenkommen zeigen.

Bei der Antwort nach Berlin sei auf drei Grundprinzipien Bedacht zu nehmen: Der Krieg gegen Serbien müsse fortgesetzt werden, über den englischen Vorschlag könne man nicht unterhandeln, solange die russische Mobilmachung nicht eingestellt werde, und die österreichischen Bedingungen müßten von Serbien integral angenommen werden, auf ein Verhandeln über dieselben könne man sich nicht einlassen.

Gegen die Annahme einer Vermittlung à quatre spreche der Umstand, daß Frankreich, England und Italien den russischen Standpunkt vertreten würden, und von Lichnowsky sei alles andere zu erwarten, als daß er die österreichischen Interessen warm vertreten würde. Wenn die Aktion jetzt nur mit einem Prestigegewinn enden würde, so wäre die Aktion nach seiner Ansicht umsonst unternommen worden. Von einer einfachen Besetzung Belgrads hätte Österreich gar nichts, selbst wenn Rußland seine Einwilligung hierzu geben würde. Alles wäre

nur Flitterwerk, Rußland würde als Retter Serbiens erscheinen, die serbische Armee würde intakt bleiben, und in zwei bis drei Jahren hätte Österreich wieder „einen Angriff Serbiens unter viel ungünstigeren Bedingungen zu gewärtigen". Er beabsichtige daher, bei der Beantwortung des englischen Vorschlages die vorerwähnten Bedingungen zu stellen, aber zu vermeiden, auf den meritorischen Teil einzugehen.

Tisza schloß sich der Auffassung Berchtolds an, indem er hervorhob, daß die Operationen gegen Serbien jedenfalls ihren Fortgang nehmen müßten, doch hielt er es für nicht ratsam, schon jetzt neue Forderungen an Serbien bekanntzugeben, sondern schlug vor, nur zu sagen, daß Österreich prinzipiell bereit wäre, der englischen Anregung näherzutreten, jedoch unter der Bedingung, daß die Operation gegen Serbien fortgesetzt und die russische Mobilisierung eingestellt würde. Graf Stürgkh schloß sich den Ansichten Tiszas an. Den Gedanken einer Konferenz erklärte Stürgkh „für so odios", daß er selbst ein scheinbares Eingehen hierauf vermeiden wollte. Auch Biliński und Baron Burián stimmten den Auffassungen Tiszas zu, dessen Vorschlag hierauf einstimmig angenommen wurde.

Hierauf wurde über etwaige Kompensationen an Italien verhandelt und Berchtold ermächtigt, Rom für den Fall einer dauernden Besetzung serbischen Territoriums eine Kompensation in Aussicht zu stellen, wobei auch Valona genannt wurde[10]. In einer noch am gleichen Tage zwischen Berchtold und dem italienischen Botschafter stattfindenden Aussprache gelang es auch, eine volle Einigung in der Kompensationsfrage zu erzielen[11], wovon die deutsche Regierung später verständigt wurde[12].

Über die Ergebnisse des Ministerrats, die abgesehen von der Regelung der Kompensationsfrage im deutschen Sinne negativ waren, wurde Tschirschky unterrichtet, der daraufhin veranlaßte, daß Stumm durch den Legationsrat von Bethmann Hollweg über die Stellungnahme der Wiener Regierung zum englischen Vermittlungsvorschlag telephonisch benachrichtigt wurde.

Der britische Botschafter hatte am Vormittag Forgách aufgesucht, um ihm mitzuteilen, daß das in Durazzo stationierte englische Kriegsschiff den Hafen verlassen würde, um etwaige Verwicklungen zu vermeiden. Bei dieser Gelegenheit kam Forgách auf die russische Mobilmachung zu sprechen, die Österreich zu einem Gegenzug gezwungen habe. Er hob hervor, daß die Mobilmachung weder auf der einen noch auf der anderen Seite notwendigerweise als feindlicher Akt anzusehen sei, und wies auf die Besprechungen zwischen Petersburg und Wien sowie auf den Telegrammwechsel Kaiser Wilhelms II. mit dem Zaren hin[13]. Dies zeigt erneut, daß nach Auffassung des Ballhausplatzes die russische Mobilmachung, soweit Österreich in Frage kam, nicht unbedingt zu einem Zusammenstoß hätte führen müssen.

Die österreich-ungarische allgemeine Mobilmachung wurde schnell bekannt. Der französische Militärattaché meldete bereits um 5 Uhr nachmittags nach Paris, daß soeben der Befehl für die allgemeine Mobilmachung in Österreich und Ungarn ergangen sei. Auch der Botschafter gab kurz darauf eine ähnliche Meldung an den Quai d'Orsay weiter. Dabei teilte er mit, Schebeko fasse die österreichische allgemeine Mobilmachung so auf, daß Österreich hiermit eine

Lokalisierung des Konflikts erzwingen wolle, während das Wiener Kabinett dadurch Gefahr laufe, die Krise, die es angeblich verhüten wolle, herbeizuführen*.

Der britische Botschafter hatte zunächst bereits kurz nach 4 Uhr Grey gemeldet, daß der Befehl für die allgemeine Mobilmachung noch nicht erlassen sei, aber stündlich erwartet würde. Ein Agent aus Budapest konnte Grey noch am späten Nachmittag mitteilen, daß die amtliche Presseagentur eine Nachricht über die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung erhalten habe. Das Telegramm ging um 10.45 Uhr in London ein. Die offizielle Meldung über die tatsächliche Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Österreich wurde von Bunsen erst um 9 Uhr abends abgesandt und traf am 1. August 4 Uhr morgens beim Foreign Office ein[14].

Schebeko hingegen meldete merkwürdigerweise noch später, erst um 10.30 Uhr abends, die Anordnung der österreichischen allgemeinen Mobilmachung. Vorher hatte der russische Botschafter Gelegenheit genommen, den freundschaftlichen Meinungsaustausch mit Berchtold und Forgách fortzusetzen, die ihm beide versicherten, Österreich habe keinerlei aggressive Absichten gegen Rußland und auch keinerlei Eroberungsgelüste gegenüber Serbien. Andererseits müsse Österreich unbedingt das begonnene Unternehmen zu Ende führen und Serbien eine ernstliche Lektion erteilen. In seiner Mitteilung über diese Unterredung an Sasonow meinte Schebeko, ob man vielleicht das Wort „Lektion" als Basis für eine Verständigung ausnützen könnte. In solchen Vorschlägen zeigte sich am besten, wie sehr man auf dem toten Punkt angekommen war[15].

Am Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr war bei der deutschen Botschaft in Wien die Mitteilung eingetroffen, daß infolge der russischen allgemeinen Mobilmachung Deutschland die „drohende Kriegsgefahr" verfügt habe, der voraussichtlich binnen 48 Stunden die Mobilmachung folgen werde. Dies bedeute unvermeidlich Krieg, und man erwarte von Österreich sofortige tätige Teilnahme am Krieg gegen Rußland. Tschirschky setzte hiervon sofort Berchtold in Kenntnis und gab über den „Zustand drohender Kriegsgefahr" nähere Erläuterungen ab.

Der deutsche Militärattaché machte ebenfalls sofort nach Eingang dieses Telegramms Conrad eine entsprechende Mitteilung. Auch Szögyény hatte eine diesbezügliche Nachricht an den Ballhausplatz gelangen lassen[16].

Berlin und Wien befanden sich damit wieder auf einer Linie mit der gemeinsamen Front gegen Rußland. Hatte Wien bisher versucht, Berlin zu stärkerem diplomatischen Druck auf Petersburg zu veranlassen, so war es jetzt Berlin, das aus Gründen der bedrohten Sicherheit den Bundesgenossen zum Einsatz möglichst starker militärischer Kräfte gegen Rußland drängte.

Gegen 7 Uhr abends ging auch auf der deutschen Botschaft das Telegramm an Kaiser Franz Joseph ein, das Wilhelm II. mit Moltke zusammen aufgesetzt hatte und in dem der Kaiser unter Ankündigung der eigenen militärischen Maßnahmen

* Franz. Dok. XI Nr. 419, 431. Bei den 1914 herausgegebenen französischen Dokumenten wurde die Meldung Dumaines dahin verfälscht, daß die Worte „heute früh am Morgen" eingefügt wurden, um den Eindruck zu erwecken, als ob die österreichische allgemeine Mobilmachung vor Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung verfügt worden sei. Siehe Franz. Gelbb. Nr. 115, ferner Poincaré, IV S. 459 f. (497 f.).

die Bitte ausgesprochen hatte, Österreich möge seine Hauptkräfte gegen Rußland einsetzen, da Serbien nunmehr Nebenkriegsschauplatz geworden sei[17].

Franz Joseph, dem das Telegramm Kaiser Wilhelms noch am Abend vorgelegt wurde, schickte es gleich an Conrad, der daraufhin den deutschen Militärattaché Graf Kageneck zu sich kommen ließ. Conrad beklagte sich bei ihm darüber, daß Deutschland sich nicht 24 Stunden früher entschieden habe, da Österreich hierdurch mit seinem Aufmarsch in eine sehr schwierige Lage gebracht worden sei. Es werde jedoch alles tun, was in seinen Kräften stehe, um Rußland gegenüber stark zu sein. Kageneck beruhigte Conrad und setzte ihm auseinander, warum aus diplomatischen Gründen eine frühere Entscheidung Deutschlands nicht möglich gewesen wäre. Bei dieser Unterredung erkundigte sich Conrad zum erstenmal danach, was Frankreich machen würde[18].

Wenn wir die Lage am Abend des 31. Juli noch einmal kurz überblicken, ergibt sich folgendes: Rußland hatte darauf bestanden, daß Österreich auf einige Forderungen, die nach seiner Auffassung die Selbständigkeit Serbiens in Frage stellen würden, verzichten solle, und war hiervon nicht abzubringen. Österreich andererseits blieb bei seinen Forderungen und wollte seinen Krieg gegen Serbien trotz der russischen Intervention im Vertrauen auf Deutschland durchführen. Die deutsche Unterstützung, die nach der serbischen Antwort für diesen Fall nicht mehr uneingeschränkt hatte in Rechnung gestellt werden können, fiel jedoch der Doppelmonarchie infolge der russischen allgemeinen Mobilmachung von selbst wieder zu, und es war nunmehr Deutschland, das aus Gründen seiner eigenen Sicherheit Österreich um Einsatz seiner Hauptkräfte gegen Rußland bat. So zeigt sich auch hier die einschneidende Bedeutung der russischen allgemeinen Mobilmachung.

Kapitel 46

Versuchte Geheimhaltung der russischen allgemeinen Mobilmachung; leichte Annäherung zwischen Wien und Petersburg

Petersburg, 31. Juli: Versuchte Geheimhaltung der russischen allgemeinen Mobilmachung — Irgend etwas stimmt nicht — Pourtalès bei Neratow — Antwort auf Sasonows Formel — Sasonow versucht, russische Mobilmachung als Vorsichtsmaßnahme hinzustellen — Ministerrat in der „Ferme" — Audienz des Grafen Pourtalès beim Zaren — Unterredung Pourtalès' mit Graf Fredericks — Telegramm Kaiser Wilhelms — Buchanan übermittelt den Greyschen Abänderungsvorschlag zur Formel Sasonows — Unterredung Sasonow-Szápáry — Allgemeines Einlenken Berchtolds, das von Sasonow überschätzt wird — Wunsch des russischen Außenministers, die Verhandlungen nach London zu verlegen — Graf Pourtalès überreicht Sasonow um Mitternacht das deutsche Ultimatum.

Sasonow wollte die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung möglichst lange vor Frankreich und England verheimlichen. Der russische Generalstab hatte daher verfügt, daß die Mobilmachung „geheim" durchgeführt werden sollte[1]. Aus diesem Grunde wurde auch den Vertretern der ausländischen Mächte über die erfolgte Anordnung der allgemeinen Mobilmachung keine Mitteilung gemacht. Auf den vorgesehenen öffentlichen Anschlag des Mobilmachungsbefehls konnte jedoch nicht verzichtet werden, und so wurden auch in Petersburg etwa um 4 Uhr morgens überall rote Zettel mit der Proklamation der allgemeinen Mobilmachung angeschlagen.

Der deutsche Militärattaché erfuhr die Mobilmachung am Morgen des 31. Juli von seiner Haushälterin, die beim Milchholen den Anschlag der roten Zettel in Petersburg entdeckt hatte. Eggeling eilte daraufhin zur Botschaft und erstattete dem gerade aus dem Bade kommenden Botschafter die überraschende Meldung von der allgemeinen Mobilmachung. Pourtalès konnte zunächst die ihm gänzlich unverständliche Nachricht kaum fassen und erklärte Eggeling, das sei doch unmöglich. Da aber an der Meldung des Militärattachés natürlich nicht zu zweifeln war, wurde das kurze Telegramm entworfen, daß die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Flotte mit dem 31. als ersten Mobilmachungstag befohlen worden sei[2]. Das Telegramm wurde um 10.20 Uhr aufgegeben, und wir erinnern uns, daß es bereits um 11.40 Uhr in der Wilhelmstraße eintraf.

Der österreichische Botschafter gab seine Meldung über die Anordnung der Mobilmachung etwa eine Stunde später, um 11.25 Uhr vormittags auf. Das Telegramm gelangte aber erst am nächsten Tage um 9 Uhr morgens nach Wien, also mit ganz erheblicher Verspätung. Abgesehen hiervon war das Telegramm verstümmelt, und es fehlten gerade die Ziffern, in denen der Beginn der Mobilmachung angegeben werden sollte[3].

Auch Paléologue erfuhr von der Tatsache der allgemeinen Mobilmachung erst durch den Maueranschlag gegen 6 Uhr morgens. Da er nicht ganz sicher war, ob der Befehl für das ganze Reich galt, ließ er deswegen noch einmal durch seinen Militärattaché beim russischen Generalstab anfragen. Als ihm dies bejaht wurde, gab Paléologue ein kurzes Telegramm auf, daß die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee angeordnet sei. Die telegraphische Meldung, die um 10.43 Uhr vormittags abging, traf in Paris erst um 8.30 Uhr abends, also ebenfalls mit erheblicher Verspätung ein[4].

Wann der britische Botschaften Sir George Buchanan die Meldung über die russische allgemeine Mobilmachung erhalten und nach London weitergegeben hat, ist aus den Dokumenten nicht einwandfrei festzustellen. Zunächst hatte Buchanan am 30. mittags bei Übermittlung der Sasonowformel nach London mitgeteilt, daß Rußland aus strategischen — gemeint war technischen — Gründen die Umwandlung von der Teil- in die Gesamtmobilmachung schwerlich aufschieben könne. Am Abend des 30. Juli hatte Buchanan eine weitere Meldung aufgegeben, wonach „beschlossen" worden war, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zu erlassen. Dieses Telegramm ging erst am 31. um 5.20 Uhr nachmittags, also mit ganz erheblicher Verspätung in London ein*. Die tatsächlich erfolgte Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung, die der Botschafter auch erst am 31. morgens wahrnehmen konnte, ist ausweislich der Dokumente von ihm an diesem Tage überhaupt nicht gemeldet worden. Da dies für so gut wie ausgeschlossen gelten muß, kann eine Erklärung nur darin gefunden werden, daß das Telegramm angehalten wurde und auch nicht in die Akten gekommen ist. Hierfür spricht auch, daß zwei Telegramme des Botschafters von diesem Tage, die Nummern 190 und 191, nicht vorliegen. Erst am 1. August 3 Uhr nachmittags hat Buchanan dann unter Nr. 194 noch eine vom 31. Juli datierte, wohl bis dahin zurückgehaltene Meldung des Militärattachés aufgegeben, in der dieser mitteilt, daß die Zettel mit dem Befehl für die allgemeine Mobilmachung am 31. Juli um 4 Uhr früh angeschlagen worden seien[5]. Jedenfalls dürfte feststehen, daß auch hier irgend etwas nicht stimmt und anscheinend das Bestreben vorlag, in London den falschen Eindruck zu erwecken, daß die Mobilmachung erst später angeordnet worden sei. Selbst der von Sasonow meist gut unterrichtete bulgarische Gesandte Dimitriew konnte die russische allgemeine Mobilmachung am 31. nur als „Gerücht" melden.

Die Tendenz, die Mobilmachung geheimzuhalten, zeigt sich aber am deutlichsten in der Tatsache, daß die am meisten interessierten eigenen Botschafter Rußlands überhaupt keine Mitteilung über die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung erhielten. So erfuhren weder Iswolski noch Benckendorff offiziell irgend etwas davon. Iswolski hörte von der Mobilmachung erst aus einem am 31. Juli in Paris eingetroffenen Telegramm der Havas-Agentur in Berlin und einer Mitteilung Jules Cambons. Der Botschafter schien sogar die Nachricht anfangs zu bezweifeln und als eine Mache Deutschlands aufzufassen, um eine ähnliche

* Brit. Dok. Nr. 347. Das hier angegebene Datum vom 31. Juli für die Absendung ist auch nach Ansicht der Herausgeber der Dokumente falsch; es muß der 30. Juli dafür gesetzt werden.

Maßregel von seiten Frankreichs zu provozieren. Auch fehlt jede Mitteilung aus Petersburg über die allgemeine Mobilmachung an den russischen Botschafter in Berlin. Noch in der Nacht meldete Swerbejew sogar ausdrücklich, daß er bisher noch keine offizielle Mitteilung über die allgemeine Mobilmachung erhalten habe. Ebenso scheint man die russischen Militärattachés im unklaren gelassen zu haben. Ferner wurde auch der französische Generalstab von seiten des russischen von der allgemeinen Mobilmachung nicht in Kenntnis gesetzt[6].

Das mit so erheblichen Verspätungen erfolgte Eintreffen der Telegramme über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung läßt sich mit technischen Gründen, Überlastung der Telegraphenlinien durch Inanspruchnahme für militärische Zwecke, nicht erklären, da während dieser Zeit sehr viele Telegramme durchaus pünktlich und sogar mit besonders kurzer Laufzeit von Petersburg aufgegeben werden konnten. Es ist daher der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß von seiten der Sängerbrücke Anordnungen getroffen worden sind, um das Aufgeben der Telegramme über die russische allgemeine Mobilmachung zu verzögern oder auszuschalten. Aus welchem Grunde wohl? —

Die Verheimlichung der allgemeinen Mobilmachung Paris gegenüber muß wohl damit erklärt werden, daß Sasonow den Wünschen Vivianis, die Mobilmachung nur unauffällig zu betreiben, auf diese Weise entgegenkommen wollte. Gegenüber London dürfte die Geheimhaltung zu dem Zweck erfolgt sein, nicht als der Angreifer zu erscheinen und einer Demarche Englands, wie sie am nächsten Tage durch König Georg auch tatsächlich erfolgte, vorzubeugen. Das ungehinderte Abgehenlassen der Meldung nach Berlin dürfte auf die Absicht Sasonows zurückzuführen sein, auf diese Weise zu erreichen, daß die nunmehr sofort erwartete Anordnung der deutschen allgemeinen Mobilmachung möglichst gleichzeitig, wenn nicht vielleicht noch vorher in den europäischen Hauptstädten bekannt würde, um so das Odium des Angreifers von Rußland abzuwälzen und Deutschland zuzuschieben*.

Pourtalès hatte sich sofort nach Erhalt der Nachricht über die Verkündung der allgemeinen russischen Mobilmachung bei Sasonow anmelden lassen, erfuhr jedoch, daß der Minister nach Peterhof gefahren sei. Wegen der Dringlichkeit entschloß sich der Botschafter, zum Stellvertreter Sasonows, Neratow, zu gehen. Pourtalès dementierte diesem gegenüber zunächst die Nachricht, daß die deutsche Flotte in mobilisiertem Zustand vor Danzig liege. Hierauf sagte er Neratow, daß infolge der deutschen Anregung Szápáry angewiesen worden sei, die Aussprache mit Sasonow zu beginnen[7]. Der k. u. k. Botschafter sei ermächtigt, die Note zu erläutern, weitere Anregungen von russischer Seite entgegenzunehmen und mit Sasonow über alle die österreichisch-russischen Beziehungen direkt berührenden Fragen zu sprechen. Diese Aussichten einer Verständigung mit Wien

* Der Zweck wurde jedoch nicht erreicht, da Deutschland noch einen Tag mit der Anordnung seiner Mobilmachung zögerte. Doch ist es dem Quai d'Orsay gelungen, durch Herausgabe gefälschter Dokumente im Französischen Gelbbuch von 1914, insbesondere der Meldung Paléologues über die russische Mobilmachung (Gelbb. Nr. 118) den Eindruck zu erwecken, daß die russische allgemeine Mobilmachung erst nach der österreichischen allgemeinen Mobilmachung angeordnet wurde. Erst viele Jahre nach dem Kriege ist es nach und nach gelungen, die zahlreichen Fälschungen aufzudecken. Vgl. auch Franz. Dok. XI Nr. 432.

seien aber nun durch die gegen Deutschland gerichtete Mobilmachung endgültig zunichte gemacht[8]. Die Mobilmachung werde in Deutschland wie ein Blitz einschlagen, denn sie bedeute eine schwere Bedrohung und Herausforderung, die sich das Volk nicht gefallen lassen werde. Nachdem erst vor zwei Tagen die russische Regierung noch feierlich versichert habe, sie werde keine militärischen Maßnahmen gegen Deutschland treffen, habe sie sich nun gerade in dem Augenblick zu dem verhängnisvollen Schritt der allgemeinen Mobilmachung entschlossen, wo der Kaiser und die Regierung mit größtem Eifer und mit Erfolg bemüht seien, zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln. Die allgemeine Mobilmachung zeige, daß Rußland durchaus den Krieg wolle, und werde in Deutschland „einen Orkan entfesseln". Neratow war durch die Ausführungen von Pourtalès sichtlich betroffen, beschränkte sich aber auf die Erklärung, er werde Sasonow von den Eröffnungen des Botschafters Kenntnis geben.

Pourtalès übergab dann noch Neratow das von der Botschaft vorbereitete Aide-mémoire[9], in dem der deutsche Standpunkt zur Formel Sasonows schriftlich niedergelegt war. Es war hier zum Ausdruck gebracht worden, daß die deutsche Regierung in der Erklärung Österreichs, die territoriale Integrität Serbiens nicht antasten und die „legitimen" Interessen Rußlands nicht verletzen zu wollen, ein „großes Zugeständnis" und den Beweis einer versöhnlichen Gesinnung Österreichs erblicke, weil es sich hiermit für den Friedensschluß im voraus die Hände gebunden habe. Über diese Erklärung hinauszugehen, sei mit der Würde Österreichs und seinem Ansehen als Großmacht unvereinbar. Während Rußland Österreich vorwerfe, in die Souveränitätsrechte Serbiens einzugreifen, wolle es selbst die gleichen Rechte Österreichs schmälern. Die russische Regierung solle im Auge behalten, daß das Ansehen Österreich-Ungarns als Großmacht zugleich ein deutsches Interesse darstelle, und man könne von Deutschland nicht verlangen, daß es in einer Weise auf Österreich einwirke, die seinen eigenen Interessen zuwiderlaufe. Wenn Rußland sich weigere, die Notwendigkeit der Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts anzuerkennen, müsse es sich dabei auch den außerordentlichen Ernst der Lage klarmachen[10]. Die Antwort auf die Formel Sasonows war natürlich durch die allgemeine Mobilmachung jetzt überholt.

Auf die Botschaft zurückgekehrt, setzte sich Pourtalès mit Sasonow, der sich noch in Peterhof befand, telephonisch in Verbindung und schilderte auch ihm kurz die Wirkung, die die Mobilmachung der „ganzen" russischen Armee in Deutschland ausüben würde. Sasonow erklärte, die Mobilmachung bedeute lediglich eine Vorsichtsmaßregel wegen der „Unzulänglichkeit", die in Berlin und Wien zutage getreten sei. Trotz der Mobilmachung könne der Frieden erhalten bleiben, wenn Deutschland sich einverstanden erkläre, mäßigend auf seinen Bundesgenossen einzuwirken[11]. Wie Paléologue berichtet, soll Pourtalès Sasonow gegenüber zu verstehen gegeben haben, Österreich könne sich noch bereit finden, seinen Streit mit Serbien den Mächten zu unterbreiten[12].

Da Pourtalès aus dem Telephongespräch mit Sasonow den Eindruck gewann, daß der Minister nur nichtssagende Bemerkungen machte, faßte er den Entschluß, sich unmittelbar beim Zaren anzumelden, um dem Monarchen den Ernst der

Lage persönlich vor Augen zu führen. Durch den Flügeladjutanten vom Dienst erhielt er nach kurzer Zeit telephonisch die Antwort, daß er mit dem nächsten Zug in Peterhof erwartet würde.

Inzwischen hatte in dem kleinen Pavillon im Park von Peterhof, der „Ferme“, ein Ministerrat stattgefunden, bei dem über die Vollmachten entschieden wurde, mit denen der Ministerrat ausgestattet werden mußte für den Fall, daß der Zar seiner Absicht entsprechend als Oberster Kriegsherr an die Front gehen würde. Ministerpräsident Goremykin, der als erster seine Meinung zu sagen hatte, bat den Zaren fast mit Tränen in den Augen, aus innerpolitischen Gründen die Hauptstadt nicht zu verlassen. Die gleiche Auffassung vertraten der Landwirtschaftsminister Kriwoscheïn und auch der Justizminister Professor Schtscheglowitow, der seine Ausführungen mit historischen Beispielen aus der Zeit Peters des Großen stützte. Zuletzt wurde Suchomlinow gefragt, der wohl als Kriegsminister den Zaren gern als Allerhöchsten Kriegsherrn an der Front gesehen hätte, aber als Minister sich nicht das moralische Recht anmaßen wollte, als einziger in die Opposition zu treten. Damit war die Frage entschieden, daß der Zar in der Hauptstadt bleiben würde. Da Suchomlinow in einer späteren Audienz bat, auf ihn als Höchstkommandierenden zu verzichten, wurde der Oberbefehl dem Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch angetragen, der sich hiermit einverstanden erklärte[13].

Gelegentlich des Ministerrats in der „Ferme“ dürfte der Zar mit Sasonow auch über die Wirkung der russischen allgemeinen Mobilmachung auf Deutschland gesprochen und dabei die Absicht geäußert haben, Kaiser Wilhelm eine Erklärung für die militärischen Maßnahmen zukommen zu lassen. Die Auffassung Paléologues, die er am 31. abends nach Paris weitergab[14], Kaiser Wilhelm habe an diesem Morgen an den Zaren telegraphiert, daß er für die versöhnlichen Dispositionen Österreichs garantiere, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen einstelle, dürfte auf einem Irrtum beruhen, da für ein solches Telegramm des Kaisers eine entsprechende Unterlage fehlt*. Wenn wir von dem Vorhandensein eines derartigen Telegramms somit absehen müssen, so läßt sich der Wunsch des Zaren, an Kaiser Wilhelm ein Telegramm zu richten, doch darauf zurückführen, daß der Zar aus der kurzen Rücksprache Sasonows mit dem Grafen Pourtalès, die ihm wohl mitgeteilt worden ist, ersehen hat, daß eine nicht ganz aussichtslose Vermittlung mit Wien in Gang zu kommen schien und es überhaupt zweckmäßig sein würde, dem Kaiser die Notwendigkeit der russischen allgemeinen Mobil-

* Franz. Dok. XI Nr. 454. Siehe insbesondere Fußnote 2. Das in dieser Fußnote angeführte Telegramm des Kaisers, Russ. Dok. I 5 Nr. 357, ist erst 5.15 Uhr nachmittags in Peterhof eingegangen und enthält auch nicht die von Paléologue mitgeteilte Auffassung des Kaisers. — Siehe auch Oe. Dok. Nr. 11179. Wenn auch Szápáry hier ein Telegramm des Kaisers vermutet, das am 31. morgens eingegangen sein soll, ist dies wohl damit zu erklären, daß die Abschrift eines Kaisertelegramms an den Zaren vom vorhergehenden Tage erst am Morgen bei der Botschaft in Petersburg einging (D. Dok. Nr. 420, Neuausgabe, Fußnote 2) und die österreichische Botschaft hiervon erfahren hatte. Der Inhalt dieses Telegramms ist dem österreichischen Botschafter nur allgemein mitgeteilt worden und wohl aus dem Grunde, weil es sich um eine interne Angelegenheit der deutschen Botschaft — Aufklärung der angeblichen Diskrepanz zwischen dem Telegramm des Kaisers und der Sprache des Botschafters — handelte, die man aus naheliegenden Gründen den Österreichern mitzuteilen nicht für nötig hielt.

machung zu erklären und die trotz dieser Maßnahme noch vorhandene Friedensliebe zu beteuern. So wurde ein Telegramm entworfen, das nach der Audienz des Grafen Pourtalès, auf die wir noch zu sprechen kommen, aus Peterhof abgesandt wurde[15]. Der Zar dankte dem Kaiser in diesem Telegramm für seine Vermittlung, die Hoffnung zu geben beginne, daß noch alles friedlich enden könne. Es sei jedoch technisch unmöglich, die russischen militärischen Vorbereitungen einzustellen, die infolge der Mobilmachung Österreichs notwendig wären. Es liege Rußland fern, einen Krieg zu wünschen, und seine Truppen würden keinerlei herausfordernde Handlungen unternehmen, solange die Verhandlungen mit Österreich wegen Serbien noch andauerten. Er gebe dem Kaiser sein feierliches Wort darauf und hoffe auf den Erfolg seiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt ihrer Länder und für den Frieden Europas.

In dem Telegramm fehlte jede klare Mitteilung, daß und aus welchen Gründen die allgemeine russische Mobilmachung angeordnet worden war. Die Begründung, daß die „militärischen Vorbereitungen" infolge der Mobilmachung Österreichs notwendig geworden seien, war, wie wir wissen, nicht zutreffend und ist wohl nur auf die falschen Mitteilungen Sasonows in seinem entscheidenden Vortrag am Nachmittag des 30. zurückzuführen. Doch dürfte aus dem Telegramm hervorgehen, daß der Zar persönlich nach wie vor bestrebt war, den Frieden zu erhalten, und seine Zusage, daß seine Truppen keine herausfordernden Handlungen unternehmen würden, war sicherlich von ihm persönlich ernst gemeint. Deutschland war aber hiermit nicht gedient. Die Gefahr für das Deutsche Reich lag weniger in einem Angriff russischer Grenztruppen als in der ungestörten Durchführung der russischen allgemeinen Mobilmachung, der über kurz oder lang wegen der bekannten Bündnisverpflichtungen auch die französische Mobilmachung folgen mußte.

Sasonow ließ sich vom Zaren die Abschrift des Telegramms an Kaiser Wilhelm zurückgeben, damit er sich in der Unterredung mit Pourtalès genau an diesen Text halten könne.

Kurz vor 1 Uhr fuhr Pourtalès mit der Bahn nach Peterhof. Unterwegs traf er den Gehilfen des Hausministers Grafen Fredericks, den General Mossolow, den er auf die ernsten Folgen der russischen allgemeinen Mobilmachung aufmerksam machte. In Peterhof wurde der Botschafter im kleinen Palais Alexandria vom Zaren empfangen, der ihm sehr freundlich entgegenkam und ihn fragte, ob er einen Auftrag aus Berlin hätte. Pourtalès verneinte dies und erklärte, er habe sich, von seinem Vorrecht als Botschafter Gebrauch machend, aus eigenem Antriebe angemeldet, um dem Zaren offen die Eindrücke zu schildern, die nach seiner Überzeugung der heute früh bekanntgewordene Mobilmachungsbefehl für die ganze russische Armee und Flotte in Deutschland hervorrufen müsse. Pourtalès schilderte dem Zaren diese Eindrücke etwa mit denselben Worten wie Neratow gegenüber, verwies auch auf die falschen Nachrichten über die deutschen Mobilmachungsmaßnahmen sowie die entschiedenen Dementis der deutschen Regierung und hob schließlich hervor, daß die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung gerade in dem Augenblick, wo Kaiser Wilhelm eifrigst bemüht sei, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, als Beleidigung Seiner Maje-

stät angesehen werden müsse. Der Zar, der den Botschafter ruhig aussprechen ließ, ohne durch eine Miene seine Gedanken zu verraten, stellte nur die Frage, ob er dies wirklich glaube. Pourtalès bemerkte dann, das einzige, was nach seiner Überzeugung jetzt vielleicht den Krieg noch verhindern könnte, wäre die Zurückziehung des Mobilmachungsbefehls, worauf der Zar erwiderte, das sei aus technischen Gründen nicht mehr möglich. Hierauf zeigte der Zar dem Botschafter das bereits erwähnte Telegramm an den Kaiser, das er im Begriff sei abzuschicken, sowie einen angefangenen Brief an Kaiser Wilhelm, in dem er seinen Standpunkt darlegen wollte. Der Brief ist jedoch später nicht abgesandt worden.

Pourtalès bemerkte, für Telegramme und Briefe sei es zu spät, worauf der Zar, anscheinend von Sasonow inspiriert, die Notwendigkeit nachzuweisen versuchte, daß Deutschland auf Österreich einen starken Druck ausübe, was er durch eine bezeichnende Handbewegung noch deutlicher zu machen versuchte. Pourtalès erwiderte, Deutschland habe wiederholt während der Balkankriege einen mäßigenden Einfluß auf Österreich ausgeübt und lasse es auch jetzt nicht an freundschaftlicher Einwirkung auf das Wiener Kabinett fehlen. Einen gewaltsamen Druck auf Österreich-Ungarn auszuüben, könne man aber Deutschland nicht zumuten, da es bei seiner Lage in Europa auf die Freundschaft Österreichs nicht verzichten könnte. Da Nikolaus II. auf diese Ausführungen des Botschafters nicht weiter einging, machte Pourtalès noch den Versuch, den Zaren auf die Gefahren des Krieges für das monarchische Prinzip aufmerksam zu machen. Hier stimmte der Zar zu und bemerkte, er hoffe, daß sich noch alles zum Guten wenden werde. Als Pourtalès bemerkte, eine derartige Wendung sei nur möglich, wenn die russische Mobilmachung angehalten würde, zeigte der Zar nach oben und sagte in seinem Fatalismus: „Dann kann nur einer noch helfen!“ Hierauf war die Audienz beendet, und der Zar entließ den Botschafter, indem er ihn seines besonderen Dankes versicherte, daß er gekommen sei, um sich ihm gegenüber auszusprechen[16].

Anscheinend hat der Zar aus den Vorstellungen des Grafen Pourtalès den Eindruck gewonnen, daß der Botschafter die Lage zu schwarz ansah, da er selbst annahm, daß sein Versprechen, seine Truppen würden keine herausfordernde Haltung einnehmen, die Situation vielleicht doch noch retten könnte.

Nach der Audienz wurde Pourtalès gebeten, Graf Fredericks möglichst unverzüglich in seiner Wohnung zu besuchen. Pourtalès ging sofort hin. Fredericks war anscheinend von General Mossolow über dessen Unterhaltung mit Pourtalès in der Eisenbahn unterrichtet. Doch schilderte ihm Pourtalès noch einmal kurz die Lage, wobei er hervorhob, daß die russische allgemeine Mobilmachung alle Hoffnungen, die durch den direkten Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg wieder aufgekommen seien, vernichtet hätte. Die Lage wäre verzweifelt, wenn der Zar sich nicht zur Zurücknahme des Mobilmachungsbefehls entschließen könne. Fredericks, tief bewegt, machte zu den Ausführungen des Botschafters nur schwache Einwendungen und beteuerte, daß er bis zum letzten Augenblick alles tun wolle, um den unseligen Krieg zu verhüten. Auf die Bemerkung von Pourtalès, es sei ihm ganz unfaßbar, wie der Zar, von dem er nicht glauben könne, daß er den Krieg gewollt habe, seine Zustimmung zur Mobil-

machung habe geben können, nachdem Deutschland erst vor zwei Tagen in dieser Beziehung die beruhigendsten Versicherungen erhalten habe, gab Fredericks dem Botschafter zu verstehen, daß Suchomlinow und Maklakow die Mobilmachungsorder durchgesetzt hätten. Der Kriegsminister sei von der Angst vor Überraschungen beherrscht gewesen, während der Innenminister den Zaren zu überzeugen verstanden habe, daß die innere Lage Rußlands eine Entscheidung notwendig mache[17].

Man wird diese Mitteilungen nur als ein zusätzliches Moment der übrigen Vorgänge, die zur Mobilmachung führten, werten dürfen. Von Interesse dürfte sein, daß das Motiv Suchomlinows für die Befürwortung der allgemeinen Mobilmachung in der Furcht vor Überraschungen gesehen werden muß und nicht in einer Abneigung gegenüber Deutschland, das der Kriegsminister schon als Kind kennengelernt hatte. Suchomlinow, der dem Verfasser in der Nachkriegszeit persönlich nähergetreten ist, war viel zu sehr Epikuräer, um aus politischen Idealen oder Zweckmäßigkeitsgründen auf etwas so Unsicheres und Ungemütliches wie einen Weltkrieg hinzuarbeiten.

Daß die Audienz des Grafen Pourtalès und das Telegramm des Zaren an den Kaiser teilweise so aufgefaßt wurden, als ob sich die Chancen für die Erhaltung des Friedens gebessert hätten, zeigt ein Brief des Chefs des russischen Admiralstabes, Admiral Russin, von diesem Tage an den Kommandanten der Ostseestreitkräfte Essen. Der Admiral glaubte, daß Deutschland den Krieg nicht führen wolle und die politische Ruhe wiederhergestellt würde. Aus diesem Grunde hielt er es für möglich, auf weitere Minensperren zu verzichten und sogar die bereits gelegten Minen wieder aufzunehmen, ließ diesen Gedanken aber dann als wohl verfrüht wieder fallen[18].

Über die Audienz des Grafen Pourtalès meldete auch Szápáry nach Wien, wobei er erwähnte, der Zar habe die Mitteilungen des deutschen Botschafters mit dem Ausdruck eines Mannes entgegengenommen, „der sich über den Ernst der Situation und die Tragweite seiner Maßregel durchaus nicht im klaren wäre". Kaiser Nikolaj scheine in den Glauben eingewiegt worden zu sein, ebensowenig wie eine russische hätte eine deutsche Gegenmobilisation etwas zu bedeuten, eine Ansicht, die auch Sasonow anscheinend teile.

Das Telegramm Szápárys, das von russischer Seite dechiffriert wurde, kam auf Veranlassung Schillings nicht zur Beförderung[19]. Hieraus dürfte hervorgehen, daß die Absendung der Telegramme der Botschafter in Petersburg einer Kontrolle unterlag. Im übrigen scheint, wie wir schon jetzt hervorheben wollen, das Dechiffrieren der österreichischen Telegramme auf die beiderseitigen Beziehungen nur günstig eingewirkt zu haben. Ja, man möchte fast behaupten, daß, wenn 1914 alle Telegramme zwischen den sich streitenden Mächten offen aufgegeben worden wären, es wohl nicht zum Weltkrieg gekommen wäre.

Das Telegramm, das Kaiser Wilhelm kurz nach Erhalt der Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilmachung aufgegeben hatte, dürfte dem Zaren gegen 5.30 Uhr nachmittags vorgelegt worden sein. In dem Telegramm, dessen Inhalt bereits bei Schilderung der Vorgänge in Berlin näher dargelegt worden ist, erklärte der Kaiser, daß ihn die Verantwortung für die Sicherheit seines Reiches

auf Grund der Nachrichten über Kriegsvorbereitungen an seiner Ostgrenze zwinge, Verteidigungsmaßnahmen zu treffen. Der Friede Europas könne nur erhalten bleiben, wenn Rußland einwillige, die militärischen Maßnahmen einzustellen, durch die Deutschland und Österreich-Ungarn bedroht würden. Das Telegramm hatte sich somit mit dem fast zur gleichen Zeit vom Zaren aufgegebenen Telegramm gekreuzt.

Grey hatte Buchanan durch ein Telegramm vom 30. abends davon unterrichtet, daß nach einer Mitteilung Lichnowskys die deutsche Regierung auf Österreich einwirken würde, nach Besetzung Belgrads nicht weiter vorzurücken. Die Mächte würden sich inzwischen um hinreichende Genugtuung Serbiens für Österreich bemühen. Benckendorff habe ihm die in der Formel Sasonows angeführten Bedingungen mitgeteilt, befürchte aber, daß sie nicht geändert werden könnten. Er, Grey, hoffe jedoch, daß, wenn „Österreich nach Besetzung Belgrads und benachbarten serbischen Gebietes sich im Interesse europäischen Friedens bereit erklärt, seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann", Rußland auch in eine Erörterung und Einstellung weiterer Vorbereitungen einwilligen werde, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte das gleiche tun würden[20].

Buchanan, der am Vormittag des 31. Juli Sasonow sprechen wollte, um ihm den Abänderungsvorschlag Greys zu seiner Formel mitzuteilen, konnte jedoch den Minister anscheinend zunächst nur telephonisch erreichen. Sasonow war die von Grey angeregte neue Formel sehr unsympathisch. Er hielt sie in ihrem Wesen für ungerecht und glaubte nicht, daß sie den österreichisch-serbischen Zusammenstoß verhindern könnte. Auch der Zar war von dem Vorschlag Greys anscheinend unangenehm berührt[21]. Da Sasonow aber großen Wert darauf legte, sich die gute Meinung Englands zu erhalten, wollte er den Vorschlägen Greys seine Zustimmung doch nicht ganz versagen und setzte eine neue Formel auf, die nachstehenden Wortlaut hatte[22]:

> „Wenn Österreich zustimmt, den Einmarsch seiner Truppen in serbisches Gebiet einzustellen, und wenn es, in Anerkennung dessen, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, zustimmt, daß die Großmächte die Genugtuung prüfen, welche Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung zugestehen könnte, ohne seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit antasten zu lassen, so verpflichtet sich Rußland, seine abwartende Haltung beizubehalten."

Ein Vergleich mit der ersten Formel Sasonows ergibt*, daß die zweite Formel Sasonows im wesentlichen keine weitere Erleichterung für Österreich bedeutete, sondern sich nur den angenommenen Verhältnissen anpaßte, daß bereits ein Einmarsch österreichischer Truppen in serbisches Gebiet stattgefunden hätte. Die Forderung, daß Österreich den Souveränitätsrechten Serbiens nicht zu nahe treten sollte, worunter im wesentlichen die Ablehnung der österreichischen For-

* Russ. Dok. I 5 Nr. 278: „Wenn Österreich, in Anerkennung des Umstandes, daß die austro-serbische Frage den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu eliminieren, die den Souveränitätsrechten Serbiens zu nahe treten, so verpflichtet sich Rußland, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen."

derung auf Untersuchung des Attentats in Belgrad zu verstehen war, blieb auch in der abgeänderten Formel Sasonows bestehen. Nach der militärischen Seite hin blieb die zweite Formel Sasonows hinter der ersten insofern zurück, als von einer Einstellung der militärischen Vorbereitungen Rußlands nicht mehr die Rede war und sie nur die recht unbestimmte Verpflichtung enthielt, eine abwartende Haltung beizubehalten.

Am Nachmittag gab Sasonow Buchanan und Paléologue seine neue Formel mit der Bitte bekannt, seinen Vorschlag ihren Regierungen telegraphisch zu übermitteln[23]. Sasonow teilte den beiden Botschaftern dabei mit, daß der Zar Kaiser Wilhelm für dessen Telegramm, das die Möglichkeit einer friedlichen Lösung darbiete, gedankt und ihm versichert habe, daß hinter den militärischen Vorbereitungen Rußlands keine aggressiven Absichten steckten. Auch habe er sich verpflichtet, nicht einen Mann die Grenze überschreiten zu lassen, solange die Besprechungen mit Österreich andauerten. Er, Sasonow, rechne auf die Zustimmung Greys, daß diese Besprechungen in London stattfänden. Zum Schluß bat er noch Buchanan, Grey für das zu danken, was die britische Regierung im Interesse des Friedens getan habe. Wenn Deutschland diese letzte friedfertige „Geste" gemacht habe und der Krieg schließlich noch vermieden würde, wäre dies besonders der festen Haltung Großbritanniens zu verdanken, und er sehe darin einen Dienst, den weder Zar und Regierung noch das russische Volk je vergessen würden[24].

Die Anregung Greys, Sasonow zur Abänderung seiner Formel zu bestimmen, wurde Paléologue auch von Viviani mitgeteilt; das Telegramm dürfte jedoch erst so spät in Petersburg eingetroffen sein, daß Paléologue selbst hiervon keinen Gebrauch mehr machen konnte[25].

Wenn die ganzen Formeln nach Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung praktisch genommen auch jede Bedeutung verloren hatten, so zeigen sie jedenfalls, daß Sasonow hinter Berchtold an Unnachgiebigkeit nicht zurückblieb. Ein Ausgleich der gegensätzlichen Standpunkte hätte somit wohl niemals allein durch eine direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien erreicht werden können, sondern immer nur dadurch, daß von den anderen Großmächten im Interesse des europäischen Friedens die Sängerbrücke sowohl wie der Ballhausplatz zum Nachgeben hätten gebracht werden können.

Nach der so hoffnungsvoll begonnenen Aussprache Szápárys mit Sasonow am 29. Juli, die dann infolge der unerwarteten Nachricht von der Beschießung Belgrads brüsk abgebrochen wurde, war der Gedankenaustausch zwischen dem russischen Außenminister und dem k. u. k. Botschafter zunächst nicht wiederaufgenommen worden. Aus zwei Telegrammen des Ballplatzes vom 30. Juli ging jedoch hervor, daß Berchtold eine Wiederaufnahme der Besprechungen wünschte und auch in Berlin darum gebeten hatte, Pourtalès solle Sasonow wissen lassen, daß Szápáry mit eingehenden Instruktionen für eine Aussprache mit dem russischen Außenminister versehen sei. Berchtold ging dabei von der Möglichkeit aus, daß Sasonow seine Antwort auf den Vorschlag der direkten Besprechung mißverstanden haben könnte. Er sei selbstverständlich nach wie vor bereit, die übrigens durch die Ereignisse bereits überholte Note Sasonow gegenüber zu erläutern.

Auch würde er gern der ihm von Schebeko verdolmetschten Anregung entsprechen, die die österreichischen Beziehungen zu Rußland unmittelbar betreffenden Fragen freundschaftlich zu besprechen, und der Botschafter solle Sasonow von sich aus fragen, welche Belange er dieser Aussprache zugrunde legen würde. Er könne auch auf eine unverbindliche, allgemein gehaltene Erörterung, die aber jeden Gegensatz zu russischen Interessen von vornherein ausschalten müßte, eingehen und seine Bereitwilligkeit aussprechen, Berchtold hierüber Meldung zu erstatten. Der Botschafter solle sich mit Sasonow sofort ins Benehmen setzen und das Ergebnis der Aussprache umgehend melden[26].

Szápáry war der Auffassung, daß eine erneute Aussprache mit Sasonow auf der von Berchtold angegebenen Grundlage zwecklos sei, da er alle diese Punkte schon in seiner Aussprache mit Sasonow am 29. berührt hätte, ohne daß dadurch eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte erreicht worden sei, und wies in seiner Mitteilung an Berchtold auch auf den schroffen Abbruch der Unterredung hin. Da sich inzwischen aus den Unterredungen von Pourtalès mit Sasonow ergeben hatte, daß Rußland sich selbst mit einer formellen Erklärung, Österreich werde weder das serbische Territorium schmälern noch dessen Souveränität antasten oder russische Balkan- oder sonstige Interessen bedrohen, nicht zufrieden geben werde und inzwischen die russische allgemeine Mobilmachung angeordnet worden sei, glaubte er, ohne nochmaligen ausdrücklichen Auftrag Berchtolds die befohlene Demarche unterlassen zu sollen.

Als Szápáry aber den eingehenden Bericht Berchtolds über sein versöhnliches Gespräch mit Schebeko vom 30. nachmittags erhalten hatte, aus dem hervorging, daß man sich am Ballplatz zu einem gewissen Einlenken gegenüber Rußland auf allgemeiner Grundlage entschlossen hatte, hielt es der Botschafter jetzt doch für richtiger, die ihm aufgetragene Demarche bei Sasonow auszuführen, und bat daher noch gegen Abend, von Sasonow empfangen zu werden. Zu einer erneuten Aussprache fühlte sich Szápáry auch deswegen veranlaßt, weil er die von ihm vermutete Behauptung Kaiser Wilhelms, Österreich-Ungarn sei noch zu Verhandlungen geneigt, nicht desavouieren wollte. Auch schien es ihm zweckmäßig, noch einen äußersten Beweis des guten Willens Österreichs zu geben, um Rußland tunlichst ins Unrecht zu setzen[27].

Szápáry wurde auf seinen Wunsch hin unverzüglich von Sasonow empfangen, wie überhaupt die ganze Unterredung in sehr freundschaftlicher Weise stattfand. Anscheinend war Sasonow zu dieser Zeit schon davon unterrichtet, daß die Österreicher noch nicht in Belgrad waren. Auch dürfte ihm bekannt gewesen sein, daß von österreichischer Seite noch keine ernstlichen Versuche gemacht worden waren, die Grenze zu überschreiten, wenn auch der serbische Gesandte Spalajković von einem Bombardement Belgrads zu melden wußte, das bedeutende Menschenopfer und einen ungeheuren Materialschaden verursacht hätte. An diesen übertriebenen Nachrichten von dem Bombardement Belgrads scheinen im übrigen auch einige sensationslüsterne Budapester Blätter schuld gewesen zu sein, die zu melden wußten, die Stadt sei ein Raub der Flammen geworden[28].

Von der am Vormittag des 31. angeordneten allgemeinen Mobilmachung Österreichs war Sasonow zur Zeit seiner Aussprache mit Szápáry noch nicht

unterrichtet, wenn ihm auch die Maßnahme bereits angekündigt worden war. Die Mitteilung von der erfolgten Mobilmachung dürfte Sasonow an diesem Tage erst gegen Abend erhalten haben.

Szápáry machte Sasonow zunächst darauf aufmerksam, daß seine Instruktionen noch ohne Rücksicht auf die inzwischen eingetretene russische allgemeine Mobilmachung erfolgt seien, worauf ihn der Minister gleich mit den Worten unterbrach, die Mobilmachung habe nichts zu bedeuten, der Zar habe Kaiser Wilhelm sein Wort verpfändet, daß die Armee sich nicht rühren werde, solange eine auf Verständigung gerichtete Unterredung mit Wien im Gange sei. Im übrigen hätten die Österreicher zuerst mobilisiert, wogegen Szápáry lebhaft protestierte. Da Sasonow wohl keine Mißstimmung aufkommen lassen wollte, war er dafür, von dieser „Chronologie" nicht weiter zu reden. Im übrigen brauche man nicht zu befürchten, daß die Gewehre von selber losgehen würden, da die russische Armee so diszipliniert sei, daß der Zar sie durch ein Wort noch von der Grenze zurückziehen könne. Szápáry brachte nunmehr zum Ausdruck, daß wohl das Mißverständnis vorgelegen habe, Österreich hätte weitere Verhandlungen mit Rußland abgelehnt. Dies sei ein Irrtum. Berchtold sei durchaus bereit, den Wortlaut der Note einer Besprechung zu unterziehen, sofern es sich um eine Erläuterung handle. Er sei sich allerdings bewußt, daß Rußland die Form der Note gemildert haben wolle, während Berchtold der Ansicht sei, daß nur der Sinn der Note erläutert werden könnte. Diese Diskrepanz dürfe nicht übersehen werden, wenn sie auch scheinbar auf dasselbe herauskomme.

Sasonow faßte die Erklärung des Botschafters sehr optimistisch auf, bezeichnete sie als eine „gute Nachricht" und erklärte, er hoffe noch immer, daß die Angelegenheit durch eine Aussprache geregelt werden könnte. Szápáry wehrte der ihm allzu optimistisch erscheinenden Auffassung seiner Erklärungen durch Sasonow ab, indem er nochmals auf die durch die allgemeine Mobilmachung veränderte Lage aufmerksam machte. Sasonow ließ sich aber aus seiner guten Stimmung nicht herausbringen und machte nur den Botschafter darauf aufmerksam, daß ihm Verhandlungen in Petersburg weniger erfolgversprechend erschienen als auf dem neutralen Londoner Terrain. Szápáry entgegnete hierauf, daß Berchtold vom Gesichtspunkt einer direkten Fühlungnahme in Petersburg ausgegangen sei und er daher zu seiner Anregung bezüglich Londons keine Stellung nehmen könnte, er würde aber Berchtold hiervon Mitteilung machen.

Der k. u. k. Botschafter gewann aus der Unterhaltung den Eindruck, den er auch nach Wien mitteilte, daß Sasonow durch seine Eröffnungen wesentlich erleichtert gewesen sei, den Erklärungen aber eine übertriebene Bedeutung beigemessen habe. Im übrigen seien in der Unterhaltung zwei Punkte gänzlich umgangen worden: einmal der Zweck einer Erörterung über den Text der Note und zweitens die Frage, was während etwaiger Verhandlungen bezüglich der militärischen Operationen geschehen solle. In seinem Bericht an Berchtold wies Szápáry noch darauf hin, daß man seine Eröffnungen im Hinblick auf die russische allgemeine Mobilmachung sowohl für gegenstandslos erklären wie auch als Grundlage für weitere Verhandlungen verwenden könne[29].

Sasonow schien von den Erklärungen Szápárys so beeindruckt, daß er noch am Abend des 31. den in Betracht kommenden Botschaftern der Großmächte hiervon Mitteilung machte, wobei er die Erklärungen des Botschafters so darstellte, als ob von seiten der österreichischen Regierung das Einverständnis vorliege, in eine Erörterung über den „Inhalt" des Serbien überreichten Ultimatums einzutreten. Er habe darauf dem Botschafter den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen darüber in London unter Teilnahme der Großmächte zu führen. Für eine erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen sei es wichtig, daß Österreich seine militärischen Operationen auf serbischem Territorium einstelle.

Als dem Zaren am nächsten Tage dieses Telegramm vorgelegt wurde, bemerkte er hierzu, eines schließe nicht das andere aus, und beauftragte Sasonow, die Verhandlungen mit dem österreichischen Botschafter fortzusetzen.

Buchanan dagegen scheint aus den Mitteilungen Sasonows über seine Unterredung mit Szápáry, vielleicht auch aus anderen Quellen, einen etwas nüchterneren Eindruck bekommen zu haben, wie aus seiner Berichterstattung an Grey hervorgeht. Er sagt hier, daß Szápáry keine bestimmten Weisungen gehabt hätte und die Unterhaltung von der serbischen Frage auf die allgemeinen Beziehungen mit Rußland abzulenken versucht habe. Demgegenüber habe Sasonow erklärt, die schwebende Frage sei, ob Serbien frei und unabhängig bleiben oder ob es zum Vasallen Österreichs gemacht werden sollte. Es sei daher nutzlos, allgemein über österreichisch-russische Beziehungen zu reden, solange diese Streitfrage ungelöst sei. London sei der einzige Ort, wo derartige Erörterungen mit Aussicht auf Erfolg stattfinden könnten[30].

Die Demarche Szápárys bei Sasonow hatte fraglos stimmungsmäßig eine Annäherung zwischen Wien und Petersburg herbeigeführt, wenn sachlich betrachtet an den gegenseitigen Standpunkten sich auch nichts geändert hatte. Immerhin hat die Aussprache, wie sich in der Folge noch zeigen wird, dazu geführt, daß in den österreichisch-russischen Beziehungen keine weitere Verschärfung eintrat und vielleicht auch eine weitere Annäherung hätte stattfinden können, wenn nicht die durch die russische allgemeine Mobilmachung geschaffene Lage Entschlüsse gefordert hätte, die durch die militärischen Verhältnisse bedingt waren und auf die die Diplomatie ohne Einfluß war. Die übertrieben günstige Bewertung der österreichischen Demarche in Petersburg hatte andererseits zur Folge, daß man sich nunmehr besonders in Paris wieder vermehrt einbildete, der eigentliche Kriegstreiber sei Deutschland[31].

Während sich diese, wenn auch nur geringfügige Annäherung zwischen Petersburg und Wien vollzog, traf am Abend des 31. Juli kurz nach 11 Uhr abends auf der deutschen Botschaft in Petersburg das Telegramm Bethmann Hollwegs ein mit der ultimativen Forderung an Rußland, binnen 12 Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einzustellen. Wenn Rußland hierüber keine bestimmte Erklärung abgeben könne, müsse dem bereits angeordneten „Zustand der drohenden Kriegsgefahr" die Mobilmachung Deutschlands folgen.

Pourtalès bat sofort um einen Besuch bei Sasonow und wurde noch um Mitternacht empfangen. Nachdem der Botschafter seinen schwerwiegenden Auftrag

ausgerichtet hatte, wiederholte Sasonow zunächst die Erklärung des Zaren, daß ein Anhalten der Mobilmachung oder eine Zurücknahme des Mobilmachungsbefehls aus technischen Gründen nicht möglich sei. Die Mobilmachung in Rußland bedeute keineswegs die Absicht, Krieg zu führen, und man könne auch trotz der Mobilmachung die Verhandlungen fortsetzen. Er bitte dringend, Bethmann Hollweg darauf hinzuweisen, daß die im letzten Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm auf Ehrenwort übernommene Verpflichtung Deutschland über die Absichten Rußlands beruhigen müsse. Pourtalès erwiderte, daß diese Versicherung Deutschland nicht genügen könne, da der Zar sich keineswegs unter allen Umständen verpflichte, von kriegerischen Aktionen abzusehen, sondern nur so lange, als noch Aussicht bestehe, die russisch-österreichische Differenz wegen Serbiens beizulegen. Der Zar verpflichte sich nicht, Frieden zu halten, wenn die Verhandlungen infolge eines starren Festhaltens Rußlands an seinen Forderungen scheitern sollten. Hierauf legte Pourtalès Sasonow direkt die Frage vor, ob er ihm garantieren könne, daß Rußland für den Fall, daß eine Einigung mit Österreich nicht erfolge, gewillt sei, Frieden zu halten. Als Sasonow hierauf keine bejahende Antwort geben konnte, erwiderte Pourtalès, man könne es Deutschland nicht verdenken, daß es nicht gesonnen sei, Rußland einen weiteren Vorsprung in der Mobilmachung zu lassen und abzuwarten, bis es seine gewaltigen Heeresmassen an der deutschen Grenze versammelt habe.

Sasonow wies erneut darauf hin, daß Mobilmachung noch nicht zum Krieg zu führen brauche, und wiederholte die schon früher gestellte Frage, ob nicht auch in Deutschland mobil gemacht werden könnte, ohne daß es deswegen zum Kriege kommen müsse. Pourtalès berief sich auf seine früheren Ausführungen und erklärte bestimmt, wenn Rußland seine Mobilmachung nicht anhalte und Deutschland dadurch gezwungen werde, ebenfalls mobil zu machen, so befinde man sich „unmittelbar am Rande des Krieges". Der Botschafter bat Sasonow nochmals dringend, sich den Ernst der Lage klarzumachen. Durch die vom Wiener Kabinett gezeigte Bereitwilligkeit, mit der russischen Regierung in Gedankenaustausch über die Note einzutreten, habe sich die Lage erheblich gebessert, und gerade in diesem Augenblick habe Rußland ohne den geringsten Anlaß trotz vorher gegebener feierlicher Versicherung gegen Deutschland mobil gemacht. Wenn Rußland den Frieden wolle, sei es an ihm, diese Drohung rückgängig zu machen. Technische Unmöglichkeiten gäbe es nicht, es genüge ein Wort des Zaren, daß infolge neuer Umstände die Mobilmachungsmaßregeln anzuhalten seien.

Trotz der eindringlichen Aussprache hatte Pourtalès den bestimmten Eindruck, daß die russische Regierung entschlossen war, es zum Äußersten kommen zu lassen[32].

Da Pourtalès den Auftrag um Mitternacht ausgeführt hatte, lief das Ultimatum am 1. August um 12 Uhr mittags ab. Ein Aide-mémoire über diese Demarche ist anscheinend nicht übergeben worden, doch zeigt eine Mitteilung Sasonows an die Botschafter der Großmächte, daß die Forderung Deutschlands zeitlich und inhaltlich vom russischen Außenminister richtig aufgefaßt worden ist[33].

Die deutsche Forderung, die Pourtalès Sasonow überbracht hatte, war fraglos, soweit das Einstellen der Mobilmachungsmaßnahmen auch gegen Österreich

verlangt wurde, eine sehr weitgehende, insbesondere da Österreich sich mit dieser Maßnahme eigentlich schon abgefunden und die Teilmobilmachung Rußlands durch die Anordnung seiner allgemeinen Mobilmachung einigermaßen ausgeglichen hatte. Wenn von Deutschland auch stets hervorgehoben worden war, daß die Teilmobilmachung Rußlands die Vermittlung zwischen Petersburg und Wien erschwere, wenn nicht unmöglich mache, so hatte man doch keine Schritte dagegen unternommen oder Gegenmaßnahmen angedroht. Die schwer verständliche Forderung hatte, wie wir uns erinnern müssen, Jagow in seiner Unterredung mit Goschen damit erklärt, sie geschehe, damit Rußland nicht vorgeben könne, seine ganze Mobilmachung richte sich nur gegen Österreich. Mit anderen Worten, die Forderung wurde gestellt, weil man durch das bisherige Verhalten Rußlands außerordentlich mißtrauisch geworden war. Immerhin wird man zugeben müssen, daß es auch für Rußland kaum möglich war, der deutschen Forderung in dieser Form ohne Gegenleistung, wie beispielsweise, daß Österreich auch seine Mobilmachung gegen Rußland einstellen würde, zu entsprechen, ohne einen für eine Großmacht kaum tragbaren Prestigeverlust hinzunehmen. Der Hauptgrund für die scharfe deutsche Forderung lag jedoch darin, daß Deutschland angesichts des Zweifrontenkrieges die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung nicht durch seine eigene Mobilmachung wirksam ausgleichen konnte. Infolge des Bündnisvertrages zwischen Rußland und Frankreich mußte Deutschland bei einem Kriege mit seinem östlichen Gegner stets damit rechnen, daß auch Frankreich auf den Plan treten würde. Diese Voraussetzung hatte dazu geführt, daß der deutsche Feldzugsplan vorsah, zunächst mit den Hauptkräften sich gegen Frankreich zu wenden und den Kampf gegen Rußland vorerst im wesentlichen den Österreichern zu überlassen. Diese strategischen Zusammenhänge waren es, die Deutschland zwangen, Rußland gewissermaßen die Pistole auf die Brust zu setzen, um noch so rechtzeitig über die Absichten Rußlands unterrichtet zu sein, daß die Durchführung der für den Zweifrontenkrieg vorgesehenen Operationen gegen Frankreich keine Verzögerung erlitt. Trotz allem wird man sagen müssen, daß es wohl richtiger gewesen wäre, wenn sich Deutschland bei seinem Ultimatum an Rußland zunächst nur darauf beschränkt hätte, eine Demobilmachung gegenüber Deutschland zu fordern. Damit soll jedoch nicht die Ansicht vertreten werden, es hätte eine Wahrscheinlichkeit bestanden, daß Rußland dieser Forderung entsprochen haben würde. So kommt man immer wieder darauf zurück, daß mit der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, so gut wie ausgespielt war.

Kapitel 47

Kriegserklärung an Rußland

Petersburg, 1. und 2. August: Das deutsche Ultimatum in Petersburg — Sasonow empfängt Buchanan und Paléologue — Erneute Versuche des Grafen Pourtalès, russische Mobilmachung rückgängig zu machen — Telegramm des Zaren an den Kaiser — Nikolajewitsch Oberkommandierender — Ministerrat — Telegramm König Georgs an den Zaren — Übergabe der Kriegserklärung an Rußland — Abberufung Swerbejews — Diner auf der englischen Botschaft — Buchanan begibt sich zum Zaren mit dem Entwurf der Antwort an den König von England — Die Autolichter versagen — Audienz Buchanans beim Zaren — Ein nicht verständliches Telegramm des Kaisers — Pourtalès bittet um Aufklärung in Berlin — Abreise der Deutschen Botschaft über Finnland.

Von dem Schritt des Grafen Pourtalès um Mitternacht bei Sasonow, innerhalb 12 Stunden die Rüstungen gegenüber Deutschland und Österreich einzustellen, hatte der französische Botschafter anscheinend irgendetwas erfahren. Jedenfalls gab Paléologue zwischen 4 und 5 Uhr morgens die allerdings recht willkürlich abgefaßte Meldung nach Paris, der deutsche Botschafter habe der russischen Regierung erklärt, daß die allgemeine Mobilmachung der deutschen Armee am 1. August morgens angeordnet würde[1]. Er erwähnte jedoch nicht, daß Deutschland nur mobil machen würde, wenn Rußland seine Rüstungen nicht einstelle.

Iswolski und Benckendorff wurden von Sasonow gleich von dem deutschen Ultimatum telegraphisch kurz unterrichtet. Sasonow erwähnte dabei noch, auf seine Frage, ob der Befehl zur Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg sei, habe der deutsche Botschafter geantwortet, das sei nicht der Fall, aber man sei „dem Kriege außerordentlich nahe“[2]. Auch regte Sasonow bei Schilling an, dem Zaren sofort eine Aufzeichnung über seine nächtliche Unterredung mit Pourtalès zugehen zu lassen und ihm dabei mitzuteilen, daß um 2 Uhr nachmittags ein Ministerrat stattfinden würde. Über die Aufzeichnung ist jedoch nichts weiter bekanntgeworden. Anscheinend ist sie unterblieben.

Am Morgen wurden Buchanan und Paléologue wieder gemeinsam von Sasonow empfangen. Der Minister kam zunächst auf seine Unterredung mit Szápáry vom Abend vorher zu sprechen. Sasonow bemerkte, schon während der Balkankrise habe er Österreich erklärt, daß ein Angriff auf Serbien den Krieg mit Rußland bedeute. Rußland könne Serbien ebensowenig zum Vasallen Österreichs werden lassen, wie etwa Großbritannien dulden könne, daß Holland unter die Herrschaft Deutschlands komme. Es handle sich für Rußland um eine Lebensfrage. Österreich habe auf Grund der deutschen Unterstützung geglaubt, Rußland herausfordernd behandeln zu können. Die Haltung Deutschlands sei zweideutig gewesen, und es habe, ob es nun von den Bedingungen des Ultimatums vorher Kenntnis gehabt habe oder nicht, mit der Intervention in Wien jedenfalls so lange gewartet, bis der „psychologische Zeitpunkt“ verstrichen sei. Unglücklicherweise

habe der deutsche Botschafter in Petersburg immer berichtet, daß Rußland niemals kämpfen werde, während der deutsche Botschafter in Wien Österreich aufgestachelt hätte. Sasonow zählte dann noch einmal auf, womit er sich „abgeplagt" habe, um den Frieden zu erhalten: Konferenz zu vieren, englisch-italienischer Vermittlung, direkten Besprechungen zwischen Petersburg und Wien. Deutschland und Österreich hätten die Anregungen entweder verworfen oder durch eine ausweichende Antwort unwirksam gemacht. Das Vorgehen Österreichs und „Vorbereitungen Deutschlands" hätten Rußland zur Mobilmachung gezwungen, und da Deutschland, wie er sagte, nun ebenfalls mobil mache, sei eine verzweifelte Lage geschaffen worden. Sasonow kam dann noch einmal auf seine Formel zurück, die er nach Wien übermittelt habe und an der er noch festhalte, wenn Grey ihre Annahme durchsetzen könnte, ehe deutsche Truppen die Grenze überschritten hätten. Auf keinen Fall würde Rußland die Feindseligkeiten eröffnen.

Die naheliegende Frage, welche militärischen Vorbereitungen Deutschlands Rußland veranlaßt hätten, mobil zu machen, stellte Buchanan anscheinend nicht. In seinem Bericht an Grey über diese Unterredung teilte Buchanan mit, die einzige Möglichkeit, einen allgemeinen Krieg zu verhüten, scheine darin zu bestehen, daß Deutschland und Frankreich einwilligen würden, ihre mobilisierten Truppen während des letzten Versuchs, eine Beilegung des Konflikts zu erreichen, diesseits ihrer Grenze zu halten, wie Rußland dies zu tun bereit sei. Rußland erwarte unruhig und gespannt die Nachricht, ob Großbritannien es in einem ihm aufgezwungenen Kriege unterstützen würde, da die Dauer und der Ausgang dieses Krieges von dem Zusammengehen Englands mit Rußland und Frankreich vom Beginn des Krieges an abhängen würden.

Graf Pourtalès sann am Vormittag des 1. August nach neuen Mitteln, um die Rückgängigmachung des russischen Mobilmachungsbefehls zu erreichen und dadurch noch in letzter Minute die Krise zu beschwören. Zunächst entschloß er sich dazu, frühmorgens durch einen persönlichen Brief an den Grafen Fredericks auf den einflußreichen Vertrauten des Zaren einzuwirken. Als der mit dieser Mission betraute Attaché Dr. von Bülow am Bahnhof in Petersburg ankam, erfuhr er, daß infolge der Mobilmachung die Morgenzüge nach Peterhof nicht mehr verkehrten. Doch gelang es ihm schließlich mit Hilfe eines ausgeleierten Taxameters, nach einer ziemlichen Irrfahrt auf den durch Pferderequisitionen verschiedentlich versperrten Landstraßen in der Wohnung des Grafen Fredericks kurz nach 10 Uhr einzutreffen. Bülow wurde sofort in das Schreibzimmer des Grafen Fredericks geführt, der den Brief ganz langsam durchlas und zu dem Attaché sagte: „Gott sei Dank, daß Sie rechtzeitig eingetroffen sind. In 10 Minuten habe ich Vortrag beim Kaiser." Er wolle dem Zaren im Sinne des Briefes vortragen, für den Erfolg könne er jedoch nicht garantieren. Doch gewann Bülow aus der Unterredung den Eindruck, daß dem Hofminister die Rettung des Friedens aufrichtig am Herzen lag[3].

In dem Brief hatte Pourtalès zum Ausdruck gebracht, daß die Mobilmachung der gesamten russischen Armee in Berlin den schlechtesten Eindruck gemacht habe. Man begreife nicht, daß dieser Befehl gegeben werden konnte, während die Vermittlung des Kaisers fortdauerte und noch nicht gescheitert war. Vor

wenigen Tagen habe Rußland doch erst ganz offiziell erklärt, daß es nur an der österreichischen und nicht an der deutschen Grenze mobil machen würde. Ein Krieg wäre eine ungeheure Gefahr für alle Monarchien. Pourtalès teilte dann den ultimativen Schritt der deutschen Regierung mit und fügte hinzu, daß er, Fredericks, wisse, was das für Deutschland bedeute, wenn der Mobilmachungsbefehl heute gegeben würde. In diesem Falle wäre man nur noch einen Fingerbreit vom Kriege entfernt, von einem Kriege, „den weder Sie noch wir wünschen". Wenn er auch wisse, wie schwer es sei, die bereits in Bewegung gesetzte Maschine anzuhalten, sei doch der Kaiser von Rußland in dieser Hinsicht allmächtig, und er bitte daher inständigst, Graf Fredericks möge tun, was er könne, um das Unheil aufzuhalten. —

Weiter versuchte Pourtalès, auf den sehr einflußreichen Ackerbauminister Kriwoscheïn einzuwirken, von dem er wußte, daß er für den Frieden war. Da er die Botschaft nicht verlassen wollte, weil jeden Augenblick ein Anruf von Sasonow oder von Fredericks erfolgen konnte, schickte er den Botschaftsrat von Mutius, der soeben erst seinen neuen Posten angetreten hatte, zu Kriwoscheïn und gab ihm eine Abschrift seines Briefes an den Grafen Fredericks mit. Aus der kurzen Unterhaltung gewann Mutius den Eindruck, daß Kriwoscheïn gegen den Krieg war, und er soll sich auch später in diesem Sinne im Ministerrat geäußert haben[4].

Kurz nach Empfang des Briefes von Pourtalès begab sich Fredericks etwa gegen 11 Uhr vormittags zum Vortrag beim Zaren. Was Fredericks dem Zaren gesagt hat, wissen wir nicht. Im Anschluß an den Vortrag des Hausministers dürfte auch Sasonow empfangen worden sein, obgleich hierüber jede Mitteilung fehlt. Doch darf man annehmen, daß als Folge dieser Besprechungen der Zar das um 2 Uhr abgegangene kurze Telegramm an den Kaiser abgesandt hat.

Der Zar bestätigte hier den Eingang des Telegramms Kaiser Wilhelms, das er am Tage zuvor erhalten hatte, und brachte zum Ausdruck, er verstehe, daß Kaiser Wilhelm gezwungen sei, mobil zu machen. Er wünsche aber von ihm dieselbe Garantie zu erhalten, die er ihm gegeben hatte, daß die Maßnahme nicht Krieg bedeute und sie fortfahren würden, zu verhandeln. Ihrer langbewährten Freundschaft müsse es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergießen zu vermeiden. Voll Vertrauen erwarte der Zar gespannt die Antwort des Kaisers[5].

Nach dem Lunch wurde Nikolaj Nikolajewitsch vom Zaren in Audienz empfangen und ihm seine Ernennung zum Oberkommandierenden bis zur Abreise des Zaren an die Front mitgeteilt. Hierauf fuhr der Zar mit der Zarin in das Diwejewski-Kloster und nahm später allein an einem Gottesdienst teil.

Über den bereits erwähnten Ministerrat auf der Jelagin-Insel sind wir nicht näher unterrichtet. Wir wissen nur, daß der Ministerrat um 2 Uhr begann und mehrere Stunden dauerte[6].

Gegen 5 Uhr nachmittags wurde Buchanan ein Telegramm Greys vorgelegt, in dem eine persönliche Botschaft des Königs Georg an den Zaren enthalten war. Das Telegramm war bereits vor etwa zwölf Stunden in London aufgegeben worden, ist demnach also mit erheblicher Verzögerung in Petersburg eingetroffen.

In dem Telegramm war zunächst eine Mitteilung der deutschen Botschaft vom 31. Juli wiedergegeben, die eine kurze Darstellung der Lage enthielt. Der Zar hätte Kaiser Wilhelm telegraphisch gebeten, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu vermitteln. Der Kaiser habe sich hierzu bereit erklärt, dem Zaren dies mitgeteilt und sofort in Wien Schritte unternommen. Ohne das Ergebnis abzuwarten, habe Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil gemacht. Der Kaiser habe dann den Zaren darauf aufmerksam gemacht, daß die Vermittlungsaktion hierdurch illusorisch gemacht würde, und ihn gebeten, die Maßnahmen gegen Österreich einzustellen, was jedoch nicht geschehen sei. Trotzdem habe die deutsche Regierung die Vermittlertätigkeit bis zur äußersten Grenze des Möglichen fortgesetzt. Die Vorschläge der deutschen Regierung hätten sich ganz im Sinne der Vorschläge Englands bewegt, und Berlin habe sie in Wien zur ernsten Erwägung empfohlen. Noch vor Abschluß der Beratungen in Wien sei die russische Armee und Marine mobilisiert worden. Dieser russische Akt habe Österreich die noch ausstehende Antwort auf den deutschen Vermittlungsvorschlag abgeschnitten. Da die Mobilmachung auch gegen Deutschland stattfinde, das der Zar persönlich um Vermittlung gebeten habe, könne die deutsche Regierung diesen Akt nur als feindselig ansehen und hätte mit ernsten Gegenmaßregeln antworten müssen. Hierauf wurde kurz das Ultimatum an Rußland und die entsprechende Anfrage an Frankreich erwähnt.

Im Anschluß hieran erklärte König Georg dem Zaren, er könne sich nicht des Gedankens erwehren, daß „irgendein Mißverständnis" auf diesen toten Punkt geführt habe. Er wünsche dringend, keine Möglichkeit zu versäumen, um das Unheil abzuwenden, das gegenwärtig die Welt bedrohe. Daher appelliere er persönlich an den Zaren, dieses „Mißverständnis" zu beseitigen, um für Unterhandlungen und Friedensmöglichkeiten noch Raum zu lassen. Er selbst wolle alles in seiner Macht Stehende tun, um die Wiederaufnahme der unterbrochenen Besprechungen zwischen den beteiligten Mächten fördern zu helfen. Er sei sicher, daß der Zar ebenso wie er darauf bedacht sei, daß das Menschenmögliche geschehe, um der Welt den Frieden zu erhalten[7].

Auf Grund dieses Telegramms dürfte Buchanan, wohl nicht unmittelbar, sondern über Sasonow, um eine Audienz beim Zaren nachgesucht haben. Der Botschafter erhielt aber zunächst noch keine Antwort über die Stunde der Audienz, vielleicht weil sich Sasonow zu dieser Zeit noch auf der Rückkehr vom Ministerrat auf der Jelagin-Insel zur Sängerbrücke befand und später durch Pourtalès in Anspruch genommen war.

Nach Rückkehr Sasonows von der Jelagin-Insel fand eine kurze Besprechung des Ministers mit Buchanan statt, an der auch Paléologue teilnahm. Hier wurde beraten, in welcher Weise der Appell des Königs von England zu beantworten sei. Paléologue war dafür, daß der Zar die Erklärungen seines gestrigen persönlichen Telegramms an den Kaiser wiederhole, nötigenfalls unterstreiche, und daß er den König bitten solle, Kaiser Wilhelm die Aufrichtigkeit dieser Versicherung zu bestätigen, wenn nicht zu verbürgen. Wie Paléologue nach Paris berichtet, hätte er besonders hervorgehoben, daß die Antwort des Zaren keinen Zweifel lassen dürfe über seinen Willen, den Frieden noch zu retten. Diese Antwort werde

vielleicht darüber entscheiden, ob England gegen Deutschland Partei ergreife oder nicht[8]. Da Pourtalès um eine dringende Unterredung gebeten und Sasonow um 8 Uhr abends zum Diner bei Buchanan angesagt war, gab er wahrscheinlich Baron Schilling den Auftrag, den Entwurf für eine Antwort auf Grund der soeben stattgefundenen Besprechungen aufzusetzen.

Um 5.45 Uhr ging auf der deutschen Botschaft der Auftrag des Staatssekretärs von Jagow ein, falls die russische Regierung auf die deutsche Forderung keine befriedigende Antwort erteilt habe, solle Pourtalès ihr um 5 Uhr mitteleuropäischer Zeit die nachstehende Kriegserklärung überreichen. Die Note, die in französischer Sprache abgefaßt war, hatte in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut[9]:

> Die k. Regierung hat sich seit Beginn der Krise bemüht, sie einer friedlichen Lösung zuzuführen. Einem von Sr. M. dem Kaiser von Rußland ausgesprochenen Wunsche nachkommend, hat sich S. M. der Deutsche Kaiser gemeinsam mit England bemüht, eine Vermittlerrolle bei den Kabinetten von Wien und Petersburg durchzuführen, als Rußland, ohne die Ergebnisse davon abzuwarten, zur Mobilisierung seiner gesamten Land- und Seestreitkräfte schritt.
>
> Infolge dieser bedrohlichen, durch keine militärische Vorbereitung von deutscher Seite begründete Maßnahme sah sich das Deutsche Reich einer ernsten und unmittelbaren Gefahr gegenüber. Wenn die k. Regierung es unterlassen hätte, dieser Gefahr zu begegnen, hätte sie die Sicherheit und sogar die Existenz Deutschlands aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Regierung sah sich daher gezwungen, sich an die Regierung Sr. M. des Kaisers aller Reußen zu wenden und auf die Einstellung der erwähnten militärischen Handlungen zu dringen. Da Rußland
>
> $$\frac{\text{dieser Forderung nicht nachgekommen ist}}{\text{auf diese Forderung keine Antwort erteilen zu sollen geglaubt hat}}$$
>
> und durch diese $\frac{\text{Weigerung}}{\text{Haltung}}$ kundgetan hat, daß sein Vorgehen gegen Deutschland gerichtet ist, beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung Ew. Exz. mitzuteilen was folgt:
>
> S. M. der Kaiser, mein erhabener Herrscher, nimmt im Namen des Reichs die Herausforderung an und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich."

Im Anschluß an die zu überreichende Note enthielt das Telegramm noch den Auftrag Jagows, Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Weisung nach russischer Zeit zu drahten, seine Pässe zu fordern und die Geschäfte der amerikanischen Botschaft zu übergeben.

Wie aus den Varianten zweier Stellen hervorgeht, sah die dem Botschafter vorgeschriebene Erklärung sowohl den Fall vor, daß die russische Regierung auf die deutsche Aufforderung, die Mobilmachung einzustellen, überhaupt keine Antwort geben, wie auch den anderen Fall, daß die Antwort ungenügend sein würde.

Pourtalès bat sofort telephonisch Schilling um eine unverzügliche Unterredung mit Sasonow, worauf ihm mitgeteilt wurde, daß der Minister sich noch im Ministerrat auf der Jelagin-Insel befinde, dem Botschafter aber sofort Nachricht gegeben würde, sobald der Minister zurückkehre.

Da es inzwischen bereits 6.45 Uhr geworden war und somit die Zeit drängte, entschloß sich Pourtalès, von der Übergabe einer formellen Note abzusehen und die vorgeschriebene Erklärung mündlich abzugeben, dem Minister aber eine Abschrift der Kriegserklärung mit dem genauen Wortlaut des Telegramms des Staatssekretärs von Jagow als Aide-mémoire zurückzulassen.

Inzwischen war auch Sasonow zurückgekehrt. Als er gegen 7 Uhr davon benachrichtigt wurde, daß der deutsche Botschafter eingetroffen sei, äußerte er ahnungsvoll zu Schilling, daß ihm Graf Pourtalès wahrscheinlich die Kriegserklärung bringen würde. Pourtalès fragte Sasonow zunächst, ob die kaiserliche Regierung gewillt sei, auf seine gestrige Note eine günstige Antwort zu erteilen. Sasonow antwortete ablehnend, fügte aber hinzu, obwohl die allgemeine Mobilmachung nicht rückgängig gemacht werden könnte, lehne es Rußland nicht ab, die Verhandlungen fortzusetzen, um einen friedlichen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu finden. Pourtalès nahm nun mit wachsender Erregung aus seiner Tasche das zusammengefaltete Papier, das die Kriegserklärung enthielt, und stellte dem Minister noch einmal die gleiche Frage, wobei er auf die schwerwiegenden Folgen aufmerksam machte, die eine Weigerung Rußlands, die deutsche Forderung auf Einstellung der Mobilmachung anzunehmen, haben müsse. Sasonow gab hierauf erneut die von ihm eben erteilte Antwort, und als der Botschafter zum drittenmal die gleiche Frage stellte, erklärte Sasonow noch einmal, daß er keine andere Antwort abzugeben habe. Hierauf erklärte Pourtalès tief bewegt, daß er in diesem Fall von seiner Regierung beauftragt sei, ihm folgende Erklärung abzugeben. Dann las der Botschafter Sasonow die Note über die Kriegserklärung vor und überließ ihm das Schriftstück als Aide-mémoire. Auf besonderen Wunsch Sasonows setzte Pourtalès auch seinen Namen darunter. Dabei machte er noch einmal auf die beiden Varianten aufmerksam, die in der Kriegserklärung enthalten waren*. Die Unterredung der beiden Minister fand im Stehen statt. Nach der Überreichung der Note trat Pourtalès, innerlich aufs tiefste bewegt, zum Fenster, faßte sich an den Kopf, brach in Tränen aus und sagte, er hätte niemals geglaubt, daß er Petersburg unter diesen Bedingungen verlassen müßte. Er sei immer ein Anhänger guter deutsch-russischer Beziehungen gewesen, deren Wert für den europäischen Frieden er stets hoch angeschlagen hätte. Auch während der letzten Krise habe er, wie er wohl mit gutem Gewissen sagen könne, alles getan, was in seinen Kräften stand, um den Bruch zu verhüten. Bei diesen Worten umarmte und küßte Sasonow nach russischer Sitte Pourtalès, indem er sagte: „Glauben Sie mir, wir werden Sie wiedersehen."

Es fand dann noch eine kurze Besprechung über die Ursachen des Krieges statt. Sasonow behauptete, Tschirschky hätte den Krieg verschuldet, was Pourtalès mit Entrüstung zurückwies. Schuld am Kriege seien diejenigen, die beim Zaren die Mobilmachung gegen Deutschland durchgesetzt und hierdurch erreicht

* Pourtalès: „Meine Verhandlungen in St. Petersburg Ende Juli 1914", Berlin 1927, S. 72; ders.: „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden", Berlin 1919, S. 84 f. Russ. Dok. I 5 Nr. 396. Siehe auch Berliner Monatshefte, Jahrg. XV S. 278. — Nach den Tagesaufzeichnungen Russ. Dok. I 5 Nr. 396 hat Graf Pourtalès Sasonow das Schriftstück überreicht und hat der Minister es selbst durchgelesen, wobei er die beiden in der Note angegebenen Varianten übersehen habe.

hätten, daß die Vermittlungstätigkeit Kaiser Wilhelms von Rußland mit einer schweren Bedrohung und Herausforderung Deutschlands beantwortet worden sei. Sasonow erwiderte hierauf, er hätte als Minister des Äußeren nichts tun können, da der Kriegsminister dem Zaren erklärt habe, die Mobilmachung sei notwendig, worauf ihm Pourtalès sagte, gerade er wäre in seiner Stellung dazu berufen gewesen, den Zaren von diesem verhängnisvollen Schritt abzuhalten.

Um das Gespräch abzubrechen, bat Pourtalès um seine Pässe. Sasonow erwiderte ihm hierauf, er müsse gestehen, daß ihm die technische Bedeutung dieser Bitte nicht klar sei, worauf ihm Pourtalès die Bitte dahingehend erläuterte, er möge dafür sorgen, daß für seine Abreise sowie für die der Botschaft, der bayerischen Gesandtschaft und des Generalkonsulats die nötigen Vorkehrungen getroffen würden. Nach einigen weiteren Worten über die Abreise der Botschaft verabschiedete sich Pourtalès von Sasonow. Er sollte ihn nicht wiedersehen. —

In die Botschaft zurückgekehrt, gab Pourtalès sofort ein Telegramm an das Auswärtige Amt in Berlin auf, in dem er kurz die Übergabe der Kriegserklärung meldete. Das Telegramm wurde um 8 Uhr abends in Petersburg aufgegeben, ist aber anscheinend angehalten worden, da es niemals in Berlin eingetroffen ist[10].

Noch in der Nacht wurde der Botschaft mitgeteilt, daß am nächsten Morgen um 8 Uhr ein Extrazug für sie auf dem Finnländischen Bahnhof bereitstehen würde.

Sasonow hatte nach dem Besuch des Grafen Pourtalès sofort in Peterhof angerufen, um dem Zaren von der Kriegserklärung Meldung zu erstatten. Der Zar saß zu dieser Zeit noch beim Diner, das im engsten Familienkreis stattfand; nur der Flügeladjutant vom Dienst, Großfürst Dimitri Pawlowitsch, war zugegen. Fredericks ließ den Zaren herausbitten, und Sasonow erstattete seine telephonische Mitteilung. Nach wenigen Minuten kehrte der Zar zurück, bleich und sichtbar erregt. Als ihn alle mit fragendem Blick ansahen, sagte er: „Nun ist es doch so gekommen, Deutschland erklärt uns den Krieg[11]."

Inzwischen unterrichtete Schilling telephonisch den Ministerpräsidenten, den Kriegsminister, den Marineminister sowie den französischen und den englischen Botschafter. Gleichzeitig wurden an die russischen Vertreter im Ausland entsprechende Telegramme über die erfolgte Kriegserklärung abgesandt. Auch wurde der russische Botschafter in Berlin Swerbejew abberufen. Buchanan und Paléologue unterrichteten ihre Regierungen ebenfalls von der Übergabe der Kriegserklärung*.

Sasonow hatte Buchanan 7.15 Uhr telephonisch davon unterrichtet, daß die von ihm erbetene Audienz beim Zaren auf 10 Uhr abends festgesetzt worden sei. Gleichzeitig teilte er ihm mit, Pourtalès habe ihn soeben verständigt, daß Deutschland sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich betrachte.

* Die in den Brit. Dok. für das Telegramm Nr. 445 angegebenen Abgangs- und Eingangszeiten (1. August, A.: 1.20 Uhr nachm., E.: 11.15 Uhr nachm.) können nicht zutreffend sein, da die Kriegserklärung erst gegen 7 Uhr abends übergeben worden ist. Nach Mitteilung von Prof. Gooch an den Verfasser vom 22. Juli 1936 liegen zwei Möglichkeiten vor: Entweder ist das Telegramm um 10.20 oder 11.20 Uhr nachmittags (russ. Zeit) aufgegeben worden, oder es muß statt 1. August 2. August heißen. Der Verfasser ist der Ansicht, daß das Telegramm am 2. August um 1.20 Uhr früh abgegangen ist, da auch die entsprechende Meldung Paléologues am 2. August 1.19 Uhr früh aufgegeben wurde. Vgl. Brit. Dok. Nr. 445 und Franz. Dok. XI Nr. 582.

Um 8 Uhr abends nahm Sasonow an einem Diner bei Buchanan teil, zu dem neben Paléologue noch der griechische Gesandte mit seiner Frau und einige Sekretäre der Botschaft eingeladen waren. Während Sasonow einen müden, erschöpften Eindruck machte, befand sich Paléologue in fieberhafter Erregung. Das Diner verlief sehr unruhig, da unaufhörlich Telephongespräche erfolgten, Boten vom Kriegsministerium sowie vom Generalstab und Auswärtigen Amt kamen und gingen. Noch während des Diners, um 9 Uhr, mußte sich Buchanan verabschieden, um nach Peterhof zu fahren[12]. Kurz vorher gab ihm Sasonow einen Entwurf für die Antwort des Zaren an den König von England, der ihm soeben durch einen Boten von der Sängerbrücke gebracht worden war.

Buchanan kam mit einer Verspätung von dreiviertel Stunden zu der für die Audienz befohlenen Zeit in der „Ferme" in Peterhof an. In seinen Memoiren hat der Botschafter hierfür als Grund angegeben, daß sein Chauffeur sich verirrt habe, weil das elektrische Licht in seinem Auto versagt hätte. Soweit das Versagen des elektrischen Lichts in Frage kommt, klingt die Entschuldigung wenig glaubhaft, da in Petersburg Anfang August die Sonne erst nach Mitternacht untergeht und der 1. August ein wunderbarer, ganz sommerlicher Tag war[13].

Buchanan überreichte dem Zaren den ihm von Sasonow übergebenen Entwurf der Antwort an König Georg, der folgendes enthielt: Einleitend wurde die Friedensliebe des Zaren hervorgehoben und als Begründung für die militärischen Maßnahmen angegeben, daß er dazu durch die Haltung Österreichs gezwungen worden sei, die das politische Gleichgewicht auf dem Balkan zu erschüttern drohte, was die Lebensinteressen Rußlands sowie die Interessen der anderen Mächte hätte verletzen müssen, die auf das Gleichgewicht Europas Wert legten. Österreich hätte Serbien zu einem Vasallenstaat herabdrücken oder vielleicht sogar völlig vernichten wollen, und Deutschland und Österreich hätten Rußland lange das Recht abgesprochen, zugunsten Serbiens einzugreifen. Die beiden Staaten hätten jede Vermittlung unmöglich gemacht, und Deutschland habe sich erst, als der günstige Moment für einen Druck auf Österreich vorbei war, bereit erklärt, die Vermittlung zwischen Rußland und Österreich zu übernehmen, aber ohne einen genauen Vorschlag zu machen. Gleichzeitig habe Österreich in beunruhigender Weise mobil gemacht, worauf die Kriegserklärung an Serbien und das Bombardement von Belgrad erfolgt sei. Angesichts dieser Tatsachen und in Anbetracht der Nutzlosigkeit von Verhandlungen hätte sich der Zar gezwungen gesehen, seinerseits mobil zu machen, doch habe er Kaiser Wilhelm sein Wort gegeben, daß die Mobilmachung nicht zu Feindseligkeiten führen würde, solange die Verhandlungen mit Österreich andauerten. Er hoffe, der König von England werde verstehen, daß von seiten Rußlands alle Anstrengungen gemacht worden seien, um ernsthafte Verwicklungen zu vermeiden, und er wäre auch noch jetzt glücklich, wenn durch persönliche Intervention des Königs die drohende Gefahr aufgehalten werden könnte.

Im Anschluß an diese höchst einseitige Darstellung kam noch eine kurze Bemerkung, die anscheinend erst später hinzugefügt worden ist, daß er, der Zar, in diesem Augenblick höre, Deutschland habe den Krieg erklärt und die Schuld hinterlistig und zu Unrecht auf Rußland abgewälzt. Nunmehr müsse man han-

deln, um zu verhindern, daß Deutschland über ganz Europa seine Hegemonie aufrichte.

Der Zar, dem dieser Entwurf wenig gefiel, fragte Buchanan, wie er darüber denke, worauf ihm der Botschafter sagte, daß die in französischer Sprache entworfene Antwort nach seiner Auffassung zu offiziell gehalten sei, und er es vorziehe, wenn der Zar König Georg mit seinen eigenen Worten antworten würde. Der Zar war hiermit vollkommen einverstanden. Nachdem die ganze Lage noch einmal durchgesprochen worden war, setzte sich der Zar an seinen Schreibtisch und verfaßte mit Hilfe von Buchanan, der dabei das meiste persönlich diktieren mußte, eine neue Antwort an den König, die sich von dem Entwurf Sasonows wesentlich unterschied. Der Zar erklärte, er würde die Vorschläge des Königs von England mit Freuden angenommen haben, wenn nicht der deutsche Botschafter heute nachmittag die Kriegserklärung überreicht hätte. Rußland habe sich seit der Übergabe des Ultimatums in Belgrad bemüht, eine friedliche Lösung zu finden. Ziel der österreichischen Aktion sei gewesen, Serbien zu erdrücken und es zum Vasallen Österreichs zu machen. Die Folge davon wäre eine Störung des Gleichgewichts auf dem Balkan gewesen, das von vitalem Interesse für die Mächte sei, die die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts wünschten. Erst als der günstige Augenblick, auf Österreich einen Druck auszuüben, verstrichen war, habe Deutschland überhaupt Neigung gezeigt, zu vermitteln, aber auch dann keinen bestimmten Vorschlag gemacht. Die österreichische Kriegserklärung an Serbien habe ihn gezwungen, eine Teilmobilmachung anzuordnen, obgleich ihm seine militärischen Ratgeber wegen der Schnelligkeit, mit der Deutschland im Vergleich zu Rußland mobilisieren könne, eine allgemeine Mobilmachung angeraten hätten. Schließlich wäre er zu diesem Schritt genötigt worden infolge der österreichischen Gesamtmobilmachung (!), der Beschießung von Belgrad, der Zusammenziehung österreichischer Truppen in Galizien und geheimer militärischer Vorbereitungen Deutschlands. Durch die plötzliche und unerwartete Kriegserklärung Deutschlands werde bewiesen, daß er hierzu berechtigt war, da er Kaiser Wilhelm bestimmteste Zusicherungen gegeben hätte, seine Truppen nicht in Bewegung zu setzen, solange die Verhandlungen zur Vermittlung andauerten.

Zum Schluß gab der Zar noch die Versicherung ab, daß er alles getan habe, um den Krieg zu verhindern. Nunmehr vertraue er darauf, daß England nicht unterlassen werde, Frankreich und Rußland im Kampf um das europäische Gleichgewicht zu unterstützen[14].

Nach Abfassung des Telegramms unterhielt sich der Zar noch mit dem Botschafter, wobei er bemerkte, „Mobilmachung ziehe nicht notwendigerweise Krieg nach sich". Es sei in der Geschichte häufig vorgekommen, daß auf die Mobilmachung eine Demobilisierung gefolgt sei. Auch wisse der deutsche Kaiser, daß die russische Mobilmachung vor Ablauf von mindestens zwei Wochen nicht beendet sein könne. Aber er habe den Krieg mit solcher Hast erklärt, daß alle weiteren Verhandlungen unmöglich gemacht worden seien und man an dem guten Willen Deutschlands zweifeln müßte[15].

Die Audienz des Botschafters hatte gut eineinhalb Stunden in Anspruch genommen, und erst um 1 Uhr nachts erreichte Buchanan, von einer ihn erwartenden Volksmenge stürmisch begrüßt, die britische Botschaft.

Das Zarentelegramm an den König von England ist insofern von besonderem Interesse, als wir hier einen authentischen Bericht darüber haben, wie sich dem Zaren die ganze Lage in jener kritischen Stunde dargestellt hat. Es spiegelt sich auch hier die von uns wiederholt herausgestellte Auffassung wider, daß die Wilhelmstraße Rußland zu spät davon in Kenntnis gesetzt habe, daß ernste Vermittlungsbestrebungen im Gange seien. An sich hatte der Zar nach dem, wie sich ihm die Dinge darstellten, auch nicht so unrecht, daß der günstige Augenblick, auf Österreich einen Druck auszuüben, der nach Eingang der serbischen Antwort vorlag, verpaßt war. Auch der Vorwurf, Deutschland habe keinen bestimmten Vorschlag gemacht, ist insofern erklärlich, als Petersburg nicht darüber unterrichtet worden ist, welche Schritte Berlin in Wien unternommen hatte. Bei der Begründung der allgemeinen Mobilmachung durch den Zaren zeigt sich, worauf ebenfalls schon früher hingewiesen worden ist, daß Sasonow den Zaren falsch unterrichtet hat, indem er die österreichische allgemeine Mobilmachung bei Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung bereits als erfolgt und geheime militärische Vorbereitungen Deutschlands als sicher hingestellt hatte. Auch die Zusammenziehung österreichischer Truppen in Galizien entsprach nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Abgesehen hiervon geht aus der Mitteilung des Zaren deutlich hervor, daß die bewaffnete Intervention Rußlands erfolgt war, um Österreich an der Durchführung seiner Aktion gegen Serbien zu hindern, nicht um Deutschland in einen Krieg hineinzuziehen.

Erst am 2. August kurz nach 3 Uhr nachmittags wurde das Telegramm mit der Antwort des Zaren von Buchanan an Grey aufgegeben und traf etwa nach vier Stunden im Foreign Office in London ein. Hatte sich schon bei der Audienz eine auffällige Verzögerung gezeigt, so erfolgte die Weiterleitung der Antwort des Zaren an den König von England nicht eben schnell. —

Am Schluß seines Berichts über die Unterredung mit dem Zaren hatte Buchanan dem König seine eigene Auffassung zur Lage noch folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: Wenn England dem Ruf des Zaren um Hilfe nicht nachkomme, werde es am Ende des Krieges ohne einen Freund in Europa dastehen, während das indische Reich vor den Angriffen Rußlands dann nicht mehr sicher sein werde. Schiebe England die Intervention hinaus, bis Frankreich in Gefahr sei, erdrückt zu werden, würden die dann zu bringenden Opfer viel größer sein, während England vielleicht . . . Hier bricht das Telegramm leider ab. Der Schluß war in London nicht mehr eingegangen[16]. Ob eine Rückfrage erfolgte, ist nicht bekannt. —

Das Telegramm des Königs von England an den Zaren, das sicherlich in dem ehrlichen Bestreben entstanden war, die Katastrophe im letzten Augenblick noch aufzuhalten, blieb in Petersburg praktisch ohne jede Wirkung. Daß das Telegramm des Königs den Gang der Ereignisse hätte beeinflussen können, wenn es vor der Übergabe der deutschen Kriegserklärung in Petersburg beim Zaren eingetroffen wäre, ist kaum anzunehmen, da eine Rückgängigmachung der Mobil-

machung zu diesem Zeitpunkt in Rußland wohl nicht mehr möglich war. Immerhin ist es auffallend, daß das Telegramm mit so erheblicher Verspätung in die Hand des Zaren gelangte und daß auch seine Antwort an den König so unverhältnismäßig spät zur Absendung kam. Auch hier dürfte etwas nicht ganz stimmen. Versuche, diese Fragen von englischer Seite aufzuklären, sind bisher nicht bekanntgeworden.

Nachdem Buchanan gegangen war, wurden noch Nikolaj Nikolajewitsch und Fredericks in Audienz empfangen. Erst um 12.30 Uhr nachts kam der Zar zu seiner gewohnten Teestunde. Er unterhielt sich hierbei mit dem noch anwesenden Großfürsten Dimitri Pawlowitsch, der später bei der Ermordung Rasputins eine Rolle spielte. Als man gerade beim Aufbruch war, es war mittlerweile 1.15 Uhr geworden, traf ein Telegramm Kaiser Wilhelms ein, das die letzte Mitteilung war, die der Kaiser an den Zaren richten sollte. Der Kaiser dankte zunächst für das Telegramm des Zaren und teilte mit, er habe gestern der russischen Regierung den Weg angegeben, auf dem allein der Krieg noch vermieden werden könne. Obwohl er um eine Antwort bis heute mittag gebeten hätte, habe er noch kein Telegramm seines Botschafters mit der Antwort der russischen Regierung erhalten. Er sei daher gezwungen, seine Armee mobil zu machen. Nur eine sofortige klare, unmißverständliche Antwort der russischen Regierung sei der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis der Kaiser diese Antwort erhalten habe, sehe er sich leider nicht in der Lage, auf den Gegenstand des Telegramms des Zaren einzugehen. Er müsse den Zaren ernstlich ersuchen, daß er unverzüglich seinen Truppen den Befehl gebe, unter keinen Umständen die geringste Verletzung der deutschen Grenze zu begehen.

Der Zar konnte sich dieses Telegramm, auf dessen Entstehung erst im nächsten Kapitel näher eingegangen werden soll, nicht erklären. Er verstand nicht, daß der Kaiser ihn ersuchte, die Grenze nicht zu überschreiten, was er ihm selbst zugesichert hatte, bevor Pourtalès die Kriegserklärung übergab. So beschränkte sich der Zar darauf, unter dem Telegramm zu vermerken, daß er es nach der Kriegserklärung erhalten habe, und bat den gerade in seinen Wagen steigenden Großfürsten Dimitri Pawlowitsch, das in einem Briefumschlag verschlossene Telegramm bei seiner Ankunft in Petersburg so schnell wie möglich Sasonow zu übergeben[17].

Nachdem Sasonow das ihm vom Zaren übersandte Telegramm des Kaisers erhalten hatte, rief er gegen 4 Uhr morgens Pourtalès an und teilte ihm den Inhalt mit. Sasonow war das Telegramm genau so unverständlich wie dem Zaren, und er bat daher den Botschafter um Aufklärung. Pourtalès konnte sich das Telegramm ebenfalls nicht erklären und meinte Sasonow gegenüber, das Kaisertelegramm sei vielleicht älter als das Telegramm, in dem er angewiesen worden war, die Kriegserklärung zu übergeben. So blieb der Sinn des Telegramms weiter in Dunkel gehüllt.

Um die Angelegenheit so schnell wie möglich klarzustellen, entschloß sich Pourtalès zu einer sofortigen Anfrage in Berlin und schickte den Entwurf eines Telegramms, das er en clair aufgeben wollte, mit einem Brief zunächst an Sasonow. Er bat darum, ihn wissen zu lassen, ob es die Lage richtig wiedergebe. Wenn er

das Telegramm für gut befinde, könne er es auch von seinem Ministerium aus direkt aufgeben lassen, sonst bäte er, ihm das Telegramm nach seiner Billigung wieder zurückzuschicken. Anscheinend hat Sasonow gegen das Telegramm, das um 5.50 Uhr morgens aufgegeben wurde, keine Einwendungen erhoben. In dem Telegramm, das den geschilderten Tatbestand enthielt, stellte Pourtalès der Wilhelmstraße anheim, die Antwort unmittelbar oder vielleicht durch Vermittlung des italienischen Botschafters zu erteilen, da er in drei Stunden über Stockholm abreisen würde[18].

Um 8 Uhr morgens trat Pourtalès mit dem Personal der deutschen Botschaft, den Konsuln, dem bayerischen Gesandten und etwa 80 deutschen Staatsangehörigen vom Finnländischen Bahnhof in Petersburg in einem Sonderzug die Reise über Schweden nach Deutschland an. Vom russischen Außenministerium war ein früherer Sekretär der russischen Botschaft in Berlin entsandt worden, der dem abreisenden Botschafter das Geleit zum Bahnhof gab. Die Abreise vollzog sich ohne Zwischenfall[19].

Wir verlassen damit Rußland und wenden uns zunächst den Vorgängen zu, wie sie sich am 1. August in Berlin zugetragen haben.

Kapitel 48

Deutschland macht mobil

Berlin, 1. August: Der Kaiser im Tiergarten — Vortrag des Kanzlers beim Kaiser über den Inhalt der Kriegserklärungen — Absendung der Kriegserklärung an Rußland — Versuch Falkenhayns und Moltkes, die Kriegserklärung an Rußland rückgängig zu machen — „Zu spät" — Plenarsitzung des Bundesrats — Unterredungen mit Goschen — Falkenhayn drängt auf Erlaß des Mobilmachungsbefehls — Im Schloß — Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls — Eintreffen des Lichnowsky-Telegramms — Anhalten der 16. Infanteriedivision — Bekanntgabe des Mobilmachungsbefehls — Frankreichs Antwort auf das Ultimatum — König Georg an Kaiser Wilhelm — Letztes Telegramm des Kaisers an den Zaren — Audienz Szögyénys beim Kaiser — Antworttelegramm Franz Josephs — Die Aufklärung des „Mißverständnisses" Lichnowskys — Antwort König Georgs — Nächtliche Audienz Moltkes— Nachtsitzung beim Reichskanzler.

Am Morgen des 1. August unternahm Kaiser Wilhelm seinen üblichen Ritt im Tiergarten. General von Moltke hielt dem Monarchen hierbei Vortrag über die Lage, wobei der Generalstabschef die bis dahin aus Rußland vorliegenden Nachrichten mitgeteilt haben dürfte. Als der Kaiser zufällig dem k. u. k. Legationsrat Graf Larisch begegnete, benutzte er die Gelegenheit, die Notwendigkeit hervorzuheben, daß Österreich-Ungarn sich unbedingt mit seiner Hauptmacht gegen Rußland wenden müsse, da die Truppenansammlungen an der russisch-österreichischen Grenze „Riesendimensionen" annähmen. Von der russischen allgemeinen Mobilmachung sei er vollkommen überrascht worden. Auch brachte der Kaiser seine bekannte Beschwerde über die Haltung Greys vor, der die königliche Versicherung, daß England nicht in einen Konflikt der vier Kontinentalmächte eingreifen würde, durch seine Erklärungen dem deutschen Botschafter gegenüber 24 Stunden später desavouiert habe[1].

Nach dem Ritt im Tiergarten ging Moltke zum Kanzler, dem er wohl über seinen soeben stattgefundenen Vortrag beim Kaiser Mitteilung gemacht und mit dem er auch die Frage der Mobilmachung und der Kriegserklärungen erneut besprochen haben dürfte.

Um 10 Uhr vormittags fuhr Bethmann Hollweg in Begleitung seines Adjutanten Major von Sell ins Schloß, um von dem Monarchen die Zustimmung zur Absendung einer Kriegserklärung an Rußland und Frankreich zu erbitten für den Fall, daß auf die nach Petersburg und Paris gerichteten Ultimaten eine zufriedenstellende Antwort nicht eingehen sollte. Um 12 Uhr mittags lief das russische, um 1 Uhr nachmittags das französische Ultimatum ab. Jedoch waren schon vorläufige Antworten eingegangen, die gewisse Rückschlüsse zuließen.

Pourtalès hatte gemeldet, daß er seinen Auftrag um Mitternacht ausgeführt und Sasonow ihn auf die technische Unmöglichkeit hingewiesen habe, die Kriegsmaßnahmen einzustellen. Auch hatte Pourtalès dem Wunsche Sasonows entsprechend mitgeteilt, daß nach dessen Ansicht die vom Zaren dem Kaiser gegen-

über auf Ehrenwort übernommene Verpflichtung Deutschland über die Absichten Rußlands beruhigen müsse. Auf seine direkte Frage, ob Sasonow garantieren könne, daß Rußland auch dann Frieden halten würde, wenn eine Einigung mit Österreich nicht zustande komme, habe ihm Sasonow jedoch eine zusagende Antwort nicht gegeben[2]. Auf Grund dieser Mitteilung des Botschafters bestand somit wenig Aussicht, daß Rußland einlenken würde.

Die vorläufige Mitteilung aus Paris besagte, daß der Botschafter um 7 Uhr abends die ultimative Anfrage gestellt und Viviani ihm erklärt habe, daß bei ihm noch keine Nachrichten über die allgemeine russische Mobilmachung, sondern nur von Vorsichtsmaßregeln eingegangen seien. Er wolle daher die Hoffnung noch nicht ganz aufgeben, daß das Äußerste vermieden werden könnte, und habe versprochen, eine Antwort auf die Frage der Neutralität bis spätestens heute 1 Uhr mittags (Pariser Zeit) abzugeben. Es war somit noch nicht ganz zu übersehen, welche Haltung Frankreich einnehmen würde, doch war mit dem Eingang der endgültigen Antwort auf das Ultimatum ebenfalls noch am frühen Nachmittag zu rechnen.

Nach Bekanntgabe dieser Mitteilungen aus Petersburg und Paris brachte der Kanzler beim Kaiser die in Aussicht genommenen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich mündlich zum Vortrag, und der Monarch stimmte dem Tenor der Kriegserklärungen zu[3]. Irgendwelche Schriftstücke, die auf die Kriegserklärungen unmittelbar Bezug hatten, wurden dem Monarchen weder vorgelegt noch von ihm unterzeichnet. Dies dürfte seinen Grund darin gehabt haben, daß der Entschluß, Kriegserklärungen zu übergeben, zu dieser Zeit als ein bedingter aufzufassen war und die Absendung der Kriegserklärungen in Form von Noten erfolgte, die nur den aus den Umständen sich ergebenden Kriegszustand feststellten.

Die Audienz, die etwa eine halbe Stunde in Anspruch genommen hatte, fand in dem kleinen Garten, der unter dem „Grünen Hut" am Wasser bei der Kurfürstenbrücke liegt, statt. Das Erscheinen des Kanzlers zum Vortrag beim Kaiser wurde von den Vorübergehenden bemerkt und führte zu einer kleinen Kundgebung, wobei sich der Monarch zu der huldigenden Menge immer wieder verneigte und grüßte. Wohl niemand ahnte, zu welch schwerwiegenden Entscheidungen der Kaiser in diesem Augenblick gezwungen war.

Nach der Verfassung war für Kriegserklärungen, wenn nicht Gefahr im Verzug lag, die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Da die Zeit drängte, wenn Pourtalès in die Lage versetzt werden sollte, die Kriegserklärung aus den bereits dargelegten Gründen noch am gleichen Tage um 5 Uhr nachmittags zu überreichen, konnte mit der Absendung des umfangreichen chiffrierten Telegramms mit dem Auftrag, Rußland den Krieg zu erklären, nicht gewartet werden, bis der Bundesrat, der erst für 1 Uhr mittags einberufen war, seine Zustimmung gegeben hatte. Wie sich später herausstellte, war die Zeit hierfür auch so schon zu knapp bemessen. Andererseits wäre ein Widerruf des Auftrags durch ein kurzes Telegramm en clair möglich gewesen, falls der Bundesrat unerwartet Bedenken gegen die Absendung der Kriegserklärung an Rußland vorgebracht hätte. So wurde das Telegramm an Pourtalès auf Verfügung des Reichskanzlers wenige Minuten vor 1 Uhr mittags beim Haupttelegraphenamt eingeliefert[4].

Falkenhayn, der an den Besprechungen im Reichskanzlerpalais am 31. abends nicht teilgenommen hatte, erfuhr wohl am frühen Vormittag des 1. August telephonisch durch Moltke, der gerade vom Kanzler gekommen sein dürfte, daß die Absicht bestehe, Kriegserklärungen ergehen zu lassen. Der Kriegsminister suchte daraufhin Moltke auf, und beide fuhren gemeinsam zur Reichskanzlei, um Bethmann Hollweg zu veranlassen, wenn möglich die Kriegserklärung an Rußland rückgängig zu machen. Bethmann Hollweg schien an sich nicht abgeneigt. Die beiden Generale gingen dann zu Jagow, um, wie es in dem Tagebuch Falkenhayns heißt, „die törichte vorzeitige Kriegserklärung an Rußland zu verhindern". Jagow erklärte jedoch, daß es hierfür „zu spät" sei, weil die Kriegserklärung bereits abgegangen wäre. Ob der Versuch gemacht worden ist, durch ein nachzusendendes Telegramm die Kriegserklärung noch aufzuhalten, ließ sich nicht mehr feststellen. Anscheinend war dies nicht der Fall*.

Die Absicht Moltkes und Falkenhayns, die Kriegserklärung an Rußland anzuhalten, dürfte jedoch auf die Zurückstellung der Absendung einer Kriegserklärung an Frankreich von Einfluß gewesen sein. Eine endgültige Entscheidung konnte hierüber jetzt auch aus dem Grunde noch nicht getroffen werden, weil die Frist zur Beantwortung des Ultimatums erst um 1 Uhr (Pariser Zeit) ablief und im übrigen die Zeit für eine Beantwortung des Eventualvorschlages (Übergabe von Toul und Verdun) um zwei Stunden verlängert worden war. Daß man andererseits weiterhin mit der Möglichkeit einer Kriegserklärung oder doch zum mindesten mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich gerechnet hat, dürfte daraus hervorgehen, daß noch am Abend Vorbereitungen für den Abtransport der Botschaft über Herbesthal nach Paris getroffen wurden[5].

* Zwehl: „Erich von Falkenhayn", Berlin 1926, S. 58. Die Mitteilung findet sich in dem Tagebuch des Generals von Falkenhayn als Nachtrag unter dem Datum des 1. August. Nach dem Krieg hatte Falkenhayn Bethmann Hollweg auf eine Anfrage hin mitgeteilt, dieser Vorgang habe sich nicht am 1., sondern am 2. August abgespielt. Der Verfasser hatte daraufhin nach Einsichtnahme in das Tagebuch ebenfalls die Ansicht vertreten, daß es sich offensichtlich um einen Nachtrag handelte und die Eintragung daher versehentlich unter dem Datum des 1. August anstatt unter dem 2. August stattgefunden habe. („Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese", S. 176.)

Da der Vorgang jedoch am 2. August nicht mehr verständlich ist und sich daher am 1. August abgespielt haben muß, hat der Verfasser sich erneut über die Eintragung Falkenhayns in seinem Tagebuch unterrichtet, und es wurde ihm mitgeteilt, daß Falkenhayn die fragliche Stelle über den Besuch bei Jagow später selbst mit Bleistift durchgestrichen und mit demselben Stift darangeschrieben hatte: „gehört zum 2. 8." Sowohl diese Bleistiftnotiz sowie die Striche des Durchstreichens sind dann später wieder ausradiert und daher nur noch schwach sichtbar.

Der Verfasser ist daher zu der Auffassung gekommen, daß Falkenhayn seine Ansicht, der Besuch bei Jagow habe am 2. und nicht am 1. August stattgefunden, später wieder geändert und deshalb die Bemerkung ausradiert hat.

Diese Auffassung teilt auch der Staatssekretär Zimmermann, mit dem der Verfasser über diese Frage eingehend gesprochen hat. Der äußere Vorgang des Besuches der beiden Generale beim Kanzler und beim Staatssekretär wird im übrigen auch durch eine Mitteilung in „Der Tag" vom 1. August 1914, Abendausgabe, bestätigt: „Später [nach der Audienz des Kanzlers beim Kaiser im Schloß am 1. August vormittags] fanden sich der Chef des Generalstabes von Moltke und der Kriegsminister General von Falkenhayn gemeinschaftlich im Auswärtigen Amt ein, von wo sie sich ins Reichskanzlerpalais begaben. Nach einiger Zeit verließen sie den Reichskanzler, um den Staatssekretär von Jagow aufzusuchen."

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand um 1 Uhr die Plenarsitzung des Bundesrats statt. Bethmann Hollweg ergriff sofort das Wort und entwickelte klar, ernst und überzeugend die Grundlinien der deutschen Politik. Der Kanzler begann seinen Vortrag mit den Worten, daß „wider unseren Willen und gegen alle unsere Bemühungen" über den Frieden Europas und Deutschlands eine Krise hereinbreche, wie sie so schwer noch nicht dagewesen sei. Hierauf ging der Kanzler kurz auf das Attentat in Sarajevo ein und sagte, es sei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht Österreich-Ungarns, gegen die großserbische Bewegung einzuschreiten. Deutschland habe ein eigenes Interesse daran, daß die österreichisch-ungarische Monarchie stark erhalten bleibe. Würde der österreichische Staat vernichtet, so würde auch an die Wurzeln des Deutschen Reiches gegriffen. Was Österreich in dieser Angelegenheit zu tun habe, sei seine, nicht Deutschlands Sache; aber man habe Österreich gesagt, es sei selbstverständlich, daß, wenn der Bündnisfall eintrete, Deutschland treu an Österreichs Seite stehen würde. Der Kanzler charakterisierte hierauf die serbische Antwortnote und hob die Bestrebungen Deutschlands hervor, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Bei allen Kabinetten habe man hierfür Zustimmung gefunden außer bei Rußland, dem es unmöglich erschienen sei, Serbien und Österreich ihren Konflikt allein ausfechten zu lassen. So habe sich die Lage zugespitzt, obgleich England bereit gewesen sei, zu vermitteln, damit aus dem österreichisch-serbischen Konflikt sich nicht ein österreichisch-russischer entwickele.

Weiter legte der Kanzler dar, daß Rußland einerseits geheime militärische Vorbereitungen getroffen habe, die sich zunächst, wie Bethmann meinte, nur gegen Österreich gerichtet hätten, und auf der anderen Seite gleichzeitig durch ein Telegramm des Zaren an den Kaiser um eine deutsche Vermittlung in Wien gebeten habe. Der Zar habe darauf hingewiesen, Österreich-Ungarn solle nicht zu weitgehende Forderungen stellen, worauf sich der Kaiser, obwohl Deutschland immer die Auffassung gehabt hätte, der Konflikt zwischen Österreich und Serbien gehe nur diese beiden Staaten an, sofort bereit erklärte, die Vermittlerrolle zu übernehmen, um den europäischen Frieden zu wahren. Der deutsche Vermittlungsvorschlag sei dahin gegangen, Österreich solle in Petersburg nochmals feierlich erklären, daß es Serbiens Integrität nicht berühren würde und der Zweck seines militärischen Eingreifens nur die Schaffung eines Faustpfandes durch Okkupation serbischer Gebietsteile sein sollte, um die Erfüllung seiner Forderungen sicherzustellen. In ähnlichen Bahnen habe sich der englische Vermittlungsvorschlag bewegt. Der Kanzler schilderte dann weiter, wie während dieser Verhandlungen am 30. Juli die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn erfolgte, wie ungeheuer dadurch die deutsche Vermittlungsaktion erschwert worden sei, daß man aber trotzdem die Vermittlung fortgesetzt habe. Gestern hätte die Entscheidung fallen sollen, ob Wien sich im Sinne des deutschen oder des englischen Vorschlages an Rußland wenden würde. Auf die getroffene Entscheidung selbst, die Ablehnung der Vorschläge durch Österreich, ging der Kanzler jedoch nicht ein. Doch hob Bethmann Hollweg hervor, daß Österreich auf die deutsche Veranlassung hin die direkten Verhandlungen mit Rußland wiederaufgenommen hatte. Deutschland sei bei den Ratschlägen, die

es Österreich gegeben habe, bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was man einer verbündeten Großmacht hätte zumuten können. In diesem Augenblick habe Rußland seine gesamte Streitmacht zu Wasser und zu Lande mobil gemacht, obgleich es zwei Tage zuvor noch die feierliche Versicherung abgegeben habe, daß gegen Deutschland keinerlei Maßnahmen getroffen würden.

Die allgemeine Mobilmachung könne nur als ein gegen Deutschland gerichteter feindlicher Akt aufgefaßt werden, und sie führe eine Situation herbei, aus der Deutschland, wenn es seine Ehre und Sicherheit nicht preisgeben wolle, nur durch die Tat herauskommen könne. Die Mobilmachung während der deutschen Vermittlungstätigkeit sei eine Provokation. Wenn Rußland auch versuche, die Sache so darzustellen, als ob in der Mobilmachung keine feindliche Handlung gegen Deutschland zu erblicken sei, so hieße es sich an der Sicherheit Deutschlands versündigen, wenn man sich dieser Auffassung anschließen wollte.

Der Kanzler wies nunmehr auf die Gefahr hin, die ein längeres Untätigbleiben Deutschlands zur Folge gehabt hätte, weswegen Deutschland sich verpflichtet gefühlt habe, an Rußland ein Ultimatum zu richten, seine Mobilmachung einzustellen, und an Frankreich die Frage ergehen zu lassen, wie es sich in einem deutsch-russischen Kriege verhalten würde. Die Antwort aus Rußland sei heute um 12 Uhr fällig gewesen, er wisse aber noch nicht, wie sie laute. Die französische Antwort sei um 1 Uhr fällig. Wenn man auch den genauen Wortlaut des Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Rußland nicht kenne, so müsse man doch befürchten, daß Frankreich aktiv auf die Seite Rußlands treten würde.

Wenn die russische Antwort ungenügend ausfalle und von Frankreich nicht eine absolut einwandfreie Neutralitätserklärung eingehe, so werde der Kaiser der russischen Regierung erklären lassen, er müsse sich in einem von Rußland provozierten Kriegszustande betrachten, und an Frankreich werde erklärt werden, daß Deutschland annehmen müsse, daß es sich auch mit Frankreich im Kriegszustand befinde, da man mit Rußland im Kriege lebe und Frankreich seine Neutralität nicht garantiere.

Der Kanzler fügte hinzu, er müsse diese Erklärungen hier noch als „bedingt" aussprechen, da er nicht wisse, wie die Antworten lauten würden. Er wolle aber dem Bundesrat diese Darlegungen schon jetzt machen, um keine Zeit mehr zu verlieren.

Deutschland könne die von Rußland ausgegangene Provokation nicht ertragen, wenn es nicht als Großmacht in Europa abdanken wolle, und man müsse dabei die Konsequenzen aus dem Bündnis zwischen Rußland und Frankreich ziehen.

Der Kanzler erklärte dann, er könne mit gutem und reinem Gewissen die Zustimmung zu seinen Maßnahmen erbitten. Da Deutschland den Krieg nicht herbeigeführt habe, sondern ihn abwenden wollte, vertraue es auf Gottes Hilfe und werde mutig und entschlossen in den Kampf ziehen, den es um die Ehre, Freiheit und Stärke des Deutschen Reiches führen müsse.

Das tiefe Pflichtbewußtsein, das den Kanzler bei seinen Worten beseelte, gab allen die Beruhigung, daß Deutschland das Seinige zur Erhaltung des Friedens getan habe und daß die deutsche Sache eine gerechte sei. So wurde die Zustim-

mung einstimmig erteilt, „daß, falls von Rußland und Frankreich genügende Erklärungen nicht abgegeben werden sollten, S. M. der Kaiser diesen beiden Mächten erklären lasse, sie hätten den Kriegszustand mit dem Deutschen Reiche herbeigeführt". Der Kanzler bestätigte hierauf, daß seine Darlegungen die allgemeine Zustimmung der hohen verbündeten Regierungen gefunden hatten und schloß mit den Worten: „Wenn nun die eisernen Würfel rollen, wolle Gott uns helfen[6]."

Nach der Abstimmung entfernte sich der Kanzler, und der Minister Delbrück übernahm den Vorsitz für die weiteren Verhandlungen. Es wurden noch eine Reihe Gesetze beraten und eine Kriegsanleihe von 5 Milliarden bewilligt[7].

Als der Kanzler die Bundesratssitzung verließ, nahm Tirpitz noch einmal Gelegenheit, Bethmann Hollweg zu fragen, weshalb die Kriegserklärung an Rußland mit der Mobilmachung zusammenfallen müßte. Der Reichskanzler antwortete hierauf, dies sei nötig, weil die Armee gleich Truppen über die Grenze schicken wollte. Die Antwort befremdete Tirpitz, weil er annahm, daß es sich hierbei doch höchstens um Patrouillen handeln könnte. Da der Kanzler überreizt war, fand eine weitere Aussprache hierüber jedoch nicht statt. Wahrscheinlich hatte Bethmann Hollweg hierbei jedoch nicht nur das Hinüberschicken von Patrouillen im Auge, sondern er war wohl davon unterrichtet, daß bei Ausspruch der Mobilmachung sofort eine Division von Trier nach Luxemburg geschickt werden sollte[8].

Der britische Botschafter wollte nachmittags Jagow aufsuchen, traf aber zunächst nur Zimmermann an. Der Unterstaatssekretär sprach mit ihm über den letzten Vorschlag, wonach die vier Mächte Österreich anbieten sollten, ihm volle Genugtuung zu verschaffen, falls die serbische Souveränität und Integrität nicht beeinträchtigt würde*. Zimmermann erklärte Goschen, es sei unmöglich, hierauf Bescheid zu geben, bevor die Antwort Rußlands auf das deutsche Ultimatum eingegangen sei. Im weiteren Verlauf der Unterredung gab Zimmermann seinem Unmut über die ganze Sache lebhaften Ausdruck. Er bedauerte, daß Deutschland, Frankreich und vielleicht England hineingezogen würden, „von denen keines auch nur im geringsten den Krieg wolle", und meinte, dies käme von dem „verd . . . Bündnissystem, das der Fluch der neuen Zeit wäre". Hierauf kam das Gespräch auf die belgische Frage, und Zimmermann erklärte, Deutschland werde sein Bestes tun, eine Verletzung der Neutralität des Königreichs zu vermeiden; er sei sich aber nicht klar, ob Belgien nicht schon einen Neutralitätsbruch begangen habe, indem es für Deutschland bestimmtes Getreide zurückhalte. Auf die Frage Goschens, ob Zimmermann ganz sicher sei, daß Rußland seine gesamten Land- und Seestreitkräfte mobilisiert habe, erwiderte Zimmermann, daß diese Mitteilung sowohl von Pourtalès wie von dem deutschen Militärbevollmächtigten vorliege; auch habe man es aus Stockholm und schließlich von Sasonow selbst gehört. Goschen stellte ferner die Frage, ob der Zar von den Vermittlungsbemühungen des Kaisers auch in Kenntnis gesetzt worden sei, da er dies habe bestreiten hören. Zimmermann erwiderte hierauf, daß der Zar dem Kaiser auf

* Brit. Dok. Nr. 340. Die Auffassung der Herausgeber der britischen Dokumente, daß hier wahrscheinlich der in Brit. Dok. Nr. 411 wiedergegebene Vorschlag Greys gemeint sei, ist nach Ansicht des Verfassers nicht zutreffend. Vgl. Brit. Dok. Nr. 510 S. 434.

seine Mitteilung, er wirke auf Wien ein, selbst telegraphisch geantwortet habe. Trotz der entschiedenen Antworten Zimmermanns hatte Goschen über diese Punkte aber doch noch immer Zweifel.

Goschen suchte hierauf auch Szögyény auf, wo er zufällig hörte, daß die deutsche allgemeine Mobilmachung verfügt worden sei. Über die Vorgänge berichtete Goschen am Abend in einem langen Privatbrief an Nicolson, wobei der Botschafter „alles ganz schrecklich" fand und seinen Brief mit der Bemerkung schloß, daß seine gesamte Dienerschaft wohl gehen müsse und ihm nur sein englischer Kammerdiener und ein Schweizer Aide-cuisinier verbleibe. Niemand wird dieser Tragik teilnahmslos gegenüberstehen können, daß in dem Augenblick, wo die Welt in Flammen aufging, der britische Botschafter sich mit einem Hilfskoch begnügen mußte.

Auch der belgische Gesandte Baron Beyens zweifelte noch am 1. an der Gesamtmobilmachung in Rußland und stellte in seinen recht spitzfindigen Berichten die Lage so dar, als ob Deutschland absichtlich auf den Krieg hinsteuere[9].

Kurz nach seinem Besuch bei Szögyény gelang es Goschen doch noch, von Jagow empfangen zu werden. Dabei beschwerte sich der Botschafter, einem Auftrag Greys entsprechend, darüber, daß englische Schiffe im Hamburger Hafen zurückgehalten worden seien. Jagow ging auf diese Beschwerde Goschens bereitwilligst ein und veranlaßte, daß die wegen Minenlegens festgehaltenen Schiffe noch in der Nacht auslaufen konnten.

Ferner machte Goschen Jagow davon Mitteilung, daß Sasonow Grey eine Formel mitgeteilt habe, die nicht mehr Anlaß zu den Einwänden gebe, wie sie ursprünglich vorgelegen hätten. Grey glaube daher immer noch, daß es möglich sei, den Frieden zu erhalten, wenn etwas Zeitaufschub gewonnen werden könnte, bevor eine der Großmächte den Krieg beginne. Die britische Regierung enthalte sich sorgfältig jeden Schrittes, der die Dinge überstürzen könnte, und er hoffe, die deutsche Regierung werde imstande sein, die obenerwähnten russischen Mitteilungen zur Entspannung der Lage zu verwerten. Die Sache sollte nicht hoffnungslos sein, solange Rußland und Österreich zu Besprechungen bereit wären[10]. Goschen versuchte eingehend darzulegen, Deutschland sei bloß als Verbündeter Österreichs in den Streit hineingezogen worden, es erscheine daher logisch, wenn es sich jetzt zurückhalte und „fortfahre", für eine friedliche Beilegung zu wirken. Jagow erwiderte, die österreichische Bereitwilligkeit zu Verhandlungen sei das Ergebnis des deutschen Einflusses gewesen. Wenn Rußland nicht gegen Deutschland mobilisiert hätte, würde alles gut gewesen sein, so sei Deutschland aber veranlaßt worden, selbst zu mobilisieren. Wenn Rußland auch erkläre, daß seine Mobilmachung nicht notwendigerweise zum Kriege führen müsse, so sei dies bei Deutschland nicht der Fall. Deutschland habe die Schnelligkeit, Rußland die Zahl für sich; die Sicherheit des Deutschen Reiches verbiete es, Rußland Zeit zu lassen, seine Truppenmassen heranzubringen. Ferner gab Jagow Goschen bekannt, da Rußland keine Antwort geschickt habe, sei die deutsche Mobilmachung angeordnet und der Botschafter in Petersburg angewiesen worden, der russischen Regierung bekanntzugeben, daß die Reichsregierung die Verweigerung einer Antwort als Herbeiführung des Kriegszustandes betrachten müsse[11].

Da bis 4 Uhr nachmittags auf das deutsche Ultimatum an Rußland noch keine Antwort aus Petersburg eingelaufen war, andererseits Bethmann Hollweg noch nichts veranlaßt hatte, um vom Kaiser den Mobilmachungsbefehl zu erhalten, riß Falkenhayn die Geduld. Er fuhr zum Reichskanzler, um diesen zu veranlassen, mit ihm zum Kaiser zu gehen und den Erlaß des Mobilmachungsbefehls zu erbitten. Nach längerem Sträuben sagte Bethmann Hollweg zu, und Moltke sowie Tirpitz wurden hiervon telephonisch verständigt. Währenddessen rief der Kaiser selbst an und befahl, mit dem Mobilmachungsbefehl zu ihm zu kommen[12].

Die Meldungen aus Rußland gaben noch kein vollkommen klares Bild von der militärischen Lage; doch zeigte sich überall eine besondere Regsamkeit. Mitteilungen aus Frankreich besagten, daß der Befehl zum Einnehmen der Grenzschutzstellungen anscheinend am 31. Juli abends erlassen worden sei. Auch in England wiesen die vorliegenden Meldungen auf eine lebhafte Tätigkeit sowohl in den Lagern wie bei der Flotte hin.

Gegen 5 Uhr nachmittags trafen Bethmann Hollweg, Moltke und Falkenhayn im Schloß ein und wurden vom Kaiser in Gegenwart des Generaladjutanten von Plessen im Adjutantensaal empfangen. Tirpitz kam infolge einer Verkehrsstörung etwas später. Auch Jagow und der Chef des Zivilkabinetts von Valentini sowie die Chefs des Militär- und Marinekabinetts trafen erst während der Besprechungen ein.

Die Lage war kurz folgende: Eine Antwort aus Rußland war noch nicht eingetroffen. Es mußte daher angenommen werden, daß der Botschafter um 5 Uhr die Kriegserklärung übergeben würde. Somit war der Zeitpunkt eingetreten, wo die Mobilmachung, die nach Ansicht des Kanzlers aus den bekannten Gründen mit der Kriegserklärung zusammenfallen sollte, in Kraft gesetzt werden mußte.

Der Kaiser unterzeichnete daher, es war etwa um 5 Uhr nachmittags, den Mobilmachungsbefehl, der ihm auf dem Schreibtisch vorgelegt wurde, der aus dem Holz von Nelsons „Victory“ verfertigt war. Der erste Mobilmachungstag war Sonntag, der 2. August.

Im Anschluß an die Unterzeichnung des Mobilmachungebefehls fand eine Aussprache darüber statt, ob auch ohne Annahme der Kriegserklärung durch die russische Regierung deutscherseits die Feindseligkeiten eröffnet werden sollten. Tirpitz war hierbei der Auffassung, daß die Feindseligkeiten gegenüber Rußland doch nur in einigen „Rauch- und Scheinmanövern“ bestehen könnten, da der Aufmarsch nach Westen erfolge. Moltke hingegen drang darauf, daß auch die Marine sofort vorgehen sollte, wobei der Generalstabschef die Aktion im Auge gehabt hat, die bei Beginn des Krieges von zwei Kreuzern gegen Libau unternommen werden sollte. Auf die Frage von Tirpitz, ob deutscherseits auch Truppen über die Grenze, womit nur die russische Grenze gemeint sein konnte, gehen würden, erklärte Moltke, dies würde erst in einigen Tagen geschehen. Hierauf meinte Tirpitz, dann wäre doch eine Kriegserklärung nicht nötig, und wenn keine klare Situation mit Rußland über den Kriegszustand vorliege, erscheine ihm ein etwaiges Bombardement von Libau nicht zweckmäßig, da Deutschland dann als der Angreifer dastehen würde. Der Kaiser stimmte der Auffassung von Tirpitz trotz des Einspruchs von Moltke zu. Die Frage wurde jedoch nicht zum Abschluß

gebracht, da Jagow, der inzwischen eingetroffen war, mitteilte, es sei eine sehr wichtige Depesche aus England eingegangen, die in kurzem dechiffriert und hiersein müsse.

Hierauf verließen Moltke und Falkenhayn mit dem vollzogenen Befehl für die Mobilmachung das Schloß, während Tirpitz vorschlug, die englische Depesche abzuwarten. Inzwischen waren auch die Chefs des Militär- und Marinekabinetts, General von Lyncker und Admiral von Müller, eingetroffen, die der Auffassung von Tirpitz, das Telegramm aus London abzuwarten, zustimmten[13].

Wenige Minuten nachdem Moltke und Falkenhayn das Schloß verlassen hatten, traf die von Jagow angekündigte Depesche ein. Das Telegramm war gegen 4.30 Uhr im Auswärtigen Amt eingegangen und hatte zunächst dem Unterstaatssekretär Zimmermann vorgelegen*.

In dem Telegramm hatte Lichnowsky mitgeteilt, Grey hätte ihm soeben durch Sir William Tyrrell sagen lassen, er hoffe, ihm als Ergebnis einer soeben stattfindenden Ministerberatung Mitteilungen machen zu können, die die große Katastrophe vielleicht verhindern könnten. Nach Andeutungen Sir Williams scheine damit gemeint zu sein, daß England neutral bleiben und auch die Neutralität Frankreichs verbürgen würde, wenn Deutschland Frankreich nicht angreife.

Grey habe ihn dann selbst angerufen und gefragt, ob er glaube, daß Deutschland, falls Frankreich neutral bleibe, in einem Krieg mit Rußland die Franzosen nicht angreifen würde. Er, Lichnowsky, habe daraufhin erklärt, die Verantwortung hierfür übernehmen zu können, und Grey habe diese Erklärung in der heutigen Kabinettssitzung verwerten wollen. Tyrrell habe ihn noch dringend gebeten, dahin zu wirken, daß die deutschen Truppen nicht die französische Grenze verletzten, da davon alles abhänge. Auch habe er darauf hingewiesen, daß bei einer vorgekommenen Überschreitung der Grenze die französischen Truppen zurückgewichen seien[14].

Als diese Depesche im Schloß bekannt wurde, rief sie sowohl beim Kaiser wie beim Reichskanzler ein nicht geringes Erstaunen und große Freude hervor. Besonders der Kaiser knüpfte an diese Depesche weitgehende Erwartungen. Er sah darin den Erfolg seiner festen Haltung und glaubte schon, daß die Entente gesprengt sei[15]. Kriegsminister und Generalstabschef wurden sofort telephonisch ins Schloß zurückberufen. Der Kaiser wollte in Übereinstimmung mit dem Kanzler nun den Aufmarsch gegen Frankreich fallenlassen und mit der ganzen Armee nach Osten aufmarschieren. Diesem Vorschlag, den Aufmarschplan völlig umzustoßen, setzte jedoch der Generalstabschef einen energischen Widerstand entgegen. Moltke hielt den ganzen Vorschlag Greys für eine Finte und erklärte, wenn der Kaiser auf dieser Änderung des Aufmarsches bestehe, würde man nicht mehr ein schlagfertiges Heer, sondern einen wüsten Haufen ungeordneter bewaffneter Menschen ohne Verpflegung haben[16]. Der Einwand war insofern rich-

* Meine ursprüngliche Annahme, daß die Lichnowsky-Depesche von dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Wahnschaffe, dem General von Falkenhayn ins Kriegsministerium gebracht worden sei, hat sich inzwischen als Irrtum herausgestellt. Vgl. Wegerer: „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese", S. 178.

tig, als der Generalstab die entsprechenden Vorbereitungen, insbesondere die Ausarbeitung der Fahrpläne für einen Ostaufmarsch, seit 1911 nicht mehr getroffen hatte. Es mag sein, daß dies dem Kaiser im Augenblick nicht gegenwärtig war. Außerdem seien, wie Moltke weiter bemerkte, schon deutsche Patrouillen in Luxemburg eingerückt, und die Division aus Trier würde sofort nachfolgen[17]. Ferner wies Moltke vergeblich auf die seiner Ansicht nach schon im Gange befindliche französische Mobilmachung hin*. Bethmann Hollweg dagegen erklärte, er könne die politische Verantwortung nicht übernehmen, wenn der Aufmarsch gegen Frankreich durchgeführt würde. Die Entscheidung lag nun beim Kaiser, der jetzt durch den General von Plessen die telephonische Verbindung mit Trier herstellen ließ und auf seiner Forderung bestand. Unter anderem sagte der Kaiser dabei sehr ungehalten zu Moltke: „Ihr Onkel würde mir eine andere Antwort gegeben haben!"

Moltke hatte das Gefühl, daß er mit seiner Auffassung ziemlich allein stand, da er von Falkenhayn in dieser Beziehung nur schwach unterstützt wurde. Als sich die Heftigkeit der Auseinandersetzung etwas gelegt hatte, griff Tirpitz vermittelnd ein und unterstützte den Kaiser und den Kanzler, indem er sagte, man könne den Vorschlag Greys nicht einfach ablehnen, gleichgültig, ob er Bluff sei oder nicht, weil bei einer etwaigen Veröffentlichung der Depesche Deutschland in der flagrantesten Weise ins Unrecht gesetzt würde. Dem stimmte der Kaiser zu. Falkenhayn benutzte die Gelegenheit, den Kaiser um die Erlaubnis zu bitten, die Frage mit Moltke einmal allein besprechen zu dürfen.

Nach der Rücksprache mit Falkenhayn erklärte Moltke dem Kaiser jedoch von neuem, daß der Aufmarsch mit starken Kräften gegen Frankreich planmäßig auslaufen müßte, wenn nicht eine unheilvolle Verwirrung entstehen solle. Nach vollendetem Aufmarsch werde es aber möglich sein, Teile des Heeres nach dem Osten zu überführen. An dem Aufmarsch selbst dürfe jedoch nichts geändert werden, sonst könne er die Verantwortung nicht übernehmen. Moltke hielt also im Prinzip an seiner durchaus richtigen Auffassung fest, wenn er auch in bezug auf die Verwendung der Truppen den nicht minder richtigen Wünschen des Kaisers später entsprechen zu können glaubte. Unter lebhaftem Widerstand des Generalstabschefs wurde noch beschlossen, die Kriegserklärung an Frankreich sowie alle kriegerischen Handlungen im Westen bis zum 3. August aufzuschieben.

Nach dieser erregten Debatte wurde im Einverständnis mit dem Kaiser vom Reichskanzler mit Jagow, Moltke und Falkenhayn zusammen ein Telegramm an Lichnowsky folgenden Inhalts aufgesetzt[18]: Deutschland sei bereit, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England sich mit seiner gesamten Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürge. Die Neutralität müsse bis zum völligen Austrag dieses Konflikts garantiert werden, und Deutschland habe darüber allein zu entscheiden, wann der Austrag erfolgt sei. Die deutsche Mobilmachung sei heute infolge der russischen Herausforderung noch vor Eintreffen des Telegramms aus London erfolgt, und infolgedessen sei auch der Aufmarsch an der französischen Grenze nicht mehr zu ändern gewesen. Deutschland verbürge sich aber dafür, die französische Grenze bis Mon-

* Näheres hierüber in den folgenden Kapiteln.

tag, den 3. August, 7 Uhr abends, nicht zu überschreiten, falls bis dahin die Zusage Englands erfolgt sei[19]. Ein Vorschlag Moltkes, auch in dem Telegramm an Lichnowsky als Garantie für die Neutralität Frankreichs die zeitweilige Überlassung der französischen Festungen Toul und Verdun zu verlangen, wurde abgelehnt, da dies als ein Mißtrauensvotum gegen England aufgefaßt werden könnte[20].

Auf Vorschlag von Tirpitz wurde dann noch von ihm und dem Admiral von Müller ein persönliches Telegramm Kaiser Wilhelms an den König von England aufgesetzt. Diese Depesche, die im Ton sehr herzlich gehalten war, besagte folgendes[21]: Kaiser Wilhelm habe soeben von der britischen Regierung die Mitteilung erhalten, wonach die französische Neutralität unter der Garantie Großbritanniens angeboten würde. Dem Anerbieten sei die Frage hinzugefügt worden, ob Deutschland unter diesen Bedingungen von einem Angriff auf Frankreich absehen würde. Aus technischen Gründen müsse die bereits heute nachmittag angeordnete Mobilmachung nach Osten und Westen vor sich gehen. Ein Gegenbefehl könne nicht mehr gegeben werden, weil das Telegramm so spät eingetroffen sei. Wenn aber Frankreich seine Neutralität anbiete, die durch die britische Flotte und Armee garantiert werden müsse, werde der Kaiser natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und seine Truppen anderweitig verwenden. Er hoffe, daß Frankreich nicht nervös werde. Die deutschen Truppen an der Grenze würden soeben davon abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.

Nachdem die Depeschen verlesen waren, kam es zu einem erneuten Zusammenstoß zwischen dem Kaiser und dem Generalstabschef über die Besetzung der luxemburgischen Bahnen, die unter deutscher Verwaltung standen. Nach dem Mobilmachungsplan sollte die in Trier in Garnison stehende 16. Infanteriedivision schon am 1. Mobilmachungstag in Luxemburg einrücken, um den Betrieb der Bahnen für deutsche Truppenbewegungen sicherzustellen. Bethmann Hollweg erklärte, daß der Einmarsch unterlassen werden müßte, da die Besetzung Luxemburgs eine Bedrohung Frankreichs darstelle und das Angebot der englischen Garantie illusorisch machen würde. Moltke dagegen forderte die Freigabe dieser Maßnahme im Interesse der Sicherheit des deutschen Aufmarsches. Die Bahnlinien, die er notwendig brauchte, müßten gegen einen Handstreich von seiten Frankreichs gesichert werden. Der Kaiser schloß sich der Auffassung Bethmanns an und befahl, während Moltke danebenstand, persönlich dem Flügeladjutanten vom Dienst, sofort der 16. Infanteriedivision nach Trier den Befehl zu geben, nicht in Luxemburg einzumarschieren. Vergebens versuchte Moltke, den Kaiser davon zu überzeugen, daß Deutschland die luxemburgischen Bahnen für den Aufmarsch der Armee brauchte und sie sichern müßte; er wurde jedoch mit der Bemerkung abgefertigt, er möchte statt ihrer andere Bahnen benutzen. So blieb es bei dem vom Kaiser gegebenen Befehl, den Molkte anscheinend dann selbst nach Trier gegeben hat. Moltke war gänzlich niedergeschlagen, weil die Entscheidung ihm zeigte, daß der Kaiser immer noch auf Frieden hoffte, während er selbst das Reich in größter Gefahr sah. Falkenhayn versuchte Moltke über die Verstimmung hinwegzubringen, indem er die Beweggründe des Kaisers hervorhob, der doch nur den Frieden erhalten wollte und den das menschliche Denken ehre.

Die beiden Depeschen nach London gelangten noch am Abend zur Absendung. Auch Schoen wurde danach von dem englischen Vorschlag in Kenntnis gesetzt und gebeten, dafür zu sorgen, daß die Franzosen zunächst ruhig blieben. Trotz der Mobilmachung sei vorerst deutscherseits kein feindlicher Akt gegen Frankreich beabsichtigt. Ferner wurden Wien und Rom entsprechend benachrichtigt.

Kurz nach 6 Uhr abends war im Auswärtigen Amt noch eine weitere Mitteilung Lichnowskys eingegangen, wonach Grey dem Botschafter heute nachmittag Vorschläge für die Neutralität Englands machen würde, selbst für den Fall, daß Deutschland mit Rußland und mit Frankreich Krieg hätte. Er sehe Grey um 3.30 Uhr und werde dann sofort berichten. Auch dieses Telegramm wurde ins Schloß gebracht und lag dem Kaiser kurz nach 8 Uhr vor[22].

Sowohl das vorhergehende wie auch dieses Telegramm Lichnowskys wurde auf Veranlassung des Kaisers nach Rom weitergegeben, da nach Ansicht des Kaisers Italien im Dreibund solange nur zach mitgehen würde, als es Angst vor Englands Gegnerschaft habe[23].

Nach den aufregenden Szenen im Schloß war Moltke nach Hause gefahren, wo er nervlich zusammenbrach. Wenn man diesen Nervenzusammenbruch wohl im wesentlichen auf die Erregungen des Tages zurückführen muß, so wird man auch nicht übersehen dürfen, daß hierbei der durch die anstrengenden Badekuren geschwächte Gesundheitszustand des Generalstabschefs stark mitgesprochen hat.

Gegen 5.30 Uhr war Falkenhayn, vom Schloß kommend, im Kriegsministerium eingetroffen und hatte dem Chef der Armeeabteilung, Oberstleutnant von Wrisberg, der die Bekanntgabe der Mobilmachung in der Armee durchzuführen hatte, in Gegenwart der Departementsdirektoren und Abteilungschefs sowie der Offiziere der Armeeabteilung den Mobilmachungsbefehl übergeben. Mit bewegter Stimme hatte er seinen wenigen Worten hinzugefügt: „Gott schütze und erhalte das deutsche Heer!“

Nach kurzer Zeit fuhr Major von Hahnke mit einem Packen von Telegrammen nach dem Haupttelegraphenamt, von wo die Befehle gegen 6 Uhr abends in alle Teile des Reichs aufgegeben wurden. Etwa zur gleichen Zeit wurde der Mobilmachungsbefehl durch Extrablätter in den Straßen Berlins bekanntgegeben.

Die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung wurde auch deutscherseits den fremden Regierungen nicht notifiziert, sondern die Botschafter und Gesandten erfuhren die allgemeine Mobilmachung durch die Extrablätter. Nur dem englischen Militärattaché ist die deutsche Mobilmachung offiziell mitgeteilt worden. Sowohl Swerbejew wie Goschen und Cambon gaben noch am Abend kurze Meldungen an ihre Regierungen auf. Tschirschky erhielt die Mitteilung erst am Morgen des 2. August[24].

Kurz nach Ausgabe des Mobilmachungsbefehls ging in der Wilhelmstraße von Schoen die Antwort der französischen Regierung über den ultimativen Schritt am Quai d'Orsay ein. Viviani hatte dem deutschen Botschafter auf seine Frage, ob Frankreich bei einem russisch-deutschen Kriege neutral bleibe, zögernd erklärt: Frankreich werde das tun, was seine Interessen ge-

böten. Die Unbestimmtheit dieser Erklärung habe der Ministerpräsident damit begründet, daß er seit gestern die Lage als verändert ansehe. Es sei dem Quai d'Orsay amtlich mitgeteilt worden, daß der Vorschlag Greys, allseitig kriegerische Vorbereitungen einzustellen, von Rußland im Prinzip angenommen worden sei, und daß Österreich-Ungarn erklärt habe, es werde das Territorium Serbiens und seine Souveränität nicht antasten. Viviani dürfte zu dieser Erklärung auf Grund des Vorschlages von Grey gekommen sein, wonach die vier nicht interessierten Mächte Österreich-Ungarn unter den bekannten Bedingungen Genugtuung verschaffen wollten, in Verbindung mit der auf Wunsch Greys abgeänderten Formel Sasonows. Über diesen Vorschlag Greys war der Kaiser noch nicht unterrichtet worden, was aus der Bemerkung des Monarchen hervorgeht, er wisse von nichts und habe keinen Vorschlag erhalten[25].

Fast zur gleichen Zeit, als das Telegramm des Kaisers an den König von England abging, das der Kaiser bei der Beratung im Schloß verfaßt hatte, traf die Antwort König Georgs auf das gestrige Telegramm des Kaisers ein, in dem er den König von der Anordnung der russischen Mobilmachung in Kenntnis gesetzt hatte[26]. König Georg teilte in diesem Telegramm mit, daß er diese Nacht ein dringendes Telegramm an den Zaren gesandt und ihm seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, alles zu tun, um die Wiederaufnahme der Besprechungen zwischen den Mächten zu fördern[27].

Über das Schicksal dieses Telegramms an den Zaren hat uns bereits das vorige Kapitel unterrichtet.

Schon am frühen Nachmittag war die Antwort des Zaren auf das Telegramm eingegangen, in dem sich der Kaiser über die Anordnung der russischen Mobilmachung gegenüber der deutschen Ostgrenze beschwert, vorbeugende Verteidigungsmaßnahmen angekündigt und an die traditionelle Freundschaft mit dem Zaren appelliert hatte. Darauf hatte der Zar geantwortet, er verstehe, daß der Kaiser gezwungen sei, mobil zu machen, wünsche aber von ihm die gleiche Garantie zu erhalten, die er ihm gegeben habe: daß diese Maßnahmen nicht den Krieg bedeuteten und daß die Verhandlungen fortgesetzt würden. Ihrer langbewährten Freundschaft müsse es gelingen, Blutvergießen zu vermeiden. Er erwarte voll Vertrauen und mit Spannung die Antwort des Kaisers[28].

Auf dieses Telegramm des Zaren war zunächst noch nicht geantwortet worden, anscheinend, weil man erst die Wirkung des deutschen Ultimatums abwarten wollte. Da jedoch aus Petersburg keine Nachrichten mehr eingegangen waren, legte der Kanzler gegen 10 Uhr abends dem Kaiser den Entwurf zu einem Antworttelegramm an den Zaren vor. Es wurde hier erwähnt, daß der Kaiser gestern der Regierung des Zaren den Weg angegeben habe, durch den allein der Krieg noch vermieden werden könne. Obwohl er um Antwort bis heute mittag gebeten hätte, habe ihn noch kein Telegramm seines Botschafters mit einer Antwort seiner Regierung erreicht. Der Kaiser sei daher genötigt gewesen, seine Armee mobil zu machen. Nur eine sofortige bejahende, klare und nicht mißzuverstehende Antwort seiner Regierung sei die einzige Möglichkeit, endloses Elend zu vermeiden. Bis der Kaiser eine Antwort erhalten habe, sei er leider nicht in der Lage, auf sein Telegramm näher einzugehen.

Auf Anregung des Kaisers wurde dem Telegramm noch hinzugefügt, daß er den Zaren ernstlich ersuche, seinen Truppen unverzüglich den Befehl zu geben, unter keinen Umständen die geringste Verletzung der deutschen Grenzen zu begehen[29]. Das Telegramm wurde um 10.45 Uhr abends offen vom Haupttelegraphenamt in Berlin aufgegeben. Es war dies das Telegramm, das kurz vor 2 Uhr nachts, also bereits mehrere Stunden nach erfolgter Kriegserklärung, beim Zaren in Peterhof eintraf und weder vom Zaren noch von Pourtalès erklärt werden konnte.

Die Gründe, die für die Absendung dieses Telegramms maßgebend waren, dürften in folgendem zu suchen sein: Das Ausbleiben jeglicher Nachrichten aus Petersburg ließ es ungewiß erscheinen, ob die Kriegserklärung überhaupt schon übergeben worden war. Ferner konnte damit gerechnet werden, daß die soeben eingegangene Nachricht von dem Schritt des Königs von England beim Zaren eine Änderung der Lage in letzter Minute herbeigeführt hatte. Auch die Mitteilung aus Paris, daß Rußland einen Vorschlag Greys auf die allseitige Einstellung kriegerischer Vorbereitungen im Prinzip angenommen hatte, konnte hierbei mitgesprochen haben. Es lagen somit mehrere gute Gründe vor, ein derartiges Telegramm abgehen zu lassen, wenn auch die Möglichkeit bestand, daß bei seinem Eintreffen die Kriegserklärung schon erfolgt war. Trotz allem war die Regie nicht sehr glücklich.

Noch am späten Abend, nicht lange nachdem der Kaiser die Absendung des nächtlichen Telegramms an den Zaren verfügt hatte, überbrachte Szögyény dem Kaiser ein Telegramm Kaiser Franz Josephs, das eine Erwiderung auf die Mitteilung Kaiser Wilhelms vom gestrigen Tage darstellte, er werde in der Erfüllung seiner Bündnispflichten sofort den Krieg gegen Rußland und Frankreich beginnen[30]. Franz Joseph dankte in dem Telegramm dem Kaiser für diese „herzerfreuende" Mitteilung und erklärte, daß bei seinem Generalstab der Entschluß feststand, die Hauptkräfte gegen Rußland zu versammeln, sobald er von dem Entschluß des Kaisers Kenntnis erhalten habe. Weiter teilte Franz Joseph mit, er sei begeistert über die umfassenden Vorkehrungen, die der Kaiser treffe, um die gemeinsame Streitmacht durch den Anschluß neuer Verbündeter zu stärken. Er habe bereits seinem Botschafter in Rom den Auftrag erteilt, die italienische Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages anzunehmen, falls Italien seinen Bundespflichten jetzt voll entsprechen würde. Er habe auch selbst an den König von Italien telegraphiert und ihm gesagt, er rechne nach der dreißigjährigen Friedensarbeit darauf, daß die drei Verbündeten ihre Heere zu dem entscheidenden Kampf vereinigen würden[31]. Im Anschluß an die Übergabe des Telegramms unterhielt sich der Kaiser noch längere Zeit mit Szögyény über die Haltung des Zaren. Der Kaiser sagte, er könne die jetzige Geistesverfassung des Zaren absolut nicht verstehen und halte für den Hauptratgeber des Zaren Suchomlinow. Auch scheine der Gesundbeter Rasputin noch immer einen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben*. Die Telegramme des Zaren enthielten fortwährende Widersprüche. Die Antwort aus Paris enthalte nur leere Phrasen. Auch erwähnte der Kaiser das Angebot Greys, die Neutralität Frankreichs zu garan-

* Rasputin war zu dieser Zeit nicht in Peterhof oder Petersburg.

tieren. Selbstverständlich werde der Kaiser von Frankreich ein Faustpfand verlangen. In der Unterhaltung wurde dann noch die Gewinnung von Bundesgenossen berührt. Der Kaiser hob auch die mannhafte Haltung des Reichskanzlers hervor und lobte die Tätigkeit des Grafen Pourtalès, der auch die Interessen Österreich-Ungarns sehr geschickt zu wahren bemüht gewesen sei.

Die Versuche, für den in Aussicht stehenden großen Krieg Bundesgenossen oder wenigstens Neutrale zu gewinnen, waren auch am 1. August mit großem Eifer fortgesetzt worden. So war dem deutschen Botschafter in Konstantinopel anheimgestellt worden, ein Bündnis mit der Türkei abzuschließen, falls der General Liman überzeugt sei, daß die Türkei schon jetzt aktiv eingreifen würde. Eine ähnliche Weisung hatte der österreichische Botschafter in Konstantinopel, Markgraf Pallavicini, erhalten. Auch wurde versucht, die japanische Neutralität zu erreichen. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Portugals wurde in Anbetracht der Bündnisverpflichtungen Portugals gegenüber England gerechnet. In der Nacht eingehende Meldungen über Komplettierung der Friedensstärke in Dänemark lösten die Befürchtung aus, daß Grenzüberschreitungen von dänischer Seite stattfinden würden[32].

Die Freude und Verwirrung, die das Telegramm Lichnowskys über die in Aussicht gestellten Vorschläge Greys für die Neutralität Englands im Falle eines Krieges Deutschlands mit Rußland und Frankreich hervorgerufen hatte, sollte nicht mehr lange andauern. Gegen 11 Uhr abends nach dem Besuch Szögyénys hatte der Kaiser die Antwort des Königs von England in Händen. Der König glaubte, daß ein „Mißverständnis" vorliegen müsse hinsichtlich der Anregung Lichnowskys und Greys, einen Zusammenstoß zwischen den deutschen und französischen Armeen zu vermeiden, solange noch die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Österreich und Rußland bestehe. Grey würde Lichnowsky morgen früh sehen, um festzustellen, ob das Mißverständnis von seiner Seite ausgegangen sei[33].

Durch diese Mitteilung waren natürlich alle Hoffnungen begraben, die an den englischen Neutralitätsvorschlag geknüpft worden waren. Moltke wurde sofort ins Schloß befohlen. Als er beim Kaiser gemeldet wurde, empfing ihn der Monarch, der schon zu Bett gegangen, aber wieder aufgestanden war, in seinem Schlafzimmer. Kaiser Wilhelm, der sehr erregt war, gab Moltke die Depesche des Königs von England zu lesen und sagte zu ihm mit Bezug auf die Durchführung des Aufmarsches, er könne nun machen, was er wolle[34].

Etwa zur gleichen Zeit lag in der Wilhelmstraße auch ein ausführliches Telegramm Lichnowskys vor, wodurch die erwähnten Vorschläge Greys aufgehoben wurden. Sir Edward hatte Lichnowsky nach dem Ministerrat einen bei dieser Sitzung gefaßten Beschluß vorgelesen, in dem die Antwort der deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens als ungemein bedauerlich bezeichnet wurde. Wir kommen darauf noch im Abschnitt London zurück. Weiter teilte Lichnowsky mit, daß ihm Grey auf seine Frage, ob er ihm eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Großbritanniens abgeben könne, wenn Deutschland die belgische Neutralität wahre, erwidert habe, dies sei nicht möglich. Hingegen würde eine Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland in einem Kriege mit Frankreich in England einen Umschwung der Stimmung

hervorrufen, der es erschweren würde, eine freundliche Neutralität gegenüber Deutschland einzunehmen. Wenn zwar vorläufig nicht die geringste Absicht bestehe, gegen Deutschland feindlich vorzugehen, und man dies wenn irgend möglich zu vermeiden wünsche, lasse sich doch schwerlich eine Grenze ziehen, bis wohin Deutschland gehen dürfe, ohne daß England einschreiten würde. Grey sei immer wieder auf die Frage der belgischen Neutralität zurückgekommen und habe auch den Gedanken fallen lassen, ob Deutschland und Frankreich im Falle eines russischen Krieges sich nicht bewaffnet gegenüberstehen könnten, ohne sich anzugreifen. Lichnowsky faßte seine Auffassung dahin zusammen, England wolle aus dem Kriege wenn irgend möglich herausbleiben, doch habe die Antwort Jagows an Goschen über die Neutralität Belgiens einen ungünstigen Eindruck gemacht.

Das Telegramm, das dem Kaiser erst am Nachmittag des nächsten Tages vorgelegt wurde, wurde von ihm mit recht scharfen Randbemerkungen versehen, die insbesondere Ausfälle gegen Grey enthielten.

In einem weiteren Telegramm teilte Lichnowsky mit, daß der vermeintliche Neutralitätsvorschlag Englands als aufgehoben anzusehen sei. Ein positiver englischer Vorschlag liege überhaupt nicht vor, und er betrachte somit auch den Auftrag Bethmann Hollwegs, auf den englischen Vorschlag unter gewissen Bedingungen einzugehen, als erledigt.

Am nächsten Morgen gingen noch weitere Telegramme Lichnowskys ein, in denen nochmals zum Ausdruck gebracht wurde, daß die mitgeteilten Anregungen Greys ohne vorherige Fühlungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis der Mobilmachung erfolgt und inzwischen als aussichtslos aufgegeben worden seien. Deutschland sei daher in seiner Handlungsfreiheit jetzt nicht mehr beschränkt. Die Botschafter in Wien, Rom und Paris wurden von der Wilhelmstraße davon in Kenntnis gesetzt, daß die Meldung des Fürsten Lichnowsky auf einem Mißverständnis beruhe[35].

Schon nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr war im Auswärtigen Amt die Anordnung der belgischen allgemeinen Mobilmachung bekanntgeworden. Auch die Schweiz hatte die Mobilmachung beschlossen.

Kurz nach 9 Uhr abends war eine Meldung des deutschen Militärattachés in Paris, Major von Klüber, eingegangen, daß die Mobilmachung der ganzen französischen Armee heute um 5 Uhr nachmittags befohlen worden und Sonntag der 1. Mobilmachungstag sei[36]. Eine Stunde später ging eine Meldung von Schoen ein, in der der Botschafter mitteilte, bei einer erneuten Unterredung mit Viviani um 5.30 Uhr sei dieser trotz seines Drängens bei der heute vormittag abgegebenen Formel geblieben. Weiter hatte Viviani erklärt, daß die soeben angeordnete Mobilmachung keineswegs aggressive Absichten habe, was auch in der Proklamation betont worden sei. Es sei noch immer Raum für die Fortsetzung von Verhandlungen auf der Basis des Vorschlages von Grey, dem Frankreich zugestimmt habe. Gegen Zusammenstöße an der Grenze sei französischerseits durch eine Zehnkilometerzone Vorsorge getroffen. Viviani könne die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht aufgeben.

Nach dem Notturno im Schloß fuhr Moltke ins Generalstabsgebäude und ließ hier an die 16. Division telegraphieren, daß der Einmarsch in Luxemburg auszuführen sei. Um den Gegenbefehl zu begründen, fügte er hinzu, es sei soeben bekanntgeworden, daß in Frankreich die Mobilmachung angeordnet sei[37].

In der Nacht fand dann noch eine Sitzung beim Reichskanzler statt, an der außer Jagow, Zimmermann, Stumm, dem Pressechef Hammann und Kriege auch Moltke, Falkenhayn und Tirpitz teilnahmen. In ziemlich „wilder Beratung" wurde zunächst die Frage erörtert, ob man sich bereits mit Rußland im Kriegszustand befinde, da eine Nachricht über die Übergabe der Kriegserklärung noch immer nicht eingetroffen war. Während Moltke die Frage als gleichgültig bezeichnete, da der Krieg ja da sei, vertrat der Kanzler die Auffassung, daß nach dem Völkerrecht eine Bestätigung der Kriegserklärung notwendig sei. Nach einer heftigen Auseinandersetzung bemerkte Moltke, es sei von russischer Seite zuerst an der Grenze geschossen worden, worauf Bethmann Hollweg erklärte, dann sei die Sache ja klar, die Russen hätten also angefangen, und er werde die Kriegserklärung an der Grenze durch den nächsten General übergeben lassen.

Ferner stand die Frage zur Erörterung, ob man eine Kriegserklärung an Frankreich erlassen sollte. Ein entsprechender Entwurf lag vor, auf den wir jedoch erst später eingehen wollen. Der Kanzler war entschieden der Auffassung, man müsse Frankreich sofort den Krieg erklären, weil Deutschland durch Belgien marschieren wollte. Tirpitz dagegen meinte, er hätte schon nicht verstanden, weswegen man die Kriegserklärung an Rußland mit der Mobilmachung zusammen veröffentlicht hätte. Er könne auch keinen Nutzen darin sehen, die Kriegserklärung an Frankreich früher abgehen zu lassen, als bis in Frankreich selbst einmarschiert würde. Falkenhayn stellte die Frage der Kriegserklärung an Frankreich aus dem gleichen Grunde wie Moltke als nebensächlich hin, da der Krieg ja nun da sei.

Die Auseinandersetzung wandte sich dann der Frage des Durchmarsches durch Belgien zu, den Tirpitz aufzuhalten versuchte. Moltke dagegen war der Auffassung, daß es keinen anderen Weg gebe. Tirpitz bemerkte hierzu, daß dann sofort mit dem Kriege gegen England gerechnet werden müßte. Da jeder Tag für die Mobilmachung der Marine ein Gewinn sei, wäre er dafür, die Mitteilung an Belgien so spät wie möglich ergehen zu lassen. Dieser Auffassung wurde zugestimmt. Ein Versuch des Geheimrats Kriege, die Frage nach der juristischen Seite hin zu erörtern, wurde von Moltke abgewiesen[38].

Während der Beratung stellte sich heraus, daß Österreich und Italien über die Kriegserklärung an Rußland noch gar nicht unterrichtet waren, worauf die entsprechenden Mitteilungen später nach Wien und Rom ergingen. Tschirschky gegenüber wurde hinzugefügt, daß man von Österreich die Erfüllung seiner Bundespflichten und sofortiges tatkräftiges Eintreten gegen Rußland erwarte. In der Mitteilung an Flotow wurde noch zum Ausdruck gebracht, daß der Krieg mit Rußland unzweifelhaft auch den Krieg mit Frankreich zur Folge haben würde und daß man von Italien die Erfüllung seiner Bündnispflichten erwarte.

Gegen 4 Uhr morgens wurde dem Reichskanzler vom Generalstab mitgeteilt, daß der Kriegszustand mit Rußland tatsächlich eingetreten sei, da ein russischer Versuch, deutsche Eisenbahnen zu zerstören, und der Vormarsch von zwei Schwa-

dronen Kosaken auf Johannisburg (Ostpreußen) gemeldet worden war[39]. So war der Kanzler jedenfalls der Sorge enthoben, Rußland noch eine weitere Kriegserklärung zu übermitteln.

Gegen 5 Uhr morgens bat Tirpitz noch einmal Jagow um eine sofortige schriftliche Mitteilung, ob die Operationen der Marine gegen Rußland nunmehr beginnen sollten und ob dementsprechend die Bekanntgabe der Kriegserklärung gegen Rußland an die Marine erfolgen könne. Auf Grund der vorstehenden Meldung des Generalstabs antwortete Jagow Tirpitz, daß Deutschland sich infolge der Überschreitung seiner Grenzen durch russische Truppen im Kriegszustand mit Rußland befinde, und er stelle ihm anheim, die hierdurch etwa erforderlich gewordenen militärischen Maßnahmen zu treffen[40].

Pourtalès wurde in den frühen Morgenstunden noch einmal telegraphisch angewiesen, seine Pässe zu verlangen und die Wahrnehmung der deutschen Interessen der amerikanischen Botschaft zu übergeben. Der Krieg mit Rußland war nunmehr fraglos zur Tatsache geworden. Wir wenden uns jetzt wieder den Vorgängen in Frankreich zu.

Kapitel 49

Poincaré und Viviani wieder in Paris

Paris, 29. Juli: Poincarés Ankunft in Dünkirchen — Abel Ferrys Vortrag im Salonwagen — Empfänge am Quai d'Orsay — Iswolski überbringt die Nachricht von der beabsichtigten Mobilmachung gegen Österreich — Viviani orientiert sich an Hand der Eingänge — Pichon und Ribot bei Viviani — Demarche Schoens — Ministerrat im Elysée — Frankreich braucht nur auf den Knopf zu drücken — Viviani empfängt Iswolski — Frankreichs Solidarität mit Rußland — Letzte Meldungen aus Petersburg und London.

Die geringe Aktivität, die der Quai d'Orsay in den ersten Tagen der Krise an den Tag legte, änderte sich auch nicht, als Poincaré wieder ins Elysée zurückkehrte. Wohl fanden Empfänge statt, und es wurde ein Ministerrat abgehalten, auch der Friedenswille wurde betont, aber es geschah nichts, um Rußland auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die sein militärisches Eingreifen zugunsten Serbiens für den europäischen Frieden haben konnte. Man beschränkte sich auf eine Solidaritätserklärung gegenüber dem Bundesgenossen, ohne viel nach den Folgen zu fragen.

Am Morgen des 29. Juli wurden Poincaré und Viviani in Dünkirchen erwartet. Um 8 Uhr warf die „France" Anker, und Poincaré begab sich mit Viviani und seiner Begleitung an Land, wo sich eine zahlreiche Menge eingefunden hatte, um die Ankunft des von Frankreich sehnlichst erwarteten Präsidenten zu erleben. Ähnlich wie Kaiser Wilhelm bei seiner Rückkehr von der Nordlandreise mag auch Poincaré aus den Gesichtern der zu seiner Begrüßung herbeigeeilten Männer und Frauen gesehen haben, daß das Volk die politische Lage ernster ansah, als er sie selbst erwartet hatte. Jedenfalls fiel dem Präsidenten auf, daß viele Leute glaubten, der Krieg stehe unmittelbar bevor. Ehe Poincaré sich in seinen Salonwagen begab, wechselte er noch ein paar rasche Worte mit dem Bürgermeister sowie mit einigen Senatoren und Deputierten. Vom Quai d'Orsay waren zu seinem Empfang der Unterstaatssekretär Abel Ferry und der juristische Berater des Quai d'Orsay, Louis Renault, eingetroffen.

Abel Ferry legte Poincaré und Viviani im Zuge ein zur Orientierung über die Lage zusammengestelltes Dossier vor, das er durch Vortrag erläuterte. In knapper Darstellung war hier ausgeführt worden, daß die Garantien, die Österreich sich Serbien gegenüber sichern wolle, vielleicht nur die serbische Regierung und Armee betreffen, aber ebensogut zu Gebietserwerbungen führen könnten, je nachdem, ob man den Ereignissen freien Lauf ließ oder nicht. Die deutsche Auffassung, Rußland solle sich mit der Versicherung Österreichs, keinen Gebietserwerb anzustreben und die Integrität Serbiens nicht antasten zu wollen, zufrieden geben, sei ein Sophismus, den man ablehnen müsse. Weder in Paris noch in London habe man sich zu der von Deutschland erstrebten gemeinsamen Aktion in Petersburg bestimmen lassen. Man habe geantwortet, die Gefahr drohe

von Wien, das sich mit der „fast vollständigen Unterwerfung" Serbiens nicht begnügen wolle. Berlin hätte den Gedanken einer Konferenz verworfen, und Wien halte Petersburg mit der Illusion einer Verständigung durch direkte Besprechungen hin, während es aber gleichzeitig gegen Serbien vorgehe. Auch Rußland sei der englischen Initiative hemmend entgegengetreten. Es sei nötig, Berlin zu einer wirksamen Aktion zu veranlassen, um Österreich zu verhindern, Serbien „unter dem dehnbaren Namen ‚Garantien' Bedingungen aufzuerlegen, die tatsächlich trotz aller Versicherungen eines territorialen Desinteressements den gegenwärtigen Zustand Osteuropas verändern würden und dazu angetan wären, den allgemeinen Frieden, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, ernstlich zu gefährden[1]."

Über die voraussichtliche Haltung Deutschlands hatte sich Abel Ferry drei Möglichkeiten zurechtgelegt, die er Poincaré und Viviani während der Fahrt auseinandersetzte. Einmal könnte Deutschland finden, daß der Gewinn beträchtlich gewesen und es an der Zeit sei, mit friedlichen Beteuerungen vorzugehen, um einen Prestigezuwachs auf dem Balkan einzukassieren. Die zweite Möglichkeit sei, daß Deutschland nicht an den Widerstand Rußlands glaube und Österreich Zeit lassen wolle, erst in Besprechungen einzutreten, wenn es ein Pfand auf serbischem Gebiet in Händen hätte. Als dritte Möglichkeit stellte der Unterstaatssekretär hin, Deutschland wolle den Krieg. Den beiden letzten Möglichkeiten könne am besten durch eine geschlossene Haltung Italiens, Englands und Frankreichs entgegengewirkt werden. Es sei nun ein Fehler der Russen, daß sie sich darauf versteiften, direkt mit Wien zu sprechen, da sie doch im Prinzip die Vermittlung zu vieren angenommen hätten. Hieraus würden sich zwei sich kreuzende Verhandlungen ergeben, eine à quatre zwischen den vier Großmächten und eine à deux zwischen Petersburg und Wien. Nach Abel Ferrys Ansicht konnte man entweder die Dinge laufen lassen oder mit England zusammen Rußland seinen Fehler, allein mit Wien zu verhandeln, zu verstehen geben, ohne es zu verschnupfen. Abel Ferry übersah hierbei, daß die Besprechungen à quatre von Grey zurückgestellt waren, solange die Besprechungen à deux Aussicht auf Erfolg haben könnten.

Abgesehen von diesem Dossier, das im wesentlichen Fragen der Verhandlungsmethoden erörterte, dürfte Abel Ferry den Präsidenten von der Kriegserklärung Österreichs an Serbien in Kenntnis gesetzt haben. Ferner erstattete Abel Ferry Bericht über die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen, wobei er Poincaré die beruhigende Mitteilung machen konnte, daß nichts unterlassen sei, um gegebenenfalls eine sofortige Mobilmachung anordnen zu können[2].

Während Poincaré und seine Begleitung von Dünkirchen nach Paris fuhren, ging es infolge der österreichischen Kriegserklärung an Serbien am Quai d'Orsay etwas lebhafter zu als in den letzten Tagen. Zunächst suchte der Kriegsminister Messimy Bienvenu-Martin auf und bat um den Befehl, die nach Deutschland beurlaubten Offiziere unauffällig zur sofortigen Rückkehr aufzufordern[3].

Gegen 11 Uhr kam der serbische Gesandte zu Berthelot und trug ihm die Bitte seiner Regierung vor, Serbien zu unterstützen, da es alles getan habe, um den Krieg zu vermeiden. Ferner erbat Vesnić die Ausfuhrerlaubnis für Artillerie-

material nach Serbien und ersuchte um eine kurzfristige Anleihe von 90 Millionen Francs, die man in Belgrad zur Durchführung der Mobilmachung benötige.

Auch der deutsche Botschafter machte am Vormittag seinen üblichen Besuch bei Bienvenu-Martin. Schoen begann die Unterhaltung mit den Worten, er bringe einen Hoffnungsstrahl. Die deutsche Regierung sei fortgesetzt bemüht, Wien zu einer offenen Aussprache mit Petersburg zu veranlassen, um den Zweck und den Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien aufzuklären[4]. Berlin hoffe, von Wien Erklärungen zu erhalten, die Rußland zufriedenstellen könnten. Die Bemühungen Deutschlands würden durch die Kriegserklärung an Serbien keineswegs beeinträchtigt. Petersburg habe man ebenfalls in diesem Sinne verständigt. Wie unrichtig die Behauptung sei, Deutschland treibe Österreich zum Kriege, gehe daraus hervor, daß Berlin nicht die Absichten Wiens kenne. Wenn Deutschland wisse, wieweit Österreich gehen wolle, werde eine Grundlage zu Verhandlungen vorhanden sein. Bienvenu-Martin wies demgegenüber auf die Gefahr der begonnenen militärischen Operationen hin, die vielleicht zu Besprechungen keine Zeit mehr ließen, worauf Schoen erwiderte, Deutschland könne Österreich nicht in den Arm fallen, er hoffe aber, daß die Operationen nicht sehr aktiv betrieben würden. Die Frage Bienvenu-Martins, ob Deutschland später auf den Gedanken Greys einer Vermittlung durch die Mächte zurückkommen würde, wurde von Schoen ausweichend beantwortet[5].

Die unbestimmten Erklärungen des Botschafters, insbesondere die Hoffnung, daß die Österreicher die Operationen nicht sehr aktiv betreiben würden, dürften auf Bienvenu-Martin wohl kaum einen besonderen Eindruck gemacht haben.

Kurz nach Schoens Besuch traf Iswolski am Quai d'Orsay ein und gab Bienvenu-Martin in Gegenwart Berthelots auftragsgemäß davon Kenntnis, daß Rußland heute infolge der Kriegserklärung Österreichs an Serbien die Mobilmachung in den vier Militärbezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan anordnen würde. Er übergab dabei Abschrift des Telegramms, das Sasonow zur Bekanntgabe dieses Schritts nach Berlin gerichtet hatte und in dem, wie wir wissen, zum Ausdruck gebracht war, daß Rußland dabei keinerlei aggressive Absichten gegen Deutschland habe und auch der Botschafter in Wien nicht abberufen worden sei. Ferner übergab Iswolski Abschrift von zwei Telegrammen, die Sasonow nach London gerichtet hatte. Das erste Telegramm betraf die Bitte Sasonows, nach erfolgter Kriegserklärung Österreichs an Serbien schnellstens eine Vermittlungsaktion einzuleiten. Das zweite Telegramm enthielt die Behauptung, daß Deutschland die Unversöhnlichkeit Österreichs begünstige, und die Bitte, England möge in Berlin Schritte unternehmen, da hier zweifellos der Schlüssel der Lage liege[6].

Gelegentlich dieser Mitteilungen Iswolskis wird man feststellen müssen, daß von seiten des Quai d'Orsay keinerlei Versuche gemacht worden sind, um Rußland auf die möglichen Folgen seiner Mobilmachung hinzuweisen oder es zu veranlassen, bei der in Aussicht genommenen Mobilmachung alles zu vermeiden, was Deutschland als Bedrohung auffassen könnte. Wie wir bereits an früherer Stelle hervorgehoben haben, konnte beim französischen Generalstab kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß in den der deutschen Grenze gegenüberliegenden Militärbezirken die Kriegsvorbereitungsperiode angeordnet war und daß dies

zu Gegenmaßnahmen in Deutschland führen mußte. Anscheinend fühlte sich der Quai d'Orsay durch die Mitteilung Iswolskis beruhigt, Berlin sei davon verständigt, daß in der Mobilmachung gegen Österreich keine Angriffsabsicht gegen Deutschland liege. —

Der britische Botschafter übergab am Vormittag eine Note, in der Bertie die Ablehnung der Konferenz durch Berlin sowie die Antwort Greys mitteilte, daß er den direkten Gedankenaustausch zwischen Österreich und Rußland für das allerbeste Verfahren erachte. Berthelot erklärte hierzu, daß die Lage durch die österreichische Kriegserklärung verändert sei, und außerdem die russische Regierung die britische gebeten habe, ihr möglichstes zu tun, um in Berlin die Annahme der Vermittlung zu vieren und Einstellung der kriegerischen Operationen Österreichs zu erreichen[7].

Um 1.20 Uhr nachmittags lief der Zug des Präsidenten im Gare du Nord ein, wo Poincaré von der Pariser Bevölkerung, die schon stundenlang auf ihn gewartet hatte, begeistert empfangen wurde. Ein großer Teil der Minister, mit Bienvenu-Martin an der Spitze, hatte sich am Bahnhof eingefunden. Auch Iswolski, Pichon, einige Deputierte von Paris, der Großkanzler der Ehrenlegion General Florentin und der Militärgouverneur von Paris General Michel waren erschienen. Als Poincaré den Bahnhof verließ, wurde er von einer dichten Menschenmenge lebhaft begrüßt. „Vive Poincaré! Vive l'Alliance! Vive la France!" schallte es ihm immer wieder entgegen, als er im offenen Wagen, von Kürassieren eskortiert, den Weg zu seinem Palais zurücklegte. Auch einige Rufe „à Berlin!" wurden vernommen. Der begeisterte Empfang, der Poincaré zuteil wurde, dürfte dem Präsidenten jedenfalls die Gewißheit gegeben haben, daß das französische Volk hinter ihm stand.

Am Quai d'Orsay eingetroffen, nahm Viviani sofort seine Tätigkeit als Ministerpräsident und Minister des Äußeren auf und ließ sich zunächst von Bienvenu-Martin und Berthelot über die letzten Ereignisse unterrichten. Im allgemeinen lauteten die Nachrichten günstig.

Berlin hatte in Wien den Weg direkter Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg empfohlen und wartete auf Antwort. Einer gemeinsamen Aktion der vier Mächte stehe Jagow an sich nicht ablehnend gegenüber. Weiter hatte Cambon berichtet, Deutschland habe eingesehen, daß England nicht außerhalb des Konflikts bleiben würde, und dies habe auf die deutsche Regierung wie auf die Finanz- und Geschäftswelt einen tiefen Eindruck gemacht. Der französische Gesandte in München, Allizé, hatte gemeldet, Deutschland würde sich einmischen, wenn eine dritte Macht militärisch gegen Österreich Partei ergreife. In der Consulta war man trotz der österreichischen Kriegserklärung an Serbien für Fortsetzung der Verhandlungen[8].

Aus Brüssel lag von dem französischen Gesandten Klobukowski eine Bestätigung seiner Meldungen vor, daß Belgien in einem internationalen Konflikt seine Neutralität und Integrität energisch verteidigen werde. Aus einer Unterredung mit dem Außenminister Davignon und anderen gut unterrichteten Persönlichkeiten hatte Klobukowski den Eindruck gewonnen, daß die Haltung Deutschlands rätselhaft sei und zu allen möglichen Befürchtungen berechtige. Ein plötzliches

Einschreiten Deutschlands gegen Frankreich würde hier niemand überraschen. In Belgien werde daher alles zur Verteidigung der Neutralität ins Werk gesetzt[9].

Von Paléologue war eine Mitteilung eingegangen, in der der Botschafter seine Bedenken über eine Demarche in Wien und Petersburg zum Ausdruck brachte, da sie nicht in Einklang zu bringen sei mit der vollen Billigung, die die französische Regierung der „versöhnlichen und gemäßigten" Politik der russischen Regierung gegeben habe. Frankreich würde seine Position schwächen, wenn es sich zu einem Schritt bereit fände, der den Anschein hätte, als würde es sich von seinem Verbündeten trennen. Hier kam die alte Sorge der Franzosen zum Vorschein, die auch die Engländer teilten, daß Rußland eine Politik auf eigene Faust treiben und schließlich ähnlich wie 1909 im letzten Moment ausbrechen könnte.

Ein bereits vorliegendes Telegramm an Paléologue, in dem zum Ausdruck gebracht war, daß die dilatorischen Besprechungen der österreichisch-ungarischen Vertreter mit Sasonow und Schebeko nur Österreich zugute kommen würden, da sie die Bemühungen Greys für eine gemeinsame Aktion der vier Mächte zum Stillstand bringen würden, wurde noch mit der Unterschrift von Bienvenu-Martin abgesandt[10]. Dieses Telegramm war offenbar durch zwei am gestrigen Abend eingegangene Mitteilungen Paul Cambons veranlaßt worden.

Der Botschafter hatte den Quai d'Orsay davon unterrichtet, daß Grey und Nicolson ihm gesagt hatten, man könne sich beglückwünschen, wenn auf dem Wege der direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg ein wirkliches Einvernehmen erzielt werde, wenn sie auch ihr Erstaunen über die unerwartete Initiative Sasonows nicht verheimlicht hätten. Cambon selbst war der Auffassung, daß die Sprache Sasonows jeder Klugheit entbehre und Wien daraus nur Kapital schlagen könne. Gerade im jetzigen Augenblick, wo die geringste Verzögerung verhängnisvolle Folgen haben könne, erscheine ihm das Vorgehen Sasonows äußerst bedenklich, denn es hemme die Vermittlungsaktion Greys und gebe Österreich ein Mittel in die Hand, sich der freundschaftlichen Intervention der vier Mächte zu entziehen. Benckendorff und er seien daher der Ansicht, daß man Grey in seinem Vermittlungsvorschlag bestärken müsse. Besonders Nicolson sei über die Sprache Sasonows sehr erstaunt gewesen.

Wir wissen, daß die Besorgnis Paul Cambons durch die Mitteilungen Iswolskis als überwunden angesehen werden konnte. Außerdem hatte Paléologue schon gemeldet, daß Österreich anscheinend gar nicht verhandeln wolle[11]. Paul Cambon wurde daher mitgeteilt, daß infolge der österreichischen Kriegserklärung an Serbien den direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland ein Ende gesetzt worden sei, und daß Sasonow Grey bereits um Wiederaufnahme der Vermittlung der vier Mächte gebeten habe. Cambon sollte Grey ebenfalls bitten, so bald wie möglich seinen Vorschlag einer Vermittlung zu vieren in Berlin zu wiederholen, der ja bereits die grundsätzliche Zustimmung des Berliner Kabinetts gefunden habe. Ferner sollte der Botschafter Grey darauf hinweisen, wie wichtig es wäre, die italienische Regierung zu einer vollständigen Mitwirkung bei der Aktion der vier Mächte zu veranlassen und in Rom keinen Zweifel aufkommen lassen, daß England sich nicht an der zwischen Rußland und Österreich aufgeworfenen Frage desinteressieren würde[12].

Aus Wien lagen Mitteilungen vor, Schebeko habe bisher die Auffassung vertreten, daß es sich nicht darum handle, den Krieg zu lokalisieren, sondern ihn zu verhindern.

Wie Dumaine ferner mitteilte, werde von seiten der italienischen Botschaft versichert, das Berliner Kabinett habe sich bemüht, das Wiener Kabinett von einem Waffengang abzubringen. Die Beschlüsse Kaiser Franz Josephs und Berchtolds seien aber durch den drohenden Zerfall der Monarchie bestimmt worden. Auch habe Berchtold zum englischen Botschafter gesagt, wie ernst die Lage sei, könne er daraus erkennen, daß sein greiser Herrscher und er selbst, der wegen seiner Neigung zu friedlichen Lösungen so stark kritisiert werde, sich für den Krieg entschieden hätten. Zur Unterstützung dieser Erklärungen teilte Dumaine die bereits erwähnte Auffassung des serbischen Gesandten in Wien mit, daß der Zusammenbruch der Doppelmonarchie in etwa drei Jahren durch die südslawische Jugend von selbst herbeigeführt würde[13].

Noch am frühen Nachmittag empfing Viviani Pichon, der als mehrmaliger früherer Außenminister dem Quai d'Orsay besonders nahe stand, und Léon Bourgeois, der Frankreich auf den Haager Konferenzen vertreten hatte. Hierauf kam Ribot an die Reihe, der im Juni vor Viviani die Bildung eines Kabinetts versucht hatte, aber sofort wieder gestürzt worden war. Über die Unterredungen sind wir jedoch nicht näher unterrichtet. Nach den Memoiren des früheren Botschafters in Petersburg Georges Louis hat Viviani wahrscheinlich auch Delcassé empfangen, der ihn anscheinend stark aufgeputscht hatte*. Der italienische Geschäftsträger Prinz Ruspoli teilte Viviani mit, nach Auffassung San Giulianos würden alle Versuche scheitern, wenn sich nicht Serbien vollständig und sofort dem österreichischen Ultimatum unterwerfe[14].

Am Nachmittag suchte Schoen Viviani auf. Auf Grund von Nachrichten über französische Kriegsvorbereitungen, die in Anbetracht der Bündnisverpflichtungen Frankreichs in Berlin in Verbindung mit den russischen Rüstungen gewertet werden mußten, war der Botschafter durch den Reichskanzler angewiesen worden, den Quai d'Orsay darauf aufmerksam zu machen, daß derartige Maßnahmen Deutschland zur Proklamierung der Kriegsgefahr zwingen würden. Dies würde zwar noch nicht die Mobilmachung bedeuten, aber die Spannung erhöhen. Deutschland hoffe fortgesetzt auf Erhaltung des Friedens. In Erledigung seines Auftrages führte Schoen aus, daß Frankreich in Belfort und anderen Orten Maßnahmen ergriffen habe. Ob diese Behauptung auf Grund von Mitteilungen erging, die vielleicht dem deutschen Militärattaché zugegangen waren, oder ob der Botschafter von sich aus auf den Busch klopfen wollte, was in Belfort vor sich ging, ist nicht bekannt. Viviani stellte die militärischen Vorsichtsmaßregeln nicht in Abrede, betonte nur ihren geringen Umfang und die diskrete Ausführung. Von Mobilmachung sei man noch weit entfernt. Er würde es auch nicht beunruhigend

* „Die Notizbücher des Botschafters Georges Louis", Berlin 1926, S. 186. Die hier Delcassé in den Mund gelegten Worte, Viviani könne den Krieg nur vermeiden, wenn er den Deutschen die Barbestände der Bank von Frankreich und die Gebiete, die die Deutschen verlangen würden, überließe, dürften wohl nicht nur auf den Haß Delcassés gegen Deutschland zurückzuführen sein, sondern auch auf den Haß Georges Louis' gegen Delcassé.

finden, wenn Deutschland ähnliche Maßnahmen ergreife, wenn er sie auch wegen der möglichen alarmierenden Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich bedauern würde. In einer möglichst beschleunigten Vermittlungsaktion sehe er das beste Mittel, um Beunruhigungen vorzubeugen. Auch sei es notwendig, zu erfahren, was Österreich von Serbien eigentlich zu fordern beabsichtige. Diese etwas merkwürdige Bemerkung Schoens wurde von Viviani dahin beantwortet, es sei für Berlin sehr leicht, Österreich hiernach zu fragen; zunächst könne aber die serbische Antwortnote Gegenstand der Erörterung sein. Zum Schluß betonte Viviani, daß Frankreich aufrichtig den Frieden wünsche, aber gleichzeitig beschlossen habe, in voller Einigkeit mit seinen Verbündeten und Freunden vorzugehen. Diese Entschlossenheit finde die lebhafte Sympathie des Landes. Auch er wolle die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht aufgeben[15].

Unter Vorsitz Poincarés fand zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags im Elysée ein Ministerrat statt, den Viviani zum Empfang des deutschen Botschafters vorübergehend hatte verlassen müssen. Poincaré wurde zum Erfolg seiner Reise beglückwünscht, andererseits war man sehr zufrieden, daß er und Viviani den Besuch in Kopenhagen aufgegeben hatten und vorzeitig nach Paris zurückgekehrt waren.

Im Ministerrat herrschte, wie uns Poincaré berichtet, Einigkeit darüber, daß alles getan werden müßte, um den Krieg zu verhüten. Andererseits war man sich auch klar darüber, daß keine Vorbereitung zur Verteidigung des Landes unterlassen werden dürfe. Neben dem Kriegsminister Messimy traten besonders der Handelsminister Thomson, der Innenminister Malvy und der Unterrichtsminister Augagneur, der später bei Ausbruch des Krieges Marineminister wurde, für die Notwendigkeit ein, schon jetzt alle zivilen und militärischen Vorsichtsmaßregeln für den Fall eines Krieges zu treffen[16]. Die auf Grund des Vorstoßes des Senators Humbert eingeleitete parlamentarische Untersuchung der Rüstungsfrage wurde vertagt.

Der Ministerrat war durch die dem Quai d'Orsay vom Generalstab ähnlich wie in Deutschland täglich vorgelegten Berichte über die militärischen Ereignisse unterrichtet. Es war bekannt, daß die für politische Spannungen in Deutschland vorgesehenen Maßnahmen, wie Rücktransport der Truppen in ihre Garnisonen, Zurückberufung der Urlauber, Zurückhaltung des Eisenbahnmaterials und vorbereitende Maßnahmen für die Armierung der Grenzfestungen, ergriffen waren. Ferner war berichtet worden, daß die Reichsbank seit dem 25. kein Gold mehr ausgebe und Ausfuhrverbote erlassen worden seien. Von Österreich war die Mobilmachung der 8 Armeekorps gemeldet worden. Italien habe beurlaubte Offiziere und Mannschaften zurückberufen, doch seien bei den Seestreitkräften keine besonderen Maßnahmen getroffen worden.

Über England wurde mitgeteilt, daß die Truppen sich am 26. noch in den Lagern befunden hatten, die Home Fleet aber in Portland zusammengezogen bleibe. Aus Belgien wurde die Zurückberufung der Urlauber gemeldet, Antwerpen würde in Verteidigungszustand gesetzt, doch sei in Namur und Lüttich eine besondere Tätigkeit nicht zu bemerken. Über Rußland schwiegen sich die Berichte vollkommen aus[17].

Die militärischen Berichte wurden durch Meldungen diplomatischer Vertreter ergänzt, die deutsche Militärtransporte meldeten, sich aber nicht immer durch große Genauigkeit auszeichneten. Doch dürften die meisten Irrtümer von seiten des französischen Generalstabes unschwer erkannt worden sein.

Zu irgendwelchen Beunruhigungen gaben die militärischen Meldungen jedenfalls keine Veranlassung. So wurde auch der vom Generalstabschef, General Joffre, beantragte Entschluß, die Sicherung der französischen Grenze durch die Anordnung der „couverture" (Grenzschutz) zu erreichen, der von Messimy vorgebracht, aber nicht empfohlen wurde, zunächst aufgeschoben. Es wurde nur beschlossen, an die Grenzkorps einen Befehl zu geben, vorbereitende Maßnahmen für die Erhöhung des Verteidigungszustandes auszuführen, soweit dies, ohne besondere Aufmerksamkeit zu erregen, erfolgen könne[18].

Nach Auffassung des englischen Militärattachés in Paris, Oberst Yarde-Buller, war in Frankreich alles so vorbereitet, daß nur auf den Knopf gedrückt zu werden brauchte, um die Reservisten einzuziehen. Auch der russische Militärattaché Oberst Graf Ignatiew war von den französischen Vorbereitungen durchaus befriedigt und teilte seinem Generalstab in Petersburg mit, in Frankreich sei alles mögliche getan worden, und man warte im Ministerium ruhig die Ereignisse ab.

Nach dem Ministerrat empfing Viviani Iswolski, dem er die Entschlossenheit der Regierung bestätigte, in voller Einigkeit mit Rußland vorzugehen, und mitteilte, daß diese Politik auch die Unterstützung weitester Kreise und der Parteien gefunden habe. Auch die Radikalsozialisten hätten ihm soeben in Anerkenntnis der Entschlossenheit und Haltung der Regierung ihr Vertrauen zum Ausdruck gebracht.

Iswolski war mit der festen Haltung der französischen Presse, die sich über den österreichischen Angriff und die offensichtliche Mitbeteiligung Deutschlands recht scharf geäußert hatte, sehr zufrieden. Die Solidarität mit Rußland werde, wie er Sasonow mitteilte, von der Presse als feststehende Tatsache hingenommen und nicht erörtert. Selbst Jaurès und Hervé, der Initiator des Antimilitarismus, hätten sich in diesem Sinne geäußert[19].

Eine von den Revolutionären für den 29. abends geplante Versammlung gegen den Krieg war von Viviani verboten worden.

Gegen 9 Uhr abends traf von Paléologue die Nachricht ein, die österreichisch-ungarische Regierung verweigere eine direkte Aussprache, zu der die russische Regierung freundschaftlich eingeladen hätte. Die Mitteilung dürfte dem Quai d'Orsay nicht unerwünscht gewesen sein, war doch damit die Gefahr beseitigt, daß Rußland sich mit Österreich ohne Zutun seiner Freunde einigen und damit die Notwendigkeit der Triple-Entente an Bedeutung verlieren konnte. Weiter meldete Paléologue, da Österreich seine militärischen Vorbereitungen gegen Rußland beschleunige, werde heute nacht der Mobilmachungsbefehl für 13 Armeekorps erlassen werden, die gegebenenfalls gegen Österreich vorgehen sollten. Sasonow habe trotz des Scheiterns seines Vorschlages den Gedanken einer Konferenz der vier Mächte in London angenommen[20].

Nach 10 Uhr abends ging noch eine Meldung Paul Cambons ein, die den Quai d'Orsay über die Unterredung Greys mit dem deutschen Botschafter unterrichtete. Grey komme auf die Vermittlung zu vieren zurück, da die direkte Aussprache zwischen Rußland und Österreich in Wien nicht angenommen worden sei. Er hätte den Botschafter gebeten, selbst eine Formel vorzuschlagen, da Deutschland Bedenken gegen eine Konferenz geäußert habe, während es den Vorschlag einer freundschaftlichen Intervention grundsätzlich angenommen habe. Aus der Antwort Deutschlands auf diese Mitteilung sowie auf diejenige Rußlands über die Mobilmachung an der österreichischen Grenze werde man Gelegenheit haben, sich über die Absichten der deutschen Regierung Rechenschaft zu geben. Cambon habe an Grey die Frage gerichtet, was England im Fall eines Konfliktes zu tun gedenke, worauf ihm Grey etwa folgendes gesagt habe: Die gegenwärtige Lage sei verschieden von der wegen Marokko 1911. Damals habe es sich um die Interessen Frankreichs gehandelt, dem gegenüber England Verpflichtungen gehabt hätte. Jetzt handele es sich um die Vorherrschaft Österreichs oder Rußlands über die slawischen Balkanvölker. Wer von beiden die Vorherrschaft erlange, sei England ziemlich gleichgültig, und wenn der Konflikt auf Österreich und Serbien oder Rußland beschränkt bliebe, würde sich England nicht einmischen. Anders würde es sein, wenn Deutschland Österreich gegen Rußland unterstützen und wenn Frankreich in den Konflikt hineingezogen würde. Dann würde die Frage des europäischen Gleichgewichts berührt, und England habe zu prüfen, ob es eingreifen solle. Für alle Fälle treffe man daher geheim einige militärische Maßnahmen. Er werde sich dem deutschen Botschafter gegenüber auch in diesem Sinne äußern, sobald Lichnowsky ihm die Antwort aus Berlin auf seine heutige Anfrage wegen der Konferenz übermitteln würde.

Poincaré wurde dieses Telegramm Cambons noch in der Nacht vorgelegt, und er scheint hieraus wie auch aus den übrigen Nachrichten die Folgerung gezogen zu haben, daß die Lage ernster war, als er sie nach den Funksprüchen während seiner Reise beurteilt hatte. Wie sehr dies der Fall war, sollte sich nur allzubald zeigen. —

Kapitel 50

Frankreich im Schlepptau Rußlands

Paris, 30. Juli: Sasonows Telegramm von der drohenden deutschen Mobilmachung geht in Paris ein — Noch in der Nacht spricht Iswolski mit Viviani, Ignatiew mit Messimy — Nächtliche Beratung Vivianis mit Poincaré im Elysée — Telegramm an Paléologue — Joffre beantragt Aufstellung der couverture — Ministerrat — Zehnkilometerzone — Ignatiew und der Generalstab — Die Falschmeldung des „Paris-Midi" — Die Sasonow-formel in Paris — Viviani spricht mit Szécsen — Eindrücke über die Haltung Deutschlands — Bertie bei Poincaré — Telephongespräch Vivianis mit Paul Cambon — Mitteilung über geheime russische Mobilmachungsmaßnahmen — Hat Sasonow Paléologue zu täuschen versucht?

Nach Mitternacht war bei Iswolski ein Telegramm aus Petersburg eingetroffen, das die schwerwiegende Mitteilung enthielt, Graf Pourtalès habe Sasonow erklärt, daß die deutsche Regierung beschlossen habe, ihre Streitkräfte mobil zu machen, „wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle". Dabei habe Rußland, wie es in dem Telegramm Sasonows weiter hieß, diese Vorbereitungen nur wegen der bereits erfolgten Mobilmachung von 8 österreichischen Armeekorps getroffen und weil Wien offenbar nicht gewillt sei, einer friedlichen Beilegung seines Streites mit Serbien zuzustimmen. Da Rußland den Wunsch Deutschlands nicht erfüllen könne, bleibe nur übrig, die eigenen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit eines Krieges zu rechnen.

Aus dem Telegramm ging somit hervor, daß Sasonow, wie wir bereits bei Petersburg gezeigt haben, die Demarche des Grafen Pourtalès vom 29. Juli dahin aufgefaßt hat, Deutschland würde mobil machen, auch wenn Rußland nur seine Mobilisierung gegen Österreich durchführen würde.

Im Anschluß an die Mitteilung wurde Iswolski beauftragt, dies der französischen Regierung bekanntzugeben und ihr dabei den aufrichtigen Dank zum Ausdruck zu bringen, daß nach Mitteilung Paléologues Rußland „in vollem Umfang" auf die durch das Bündnis gegebene Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Die Erklärung sei unter den augenblicklichen Umständen für Rußland besonders wertvoll. Auch wäre es äußerst erwünscht, daß sich England unverzüglich Frankreich und Rußland anschließe, da nur auf diese Weise eine gefährliche Störung des europäischen Gleichgewichts verhütet werden könne[1].

Inzwischen war auch noch das Telegramm Paléologues, das aus Gründen der Geheimhaltung in russischen Chiffren aufgegeben war, auf der russischen Botschaft eingetroffen. Dieses Telegramm bestätigte das Telegramm Sasonows über den Schritt des Grafen Pourtalès und brachte darüber hinaus noch die Mitteilung, daß der Zar die Mobilmachung von 13 Armeekorps angeordnet hätte*.

* Franz. Dok. XI Nr. 283. Dies war das Telegramm, das ursprünglich die Mitteilung von der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung enthielt.

Die Nachricht versetzte natürlich die russische Botschaft in Paris in große Aufregung. Iswolski teilte, obgleich es 3 Uhr nachts war, unverzüglich Viviani den Inhalt der Telegramme mit. Abgesehen hiervon wurde eine Abschrift des Telegramms an Iswolski durch den Botschaftsrat Sewastopulo dem Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay, de Margerie, übermittelt, der die Note gleich zu Viviani brachte[2]. Der Ministerpräsident eilte damit sofort zu Poincaré. Auch suchte der russische Militärattaché Ignatiew auf Anordnung Iswolskis gleich den Kriegsminister Messimy auf, dem er die Mobilmachung von 13 russischen Armeekorps mitteilte und erklärte, er habe vom Botschafter den Auftrag, unter allen Umständen zu erfahren, welche Haltung die französische Regierung angesichts dieser Entscheidung einnehmen würde.

Messimy erwiderte Ignatiew, daß die Frage, welche Haltung Frankreich einnehmen werde, eine Angelegenheit der Regierung sei, über die er nicht zu entscheiden habe. Als er von Ignatiew erfuhr, daß Iswolski sich zu Viviani begeben hatte, rief Messimy den Ministerpräsidenten an, den er schließlich bei Poincaré im Elysée erreichte. Viviani, der schon alles Nähere von Iswolski erfahren hatte, war sehr nervös und gab Messimy nach einigen Kraftausdrücken, wobei er die Russen als nächtliche Bummelanten und Säufer bezeichnete, den Auftrag, er möge Ignatiew zunächst sagen, die Russen sollten auf alle Fälle keine Dummheiten machen und vor allen Dingen nicht gleich losschießen (éviter toutes pétarades). Sie müßten die Mobilmachung in den vier Militärbezirken, die ja nun einmal in Gang gesetzt sei, etwas hinziehen. Er möge Ignatiew vor allem „Ruhe und kaltes Blut" empfehlen. In einigen Stunden werde die Angelegenheit im Ministerrat besprochen.

Messimy teilte den Inhalt dieses Telephongesprächs sofort Ignatiew mit und warf die Frage auf, ob die ohne vorherige Benachrichtigung Frankreichs erfolgte Mobilmachung der russischen Armeekorps im Süden sich — selbst in Anbetracht der Kriegserklärung Österreichs an Serbien — dem Buchstaben nach mit den russisch-französischen Abmachungen vereinbaren lasse*. Er meinte jedoch, es sei nutzlos, in dieser tragischen Stunde hierüber zu streiten. Weiter machte Messimy darauf aufmerksam, daß Deutschland der Hauptgegner sei, Österreich nicht zähle, und warnte davor, daß die Russen den Deutschen ins Garn liefen unter dem Vorwand, die Slawen zu verteidigen. Zum Schluß empfahl Messimy noch einmal, mit der russischen Mobilmachung langsam vorzugehen, und bat dringend, die Ruhe nicht zu verlieren. Ignatiew antwortete hierauf, er verstehe das alles sehr gut, aber den Ablauf einer Mobilmachung könne man nicht so leicht regulieren, wie man einen Cocktail mische. Einmal angeordnet, laufe die Mobilmachung wie ein Uhrwerk ab, woran niemand etwas ändern könne, ohne alles über den Haufen zu werfen. Messimy gab dies zu, meinte aber, mit den Truppentransporten und der Konzentration sei es ganz anders. Der Ministerpräsident habe ihn beauftragt, ihm zu sagen, man ersuche die russische Regierung ausdrücklich,

* Hierbei dürfte Messimy die Abänderungen der französisch-russischen Militärkonvention von 1906 im Auge gehabt haben. Vgl. Kapitel 1 S. 9, wonach bei einer nur österreichischen Mobilmachung über die von Rußland und Frankreich zu treffenden Maßnahmen eine vorherige Verständigung stattfinden sollte.

„jeden Truppentransport aufzuschieben und gleichzeitig diesen Aufschub und diese Einstellung aller Truppentransporte nach der österreichischen Grenze hin amtlich bekanntzugeben“[3]. Mit anderen Worten hieß dies, der französische Kriegsminister wollte wenigstens vorläufig einen russischen Aufmarsch gegen Österreich verhindern.

Im Elysée fand noch in der Nacht eine sich bis in die ersten Morgenstunden hinziehende Beratung Poincarés mit Viviani über die Maßnahmen statt, die man ergreifen müsse, wenn nun Deutschland seinerseits mobil machen würde*. Während der Besprechung traf noch die kurze, sachlich unrichtige Meldung Paléologues ein, daß nach Mitteilungen des russischen Generalstabes die allgemeine Mobilmachung der deutschen Armee am 30. angeordnet würde.

Nach allem konnte jedenfalls kein Zweifel sein, daß die Gefahr des europäischen Krieges plötzlich in nächste Nähe gerückt war. Es war dies der Augenblick, wo es eines ganzen, festen, klaren und schnellen Entschlusses Frankreichs bedurft hätte, wenn die russische allgemeine Mobilmachung noch verhindert werden sollte. Den Entschluß, Rußland noch in diesem Augenblick mit ganzer Kraft zurückzurufen, fand Frankreich jedoch nicht. Man versuchte zwar, etwas zu bremsen, konnte sich aber wohl mit Rücksicht auf das Bündnis nicht dazu aufraffen, energisch in die Speichen zu greifen und die Karre zum Stehen zu bringen. Es mag auch sein, daß man das Kritische der Lage noch nicht ganz übersah. Ferner hatte man in Paris nichts davon erfahren, daß die allgemeine Mobilmachung bereits schon einmal angeordnet, aber der Befehl im letzten Augenblick wieder aufgehoben worden war.

Viviani nahm allerdings Anstoß daran, daß nach dem Telegramm Sasonows Paléologue diesem erklärt hatte, Rußland könne im vollen Umfang auf die durch das Bündnis gegebene Unterstützung rechnen. Er vermutete, daß sich Paléologue zu dieser Erklärung durch sein Telegramm von Bord der „France“ vom 27. Juli veranlaßt gefühlt habe. Hier hatte Viviani aber nur zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich die Bedeutung würdige, die darin liege, sein völliges Einvernehmen mit Rußland den anderen Mächten gegenüber zu betonen und nichts zu unterlassen, um die Beilegung des Konflikts herbeizuführen. Frankreich sei bereit, „das Vorgehen der kaiserlichen Regierung im Interesse des allgemeinen Friedens völlig zu unterstützen“[4].

Viviani gewann somit den Eindruck, daß man in Petersburg seine Erklärung zu weitherzig ausgelegt hatte, und versuchte daher im Einverständnis mit Poincaré, dies richtigzustellen. Zu diesem Zweck wurde Paléologue am frühen Morgen mit Bezug auf die Weisung Vivianis vom 27. Juli folgendes mitgeteilt: Die französische Regierung werde keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konflikts herbeizuführen und das Vorgehen der russischen Regierung im Interesse des allgemeinen Friedens zu unterstützen, andererseits sei Frankreich entschlossen, alle seine Bündnispflichten zu erfüllen. Aus diesem letzten Satz ging hervor, daß man die Erklärungen Paléologues keineswegs desavouieren

* Iswolski in Russ. Dok. I 5 Nr. 289 sowie Joffre, I S. 214, geben an, daß auch Messimy und der Marineminister Gauthier an der Unterredung teilgenommen hätten, was jedoch von Messimy, S. 184, bestritten wird.

wollte. Nun kam aber eine gewisse Einschränkung: Eben gerade im Interesse des allgemeinen Friedens, und da zwischen den weniger beteiligten Mächten Unterhandlungen schwebten, halte Viviani es für notwendig, „wenn Rußland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, zu denen es glaubt schreiten zu müssen, unmittelbar keine Anordnung treffe, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würde“[5]. Im Grunde genommen war dies ungefähr das gleiche, was Pourtalès mit seiner mißverstandenen Demarche bei Sasonow erreichen sollte.

Der Inhalt des Telegramms wurde noch in der Nacht Iswolski bekanntgegeben. Der Botschafter benachrichtigte hierauf Sasonow von der nächtlichen Beratung und gab den Teil des Telegramms an Paléologue sehr genau wieder, daß die französische Regierung ihre Bündnispflichten erfüllen werde, es aber für angebracht halte, daß Rußland Deutschland keinen Vorwand für eine Mobilmachung gebe.

Wir erinnern uns, daß dieses Telegramm dem Zaren erst nach der endgültigen Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu Gesicht kam und von ihm aus Peterhof am 31. mit der Bemerkung zurückgegeben wurde, daß dieses Telegramm „zu spät“ gekommen sei. Wäre es früher angekommen, hätte der Zar vielleicht die allgemeine Mobilmachung nicht angeordnet! —

Eine Abschrift des Telegramms an Paléologue ging an Paul Cambon nach London. Wie ernst Viviani die Situation beurteilte, zeigt sich auch darin, daß er dabei Cambon den Auftrag erteilte, Grey an seinen Briefwechsel mit ihm vom November 1912 zu erinnern, wonach beide Regierungen sich verpflichtet hatten, im Fall einer europäischen Spannung die Lage gemeinsam zu prüfen. Damit war auch formell der Kontakt der Entente cordiale hergestellt. Von der Mitteilung an Cambon wurde auch Iswolski in Kenntnis gesetzt, der hiervon ebenfalls Sasonow unterrichtete[6].

Von den Mitteilungen an Paléologue wurde auch der russische Militärattaché Graf Ignatiew noch am frühen Morgen von Messimy in großen Zügen benachrichtigt. Dabei stellte Messimy den Wunsch Frankreichs, alle Mittel zur Erhaltung des Friedens zu benutzen, als um so wichtiger hin, als eine „Hinziehung des Bruches“ für Rußland nützlich sei. Weiter wiederholte Messimy noch einmal seine uns aus der nächtlichen Unterredung mit Ignatiew bekannte Auffassung, Rußland könne den Gang seiner Mobilmachung aufhalten und sogar Deutschland eine entsprechende Erklärung abgeben, was es jedoch nicht hindern würde, seine „Vorbereitungen in Wirklichkeit fortzusetzen und sogar zu beschleunigen“, sofern Rußland auf Massentransporte von Truppen nach Möglichkeit verzichten würde. Ignatiew setzte Iswolski hiervon in Kenntnis und sandte auch ein eigenes Telegramm über die Auffassungen des französischen Kriegsministers an den russischen Generalstab[7]. Hieraus geht hervor, daß Messimy inzwischen schon etwas mehr nach der russischen Seite hin eingeschwenkt war.

Inzwischen hatte Iswolski auch mit Margerie gesprochen, der ihm mitteilte, daß die französische Regierung sich durchaus nicht in die militärischen Vorbereitungen Rußlands einmischen wolle, es aber in Anbetracht der Fortführung der Verhandlungen zur Erhaltung des Friedens für wünschenswert erachte, daß

die militärischen Vorbereitungen einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter trügen. Iswolski machte Sasonow hiervon noch am Vormittag Mitteilung und fügte hinzu, daß Messimy Ignatiew gegenüber den gleichen Gedanken entwickelt habe.

Wie man sich die Ausführung dieses Vorschlages am Quai d'Orsay eigentlich dachte, ob man überhaupt eine Vorstellung davon hatte, wie die Russen ihre Mobilmachung, noch dazu ohne Massentransporte, beschleunigt durchführen sollten, steht dahin.

Wie der weitere Verlauf der Dinge zeigt, stellten sich die französischen Vorschläge als untauglicher Versuch des Quai d'Orsay dar, der russischen Mobilmachung einen Charakter zu geben, der die Durchführung der Mobilmachungsmaßnahmen möglich machen sollte, ohne Deutschland zu veranlassen, seinerseits mit der Mobilmachung zu antworten. Es fehlte an der richtigen Vorstellung von dem Ablauf einer Mobilmachung und an dem festen Willen, sich in die militärischen Maßnahmen des Bundesgenossen einzumischen, was allein den Frieden hätte retten können. Jedenfalls geht aber aus diesen ganzen Besprechungen hervor, daß Frankreich schon in der Anordnung der russischen Mobilmachung gegen Österreich ein Vorgehen erblickte, das Deutschland veranlassen konnte, seinerseits Mobilmachungsmaßnahmen vorzunehmen. Damit, daß Rußland nicht nur auf Massentransporte, wie sie für den Aufmarsch gegen Österreich notwendig waren, nicht verzichten wollte, sondern darüber hinaus an diesem Tage die allgemeine Mobilmachung erneut anordnete, dürfte man am Quai d'Orsay nicht gerechnet haben.

Im Hinblick auf den Ernst der Lage und die vom russischen Generalstab erwartete Mobilmachung Deutschlands kam den Meldungen über militärische Maßnahmen an der deutschen Grenze jetzt natürlich erhöhte Bedeutung zu. Hierin dürfte neben der allgemeinen Kriegspsychose eine Erklärung dafür liegen, daß alles, was über militärische Vorbereitungen in Deutschland gemeldet wurde, sehr viel schlimmer aufgefaßt worden ist, als es in Wirklichkeit war.

Nach einem vom französischen Generalstab um 6 Uhr morgens abgeschlossenen Bericht hatten die Truppen der deutschen Armeekorps in Lothringen, das XVI. Korps in Metz und das XXI. in Saarbrücken, ihre Grenzschutzstellungen von der luxemburgischen Grenze bis zum Donon, einem beherrschenden Berg in den Vogesen westlich Straßburg, bezogen. Vorposten und Patrouillen seien bis an die Grenze vorgedrungen. Auch beim XV. Korps in Straßburg seien Truppen in die Grenzstellungen vorgeschoben worden, dagegen sei es in Mülhausen im Elsaß, wo das XIV. Korps stand, völlig ruhig. Es lägen noch keine Nachrichten vor, daß Reservisten in Deutschland eingezogen seien*. Eine Mobilmachung war somit noch nicht erfolgt.

Wenn in diesen Grenzschutzmaßnahmen eine unmittelbare Bedrohung Frankreichs auch nicht zu erblicken war, bestand der Generalstabschef General Joffre am Vormittag Messimy gegenüber doch von neuem darauf, den französischen Grenzschutz, die couverture, aufzustellen. Die planmäßige Aufstellung der cou-

* Franz. Dok. XI Nr. 303. Der Donon wurde 1914 gleich nach Ausbruch der Feindseligkeiten von den Franzosen besetzt, später von den Deutschen wiedergenommen.

verture bedeutete aber für Frankreich etwas ganz anderes als der Grenzschutz in Deutschland. Während der deutsche Grenzschutz von immobilen Truppen übernommen wurde, erforderte die couverture die Mobilmachung von 5 Grenzkorps sowie aller Kavalleriedivisionen und bedeutete somit eine Teilmobilmachung der französischen Armee. Daß eine derartige Maßnahme eine starke Beunruhigung bei der französischen Bevölkerung hervorrufen würde, unterlag keinem Zweifel. Aus diesem Grunde wollte Messimy auch zunächst an diese Maßnahme nicht recht heran.

Die uneingeschränkte Durchführung der couverture hatte aber auch politische Bedenken. Einmal wäre sie nicht in Einklang zu bringen gewesen mit dem Ratschlag, den man soeben dem russischen Bundesgenossen gegeben hatte, Massentransporte zu vermeiden, um nicht die deutsche Mobilmachung hervorzurufen. Weiter hätte die aus der couverture sich ergebende Teilmobilmachung die Wirkung haben können, daß England, dessen Entschließungen noch unsicher waren, Frankreich für weitere Mobilmachungen verantwortlich machen würde. Auch hätte man Deutschland dadurch ein Argument in die Hand gespielt, das es England erschwert hätte, sich auf die Seite Frankreichs und Rußlands zu stellen. So kam Messimy auf den Gedanken, von der für den Grenzschutz vorgesehenen Mobilmachung abzusehen und auch bei der Aufstellung eines von immobilen Truppen auszuführenden Grenzschutzes auf Truppentransporte zu verzichten. Ferner sollte eine Zone von 10 km von Truppen freigehalten werden, um eine vorzeitige Entwicklung des Krieges durch Gefechte der Grenzschutztruppen zu vermeiden.

Da Messimy das Risiko dieses Entschlusses nicht allein auf sich nehmen wollte, besprach er die Angelegenheit mit Viviani, der wiederum Poincaré um seine Ansicht bat. Poincaré erwog das Für und Wider der geplanten Maßregel mit Viviani, Messimy sowie auch mit Joffre und billigte schließlich vollkommen die Vorschläge des Kriegsministers[8].

Um 9.30 Uhr begann der Ministerrat, dem diesmal eine besonders schwere Verantwortung zufiel, wenn auch das Entscheidende, die schwächliche und unklare Einwirkung auf den russischen Bundesgenossen, bereits durch die nächtliche Beratung vorweggenommen war. Ein Protokoll liegt nicht vor. Worüber verhandelt wurde, ergibt sich aber aus den Maßnahmen, die im Anschluß an den Ministerrat getroffen wurden. Die Minister billigten die am frühen Morgen aufgegebenen Telegramme, insbesondere die Weisung an Paléologue. Eine längere Debatte entspann sich über die Aufstellung der couverture, wobei die bereits erwähnten Gesichtspunkte zur Sprache kamen.

Der Generalstab hatte einen Vergleich der in Frankreich und Deutschland getroffenen Maßnahmen zusammengestellt, um zu zeigen, daß die deutschen Maßnahmen die französischen zu diesem Zeitpunkt insofern überträfen, als der Grenzschutz bei 4 Armeekorps aufgestellt sei, Befestigungsarbeiten vorgenommen würden und die Reserveoffiziere schon eingezogen seien. Auch würden die Bahnhöfe militärisch bewacht, und die Straßen nach Frankreich seien gesperrt. Ferner wurde dem Ministerrat eine Meldung Fochs, des damaligen Kommandierenden Generals des XX. Korps in Nancy, vorgelegt, Metz sei seit

dem 25. in Kriegszustand versetzt, und es würden Verstärkungsarbeiten vorgenommen[9].

Nach langem Hin und Her kam im Ministerrat gegen Mittag schließlich eine Einigung dahin zustande, daß die couverture mit den von Messimy vorgeschlagenen Einschränkungen durchgeführt werden sollte: Einrücken nur der Formationen in ihre Stellungen, die sie durch Fußmarsch erreichen konnten, und Vermeiden von Eisenbahntransporten. Reservisten sollten im Augenblick noch nicht einberufen werden, auch dürften keine Requisitionen stattfinden. Um jede Berührung zwischen den deutschen und französischen Patrouillen zu vermeiden, sollten die Deckungstruppen 10 km von der Grenze entfernt bleiben[10].

Von diesem Beschluß machte Messimy Joffre Mitteilung, worauf der Generalstabschef lebhaften Einspruch erhob, insbesondere gegen die Nichteinberufung der Reservisten und gegen eine Begrenzung der Deckungstruppen auf die Formationen, die ihre Stellungen durch Fußmarsch erreichen konnten. Er machte geltend, daß dies eine halbe Maßregel sei, die nicht genüge, um eine ausreichende Deckung gegen einen gegen die Grenze gerichteten Stoß (coup de force) zu bieten. Gegen die Zehnkilometerzone machte er weniger Einwendungen. Vielleicht war dem Generalstabschef die Maßnahme nicht einmal so unangenehm, da er die nicht mobilisierten Deckungstruppen wohl selbst Grenzgefechten nicht gern aussetzen wollte. Doch konnte Joffre noch erreichen, daß die für den Bahntransport in Betracht kommenden Truppen sich in der Nähe der Bahnhöfe versammeln durften und es ihm überlassen blieb, die Zone zu bestimmen, die von Truppen und Patrouillen nicht überschritten werden durfte. Auch wurden Vorbereitungen für eine schnelle Abwicklung der Requisitionen genehmigt[11].

Da die durch den Ministerrat beschlossenen Einschränkungen bei der Durchführung der couverture hauptsächlich mit Rücksicht auf England getroffen waren, wurde Paul Cambon über die getroffenen Maßnahmen zwecks Mitteilung an Grey eingehend unterrichtet. Es wurden ihm die französischen und deutschen militärischen Vorbereitungen genau mitgeteilt, damit England erkennen könne, daß es nicht Frankreich sei, das die aggressiven Maßnahmen getroffen habe. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Zurückziehung der Deckungstruppen dem für die Offensive berechneten Plan widerspreche und man einen Gebietsstreifen ohne Verteidigung einem plötzlichen Einfall des Feindes offengelassen habe. Man verfolge damit nur den einen Zweck, der öffentlichen Meinung und der britischen Regierung zu zeigen, „daß Frankreich wie auch Rußland nicht zuerst schießen würden“[12]. Daß Rußland aber als erster mobil machen wollte, wurde jedoch nicht erwähnt.

Gegen 5 Uhr gingen die entsprechenden Befehle an die in Frage kommenden Korps und Formationen heraus. Die Linie, die die Truppen und Patrouillen nicht überschreiten durften, wurde durch Bezeichnung von im ganzen 54 Ortschaften angegeben, die jedoch zum Teil nur 5 bis 6 km hinter der deutsch-französischen Grenze lagen. Den Befehlsstellen wurde besonders eingeschärft, aus diplomatischen Gründen die bezeichnete Linie weder durch Truppen noch durch Patrouillen zu überschreiten.

Sofort nach dem Ministerrat hatte Iswolski eine Unterredung mit Viviani, wobei er mit ihm über die Antwort sprach, die Messimy dem Grafen Ignatiew auf die Frage gegeben hatte, wie man die an Paléologue gegebene Anweisung, die russische Mobilmachung unauffällig zu betreiben, ins Militärische übersetzen könne. Wie sich Viviani die praktische Durchführung seiner Wünsche dachte, läßt sich nicht genau feststellen. Es ist möglich, daß er ihm, wie aus einer Notiz Abel Ferrys von der Ministerratssitzung hervorgeht, gesagt hat, „russische Mobilmachung nicht anhalten, mobilisieren, aber nicht konzentrieren"[13]. Vom militärischen Standpunkt aus war dies natürlich eine Unmöglichkeit, da eine Armee nicht mobil macht, um zu Hause zu bleiben, sondern um die eigenen Grenzen zu schützen oder den Gegner anzugreifen. Auch war es selbstverständlich, daß die Mobilmachung des riesigen russischen Reiches selbst ohne Konzentration von Truppen an der Grenze unauffällig nicht durchzuführen war. —

Da Ignatiew befürchtete, seinem am Morgen abgesandten Telegramm sei vielleicht zu entnehmen, daß der französische Kriegsminister den Krieg vermeiden wolle, teilte er seinem Generalstab in einem weiteren Telegramm noch mit, die Haltung Messimys erkläre sich nur daraus, daß die französische Regierung sich ihrer schweren Verantwortung in dieser „Weltfrage" bewußt sei. Die Ereignisse hätten sich so schnell abgespielt, daß sie nicht genügend hätten erörtert werden können, doch dürfe der Vorbehalt des Kriegsministers nicht so ausgelegt werden, als wolle Frankreich „in letzter Minute" zurückweichen. Jedenfalls hätten die Worte Messimys auf den normalen Gang der Kriegsvorbereitungen keinen Einfluß ausgeübt. Die Mobilmachungsmaßnahmen der französischen Regierung würden planmäßig erledigt und von ihm an Hand des ihm vorgelegten Mobilmachungsjournals täglich nachgeprüft. Bis zum heutigen Abend seien die Maßnahmen für politische Spannungen und für Sicherheit durchgeführt. Er erhalte soeben auch die Mitteilung, daß von heute abend ab die „mesures de couverture" in Kraft treten würden, die die Einberufung der Reservisten in den Grenzkorps nach sich zögen. Die Mitteilung über die Einberufung der Reservisten in den Grenzkorps sei insofern auffällig, als der offizielle Befehl hierzu erst am nächsten Tage gegeben wurde. Da die Grenzkorps sich schon fast in Kriegsstärke befänden, würden nur wenige Reservisten benötigt. Er bewundere die allgemeine Ruhe, die Befriedigung über die vorbereitende Arbeit in Friedenszeiten, und „die unverhohlene Freude", die nach Ansicht der Franzosen günstige strategische Lage auszunutzen. Dieser Eindruck sei natürlich je nach dem Temperament der Offiziere verschieden. Zum Schluß teilte der russische Militärattaché noch mit, Joffre befürchte, daß die Verhandlungen den Deutschen übermäßige Zeit zur Vorbereitung zum Kriege geben würden, und sei der Ansicht, man müsse sich diesen Verhandlungen gegenüber vorsichtig verhalten[14].

Ungefähr zur gleichen Zeit, als in Berlin vom „Lokal-Anzeiger" durch ein Versehen der Redaktion eine falsche Meldung über die deutsche Mobilmachung durch Flugblätter in einigen Straßen verbreitet wurde, brachte der „Paris-Midi" eine sensationelle Meldung über die nächtliche Beratung bei Poincaré unter dem Titel: „Un conseil de guerre s'est tenu toute la nuit à l'Elysée." Bei dem nächtlichen Kriegsrat sei die Frage der Mobilmachung von vier Jahrgängen ins Auge

gefaßt und die eventuelle Notwendigkeit der Mobilmachung von acht Armeekorps als Antwort auf einen ähnlichen Beschluß Deutschlands erörtert worden. Die Mitteilung rief natürlich in Paris eine Panik hervor, die sich insbesondere auch auf der Börse und im Zahlungsverkehr mit Papiergeld zeigte. Die Polizei erhielt sofort Befehl, die in Umlauf befindlichen Nummern zu beschlagnahmen, und gegen den „Paris-Midi" wurde ein Verfahren eingeleitet[15]. Durch eine Meldung der Agence Havas wurde die falsche Meldung richtiggestellt und insbesondere hervorgehoben, daß die Einberufung von Reservisten keineswegs ins Auge gefaßt sei.

Gegen 3 Uhr nachmittags erschien Iswolski am Quai d'Orsay und teilte Margerie mit, daß Sasonow auf die dringende Bitte von Pourtalès hin die uns bekannten Bedingungen formuliert habe, unter denen sich Rußland verpflichten würde, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen. Von der weiteren Mitteilung Sasonows, daß Rußland bis zum Empfang einer völlig zufriedenstellenden Antwort Österreichs durch die deutsche Regierung seine Rüstungen fortsetzen würde, hat Iswolski den Quai d'Orsay jedoch anscheinend nicht in Kenntnis gesetzt.

Nach wenigen Stunden gingen auch zwei Telegramme Paléologues ein, die ebenfalls Mitteilungen über die Sasonow-Formel brachten, wobei der Vorgang von Paléologue jedoch so dargestellt war, als ob die Formel Sasonows dessen eigener Initiative und dem Wunsch des Zaren zuzuschreiben sei, den Krieg zu vermeiden, während die Anregung hierzu, wie wir wissen, von Pourtalès ausgegangen war[16].

Paléologue wurde vom Quai d'Orsay auf diese Unstimmigkeit auch hingewiesen und ihm mitgeteilt, es wäre auf jeden Fall seine Sache, in enger Fühlungnahme mit Sasonow eine geeignete Formel ausfindig zu machen, ohne dadurch dem englischen Vermittlungsversuch entgegenzuarbeiten. Bezeichnenderweise gab Viviani dabei zu, daß die jetzige Fassung der Sasonow-Formel Österreich möglicherweise nicht annehmbar erscheinen würde[17].

Viviani hatte am Nachmittag eine längere Unterredung mit dem österreichischen Botschafter, Graf Szécsen. Der Botschafter fand Viviani friedlich und versöhnlich. Er setzte dem Ministerpräsidenten die Gründe auseinander, warum Österreich die serbische Antwort nicht hatte akzeptieren können. Viviani beklagte sich darüber, daß man nicht wisse, was die Österreicher wollten, so daß jeder Vermittlung der Weg versperrt sei. Szécsen meinte, man habe Serbien seine Forderungen doch deutlich mitgeteilt. Nachdem sie nicht erfüllt wurden, sei der Kriegszustand eingetreten. Wenn Serbien nachgeben wolle, könne es in Wien anfragen, welche Bedingungen Österreich jetzt stellen würde. Diese neuen Bedingungen könnten dann die Grundlage für eine Besprechung der vier weniger interessierten Mächte geben.

Es kam dann noch die Sprache auf die Mobilmachung, wobei Viviani zugab, daß die Folgen der russischen Mobilmachung gefährlich sein könnten. Als Szécsen erwähnte, daß es nützlich sei, wenn Rußland seine Mobilmachung einstellen und entsprechende Erklärungen abgeben würde, meinte Viviani, Rußland müsse vorher darüber beruhigt werden, daß Österreich Serbien nicht vernichten wolle. So zweifelte man auch in Paris an einer begrenzten Durchführung der österreichischen Aktion.

Die Nachrichten aus Berlin trugen auch nicht dazu bei, die durch die alarmierenden russischen Meldungen aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Nach einem Bericht des französischen Militärattachés in Berlin, Oberstleutnant Serret, an Messimy vom 29. Juli, der am 30. eingegangen sein dürfte, sah Serret die Lage außerordentlich ernst an. Die Haltung Deutschlands erscheine ganz klar. Jagow habe erklärt, wenn Rußland sich darauf beschränke, an der österreichischen Front zu mobilisieren, werde Deutschland sich nicht rühren, aber es werde sofort in Aktion treten, wenn Rußland Österreich angreife oder wenn es an der deutschen Front mobilisiere. Diese klare Meldung des Militärattachés hätte dem Quai d'Orsay noch einmal Gelegenheit geben können, auf Rußland einzuwirken, wenn es auch praktisch wohl keinen Nutzen mehr gehabt hätte, da der Zar an diesem Tage, wie wir gesehen haben, um 4 Uhr nachmittags die allgemeine Mobilmachung endgültig angeordnet hatte.

Weiter hatte Serret mitgeteilt, er kenne zwar nicht die russischen Absichten, aber wenn Deutschland in Aktion trete, würde es auf jeden Fall sofort gegen Frankreich vorgehen, ganz gleich wie Frankreichs vorherige Haltung sei. Deutschland würde, wie Jagow sich dem Botschafter Cambon gegenüber geäußert habe, den Kampf mit einem coup d'éclat beginnen, der die Welt in Staunen setzen würde. Wenn es dem Deutschen auch nicht liege, Abenteuer zu unternehmen, fuhr Serret fort, so müsse man doch mit der Möglichkeit eines plötzlichen, gut vorbereiteten Einfalls rechnen. Serret hatte natürlich ganz richtig erkannt, daß Jagow dabei den Einmarsch in Belgien im Auge hatte, und er war der Meinung, dieses Unternehmen dürfe Frankreich nicht unvorbereitet finden, es sei im Gegenteil eine Gelegenheit, einen beträchtlichen moralischen Erfolg davonzutragen.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen gab Serret noch Einzelheiten wieder und berichtete, die Sanitätsoffiziere der Reserve seien in großer Zahl eingezogen worden, während die Truppen noch in der Nähe ihrer Unterkünfte Übungen abhielten.

Auch von Jules Cambon waren im Laufe des Nachmittags mehrere Mitteilungen bei Viviani eingegangen. Es ginge das Gerücht, die Mobilmachung sei heute morgen beschlossen worden und werde wahrscheinlich morgen angeordnet. Den Pressekorrespondenten habe man in der Wilhelmstraße erklärt, man könne solche Gerüchte bezüglich der Mobilmachung weder dementieren noch bestätigen, aber es seien schwerwiegende Entschlüsse gefaßt worden. Ferner berichtete Cambon, die Bevölkerung, namentlich in Hamburg, stehe einer englischen Intervention sehr skeptisch gegenüber, worin er eine Gefahr erblicke. Goschen sei zwar der Meinung, wenn England seine Absichten offen bekanntgebe, würde sich Rußland intransigent zeigen und die Entspannung noch schwieriger werden. Er selbst befürchte jedoch, daß die deutsche Regierung sich infolge der Zurückhaltung Englands gefährlichen Illusionen hingebe. Dieser Ansicht seien auch die in Berlin wohnenden Russen.

Unterstaatssekretär Zimmermann befürchte, daß Österreich infolge der russischen Teilmobilmachung vollständig mobil mache, was die russische allgemeine Mobilmachung und weiterhin die deutsche Mobilmachung zur Folge haben könne. Der dänische Gesandte hatte Cambon gesagt, daß nach seinen persön-

lichen Eindrücken die Truppen schon gegen die französische Grenze transportiert würden. Dänemark würde, vielleicht abgesehen von einigen Vorsichtsmaßnahmen zur See, keine militärischen Maßnahmen ergreifen[18].

Weiter meldete Cambon, Jagow habe ihm telephonisch mitgeteilt, daß die vom „Lokal-Anzeiger" verbreitete Nachricht von der deutschen Mobilmachung falsch wäre, und ihn gebeten, Viviani sofort davon zu unterrichten. Zimmermann habe einem der Gesandten gesagt, die militärischen Behörden drängten auf die Mobilmachung, doch man habe nicht nachgegeben. Die Mobilmachung könne aber jeden Augenblick beschlossen werden.

Auch lagen viele Meldungen über militärische Vorgänge aus Deutschland vor, die in ihrer Gesamtheit jedoch zeigten, daß die Mobilmachung noch nicht angeordnet sein konnte[19].

Nach einer um 2 Uhr abgeschlossenen Meldung des Generalstabes wurde die Rückkehr der Truppen aus den Manövern in ihre Garnisonen und die Bewachung von Kunstbauten festgestellt. Ferner wurde die Einberufung von Reserveoffizieren, weitere Grenzschutzmaßnahmen und Fliegererkundung längs der Grenze gemeldet, sowie die Armierung der Grenzbefestigung Diedenhofen (Thionville), Metz, Straßburg, Istein. An der russischen Grenze seien geheime Mobilmachungsmaßnahmen getroffen, die Flotte sei von Kiel nach Osten (Danzig) ausgelaufen.

Nach einer Korrespondenzmeldung sollte sogar die deutsche Flotte nach Königsberg abgefahren sein und würden 150000 Reservisten in und um Berlin versammelt. Daß die letzte Meldung nicht stimmte, dürfte vom französischen Generalstab ohne weiteres erkannt worden sein.

Bis 9 Uhr abends lagen beim französischen Generalstab über Deutschland weitere Meldungen über Verstärkung des Grenzschutzes vor, auch seien in Trier Truppen aus Köln eingetroffen.

Am Abend suchte der britische Botschafter Sir Francis Bertie Poincaré auf, um ihm die Glückwünsche Greys zum Erfolg seines Besuches in Petersburg zu überbringen. Poincaré setzte den Botschafter davon in Kenntnis, daß Deutschland in Petersburg erklärt habe, es werde mobilisieren, wenn Rußland seine Mobilmachung nicht einstelle. Dieser Schritt sei dann in eine Anfrage eingeschränkt worden, unter welchen Bedingungen Rußland demobilisieren würde. Die darauf von Sasonow gestellten Bedingungen (Sasonow-Formel) werde Österreich jedoch wahrscheinlich nicht annehmen.

Poincaré versuchte dann, Bertie auseinanderzusetzen, daß ein allgemeiner europäischer Krieg nur vermieden werden könnte, wenn England erkläre, daß es Frankreich in einem Konflikt mit Deutschland unterstützen würde. Bertie machte hiergegen geltend, das Unterhaus würde die Notwendigkeit für eine derartige Erklärung nicht einsehen, da England an der österreichisch-serbischen Frage kein unmittelbares Interesse habe. Poincaré hielt aber eine solche Erklärung für notwendig zur Erhaltung des Friedens, an dem England ein eben so großes Interesse habe wie Frankreich. Wenn Deutschland Österreich in einem Kriege mit Rußland zu Hilfe komme, wäre Frankreich infolge seines Vertrages verpflichtet, Rußland beizustehen. Daraus würde sich ein allgemeiner Krieg entwickeln, in den dann auch England zum Schutz lebenswichtiger Interessen

hineingezogen würde. Wenn England dagegen jetzt seine Absicht erkläre, Frankreich zu unterstützen, so würde ein Krieg ziemlich sicher vermieden werden. Wenn Deutschland auch vielleicht bereit wäre, den Kampf gegen Rußland und Frankreich aufzunehmen, würde es sich doch nicht bei einer Teilnahme Englands der Gefahr aussetzen wollen, seinen Überseehandel vernichten und sich durch die britische Flotte aushungern zu lassen. Bertie erwiderte, Deutschland wisse, daß die britische Flotte Befehl erhalten habe, nicht auseinanderzugehen. Poincaré bestand aber darauf, daß eine formelle Ankündigung der englischen Unterstützung einen Krieg verhindern oder mindestens bei Ausbruch der Feindseligkeiten dazu beitragen würde, das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Nachträgliche Hilfe könne zu spät kommen. Bleibe England neutral und würde Deutschland auf dem Kontinent allmächtig, so würde sich auch die Stellung Englands als Großmacht zu seinem Schaden völlig ändern.

Der Botschafter nahm Gelegenheit, noch am gleichen Abend Grey von den Ansichten Poincarés in Kenntnis zu setzen[20].

Aus der Unterredung mit Bertie hatte Poincaré anscheinend den Eindruck gewonnen, daß der nicht sehr aktive Botschafter seine Wünsche, sich über die Absichten Greys möglichst bald Klarheit zu verschaffen, nicht genügend berücksichtigen würde. Viviani setzte sich daher mit Cambon telephonisch in Verbindung, um ihm zu sagen, er solle sich so bald wie möglich über die Absichten Englands Gewißheit verschaffen. Cambon dürfte Viviani mitgeteilt haben, daß eine Erklärung Greys jetzt wohl noch verfrüht wäre, im übrigen seien die militärischen Maßnahmen Englands nicht nur zur See, sondern auch zu Lande bedeutend[21]. Dies wurde auch durch weitere Mitteilungen Cambons bestätigt, wonach die britische Regierung 25000 Reservisten für die Bewachung der nach den Häfen führenden Eisenbahnen einberufen hatte. Ferner war ein Bericht des französischen Marineattachés eingegangen, der technische Mitteilungen über den vorgesehenen Transport englischer Truppen nach Frankreich enthielt*. So konnte der Quai d'Orsay mit der Haltung Englands eigentlich zufrieden sein.

Um Mitternacht traf jedoch die Mitteilung Cambons ein, daß Grey den Augenblick zu einer britischen Intervention noch nicht für gekommen erachte. Auch Asquith, der an und für sich einer Intervention nicht abgeneigt sei, scheine nicht dafür zu sein, schon jetzt eine entschlossene Haltung zu zeigen. Grey habe in der Hoffnung, daß eine friedliche Lösung noch möglich sei, in Petersburg den Vorschlag gemacht, Rußland solle eine Besetzung Belgrads durch Österreich unter der Bedingung zulassen, daß die Stadt wieder geräumt werde, sobald ein Ausgleich gefunden sei. Cambon glaubte jedoch nicht, daß Rußland diesem Vorschlag zustimmen werde.

Gegen 7 Uhr abends war die Antwort Paléologues auf das ihm am Morgen auf Grund der nächtlichen Beratung zugegangene Telegramm Vivianis eingetroffen, in dem Sasonow empfohlen wurde, keine Maßnahmen zu treffen, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung geben konnten. Paléologue teilte mit, daß er noch am Morgen Sasonow eine

* Franz. Dok. XI Nr. 290. Einzelheiten sind in diesem Dokument wohl aus Gründen militärischer Geheimhaltung nicht veröffentlicht worden.

entsprechende Mitteilung gemacht und der Minister ihm geantwortet hätte, es seien gerade in der letzten Nacht einige geheime Vorsichtsmaßregeln aufgeschoben worden, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätte alarmieren können. Dabei erwähnte er auch kurz, daß der russische Generalstabschef Januschkewitsch dem deutschen Militärattaché gestern sein Ehrenwort gegeben habe, daß die heute befohlene Mobilmachung ausschließlich Österreich angehe[22].

Diese beruhigende Mitteilung Paléologues, nach der man annehmen konnte, die russische allgemeine Mobilmachung sei noch nicht erfolgt, wurde durch ein um 11.25 Uhr nachts eingehendes Telegramm des Botschafters wieder aufgehoben, in dem Paléologue mitteilte, daß Sasonow sich heute nachmittag auf Grund einer Unterredung mit Pourtalès hätte überzeugen müssen, daß Deutschland in Wien das entscheidende Wort nicht sprechen wolle. Auch der Zar habe aus einem Telegrammwechsel mit Kaiser Wilhelm denselben Eindruck gewonnen. Außerdem seien beunruhigende Nachrichten über Vorbereitungen bei der deutschen Armee und Marine eingetroffen. Die russische Regierung habe daher beschlossen, im geheimen die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung vorzunehmen (de procéder secrètement aux premières mesures de mobilisation générale). Gelegentlich dieser Mitteilung habe ihm Sasonow gesagt, daß die russische Regierung nichtsdestoweniger bis zum letzten Augenblick verhandeln werde[23].

Die von Sasonow Paléologue gegenüber angeführte Begründung für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung läßt sich mit den Vorgängen, wie sie sich am 30. nachmittags abgespielt haben, nicht in Einklang bringen. Die Entscheidung über die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung ist nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr gefallen. Die Unterredung Sasonows mit Pourtalès hat dagegen erst am Abend nach dem am späten Nachmittag abgehaltenen Ministerrat stattgefunden.

Auch der von Sasonow als Begründung für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung angeführte Telegrammwechsel des Zaren mit dem Kaiser kann nicht für die Entschließung des Zaren zur allgemeinen Mobilmachung angeführt werden. Das letzte Telegramm des Kaisers, das vor der Entschließung des Zaren für die allgemeine Mobilmachung in Peterhof eingegangen war, ist das Telegramm vom 29. abends, das gerade die gegenteilige Wirkung hervorgerufen und die Aufhebung des bereits gefaßten Entschlusses für die allgemeine Mobilmachung verursacht hat. Das am 30. eingegangene Telegramm des Kaisers ist erst um 6.30 Uhr in Peterhof eingetroffen. Dieses Telegramm Kaiser Wilhelms II. kann also noch nicht für die Entschlußfassung des Zaren am Nachmittag maßgebend gewesen sein. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Sasonow Paléologue diese den Tatsachen nicht entsprechende Mitteilung gemacht hat, um Frankreich über die wahren Gründe der Mobilmachung hinwegzutäuschen.

In der Formulierung der Mitteilung, daß beschlossen sei, im geheimen die „ersten Maßnahmen" für die allgemeine Mobilmachung vorzunehmen, lag fraglos eine Unehrlichkeit Rußlands gegenüber Frankreich. Man wollte glauben machen, daß die allgemeine Mobilmachung den Wünschen Vivianis entsprechend erst in einer Weise eingeleitet sei, die Deutschland noch keinen Anlaß geben konnte, nun seinerseits mobil zu machen.

Die Mitteilung wurde noch in der Nacht telephonisch von Abel Ferry an Messimy mit der Anfrage weitergegeben, ob nunmehr die Einberufung der Reservisten notwendig sei, was der Kriegsminister jedoch verneinte.

Als Poincaré die Meldung vorgelegt wurde, hat er, wie er in seinen Memoiren schreibt, es damals bedauert, daß Rußland dem Rate Vivianis nicht besser gefolgt war. Auf Grund der Mitteilung Paléologues habe er wenigstens die Hoffnung gehabt, daß die offizielle öffentliche Mobilmachung noch nicht bevorstehe.

Das Fehlen einer energischen Einwirkung auf Rußland am 30. Juli läßt sich vielleicht damit erklären, daß am Quai d'Orsay und im französischen Kabinett die falsche Vorstellung vorhanden war, daß die Russen auf die unmöglichen Vorschläge für die Durchführung der russischen Mobilmachung unter Verzicht auf den Aufmarsch an der Grenze eingehen würden. Es war eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, deren Ursprung in der mangelnden Vorstellung militärischer Verhältnisse lag.

Wie der französische Generalstab, der anscheinend nicht befragt worden ist, darüber gedacht hat, wissen wir nicht, aber man darf wohl ohne weiteres annehmen, daß er die Vorschläge nur als das angesehen hätte, was sie waren: ein halber Entschluß zur Beruhigung des französischen Kabinetts und ein Sichentlastenwollen von der Mitverantwortung für die russische allgemeine Mobilmachung, über deren Folgen niemand im Zweifel sein konnte.

Kapitel 51

Paris in Ungewißheit

Paris, 31. Juli: Poincarés Brief an König Georg — Erster Ministerrat — Beurteilung der Lage am Quai d'Orsay — Schoen bei Iswolski — Besuch Berties bei Viviani — Noch keine Entscheidungen aus London — Joffre drängt auf Aufstellung des mobilen Grenzschutzes — Mitteilungen über die russische allgemeine Mobilmachung — Kriegsgefahrzustand in Deutschland — Zweiter Ministerrat — Herrick bei Viviani — Schoen bei Viviani — Anfrage über die Haltung Englands — Eingang des Paléologue-Telegramms über die russische allgemeine Mobilmachung — Joffre erbittet Mobilmachungsbefehl — Dritter Ministerrat — Ermordung Jaurès' — Englands Haltung — Bertie bei Viviani — Die Neutralität Belgiens — Frankreich zum Kriege fest entschlossen — Nächtliche Vermittlungsversuche — Iswolski und Szécsen.

Der 31. Juli war für Paris ein Tag großer Ungewißheit. Man wußte am Quai d'Orsay weder, wieweit der Bundesgenosse den Rat befolgen würde, bei der Durchführung der Mobilmachung größere Truppentransporte nach Möglichkeit zu vermeiden, noch was England tun würde und wie es mit der deutschen Mobilmachung stand. Das deutsche Ultimatum an Frankreich und die erst am Abend aus Petersburg eintreffende Mitteilung über die russische allgemeine Mobilmachung bereiteten dann die Entscheidungen vor, die am nächsten Tage getroffen wurden.

Da infolge der Mobilmachung von 13 russischen Armeekorps sowie der Mitteilung Paléologues über die ersten geheimen Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung und der von Pourtalès angekündigten Mobilmachung Deutschlands für den Fall, daß Rußland in seinen Mobilmachungsmaßnahmen weiter fortschreiten würde, die Gefahr eines europäischen Krieges nicht mehr von der Hand zu weisen war, entschloß sich Poincaré zu einem persönlichen Brief an den König von England, durch den er die sofortige Mitwirkung der britischen Machtmittel bei einem Kriege mit Deutschland zu erreichen hoffte.

In diesem Entschluß dürfte Poincaré auch durch die Haltung des britischen Botschafters in Berlin bestärkt worden sein, dessen Zaudern, wie Jules Cambon mitteilte, dem Greys und Rodds entspreche. Diese Haltung Englands könne die schrecklichsten Folgen nach sich ziehen. In einem Krieg allein gegen Frankreich und Rußland hoffe Deutschland auf einen Erfolg, während die Ankündigung einer Intervention Englands sowohl auf den Kaiser wie auf die Regierung und die Bevölkerung schon wegen der Verproviantierung einen enormen Eindruck machen würde. Noch beunruhigender erschien Cambon die Äußerung des britischen Botschafters in Rom, das wahrscheinliche Fernbleiben Italiens könne die englische Neutralität gleichsam als Kompensation nach sich ziehen. Dies würde auch englischem Parlamentsgebrauch entsprechen, wonach zwei Mitglieder verschiedener Parteien übereinkommen, gemeinsam sich der Stimme zu enthalten. Diese Idee bedeute eine ungeheure Gefahr, da England mit Italien nicht verglichen werden

könne. Das Abenteuer eines Krieges fand Jules Cambon so furchtbar, daß man „vorher" die Sicherheit haben müßte, daß England Frankreich mit den Waffen unterstütze, sobald es angegriffen werde[1]. Auch hier zeigt sich wieder, von welch ausschlaggebender Bedeutung die Haltung Englands war.

In seinem Brief an den König führte Poincaré etwa folgendes aus: Die militärischen Vorbereitungen Deutschlands nähmen jeden Tag an Intensität und Beschleunigung zu, während Frankreich sich bisher auf die unentbehrlichsten Vorsichtsmaßnahmen beschränkt habe. Seine Mäßigung habe die Maßnahmen Deutschlands aber nicht verlangsamt, so daß die Republik vielleicht am Vorabend der furchtbarsten Ereignisse stehe. Daß die deutschen Vorbereitungen in erster Linie durch die russischen Rüstungen bestimmt wurden, erwähnte Poincaré natürlich nicht. Aus allen ihm zugegangenen Mitteilungen ginge hervor, daß der Krieg unvermeidlich wäre, wenn Deutschland die Gewißheit hätte, daß England nicht intervenieren würde. Dagegen wäre der Krieg zu vermeiden, wenn Deutschland sicher wäre, daß die Entente Cordiale sich bis auf die Schlachtfelder bewähren würde. Poincaré anerkannte zwar, daß die Militär- und Marineabkommen England volle Freiheit ließen und der Novemberbriefwechsel von 1912 die beiden Mächte nur verpflichte zu prüfen, ob für eine gemeinsame Aktion Anlaß vorliege, aber die Zuversicht, mit der beide Regierungen unablässig für die Erhaltung des Friedens gearbeitet hätten, und die Sympathien, die der König jederzeit Frankreich gegenüber bewiesen habe, hätten ihn dazu ermutigt, dem König offen seine Eindrücke mitzuteilen, die auch diejenigen der Republik und Frankreichs wären. Von dem Verhalten der englischen Regierung hänge die letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung ab. Frankreich habe von Anfang der Krise an seinen Verbündeten, worunter neben Rußland nur Serbien gemeint sein konnte, eine Mäßigung anempfohlen, von der sie nicht abgewichen wären, und es würde in diesem Sinne weiterwirken. Wenn Deutschland und Österreich aber damit rechnen könnten, daß England sich von dem Konflikt fernhalte, würden die Ansprüche Österreichs unbeugsam bleiben und ein Einvernehmen zwischen Rußland und ihm unmöglich werden. Es sei daher seine tiefe Überzeugung, daß, je mehr England, Frankreich und Rußland den starken Eindruck einer Einheit machten, man um so mehr auf die Erhaltung des Friedens rechnen dürfe. Sein Schritt sei nur von dem Wunsche diktiert, das europäische Gleichgewicht endgültig befestigt zu sehen[2].

Poincarés Brief wurde am Vormittag dem Ministerrat vorgelegt und von ihm genehmigt. Auch wurde beschlossen, das Schreiben noch am gleichen Tage durch den Chef des Protokolls William Martin nach London bringen zu lassen. Paul Cambon wurde hiervon verständigt. Martin reiste gegen Mittag ab und konnte noch am Abend bei seinem Eintreffen in London dem Privatsekretär des Königs, Lord Stamfordham, den Brief des französischen Staatsoberhauptes aushändigen.

Im übrigen befaßte sich der Ministerrat mit finanziellen Maßnahmen. Eine Bank hatte bereits schließen müssen, andere mußten ihre Zahlungen so gut wie einstellen.

Über den Abtransport der Deckungstruppen, die auf die Eisenbahn angewiesen waren, sowie über die Einberufung von Reservisten für die couverture wurden Entscheidungen noch nicht getroffen. Viviani zauderte noch, während Poincaré entschlossener schien.

In der Nacht war ein weiteres Telegramm Jules Cambons eingegangen, in dem der Botschafter über seine Unterredung mit Jagow vom vorhergehenden Tage berichtete. Die Unterredung selbst ist uns bereits aus dem Abschnitt Berlin bekannt. Cambon hatte Jagow an sein Wort erinnert, daß Deutschland nur mobil machen würde, wenn Rußland an der deutschen Grenze mobilisiere, was jedoch nicht der Fall sei. Jagow hätte dies zugegeben, aber darauf hingewiesen, daß die Armeeführer auf der Mobilmachung beständen. Seine Worte hätten keine bindende Verpflichtung von seiner Seite bedeutet[3].

Wie man am Quai d'Orsay die Dinge am 31. Juli beurteilte, kam in einem Erlaß zum Ausdruck, den Viviani gegen Mittag an die in Frage kommenden Missionschefs abgehen ließ. Die Lage wurde hier folgendermaßen charakterisiert: Deutschland höre auf, sich dadurch zwischen die Mächte zu stellen, daß es unter gleichzeitiger allseitiger Beteuerung seiner eigenen friedlichen Absichten erklärte, es handle sich nur um eine lokale, innere Angelegenheit, die ausschließlich zwischen Österreich und Serbien zu regeln sei, und es habe sich entschlossen, direkt zu handeln. Diese Haltung sei vollständig logisch; denn jetzt erst sei infolge der Kriegserklärung an Serbien und infolge des Mobilmachungsbefehls für 13 russische Armeekorps an der Grenze Galiziens mit der Spitze gegen Österreich die Frage zwischen Wien und Petersburg direkt aufgeworfen, wodurch der austro-serbische Konflikt in eine europäische Frage umgewandelt sei. Deutschland verhandele auf der einen Seite in Wien, um die Bedingungen Österreichs zu erfragen, auf der anderen Seite in Petersburg, wo man es diejenigen Rußlands habe wissen lassen.

Die direkte Aktion Deutschlands könne die Hoffnung entstehen lassen, daß es noch einen Schritt weiter tue und sich zwischen Österreich und Rußland ins Mittel lege, um zu versuchen, entweder allein oder, wie es England fordere, unter Beteiligung der drei anderen nicht direkt interessierten Mächte England, Frankreich und Italien die aller Wahrscheinlichkeit nach intransigenten Bedingungen, die zuerst beide, Petersburg wie auch Wien, stellen würden, einander anzunähern und in Übereinstimmung zu bringen. Diese Vermittlung werde sicherlich sehr schwierig sein wegen der weit auseinandergehenden Standpunkte der beiden Mächte und der beiderseitigen Sorge um ihr Prestige. Die direkten Verhandlungen zwischen dem russischen Botschafter und dem Grafen Berchtold seien übrigens gestern wiederaufgenommen worden und böten eine Möglichkeit für einen direkten Ausgleich[4].

Der Bericht fährt dann fort, die Haltung, die Deutschland jetzt einnehme, erlaube eine gewisse Hoffnung auf eine friedliche Lösung. Jedoch habe allein die Tatsache der russischen Teilmobilmachung in Deutschland und rückwirkend in Frankreich, ja sogar in England militärische Vorbereitungsmaßnahmen hervorgerufen, die sich aus der Furcht, daß einer dem anderen zuvorkomme, schnell weiterentwickelten. Es wurde dann auf die Demarche von Pourtalès am Nachmittag des 29. hingewiesen, die als eine Art Einschüchterungsversuch bezeichnet wurde; die gleiche Demarche habe Deutschland, wenn auch in etwas verhüllterer Form, in Paris und London gemacht. Die Antwort sei in Petersburg vollständig negativ, in Paris bestimmt und in London ruhig gewesen. Sie hätte zunächst eine Verdoppelung der Spannung zur Folge gehabt, „die beinahe die allgemeine

Mobilmachung Deutschlands nach sich gezogen hätte, das von seiner Militärpartei vorwärtsgestoßen wird". Dann sei aber ein Augenblick des Stillstands eingetreten, und Berlin habe sich in Petersburg über die Bedingungen informiert, unter denen sich Rußland auf ein Anhalten seiner militärischen Vorbereitungen einlassen würde. Es hätte das Gerücht von der bereits angeordneten deutschen Mobilmachung dementiert. Ein gleiches Dementi sei in Paris auf Grund sensationeller Zeitungsmeldungen (Paris Midi) gegeben worden.

Die Lage zwischen Frankreich und Deutschland ließe sich folgendermaßen zusammenfassen: Jedes der beiden Länder wolle dem anderen die Verantwortung, als erster die Mobilmachung angeordnet zu haben, zuschieben, und zwar besonders mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England, auf dessen Neutralität Deutschland immer noch hoffe. Andererseits wollten weder Frankreich noch Deutschland von der gegnerischen Mobilmachung überrascht werden, und jedes (!) setze seine Vorbereitungen fort, ohne die Mobilmachung im eigentlichen Sinne anzuordnen. Diese fatale Konkurrenz, zu der noch die Rußlands hinzukomme, bleibe äußerst gefahrvoll.

Als die beste und wahrscheinlich einzige Garantie einer friedlichen Lösung wurde erachtet: eine entschlossene Haltung Rußlands, ohne dabei mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, und eine klare Erklärung Englands in Berlin, das durch seine reservierte Haltung die Hoffnung Deutschlands und Italiens ermutige, es werde in einer wohlwollenden Neutralität verbleiben.

Die Nichtbeachtung der in Paris allerdings noch nicht bekannten Tatsache, daß Rußland durch die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung die Wand bereits durchstoßen hatte, die Europa noch vom Kriege trennte, war vielleicht der einzige Fehler, den dieser sonst so klare und vortreffliche Bericht enthielt.

Über die militärische Lage waren im Laufe der Nacht zahlreiche Meldungen eingegangen, die fraglos erkennen ließen, daß in Deutschland die Mobilmachung noch nicht angeordnet war. Der Militärattaché in Berlin, Oberst Serret, hatte zutreffend gemeldet, daß bis jetzt nur der Grenzschutz aufgestellt sei, jedoch könne der Befehl für die allgemeine Mobilmachung unverzüglich gegeben werden[5].

Nach einer Meldung des Kommandierenden Generals des VI. Armeekorps sollten am 29. Juli Infanterieregimenter aus Köln zur Verstärkung des Grenzschutzes in Metz eingetroffen sein. Bezeichnend war die Nachricht, daß der auch in Frankreich als sehr unternehmungslustig bekannte frühere Kommandierende General des XVI. Armeekorps, Graf Haeseler, bereits in Metz eingetroffen sei*. Ferner wurde gemeldet, daß Einberufungen von Reservisten mehrerer Jahresklassen stattfinden würden. Aus Longwy-Bas war die Mitteilung eingetroffen, daß eine in Trier angeschlagene Depesche die Mobilmachung für 6 Uhr abends ankündige. Der französische Gesandte in Luxemburg meldete patriotische Kundgebungen in Köln und anderen deutschen Städten, alle Welt wünsche den Krieg, „ausgenommen der Kaiser[6]".

In dem von ihm bis 8 Uhr morgens zusammengestellten Bericht über die Lage kam der Generalstab trotz mancher falscher Meldungen zu dem Ergebnis, daß die Nachrichten, die deutsche Mobilmachung werde mit dem 31. Juli beginnen, sich

* Generalfeldmarschall Graf Haeseler hatte während des Weltkrieges kein Kommando.

nicht bestätigt hätten. Dagegen sei es zutreffend, daß die Einberufung einzelner Reservisten aus gewissen Kategorien stattgefunden habe[7].

In einer Zusammenfassung des Nachrichtenbüros des Generalstabs war noch hervorgehoben worden, daß bisher keine Nachricht vorliege, die bestätige, daß irgendein Truppenteil mit der Eisenbahn seine Garnison verlassen habe oder an irgendeinem Platz ausgeladen worden sei. Ferner wurde gemeldet, daß abgesehen von einigen Spezialisten (Elektrotechniker, Büchsenmacher) Reservisten noch nicht eingezogen worden seien. Eine Konfidentenmeldung hingegen wollte die Einziehung von Reservisten zur Erreichung der Sollstärke bei verschiedenen Grenzkorps feststellen[8].

Um in London den Eindruck gesteigerter deutscher Rüstungsmaßnahmen im Vergleich zu Frankreich hervorzurufen, ging gegen Mittag eine entsprechend zusammengestellte ausführliche Meldung an den Botschafter ab. Es wurde hervorgehoben, die deutsche Armee habe ihre Vorposten an die Grenze vorgeschoben. Zweimal seien deutsche Patrouillen in französisches Gebiet eingedrungen. Die französische Bevölkerung protestiere gegen die Zurückziehung des Grenzschutzes hinter die Zehnkilometerzone, aber die Regierung wolle England zeigen, daß Frankreich auf keinen Fall der Angreifer sei. Der deutsche Grenzschutz sei vom XVI. Korps in Metz, das durch einen Teil des VIII. Korps verstärkt worden sei, sowie vom XV. Korps in Straßburg übernommen. Nun folgte die in diesem Zusammenhang irreführende Mitteilung, daß die Reservisten „in Deutschland zu Zehntausenden eingezogen" würden. Dies sei das letzte Stadium vor der Mobilmachung. Die Meldung konnte insofern zu falschen Schlüssen führen, als nicht nur in Deutschland, sondern in Frankreich und allen anderen Armeen im Sommer mehrere tausend Reservisten zu Übungen eingezogen waren, was aber mit Mobilmachung nichts zu tun hatte. Der Bericht fuhr fort, Frankreich habe dagegen noch keine Reservisten einberufen. Die deutschen Maßnahmen hätten, wie alle Nachrichten übereinstimmend bewiesen, am Tage der Übergabe der österreichischen Note begonnen. Diese Tatsachen, die, wie wir wissen, nicht zutreffend waren, würden dem Botschafter erlauben, der englischen Regierung „den Beweis zu liefern von dem Friedenswillen des einen und den aggressiven Absichten des andern[9]".

Der Pariser Berichterstatter der „Times", der zum Quai d'Orsay bestellt und ebenfalls im Sinne dieses Telegramms unterrichtet wurde, erkannte ganz richtig, daß durch diese Mitteilungen die öffentliche Meinung Englands auf die französische Mobilmachung vorbereitet und ihr die Ansicht beigebracht werden sollte, die Maßnahmen seien Frankreich aufgezwungen worden. Im Außenministerium habe man auch zugeben müssen, daß in Frankreich ähnliche Vorsichtsmaßregeln, jedoch, wie man behauptete, später getroffen worden seien. Daß die Angaben über die deutschen militärischen Maßnahmen größtenteils falsch oder übertrieben waren, konnte der „Times"-Korrespondent natürlich nicht ermessen. Der britische Botschafter Sir Francis Bertie gab die Auffassung des Berichterstatters an Grey weiter.

Am Vormittag nahm Schoen Gelegenheit, Iswolski persönlich zur Rede zu stellen, weil er den Argwohn nähre, Deutschland treibe zum Kriege. Wie Schoen

nach Berlin berichtete, sei Iswolski „ganz klein" geworden und habe beteuert, er würde beruhigend wirken, nachdem der gute Wille Deutschlands, den Frieden zu erhalten, erkennbar geworden sei.

Gegen Mittag, gleich nach dem Ministerrat, suchte Bertie Viviani auf, um ihm im Auftrage Greys mitzuteilen, Grey wisse aus dem Telegramm an Paul Cambon, daß Viviani Rußland dringend ersucht habe, die Krise nicht zu überstürzen[10]. Hiermit war die Weisung an Paléologue gemeint, Rußland zu empfehlen, durch seine militärischen Maßnahmen Deutschland nicht den Vorwand für eine Gesamt- oder Teilmobilmachung zu geben. Bertie gab Viviani ferner die Formel bekannt, die Grey Sasonow vorgeschlagen hatte, und bat den Ministerpräsidenten, für diese Anregung in Petersburg einzutreten*. Der Botschafter übergab Viviani seine Mitteilungen auch in einer Note, die sowohl den Wortlaut der Formel Sasonows enthielt, wie auch den Inhalt der Formel nach dem Abänderungsvorschlag von Grey**.

Viviani konnte dem Botschafter noch keinen Bescheid geben, doch sagte er zu, ihm heute nachmittag die Antwort der französischen Regierung zu übermitteln, ob sie den Vorschlag Greys in Petersburg unterstützen könne.

In der Unterredung teilte Viviani dem britischen Botschafter noch mit, daß in Wien zwischen Schebeko und Berchtold Besprechungen in freundschaftlichem Tone stattfänden[11]. Er stützte sich hierbei auf die ausführliche Mitteilung, die ihm Dumaine über seine Unterredung mit Schebeko im Beisein Bunsens gemacht hatte. Wie wir uns erinnern müssen, hatte der russische Botschafter Dumaine auf Grund seiner Unterredung mit Berchtold am 30. Juli über die Wiederaufnahme einer direkten Aussprache zwischen Wien und Petersburg berichtet***. Der Schluß des Telegramms von Dumaine hatte allerdings dann die alle Friedensaussichten wieder in Frage stellende unrichtige Mitteilung enthalten, daß in diesem Augenblick die Nachricht von der deutschen Mobilmachung nach Wien gelangt sei[12]. Die unzutreffende Mitteilung war durch die bekannte Falschmeldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" hervorgerufen worden.

Am Nachmittag nahm Viviani Gelegenheit, mit Poincaré über die ihm von Bertie mitgeteilte britische Anregung zu sprechen. Auch Poincaré war der Vorschlag Greys anscheinend nicht sehr sympathisch. Nach seinen Memoiren zu urteilen, verstand Poincaré nicht, warum man zulassen solle, daß Österreich sich

* Die von Grey abgeänderte Formel hatte folgenden Wortlaut: „Wenn Österreich nach Besetzung Belgrads und benachbarten serbischen Gebietes sich im Interesse europäischen Friedens bereit erklärt, seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, Rußland wird auch in Erörterung und Einstellung weiterer Vorbereitungen willigen, vorausgesetzt, daß andere Mächte das gleiche tun." Brit. Dok. Nr. 309.

** Franz. Dok. XI Nr. 389. Die Note enthielt insofern einen von der britischen Botschaft in Paris hineingebrachten Fehler, als es dort hieß, daß die Sasonow-Formel dem Minister von Paléologue übergeben worden sei. Der Fehler ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß Buchanan Sir Edward Grey mitgeteilt hatte, der Außenminister habe den Text der „französischen" Formel vorgelesen. Hiermit war jedoch nur gemeint, daß die Formel in französischer Sprache vorgelesen wurde, während die Botschaft anscheinend angenommen hat, daß die Formel vom französischen Botschafter stamme. Vgl. auch Brit. Dok. Nr. 302.

*** Vgl. hierzu Kapitel 43.

die Taschen fülle und einen Teil Serbiens besetze. Dennoch wurde der englische Vorschlag angenommen, und Paléologue wurde noch nachmittags davon verständigt, daß die Anregung Greys als eine brauchbare Grundlage für die Aussprache zwischen den Mächten betrachtet würde, die alle bestrebt seien, an einer ehrenvollen Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts zu arbeiten und den Frieden zu erhalten. Der Vorschlag Greys, dem Vorrücken der österreichischen Armee Einhalt zu tun und den Mächten die Prüfung der Frage anzuvertrauen, wie Serbien Österreich unbeschadet seiner Hoheitsrechte und seiner Unabhängigkeit volle Genugtuung geben könne, gebe Rußland ein Mittel an die Hand, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen. Der Vorschlag sei geeignet, Rußland und Österreich in gleicher Weise Genugtuung zu geben und Serbien einen annehmbaren Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu verschaffen. Paléologue wurde gebeten, bei Sasonow mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß er dem Vorschlag Greys ungesäumt seine Zustimmung gebe[13].

Wenn der Versuch, Rußland zurückzuhalten, auch viel zu spät kam, so zeigt der Auftrag an Paléologue doch, daß auch Frankreich bestrebt war, noch in letzter Stunde den Frieden zu retten.

Am frühen Nachmittag war beim Quai d'Orsay noch ein Telegramm Paul Cambons eingegangen, das zeigte, daß das Verständnis Englands für die Lage, wie sie sich Frankreich vorstellte, allmählich zuzunehmen schien. Wie Nicolson Cambon sagte, begann die öffentliche Meinung sich zu erregen. Auch sah der Botschafter in der Vertagung der Debatte über Irland ein Zeichen, daß sich das Parlament des Ernstes der Lage bewußt sei. Grey habe ihm für heute nachmittag eine Unterredung zugesagt. Berthelot war daher zunächst England gegenüber für eine abwartende Haltung.

Da der Ministerrat am Vormittag die Einschränkungen für die Aufstellung des Grenzschutzes (couverture) nicht aufgehoben hatte, vielleicht auch nervös gemacht durch die zahlreichen Gerüchte, die über Truppentransporte auf deutscher Seite beim Generalstab eingegangen waren, entschloß sich Joffre zu einem ziemlich scharf gehaltenen Schreiben an den Kriegsminister. Der Generalstabschef machte auf die deutschen Grenzschutzmaßnahmen und die Einberufung von Reservisten aufmerksam und wies auf die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen von französischer Seite hin. Wenn die Spannung anhalte und die Deutschen unter dem Schutz diplomatischer Verhandlungen fortfahren würden, ihren Mobilmachungsplan durchzuführen, ohne die Maßnahmen beim Namen zu nennen, sei es unbedingt nötig, der Regierung klarzumachen, daß eine weitere Verzögerung der Einberufung der Reservisten und der Genehmigung der Bahntransporte für den Grenzschutz zu einer Zurückverlegung des Aufmarsches um 15 bis 20 km pro Tag führen müsse. Hierfür könne der Generalstabschef die Verantwortung nicht übernehmen[14].

Joffre übergab sein Schreiben dem Kriegsminister, kurz bevor Messimy in den für den Nachmittag angesetzten Ministerrat ging, und bat, dem Kabinett davon Mitteilung zu machen. Er setzte bei dieser Gelegenheit dem Minister die Rückwirkung auseinander, die eine Verzögerung der Transporte für die couverture auf die spätere Durchführung des Aufmarsches der französischen Armee haben würde,

und wies auch auf die von deutscher Seite getroffenen Maßnahmen hin. Messimy sah ein, daß der Befehl für die Transporte der Deckungstruppen nicht mehr aufgeschoben werden könnte[15].

Zur gleichen Zeit, 3.30 Uhr nachmittags, ging beim Quai d'Orsay die Mitteilung Jules Cambons ein, er habe gehört, daß nach einem Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg Rußland die allgemeine österreichische Mobilmachung mit seiner allgemeinen Mobilmachung beantwortet habe. Dies war die erste, wie wir sehen, nur indirekt über Berlin erfolgte Nachricht von der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung, die in Paris eintraf. Fast 24 Stunden blieb somit die französische Regierung in völliger Unkenntnis dieser auch für Frankreich so entscheidenden Maßnahme des Bundesgenossen. Weiter hieß es dann in dem Telegramm Cambons, man müsse mit der fast sofortigen Anordnung der allgemeinen deutschen Mobilmachung rechnen[16]. Daß die Mitteilung von der russischen allgemeinen Mobilmachung so unbestimmt gehalten war, lag daran, daß Cambon zu dieser Zeit von Jagow die offizielle Mitteilung über die russische allgemeine Mobilmachung noch nicht erhalten hatte.

Die Begründung der russischen allgemeinen Mobilmachung mit der österreichischen „allgemeinen" Mobilmachung war, wie wir wissen, unzutreffend und ist anscheinend auf eine Unterredung Cambons mit Swerbejew zurückzuführen[17]. Dieser falsche, dem Quay d'Orsay natürlich nicht unbequeme Grund für die russische allgemeine Mobilmachung fand sich von da ab in allen späteren Erklärungen von französischer Seite vor, und es wurde auch noch jahrelang nach dem Kriege an dieser unrichtigen Auffassung festgehalten.

Nach knapp einer Stunde ging noch ein Telegramm Jules Cambons aus Berlin ein, das besagte, Jagow habe ihm die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung bestätigt und mitgeteilt, daß man daraufhin den sogenannten „Zustand des drohenden Krieges" verkündet habe, der den Behörden gestatte, den Belagerungszustand zu proklamieren. Gleichzeitig habe Deutschland in Petersburg die Demobilmachung verlangt und erklärt, daß man sich bei Ablehnung der Demobilmachung genötigt sehe, selbst mobil zu machen. Der deutsche Botschafter in Paris sei beauftragt worden, die französische Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen und zu fragen, welche Haltung sie einzunehmen gedenke. Jagow mache sich wenig Illusionen, er hätte einen sehr erregten Eindruck gemacht und über die Voreiligkeit Rußlands geklagt.

Ein weiteres Telegramm Cambons an Viviani enthielt die Mitteilung, daß der Belagerungszustand in ganz Deutschland bevorstehe und man damit rechnen solle, daß der allgemeine Mobilmachungsbefehl in Deutschland sogleich nach Ablauf des Ultimatums gegeben würde. Die Grenzschutztruppen seien sehr verstärkt, und schon seit Donnerstag hätte der Abtransport von Truppen eingesetzt[18].

Um 5 Uhr nachmittags trat der Ministerrat erneut im Elysée zusammen. Zu dieser Zeit dürfte die erste und wahrscheinlich auch die zweite Meldung Jules Cambons über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung Viviani bekanntgewesen sein. Der Ministerrat beschäftigte sich zunächst mit dem Schreiben Joffres, wobei Viviani die von Messimy vertretenen Forderungen des Gene-

ralstabschefs unterstützte. Bereits nach einer Viertelstunde war das Kabinett darüber einig, daß der Befehl für den Abtransport der Grenzschutztruppen gegeben werden müßte[19]. Gegen 6 Uhr abends ging der Befehl an alle Armeekorps der Ostgrenze heraus, als Zeitpunkt für den Beginn der Transporte wurde 9 Uhr abends festgesetzt. In einem weiteren Befehl wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Befehl für die Zurückziehung der Grenzschutztruppen hinter die Zehnkilometerzone dadurch nicht aufgehoben würde. Ferner wurde noch die Genehmigung erteilt, Reservisten und territoriale Truppen für den Bahnschutz einzuziehen, dagegen wurde die Einberufung der Reservisten für den Grenzschutz vom Ministerrat noch nicht bewilligt. Wann dieser Befehl gegeben worden ist, steht nicht genau fest. Der größte Teil der Reservisten hatte sich aber im Laufe des Abends bei seinen Truppenteilen eingefunden, wie dies aus einer telephonischen Meldung Fochs aus Nancy hervorgeht.

Die Frage der Einziehung der Reservisten beim Grenzschutz machte es notwendig, im Ministerrat auch die Frage des „Carnet B" zu besprechen. Es betraf dies eine Maßnahme, die Verhaftung verdächtiger sozialistischer oder anarchistischer Personen durchzuführen, die in dem Verdacht standen, die Mobilmachung zu stören. In Anbetracht der patriotischen Stimmung sprach sich der Innenminister Malvy gegen die Maßnahme aus und wurde dabei von Viviani und dem Arbeitsminister Renault unterstützt. So wurde von dieser Maßnahme Abstand genommen[20].

Am späten Nachmittag war auf der deutschen Botschaft in Paris das bereits bei den Vorgängen in Berlin behandelte Telegramm Bethmann Hollwegs eingegangen, das unter Mitteilung der russischen allgemeinen Mobilmachung und der Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" in Deutschland den Auftrag enthielt, bei der französischen Regierung anzufragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben würde. Die Antwort müsse binnen 18 Stunden erfolgen[21].

Während der Rest dieses Telegramms noch dechiffriert wurde, trat der amerikanische Botschafter Herrick bei Schoen ein und wurde von ihm sehr liebenswürdig empfangen. Schoen machte Herrick von dem Inhalt der Depesche Mitteilung, soweit sie ihm bereits bekannt war, und benutzte die Gelegenheit, den amerikanischen Botschafter darum zu bitten, im Falle eines Krieges den Schutz der deutschen Botschaft zu übernehmen. Nach seiner Auffassung würde die französische Antwort negativ ausfallen, und Deutschland würde dann den Krieg erklären. Kurz darauf wurde Schoen der Schluß des Telegramms dechiffriert übergeben, der an der Auffassung des Botschafters nichts änderte[22].

Herrick suchte darauf sofort Viviani auf und unterrichtete ihn von dem, was er soeben vom deutschen Botschafter gehört hatte. Auch wollte er von Viviani wissen, wie sich die französische Regierung zu dem Wunsch Schoens verhalte, daß USA. die Wahrnehmung der deutschen Interessen übernehme.

Nachdem der Inhalt des Telegramms Bethmann Hollwegs auf der deutschen Botschaft vollständig bekannt war, wurde sofort der Attaché Jordan zum Quai d'Orsay geschickt, um einen Empfang für den Botschafter bei Viviani zu erbitten. Auf die Besprechung Schoens bei Viviani, die um 7 Uhr abends begann, kurz und bewegt verlief, war der französische Ministerpräsident infolge der Mitteilungen

Herricks und Jules Cambons gut vorbereitet. Schoen erklärte, daß Deutschland infolge der vollständigen Mobilmachung der russischen Armee und Flotte sich gezwungen gesehen habe, heute den „Zustand drohender Kriegsgefahr" zu erklären. Die deutsche Regierung habe der russischen Regierung 12 Stunden Zeit gegeben, um auf beiden Fronten, der österreichischen und der deutschen, alle Kriegsmaßnahmen einzustellen. Nach erfolglosem Ablauf dieser Frist werde Deutschland seinerseits mobil machen. Weiter erklärte der Botschafter, die Entschlüsse Deutschlands hingen nun nach der russischen Mobilmachung und dem deutschen Ultimatum an Rußland, das wohl nicht angenommen werde, wesentlich von dem Verhalten Frankreichs ab, über das er daher um eine Äußerung bitte. Wolle Frankreich sich zu neutraler Haltung entschließen, so sei auch Deutschland dazu bereit, das Nähere könne dann besprochen werden[23]. Auf die Anfrage Schoens, was die Regierung der Republik in einem deutsch-russischen Konflikt tun würde, gab Viviani keine Antwort. Auf die Frage des Botschafters, wann er sich eine Antwort bei ihm holen könnte, sagte der Ministerpräsident dies für den folgenden Tag um 1 Uhr zu.

Viviani teilte zur Überraschung Schoens mit, er habe noch keinerlei Nachricht von einer gegen Deutschland gerichteten russischen allgemeinen Mobilmachung, sondern wisse nur von einer Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn und von allgemeinen Vorsichtsmaßnahmen. Er wolle daher die Hoffnung auf Vermeidung des äußersten noch nicht aufgeben. Die beiden Mitteilungen Jules Cambons über die russische allgemeine Mobilmachung behielt Viviani somit für sich. Demgegenüber wies Schoen darauf hin, daß nicht nur die gesamte russische Armee, sondern auch die Flotte mobil gemacht worden sei, was ein deutlicher Beweis dafür wäre, daß sich diese Maßregel gegen Deutschland richte. Hierauf wußte Viviani nichts zu entgegnen.

Beim Weggang sagte Schoen noch, wenn er Paris verlassen müsse, hoffe er, daß ihm Viviani seine Abreise erleichtern würde. Viviani sicherte dies zu, meinte aber, es fänden ja noch Verhandlungen statt und er habe hoffentlich das Vergnügen, den Botschafter noch oft zu sehen, was Schoen mit der liebenswürdigsten Bemerkung quittierte, daß auch er diese Hoffnung hege. Margerie, der bei der Unterredung zugegen gewesen war, hatte bemerkt, der Botschafter, der während seiner ganzen Laufbahn Mäßigung bewiesen habe, könne sie nicht blutig beschließen.

Schoen empfahl sich dann mit den Worten, er werde sich die Antwort auf die von ihm gestellte Anfrage am 1. August holen.

Aus der Bitte Schoens dürfte Viviani den Eindruck gewonnen haben, daß Deutschland nach Ablauf der Frist bei einer negativen oder unbestimmten Antwort Frankreichs die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde.

Von der Unterredung mit dem deutschen Botschafter wurde Paléologue in einem am Abend nach 9 Uhr abgehenden Telegramm eingehend unterrichtet. Dabei wurde dem Botschafter mitgeteilt, daß Viviani nicht die Absicht habe, dem deutschen Botschafter am nächsten Tage eine Erklärung abzugeben, sondern daß er sich darauf beschränken würde, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schulde niemandem als ihrem Verbündeten Rechenschaft über ihre Absichten. Zum Schluß wurde

Paléologue gebeten, hiervon Sasonow unverzüglich Kenntnis zu geben und ihn (Viviani) sofort davon zu unterrichten, wie es sich mit der angeblichen allgemeinen Mobilmachung in Rußland in Wirklichkeit verhalte. Wie er es Paléologue schon habe wissen lassen, zweifle er nicht, „daß die kaiserliche Regierung im höheren Interesse des Friedens ihrerseits alles vermeiden werde, was die Krise eröffnen könnte[24]".

Im Anschluß an den Besuch des deutschen Botschafters wurde Bertie vom Ministerpräsidenten empfangen. Der Botschafter, der um den Besuch gebeten worden war, vermutete, daß die Unterredung der noch offen gebliebenen Frage gelten sollte, ob die französische Regierung sich dem englischen Schritt in Petersburg wegen Abänderung der ersten Formel Sasonows anschließen würde. Viviani, der einen höchst nervösen Eindruck machte, ging auf diese Frage jedoch gar nicht ein, sondern beschränkte sich darauf, Bertie von der Demarche Schoens in Kenntnis zu setzen und ihm die Frage vorzulegen, welche Haltung England unter diesen Umständen einzunehmen gedenke. Auch teilte er Bertie mit, daß der deutsche Botschafter morgen um 1 Uhr die Antwort der französischen Regierung hinsichtlich der französischen Haltung entgegennehmen wolle. Schoen hätte sich beim Präsidenten der Republik bereits zum Abschied empfehlen und durchblicken lassen, daß er wahrscheinlich seine Pässe verlangen müßte. Iswolski habe im übrigen erklärt, daß ihm von einer allgemeinen Mobilmachung der russischen Kräfte „nichts" bekannt sei[25]. Wir wissen, daß dies zutraf, da Sasonow die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung nach Möglichkeit geheimhalten wollte. Aus diesem Grunde dürfte auch dem russischen Militärattaché in Paris, Graf Ignatiew, die Tatsache der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung absichtlich vorenthalten worden sein[26].

Um 8.30 Uhr abends ging endlich am Quai d'Orsay das kurze Telegramm Paléologues ein: „Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet*."

Das Telegramm, das bereits um 10.43 Uhr vormittags von Paléologue in St. Petersburg aufgegeben worden war, hat somit fast 12 Stunden für die Beförderung in Anspruch genommen. Die lange Laufzeit, selbst via Bergen, muß, wie bereits bei Petersburg hervorgehoben wurde, wohl damit erklärt werden, daß die Weitergabe dieses Telegramms von russischer Seite absichtlich verzögert worden

* Franz. Dok. XI Nr. 432. Es ist dies das Telegramm, das in den französischen Dokumenten von 1914 (Gelbb. Nr. 118) nachstehenden gefälschten Text aufwies:

„Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben."

Die Fälschung, die von dem französischen Schriftsteller Georges Demartial, der in dem geistigen Kampf gegen die Kriegsschuldlüge Außerordentliches geleistet hat, als „Königin der Fälschungen" bezeichnet wurde, hat in der Nachkriegszeit zu scharfen Auseinandersetzungen geführt. —

ist, um den Wünschen Sasonows entsprechend die Tatsache der russischen allgemeinen Mobilmachung solange wie möglich geheimzuhalten*.

Kurz darauf traf von Jules Cambon die Mitteilung ein, daß der russische Botschafter in Berlin Swerbejew erklärt habe, er habe keine Nachrichten aus St. Petersburg, nach denen er an die Gesamtmobilmachung Rußlands glauben könne. Wie wir wissen, hatte Sasonow auch den Botschafter in Berlin von der allgemeinen Mobilmachung nicht in Kenntnis gesetzt.

Im weiteren Verlauf des Tages waren am Quai d'Orsay zahlreiche Berichte, Mitteilungen und Meldungen eingegangen, die militärische Maßnahmen auf deutscher Seite betrafen. Ein gegen 6 Uhr abends eingehender zusammenfassender Bericht des Generalstabs besagte, daß die Armierung von Metz, Diedenhofen und Istein weiter im Gange sei, und bestätigte die bereits gemeldete Besetzung des Brückenkopfes Hüningen. Ferner wurden Truppenbewegungen gegen die Grenze bei Saarbrücken aus Richtung Trier sowie die Ankunft von Truppen in Metz gemeldet. Weiter hieß es in dem Bericht, daß die Grenzsperre aufrechterhalten und der internationale Fernsprechverkehr eingestellt sei.

Abgesehen hiervon lagen von den zivilen Stellen mehrere Meldungen über die Anordnung der Mobilmachung in Deutschland vor. Daß es sich hierbei meist um eine Verwechslung mit dem Kriegsgefahrzustand handelte, dürfte auch im Quai d'Orsay wahrscheinlich bald erkannt worden sein.

Wenn für den französischen Generalstab auch kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß die Mobilmachung in Deutschland noch nicht angeordnet war, so fühlte sich Joffre durch die Mitteilungen Schoens und durch die Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" doch veranlaßt, die Entscheidung über die sofortige allgemeine Mobilmachung durchzudrücken. Messimy versprach Joffre, bei dem für 9 Uhr abends festgesetzten Ministerrat auf der Anordnung der Mobilmachung zu bestehen[27].

Die diplomatischen Meldungen, die am 31. Juli am Quai d'Orsay eingingen, waren durchaus ruhig gehalten. Jules Cambon teilte mit, einige Leute glaubten, daß der anscheinend vorgestern in Potsdam beschlossene Mobilmachungsbefehl gestern morgen wieder aufgehoben worden sei. Der Bundesrat sei einberufen worden. Doch stellte Cambon schon die Frage, wem die Wahrnehmung der französischen Interessen im Falle eines Bruchs mit Deutschland zu übergeben sei.

Der französische Gesandte Allizé berichtete aus München, man spreche von einem deutschen Schritt in Wien zugunsten des Friedens. Barrère hatte mitgeteilt, Sir Rennell Rodd habe ihm versichert, Deutschland würde sich allen Schritten der Mächte anschließen, um einen Bruch des Friedens zu verhindern. Bei der italienischen Armee würden keine besonderen Maßnahmen getroffen.

Von Dumaine war um 7.30 Uhr abends die Mitteilung eingegangen, daß der Befehl für die allgemeine Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Armee gegeben worden sei. Der russische Botschafter nehme an, daß Österreich durch

* Die lange Laufzeit dieses Telegramms erklären sich die Herausgeber der französischen Dokumente damit, daß das Telegramm via Skandinavien ging, und führen zum Beweis an, daß ein anderes zu gleicher Zeit aufgegebenes Telegramm, das eine persönliche Angelegenheit betraf, erst um 10 Uhr abends in Paris eintraf.

seine Truppen an der russischen Grenze die Lokalisierung des Konflikts zu erzwingen suche, doch laufe das Wiener Kabinett hierdurch nur Gefahr, die Krise herbeizuführen, die es angeblich verhüten wolle[28].

Um 9 Uhr abends trat der Ministerrat unter dem Vorsitz Poincarés zu seiner dritten Sitzung an diesem Tage im Elysée zusammen. Zunächst dürfte die Mitteilung Dumaines bekanntgegeben worden sein, die die Anordnung der österreichischen allgemeinen Mobilmachung betraf. Sodann dürfte die Bekanntgabe der kurzen Meldung Paléologues über die russische allgemeine Mobilmachung erfolgt sein. Ferner wurde von Viviani ein Telegramm Barrères vorgelesen, wonach San Giuliano dem Botschafter erklärt hatte, „daß die italienische Regierung geneigt sei (était porté), den Angriff Österreichs gegen Serbien als eine aggressive Handlung anzusehen, die es von einer Aktion zu seinen Gunsten entbinde[29]". San Giuliano sei außerdem der Auffassung, daß die Klauseln des Dreibundvertrags, die durchaus mit den Abmachungen von 1902 in Einklang stünden, es Italien erlaubten, sich von jedem Konflikt fernzuhalten, ohne die dem Verbündeten schuldige Loyalität zu verletzen. Diese Haltung Italiens sei aber abhängig von der Klugheit, die man auf französischer und russischer Seite zeigen werde. San Giuliano halte es daher für notwendig, daß in der französischen Presse nichts gesagt würde, was das italienische Gefühl verletzen oder den Eindruck hervorrufen könnte, daß Frankreich militärische Vorbereitungen gegen Italien treffen würde. Auch dürften keine öffentlichen Kundgebungen gegen Italien stattfinden. Rußland solle nicht durch übertriebene Forderungen Österreich oder Deutschland einen Vorwand geben, Rußland als den Angreifer hinzustellen. Es solle keine Unklugheit begehen und nicht bei Österreich auf einer Änderung der Note bestehen. Etwas anderes sei es, wenn Rußland verlange, daß Serbien weder zerrissen noch beseitigt würde.

Wie weit die Demarche Schoens im Ministerrat zur Sprache gekommen ist, läßt sich quellenmäßig nicht feststellen, aber man wird wohl annehmen müssen, daß auch hierüber schon gesprochen worden ist. Jedenfalls hat der Ministerrat die beabsichtigte Antwort gebilligt, daß sich Frankreich von seinen Interessen leiten lassen würde[30].

Während der Sitzung um 9.50 Uhr platzte die Meldung des Pariser Polizeipräsidenten Hennion über die Ermordung des Führers der sozialistischen Partei, Jean Jaurès, hinein. Wie sich bald herausstellte, war Jaurès von einem nationalistischen Fanatiker im Café Croissant erschossen worden, was natürlich eine ziemliche Aufregung hervorrief. Poincaré drückte sofort Frau Jaurès seine Entrüstung und seinen Schmerz aus, auch sandte er an den Bruder des Ermordeten, den Admiral Jaurès, ein Beileidstelegramm. Da mit Unruhen zu rechnen war, wurden laut Antrag des Polizeipräsidenten zwei Kavallerieregimenter, die an die Grenze gehen sollten, zurückgehalten*.

*Poincaré, IV S. 457 (496); 474 f. (508 f.). Jean Jacques Jaurès, Führer der sozialistischen Kammerfraktion, genoß über die Reihen der eigenen Partei hinaus großes persönliches Ansehen. Er gehörte zu den entschiedensten Vertretern einer deutsch-französischen Verständigung und stand im Kampf gegen den von Poincaré vertretenen Nationalismus. Seine Erschießung erfolgte, weil man befürchtete, er würde als Friedensfreund die ent-

Über die vom Kriegsminister Messimy beantragte Verhaftung verdächtiger Sozialisten, deren Namen in dem „Heft B" eingetragen waren, wurde wiederum eine Entscheidung nicht getroffen. Viviani und der Innenminister Malvy sprachen sich erneut gegen die Verhaftungen aus. Die Ermordung Jaurès' hat hierbei wohl nachgewirkt.

Eine eingehende Aussprache dürfte vor allem über die Frage stattgefunden haben, ob der Befehl für die allgemeine Mobilmachung noch heute herausgehen sollte. Da es für diese Anordnung schon etwas spät geworden war, wenn der Mobilmachungsbefehl noch überall so rechtzeitig hingelangen sollte, daß die Mobilmachung pünktlich um Mitternacht einsetzen konnte, und hauptsächlich deswegen, weil man nicht vor Deutschland mit der allgemeinen Mobilmachung beginnen wollte, wurde von der Anordnung der Mobilmachung zunächst Abstand genommen. Anscheinend hatte der Ministerrat die Überzeugung gewonnen, daß der Ausspruch der deutschen Mobilmachung noch nicht erfolgt sei[31]. Joffre erhielt aber die Versicherung, daß, wenn nicht eine Besserung der Lage eintreten würde, die Entscheidung für die Erteilung des Mobilmachungsbefehls am 1. August noch vor 4 Uhr nachmittags getroffen würde. Diese Stunde wurde, ähnlich wie in Deutschland, als äußerste Grenze angesehen, um einen pünktlichen Beginn der Mobilmachung mit dem 2. August als ersten Mobilmachungstag möglich zu machen. Im übrigen erhielt der Generalstabschef die Ermächtigung, an alle Armeekorps eine Mitteilung ergehen zu lassen, daß der Mobilmachungsbefehl wahrscheinlich am 1. August nachmittags ausgegeben würde und alle Maßnahmen getroffen werden sollten, um die Mobilmachung zu erleichtern. Dies war eine Art improvisierter Maßnahme ähnlich der deutschen Anordnung des Zustands drohender Kriegsgefahr. Dieses Telegramm ging um Mitternacht an die in Frage kommenden Stellen heraus.

Im Ministerrat wurde ferner die Frage besprochen, ob man die in Frankreich lebenden Österreicher und Deutschen aus Frankreich herauslassen sollte. Der Kriegsminister wollte sie zurückhalten. Nach seiner Schätzung sei von ungefähr 100000 bis 150000 Deutschen und Österreichern in Frankreich die Hälfte im kriegstauglichen Alter. Die Minister sprachen sich jedoch gegen die Maßnahme aus. So ließ man die Deutschen und Österreicher ungehindert abreisen[32].

Noch während des Ministerrats wurde Bertie abermals von Viviani empfangen. Der Botschafter richtete im Auftrage Greys an den Minister die Frage, ob die französische Regierung bereit sei, die Neutralität Belgiens solange zu achten, als keine andere Macht sie verletze. Viviani notierte sich die Anfrage, ohne gleich eine Antwort zu geben. Gleichzeitig nahm Viviani Gelegenheit, dem Botschafter nochmals zu erklären, daß ihm dringend daran gelegen sei, so bald wie möglich zu erfahren, welche Haltung England im Hinblick auf das deutsche Ultimatum an Rußland einnehmen werde.

---

schlossene Haltung Frankreichs in dem bevorstehenden Kriege gegen Deutschland beeinträchtigen. Die Leiche von Jaurès wurde 1924 ins Pantheon überführt. Der Mörder Villain wurde wegen mangelnder Zurechnungsfähigkeit und aus politischen Gründen freigesprochen. Er ist Pariser Blättern zufolge 1937 im spanischen Bürgerkrieg durch eine Fliegerbombe getötet worden.

Inzwischen war noch eine Mitteilung Paul Cambons eingegangen, Sir Edward Grey habe Lichnowsky gesagt, England könne in einem allgemeinen Konflikt nicht neutral bleiben, und wenn Frankreich darein verwickelt werde, würde auch England hineingezogen werden. Die Mehrzahl der Minister sei der Ansicht, daß die britische Regierung gegenwärtig vom Parlament noch nicht die Ermächtigung erlangen könne, Frankreich ein Eingreifen Englands zu verbürgen. Es empfehle sich daher abzuwarten. Paul Cambon hatte dann auf die deutschen militärischen Maßnahmen und die bevorstehende deutsche Mobilmachung hingewiesen, doch sei Grey bei seiner Auffassung geblieben, er könne ihm ohne Genehmigung des Parlaments keine Bürgschaft geben.

Nach Mitternacht überbrachte Margerie Sir Francis Bertie die wahrscheinlich noch vom Ministerrat gebilligte Antwort Frankreichs auf die englische Anfrage bezüglich Belgiens. Die französische Regierung sei entschlossen, die Neutralität Belgiens zu achten. Wir kommen später in einem besonderen Kapitel über Belgien hierauf zurück[33].

Nach dem Ministerrat hatte Messimy noch eine kurze Unterredung mit dem russischen Militärattaché, dem er „in gehobenem, herzlichem Tone den festen Entschluß" der französischen Regierung zum Kriege erklärte. Der Minister bat Ignatiew, die Hoffnung des französischen Generalstabs zu bestätigen, daß sich alle Anstrengungen Rußlands gegen Deutschland richten würden, und daß Österreich als quantité négligeable betrachtet würde. Wir erinnern uns des ähnlichen Vorganges in Berlin, wo Moltke und Kaiser Wilhelm Österreich baten, alle Anstrengungen gegen Rußland zu richten und sich nicht durch Serbien hiervon ablenken zu lassen. Sowohl in Paris wie in Berlin entsprang dieser Wunsch dem strategischen Grundsatz, alle verfügbaren Kräfte gegen den Hauptgegner anzusetzen.

Der k. u. k. Botschafter, Graf Szécsen, hatte am 31. abends mit dem rumänischen Gesandten in Paris, Lahovary, im Unionklub gespeist. In der Unterhaltung stellte Lahovary die Frage, warum Österreich auf die englische ihm über Berlin zugegangene Anfrage nach seinen Bedingungen nicht geantwortet habe, worauf Szécsen erwiderte, Österreich habe anderen Mächten nicht zu antworten, außer wenn eine derartige Macht, beispielsweise Frankreich, sich im Namen Serbiens an Österreich wenden würde[34].

Lahovary glaubte, in dieser Äußerung die Möglichkeit einer Vermittlung erblicken zu sollen, wollte sich aber nicht selbst an den Quai d'Orsay wenden. So sprach er zunächst hierüber mit seinem Kollegen, dem Schweizer Gesandten Lardy, der ihm riet, dies auch sofort dem serbischen Gesandten Vesnić mitzuteilen. Lardy fragte noch in der Nacht bei seiner Regierung in Bern an und wurde am nächsten Vormittag ermächtigt, der französischen Regierung von dem Vorschlag Szécsens Kenntnis zu geben[35].

Inzwischen hatte Lahovary auch Vesnić über die Unterhaltung mit Szécsen unterrichtet, und der serbische Gesandte hatte sich daraufhin noch zwischen 10 und 11 Uhr abends mit Lahovary zusammen zu Berthelot begeben, um ihm dies mitzuteilen. Ob Vesnić seiner Regierung über die Anregung Szécsens oder die Auffassungen Berthelots Mitteilung gemacht hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nach Vesnić erschien auch Szécsen, um Berthelot an Stelle Vivianis, der durch den Ministerrat festgehalten war, über die Absichten Österreichs folgende Erklärung abzugeben: Die österreichisch-ungarische Regierung habe in Petersburg offiziell erklärt, daß sie keine territorialen Erwerbungen in Serbien beabsichtige und die Souveränität des Königreichs nicht antasten würde. Auch sei nicht beabsichtigt, den Sandschak zu besetzen. Die Desinteressementserklärung könnte aber nur dann in Geltung bleiben, wenn der Krieg auf Österreich und Serbien lokalisiert bleibe.

Szécsen, der Berchtold um die Ermächtigung gebeten hatte, diese Erklärung abgeben zu dürfen, und sehr zufrieden war, endlich die Erlaubnis hierzu bekommen zu haben, fügte von sich aus hinzu, es müsse doch noch möglich sein, die Frage zu regeln. Eine Mobilmachung sei noch nicht der Krieg und gebe noch eine Frist zur Aussprache. Sache Serbiens sei es, Österreich nach seinen Bedingungen zu fragen. Berthelot erwiderte, daß ihm von der Desinteressementserklärung nichts bekannt sei[36]. Auch scheine es ihm für Verhandlungen recht spät, da die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien abgebrochen seien und außerdem die serbische Frage angesichts der heutigen deutschen Demarche in den Hintergrund getreten sei. Szécsen hob demgegenüber hervor, daß sich Serbien auch noch nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Vermittlung einer neutralen Macht an die Wiener Regierung wenden könnte.

Nach dem Besuch bei Berthelot schickte Szécsen noch um Mitternacht ein kurzes Schreiben an Margerie, den er von einem weiteren inzwischen eingegangenen Telegramm Berchtolds in Kenntnis setzte. Österreich sei angesichts der russischen Mobilmachung an seiner Grenze gezwungen worden, entsprechende, jedoch rein defensive Maßnahmen in Galizien zu treffen. Österreich habe keinerlei feindliche Absichten gegen Rußland und wünsche die Fortdauer guter Beziehungen. Die Aussprachen zwischen Wien und Petersburg gingen in freundschaftlicher Weise weiter.

Am Quai d'Orsay fühlte man sich durch die Mitteilungen Vesnićs und die Erklärungen Szécsens gegenüber Berthelot nicht veranlaßt, noch in der Nacht hierauf irgend etwas zu unternehmen. Die Passivität dürfte ihre Erklärung vielleicht auch darin finden, daß die Anregungen wohl für aussichtslos gehalten wurden.

Am nächsten Vormittag nahm Szécsen Gelegenheit, auch Iswolski von den Absichten Österreichs in Kenntnis zu setzen, wie er sie bereits Berthelot mitgeteilt hatte. Iswolski behauptete, bisher noch nichts von einer Erklärung Österreichs gehört zu haben, daß es die Souveränität Serbiens nicht antasten wolle. Dies traf zu. Sasonow hatte Iswolski hiervon noch nichts mitgeteilt, vielleicht weil er von diesen Absichten nicht ganz überzeugt war. Die Besprechungen in Petersburg ließen jedoch, wie Iswolski sich äußerte, eine Verständigung nicht unmöglich erscheinen, nur habe das deutsche Ultimatum die Situation äußerst kritisch gemacht. Dabei leugnete Iswolski immer noch die russische allgemeine Mobilmachung[37]. Seine zur Schau getragene Unwissenheit muß wohl damit erklärt werden, daß weder er noch der Militärattaché Graf Ignatiew eine „offizielle" Mitteilung über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung er-

halten hatten. So wußten sie wohl nicht recht, wie sie sich verhalten sollten. Persönlich kann Iswolski über die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Rußland nicht mehr im Zweifel gewesen sein, da er noch am 31. abends nach Eingang der Meldung Paléologues von Margerie davon unterrichtet worden war. Auch dürften ihm die Meldungen der Pariser Morgenpresse vom 1. August über die russische allgemeine Mobilmachung nicht entgangen sein*.

* Im „Matin" vom 1. August war folgendes Telegramm veröffentlicht: „Petersburg, den 31. Juli. Telegramm des ‚Times'-Korrespondenten: Gestern abend spät hat die Regierung die allgemeine Mobilmachung beschlossen. Die Plakate sind an allen Straßenecken angeschlagen." (Demartial: „L'Evangile du Quai d'Orsay", Paris 1926, S. 97, deutsch S. 79.)

Kapitel 52

Frankreich zwischen Krieg und Frieden

Paris, 1. August: Früheingänge beim Quai d'Orsay — Joffre drängt auf den Erlaß des Mobilmachungsbefehls — Ministerrat im Elysée — Unterredung Schoens mit Viviani — Entschluß zur Mobilmachung — Unterzeichnung des Befehls — Audienz Berties bei Poincaré — Iswolski unterrichtet den Quai d'Orsay vom Ultimatum an Rußland — Ausgabe des Mobilmachungsbefehls — Verspäteter Versuch Vivianis, den Mobilmachungsbefehl zurückzuhalten — Mitteilung der französischen Mobilmachung an den britischen Militärattaché — Operative Absichten — Szécsen bei Margerie — Zehnkilometerzone — Erneuter Appell an England — Zweiter Besuch Schoens bei Viviani — London zurückhaltend — Luxemburg — Iswolski gibt Poincaré Kriegserklärung Deutschlands an Rußland bekannt — Nächtlicher Ministerrat — Frankreich erfüllt seine Bündnisverpflichtungen

Der 1. August in Paris begann damit, daß um 3 Uhr morgens der russische Militärattaché im französischen Generalstab erschien und die am Quai d'Orsay bereits bekannte Mitteilung machte, daß nach einem in der Nacht abgegangenen Telegramm aus Wien die Mobilmachung der ganzen österreichischen Armee und des Landsturms angeordnet worden sei.

Am frühen Morgen des 1. August lagen am Quai d'Orsay verschiedene Eingänge vor, die über die letzten Ereignisse in Petersburg unterrichteten. Der deutsche Botschafter habe Sasonow zu verstehen gegeben, Österreich könne sich noch bereit finden, seinen Streit mit Serbien den Mächten zu unterbreiten. Auch die Audienz von Pourtalès beim Zaren wurde gemeldet. Doch wußte Paléologue nicht, daß der deutsche Botschafter in Peterhof war, um die russische allgemeine Mobilmachung rückgängig zu machen.

Ferner hatte Paléologue unter Mitteilung des Wortlauts der neuen Formel Sasonows gemeldet, daß der Minister mit der Abänderung seiner Formel gemäß dem britischen Vorschlag einverstanden sei. Eine gleiche Mitteilung ging im Laufe des Tages auch von der russischen Botschaft in Paris ein. So tauchte die Formel Sasonows immer wieder auf, obgleich ihre politische Nutzanwendung durch die Ereignisse als überholt angesehen werden mußte.

Eine weitere Mitteilung des französischen Botschafters in Petersburg unterrichtete den Quai d'Orsay von dem vermeintlichen Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren, in dem sich der Monarch für eine versöhnliche Haltung Österreichs „verbürgte", wenn Rußland seine militärischen Maßnahmen einstelle[1].

Nach Mitteilungen der russischen Botschaft in Paris hatte Szápáry Sasonow die Zustimmung seiner Regierung mitgeteilt, in eine Erörterung über das an Serbien gerichtete Ultimatum einzutreten. Sasonow habe dem k. u. k. Botschafter darauf mitgeteilt, es sei vorzuziehen, die Verhandlungen in London unter Teilnahme der Großmächte zu führen. Wir erinnern uns, daß Sasonow die Erklärungen des k. u. k. Botschafters überschätzt hatte.

Die Botschafter in Berlin und London wurden vom Quai d'Orsay über die Vorgänge in Petersburg unterrichtet, wobei bemerkt wurde, daß Österreich und Rußland sich versöhnlich zeigten, aber Deutschland durch seine Ultimaten beweise, daß es den Krieg wolle[2].

Am Morgen des 1. August machte der französische Generalstab eine große Anstrengung, um von der Regierung den Mobilmachungsbefehl zu erreichen. Die Nachrichtenabteilung des Generalstabs hatte einen morgens abgeschlossenen Bericht zusammengestellt, der den Eindruck einer geheimen deutschen Mobilmachung hervorrufen mußte. Selbst eine unrichtige Agentenmeldung, Deutschland habe am 31. Juli Rußland den Krieg erklärt, hatte in dem Bericht Aufnahme gefunden, woraus der Generalstab den falschen, wenn auch logischen Schluß zog, Deutschland habe dann wahrscheinlich auch die allgemeine Mobilmachung angeordnet. Für den 2. August oder später sei die Einberufung von „5 Klassen" Reservisten zur Verstärkung der aktiven Korps vorgesehen. Auch die Maßnahmen zur Ergänzung des Heeresbedarfs für die Mobilmachung hätten den gleichen Vorsprung erreicht. Man könne daher sagen, daß am 4. August selbst ohne Mobilmachungsbefehl die deutsche Mobilmachung vollständig beendet sein würde. Verglichen mit der französischen Mobilmachung werde hierdurch ein Vorsprung von ungefähr zwei bis drei Tagen erreicht. Hieraus sei zu schließen, daß der für den 13. Mobilmachungstag vorgesehene große Angriff Deutschlands schon am 10. oder 11. Tag der Mobilmachung stattfinden könnte[3].

Die falsche Meldung, in Deutschland seien mehrere Klassen von Reservisten einberufen worden, tauchte von jetzt ab wiederholt auf. Allem Anschein nach entstammten die Meldungen ein und derselben Quelle und rührten wohl von einem Agenten her, den man für besonders zuverlässig hielt. Vielleicht war das Ganze auch nur eine Mache.

Ein um 7 Uhr morgens abgeschlossener Bericht des Generalstabs enthielt dann die zutreffende Mitteilung, der Zustand drohender Kriegsgefahr sei am 31. erklärt worden. Unrichtig dagegen war wiederum die weitere Mitteilung, daß unter dem Deckmantel dieser Bezeichnung in Wirklichkeit die allgemeine Mobilmachung in Deutschland stattfinde. Verschiedenen Nachrichten zufolge sei die Mobilmachung in Elsaß-Lothringen schon angeordnet worden, was ebenfalls nicht zutraf. Nach den bis jetzt beobachteten Bewegungen der Truppen sei eine überraschende Offensive zu befürchten. Die verfrühte Meldung von der deutschen Kriegserklärung an Rußland war auch in diesen Bericht mitaufgenommen worden. Im Anschluß hieran wurden Truppenbewegungen in Deutschland gemeldet, die den Eindruck einer starken militärischen Tätigkeit an der französischen Grenze hervorrufen mußten.

Der Bericht enthielt auch die falsche Angabe, daß der Mobilmachungsbefehl für die russische Armee am 31. Juli um 10.43 Uhr (Zeit des Eintreffens der Meldung Paléologues), für die österreichische Armee am gleichen Tage um 5 Uhr morgens, also vor der russischen, ausgegeben worden sei. Auf die Bedeutung dieser falsch angegebenen Chronologie ist schon verschiedentlich hingewiesen worden*.

*Franz. Dok. XI Nr. 468. Die Zeitangabe für die russische Mobilmachung bezog sich auf das kurze Telegramm Paléologues vom 31. Juli, das um 10.43 Uhr in Petersburg auf-

Einen weiteren Vorstoß, um die Mobilmachung durchzusetzen, unternahm dann Joffre selbst, indem er um 8 Uhr morgens Messimy in einem Schreiben zum Ausdruck brachte, daß die Schwierigkeiten, die durch die Verzögerung des Abmarsches der Grenzschutztruppen entstanden seien, noch zunehmen würden, wenn man die allgemeine Mobilmachung weiter hinausschiebe. Die deutschen Vorbereitungen fänden nach einem wohlüberlegten Plan statt, dessen Grundlage dem Generalstab bekannt sei. Es war dies eine Anspielung auf den Bericht des Generals Ludendorff vom Dezember 1912, der in stark gefälschter Form im April 1913 vom Kriegsminister Étienne dem Quai d'Orsay vorgelegt worden war[4]. Hier sei ausgeführt worden, daß in Deutschland eine geheime Durchführung der Mobilmachung möglich wäre mit dem Ziel, in den ersten Tagen die Offensive mit großer Überlegenheit durch die vollständig aufmarschierte Niederrheinarmee beginnen zu können. Ein kurzfristiges Ultimatum vor dem Einmarsch würde die deutsche Aktion vom Standpunkt des Völkerrechts aus genügend rechtfertigen[5]. Alles dies vollziehe sich nach den erhaltenen Nachrichten jetzt in Deutschland: Fünf Reservejahrgänge würden spätestens zum 2. August einberufen und die Requisition von Pferden habe schon am 30. oder früher begonnen. Die deutsche Armee werde also auch ohne Mobilmachungsbefehl am 4. August vollkommen mobilisiert sein, wodurch sie vor der französischen Armee einen Vorsprung von zwei bis drei Tagen gewinne. Alle diese Nachrichten waren unzutreffend.

Bei Überreichung des Schreibens setzte Joffre noch hinzu, er könne die Verantwortung nicht mehr übernehmen, wenn die Regierung weiter zögere, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zu geben. Messimy, der sich den Gründen Joffres nicht verschließen konnte, bat den Generalstabschef, ihn in den auf 9 Uhr festgesetzten Ministerrat zu begleiten, um gegebenenfalls technische Ausführungen zu machen.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Neutralität Italiens wurde vom Kriegsminister der Befehl an die Kommandierenden Generale des XIV. und XV. Armeekorps gegeben, im Falle der Mobilmachung nicht den Grenzschutz im Südosten aufzustellen. Aus diplomatischen Gründen sei es notwendig, alle Maß-

---

gegeben worden ist (Franz. Dok. XI Nr. 432). Die Mobilmachung war, wie wir wissen, bereits am 30. Juli, 6 Uhr nachmittags, angeordnet worden mit dem 31. Juli als 1. Mobilmachungstag.

Die Zeitangabe für die österreichische Mobilmachung 5 Uhr „morgens" ist nach Auffassung der Herausgeber der französischen Dokumente auf einen Irrtum des betreffenden Departements im Quai d'Orsay zurückzuführen. Sie bezog sich auf eine Mitteilung Dumaines, der in einem am 31. Juli um 5 Uhr nachmittags aufgegebenen Telegramm die Anordnung der allgemeinen österreichischen Mobilmachung gemeldet hatte. Die zuständige Abteilung soll geglaubt haben, daß die Zeit der Aufgabe 5 Uhr morgens gewesen sei (Franz. Dok. XI Nr. 419 Anm. 2.).

Wie aus einer Bemerkung Berthelots zu einer um 6 Uhr abends aufgegebenen weiteren Meldung hervorgeht (Franz. Dok. XI Nr. 431), hat Berthelot ebenfalls angenommen, daß die österreichische allgemeine Mobilmachung am 31. um 5 Uhr morgens angeordnet wurde, und hinzugefügt, die russische Mobilmachung sei um 10 Uhr erfolgt (suit 10 h.) (Franz. Dok. XI Nr. 431 Anm.). Die Herausgeber der französischen Dokumente lassen die Frage offen, ob diese Bemerkung Berthelots bereits bei Empfang des Telegramms oder erst später anläßlich der Zusammenstellung des französischen Gelbbuches erfolgt ist. Die letztere Version dürfte die größere Wahrscheinlichkeit für sich haben.

nahmen zu vermeiden, die den Charakter eines Mißtrauens gegenüber Italien hätten. Die Bewachung der Grenze dürfe nur unauffällig geschehen[6].

Um 9 Uhr vormittags begann der Ministerrat, der sich bis 1 Uhr mittags ausdehnte. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand die Frage der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung. Joffre legte dem Ministerrat eingehend die Gründe für die Anordnung der Mobilmachung dar, wie er sie in dem Messimy übergebenen, auf falschen Voraussetzungen beruhenden Schreiben zusammengestellt hatte. Von seiten des Ministerrats wurden keine Einwendungen erhoben. Alle waren der Auffassung, daß man den unumgänglichen Notwendigkeiten entsprechen müsse.

Noch während des Ministerrats ging die beruhigende Meldung Barrères ein, San Giuliano habe ihm noch heute morgen versichert, daß sich Italien nicht am Kriege beteiligen könne, da der von Österreich unternommene Schritt den Charakter eines Angriffskrieges habe und deshalb im Widerspruch zu dem rein defensiven Charakter des Dreibundes stehe. Dies habe San Giuliano auch dem deutschen Botschafter gesagt[7]. So war Frankreich der Sorge enthoben, für seinen Schutz gegenüber der italienischen Grenze Maßnahmen zu treffen.

Um 11 Uhr wurde Viviani aus dem Ministerrat abberufen, um Schoen zu empfangen, der sich, früher als ursprünglich verabredet war, am Quai d'Orsay eingefunden hatte.

Für den zu erwartenden Besuch Schoens hatte Margerie dem Ministerpräsidenten einen Bericht über die Lage zusammengestellt. Dieser Bericht begann mit der irrtümlichen Feststellung, Rußland habe den neuen englischen Vorschlag angenommen, die militärischen Vorbereitungen einzustellen, vorausgesetzt daß dies auch die anderen Mächte tun würden. Die nicht zutreffende Auffassung Margeries, die wohl auf einem Mißverständnis beruhte, kam auch, wie wir noch sehen werden, in der späteren Unterredung Schoens mit Viviani zum Ausdruck. Tatsächlich hatte sich Rußland in der zweiten Sasonow-Formel nur verpflichtet, „seine abwartende Haltung beizubehalten".

Ferner hieß es in dem Bericht Margeries, das deutsche Ultimatum an Rußland beweise, daß Deutschland nicht nach einer Lösung suche, sondern den Streit wolle. Österreich-Ungarn dagegen zeige in Paris, Petersburg und London den Wunsch nach einer Verständigung. Es habe sich mit einer Besprechung der Mächte in London über den Kern der österreichisch-serbischen Frage einverstanden erklärt und versichere, keine territorialen Ansprüche zu haben, auch in den Sandschak nicht einrücken zu wollen. Österreich scheine also geneigt zu sein, den Konflikt zu beseitigen und einen Ausgleich herbeizuführen, während Deutschland, weit entfernt, Österreich hierin zu ermutigen, den Streit suche. Wie völlig verkehrt diese Ansicht von dem Verhalten Deutschlands war, braucht hier nicht noch einmal näher ausgeführt werden.

Weiter wurde in dem für Viviani bestimmten Bericht Margeries gesagt, die schon gestern gestellte Forderung Schoens nach seinen Pässen sei unerklärlich, denn Frankreich habe nicht aufgehört, besonders Deutschland gegenüber eine freundschaftliche Lösung des Konflikts zu suchen, und es habe auch nicht mobilisiert. Die Haltung Deutschlands stehe im Gegensatz zu der Rußlands und Österreichs, die, obwohl sie gegeneinander mobilisiert hätten, ihre Botschafter gegen-

seitig nicht abberufen hätten. Dies beweise den vorsätzlichen Willen Deutschlands, ohne Grund einen Streit mit Frankreich zu provozieren, obgleich sich zwischen den beiden Ländern anläßlich des österreichisch-serbischen Konflikts eine Schwierigkeit nicht ergeben habe. Wenn Schoen darauf bestehe, abzureisen, würde Frankreich sich genötigt sehen, seinen Botschafter in Berlin ebenfalls abzuberufen. Die ganze Verantwortung für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der heute weder zu rechtfertigen noch zu erklären wäre, würde dann auf Deutschland fallen[8].

In der Unterredung mit dem deutschen Botschafter hielt sich Viviani ziemlich genau an die ihm von Margerie angegebenen Richtlinien. Schoen wiederholte seine bereits am gestrigen Tage gestellte Frage, ob in einem russisch-deutschen Kriege Frankreich neutral bleiben würde. Viviani gab hierauf zögernd die im Einvernehmen mit Poincaré dem Ministerrat bereits angekündigte Antwort, Frankreich werde tun, was ihm seine Interessen geböten[9]. Schoen erklärte hierauf sofort, daß er wie voraussichtlich auch seine Regierung diese Erklärung als verneinend auffassen müßten. Diese pointierte Stellungnahme Schoens dürfte ihren Grund mit darin gehabt haben, es vor sich selbst zu rechtfertigen, daß er auf die Forderung einer Überlassung der beiden Festungen Toul und Verdun verzichtete.

Die unbestimmte Erklärung, die Viviani gab, begründete der Ministerpräsident damit, die Lage sei seit gestern verändert. Es sei dem Quai d'Orsay amtlich mitgeteilt worden, daß der Vorschlag Greys auf allseitige Einstellung der kriegerischen Vorbereitungen von Rußland grundsätzlich angenommen worden sei. Es kam hier die mißverständliche Auffassung des Quai d'Orsay zum Ausdruck, auf die bereits hingewiesen wurde. Da der Botschafter hierüber nicht unterrichtet war, konnte er sich sachlich nicht dazu äußern[10].

Ferner erklärte Viviani, Österreich-Ungarn habe mitgeteilt, daß es weder serbisches Gebiet noch die Souveränität des Königreichs antasten werde. Ihm, Viviani, scheine daher eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland nicht unmöglich. Frankreich hatte somit eigentlich die gleiche Auffassung, wie sie Bethmann Hollweg immer vertreten hatte.

Wohl um über die Absichten des Ministerpräsidenten noch Näheres zu erfahren, stellte Schoen die Frage, ob Frankreich einen Bündnisvertrag mit Rußland habe, was Viviani zustimmend beantwortete, ohne auf die Verpflichtungen Frankreichs näher einzugehen. Hier hätte Schoen vielleicht einhaken können, um den eigentlichen Kern des Konflikts, die Abhängigkeit Frankreichs von Rußland, in der Aussprache einmal hervortreten zu lassen. Viviani lenkte jedoch seinerseits von diesem unangenehmen Thema durch die Frage ab, was das deutsche Ultimatum an Rußland bezwecke. Es könne alles zerstören, da Rußland und Österreich sich vielleicht vertragen würden, worauf Schoen erklärte, daß er über die österreichisch-russische Aussprache nicht unterrichtet sei[11]. Auch hier hätte vielleicht versucht werden können, durch eine offene Darlegung der Gründe für das Ultimatum Verständnis für das Vorgehen Deutschlands zu erlangen.

Viviani hob dann hervor, was Frankreich alles für eine ehrenvolle Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts und des österreichisch-russischen Zwistes getan habe, und stellte diesen Anstrengungen der französischen Regierung die Haltung

Deutschlands gegenüber. Deutschland sei plötzlich zu militärischen Vorbereitungen übergegangen, um den Krieg unvermeidlich zu machen, und habe Rußland in der Frage der Einstellung der Rüstungen ein Ultimatum gestellt, obgleich sich die russische Regierung nach einer englischen Note zur Demobilmachung bereit erklärt habe, falls alle Mächte das gleiche tun würden. Auch hierbei trat noch einmal die mißverständliche Auffassung über die russischen Absichten zutage. Auf die Erklärung Schoens, Deutschland sei durch die Mobilmachung der gesamten Land- und Seestreitkräfte Rußlands genötigt, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen, bestritt Viviani, daß die russischen Seestreitkräfte mobil gemacht hätten. Die Auffassung Vivianis war, wie wir wissen, nicht zutreffend, und Schoen soll nach dem Bericht Iswolskis hierüber auch sehr betroffen gewesen sein[12].

Auf die Wahrscheinlichkeit seiner Abreise oder auf die Bitte, die Ausstellung seiner Pässe vorzubereiten, kam der deutsche Botschafter in dieser Unterredung nicht zurück. Nach dem Bericht Berties an Grey soll Schoen aber erklärt haben, er habe bereits gepackt. Die lange Unterredung verlief in freundschaftlicher Form, und Viviani hatte anscheinend den Eindruck, daß der deutsche Botschafter noch nicht alle Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens verloren habe. Schoen bat Viviani, ihn am Abend noch einmal zu empfangen.

Viviani kehrte nun wieder in den Ministerrat zurück. Trotz des verhältnismäßig günstigen Eindrucks, den er von der Unterredung mit Schoen gewonnen hatte, stimmte Viviani den von Joffre als notwendig hingestellten Maßnahmen zu und erklärte sich im Hinblick auf die Frankreich gefährlich erscheinenden militärischen Vorbereitungen Deutschlands bereit, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zu unterzeichnen. Um sich jedoch bis zum letzten Augenblick die Möglichkeit einer Änderung vorzubehalten, bat der Ministerpräsident den Kriegsminister, den Befehl solange in der Hand zu behalten, wie dies möglich sei, um den 2. August als 1. Mobilmachungstag zu bestimmen. Wie wir wissen, hatte Joffre hierfür die Zeit 4 Uhr nachmittags als äußersten Termin bezeichnet. Der Mobilmachungsbefehl wurde außer von Viviani auch von Poincaré, Messimy und dem Marineminister Gauthier unterschrieben[13].

Am Vormittag, noch vor Anordnung der Mobilmachung, war bereits an den Generalresidenten in Marokko ein telegraphischer Befehl ergangen, schon am folgenden Tag mit der Einschiffung des Expeditionskorps zu beginnen.

In den ersten Morgenstunden war dem britischen Botschafter in Paris von Crowe mitgeteilt worden, es ginge gleich ein langes, wichtiges und dringendes Telegramm chiffriert an ihn ab, und er solle Anstalten treffen, es unverzüglich entziffern zu lassen. Das Telegramm betraf den uns bekannten Appell des Königs von England an den Zaren. Bertie wurde angewiesen, sofort den Präsidenten um eine Audienz zu bitten, um ihm die Botschaft des Königs an den Zaren zu übermitteln. Trotz der Eile, mit der das Foreign Office die Übermittlung des Telegramms an Bertie betrieben hatte, konnte der Botschafter erst gegen Mittag von Poincaré empfangen werden[14].

Poincaré, der anscheinend keineswegs die Ansicht König Georgs teilte, daß russischerseits ein Mißverständnis vorliege, verteidigte Bertie gegenüber die Hal-

tung Rußlands auf das energischste, indem er erklärte, die deutsche Regierung versuche, die Schuld für die kritische Lage auf Rußland zu schieben. Der Zar habe die allgemeine Mobilmachung erst angeordnet, nachdem ein Erlaß für die allgemeine Mobilmachung in Österreich ausgegeben worden sei. Auch die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen würden in Wirklichkeit einer allgemeinen Mobilmachung entsprechen, wenn sie auch nicht so bezeichnet würden. Frankreich sei in seinen militärischen Vorbereitungen schon 48 Stunden hinter Deutschland zurück, und eine französische allgemeine Mobilmachung wäre zur Selbstverteidigung nötig. Während deutsche Truppen an der französischen Grenze stünden und an manchen Stellen eingefallen seien, hätten die französischen Truppen Befehl, nicht näher als 10 km an die Grenze heranzugehen. Trotz der Mobilmachungen habe sich der Zar bereit erklärt, seine Unterredungen mit dem deutschen Botschafter zwecks Wahrung des Friedens fortzusetzen, den auch Frankreich aufrichtig erstrebe. Die französische Regierung verzweifle noch nicht ganz daran, daß der Krieg vermieden würde.

Es muß auch hier hervorgehoben werden, daß Poincaré an seiner, wie wir wissen, unrichtigen, wenn auch auf Grund der ihm zugegangenen Nachrichten erklärlichen Auffassung festhielt, der Zar habe die allgemeine Mobilmachung erst nach Erlaß der allgemeinen Mobilmachung Österreichs angeordnet und Deutschland sei in seinen militärischen Maßnahmen Frankreich voraus.

Die Meldung des britischen Botschafters über die Stellungnahme Poincarés zur Botschaft des Königs traf bereits um 2.30 Uhr nachmittags in London ein. Irgendeine Mitteilung an Paléologue über die Botschaft des Königs und die Auffassung Poincarés ist ausweislich der Dokumente nicht erfolgt. Der Quai d'Orsay erfuhr jedoch noch in der Nacht von Paléologue, daß der Botschafter die Antwort des Zaren an König Georg mit Buchanan und Sasonow zusammen entworfen habe.

Gegen Mittag erschien Iswolski am Quai d'Orsay und gab auf Grund eines Telegramms von Sasonow von dem deutschen Ultimatum an Rußland Kenntnis. Dabei teilte er mit, daß Pourtalès auf die Frage Sasonows, ob die angedrohte deutsche Mobilmachung den Krieg bedeute, geantwortet habe, dies sei nicht der Fall, aber man sei ihm sehr nahe (que l'on en était très proche). Berthelot bemerkte später ganz richtig, daß dies mit der in der Botschaft des Königs von England wiedergegebenen deutschen Note nicht übereinstimme, in der gesagt worden war, daß die deutsche Mobilmachung den Krieg bedeute.

Iswolski wurde bei dieser Gelegenheit auch von dem Vormittagsbesuch Schoens unterrichtet und ihm mitgeteilt, daß man trotz des gemäßigten Charakters der heutigen Demarche des Botschafters wegen der außerordentlichen militärischen Vorbereitungen Deutschlands an der französischen Grenze äußerst besorgt sei, denn man wäre überzeugt, daß „unter dem Deckmantel des sogenannten Kriegszustandes" die Mobilmachung im Gange sei und die französische Armee hierdurch in eine ungünstige Lage gebracht würde. Andererseits sei es wichtig mit Rücksicht auf Italien und hauptsächlich auf England, daß die französische Mobilmachung der deutschen nicht vorangehe, sondern die Antwort auf diese bilde.

Um 3.30 Uhr schickte Joffre den General Ebener zum Kriegsminister, um von ihm die bereits unterzeichnete Mobilmachungsorder zu erbitten. Messimy händigte dem General das Schriftstück aus, worauf die entsprechenden Telegramme um 3.55 Uhr nachmittags vom Haupttelegraphenbüro in der Rue de Grenelle hinausgingen.

Neben diesem für die militärischen Kommando- und sonstigen Dienststellen bestimmten Mobilmachungsbefehl wurde ein Befehl für die Bevölkerung öffentlich angeschlagen. Dieser Befehl lautete in deutscher Übersetzung folgendermaßen[15]:

> „Durch Dekret des Präsidenten der Republik wird die Mobilmachung des Heeres und der Flotte angeordnet, desgleichen die Beitreibung der nötigen Tiere, Fuhrwerke und Geschirre. Der erste Mobilmachungstag ist Sonntag, der 2. August 1914. Jeder militärpflichtige Franzose hat den Mobilmachungs-Vorschriften nachzukommen, die auf den farbigen Seiten seines Militärpasses verzeichnet sind, widrigenfalls er mit der ganzen Strenge der Gesetze bestraft wird.
>
> Diese Ordre gilt für alle zur Zeit nicht unter den Fahnen stehenden Männer, die angehören 1. dem Heere einschließlich Kolonialtruppen und Hilfsdienste, 2. der Kriegsmarine einschließlich der zur Marine Ausgehobenen und der Marinewaffenmeister."

Kurz darauf bat Messimy den Generalstabschef, an den Befehl zu erinnern, die Zehnkilometerzone nicht zu überschreiten, und ein entsprechendes Telegramm ging um 5 Uhr heraus. Darin hieß es, daß die Beachtung der Zehnkilometerzone unerläßlich sei, um sich das Mitgehen Englands zu sichern[16].

Gleich nach dem Ministerrat war die kurze unzutreffende Meldung Paléologues eingegangen, daß der deutsche Botschafter der russischen Regierung mitgeteilt habe, die deutsche allgemeine Mobilmachung würde am 1. August früh befohlen[17]. Auch der Militärattaché in Berlin, Oberst Serret, hatte gemeldet, es seien in Deutschland schon zahlreiche Mobilmachungsmaßnahmen ergriffen worden und er könne nicht versichern, daß der Befehl für die allgemeine Mobilmachung noch nicht ausgegeben sei. Cambon hatte der Meldung hinzugefügt, da er nicht sicher sei, die Anordnung der deutschen Mobilmachung rechtzeitig zu erfahren, empfehle er, alle Nachrichtenmittel auszunutzen. Seit gestern abend müsse er die Telegramme der Wilhelmstraße vorlegen, auch würde die französische Post nicht mehr verteilt.

Die im Grunde doch noch recht unsicheren Mitteilungen über eine Anordnung der deutschen allgemeinen Mobilmachung sowie die zögernde Haltung Englands hatten bei Viviani den Wunsch aufkommen lassen, mit der Ausgabe des Befehls für die allgemeine Mobilmachung noch etwas zu warten. Er ging daher zu Messimy, bei dem er wenige Minuten vor 4 Uhr nachmittags eintraf, und bat ihn, das Telegramm mit dem Befehl für die Mobilmachung noch ein wenig zurückzuhalten. Seinen Wunsch begründete er mit den Erklärungen Schoens, die bei ihm einen Hoffnungsschimmer hinterlassen hatten. Messimy rief sofort den General Ebener an, der mitteilte, der Befehl sei schon ausgegeben und die ersten Maßnahmen bereits getroffen. Es sei somit „zu spät". Messimy und Viviani gaben sich bewegt die Hand in dem Gefühl, alles getan zu haben, was in ihrer Macht stand, um nach den Worten Messimys die Katastrophe zu verhindern[18].

Die Szene ist ein bemerkenswertes Gegenstück zu dem Besuch Moltkes und Falkenhayns bei Jagow, um die Kriegserklärung an Rußland anzuhalten, wofür es ebenfalls schon „zu spät" geworden war.

Etwa zur gleichen Zeit, als der Mobilmachungsbefehl hinausging, um 3.40 Uhr nachmittags, wurde der britische Militärattaché Oberst Yarde-Buller von Messimy hiervon unterrichtet. Zur Begründung der Mobilmachung führte der Minister die ihm vom Generalstab vorgelegte, wie bereits erwähnt, falsche Meldung an, Deutschland würde während des Kriegsgefahrzustandes schon „6 Klassen" Reserve einberufen. Drei Klassen würden genügen, um die Truppen des Grenzschutzes auf Kriegsstärke zu bringen. Aus den übrigen drei Jahrgängen würden Reserveformationen aufgestellt werden. Er sei daher der Ansicht, daß diese Maßnahme der Mobilmachung gleichkomme und eine Mobilmachung nur unter einem anderen Namen bedeute. Den französischen Deckungstruppen ständen acht mobile deutsche Armeekorps gegenüber, und er erwarte jeden Augenblick einen Angriff. Die Zehnkilometerzone würde nach wie vor innegehalten. Es liege ihm viel daran, daß die französische Mobilmachung in England als eine rein defensive Maßnahme erklärt würde. Messimy entließ Buller mit den Worten: „Wir verlassen uns in erster Linie auf uns selbst und dann auf Euch[19]."

Dem russischen Militärattaché wurde von Messimy mitgeteilt, Frankreich wünsche, daß Serbien von Rußland ersucht würde, rascher zum Angriff überzugehen. Ferner wurde um Übermittlung militärischer Nachrichten und um Angabe des Zeitpunktes der russischen Offensive gegen Deutschland gebeten. Den Franzosen sei nach wie vor ein russischer Vorstoß in Richtung Warschau—Posen erwünscht[20]. Nachdem der Krieg einmal als notwendig angesehen wurde, hörten die Wünsche der Diplomatie auf, und Mars allein regierte die Stunde.

Auch der k. u. k. Botschafter Graf Szécsen wurde, und zwar von Margerie, von der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Frankreich unterrichtet. Diese sei rein defensiv und nur eine Antwort auf die deutschen Maßnahmen. Wenn Deutschland den Vorschlag Greys annehme und seine militärischen Vorbereitungen einstelle, werde Frankreich das gleiche tun. Im übrigen sei es für Frankreich ein weiter Weg von der Mobilmachung zur Kriegserklärung, da die Zustimmung des Parlaments nötig wäre, das bisher nicht einberufen sei. Da zwischen Deutschland und Frankreich „gar keine Streitfragen" beständen, könne die Haltung Deutschlands nur mit seinem Wunsch erklärt werden, den Krieg herbeizuführen, welcher Auffassung Szécsen natürlich entgegentrat. Margerie erwähnte noch mit Befriedigung die österreichischen Besprechungen mit Petersburg und betonte nachdrücklich den Wunsch Frankreichs, eine Entspannung herbeizuführen.

In der französischen Presse erschien in den Abendausgaben ein vom Präsidenten und den Mitgliedern der Regierung unterzeichneter Aufruf an das französische Volk, in dem mitgeteilt wurde, daß sich trotz der Anstrengungen der Diplomatie der Horizont verfinstert habe und die meisten Nationen, selbst neutrale Staaten, mobilisiert hätten. Frankreich, das in den letzten Tagen seine Anstrengungen zur Erhaltung des Weltfriedens verdoppelt hätte, habe sich auf alle Möglichkeiten vorbereitet und jetzt die erste Maßnahme zum Schutze seines Gebietes getroffen.

Mobilisation bedeute aber noch nicht den Krieg. Im Augenblick erscheine die Mobilmachung sogar als das beste Mittel, den Frieden in Ehren zu erhalten. Die Regierung hoffe noch, eine friedliche Lösung zu erzielen, sie rechne mit der Kaltblütigkeit der Nation und zähle auf den Patriotismus aller Franzosen. „In dieser Stunde", hieß es in dem Aufruf, „gibt es keine Parteien, nur ein einiges, friedliches und entschlossenes Frankreich, das Vaterland des Rechts und der Gerechtigkeit, in Ruhe, Würde und Wachsamkeit geeint[21]."

Um 8 Uhr abends ließ Messimy noch einmal den britischen Militärattaché zu sich bitten, um ihm die Ansicht beizubringen, der Friede könne nur erhalten werden, wenn England militärisch anstatt diplomatisch handle. Auch hob der Minister noch einmal die Zehnkilometerzone als Beweis für das Bestreben Frankreichs hervor, keine herausfordernden Handlungen zu begehen.

Trotz der gegebenen Befehle war, wie auch Poincaré zu Ohren kam, im Abschnitt des französischen XX. Armeekorps innerhalb der Zehnkilometerzone eine Schwadron chasseurs à cheval auf deutsche Ulanen gestoßen. Auf ausdrückliches Verlangen Poincarés wurde daraufhin von Messimy ein ziemlich scharf gehaltener Befehl an die in Frage kommenden Kommandierenden Generale gegeben und bei Nichtbeachtung der aus ernsten diplomatischen Gründen notwendigen Zehnkilometerzone kriegsgerichtliche Verfolgung angedroht. Das XX. Korps wurde dabei besonders genannt[22].

Gegen Abend ging ein sehr ausführliches Telegramm an Paul Cambon heraus, das einen Niederschlag der im Ministerrat zutage getretenen Auffassungen darstellte und den Kampf um England kennzeichnete. Cambon sollte der von Deutschland in England vertretenen Auffassung entgegenwirken, daß die Verantwortung für den Krieg auf Rußland falle. Zu diesem Zweck wurde ausführlich auseinandergesetzt, was Frankreich nach seiner Auffassung alles zur Erhaltung des Friedens getan habe. Weiter wurde gesagt, es dürfe nicht schwerfallen, zwischen der Anregung Greys, der Formel Sasonows und den Erklärungen Österreichs eine Einigung zu erzielen. Während der Unterhandlung sei aber „Österreich zuerst zu einer allgemeinen Mobilmachung geschritten". Wir sehen somit, daß Paris an dieser falschen Darstellung der Reihenfolge der Mobilmachungen, wodurch die Kausalität zu Ungunsten Österreichs verschoben wurde, unentwegt festhielt. Die Auffassung wurde noch unterstrichen durch den nachfolgenden Satz: „Rußland sah sich gezwungen, es nachzumachen", um nicht unterlegen zu sein. Auch fehlte es in dem Telegramm nicht an den bekannten Behauptungen, daß Deutschland unter dem Vorwand des Kriegszustandes bereits am Mittwoch mit seiner Mobilmachung begonnen habe. Die französische Mobilmachung sei daher im wesentlichen eine Schutzmaßnahme.

Paul Cambon wurde angewiesen, alle diese Bemerkungen Grey dringend zu übermitteln und ihm zu verstehen zu geben, daß Frankreich keinerlei Herausforderung begangen habe. Man hoffe, daß, wenn der Krieg ausbreche, die öffentliche Meinung in England erkennen würde, von welcher Seite der Angriff komme, und daß England die Gründe begreife, die Frankreich veranlaßten, die bewaffnete Intervention Englands im Interesse der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts zu fordern[23].

Am frühen Nachmittag war bei Schoen die kurze Mitteilung Bethmann Hollwegs eingegangen, daß es für die Beantwortung des Eventualvorschlages, der die Besetzung von Toul und Verdun betraf, nötigenfalls bis 3 Uhr nachmittags Zeit hätte. Schoen brauchte diese unangenehme Frage aber überhaupt nicht zu stellen, da bei seiner um 5.30 Uhr stattfindenden erneuten Unterredung mit Viviani der Ministerpräsident trotz Drängens Schoens bei der ihm am Vormittag abgegebenen Erklärung über Frankreichs Haltung in einem russisch-deutschen Kriege blieb. Wie Iswolski später Sasonow mitteilte, soll Viviani noch zu Schoen gesagt haben, daß Frankreich seine Mobilmachung als Antwort auf die deutsche Mobilmachung angeordnet habe. Dabei sprach er seine Verwunderung darüber aus, daß Deutschland zu dieser Maßnahme gerade während des freundschaftlichen Gedankenaustausches zwischen Rußland, Österreich und den Mächten geschritten sei. Die französische Mobilmachung bedeute jedoch noch nicht den Krieg, aggressive Absichten lägen nicht vor, was auch in der Proklamation hervorgehoben worden sei. Es sei somit kein Grund für die Abreise des Botschafters vorhanden, auf die Schoen auch gar nicht mehr zurückgekommen war. Verhandlungen könnten auf der Basis des Vorschlags von Grey, den Frankreich befürworte, fortgesetzt werden. Die Zehnkilometerzone würde aufrechterhalten, und Frankreich wolle die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben[24].

Die wichtigste Tatsache, daß die deutsche allgemeine Mobilmachung die Antwort auf die russische allgemeine Mobilmachung war, ist bei der Aussprache anscheinend nicht erwähnt worden.

Kurz nach 10 Uhr traf eine ausführliche, allerdings nicht sehr erfreuliche Mitteilung Cambons über die Haltung Englands ein. Grey habe ihm erklärt, daß das Kabinett heute morgen erneut über die Lage beraten, aber keine Entscheidung getroffen habe. Über die Vorgänge selbst wird erst an späterer Stelle zu sprechen sein. Die britische Regierung sei zwar nicht zu einer Landung englischer Truppen geneigt, aber England sei sehr viel an der belgischen Neutralität gelegen. Auch würde Grey dem Kabinett vorschlagen zu erklären, daß England sich der Durchfahrt der deutschen Geschwader durch den Kanal sowie jeder Demonstration an der französischen Küste widersetzen würde. Diese Fragen würden im Ministerrat morgen oder spätestens Montag früh behandelt[25].

Vom französischen Gesandten in Luxemburg, Mollard, war die Bitte eingegangen, der luxemburgischen Regierung die Versicherung der Neutralität zu geben, ähnlich derjenigen, die man Belgien gegeben habe. Mollard wurde daraufhin von Viviani ermächtigt, Luxemburg zu erklären, daß Frankreich gemäß dem Londoner Vertrag von 1867 die Neutralität achten werde. Nur wenn Deutschland die Neutralität verletzen würde, müsse sich Frankreich in dieser Beziehung von seinen Interessen leiten lassen[26].

Vom französischen Generalstab waren um 11 Uhr abends noch einmal die Vorgänge der deutschen Mobilmachung kurz zusammengestellt worden, was wohl als eine Art Rechtfertigung der französischen Mobilmachung gedacht war. Nach diesem Bericht hatte Deutschland seit dem 25. Juli nach und nach als schwerwiegend bezeichnete militärische Maßnahmen getroffen, die im einzelnen aufgeführt wurden: Armierung der Festungen, Rückkehr der Truppen vom Manöver

oder aus Lagern, Einziehung zahlreicher Reservisten, Aushebung von Pferden und Automobilen, Aufstellung des durch Formationen aus dem Innern verstärkten Grenzschutzes. Ferner sei am 31. der Kriegszustand proklamiert worden. Hier folgt dann wieder die falsche Behauptung, daß durch diese Maßnahme die Mobilmachung im geheimen durchgeführt werden könnte und Frankreich sich binnen kurzem einer vollständig mobilisierten Armee gegenüber befinden würde, ohne daß die deutsche Mobilmachung angeordnet worden sei. Nach den französischen Gesetzen könnten ähnliche Maßnahmen wie in Deutschland nicht ausgeführt werden, so daß als einziges Mittel übrigbleibe, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zu erlassen[27].

Um Mitternacht ließ Abel Ferry noch eine Mitteilung an Paul Cambon hinausgehen, er möge der britischen Regierung und englischen Presse die, wie mehrfach hervorgehoben, falsche Nachricht von der Einziehung von „5 Klassen" Reservisten in Deutschland bekanntgeben, was einer allgemeinen Mobilmachung gleichkomme. Die deutsche Botschaft habe auffällige Vorbereitungen für den Abtransport der Archive und die Abreise der Botschaft getroffen, während der russische und österreichische Botschafter gegenseitig nicht an Abreise zu denken schienen*. Daraus könne man ersehen, von welcher Seite der Gedanke des Angriffs komme[28].

Um 11.30 Uhr nachts erschien der russische Botschafter unerwartet im Élysée und verlangte Poincaré zu sprechen. Iswolski meldete Poincaré auf Grund eines kurzen Telegramms von Sasonow[29], daß Deutschland Rußland den Krieg erklärt habe. Dabei stellte der Botschafter nach den Memoiren Poincarés mit einem gewissen Pathos die Frage, was Frankreich tun werde. Poincaré, der selbst von der von ihm jedenfalls nicht so schnell erwarteten Kriegserklärung Deutschlands an Rußland überrascht war, erklärte, daß er sofort den Ministerrat einberufen würde, doch gab er gleich seiner Auffassung Ausdruck, daß ebenso wie er selbst der gesamte Ministerrat fest entschlossen sei, die aus dem Bündnisvertrag auf Frankreich entfallenden Verpflichtungen auf das genaueste zu erfüllen. Hierbei ergebe sich jedoch eine Reihe sehr komplizierter sowohl politischer wie strategischer Fragen. Für die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland sei der Beschluß des Parlaments notwendig, dessen Einberufung mindestens zwei Tage erfordere. Obwohl er an dem Beschluß nicht zweifle, zöge er es vor, öffentliche Debatten über die Anwendung des Bündnisvertrages zu vermeiden. Auch hauptsächlich mit Rücksicht auf England wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von Frankreich, sondern von Deutschland ausginge. Ferner wäre es für beide Verbündete zweckmäßiger, daß Frankreich mit den militärischen Operationen erst beginne, wenn seine Mobilmachung weiter fortgeschritten sei. Übrigens werde Deutschland nicht auf die Kriegserklärung Frankreichs warten, sondern an Frankreich den Krieg erklären, schon um die französische Mobilmachung zu stören[30]. An der Bereitwilligkeit Poincarés zum Kriege war also nicht zu zweifeln, nur ging sein Bestreben dahin, das Odium des Angreifers Deutschland zu überlassen.

Inzwischen hatte sich der Ministerrat fast vollständig im Élysée eingefunden und die Antwort Poincarés einstimmig gebilligt. Iswolski wurde von Viviani noch einmal bestätigt, daß Frankreich seine Verpflichtungen aufs vollständigste er-

* Vorbereitungen für den Abtransport der Archive sind nicht getroffen worden.

füllen würde. Frankreich wolle jedoch vor Eröffnung der militärischen Operationen seine Mobilmachung beenden, wozu etwa zehn Tage erforderlich seien. Später machte Poincaré Iswolski noch darauf aufmerksam, der österreichische Botschafter habe in den letzten Tagen Viviani und ihm selbst nachdrücklich versichert, daß Österreich Rußland seine Bereitschaft ausgesprochen habe, nicht nur die territoriale Integrität, sondern auch die Souveränitätsrechte Serbiens zu achten, Rußland hätte diese Erklärung aber absichtlich verschwiegen. Auf die Bemerkung Iswolskis, dies sei eine vollkommene „Lüge", entgegnete Poincaré nur, daß Österreich in London gleichartige Erklärungen abgegeben habe und daß diese dort einen sehr gefährlichen Eindruck machen könnten. Es sei daher nötig, diese Erklärungen auch in London zu dementieren[31]. Damit fand eine Debatte, die recht aufschlußreich hätte werden können, ein vorzeitiges Ende.

Inzwischen war auch eine kurze Meldung Jules Cambons eingetroffen, daß in den Straßen Berlins Extrablätter mit der Ankündigung der allgemeinen Mobilmachung verteilt würden. Der 1. Tag der Mobilmachung sei Sonntag, der 2. August. In einem weiteren Telegramm teilte Cambon mit, daß der englische Militärattaché die offizielle Bestätigung der Nachricht erhalten habe. Anscheinend hat Poincaré noch gelegentlich des nächtlichen Besuchs von Iswolski, der erst um 3 Uhr nachts vom Élysée zurückkehrte, den Wunsch geäußert, man müsse ohne Zeitverlust auf Rumänien einen Druck ausüben, auf seiten der Tripleentente am Kriege teilzunehmen, indem man ihm Transsylvanien verspreche. Auch müsse man versuchen, Italien auf seine Seite zu ziehen, indem man ihm Valona und freie Hand in Albanien zusage.

Gegen 5 Uhr morgens wurden die auswärtigen Vertretungen Frankreichs von der deutschen Kriegserklärung an Rußland in Kenntnis gesetzt und dabei hervorgehoben, daß sie trotz der schwebenden Verhandlungen und in dem Augenblick erfolgt sei, wo Österreich-Ungarn eingewilligt habe, mit den Mächten über den Kernpunkt seines Konflikts mit Serbien zu sprechen.

Auf die Ereignisse, die zum Bruch zwischen Deutschland und Rußland führten, hatte der Quai d'Orsay infolge der Schnelligkeit, mit der die Dinge sich abspielten, keinen fühlbaren Einfluß mehr nehmen können, und Paléologue hatte von sich aus nichts getan, um zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Die Intransigenz, die zwischen Petersburg und Wien herrschte, kam der französischen Regierung überhaupt nicht zum Bewußtsein. Im Gegenteil, man hielt Österreich für versöhnlich und glaubte, Deutschland für die Spannung zwischen der Doppelmonarchie und dem russischen Bundesgenossen verantwortlich machen zu müssen. Von der Auswirkung der russischen allgemeinen Mobilmachung machte man sich in Paris nicht die richtige Vorstellung. So unterblieb jede energische Einwirkung auf den Bundesgenossen, mit dem man sich natürlich gerade in diesem Augenblick auch nicht verfeinden wollte. Über die deutschen Mobilmachungsmaßnahmen herrschte Unklarheit. Im übrigen waren die Anstrengungen Poincarés und des Quai d'Orsay mehr darauf gerichtet, für die drohende militärische Auseinandersetzung die sofortige aktive Mitwirkung Englands zu erreichen und daher die Haltung Deutschlands so bedrohlich wie möglich darzustellen, als auf den Bundesgenossen beruhigend einzuwirken.

Ähnlich wie England, wenn auch aus anderen Gründen, fühlte sich Frankreich nicht in der Lage, einen scharfen Druck auf Petersburg auszuüben. Die Erhaltung des Bündnisses mit Rußland war die Grundlage der bisherigen Politik, von der man natürlich gerade jetzt nicht abgehen wollte.

Im übrigen hat Rußland Frankreich gegenüber fraglos ein nicht ganz ehrliches Spiel getrieben. Durch Unterlassen einer rechtzeitigen, unmißverständlichen Mitteilung der Absicht, auch gegen Deutschland mobil zu machen, hat es dem Quai d'Orsay die Möglichkeit genommen, sich mit dem Bundesgenossen über die Notwendigkeit dieser Maßnahme vorher auseinanderzusetzen. So geriet Frankreich ins Schlepptau Rußlands und mußte die Folgen aus einer Lage ziehen, in die es seine zu passive Bündnispolitik mit Rußland hineingeführt hatte.

Kapitel 53

Diplomatische Windstille in England

London, 29. Juli: Die englische Flotte bezieht ihre Kriegsstationen — Mitteilungen aus Wien und Berlin — Grey erhält von Mensdorff das „Dossier" — Erste Unterredung Greys mit Lichnowsky — Sasonow für schnelle Vermittlung Englands — Amerikanisches Vermittlungsangebot — Kabinettssitzung — Audienz Churchills beim König — Erklärungen im Parlament — Imperiali — Crowe sieht die Entwicklung richtig voraus — Unterredung Greys mit Cambon — Benckendorff bei Nicolson — Zweite Unterredung Greys mit Lichnowsky — Belgrad-Halt-Vorschlag — Asquith abends bei Grey — Die Botschafter berichten.

Ähnlich wie in Paris verlief der 29. Juli auch in London in ziemlicher Ruhe. Vom Standpunkt der Krise aus betrachtet war es ein stiller Tag, an dem im Gegensatz zu Petersburg sich diplomatisch eigentlich gar nichts ereignete. Ohne neue Gedanken, ohne Schwung wurden die alten Vermittlungsversuche wieder aufgenommen, die mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer unmittelbaren Besprechung zwischen Petersburg und Wien vorläufig zurückgestellt worden waren.

Nur die Flotte handelte und verließ bei Nacht und Nebel den Kriegshafen von Portland, um durch die Straße von Dover die nordischen Gewässer zu erreichen. Bereits am 30. morgens konnte das Flaggschiff der Admiralität melden, daß die erste Heimatflotte ihren Kriegshafen Scapa Flow unbehelligt erreicht hatte. Zu gleicher Zeit wurde die zweite Flotte in Portland versammelt. Die Mittelmeerflotte konzentrierte sich vor Malta. Ein erst für den Herbst vorgesehener Wechsel im Oberkommando der Heimatflotte wurde schon jetzt eingeleitet. An die Stelle Lord Callaghans sollte Admiral Jellicoe treten. Die britische Flotte war somit auf ihrem Posten und wurde der sicheren Hand des Admirals anvertraut, der Englands volles Vertrauen für den zu erwartenden Kampf besaß und es auch späterhin zu rechtfertigen verstand.

Die französische Admiralität wurde von der Verlegung der Flotte nach Scapa Flow anscheinend nicht in Kenntnis gesetzt. Jedoch wurden dem französischen Militärattaché die Standorte der deutschen Schiffe im Mittelmeer, „Goeben" und „Breslau", sowie die Marschroute der „Straßburg" angegeben und mitgeteilt, daß die Kreuzer der ersten Flotte bis auf weiteren Befehl im Kanal bleiben und auch die Küstenbatterien armiert würden[1].

Im Foreign Office war in der Nacht die wenig erfreuliche Nachricht von Bunsen eingegangen, daß die unmittelbaren Besprechungen zwischen Petersburg und Wien abgelehnt waren. Ganz richtig vermutete Schebeko, Sasonow werde nun bereitwillig auf den Konferenzvorschlag Greys eingehen. Ein Versuch, Rußland wie 1909 einzuschüchtern, werde unverzüglich zum Kriege führen. Auch der italienische Botschafter beurteile die Lage sehr ernst[2].

Aus Berlin erfuhr Grey durch Goschen, es liege dem Kanzler sehr daran, daß Deutschland und England für die Erhaltung des allgemeinen Friedens zusammenarbeiteten, wie sie es während der letzten europäischen Krise mit Erfolg getan hätten. Den Vorschlag einer Konferenz, die ihm wie ein aus zwei Mächten jeder Gruppe bestehender Areopag erscheine, habe er nicht annehmen können, doch stehe dies nicht im Widerspruch mit seinem Wunsch nach wirksamer Zusammenarbeit. Er werde alles tun, um zu erreichen, daß Wien und Petersburg die Lage direkt und freundschaftlich miteinander besprechen. In Anbetracht der Mobilmachung von vierzehn russischen Armeekorps sei es jedoch sehr schwer, Wien weiterhin Mäßigung zu predigen. Durch die Absage aus Wien war diese Mitteilung natürlich als überholt anzusehen. Das Telegramm Goschens endete mit der Wiedergabe der Worte des Kanzlers, daß ein Krieg zwischen den Großmächten vermieden werden müsse.

Die Mitteilung Goschens wurde im Foreign Office als wenig trostreich empfunden. Nicolson vermißte Anzeichen dafür, daß Deutschland einen mäßigenden Einfluß auf Wien ausgeübt habe. Es gehe daher doch etwas weit, die Verantwortung auf Rußland zu schieben, das mit jedem Verfahren einverstanden sei, das zum Frieden führen könnte. Deutschland wolle anscheinend Rußland von jeder Einmischung fernhalten, während Österreich Serbien erdrossele[3].

So finden wir immer wieder die alten fehlerhaften Auffassungen vor, deren Ursachen in der übertriebenen Einschätzung der Absichten Österreichs wie in der falschen Vorstellung von der Haltung Deutschlands gegenüber seinem Bundesgenossen zu suchen waren.

Am Vormittag übergab der k. u. k. Botschafter Graf Mensdorff Grey das vom Ballhausplatz zusammengestellte „Dossier“ über die großserbische Propaganda. Da das Dossier in deutscher Sprache abgefaßt war und, soviel wir wissen, damals nicht ins Englische übersetzt wurde, dürfte Grey wohl kaum eine zutreffende Vorstellung von den österreichischen Beschwerden gegenüber Serbien gewonnen haben. Mensdorff nahm zwar noch einmal Gelegenheit, Grey eingehend den österreichischen Standpunkt auseinanderzusetzen, doch gelang es ihm nicht, Grey von seiner bisherigen Auffassung abzubringen. Während Mensdorff die Ansicht vertrat, die Mächte sollten den österreichisch-ungarischen Konflikt von der Frage eines allgemeinen Krieges trennen und darauf einwirken, daß Rußland denselben nicht durch seine Intervention herbeiführe, war Grey der Meinung, man könne Rußland nicht allein raten, passiv zu bleiben, da dies gleichbedeutend damit sei, Österreich freie Hand zu geben. Wien müsse zumindest irgend etwas bewilligen, was England in Petersburg verwerten könne. Die pro und contra des österreichischen Standpunktes interessierten ihn nicht, ihn beschäftige nur die Frage, wie ein europäischer Krieg verhindert werden könne. Im übrigen gewann Mensdorff aus der Unterredung mit Grey den Eindruck, daß die absolut ungeschwächte Erhaltung der Großmachtstellung Frankreichs ein unverrückbares Prinzip der englischen Politik aller Parteien sei. Man müsse sich dies stets und unentwegt vor Augen halten, wenn man die Haltung Englands in den großen europäischen Fragen in Betracht ziehe[4].

Am Vormittag erschien auch Lichnowsky bei Grey und teilte ihm im Auftrage des Reichskanzlers mit, daß Deutschland zwischen Wien und Petersburg vermittle und auf guten Erfolg hoffe. Der Kanzler suche Wien zu bewegen, in Petersburg befriedigende Erklärungen über das Ziel und die Ausdehnung des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Serbien abzugeben. Grey versicherte Lichnowsky, daß auch er eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland als die „allerbeste Lösung" betrachte. Solange in diesem Verfahren eine Aussicht auf Erfolg erblickt werden könne, würde er mit keinem anderen Vorschlag drängen. Er hätte aber heute morgen von der Ablehnung der Besprechungen durch die österreichische Regierung erfahren. Wenn dies tatsächlich der Fall sein würde, wisse er nicht, was geschehen solle. Dann stellte er die Frage, ob Deutschland irgendeinen Vorschlag machen könnte. Es habe doch grundsätzlich eine Vermittlung zwischen Rußland und Österreich angenommen. Wenn es die Vermittlung durch eine Konferenz oder auch Besprechungen à quatre in London für eine zu formelle Methode halte, solle Deutschland doch irgendein Verfahren vorschlagen, vermittels des Einflusses der vier Mächte den Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Da Frankreich und Italien zur gemeinsamen Vermittlung bereit seien, brauche Deutschland nur im Interesse des Friedens „auf den Knopf zu drücken", und die Vermittlung werde sofort ins Werk gesetzt werden.

Lichnowsky brachte demgegenüber wieder das alte Argument vor, Deutschland könne sich nicht in den österreichisch-serbischen Konflikt einmischen, da dies eine Angelegenheit der Doppelmonarchie sei. Österreich wolle auch nichts weiter, als an seiner Grenze Ruhe und Ordnung schaffen, und beabsichtige keinerlei territorialen Erwerb.

Im weiteren Verlauf der Unterredung brachte Grey das gleiche Argument vor, das er bereits Mensdorff gegenüber verwertet hatte, Österreich könne auch ohne Annexion Serbien zu einem Vasallenstaat machen. Dies könne Rußland schon wegen seiner Stellung in der orthodoxen Christenheit nicht zulassen. Grey stellte dann die Frage, ob es nicht möglich sei, über die Ausdehnung der militärischen Operationen Österreichs und über die Forderungen der Monarchie eine Verständigung herbeizuführen. Hier stoßen wir auf die gleichen Gedanken, die auch die Vermittlungstätigkeit Kaiser Wilhelms bestimmt hatten.

Wie Lichnowsky den Äußerungen Greys entnahm, war man in London fest davon überzeugt, daß der Weltkrieg unvermeidlich sei, wenn Österreich sich nicht bereit zeige, in eine Erörterung der serbischen Frage einzutreten. Grey bemerkte noch, man könne nicht wissen, welche Häuser bei einem derartigen Brand unversehrt bleiben würden, sogar das kleine Holland fange schon an zu rüsten[5]. Im übrigen zeigte sich Grey über die deutschen Vermittlungsbestrebungen zwischen Wien und Petersburg sehr erfreut.

Ferner unterrichtete Grey Lichnowsky noch von der bereits mehrfach erwähnten Erklärung des serbischen Geschäftsträgers in Rom, daß Serbien unter Umständen alle Forderungen der Note „schlucken" würde, sowie von dem auf Grund dieser Erklärung gemachten Vermittlungsvorschlag San Giulianos[6]. Von Buchanan habe er gehört, daß Rußland sich genötigt sehe, das Betreten serbischen Bodens durch österreichische Truppen als Kriegsfall zu betrachten. Dies sei auch

den fremden Pressevertretern mitgeteilt worden[7]. Wir erinnern uns, daß dieses Moment von Deutschland nicht stark genug beachtet wurde.

Lichnowsky bat von neuem Grey, in Petersburg vor übereilten Entschlüssen zu warnen und insbesondere die allgemeine Mobilmachung zu verhindern, deren Folgen unabsehbar wären. Grey versprach, in diesem Sinne zu wirken. Er wolle dafür sorgen, daß die Köpfe möglichst kühl blieben. Sein Versprechen, die erhitzten Gemüter an der Newa zu beruhigen, wäre gerade am 29. Juli vielleicht die einzige Möglichkeit gewesen, das drohende Unheil der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung wenigstens hinauszuschieben, wenn Grey in diesem Augenblick eine offene, klare Sprache in Petersburg geführt hätte. Doch tat Grey nichts, um den Zaren auch von englischer Seite auf die Gefahr der russischen allgemeinen Mobilmachung aufmerksam zu machen.

Lichnowsky suchte nach der Unterredung mit Grey noch Sir William Tyrrell auf, der ihm wiederum zu verstehen gab, daß sich Italien an einem wegen Serbien ausbrechenden Weltkrieg nicht beteiligen und der Dreibund die Probe eines Weltkrieges somit nicht bestehen würde.

Auf den Vermittlungsvorschlag San Giulianos hatte Grey noch in der Nacht Sir Rennell Rodd geantwortet, daß nach allem, was er aus Wien und Berlin gehört habe, Österreich keinerlei Vermittlung der Mächte zwischen sich und Serbien annehmen würde; es sei ihm daher unmöglich, Diskussionen mit den hiesigen Botschaftern zu beginnen, und er müsse es San Giuliano überlassen, sich unmittelbar an Berlin und Wien zu wenden. Es würde ihn freuen, wenn irgendwelche Vorschläge von seiner Seite dort günstig aufgenommen würden. Er möge hiervon San Giuliano in Kenntnis setzen.

Im übrigen war San Giuliano inzwischen zu der Auffassung gekommen, daß nach der Ankündigung der russischen Teilmobilmachung in Berlin weitere Erörterungen über die serbische Note nicht mehr stattfinden könnten. Seine einzige Hoffnung sei nur noch, daß Deutschland dazu bewogen werden könne, einen mäßigenden Einfluß auf Wien auszuüben.

Benckendorff setzte noch am Vormittag durch Überlassung von Abschriften der entsprechenden Telegramme aus Petersburg Sir Arthur Nicolson davon in Kenntnis, daß Sasonow in Anbetracht der österreichischen Kriegserklärung an Serbien eine schnelle Vermittlungsaktion Englands für notwendig hielt, um Österreich zur Einstellung seiner Kriegshandlungen zu bringen. Bei einer Verschleppung der Vermittlungsaktion könne Österreich inzwischen Serbien vollständig vernichten. Die Mobilmachung der vier russischen Militärbezirke sei auch der deutschen Regierung notifiziert und dabei mitgeteilt worden, daß Angriffsabsichten Rußlands gegen Deutschland nicht beständen. Auch sei der russische Botschafter in Wien vorläufig nicht abberufen worden[8].

Nach diesen Mitteilungen aus Petersburg mußte man im Foreign Office die Lage zwar als bedrohlich ansehen, immerhin war im Augenblick mit einer weiteren Ausdehnung der russischen Mobilmachung oder mit deutschen Gegenmaßregeln nicht unbedingt zu rechnen. Auch die Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes zwischen Rußland und Österreich war im Augenblick wohl nicht zu gewärtigen. Wie wir wissen, waren es ja auch nicht diese hier angeführten Um-

stände, die die schnelle Entwicklung der Krise zur Folge hatten, sondern die mißverständliche Auffassung Rußlands, daß Deutschland sich mit der russischen Teilmobilmachung nicht abfinden würde, und die technischen Schwierigkeiten, während der Teilmobilmachung die allgemeine Mobilmachung folgen zu lassen.

Benckendorff und Paul Cambon kamen überein, über die russische Mobilmachung der Presse keine Mitteilungen zu machen[9]. Natürlich wollte man damit vermieden wissen, daß Rußland von der englischen öffentlichen Meinung deswegen als der Angreifer angesehen werden könnte.

Auch in Washington fing man jetzt an, sich für den drohenden Konflikt zu interessieren. So hatte der Staatssekretär der Vereinigten Staaten Robert Lansing bei Walter Hines Page, dem amerikanischen Botschafter in London, angefragt, ob in der gegenwärtigen Krise die guten Dienste der Vereinigten Staaten willkommen und zweckmäßig wären. Er bezog sich hierbei auf Artikel 3 der Haager Konvention, wonach jeder Staat das Recht hat, in Streitfällen vermittelnd einzugreifen. Page unterrichtete Grey in einem kurzen Privatbrief von dem Vorschlag seiner Regierung. Die Vermittlungsaktion wurde, wie wir vorweg bemerken möchten, weiter gesponnen, ohne daß sie zu irgendeinem praktischen Ergebnis geführt hätte[10].

Um 11.30 Uhr fand sich das britische Kabinett zu einer Sitzung in Downing Street zusammen. Die irische Frage, die seit Wochen die englische Regierung ganz besonders beschäftigt hatte, trat hinter der gespannten Lage in Europa zurück. Grey, der durch den Besuch Lichnowskys aufgehalten war, gab nach seinem Eintreffen einen Überblick über die diplomatischen Vorgänge der letzten Tage, wobei er die größte Friedenshoffnung auf die Fühlungnahme des deutschen Reichskanzlers mit Wien setzte. Einen breiten Raum nahm die Nachprüfung der Verpflichtungen Englands bezüglich der Neutralität Belgiens ein. Hierbei erinnerte sich das Kabinett des Verhaltens der Regierung Gladstones bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870. Doch blieb die Diskussion über die Neutralitätsfrage ziemlich oberflächlich. Auch konnte nicht geklärt werden, inwieweit ein einzelner als Garant verpflichteter Staat durch den Vertrag von 1839 an die Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität gebunden sei, wenn sich die übrigen Garantiemächte ihrer Verpflichtung entziehen oder sie ablehnen würden. Das Kabinett kam schließlich zu der praktischen Ansicht, daß die Angelegenheit, wenn sie akut werden sollte, eher Sache der Politik als Sache einer rechtlichen Verpflichtung sei. Daß Belgien selbst beschlossen hatte, im Fall eines Angriffs von irgendeiner Seite seine Integrität und Neutralität bis zum äußersten zu verteidigen, hatte der britische Gesandte in Brüssel, wie Grey bekannt war, gestern auf Grund einer Unterredung mit dem belgischen Außenminister erfahren.

Im Vordergrund der Diskussion stand im übrigen die Entente mit Frankreich, und hier trat die Trennung der Geister im englischen Kabinett jetzt scharf hervor. Der Kolonialminister Harcourt sowie der aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Handelsminister John Burns und John Morley waren für eine Neutralität Englands[11], wobei besonders auf die Festigkeit Morleys gerechnet wurde. John Morley, damals 75 Jahre alt, war die angesehenste Persönlichkeit im Kabinett. Er war ein feiner Kopf, besaß eine umfassende Bildung und hatte eine glänzende Laufbahn

hinter sich. Zum politischen Führer großen Stils fehlte ihm jedoch die physische Kraft. Vor allem verstand er es nicht, andere mit sich fortzureißen. Sein großer Gegner im Kabinett war Winston Churchill, der „mit dämonischer Energie" für die Parteinahme für Frankreich eintrat, die auch Grey „mit wackerer Einfachheit" verteidigte, wobei er heimlich von Haldane unterstützt wurde. Asquith verhielt sich abwartend. Sein Blick war vornehmlich auf die Geschlossenheit des Kabinetts gerichtet.

Nach eingehender Erörterung aller Fragen, die die Haltung Englands in dem europäischen Konflikt betrafen, kam das Kabinett überein, Grey zu ermächtigen, den deutschen und französischen Botschafter dahin zu unterrichten, daß England bei dem augenblicklichen Stand der Dinge nicht in der Lage sei, sich im voraus auf eine unbedingte Neutralität oder auf eine vorbehaltlose Beteiligung am Kriege festzulegen. So fehlte dem britischen Kabinett jede Initiative, und die verhängnisvolle Entwicklung der Dinge in Petersburg konnte ohne die geringste Einwirkung von seiten Englands ihren Fortgang nehmen. Die russische Teilmobilmachung, anscheinend vom Kabinett in ihrer Bedeutung verkannt, wurde, ohne besondere Beunruhigung hervorzurufen, hingenommen. Die Möglichkeit einer allgemeinen Mobilmachung mit ihren Folgen für den europäischen Frieden ist wohl gar nicht zur Sprache gebracht worden. Winston Churchill berichtete dem Kabinett noch über die bereits getroffenen Flottenmaßnahmen, durch die das erste Stadium der für die Flotte vorgesehenen Sicherungen, des „Precautionary State", jetzt erreicht sei. Das Kabinett beschloß daraufhin, das „Warning Telegram" abzusenden, das eine Menge militärischer, politischer und administrativer Maßnahmen auslöste. Es gab hierbei zwei Abstufungen, ähnlich wie in Rußland bei der Kriegsvorbereitungsperiode die 1. und 2. Kategorie. Die Admiralität entschloß sich für die höhere Stufe[12]. Der Befehl wurde kurz vor 2 Uhr ausgegeben. Maßnahmen, die nicht geheimgehalten werden konnten, wurden vorläufig noch zurückgestellt. Jedoch entschloß sich die Admiralität bereits am Abend, alle beurlaubten Offiziere und Mannschaften zurückzurufen.

Auch für das Landheer war an diesem Tage die „Precautionary Period" angeordnet worden. Jedoch wurden die Truppenübungen noch nicht abgebrochen, um unnötiges Aufsehen zu vermeiden[13].

Am Nachmittag wurde Winston Churchill von König Georg empfangen, dem er Bericht über die Flottenmaßnahmen erstattete. Über die Kabinettssitzung selbst wurde der König durch den üblichen Bericht des Ministerpräsidenten unterrichtet.

In der am Nachmittag im Unterhaus stattfindenden Sitzung erklärte Asquith auf eine Anfrage des Führers der Konservativen Bonar Law, daß er in Anbetracht der gestern erfolgten Kriegserklärung Österreichs an Serbien die Lage als äußerst ernst ansehe. England bemühe sich, einen möglichen Konflikt zu begrenzen. Lloyd George, über die Finanzen befragt, erklärte, daß die gegenwärtige Finanzlage die in Erwägung gezogene Versammlung der Bankiers noch nicht notwendig mache.

Auch das Oberhaus tagte am 29., wobei Morley auf eine Anfrage Lord Lansdownes über die Lage ähnliche Erklärungen wie Asquith abgab, die Regierung

sei ernstlich bemüht, den besten Weg zur Eindämmung des Krieges zu finden, und lasse nicht von den Anstrengungen ab, der Sache des internationalen Friedens zu dienen, um eine ungeheure Katastrophe zu vermeiden.

Im Anschluß an die Kabinettssitzung hatte Grey eine kurze Unterredung mit dem italienischen Botschafter, bei der ihm Marquis Imperiali mitteilte, nach Auffassung San Giulianos könnten die deutschen Bedenken gegen eine Vermittlung der vier Mächte, die von Italien lebhaft begünstigt würde, durch eine andere Art des Verfahrens beseitigt werden. Grey erklärte, daß er selbst schon hieran gedacht und die deutsche Regierung aufgefordert habe, irgendein Verfahren vorzuschlagen.

Nicolson war jedoch der Auffassung, daß ein Meinungsaustausch in diesem Augenblick überhaupt nichts mehr nützen könne. Die einzige Möglichkeit, einen Konflikt zu vermeiden, bestehe darin, Österreich aufzufordern, während der Besprechungen keine militärische Aktion zu unternehmen. Es sei aber ganz klar, daß solch ein Versuch entschieden zurückgewiesen und von Deutschland nicht unterstützt würde. Crowe war daher der Ansicht, daß die Mittel der Diplomatie vorerst erschöpft seien und man vor zwei unzweifelhaften Tatsachen stehe: Österreich werde in Serbien einfallen und es zu erdrücken suchen, und Rußland werde Serbien zu Hilfe eilen. Ein Appell an Österreich oder Rußland, einen anderen Weg einzuschlagen, sei nutzlos. In dieser nüchternen Bemerkung traten die eigentlichen Schwierigkeiten der Lage klar zutage, und man muß es Crowe lassen, daß er die Entwicklung richtig vorausgesehen hat.

Grey unterrichtete am Nachmittag auch Cambon über seine Unterredung mit Lichnowsky und sagte ihm dabei, aus der deutschen Antwort auf seinen Vorschlag, selbst eine geeignete Formel für die Intervention zu suchen, sowie aus dem, was Deutschland auf die Mobilmachung gegen Österreich veranlassen werde, könne man sich Rechenschaft geben, was Deutschland vorhabe. Auf die Frage Lichnowskys, was die britische Regierung beabsichtige, habe er ausweichend geantwortet. Als Cambon sich nun seinerseits nach den Absichten der britischen Regierung erkundigte, setzte er ihm, wie bereits im vorigen Abschnitt mitgeteilt wurde, den Unterschied der augenblicklichen Lage zu den Verhältnissen während der Marokkokrise auseinander. Es sei England ziemlich gleichgültig, ob Österreich oder Rußland die Vorherrschaft über die slawischen Völker des Balkans erlange. Solange der Konflikt auf Österreich und Serbien oder Rußland beschränkt bleibe, habe sich England nicht einzumischen. Nur wenn sich Deutschland ins Mittel lege, um Österreich gegen Rußland zu unterstützen, und wenn Frankreich dann in den Konflikt ehren- und interessehalber hineingezogen würde, müsse England, das frei von Verpflichtungen sei, entscheiden, was seine Interessen erheischten, da es sich dann um eine Frage des europäischen Gleichgewichts handle. Auf jeden Fall treffe England im geheimen einige militärische Vorbereitungen.

Cambon versicherte Grey, daß er ihm die Lage klar dargelegt habe. Er verstehe sehr wohl, daß sich England nicht berufen fühle, in einen Kampf gegen die Vorherrschaft von Germanen und Slawen auf dem Balkan einzugreifen. Sollten aber Deutschland und Frankreich in diesen Konflikt verwickelt werden, so daß es sich um eine Vorherrschaft in Europa handele, dann müßte England entscheiden, was es zu tun hätte.

Zum Schluß bemerkte Cambon noch, er sehe voraus, daß Deutschland von Frankreich fordern würde, neutral zu bleiben, während es Rußland angreife. Diese Zusicherung könne Frankreich natürlich nicht geben, da es verpflichtet sei, im Falle eines Angriffs Rußland beizustehen[14].

Während Grey sich mit Cambon besprach, kam auch Benckendorff ins Foreign Office, um den Außenminister zu sprechen. Da der Botschafter infolge einer angesagten Audienz bei der in London lebenden Witwe des Zaren Alexanders III. nicht warten konnte, ging er zu Nicolson, der ihn ebenfalls von der Unterredung Greys mit Lichnowsky unterrichtete. Benckendorff sah in den Erklärungen Greys eine Lücke, da nicht davon gesprochen worden sei, daß die Armeen Österreichs von einem Einmarsch in Serbien abgehalten werden müßten. Nur unter dieser Bedingung sehe er die Möglichkeit einer Vermittlung. Auch Benckendorff gegenüber äußerte Nicolson, daß er die diplomatische Methode für erschöpft halte[15].

Am Nachmittag fand eine erneute Unterredung Greys mit dem deutschen Botschafter statt. Grey empfing Lichnowsky mit den Worten, daß die Lage sich immer mehr zuspitze, Rußland habe mobilisiert, Sasonow halte nach der österreichischen Kriegserklärung jede direkte Verhandlung zwischen Rußland und Österreich für offenbar aussichtslos. Die noch gestern deutscherseits hierauf gesetzten Hoffnungen seien heute geschwunden. Wenn die jetzt vom deutschen Reichskanzler in Wien und Petersburg betriebene Vermittlung Erfolg habe, dann sei dies schön und gut. Wäre dies aber nicht der Fall, dann sei es um so wichtiger, daß Deutschland die ihm heute morgen mitgeteilte Anregung aufgreife und ein Verfahren für die Einwirkung der vier Mächte vorschlage. Hierfür sei jedoch eine Bedingung erforderlich: daß Österreich seine militärischen Operationen gegen Serbien einstelle, da sonst eine Vermittlung die Sache nur hinziehen und Österreich Zeit geben würde, Serbien zu erdrücken. Selbst dann könnte es aber möglich sein, eine Vermittlung zustande zu bringen, „wenn Österreich wohl erkläre, das besetzte Gebiet behalten zu müssen, bis es volle Genugtuung von Serbien erlangt habe, zugleich aber verkünde, daß es während der Bemühungen der Mächte, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, nicht weiter vorrücken werde[16]".

Wahrscheinlich auf Grund der Nachrichten, die Grey aus Niš erhalten hatte[17], war er der Auffassung, daß es schon zu spät sei, um alle militärischen Operationen gegen Serbien einzustellen. Die österreichischen Streitkräfte würden vermutlich in kurzer Zeit in Belgrad sein und einen Teil des serbischen Gebiets besetzt haben.

Im Anschluß an diese mehr offiziell gehaltenen Erklärungen fügte Sir Edward, indem er einen ganz privaten und freundschaftlichen Ton anschlug, in seinen nachfolgenden Äußerungen Lichnowsky gegenüber hinzu, die Lage sei sehr ernst. Solange sie sich auf die gegenwärtigen Fragen beschränke, denke England zwar an keine Einmischung. Wenn aber Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen und damit europäische Fragen aufgeworfen würden, dürfe sich der Botschafter durch den freundschaftlichen Ton der Unterredungen nicht zu dem Glauben verleiten lassen, daß England abseits stehenbleibe. Auf die Frage Lichnowskys, ob er damit sagen wolle, daß England unter Umständen eingreife, meinte Grey, das sei nicht der Fall, er wolle auch keine Drohung aussprechen oder einen Druck ausüben. Wenn Deutschland, oder selbst wenn Frankreich nicht

in die Sache verwickelt würde, werde auch keine Rede von einer Einmischung Englands sein. Wenn aber britische Interessen berührt würden, so müsse England dann seine Entscheidungen genau wie die anderen Mächte sehr rasch treffen. Für den Fall, daß Deutschlands Bemühungen um die Erhaltung des Friedens scheiterten, möchte er sich nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen, daß er Deutschland durch seinen freundschaftlichen Ton zu der Annahme verleitet hätte, England würde untätig bleiben, oder daß ohne eine solche Irreführung der Verlauf der Dinge ein anderer hätte sein können. Lichnowsky erklärte, daß die Mitteilungen Greys mit dem übereinstimmten, was er selbst schon als seine Ansicht nach Berlin berichtet hätte[18].

Von der Wirkung des Berichts Lichnowskys über seine Unterredung mit Grey nach Berlin, die sich in scharfen Randbemerkungen des Kaisers ausdrückte, sind wir bereits unterrichtet. Lichnowsky hat anscheinend die Erklärungen Greys eher in etwas schärferer Form mitgeteilt als abgeschwächt. Während Grey nur gesagt hatte, daß Sasonow die direkten Verhandlungen offenbar für „aussichtslos" betrachte, hatte Lichnowsky gemeldet, Sasonow sei nicht mehr in der Lage hierzu. Auch hatte der Botschafter nicht erwähnt, daß Grey angenommen hatte, die Österreicher wären vermutlich in kurzer Zeit in Belgrad, und daß dies gleichsam eine Voraussetzung seines Vorschlags bildete[19].

Abends begab sich Asquith zu Grey, der bei seinem alten Freund, dem Kriegsminister Haldane, wohnte, und besprach mit ihm und Haldane bis spät in die Nacht hinein die Lage, wobei sie nach Brücken und Auswegen suchten. Dabei dürften Grey auch die eingehenden Berichte der britischen Botschafter aus Berlin, Petersburg und Wien vorgelegt worden sein.

Goschen hatte auf Grund der am 29. stattgehabten Unterredung mit dem Reichskanzler vertraulich davon Mitteilung gemacht, welche Ratschläge der Kanzler heute nach Wien weitergegeben und daß er hierauf bis jetzt aber noch keinen Bescheid erhalten habe. Der Kanzler habe hiervon nicht einmal Lichnowsky unterrichtet, und er lasse Grey das nur wissen, damit er sehe, daß er sein Bestes tue, um die Bemühungen Greys im Interesse des allgemeinen Friedens zu unterstützen. Auch erfuhr Grey, daß ein Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren stattfand. Grey beauftragte sofort Goschen, dem Kanzler für sein Vertrauen zu danken und ihm zu sagen, wenn es ihm gelinge, den Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland zu verhindern, so würden sie ihm alle für die Erhaltung des europäischen Friedens danken. Der Kanzler könne sich darauf verlassen, daß die britische Regierung fortfahren würde, für den Frieden zu wirken.

So zeigte sich, daß auch Grey wie Sir Eyre Crowe ganz begreiflicherweise die Gefahr eines europäischen Krieges in der Möglichkeit eines baldigen Zusammenstoßes zwischen Rußland und Österreich sah. Auch Grey konnte natürlich nicht ahnen, daß Rußland schon jetzt die allgemeine Mobilmachung anordnen und dadurch der Krieg zwischen Deutschland und Rußland unvermeidlich werden würde.

Crowe maß den Ratschlägen des Kanzlers in Wien weniger Bedeutung bei als Grey, während er auf den Telegrammwechsel zwischen Wilhelm II. und dem

Zaren größere Hoffnungen zu setzen schien. Nicolson war der Auffassung, daß Rußland nicht ruhig zuschauen könne und wolle, während Österreich an Serbien eine strenge Strafe vollziehe.[20].

Um Mitternacht ging noch ein weiteres Telegramm Goschens ein, in dem der Botschafter über sein Gespräch mit Jagow berichtete. Es war dies die Unterredung, in der Jagow seine Beunruhigung über die russische Mobilmachung und über militärische Vorbereitungen in Frankreich zum Ausdruck gebracht und an seine Befürchtung erinnert hatte, daß ein zu starker Druck auf Österreich es veranlassen würde, vollendete Tatsachen zu schaffen, was nun durch die Kriegserklärung an Serbien eingetreten sei.

Sehr beunruhigend waren die Mitteilungen von Buchanan aus Petersburg. Die Teilmobilmachung sei unterzeichnet worden, und er bestätigte, daß die auf Rat des deutschen Botschafters vorgeschlagene unmittelbare Aussprache mit Wien nun endgültig abgelehnt sei. Weiter erfuhr Grey, daß Sasonow sich zu dem Vorschlag San Giulianos vom 27. geäußert habe, er könne nicht serbischer sein als die Serben und werde allem zustimmen, was die vier Mächte vereinbarten, sofern es für Serbien annehmbar sei. Doch sei er der Auffassung, daß die Schärfe des Ultimatums durch eine ergänzende Erklärung oder Erläuterungen gemildert werden müßte. Die Anordnung der Mobilmachung werde von Sasonow damit begründet, Rußland hätte seinen Ernst zeigen müssen, da Österreich sonst geglaubt hätte, beliebig weit gehen und aus der Friedensliebe Rußlands Vorteil schlagen zu können. Im übrigen werde Rußland den Krieg nicht durch sofortiges Überschreiten der Grenze übereilt herbeiführen.

Wie notwendig das Einschreiten Österreichs gegen Serbien selbst vom französischen Botschafter in Wien erachtet wurde, zeigte Grey eine Mitteilung Bunsens, der ihm die bekannte Auffassung des serbischen Gesandten in Wien Jovanović übermittelte, daß die wachsende Gärung in den südslawischen Provinzen der Monarchie Österreich zu seiner Aktion gezwungen habe. Ferner hatte Grey aus diesem Telegramm erfahren, daß man nach Ansicht des französischen Botschafters den Konflikt daher nicht als Folge einer deutschen Anstiftung auffassen und auch nicht behaupten könne, daß Deutschland den europäischen Krieg wünsche.

Der britische Geschäftsträger in Konstantinopel hatte gemeldet, aus Äußerungen des k. u. k. Botschafters Markgraf von Pallavicini schließe er, daß die Pläne Österreichs sich möglicherweise beträchtlich über den Sandschak und eine strafweise Besetzung serbischen Gebiets hinaus erstreckten. Pallavicini habe von der schlechten Wirtschaftslage Salonikis unter der griechischen Verwaltung gesprochen und von der Hilfe, auf die die österreichische Armee seitens der muselmanischen Bevölkerung rechnen könne. Crowe hielt diese Mitteilung für besonders beachtenswert, obwohl sie den wirklichen Absichten Österreich-Ungarns, wie wir wissen, keineswegs entsprach[21]. So zeigt sich auch hier ähnlich wie bei der Botschaft in London, daß man von seiten der ausländischen Vertretungen der Doppelmonarchie in Unterhaltungen Auffassungen von sich gegeben hat, die der Politik des Ballhausplatzes den falschen Anschein gaben, als ob entgegen den offiziellen Äußerungen Berchtolds weitreichendere Ziele verfolgt würden.

Die englische Presse war am 29. Juli unterschiedlich, im allgemeinen aber durchaus ruhig. So schrieb die hier vortrefflich unterrichtete „Pall Mall Gazette", man könne keiner Macht, am wenigsten Deutschland, die Schuld am bisherigen Verlauf der Krise aufbürden. Der deutsche Kaiser und seine Staatsmänner täten für den Frieden vielleicht mehr, als ihnen die Umstände einzugestehen erlaubten. „Zweifellos wird der große Souverän seinen immensen Einfluß für diesen Zweck einsetzen, soweit der Friede mit der Pflicht und der Ehre verträglich ist[22]."

Kapitel 54

England bleibt in der Hinterhand

London, 30. Juli: Mitteilungen aus Petersburg — Bethmann Hollwegs Neutralitätsangebot — Cambon teilt Androhung deutscher Mobilmachung mit — Lichnowsky bei Grey — Aussprache zwischen Grey und Benckendorff — Mensdorff bei Grey — Die Ulsterfrage im Unterhaus — Kabinettssitzung — Unterredung Greys mit Cambon — Greys Vorschlag zur Abänderung der Sasonow-Formel — Lichnowskys Anregung für Wien — König Georg an den Prinzen Heinrich — Churchill und die Konservativen — Deutsche Rüstungsmaßnahmen — Mitteilung Berties über die Auffassung Poincarés — Vorschieben des Friedensgedankens.

Auch der 30. Juli verlief in England ohne besondere Ereignisse. Während Grey glaubte, noch über Krieg und Frieden in Europa selbst entscheiden zu können, war durch die russische allgemeine Mobilmachung der Damm gebrochen, der bis jetzt Europa vor dem allgemeinen Kriege bewahrt hatte. Erst am Ende des Tages machte Grey einen Versuch, auf Rußland einzuwirken, der erfolglos bleiben mußte, da er auf falschen Voraussetzungen aufgebaut und auch durch die Ereignisse überholt war.

Der russische Botschafter in London hatte die Gepflogenheit, ihm zugehende Telegramme im Wortlaut dem Foreign Office vorzulegen. Wahrscheinlich wollte Benckendorff hierdurch Grey zeigen, daß er mit offenen Karten spiele, um auf diese Weise das ohnehin starke Vertrauen zwischen ihm und Grey noch zu steigern. So schickte der Botschafter dem Foreign Office auch am Morgen des 30. Juli ihm zugegangene Mitteilungen Sasonows in französischer Übersetzung zu[1]. Das eine Telegramm betraf die Unterredung Sasonows mit Pourtalès, in der Sasonow dem deutschen Botschafter von den getroffenen militärischen Maßnahmen Mitteilung gemacht und erklärt hatte, daß diese auch Angriffshandlungen gegen Österreich nicht präjudizieren würden. Sasonow habe sich bereit erklärt, die unmittelbare Aussprache mit dem Wiener Kabinett fortzusetzen, falls auf die Ratschläge Deutschlands in Wien gehört würde. Im übrigen erschienen Sasonow Parallelverhandlungen, Viermächtekonferenz und unmittelbare Fühlung mit dem Wiener Kabinett, jetzt als die beste Lösung. Aus einem weiteren Telegramm Sasonows ging hervor, daß Sasonow inzwischen davon erfahren hatte, daß das Wiener Kabinett den direkten Meinungsaustausch mit Rußland ablehnte. Aus diesem Grunde wolle er England jetzt vollständig die Initiative zu den Schritten überlassen, die es für zweckmäßig halte.

Am Vormittag wurde Grey das um 9 Uhr morgens eingegangene bereits erwähnte Neutralitätsangebot Bethmann Hollwegs vorgelegt, das der Kanzler in der abendlichen Unterhaltung am 29. nach seiner Rückkehr aus Potsdam dem britischen Botschafter gemacht hatte: Deutschland sei bereit, bei der Zusicherung der Neutralität Großbritanniens die Integrität Frankreichs, abgesehen von seinen Kolonien, zu garantieren.

Grey teilt in seinen Memoiren mit, er habe diese Depesche mit dem Gefühl der Verzweiflung gelesen, da Bethmann Hollweg hiernach den Krieg für wahrscheinlich hielt[2]. Sicherlich muß dies als eine zu weitgehende Auslegung des Neutralitätsangebotes angesehen werden, da der Kanzler die Möglichkeit einer Teilnahme Deutschlands am Kriege von einem Angriff Rußlands auf Österreich abhängig gemacht hatte. Immerhin war es verständlich, daß das Neutralitätsangebot im Foreign Office eine gewisse Aufregung hervorrief, da Großbritannien hierdurch zur Entscheidung gedrängt wurde. Das Wichtigste an diesem Schritt aber war für England, wie Crowe richtig erkannte, daß Deutschland eigentlich die Absicht zugebe, die belgische Neutralität zu verletzen, während es bestrebt sein würde, diejenige Hollands zu achten, um sich die deutsche Einfuhr via Rhein und Rotterdam zu sichern. So hatte die Wilhelmstraße neben der bereits erwähnten Erklärung Jagows von dem coup d'éclat es auch hierdurch England erleichtert, die Absicht des Generalstabs, bei einem Kriege mit Frankreich nötigenfalls überraschend in Belgien einzumarschieren, vorzeitig zu erkennen. Nicht zutreffend dagegen war die Auffassung Crowes, daß Deutschlands Entschluß zum Kriege bisher nur durch die Furcht vor der Teilnahme Englands an der Verteidigung Frankreichs und Belgiens aufgehalten worden war.

Daß Bethmann Hollweg noch nicht am Frieden verzweifelte, dürfte Grey im übrigen durch die briefliche Mitteilung Lichnowskys klargeworden sein, daß der Kanzler weiter in Wien vermitteln und dringend zur Annahme der Vorschläge Greys raten würde[3]. Diese Mitteilung Lichnowskys an Grey liegt selbst nicht vor. Es ist daher auch nicht zu entscheiden, ob Lichnowsky hier irgendwelche Andeutungen gemacht hat, daß er für eine Vermittlung, namentlich auch für eine Botschafterkonferenz, Berlin geeigneter erachte als London, wie Lichnowsky dies Bethmann Hollweg mitgeteilt hat. Der Botschafter war der Auffassung, Grey sei mit der ganzen Frage zu wenig vertraut, auch sei Mensdorff zu ängstlich, ohne eigene Initiative, oder es fehle ihm der entsprechende Einfluß in Wien[4].

Grey setzte nach Erhalt des Neutralitätsangebots sofort selbst die bereits mitgeteilte ablehnende Antwort an den Botschafter in Berlin auf, auf die wir hier nicht noch einmal einzugehen brauchen[5].

Da die Beantwortung des Neutralitätsvorschlages immerhin ein Schritt von weittragender Bedeutung war, wenn auch Grey über seine Ablehnung keinen Zweifel hatte, brachte er die Depesche noch zu Asquith, bei dem am Nachmittag eine Kabinettssitzung stattfinden sollte. Da die Zeit drängte und das Kabinett das Angebot wohl nicht akzeptiert hätte, vielleicht auch, um die ohnehin nicht große Geschlossenheit der Kabinettsmitglieder durch diese Mitteilung nicht noch mehr zu erschüttern, stimmte der Premierminister der Absendung des Telegramms zu. Um sich auch der Zustimmung des Foreign Office zu versichern, zeigte Grey den Telegrammentwurf noch seinen Mitarbeitern, wahrscheinlich Nicolson und Crowe, wobei die Ansicht geäußert wurde, daß der letzte Teil seines Telegramms, ein gemeinsames Sicherheitsabkommen mit Deutschland einzugehen, für Frankreich nicht annehmbar sein könnte. Grey bestimmte aber trotzdem, daß das Telegramm in der von ihm verfaßten und von Asquith ge-

billigten Form abgesandt werden sollte. Die Depesche wurde noch am frühen Nachmittag an Goschen nach Berlin aufgegeben.

Gegen 1 Uhr mittags, während Grey sich noch bei Asquith in Downing Street Nr. 10 befand, kam Paul Cambon ins Foreign Office, um Grey von der Mitteilung Vivianis über die Demarche des Grafen Pourtalès vom Nachmittag des 29. Juli in Kenntnis zu setzen, auf deren verhängnisvolle Folgen bereits mehrfach hingewiesen wurde. Da Grey nicht zu sprechen war, hinterließ Paul Cambon eine Abschrift des Telegramms, das er von Viviani erhalten hatte. Hieraus ging für das Foreign Office hervor, daß Pourtalès Sasonow mitgeteilt hätte, Deutschland würde seine Streitkräfte mobil machen, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstellen würde („de mobiliser ses forces armées si la Russie ne cesse pas ses préparatifs militaires"). Auch enthielt das Telegramm die Erklärung Sasonows, daß Rußland seine Vorbereitungen nur getroffen habe wegen der Mobilisierung von acht österreichischen Armeekorps und der Weigerung der Doppelmonarchie, die Differenz mit Serbien auf friedlichem Wege zu lösen. Unter diesen Bedingungen könne Rußland seine Rüstungen nur beschleunigen und müsse damit rechnen, daß der Krieg dicht bevorstehe. Sasonow rechne nicht nur auf die Hilfe Frankreichs, sondern er betrachte es auch als erwünscht, daß England sich ohne Zeitverlust Rußland und Frankreich anschließe. Auch wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich entschlossen sei, alle seine Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. Zum Schluß wurde erwähnt, Frankreich wünsche im Interesse des Friedens, daß Rußland bei seinen militärischen Maßnahmen Deutschland keinen Vorwand für eine allgemeine oder teilweise Mobilmachung seiner Kräfte geben würde[6].

Aus diesem Telegramm geht somit ebenfalls hervor, daß in Frankreich der Schritt des Grafen Pourtalès dahin aufgefaßt wurde, Deutschland würde schon mobil machen, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen auch gegen Österreich nicht einstelle, während diese Demarche sich nur auf Maßnahmen an der deutschen Grenze beziehen, aber nicht gegen die Durchführung der Teilmobilmachung gegen Österreich richten sollte. So zog dieses Mißverständnis immer neue Kreise.

Eine gewisse Unruhe riefen im Foreign Office Meldungen des Generalkonsuls in Hamburg hervor, der über Minenlegung an der Nordseeküste und Verstärkung der Garnison auf der Insel Borkum berichtete. Während Crowe hierin ohne weiteres „Kriegsvorbereitungen gegen England" erblickte, beruhigte ihn Nicolson durch die ebenfalls lakonische Bemerkung unter dem gleichen Dokument: „Oder Verteidigungsmaßnahmen gegen einen englischen Angriff." Aus diesen Bemerkungen geht so recht deutlich hervor, welche verschiedenen Auslegungen militärische Meldungen zulassen, wie auch die Schwierigkeit, aus derartigen Meldungen auf den politischen Willen einer Regierung zum Kriege richtige Schlüsse zu ziehen[7].

Um die Mittagszeit wurde Lichnowsky von Grey empfangen, wobei der Botschafter eine ihm soeben zugegangene Mitteilung Bethmann Hollwegs verwertete. Lichnowsky erklärte, daß durch die russische Teilmobilmachung und durch französische Kriegsvorbereitungen die Vermittlung auf Grund der Vorschläge

Greys in Frage gestellt sei. Österreich werde schwerlich umhin können, die russische Mobilmachung mit entsprechenden Maßnahmen zu beantworten. Die deutsche Lage werde hierdurch und besonders durch die französischen Rüstungen äußerst kritisch. Deutschland könne wohl kaum anders, als Frankreich in ultimativer Form aufzufordern, seine Rüstungen einzustellen. Dies könne nur vermieden werden, wenn es Grey gelinge, Frankreich zu bewegen, mit seinen Maßnahmen sofort innezuhalten. Grey müßte ferner versuchen, von Rußland die Annahme seiner Vorschläge zu erreichen und den russischen Aufmarsch gegen die österreichische Grenze zu verhindern. Grey erwiderte hierauf, daß die französischen Maßnahmen nur sehr gering seien. Im übrigen werde er heute nachmittag mit Cambon sprechen. Was die russischen Rüstungen anbelange, so werde er versuchen, noch heute auf Benckendorff einzuwirken. Im übrigen gab Grey der immer mehr schwindenden Hoffnung Ausdruck, daß es dem Reichskanzler noch gelingen würde, eine Einigung herbeizuführen, und erklärte, daß er selbst in diesem Sinne in Petersburg einwirken würde. Wie sehr in dieser Beziehung die Zeit drängte, ja, daß es eigentlich schon zu spät hierfür war, scheint Grey nicht zum vollen Bewußtsein gekommen zu sein, vielleicht hielt er auch wie Crowe eine Einwirkung auf Rußland für nutzlos oder er sah wie Nicolson und Buchanan hierin eine Gefahr für Indien. —

Lichnowsky stellte noch an Grey die Frage, weshalb England militärische Vorbereitungen zur See und zu Lande treffe, worauf Grey erwiderte, diese Maßnahmen hätten keinerlei aggressiven Charakter, aber die Lage erfordere, daß jede Macht sich vorbereite.

In seiner Mitteilung an Bethmann Hollweg über diese Unterredung erwähnte Lichnowsky noch, daß Grey einem Vertrauten gegenüber, wahrscheinlich war es Sir William Tyrrell, erklärt hatte, wenn es gelänge, diesmal die Krise zu überwinden, seien die deutsch-englischen Beziehungen für alle Zeit sichergestellt[8].

An diesem Gedanken war sicherlich viel Richtiges. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die deutsch-englischen Beziehungen hätten werden können, wenn nach einer friedlichen Überwindung der Krise das Bagdadabkommen unterzeichnet worden wäre und Deutschland seine kolonialen Pläne in Zentralafrika in Übereinstimmung mit England hätte verwirklichen können. —

Nach Lichnowsky wurde Benckendorff von Grey empfangen. Der Botschafter gab ihm zunächst Kenntnis von dem Telegramm Sasonows über den Schritt des Grafen Pourtalès vom 29., daß Deutschland mobil machen würde, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle, was Grey bereits aus der Mitteilung Cambons bekannt war. Weiter überbrachte der Botschafter ihm die Mitteilung Sasonows, daß Rußland das Versprechen Österreichs, die Integrität Serbiens nicht zu verletzen, als eine unzureichende Erklärung ansehe, und gab die Formel bekannt, die Sasonow Berlin für die Einstellung der militärischen Vorbereitungen Rußlands gegeben hatte[9].

Von der weiteren Mitteilung Sasonows, daß Rußland bis zum Empfang einer völlig zufriedenstellenden Antwort Österreichs durch die deutsche Regierung seine Rüstungen fortsetzen werde, machte der Botschafter Grey keine Mitteilung[10]. So war Sir Edward über die wirkliche Intransigenz Rußlands nicht unterrichtet.

Die gleiche Taktik hatte übrigens auch Iswolski in Paris verfolgt, der von dieser Mitteilung Sasonows den Quai d'Orsay ebenfalls nicht in Kenntnis gesetzt hatte.

Obgleich Grey dies vorenthalten wurde, zeigte er sich schon über die ihm von Benckendorff gewordenen Mitteilungen sehr beunruhigt und gab seinem Wunsche Ausdruck, den Faden der Verhandlungen trotzdem noch nicht abzuschneiden. Lichnowsky habe ihm gesagt, er nehme an, daß die deutsche Regierung bereit sei, seiner Anregung zufolge selbst einen entsprechenden Vorschlag für die Vermittlung zu machen[11].

Benckendorff hob demgegenüber hervor, daß sich inzwischen die Situation für Rußland insofern geändert habe, als durch die Demarche von Pourtalès, Forderung der Einstellung der russischen Rüstungen, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nicht mehr intakt seien. Rußland habe die entsprechende Antwort gegeben, indem Sasonow Pourtalès seine Bedingungen diktiert habe. (Sasonow-Formel.) Grey müsse daher, was er auch unternehme, diese neue Situation berücksichtigen, die nach seiner Auffassung „durch Deutschlands Schuld" für Rußland entstanden sei. Andernfalls werde Rußland Grey nicht folgen können, was vor allen Dingen zu vermeiden sei.

Grey erklärte nur, daß er Benckendorff verstanden habe und seinen Argumenten Rechnung tragen würde. Dann nahm er seinen alten Gedanken wieder auf und meinte, die von Sasonow für jeden weiteren Versuch von Verhandlungen gestellte Vorbedingung, daß Österreich nicht in Serbien einfalle, komme wohl nicht mehr in Betracht, da Österreich anscheinend Belgrad bereits besetzt habe. Aber auch in diesem Fall könne man von Österreich verlangen, daß es seinen Vormarsch nach Besetzung Belgrads zum Stehen bringe und daß die Formel des russischen Außenministers dahin geändert würde, die Mächte sollten prüfen, wie Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Hoheitsrechte oder Unabhängigkeit Österreich Genugtuung geben könnte. Während Grey auf der Notwendigkeit dieses Versuchs bestand, wollte Benckendorff, daß vor allen Dingen die für Rußland geschaffene Situation berücksichtigt würde[12].

Die Unterredungen mit Cambon, Lichnowsky und Benckendorff dürften jedenfalls bei Grey keinen Zweifel hinterlassen haben, daß sich die Lage erheblich verschlechtert hatte.

Auch Graf Mensdorff suchte an diesem Tage Sir Edward Grey auf, um ihm im Auftrag Berchtolds mitzuteilen, daß Österreich bei seiner Aktion gegen Serbien durch niemanden geschoben werde, sondern sich vielmehr lediglich von vitalen Interessen leiten lasse. Österreich habe ebenso wie Deutschland den Wunsch, daß der Weltfriede erhalten bleibe. Grey hielt demgegenüber mit seiner pessimistischen Beurteilung der Lage nicht zurück, sondern erklärte, daß man einem allgemeinen Krieg entgegensteuere. Auf die Versicherung Mensdorffs, daß Österreich sich nur mit Serbien auseinanderzusetzen, aber keinen Streit mit irgendeiner Großmacht habe, erwiderte Grey, dann finde er es unbegreiflich, daß die glücklich begonnene Unterredung zwischen Sasonow und Szápáry in Wien abgelehnt worden sei. Jetzt mobilisiere Rußland, morgen vielleicht Deutschland und Frankreich. Auch die Unterredung zwischen Berlin und Petersburg scheine ihm keinen günstigen Verlauf zu nehmen. Auf die Bemerkung Mensdorffs,

man rechne vor allem damit, daß er in Petersburg beruhigend einwirke, setzte ihm Grey auseinander, daß ihm zwei entgegengesetzte Standpunkte angeraten würden: einerseits solle er sich unbedingt auf die Seite Rußlands und Frankreichs stellen, um den Krieg zu verhindern, und andererseits solle er erklären, daß England unter keinen Umständen an dem Kriege Frankreichs und Rußlands teilnehmen würde. Das letztere würde nach seiner Auffassung den Krieg auch nicht verhindern. Um in Petersburg etwas erreichen zu können, müsse er irgend etwas bieten können. Mit leeren Händen könne er nichts durchsetzen. In der weiteren Auseinandersetzung traten wieder die alten Gesichtspunkte hervor. Mensdorff erklärte, der Streit sei für Österreich eine Existenzfrage, für die anderen Mächte höchstens eine Prestigefrage, worauf Grey geltend machte, er müsse mit Tatsachen rechnen und es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß Rußland die Vernichtung Serbiens hinnehmen würde. Im übrigen kümmere England bei dem Kampf Österreichs mit Serbien nur die Rückwirkung auf das Verhältnis zwischen den Großmächten. Grey teilte Mensdorff dann auch noch mit, daß nach seiner Auffassung das einzige Mittel, einen großen Konflikt zu verhüten, darin liege, daß Österreich nach der Besetzung Belgrads und eines Teiles des Landes als Pfand erklären würde, nicht weiter vorzurücken.

Die Auffassung, daß Belgrad wohl schon besetzt sei, finden wir am 30. sowohl bei Grey als auch bei Lichnowsky vor. Sie gründet sich wahrscheinlich auf die beim Foreign Office eingegangenen Mitteilungen Crackanthorpes von der Beschießung Belgrads, die eine Panik hervorgerufen habe[13].

Mensdorff sprach auch mit Tyrrell, der ebenfalls hauptsächlich den Abbruch der direkten Unterredung mit Sasonow beklagte. Sasonow sei entschlossen, unter keiner Bedingung die Rolle Iswolskis im Jahre 1909 zu spielen. So zeigte sich immer wieder die Nachwirkung der ersten Balkankrise.

Mensdorff gewann aus seinen Unterredungen den Eindruck, daß England eifrig bemüht sei, den Frieden zu erhalten, und jeden Versuch in dieser Richtung voll unterstützen werde, und daß es auch bestrebt sei, Österreich sehr weitgehende Satisfaktion und Garantien für die Zukunft gegenüber Serbien zu verschaffen, wenn Österreich irgendeine Erklärung bezüglich der künftigen Existenz Serbiens als eines unabhängigen Staates geben könnte, die für Rußland annehmbar wäre, wozu es jedoch nach Ansicht des Botschafters jetzt vielleicht schon zu spät sei[14].

Am Nachmittag des 30. Juli fand eine Sitzung des Unterhauses statt, in der eigentlich über die Ulsterfrage, die jedoch vertagt wurde, verhandelt werden sollte. In der Sitzung wies Asquith auf den besonderen Ernst der Lage hin und appellierte an die Geschlossenheit der Nation. Angesichts der beispiellos ernsten internationalen Lage sei es angezeigt, über nichts zu diskutieren, was die beiden Parteien in Streit miteinander bringen könnte. Auf eine Anfrage von Bonar Law gab Grey Auskunft über die außenpolitische Lage, wobei er auf die Kriegserklärung Österreichs an Serbien und die teilweise Mobilisierung Rußlands hinwies. Soviel er wisse, habe diese Maßnahme jedoch noch nicht zu entsprechenden Schritten seitens anderer Mächte geführt. England fahre daher fort, sein großes Ziel der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens weiter zu verfolgen, indem es in enger Fühlungnahme mit den anderen Mächten bleibe. Es sei jedoch den

Mächten nicht möglich gewesen, sich der von England vorgeschlagenen diplomatischen Aktion (Konferenzvorschlag) anzuschließen.

In diplomatischen Kreisen erwartete man nunmehr, die Ereignisse würden sich überstürzen, und in den nächsten Tagen würde das Schicksal Europas entschieden. Daß durch die russische allgemeine Mobilmachung, die in Petersburg gerade um diese Zeit in die Tat umgesetzt wurde, die Entscheidung über Krieg und Frieden bereits gefallen war, ahnte man im Unterhaus natürlich am allerwenigsten[15].

Am Nachmittag fand auch eine wohl nur kurze Sitzung des Kabinetts statt, in der die Depesche Goschens über das Neutralitätsangebot Bethmann Hollwegs verlesen und die ablehnende Antwort Greys gebilligt wurde[16].

Am späten Nachmittag hatte Cambon endlich Gelegenheit, Grey persönlich zu sprechen. Der Botschafter erinnerte an den November-Briefwechsel von 1912, wonach Frankreich und England sich miteinander besprechen wollten, wenn der Friede Europas ernstlich bedroht sei. Er wolle Grey nicht auffordern, geradeheraus zu erklären, daß England eingreifen würde, aber er hätte es gern gesehen, wenn ihm Grey sagen würde, was England unter gewissen Voraussetzungen, d. h. bei einem Angriff Deutschlands auf Frankreich, zu tun gedächte. Um Grey diese Gefahr verständlich zu machen, übergab er ihm die Abschrift des Telegramms von Viviani, in dem eine Zusammenstellung über die militärischen Vorbereitungen Deutschlands von seiten des französischen Generalstabes verwertet war, die aber über die von Deutschland tatsächlich getroffenen Anordnungen in wesentlichen Punkten hinausging. Abgesehen von den deutschen militärischen Vorbereitungen, von denen er behauptete, sie trügen einen offensiveren Charakter als in Frankreich, setzte Cambon Grey auseinander, er sehe den Angriff Deutschlands in der Form einer Forderung voraus, Frankreich solle seine Vorbereitungen einstellen oder sich verpflichten, in einem deutsch-russischen Kriege neutral zu bleiben. Keine dieser beiden Forderungen könne aber Frankreich erfüllen.

Grey wahrte gegenüber diesem offenen Eingeständnis Cambons von der Abhängigkeit Frankreichs von Rußland große Zurückhaltung, betonte nur nochmals die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung in England gegenüber dem österreichisch-russischen Konflikt und erklärte, daß der Augenblick noch nicht gekommen sei, der Möglichkeit einer britischen Intervention ins Auge zu sehen. Cambon dagegen hob hervor, daß es sich gegenwärtig nicht mehr um einen Streit zwischen Österreich und Rußland handle, sondern daß Frankreich durch einen Angriff bedroht sei und ein allgemeiner Krieg von heute auf morgen ausbrechen könnte. Grey zeigte sich jetzt etwas entgegenkommender und sagte Cambon, daß er in dem morgen vormittag zusammentretenden Ministerrat darüber sprechen und ihm dann weitere Nachricht geben werde. Ferner hatte Grey Cambon davon in Kenntnis gesetzt, daß er in Petersburg den Vorschlag machen wolle, in die Besetzung Belgrads durch Österreich unter der Bedingung einzuwilligen, daß die Doppelmonarchie die Verpflichtung eingehe, sich auf die Besetzung zu beschränken, bis die Mächte ein Ausgleichsmittel gefunden hätten.

Aus der Unterredung mit Grey gewann Cambon selbst den Eindruck, daß die Lage für England im Augenblick noch nicht genügend geklärt sei, als daß Grey

sich schon heute hätte entscheiden können. Im übrigen hatte er, wie er zu Benckendorff äußerte, Grey nicht weiter gedrängt, da die militärischen Maßnahmen Englands nicht nur zur See, sondern auch zu Lande „bedeutend" seien[17].

Bei dieser Unterredung mit Cambon scheint Grey noch nicht im Besitz des am Nachmittag eingegangenen Telegramms von Goschen gewesen zu sein, aus dem hervorging, daß Bethmann Hollweg dem Wunsche Greys entsprechend bei der österreichisch-ungarischen Regierung angefragt hatte, ob sie den englichen Vorschlag annehme, nach Besetzung Belgrads ihre Bedingungen bekanntzugeben, und daß er bislang noch keine Antwort erhalten habe.

In diesem Telegramm hatte Goschen noch auf die Schwierigkeit hingewiesen, die die russische Mobilmachung gegen Österreich hervorgerufen habe, da Österreich-Ungarn nunmehr voraussichtlich auch gegen Rußland mobilisieren würde. Nur wenn es Grey gelinge, Rußland für seinen Vorschlag zu gewinnen und es zu überreden, inzwischen keine aggressiven Schritte gegen Österreich zu unternehmen, könne der Frieden noch erhalten werden. Im übrigen hatte Goschen mitgeteilt, daß Jagow ihn gebeten habe, nachdrücklich auf die schwierige militärische Lage Deutschlands und die Notwendigkeit, bald mobilisieren zu müssen, hinzuweisen. Er bedauere dies, da er wisse, daß Frankreich den Krieg nicht wünsche, aber es handle sich um eine militärische Notwendigkeit[18].

Die deutsche Auffassung, wie sie Grey aus dem vorstehend erwähnten Telegramm Goschens ersichtlich wurde, fand am Nachmittag durch ein Telegramm Buchanans über die Vorgänge in Petersburg ihre Ergänzung. Grey erfuhr, daß sich Sasonow mit der Zusicherung, Österreich wolle die serbische Integrität nicht verletzen, keinesfalls begnügen würde. Sasonow habe den Vorwurf erhoben, Österreich treibe eine Erpresserpolitik und Deutschland sei von dem Wunsch beseelt, Zeit zur Vollendung seiner militärischen Rüstungen zu gewinnen. Wie Sasonow ihm und Paléologue gesagt habe, treffe Deutschland militärische und maritime Vorbereitungen gegen Rußland, und zwar besonders in Richtung auf den Finnischen Meerbusen. Ferner berichtete Buchanan, daß neben der Anordnung der Teilmobilmachung von 13 Armeekorps auch gleichzeitig Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung beginnen würden. Die Formel Sasonows teilte Buchanan im Wortlaut mit. Wenn Österreich diesen Vorschlag Sasonows verwerfe, würde man die Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung fortsetzen und der europäische Krieg werde unvermeidlich sein. Rußland könne die Umwandlung von der Teil- in die Gesamtmobilmachung schwerlich aufschieben, da es jetzt wisse, daß Deutschland rüste, und die Erregung im Lande einen solchen Grad erreicht habe, daß Rußland sich nicht zu bezwingen vermöge, wenn Österreich ein Zugeständnis ablehne[19].

In der Unterredung, die Grey am Nachmittag mit dem deutschen Botschafter hatte, teilte er Lichnowsky zunächst mit, daß die britische Flotte an der Ostküste entlang in die schottischen Häfen gefahren sei. Die Bekanntgabe der jeder Mobilmachung vorausgehenden, vom Foreign Office zu erlassenden „strained relations" sei noch nicht erfolgt. Es war dies ein Irrtum Greys, der am nächsten Tag von ihm richtig gestellt wurde[20]. Solange Deutschland nicht mobil mache, würde dies auch Frankreich nicht tun und England auch nicht. Im übrigen habe ihm Cam-

bon versichert, daß Frankreich ebenfalls nur gewisse Vorsichtsmaßregeln getroffen hätte wie Deutschland.

In Gegenwart Lichnowskys entwarf Grey dann ein Telegramm an Buchanan, in dem er mitteilte, die deutsche Regierung werde sich bemühen, Österreich zu beeinflussen, nach der Besetzung von Belgrad nicht weiter vorzurücken, während die Mächte auf Serbien einwirken wollten. Das besetzte Gebiet würde natürlich später geräumt werden. Er habe diesen Vorschlag zur Entspannung der Lage gestern gemacht, und er hoffe bestimmt, daß man übereinkomme, weitere militärische Vorbereitungen auf allen Seiten einzustellen.

Benckendorff habe ihm von den Bedingungen Kenntnis gegeben, die Sasonow gestellt habe, und der Botschafter befürchte, sie könnten nicht abgeändert werden. Wenn aber der österreichische Vormarsch nach der Einnahme von Belgrad zum Stehen komme, so denke er, Grey, daß die Formel Sasonows dahin abgeändert werden könne, daß die Mächte prüften, wie Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Hoheitsrechte und seiner Unabhängigkeit Österreich vollkommene Genugtuung geben könnte. Grey formulierte dann folgenden Abänderungsvorschlag für die Formel Sasonows[21]:

> „Wenn Österreich nach Besetzung Belgrads und benachbarten serbischen Gebietes sich im Interesse europäischen Friedens bereit erklärt, seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, Rußland wird auch in Erörterung und Einstellung weiterer Vorbereitungen willigen, vorausgesetzt, daß andere Mächte das gleiche tun."

Der Wortlaut dieses Telegramms an Buchanan mit der Formel Greys wurde auch von Lichnowsky noch am 30. abends nach Berlin weitergegeben[22].

Das Telegramm an Buchanan, das vor 8 Uhr abends in London aufgegeben wurde, hatte jedoch keinerlei praktische Bedeutung mehr, da infolge der russischen allgemeinen Mobilmachung mit hypothetischen Formeln der drohende deutsch-russische Krieg nicht mehr zu verhindern war. Die Ereignisse waren über Grey, der immer zögerte und nicht wagte, in Petersburg eine klare Sprache zu führen, längst hinweggegangen.

Aus einer Mitteilung Bunsens, daß der Wortlaut des österreichischen Ultimatums an Serbien vor seinem Abgang dem Kaiser telegraphiert worden sei, folgerte Nicolson, daß, wenn dies zutreffe, es die große Schwierigkeit erkläre, in der sich die deutsche Regierung gegenüber Österreich befinde. War dies auch nicht der Fall, so wies diese Mitteilung Bunsens doch in die Richtung, wo die deutschen Schwierigkeiten zu suchen waren[23].

Aus einer Mitteilung Sir Rennell Rodds konnte das Foreign Office auf eine weitere Schwierigkeit Deutschlands schließen. Ihm sei von Flotow gesagt worden, Deutschland sei jetzt verpflichtet, Österreich Handlungsfreiheit in Serbien zu verschaffen, nachdem es Österreich so oft an der Züchtigung der Serben gehindert habe. Sehr richtig bemerkte der Senior Clerk im Foreign Office, G. R. Clerk, daß nur Rußland Serbien zum Nachgeben veranlassen könne, und man wisse, wie Rußland diese Anregung aufnehmen würde[24].

Nach der Unterredung mit Grey suchte Lichnowsky sehr beunruhigt und erregt seinen Kollegen Mensdorff auf und teilte ihm seine Ansicht mit, der Weltkrieg könnte nur noch verhütet werden, wenn Österreich über Berlin mit Petersburg verhandeln würde. Österreich-Ungarn solle sich mit „bisheriger" Besetzung serbischen Gebietes als Pfand begnügen und am besten neue Bedingungen stellen, ohne auf das Ultimatum zurückzukommen, während Rußland weitere Rüstungen an der österreichischen Grenze unterlassen müßte. Berlin und Wien hätten sich diesmal darin verrechnet, daß Rußland nicht eingreifen würde. Auch Grey hätte ihm ganz klar zu verstehen gegeben, daß die englische Flotte sogleich eingreife, wenn Frankreich in den Krieg hineingezogen würde.

Mensdorff gab die Anregung des deutschen Botschafters noch am Abend nach Wien weiter, während Lichnowsky die Wilhelmstraße von seinen Plänen in Kenntnis setzte[25].

Am Nachmittag war das Telegramm des Prinzen Heinrich im Buckingham Palace eingetroffen, in dem der Prinz in Übereinstimmung mit Kaiser Wilhelm dem König von England im Hinblick auf die russischen und französischen militärischen Maßnahmen den Vorschlag machte, auf Frankreich und Rußland einzuwirken, neutral zu bleiben. Deutschland könne sonst ebenfalls schließlich zu militärischen Maßnahmen gezwungen werden. König Georg antwortete, wohl im Einverständnis mit Asquith und Grey, daß seine Regierung das Äußerste tue, Rußland und Frankreich die Aufschiebung weiterer militärischer Vorbereitungen nahezulegen, falls Österreich sich unter der Bedingung, daß die anderen Länder ihre Kriegsvorbereitungen inzwischen einstellten, mit der Besetzung Belgrads zufrieden gebe. Der König vertraue darauf, daß Kaiser Wilhelm Österreich zur Annahme dieses Vorschlages veranlasse[26].

Die Frage, welche Haltung die Konservativen in dem immer näher rückenden Kriege einnehmen würden, veranlaßte Winston Churchill, am Abend mit einem Mitglied des Unterhauses und Vertrauten Carsons, Mr. Smith, in Fühlung zu treten. Smith, der spätere Lord Birkenhead, versicherte Churchill, daß er ganz dafür eintreten würde, Frankreich und Belgien beizustehen. Nachdem er mit Bonar Law, Carson und anderen Freunden Rücksprache genommen hatte, teilte er am nächsten Tage Churchill auch noch schriftlich mit, daß mit der Unterstützung der Unionisten zu rechnen sei, wenn Deutschland die belgische Neutralität verletzen würde[27].

Gegen 10 Uhr abends gingen von verschiedenen Seiten noch Mitteilungen über deutsche Rüstungsmaßnahmen ein, die besonders Crowe in Unruhe versetzten. So hatte Goschen Gerüchte von Militärtransporten nach der Ost- und Westgrenze gemeldet und die Auffassung des Militärattachés mitgeteilt, daß der Mobilmachungsbefehl in Deutschland unmittelbar bevorstehe. Auch wurden weitere Verstärkungen auf der Nordseeinsel Borkum gemeldet.

Eine gewisse Beruhigung gab eine in der Nacht eintreffende Mitteilung Bunsens, in der der Botschafter Grey von der Auffassung Schebekos über die Lage nach seiner Unterredung mit Berchtold unterrichtete. Schebeko habe schon auf die russische Mobilmachung hin mit der Möglichkeit einer Kriegserklärung Österreichs gegen Rußland gerechnet, während er jetzt hoffe, daß der Krieg mit

Österreich doch noch vermieden werden könne. Indessen habe Jagow, wie er hörte, mit der Mobilmachung an der Ost- und Westgrenze gedroht, obwohl sich die russische Mobilmachung nur gegen Österreich richten würde. Crowe schloß aus der Mitteilung Bunsens, daß sich endlich ein deutscher Druck auf Wien bemerkbar mache, während Nicolson annahm, daß es doch sicherlich Österreich gewesen sei, das vor Rußland mobil gemacht hätte[28].

Am späten Abend des 30. Juli ging noch ein ausführlicher telegraphischer Bericht Berties über seine Audienz bei Poincaré ein, der Grey über die Auffassungen des Präsidenten unterrichtete. Danach habe Poincaré die Mitteilung Sasonows über den Schritt des Grafen Pourtalès vom 29. so aufgefaßt, daß Deutschland mobil machen würde, falls Rußland seine Mobilmachung nicht einstelle. Diese Mitteilung sei dann in die Anfrage abgeändert worden, unter welchen Bedingungen Rußland in die Demobilmachung (gegen Österreich) einwilligen werde. Die Antwort darauf sei die Sasonow-Formel gewesen. Ferner hatte Bertie mitgeteilt, daß nach Auffassung Poincarés die Erhaltung des Friedens in den Händen Englands liege, da es nicht zum Kriege kommen würde, wenn England erkläre, daß es Frankreich helfen würde. Deutschland würde dann sofort seine Haltung ändern. Es war dies die gleiche Auffassung, die die beiden Brüder Cambon stets mit Nachdruck vertreten hatten. Anderer Auffassung war jedoch Crowe, der zu der Mitteilung Berties bemerkte, England dürfe nicht durch eine Erklärung seiner unbedingten Solidarität mit Frankreich und Rußland die beiden Mächte bestimmen, sich für den Krieg zu entscheiden. Nur wenn die beiden Mächte den Krieg nicht vermeiden könnten, würden die britischen Interessen eine unverzügliche und entschiedene Intervention erfordern[29].

Entschiedener als Crowe gab Grey seiner Meinung Bertie gegenüber am nächsten Tage Ausdruck. Es sei „ganz falsch", anzunehmen, die britische Haltung sei der entscheidende Faktor gewesen. Dabei wies er auf den Unterschied zur Zeit der Marokkofrage hin. Im vorliegenden Fall werde Frankreich in einen Streit hineingezogen, mit dem es direkt nichts zu tun habe[30].

Die Auffassung Poincarés und der beiden Botschafter Jules und Paul Cambon, daß eine Erklärung Englands, auf die Seite Frankreichs zu treten, den Krieg verhindern würde, weil Deutschland dann seine Haltung ändern werde, war im Grunde genommen nichts weiter als das Vorschieben der Friedensidee, um sich die Mitwirkung Englands für eine Politik zu sichern, zu der sich Rußland gegenüber Serbien verpflichtet hatte und die Frankreich im Interesse seines Bündnisses mit Rußland einhalten mußte.

Kapitel 55

England noch immer unentschieden

London, 31. Juli: Hoffnungsvolle Unterredung Greys mit Lichnowsky — Ablehnung der Intervention im Kabinett — Burns — Cambon spricht mit Nicolson — Grey nimmt seinen Vermittlungsvorschlag wieder auf — Panik in der City — König Georg erfährt von Kaiser Wilhelm die russische allgemeine Mobilmachung — Goschen weiß noch nichts davon — Schubert teilt russische allgemeine Mobilmachung Tyrrell mit — Cambon soll abwarten — Benckendorff bei Grey — Page — Anfrage in Berlin und Paris wegen Neutralität Belgiens — Buchanan meldet, russische allgemeine Mobilmachung sei „beschlossen" — Unterhauserklärung Asquiths — Sir Henry Wilson — Sir Eyre Crowes kriegerisches Memorandum — Falsche Nachrichten über Deutschland — Frankreich drängt auf Entscheidung.

Der 31. Juli bildete für London den Abschluß der Versuche Greys, den österreichisch-russischen Gegensatz, soweit die serbische Frage in Betracht kam, auszugleichen. Durch die russische allgemeine Mobilmachung, von der man jetzt auch in London erfuhr, wurde England ebenfalls unmittelbar in die Krise hineingezogen. Einem französischen Druck, sich offen zur Intervention zu entschließen, gab Grey jedoch noch nicht nach, da er zunächst eine Überleitung der englischen Politik auf die belgische Frage vornehmen wollte.

Am Morgen des 31. Juli suchte Lichnowsky Grey auf, um ihn von den ersten Anzeichen eines Einlenkens der Wiener Regierung in Kenntnis zu setzen. Jagow hatte dem Botschafter die Depesche Tschirschkys zugehen lassen, die auch den Kaiser zu der viel zu optimistischen Auffassung gebracht hatte, daß Wien seinen Vorschlag, in Belgrad haltzumachen, so ziemlich akzeptiert hätte. So konnte Lichnowsky Grey mitteilen, daß infolge des deutschen Vorschlages eine Unterredung zwischen Berchtold und Schebeko in Wien stattgefunden habe und auch Szápáry in Petersburg beauftragt worden sei, mit Sasonow in Besprechungen einzutreten. Grey möge auf die russische Regierung einwirken, daß sie bei diesen Besprechungen guten Willen zeige und ihre militärischen Vorbereitungen einstelle[1].

Sir Edward meinte hierzu, Rußland sei hinsichtlich der Kriegsmaßnahmen etwas empfindlich geworden auf Grund der deutschen Anregung, ein Fortsetzen der Rüstungen zu unterlassen, was von Rußland als eine Drohung aufgefaßt worden sei. Rußland könne nicht zur Einstellung seiner Rüstungen gedrängt werden, falls Österreich nicht seinem Einmarsch in Serbien eine Grenze setze. Trotzdem wolle er aber versuchen, in diesem Sinne zu wirken. Was die österreichisch-russischen Unterhaltungen anbelange, so müsse Österreich durch Vermittlung Deutschlands der russischen Regierung ein greifbares, nicht nur formales Zugeständnis machen, worunter Grey anscheinend den Vorschlag verstand, sich mit einer Besetzung Belgrads zufrieden zu geben. Falls Rußland dies ablehne, werde es dadurch ins Unrecht versetzt. Auf diese Weise würde, wie Lich-

nowsky dem Kanzler mitteilte, der bisher bestehende Verdacht zerstört, daß Deutschland bedingungslos den österreichischen Standpunkt vertrete. Weiter sagte Grey dem Botschafter, er, Grey, könne dann in Petersburg so weit gehen zu erklären, daß, wenn die beiden Mächte den Vorschlag nicht annehmen würden, die britische Regierung mit den Folgen nichts mehr zu tun haben werde. Sonst aber würde, falls Frankreich in die Sache verwickelt werde, auch England in den Krieg hineingezogen werden. Hierbei hob Grey hervor, daß sich in der öffentlichen Meinung Englands bisher keine Animosität gegen Deutschland geltend mache und England durch keinerlei Abmachungen gebunden sei. Ferner deutete er an, daß ein greifbares Unrecht auf russischer Seite eine zurückhaltende Stellungnahme Englands auch gegenüber Frankreich begründen könnte[2].

Lichnowsky gewann aus diesen sehr hoffnungsvoll klingenden Erklärungen Greys den Eindruck, daß England bei einem etwaigen Kriege eine abwartende Haltung einnehmen würde. Er setzte auch gleich seinen österreichischen Kollegen Graf Mensdorff von dieser Unterredung in Kenntnis, der die Gelegenheit benutzte, auf Berchtold einen Druck auszuüben, den Wünschen Greys entsprechend Rußland ins Unrecht zu setzen. Er sei überzeugt, daß Grey in letzter Stunde alles benützen würde, was man ihm an die Hand geben könnte. Um andererseits den Ernst der Situation recht deutlich hervortreten zu lassen, hob Mensdorff noch hervor, daß Sir Edward nur wenig Hoffnung mehr habe und auch der deutsche Botschafter ganz entmutigt sei[3].

Wenn die Verhältnisse sich später auch anders entwickelten, wird man dem deutschen Botschafter doch nicht den Vorwurf machen können, daß er die in dieser Unterredung hervorgetretene Stimmung Greys falsch beurteilt habe. Auch aus den weiteren Unterredungen und der Haltung Greys an diesem Tage gewinnt man den Eindruck, daß der britische Außenminister zu dieser Zeit die Möglichkeit eines wenn auch vielleicht nur vorläufigen Herausbleibens Englands aus dem Kriege nicht a limine als ausgeschlossen angesehen haben dürfte.

Um 11 Uhr vormittags begann die Sitzung des Kabinetts, die in einer „Atmosphäre feindlicher Besorgnis" stattfand[4]. Zunächst wurde eingehend die belgische Frage diskutiert, wobei das Kabinett zu dem Entschluß kam, in Paris und Berlin wegen Beachtung der Neutralität anzufragen. Im übrigen wurde die alles beherrschende Frage behandelt, ob England in den Konflikt eingreifen oder beiseite stehen sollte. Das Kabinett kam dabei in seiner überwiegenden Mehrheit zu der Auffassung, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, wo das Parlament eine endgültige Entscheidung billigen würde. Die serbische Angelegenheit mache auf die englische Öffentlichkeit gar keinen Eindruck. Besonders aber wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den industriellen Zentren Nordenglands hervorgehoben[5].

Lloyd George, der wohl auf Grund einer Unterredung mit Asquith die Stimmung in der City erkundet hatte, berichtete, daß die führenden Männer der Stahlwerke, Baumwollspinnereien und Kohlenbergwerke im Norden Englands bei dem bloßen Gedanken, daß England sich in einen europäischen Krieg stürzen könnte, entsetzt gewesen seien. Sie hätten darauf hingewiesen, daß bei einer Teilnahme Englands am Kriege Handel und Industrie lahmgelegt würden, und es

dann im Winter unvermeidlich zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten komme[6]. Daß die Mitteilung Lloyd Georges einer gewissen Grundlage nicht entbehrte, dürfte den Kabinettsmitgliedern bereits seit dem „schwarzen Mittwoch" bekanntgewesen sein, der zu einem ungeheuren Kurssturz an der Londoner Börse und zu Insolvenzen selbst größerer Bankhäuser geführt hatte.

Anscheinend ist bei der Diskussion über die wirtschaftlichen Folgen einer Teilnahme Englands am Kriege die Auffassung vertreten worden, daß England sich aus diesen Gründen auf einen großen Krieg überhaupt nicht einlassen dürfe. Eine Beteiligung am Kriege könnte den Zusammenbruch des englischen Kreditsystems mit sich bringen.

Grey war über die Haltung des Kabinetts recht verärgert und noch mehr Winston Churchill, der es trotz einer recht scharfen Sprache nicht erreichen konnte, daß weitere militärische Maßnahmen, insbesondere die Mobilisierung der Flotte, vom Kabinett bewilligt wurden[7]. Die Gegner einer englischen Einmischung behielten in dieser Sitzung zwar noch die Oberhand, doch hofften die wenigen Kabinettsmitglieder, die für die Teilnahme Englands am Kriege waren, daß sich die öffentliche Meinung bald ändern werde und das Kabinett dann dem Parlament eine andere Politik vorschlagen könne.

Die stärkste Stütze im Kabinett für eine Nichteinmischung war Burns, der beim Auseinandergehen John Morley auf die Schulter klopfte und wiederholte, was er ihm bereits in der Sitzung vom 29. gesagt hatte, er möge nicht vergessen, daß sie auf seine Standhaftigkeit rechneten[8].

Am Vormittag hatte Paul Cambon über Paris ein Telegramm erhalten, in dem Jules Cambon Viviani auf die Folgen aufmerksam machte, die die zögernde Haltung Englands in Berlin haben könne, und auf die Bedeutung der britischen Intervention hinwies. Frankreich müsse die Sicherheit haben, daß es im Falle eines Angriffs von England mit den Waffen unterstützt werde.

In ziemlicher Aufregung eilte Cambon mit diesem Telegramm sofort ins Foreign Office, wo er jedoch nur Nicolson antraf, da Grey noch in der Kabinettssitzung war. Nicolson versuchte, Cambon mit dem Hinweis zu beruhigen, daß die öffentliche Meinung in England anfange, sich zu erregen. Auch die Vertagung der Debatte über Irland zeige, daß sich das Parlament des Ernstes der Lage bewußt sei. Cambon meinte jedoch, daß Deutschland in Wirklichkeit bereits mobilisiere, wenn es auch den Mobilmachungsbefehl noch nicht erlassen habe[9].

Im Anschluß an die Kabinettssitzung begleiteten Asquith und Churchill Grey ins Foreign Office, wo ein Gedankenaustausch über die Lage stattgefunden haben dürfte.

Die Eindrücke, die Grey aus der Kabinettssitzung gewonnen hatte, in Verbindung mit den Mitteilungen Lichnowskys von der Wiederaufnahme der Besprechungen zwischen Wien und Petersburg und einer Meldung Crackanthorpes, daß noch keine ernsten Versuche gemacht würden, Belgrad zu besetzen, dürften Sir Edward veranlaßt haben, die Lage wieder ruhiger zu beurteilen und seinen alten Gedanken wieder aufzunehmen, durch eine Vermittlung der vier Mächte den österreichisch-serbischen Konflikt beizulegen. Vielleicht hat auch das Grey unangenehme Drängen Cambons bei Nicolson mit zu der Auffassung geführt,

England müsse sich schon jetzt für die Intervention entscheiden. Wenigstens konnte Grey hoffen, hierdurch Zeit zu gewinnen, um bei der öffentlichen Meinung und im Parlament ein größeres Verständnis für die schließlich doch notwendig werdende Intervention zu erreichen.

Grey entschloß sich daher, Jagow durch Goschen über Nachstehendes zu sondieren: Wenn bei den Besprechungen zwischen Österreich und Rußland infolge des Mißtrauens, das Wien gegen die serbischen Versicherungen und Petersburg gegen die Absichten Österreichs habe, entgegen seinen Hoffnungen eine Lösung nicht gefunden würde, möge Deutschland in Erfahrung bringen, ob man in Wien damit einverstanden sei, wenn die vier nicht interessierten Mächte sich Österreich gegenüber verpflichten würden, daß es volle Genugtuung von Serbien erlange. Dabei setze er voraus, daß die serbische Souveränität und Integrität nicht beeinträchtigt würden, wozu sich Österreich schon bereit erklärt habe. Er selbst würde Petersburg in dem gleichen Sinne sondieren. Rußland könne dann durch die vier Mächte entsprechend unterrichtet werden. Natürlich müßten alle Mächte weitere militärische Operationen oder Vorbereitungen unterlassen[10].

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in der Kabinettssitzung einen so breiten Raum einnahmen, kamen auch in der Panikstimmung zum Ausdruck, die sich nicht nur in der Londoner City, sondern auch in Liverpool und Manchester durch Schließen der Börse ausdrückte. Noch am Nachmittag mußte der Diskont von 4 auf 8 v. H. erhöht werden, um einen Zusammenbruch der englischen Kredite zu verhindern. Dem „schwarzen Mittwoch" war ein noch schwärzerer Freitag gefolgt. Die gegen Mittag in London bekannt werdende Nachricht, daß Petersburg und Wien wieder miteinander verhandelten, löste zwar einen gewissen Optimismus aus, konnte aber eine wirkliche Besserung der Stimmung nicht hervorrufen. Asquith ließ einen für Sonnabend angesetzten Besuch in der Provinz absagen. Auch die am Büro der Hapag ausgehängte Nachricht, daß der „Imperator" nicht auslaufen würde, trug zur Beunruhigung der Gemüter bei. So war der 31. Juli für London ein kritischer Tag erster Ordnung, obgleich das wesentlichste Moment, das die gedrückte Stimmung hätte rechtfertigen können, bis jetzt noch gar nicht einmal bekannt war: die russische allgemeine Mobilmachung.

Am frühen Nachmittag war im Buckingham Palace das Telegramm Kaiser Wilhelms an den König von England eingetroffen, das an die Antwort des Königs an den Prinzen Heinrich vom 30. Juli anknüpfte und in dem der Kaiser mitteilte, daß sich die Vorschläge des Königs (Halt in Belgrad) mit seinen Nachrichten aus Wien deckten. Wir haben schon wiederholt hervorgehoben, daß diese Auffassung des Kaisers, die sich an die Mitteilung Tschirschkys über die angekündigte Besprechung Berchtolds mit Schebeko knüpfte, zu optimistisch war. Das Telegramm des Kaisers enthielt weiter die folgenschwere Mitteilung, daß der Zar die Mobilmachung des ganzen Heeres und der Flotte befohlen habe. Die Nachricht sei ihm soeben vom Kanzler zugegangen. „Nicky" habe das Ergebnis seiner Vermittlung nicht abgewartet, ihn ohne jede Nachricht gelassen, und er müsse jetzt für die Sicherheit seiner „Ostgrenzen" sorgen[11].

Da Asquith am Nachmittag eine Audienz beim König hatte, dürfte der Premierminister bei dieser Gelegenheit von dem Telegramm und damit von der russischen allgemeinen Mobilmachung Kenntnis erhalten haben[12].

Kurz nach dem Eintreffen des Telegramms Kaiser Wilhelms war Grey von Goschen über russische militärische Maßnahmen an der deutschen Grenze unterrichtet worden. Die Tatsache der russischen allgemeinen Mobilmachung war Goschen vor Absendung seines Telegramms jedoch noch nicht bekanntgeworden. Der Botschafter konnte daher nur melden, daß ihm der Kanzler von einzelnen Maßnahmen an der russischen Grenze, wie Niederbrennen von Grenzwachthäusern und Fortschaffen von Kassen in das Innere des Landes, Kenntnis gegeben und Bethmann hieraus den Schluß gezogen habe, daß Rußland den Krieg für sicher halte und an der deutschen Grenze militärische Maßnahmen treffe. Wenn sich diese Nachrichten als wahr erweisen sollten, müsse sich Deutschland vielleicht noch heute zu sehr ernsten Maßnahmen entschließen. Ferner hatte Goschen mitgeteilt, daß er dem Kanzler eine Paraphrase der Antwort Greys auf den deutschen Neutralitätsvorschlag vorgelesen, Bethmann Hollweg aber den Kopf so voll gehabt hätte, daß er ihn gebeten habe, ihm die Aufzeichnung dazulassen, und auch keinerlei Bemerkungen über die Antwort selbst gemacht habe[13].

Infolge dieses Telegramms Goschens, in dem eine Mitteilung über die russische allgemeine Mobilmachung fehlte, verbreitete sich im Foreign Office eine gewisse Unsicherheit darüber, ob die Nachricht des Kaisers, daß die Mobilmachung tatsächlich angeordnet sei, auch wirklich zutreffe. Das Mißtrauen ging sogar so weit, daß im Foreign Office angenommen wurde, Deutschland treibe ein recht durchsichtiges Manöver, indem es selbst seit Tagen mobil mache, während Rußland nur ganz angemessene und verständige Vorsichtsmaßregeln treffe. Deutschland wolle nun die Schuld für die militärischen Vorbereitungen auf Rußland abwälzen[14].

Als kurz darauf noch eine Mitteilung des britischen Konsuls aus Stettin einging, daß die deutsche Regierung die Ausfuhr von Lebensmitteln verboten habe, was von Goschen später bestätigt wurde, bemerkte Sir Eyre Crowe, wenn das keine Kriegsvorbereitung von gleicher Bedeutung wäre wie in Rußland das Fortschaffen von Geldbeträgen, dann hätten Worte keinen Sinn mehr[15]. Hinzu kam noch eine unzutreffende Reutermeldung von einer Mobilmachung Deutschlands, die wahrscheinlich infolge der Anordnung des „Zustands drohender Kriegsgefahr" entstanden war, so daß, wie Mensdorff nach Wien mitteilte, im Foreign Office die Situation als nahezu hoffnungslos angesehen wurde[16]. Sicherlich traf dies auch zu, aber nicht, wie man in London annahm, infolge einer im geheimen durchgeführten deutschen Mobilmachung, sondern infolge der russischen allgemeinen Mobilmachung, deren erfolgte Anordnung, wie bei den Vorgängen in Petersburg genau dargelegt worden ist, von Rußland mit Absicht und, wie sich hier in London zeigt, mit dem gewünschten Erfolg geheimgehalten wurde. —

Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags (Londoner Zeit) ging auf der deutschen Botschaft in Pall Mall nun auch die Mitteilung Bethmann Hollwegs von der russischen allgemeinen Mobilmachung und dem hierauf erfolgten deutschen Ulti-

matum an Rußland ein. Um keine Zeit zu verlieren, wurde ein Legationssekretär der deutschen Botschaft, der spätere Staatssekretär von Schubert, zu Sir William Tyrrell geschickt, um die bedeutsame Nachricht bekanntzugeben. Schubert las das Telegramm vor. Vernünftigerweise hatte man den letzten Teil des Wortlautes, der die unzutreffende Vermutung des Kanzlers enthielt, daß die Anordnung der russischen Mobilmachung vielleicht auf die falsche Nachricht des Lokal-Anzeigers zurückzuführen sei, fortgelassen. In seiner Aufzeichnung berücksichtigte Tyrrell jedoch nicht die ersten Sätze des Telegramms, daß eine anscheinend nicht aussichtslose Vermittlung schwebe und Deutschland noch keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen habe, sondern notierte nur die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Rußland, die Proklamierung des Standrechts in Deutschland, womit die drohende Kriegsgefahr gemeint war, und die Mitteilung, daß Deutschland mobilisieren müsse, wenn Rußland innerhalb der nächsten 12 Stunden seine Mobilmachung nicht widerrufe[17].

Tyrrell erklärte, daß die britische Regierung noch keinerlei Nachrichten über die Mobilmachung der ganzen russischen Armee und Flotte erhalten habe, sich aber sofort mit Petersburg in Verbindung setzen werde. Anscheinend ist eine entsprechende Anfrage in Petersburg unterblieben. Sie wurde auch überflüssig, da kurz darauf eine Mitteilung Buchanans über die russische allgemeine Mobilmachung einging, mit der wir uns an späterer Stelle noch eingehend beschäftigen müssen[18]. Das Telegramm Kaiser Wilhelms an den König von England, in dem die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung erwähnt wurde, war dem Foreign Office zu dieser Zeit entweder nicht bekannt, oder die Nachricht wurde nicht ernst genommen.

Am Nachmittag fand die von dem französischen Botschafter bereits am Vormittag gewünschte Unterredung Cambons mit Grey statt. Die Aussprache bildete die Einleitung für die Bestrebungen Poincarés, England dazu zu bringen, sich möglichst sofort zur Teilnahme am Kriege zu entscheiden. Hier lag auch das Ziel der von Cambon seit fast 16 Jahren mit zäher Energie verfolgten Politik. Paul Cambon knüpfte an seine Unterhaltung mit Nicolson an und verwies auf die Mitteilung seines Bruders Jules Cambon, wonach die Ungewißheit über die englische Haltung das ermutigende Element in Berlin bilde. Wenn sich dagegen England bestimmt für Rußland und Frankreich erklärte, würde dies die Haltung Deutschlands zugunsten des Friedens entscheiden.

Grey erwiderte hierauf, es sei ganz falsch, anzunehmen, daß England Deutschland unter dem Eindruck gelassen habe, England werde nicht intervenieren. Er hätte nicht nur eine Neutralitätserklärung entschieden abgelehnt, sondern Lichnowsky sogar erklärt, daß, wenn Frankreich und Deutschland in den Krieg verwickelt würden, auch England mit hineingezogen würde. Natürlich sei dies nicht eine gegen Frankreich eingegangene Verpflichtung, und er sage ihm dies nur, um ihm zu zeigen, daß England Deutschland nicht unter dem Eindruck gelassen habe, es würde neutral bleiben[19]. In dieser Mitteilung Greys an Cambon zeigt sich so recht die Verschiedenheit in der Beurteilung der politischen Verhältnisse durch den König, wie sie in den Worten an den Prinzen Heinrich zum Ausdruck kam, und durch seinen Außenminister Sir Edward Grey.

Als Cambon Grey bat, ihm eine Erklärung zu geben, die derjenigen entspreche, die er Lichnowsky gemacht habe, erklärte der Minister, daß er ohne Genehmigung des Parlaments keine Bürgschaft geben könne. Lichnowsky gegenüber habe es sich nicht um eine Bürgschaft, sondern nur darum gehandelt, Illusionen zu zerstreuen, die man sich in Berlin gemacht habe[20].

Cambon erbat daraufhin Bescheid auf seine gestrige Anfrage hinsichtlich des Briefwechsels im November 1912. Grey teilte dem Botschafter nunmehr die Auffassungen des Kabinetts mit und sagte ihm insbesondere, daß sich England im gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu nichts verpflichten könne. Auch wies er auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hin und erklärte, es sei möglich, daß die Nichtbeteiligung Englands sich als einziges Mittel erweisen würde, den völligen Zusammenbruch des europäischen Kredits zu verhindern. Diese Erwägung könne die britische Haltung ganz wesentlich bestimmen. Hiermit stellte Grey seine kurz vorher gegebene Zusage, daß England am Kriege nicht unbeteiligt bleiben würde, in gewisser Hinsicht selbst wieder in Frage. Grey wies auch auf die Schwierigkeiten der außenpolitischen Führung Englands hin, da das Kabinett das Parlament nicht im voraus zu einer Politik verpflichten könne. Die Regierung wie die öffentliche Meinung hätten bis jetzt nicht das Empfinden, daß irgendwelche Verträge oder Verpflichtungen Englands in Mitleidenschaft gezogen seien, jedoch würde die weitere Entwicklung eine Intervention vielleicht als gerechtfertigt erscheinen lassen. Hierbei könne die Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität, wenn nicht einen entscheidenden, so doch einen wichtigen Faktor bilden.

Mit dieser Bemerkung, deren Tragweite Cambon in diesem Augenblick anscheinend nicht ganz erkannte, deutete Grey den Weg an, den er später mit großer Energie verfolgt hat, um die Notwendigkeit eines Eintritts Englands in den Krieg vor sich und der Welt zu rechtfertigen.

Hierauf setzte Grey Cambon auch davon in Kenntnis, daß er möglicherweise an die französische und deutsche Regierung eine Anfrage wegen Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens richten werde.

Paul Cambon war über die Erklärungen Greys sehr enttäuscht und wiederholte seine Frage, ob England Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs beistehen würde. Grey ließ sich jedoch auch durch diese Frage nicht aus seiner Reserve herausbringen, sondern erklärte nur, er müsse bei seiner Antwort bleiben, und es empfehle sich abzuwarten, bis die Dinge eine neue Gestalt angenommen hätten. Nach den letzten Nachrichten habe Rußland die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte angeordnet. Dadurch würde eine Krise überstürzt herbeigeführt und der, wie er natürlich meinte, falsche Eindruck erweckt, daß die deutsche Mobilmachung durch Rußland erzwungen würde. Hier zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie falsch Grey die Haltung Deutschlands beurteilte. —

Cambon war mit dem „Abwarten" nicht einverstanden und stellte die Frage, was die britische Regierung darunter verstehe. Ob man abwarten solle, bis der Feind in französisches Gebiet eingebrochen sei. Dann setzte er, vielleicht schon an Hand des von Viviani um Mittag abgesandten ausführlichen, übertriebenen Berichts über deutsche Mobilmachungsvorbereitungen[21] auseinander, daß mit

einem baldigen Angriff Deutschlands zu rechnen sei. Deutschland habe von Anfang an Vorschläge verworfen, die den Frieden hätten erhalten können. Wenn England unbeteiligt bleibe, würde es seinen Fehler von 1870 erneuern, als es die Bildung eines mächtigen Deutschlands im Zentrum Europas zuließ. Heute würde dieser Irrtum noch schwerwiegender sein, da England allein einem siegreichen Deutschland gegenüber in den Zustand der Abhängigkeit geraten würde. Frankreich rechne auf die Hilfe Englands. Grey blieb dabei, daß das Kabinett nur die gegenwärtige Lage berücksichtigt habe. Wenn sich die Dinge ändern würden, werde man weiter darüber beraten. Die Besprechung endete damit, daß Grey noch einmal erklärte, die britische Regierung könne im Augenblick keine bestimmten Verpflichtungen eingehen[22].

So blieb die für Grey sehr peinliche Unterredung für Paul Cambon eine große Enttäuschung. Erst aus einer sich hieran anschließenden Unterredung mit Nicolson, der ihm zu verstehen gab, daß Grey die Diskussion im Kabinett wieder aufnehmen werde, scheint Cambon wieder mehr Vertrauen zur wahrscheinlichen Haltung Englands gewonnen zu haben.

Trotz des ungünstigen Eindrucks, den Cambon anfänglich von der Unterredung mit Grey gewonnen hatte, kam er schließlich zu der Auffassung, daß Grey für sofortiges Eingreifen sei und vermutlich seine Vorschläge im Kabinett erneuern würde. In diesem Sinne berichtete er nach Paris. Dabei wies er auf die Wichtigkeit der inzwischen erfolgten Anfrage wegen der Neutralität Belgiens in Berlin und Paris hin, auf die wir noch zurückkommen. Im übrigen setzte Cambon seine Hoffnungen auf das Schreiben Poincarés, das noch heute abend dem König übergeben werde[23].

Ähnlich wie Cambon wurde der russische Botschafter von Grey über seine Unterredung mit Lichnowsky und über die Auffassungen des Kabinetts unterrichtet. Auch dabei hob Grey hervor, daß seine Erklärung, England könne nicht desinteressiert bleiben, wenn Frankreich in den Krieg hineingezogen würde, von ihm nur als Information, nicht aber als Verpflichtung angesehen werden dürfe. Die Tatsache, daß die englische Regierung im gegenwärtigen Moment nicht eingriff, erklärte Grey Benckendorff damit, daß sich das Kabinett hierzu „nicht formell" verpflichten könne. Wie Cambon nahm auch Benckendorff erneut Gelegenheit, Grey auf die ungünstigen Ergebnisse einer dauernden englischen Neutralität hinzuweisen, worauf Grey erwiderte, daß das Verständnis für große politische Konzeptionen sich nur langsam in der öffentlichen Meinung verbreiten würde. Damit gab er zu verstehen, daß er selbst zur Intervention entschlossen und seine zögernde Haltung nur durch die Rücksicht auf das Parlament und die öffentliche Meinung bedingt war.

So war es Paul Cambon anscheinend doch gelungen, ungeachtet des ihm gegenüber während der Unterredung noch zur Schau getragenen Widerstrebens die persönliche Krise in der Haltung Greys zu überwinden und in ihm den Entschluß, auf seiten Frankreichs und Rußlands am Kriege teilzunehmen, neu zu festigen. Die Hoffnung für das Gelingen dieser Politik lag für Grey dabei in der belgischen Frage, durch die er das Kabinett und die öffentliche Meinung mit sich fortreißen wollte.

Benckendorff, der Grey sehr viel besser verstand als Cambon, war überzeugt, daß das Kabinett die Lage neu erwägen würde, wenn Frankreich und Deutschland sich miteinander im Kriege befänden. In seiner Mitteilung an Sasonow brachte er daher zum Ausdruck, Grey begreife vollkommen die Lage und sehe völlig klar. Eine gewisse Reaktion im Parlament verursache ihm ernste Schwierigkeiten und verlange von ihm eine große Besonnenheit. Die Regierung könne nicht weitergehen, bevor sie nicht die öffentliche Meinung vorbereitet hätte. Zum Schluß warnte er vor einem allzu raschen Urteil über die Haltung Englands, das nur schaden und vor allem den Einfluß Greys lähmen würde, der in wenigen Stunden wieder zunehmen könne[24].

So erkannte der russische Botschafter ganz richtig, daß Greys politische Konzeption für den Krieg, England aber noch dagegen war.

Auch der amerikanische Botschafter Walter Hines Page hatte am Nachmittag Sir Edward aufgesucht. Grey wollte wissen, ob die amerikanische Regierung ihre Vermittlung auch in Wien, Petersburg oder Berlin angeboten habe, worüber Page jedoch nichts sagen konnte. Über die Lage im ganzen äußerte sich Grey ganz charakteristisch dahin, „es sehe so aus, als ob sich Europa in den Krallen unsichtbarer Kräfte" befinde[25]. Man kann diesen Worten natürlich eine verschiedene Auslegung geben. Wir möchten sie dahin deuten, daß die Macht der Verhältnisse stärker war als die Kräfte der Staatsmänner, die die Geschicke Europas zu leiten hatten.

Am Nachmittag ließ Grey an die Botschafter in Paris und Berlin den Auftrag hinausgehen, bei ihren Regierungen anzufragen, ob sie bereit wären, die Neutralität Belgiens solange zu achten, als keine andere Macht sie verletze. Die Anfrage wurde mit der voraussichtlichen Mobilmachung Deutschlands begründet und eine baldige Antwort als wichtig hingestellt.

Über die Anfrage wurde auch der britische Gesandte in Brüssel, Sir Francis Villiers, unterrichtet und beauftragt, dem Minister des Äußeren zu sagen, Grey nehme im Hinblick auf die bestehenden Verträge an, daß Belgien unter Aufbietung seiner ganzen Kraft seine Neutralität schützen und von anderen Mächten wünschen und erwarten werde, daß sie die Neutralität achten und aufrechterhalten würden. Auch hier wurde um eine baldige Antwort gebeten.

Mit dieser Anfrage wurde Belgien nahegelegt, seinerseits England um Aufrechterhaltung der Neutralität zu bitten, was natürlich die Interventionspolitik Greys wesentlich erleichtern konnte. Hier tritt schon deutlich hervor, daß die Frage der belgischen Neutralität als ein Mittel zum Zweck ausgenutzt werden sollte.

Um 5.20 Uhr nachmittags war die Meldung Buchanans eingetroffen, daß „beschlossen" worden sei, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zu erlassen. Zur Begründung des Entschlusses hatte Buchanan die Ablehnung der Intervention durch Österreich, Inmarschsetzen von Truppen gegen die russische Grenze und die Befürchtung militärischer Vorbereitungen Deutschlands angegeben[26]. Wie schon im Abschnitt Petersburg hervorgehoben wurde, war das Telegramm bereits am 30. Juli aufgegeben worden, wurde aber anscheinend durch ein Versehen des Chiffrierbüros im Foreign Office als vom 31. datiert aus-

gefertigt[27]. Natürlich ändert dies nichts daran, daß das Telegramm mit ganz erheblicher, wahrscheinlich absichtlicher Verzögerung befördert worden ist.

Fast gleichzeitig ging ein Telegramm Goschens ein, daß der deutsche Botschafter in Petersburg die allgemeine russische Mobilmachung gemeldet habe und daraufhin der „Zustand drohender Kriegsgefahr" verkündet worden sei, dem bald die Mobilmachung folgen werde. Auch teilte Goschen noch mit, daß Jagow auf seine Anfrage wegen des englischen Vorschlages (Halt in Belgrad) aus Wien die Mitteilung erhalten habe, Berchtold werde sich deswegen mit Kaiser Franz Joseph in Verbindung setzen. Wenn er, Jagow, auch hieraus gewisse Hoffnung schöpfte, so würde diese doch durch die Nachrichten aus Petersburg wieder so gut wie vernichtet. Deutschland müsse sich auf alles vorbereiten[28].

Nach seiner Audienz beim König hatte sich Asquith ins Unterhaus begeben, wo er mit Beifall begrüßt wurde. Er beantragte sofort die Vertagung des Hauses durch Abgabe nachstehender Erklärung: England hätte soeben, nicht von Petersburg, sondern aus Deutschland die russische allgemeine Mobilmachung erfahren, und infolgedessen würde der Belagerungszustand (martial law) in Deutschland erklärt. Die Regierung verstehe darunter, daß die Mobilmachung in Deutschland folgen würde, wenn die russische Mobilmachung allgemein sei und durchgeführt werde. Unter diesen Umständen möchte er vorziehen, keine weiteren Fragen vor Montag zu beantworten.

Im Unterhaus war man bestürzt und nahm die Erklärungen des Premierministers mit Schweigen entgegen. Über den Zusammenhang der Dinge blieb somit das Unterhaus weiter im Ungewissen.

Am Nachmittag hatte Crowe den Chef der Operationsabteilung, General Sir Henry Wilson, aufgesucht und ihm von dem deutschen Ultimatum an Rußland Mitteilung gemacht. Nach den Tagebucheintragungen Wilsons soll Crowe die Lage so dargestellt haben, als ob Rußland als „Antwort" auf das deutsche Ultimatum die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. Ob diese Auffassung auf die Mitteilung Crowes zurückzuführen war oder Wilson Crowe falsch verstanden hat, läßt sich wohl nicht entscheiden. Für Wilson war dies an sich nebensächlich, ihn interessierte vor allem die Haltung der eigenen Regierung, mit der er recht unzufrieden war. Deutschland würde heute nacht die Mobilmachung anordnen und Frankreich würde ihm folgen, während in England nichts geschehe. Obgleich es sich um eine Frage des Krieges handle, sei keine Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses abgehalten und militärische Fachleute nicht vom Kabinett befragt worden. Auch bedauerte er, daß der Chef des Generalstabes, Sir Charles Douglas, Asquith nicht dazu bringen konnte, der Zurückführung der Truppen aus ihren Übungslagern in ihre Garnisonen zuzustimmen, wodurch bei der Mobilmachung eine Verzögerung von drei Tagen eintreten würde[29].

Als Wilson von Crowe nun noch erfuhr, daß Cambon zunächst abschlägig beschieden worden sei, griff er energisch ein. Zunächst brachte er ein Mitglied des Unterhauses dazu, Bonar Law zu bitten, noch heute nacht Asquith aufzusuchen. Später riet Wilson dem französischen Militärattaché, Oberst Panouse, Cambon dazu zu bringen, Grey zu sagen, er würde die Beziehungen mit ihm abbrechen und nach Paris fahren, wenn England sich nicht zum Eingreifen entschließen

wollte. So wurde Wilson immer mehr zum Mittelpunkt der Bestrebungen, die Opposition zusammenzuhalten, um ihre Einwirkung auf die Regierung im Sinne einer Intervention sicherzustellen. Der Generalstab war entgegen früheren Gepflogenheiten auch in Großbritannien zu einem mitentscheidenden Faktor der großen Politik geworden, und Wilson gehörte als einer der ersten zu den Generalen, die mit dem Herzen auf seiten Frankreichs standen.

Der Herausgeber der „National Review" war ebenfalls mit Wilson in Verbindung getreten und hatte auf seine telephonische Erkundigung nach dem Stand der Ereignisse die pessimistische Mitteilung erhalten, man sitze in der Tinte[30]. Ferner hatte sich Wilson mit George Lloyd in Verbindung gesetzt und ihn anscheinend veranlaßt, Bonar Law aus Wargrave nach London zurückzuholen[31].

Die Finanzmänner der City waren aber auch nicht untätig geblieben, um der von ihnen gewünschten Friedenspolitik Geltung zu verschaffen. So versuchte der Chef einer der größten Londoner Banken dem Redakteur für Finanzfragen der „Times" klarzumachen, daß die Katastrophe für die City nur vermieden werden könne, wenn England strikte Neutralität bewahre. Wickham Steed, der Außenpolitiker der „Times", ließ sich jedoch durch solche Versuche der City nicht einschüchtern und setzte es durch, daß die „Times" mit Zustimmung ihres Besitzers Lord Northcliffe in den nächsten Tagen eine recht scharfe Sprache führte.

Doch auch Churchill war auf dem Posten. In seinem Auftrag suchte noch am 31. der bereits erwähnte Mr. Smith (Lord Birkenhead) Bonar Law auf, der mit Carson zusammen in Wargrave bei Lord Goulding weilte, und stellte an ihn die Frage, ob die Opposition geneigt sein würde, in ein Koalitionskabinett unter Asquith einzutreten. Zu dieser Beratung kam dann noch Lord Beaverbrook. Bonar Law lehnte jedoch ab. Auch fühlte er sich nicht veranlaßt, Asquith aufzusuchen. Nur wenn der Ministerpräsident offen und direkt sich an die Opposition um Hilfe und Unterstützung wende, würde er nach London kommen[32].

Wenn diese indirekten Einwirkungen auf die Entschließungen des Kabinetts auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung waren, so zeigen sie doch, wie unsicher noch am 31. Juli die Lage in England war.

Die Auffassung Wilsons, daß in England militärisch nichts geschehe, war nicht berechtigt. Neben wirtschaftlichen Maßnahmen war die Bereitschaft der regulären und teilweise auch der territorialen Truppen ohne ausgesprochene Mobilisierung erhöht worden. Auf Befehl Churchills wurden auch die von der Türkei bestellten und fast fertigen Großkampfschiffe „Reschadieh" und „Osman I" beschlagnahmt und von englischen Matrosen besetzt[33].

Crowe, auf dessen Voreingenommenheit gegenüber Deutschland schon wiederholt hingewiesen wurde, sah sich wohl durch die in der Kabinettssitzung am Vormittag zutage getretene flaue Stimmung veranlaßt, auf Grey durch ein Memorandum einzuwirken, sich nicht vom Kabinett von seiner Interventionspolitik abbringen zu lassen. Auch ist es möglich, daß Crowe sich bei seinem Besuch bei Wilson zu diesem Schritt hat bestimmen lassen. Das Memorandum ließ Crowe Sir Edward Grey mit einigen privaten Zeilen zugehen, ohne, wie er sagte, damit etwa die „ernsten Schwierigkeiten" des Ministers vermehren zu wollen[34].

In dem Memorandum selbst wandte sich Crowe zunächst gegen die anscheinend in der Kabinettssitzung hervorgetretene Theorie, daß England sich auf einen großen Krieg nicht einlassen dürfe, was nach seiner Auffassung die Abdankung Englands als unabhängiger Staat bedeute. Nach dieser Theorie sei auch eine britische Armee oder Marine nicht notwendig und es wäre dann also unrichtig gewesen, dem Lande die enormen jährlichen Kosten für eine nutzlose Streitmacht aufzuerlegen. Auch bedeute die Theorie, daß sich die bisherige auswärtige Politik Englands als ein leeres Nichts offenbare. Ein Staat, der unfähig zum Kampf sei, könne auch nicht das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhalten.

Bei Ausbruch eines Krieges trete immer eine wirtschaftliche Panik ein, und die Panik in der City sei durch planmäßige Handlungen deutscher Finanzinstitute beeinflußt worden, die auch im täglichen Verkehr mit der deutschen Botschaft ständen. Die Erregung einer Panik gehöre mit zur Kriegsvorbereitung.

Crowe wies dann auf den deutschen Neutralitätsvorschlag hin, der mit Worten zurückgewiesen worden sei, die den Eindruck erweckten, daß der deutsche Vorschlag in den Augen der britischen Regierung auf ein Ansinnen an England hinauslaufe, eine ehrlose Tat zu begehen. Wenn jetzt die Meinung vertreten werden sollte, daß England berechtigt sei, neutral zu bleiben, während Deutschland Frankreich überfalle, wäre es gestern falsch gewesen, zu glauben, daß England zu einem ehrlosen Handel (Neutralitätsangebot) aufgefordert worden sei, und es sei schade, daß man nicht mit Deutschland abgeschlossen habe. Die Bedingungen wären für Frankreich und Belgien wenigstens von einigem Nutzen gewesen. Jetzt sei man offenbar gewillt, das zu tun, was England gestern verächtlich abgelehnt hätte, nur mit dem Unterschied, daß England die gestrigen entschädigenden Vorteile verlieren würde.

Durch diese etwas spitzfindige, aber logische Argumentation Crowes wurde Grey ziemlich in die Enge getrieben. Crowe berührte dann die Verpflichtungen gegenüber Frankreich, die zwar nicht vertraglich wären, aber doch den Glauben rechtfertigten, daß ein moralisches Band geschmiedet worden sei, und die Ehrenerwartung erweckt hätten, daß England Frankreich in einem gerechten Streitfall beistehen werde. England könne das nicht von sich weisen, ohne seinen guten Namen einer ernsten Kritik auszusetzen.

Die Behauptung, England könne keinen Krieg führen, sei unwahr, und ihre Bestätigung würde einen Akt politischen Selbstmordes bedeuten. Die Frage sei auch nur, ob England in den jetzigen Krieg eintreten solle, was eine Frage von Recht oder Unrecht und der politischen Zweckmäßigkeit sei. Pflicht und Interesse Englands würden es aber erheischen, Frankreich in der Stunde der Not beizustehen. Frankreich habe den Streit nicht gesucht, er sei ihm aufgezwungen worden[35].

Man wird in den Akten aller Nationen, die am Kriege teilgenommen haben, wohl vergeblich nach einem Dokument suchen, in dem sich ein Diplomat in so rückhaltloser Weise für die Teilnahme seines Landes am Kriege ausgesprochen hat wie Sir Eyre Crowe in diesem Memorandum!

Das Schreiben Crowes muß aber fraglos auch als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß Grey trotz aller Andeutungen, die er Benckendorff gemacht hatte,

zu diesem Zeitpunkt doch noch nicht fest entschlossen war, an der Seite Frankreichs am Kriege teilzunehmen. Sonst wäre es unverständlich, daß ein so kluger Mann wie Sir Eyre Crowe diesen ihm sicher nicht leicht gewordenen Schritt, dem Außenminister ein so scharf gehaltenes Memorandum zuzustellen, unternommen hat.

Gegen 10 Uhr abends traf die Mitteilung Berties im Foreign Office ein, in der der Botschafter über seine Unterredung mit Viviani berichtete, die kurz nach der Übermittlung des deutschen Ultimatums an Frankreich stattgefunden hatte. Das Telegramm enthielt auch die Anfrage Vivianis, welche Haltung England einzunehmen gedenke, und die Mitteilung, daß der deutsche Botschafter morgen um 1 Uhr beim Quai d'Orsay vorsprechen würde, um die Antwort der französischen Regierung entgegenzunehmen. Schoen hätte durchblicken lassen, daß er wahrscheinlich seine Pässe werde fordern müssen. Am Schluß des Telegramms wurde noch erwähnt, daß Iswolski erklärt habe, ihm sei von einer allgemeinen Mobilmachung der russischen Streitkräfte nichts bekannt[36].

Gegen 11 Uhr abends war der Chef des Protokolls am Quai d'Orsay, Martin, in London eingetroffen, wo er gleich auf dem Bahnhof dem Privatsekretär des Königs, Lord Stamfordham, den Brief Poincarés übergeben konnte.

Weitere Meldungen, die bei Paul Cambon eingetroffen waren und militärische Maßnahmen Deutschlands an der französischen Grenze enthielten, veranlaßten den Botschafter, noch um Mitternacht Nicolson mitzuteilen, Deutschland habe schon auf französischem Gebiet Kriegshandlungen vorgenommen (véritables actes de guerre). Zum Beweise hierfür hatte Cambon aus zwei Mitteilungen Vivianis über militärische Maßnahmen ein Telegramm zusammengestellt, in dem verschiedene von Deutschland an der Grenze getroffene militärische Maßnahmen wie das Festhalten von Lokomotiven, Aufstellen von Maschinengewehren unter Nennung der Ortschaften aufgezählt waren. Da die Ortschaften französische Namen trugen wie Pagny, Montreux-Vieux, mag Cambon angenommen haben, daß Grenzverletzungen vorgekommen waren, obgleich die genannten Orte sich auf deutschem Boden befanden[37].

Ferner enthielt das von Cambon zusammengestellte Telegramm die Behauptung, der deutsche Botschafter habe Viviani schon am 29. angekündigt, daß Deutschland den Zustand drohender Kriegsgefahr anordnen würde, es habe diesen soeben erklärt und bemühe sich, ihn als Folge „übertriebener" russischer Maßnahmen hinzustellen. Cambon bat Nicolson, Grey das Telegramm noch vor dem morgen vormittag stattfindenden Ministerrat vorzulegen, da er selbst ihn erst am Nachmittag sehen würde.

So endete der 31. Juli in London unter der falschen Vorstellung, daß Deutschland nicht nur mobil gemacht, sondern bereits auf französischem Gebiet Kriegshandlungen vorgenommen habe, während die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung noch immer in Zweifel gezogen wurde.

Kapitel 56

Belgien Greys Brücke zur Intervention

London, 1. August: Deutschlands Beschwerde über die russische Mobilmachung — Asquith noch in der Nacht beim König — Sir Henry Wilson — Grey schläft noch — Nicolsons Brief an Grey — Antworten aus Paris und Berlin zur Frage der belgischen Neutralität — Deutschland muß jetzt auch mobil machen — Besuche Mensdorffs bei Grey — Neutralitätsvorschlag Greys — Asquith — Kabinettssitzung — Churchills eigenmächtiges Vorgehen — Rußland will Verantwortung auf Deutschland schieben — König Georg antwortet Poincaré — Erregte Auseinandersetzung zwischen Cambon und Grey — Cambon sucht Hilfe bei Nicolson — Kein Neutralitätsversprechen Englands — Die Ostsee für England eine Falle — Unterredung Greys mit Mensdorff — Japan — Auf der französischen Botschaft — Beunruhigende Meldungen — Asquith und Grey — Das angebliche Mißverständnis Lichnowskys — Die deutsche Kriegserklärung an Rußland — Der Einfluß der Konservativen.

Noch in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August ging auf der deutschen Botschaft in London die ausführliche Mitteilung Bethmann Hollwegs über die Vorgänge ein, die der russischen Mobilmachung vorangegangen waren. Der Kaiser habe auf Wunsch des Zaren zwischen Rußland und Österreich die Vermittlung aufgenommen und sofort eine Demarche in Wien gemacht. Ohne das Ergebnis abzuwarten, habe Rußland dann gegen Österreich mobilisiert. Der Kaiser habe darauf den Zaren gebeten, die militärischen Maßnahmen gegen Österreich einzustellen, was nicht geschehen sei. Dies traf insofern nicht ganz zu, als der Kaiser in seinem Telegramm an den Zaren nicht direkt gebeten hatte, die Mobilmachung einzustellen, sondern nur zum Ausdruck gebracht hatte, daß durch die Mobilmachung seine Vermittlerrolle gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht würde[1]. Deutschland habe, heißt es in dem Telegramm des Kanzlers dann weiter, trotzdem die Vermittlungsaktion fortgesetzt und sei mit den Vorschlägen in Wien bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was einem souveränen Staat, der Deutschlands Bundesgenosse sei, hätte zugemutet werden können. Die deutschen Vorschläge hätten sich ganz im Sinne der Vorschläge Englands bewegt, und es sei heute morgen hierüber in Wien beraten worden. Noch vor Abschluß dieser Beratungen habe Graf Pourtalès „offiziell die Mobilmachung der gesamten russischen Armee und Marine" gemeldet. Dieser russische Akt habe Österreich die noch ausstehende Antwort auf den deutschen Vermittlungsvorschlag abgeschnitten.

Da sich dieser feindselige Akt Rußlands auch gegen Deutschland richte, sei Deutschland zu Gegenmaßnahmen gezwungen worden. Es könne einer Mobilmachung an seiner Grenze nicht untätig zusehen und habe Rußland aufgefordert, binnen 12 Stunden die „kriegerischen" Maßnahmen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einzustellen, sonst müsse Deutschland mobil machen, was den Krieg bedeute. An Frankreich sei die Anfrage ergangen, ob es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe.

Auf der Botschaft war man sich über den Ernst und die Bedeutung dieser Mitteilung, die auch sehr deutlich zeigte, daß Rußland die allgemeine Mobilmachung überstürzt herbeigeführt hatte, sofort klar. Grey war an diesem Abend nicht zu finden, weshalb wieder der Legationssekretär von Schubert sofort mit dem Telegramm zu Sir William Tyrrell geschickt wurde, der ebenfalls die Wichtigkeit der Mitteilung erkannte. Da auch er anscheinend Grey nicht finden konnte, eilte er trotz der späten Nachtstunde sofort zu Asquith, der an diesem Abend Gäste bei sich hatte. Die Gesellschaft war zwar schon zu Ende, aber der Ministerpräsident war noch auf, auch waren seine beiden Privatsekretäre Sir Eric Drummond, der spätere langjährige Generalsekretär des Völkerbundes, und Sir M. Bonham Carter noch bei ihm. Asquith war von der Nachricht gleichfalls stark beeindruckt und entschloß sich sofort, ein Telegramm zu entwerfen, das der König persönlich an den Zaren abschicken sollte. Gegen 1.30 Uhr war der Entwurf fertig, und Asquith fuhr in einer Droschke mit Tyrrell zusammen zum Buckingham Palace, um die Genehmigung des Königs für die Absendung des Telegramms zu erbitten. König Georg, der schon zu Bett gegangen war, stand wieder auf und empfing Asquith im Schlafanzug, was der Ministerpräsident in seinen Memoiren als die seltsamste Begegnung seines Lebens bezeichnet hat. Der König erklärte sich mit der Absendung des Telegramms an den Zaren einverstanden[2]. Das Telegramm ging um 3.30 Uhr morgens ab. Sein Inhalt ist uns aus dem Abschnitt Petersburg bereits bekannt. König Georg appellierte an den Zaren, er möge das „Mißverständnis" beseitigen, das auf diesen toten Punkt geführt habe, und bat, das Menschenmögliche zu tun, um der Welt den Frieden zu erhalten. Eine Abschrift des Telegramms ging auch an Poincaré. Wegen der Dringlichkeit hatte Crowe, wie an früherer Stelle erwähnt wurde, den Botschafter in Paris vorher auf das Eintreffen dieses Telegramms aufmerksam gemacht, doch hat es Crowe unterlassen, auch Buchanan die Absendung des Telegramms anzukündigen, was wohl noch wichtiger gewesen wäre. Auch hierin dürfte ein Symptom liegen, daß man im Foreign Office, wie bei Petersburg näher ausgeführt wurde, auf den Schritt des Königs wenig Wert legte.

Auch Lichnowsky wurde noch in der Nacht, wahrscheinlich von Tyrrell, telephonisch von dem Schritt des Königs benachrichtigt[3]. Grey konnte bei der ganzen Angelegenheit nicht zu Rate gezogen werden, da er nicht aufzufinden war.

Wie Grey den Entschluß des Königs, sich unmittelbar an den Zaren zu wenden, aufgenommen hat und wie er sich zu den Erklärungen Bethmann Hollwegs über die russische Mobilmachung stellte, wissen wir leider nicht. In seinen Memoiren geht Grey auf diesen Punkt überhaupt nicht ein. Auch Greys Biograph Trevelyan gibt hierüber keinen Aufschluß. Wahrscheinlich hat Sir Edward den nächtlichen Eingriff in sein Ressort etwas übelgenommen. Andererseits werden wir sehen, daß sich im Verlauf des Vormittags bei Grey eine gewisse, wohl hauptsächlich auf die Einwirkung von Asquith und insbesondere Tyrrells zurückzuführende Neigung bemerkbar machte, die bewaffnete Intervention Englands hinauszuschieben, vielleicht sogar aufzugeben.

Nicolson, der anscheinend mit dem außenpolitischen Eingriff Asquiths am wenigsten einverstanden war, setzte sich um 7 Uhr morgens mit Sir Henry Wilson

in Verbindung und benachrichtigte ihn davon, daß Deutschland Frankreich gegenüber wirkliche Kriegshandlungen begangen habe, was jedoch, wie bereits hervorgehoben worden ist, nicht richtig war. Kurz darauf gingen Wilson und Nicolson zusammen nach Queen Anne's Gate zu Lord Haldane, bei dem Grey in diesen Tagen wohnte. Sir Edward lag aber noch im Bette, und da Nicolson ihn nicht stören wollte, gingen beide unverrichteter Sache wieder fort. Wilson, in ziemlicher Aufregung, wollte nun die unionistischen Führer für die Intervention mobil machen. Nicolson beabsichtigte jedoch nicht, an diesen Besprechungen teilzunehmen, und ging wie gewöhnlich ins Foreign Office.

Noch vorher hatte Nicolson einen Brief an Grey geschrieben, in dem er mit Bezug auf die Meldungen Cambons mitteilte, daß die Handlungsweise Deutschlands es deutlich zum Angreifer stemple und England unter diesen Umständen in seiner Stellungnahme nicht zaudern solle. Nach seiner Überzeugung würde man es bei Bekanntgabe der Tatsachen durchaus billigen, daß England Frankreich zu Hilfe komme. Auch bezweifle er kaum, daß die Oppositionsführer auf Anfrage derselben Ansicht seien. England solle heute mobilisieren, so daß das Expeditionsheer im Laufe der nächsten Woche abgehen könne. Wenn jetzt gezögert würde, werde man es morgen bereuen.

Während König Georg und Asquith somit darauf bedacht waren, das Unglück eines allgemeinen Krieges noch in letzter Minute zu verhindern, waren Nicolson und Henry Wilson bemüht, England so schnell wie möglich an der Seite Frankreichs in den Krieg hineinzuziehen. Ferner hatte Bertie an Grey geschrieben, die Deutschen wollten die Dinge offenbar beschleunigen, ehe die Russen bereit sein konnten.

In den ersten Morgenstunden waren aus Paris und Berlin die Antworten auf die Anfrage Greys wegen Beachtung der belgischen Neutralität eingegangen. Die Erklärungen selbst sind uns bereits aus den früheren Kapiteln bekannt. Frankreich hatte sich entschlossen, die Neutralität zu achten, während Deutschland eine ausweichende Antwort gegeben hatte[4].

Im Foreign Office war man mit der deutschen Erklärung nicht sehr zufrieden. Crowe meinte, Deutschland werde seine Antwort hinausschieben, bis ein wirksames Eingreifen Englands zu spät sei, und Nicolson war der Auffassung, daß keine oder eine verzögerte Mitteilung als abschlägige Antwort behandelt werden solle[5]. Daß Belgien noch gestern abend die Order für die allgemeine Mobilmachung seiner Armee erlassen hatte, war Grey bereits durch ein kurz nach Mitternacht eingehendes Telegramm von Villiers mitgeteilt worden.

Von Bertie lag noch die Anfrage Vivianis vor, wie sich England gegenüber dem deutschen Ultimatum an Rußland verhalten werde, und die Bitte des Ministerpräsidenten um eine möglichst baldige Antwort. Auch hatte Bertie gemeldet, daß ihm Viviani gesagt habe, die deutsche Botschaft packe ihre Sachen.

Die meisten Mitteilungen, die aus Paris nach London gelangten, trugen dazu bei, das Foreign Office in der Auffassung zu bestärken, daß der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich dicht bevorstehe und Feindseligkeiten an der Grenze bereits begonnen hätten.

Um beim Foreign Office für notwendig werdende deutsche Mobilmachungsmaßnahmen Verständnis zu erwecken, hatte der Kanzler eine Mitteilung an Lichnowsky geschickt, die der Botschafter am 1. August dem Foreign Office zugehen ließ. Es wurde auf die militärgeographische Lage Deutschlands hingewiesen und die Notwendigkeit hervorgehoben, angesichts der russischen Mobilmachung selbst mobil zu machen, da sonst Ostpreußen, Westpreußen, vielleicht auch Posen und Schlesien den Russen schutzlos preisgegeben seien. Wenn der Zar auch erklärt habe, daß er sich jeder „provocative action" enthalten werde, so bedeute doch eine russische mobilisierte Armee an der deutschen Grenze auch ohne provozierende Handlungen eine Lebensgefahr für Deutschland, wenn es selbst nicht mobil machen würde. Rußland habe sich im übrigen durch seine Mobilmachung einer starken Provokation schuldig gemacht, da es mobilisiert habe, während Deutschland auf seine Bitte in Wien vermittelte. Kein Deutscher und, wie Lichnowsky hinzusetzte, auch kein Ausländer würde es verstehen, wenn Deutschland hiergegen nicht mit scharfen Maßregeln antworten würde[6].

Durch Mensdorff wurde Grey davon unterrichtet, Paris sei mitgeteilt worden, daß Österreich-Ungarn auf keinerlei territoriale Erwerbungen ausgehe, auch nicht die Souveränität Serbiens antasten oder den Sandschak besetzen wolle. Auch habe Berchtold am 30. die Besprechungen mit Schebeko wieder aufgenommen, und es sei völlig irrig, Österreich-Ungarn habe „die Türe zugeschlagen[7]". Natürlich trug diese Mitteilung, die an sich richtig war, aber doch ein falsches Bild von der Haltung Österreichs gab, dazu bei, Deutschland in den Verdacht zu bringen, als ob es an allem schuld sei.

Am frühen Vormittag hatte Tyrrell Lichnowsky im Auftrage Greys eine Mitteilung gemacht, die, wie erinnerlich, in ihrem weiteren Verlauf in Berlin erst die größten Hoffnungen hervorgerufen, aber dann schwere Enttäuschungen hinterlassen hat. Grey hoffe, wie Sir William sagte, dem Botschafter heute nachmittag als Ergebnis einer soeben stattfindenden Ministersitzung Eröffnungen machen zu können, wie die große Katastrophe verhindert werden könne.

Wer bei dieser Beratung der Minister zugegen war, wissen wir nicht, jedenfalls kann hierfür nicht die Kabinettssitzung in Frage kommen, die erst später begann. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Besprechung Asquiths mit Grey über die Auffassung des Königs und das Telegramm an den Zaren, an der neben Tyrrell vielleicht noch irgendein anderer Minister teilgenommen hat. Sir William machte Lichnowsky gegenüber Andeutungen, England würde „neutral" bleiben und auch die Nichtteilnahme Frankreichs am Kriege verbürgen, falls Deutschland Frankreich nicht angreife. Ferner bat Sir William, dafür zu sorgen, daß die französische Grenze von Deutschland nicht verletzt würde. Es sei ein Fall vorgekommen, wo bei einem Überschreiten der Grenze durch deutsche Truppen französische Truppen zurückgewichen seien[8].

Kurz darauf rief Grey persönlich den deutschen Botschafter an und fragte, ob Lichnowsky glaube erklären zu können, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, wenn Frankreich in einem deutsch-russischen Kriege neutral bliebe. Lichnowsky erklärte sich hierzu bereit, worauf ihm Grey mitteilte, daß er diese Erklärung in der Kabinettssitzung verwerten werde[9]. Bald darauf kam

Tyrrell persönlich zu Lichnowsky und sagte ihm, Grey wolle ihm heute nachmittag Vorschläge für die Neutralität Englands machen, selbst für den Fall, daß Deutschland mit Rußland wie auch mit Frankreich Krieg hätte. Gleichzeitig wurde ein Besuch des Botschafters bei Grey für 3.30 Uhr vereinbart.

Von wem die Absicht einer englischen Neutralität ausgegangen war, ist nicht recht ersichtlich. Wahrscheinlich stammt der Vorschlag von Asquith und war eine Folge seiner nächtlichen Unterredung mit dem König. Sicherlich wurde der Gedanke von dem Deutschland sehr wohlgesinnten Sir William Tyrrell lebhaft unterstützt. Der König, Asquith und Tyrrell sind aber dann anscheinend gegen Nicolson und seine Trabanten nicht aufgekommen. Zwischen beiden stand Grey. Wir kommen auf seine Vorschläge, die später als ein Mißverständnis hingestellt wurden, noch zurück.

Die geringe Neigung zur Intervention, wie sie bei Asquith bestand, drückte sich auch in einem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Chef des Generalstabes, Sir Charles Douglas, aus, daß die Truppen auf ihren Übungsplätzen zunächst zu verbleiben hätten und die Übungen nicht zu unterbrechen seien. Auch stellte er amtlich fest, daß die britische Regierung den Franzosen niemals versprochen habe, ein Expeditionsheer zur Verfügung zu stellen[10].

Von 11 bis 2 Uhr nachmittags fand eine Sitzung des Kabinetts statt, in der die Meinungen scharf aufeinanderprallten. Eine Spaltung des Kabinetts konnte jedoch vermieden werden, und Asquith durfte in seinem Tagebuch sogar notieren, daß die Mitglieder in ziemlich freundschaftlicher Stimmung auseinandergegangen seien. Das Protokoll über diese Sitzung, in der wohl alle Fragen besprochen worden sind, die mit der Intervention Englands in Zusammenhang standen, ist bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden. Auch kennen wir nicht den üblichen Bericht an den König. Dennoch läßt sich aus den Verhandlungen einiges wiedergeben, da Grey den Botschaftern verschiedentlich Mitteilungen gemacht hat und auch einiges hierüber aus Memoiren zu entnehmen ist.

In der Kabinettssitzung trat vor allem die kriegerische Stimmung Churchills hervor, der die sofortige Einberufung der Flottenreserven und die Durchführung der Mobilmachung der englischen Seestreitkräfte verlangte. Churchill begründete seine Forderung mit der Tatsache, daß die deutsche Flotte mobil mache und England dies infolgedessen auch tun müßte. Der Grund war nicht stichhaltig, da die Mobilmachung der deutschen Flotte zu dieser Zeit noch nicht angeordnet war. Gegen die Auffassung Churchills machte John Morley mit großem Freimut seine Einwände geltend. Weite Kreise, nicht nur die Zentren der Großindustrie im Norden Englands, sondern auch die Bank von England sowie andere Banken und der Handel in London wären jedem Schritt abgeneigt, durch den England in dem gegenwärtigen Streit Partei ergreifen würde. Wenn Morley auch zugab, daß die Aussichten für den Frieden sehr gering seien, so würde nach seiner Auffassung eine Anordnung der Mobilmachung englischerseits eher den Krieg beschleunigen als ihn vermeiden. Das einzige, was England tun könnte, sei, einen Druck auf Frankreich auszuüben, um Rußland zurückzuhalten[11].

Nach einer lebhaften Debatte entschloß sich das Kabinett, von der Mobilmachung abzusehen, da die Sicherheit des Landes diesen Schritt nicht unbedingt

erfordere. Die Mobilmachung sei auch nicht nötig, da die Hauptflotte sich schon in voller Kampfbereitschaft auf ihren Kriegsstationen befinde und durch eine Mobilmachung nur der Hinzutritt der ältesten Schiffe zur Flotte bewirkt würde. Churchill versuchte, hiergegen noch einiges geltend zu machen, konnte jedoch mit seinen Ansichten nicht durchdringen[12].

Neben Lord Morley trat insbesondere Lloyd George stark für den Frieden ein. Er war dafür, daß England sich seine Stellungnahme noch offen halte. Welche Vorschläge Grey machte und welchen Standpunkt er persönlich in der Interventionsfrage einnahm, ist im einzelnen nicht bekannt. Jedenfalls dürfte eine scharfe Debatte stattgefunden haben, so daß sich Grey veranlaßt sah zu erklären, wenn um jeden Preis eine Politik des Nichteingreifens ohne Kompromiß angenommen würde, dann würde er gehen[13]. Wahrscheinlich hat Grey aber auch hier mitgeteilt, daß Deutschland bereit sei, Frankreich nicht anzugreifen, wenn es im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland neutral blieb[14].

In der Debatte über die Interventionsfrage riefen Ausführungen Lord Morleys über die Folgen eines Eingreifens Englands zugunsten Frankreichs und Rußlands Überraschung hervor. Morley stellte die Frage, ob das Kabinett eigentlich schon jemals darüber nachgedacht habe, was geschehen würde, wenn Rußland das Spiel gewinne, und fuhr fort: Wenn Deutschland und Österreich geschlagen würden, gingen nicht England und Frankreich als die beherrschenden Mächte aus dem Kampf hervor, sondern Rußland. Nach seiner Meinung sei dies für die westliche Zivilisation nicht vorteilhaft. Wer wolle Rußland daran hindern, wenn es nach Konstantinopel gehen würde. Rußland könne auch die nördliche sowie die neutrale Zone Persiens annektieren oder auf Eisenbahnen bis zur indischen und afghanischen Grenze bestehen, ohne daß man es daran hindern könnte. Wenn auch Deutschland in England nicht populär sei, so wäre Rußland doch noch viel unpopulärer. Die Leute würden sich die Augen reiben, wenn sie eines Tages erkennen würden, daß Kosaken ihre siegreichen Gefährten im Kampf für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit aller Menschen, insbesondere der Juden, sein würden. Die Mitglieder des Kabinetts hörten diesen Ausführungen Lord Morleys mit besonderer Spannung zu, und David Lloyd George erklärte Morley später, er habe über alles dies noch nie nachgedacht[15].

Es ist möglich, daß Grey, um die eindrucksvollen Worte Lord Morleys abzuschwächen, plötzlich auf die deutsche Gefahr hinzuweisen versuchte, indem er die deutsche Politik als die eines großen europäischen Angreifers hinstellte, der ebenso schlimm sei wie Napoleon. Morley erwiderte hierauf, daß er zwar keine Vorliebe für Deutschland empfinde, daß aber Grey für seine Behauptung keine Beweise gebe. In seinen Memoiren bemerkte Morley hierzu, daß Grey in diesem Fall vielleicht eine Reihe von Flottengesetzen hätte zitieren können[16].

Das Kabinett kam schließlich zu der Auffassung, daß augenblicklich dem Parlament noch nicht der Vorschlag gemacht werden könnte, ein Expeditionskorps nach Frankreich zu schicken. Ein derartiger Schritt sei stets als gefährlich und bedenklich erachtet worden und würde vom Parlament nur gebilligt werden, wenn englische Interessen und Verpflichtungen in hohem Maße berührt würden[17]. Auch wurde von Morley auf die Möglichkeit sozialer Unruhen mit Bezug auf

Äußerungen von Lloyd George hingewiesen. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Arbeiterschaft bilde die ungeheuerliche Verschiebung des industriellen Lebens während eines Krieges eine große Gefahr für die Öffentlichkeit.

Bei der Besprechung der belgischen Frage wurde von Grey sehr gewandt die ablehnende Antwort Deutschlands bezüglich der Neutralität Belgiens benutzt, um dem Kabinett vorzuschlagen, dem deutschen Botschafter eine entsprechende Warnung zukommen zu lassen. Auf diese Weise sollte Deutschland in den Augen der Öffentlichkeit möglichst stark ins Unrecht gesetzt werden für den Fall, daß es die belgische Neutralität verletzen würde, womit Grey auf Grund der etwas unbeholfenen Mitteilungen Jagows gegenüber Goschen wohl schon ohne weiteres gerechnet haben dürfte.

Um der Sache einen möglichst offiziellen Anstrich zu geben, wurde der Wortlaut dem Kabinett vorgelesen und Nachstehendes gebilligt: Die Antwort der deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens sei ungemein bedauerlich, weil die Neutralität Belgiens von Einfluß auf die Stimmung in England sei. Wenn Deutschland eine Möglichkeit sehen könnte, dieselbe bestimmte Antwort zu geben, wie Frankreich sie gegeben habe, so würde das wesentlich dazu beitragen, die Besorgnis und Spannung in England zu beheben, während es andererseits schwierig sein würde, die öffentliche Stimmung zu beschwichtigen, wenn eine Verletzung der Neutralität Belgiens durch einen der Kriegführenden stattfände, während der andere sie beachte[18].

Weitere Entschlüsse wurden im Kabinett nicht gefaßt, und die ganze Sitzung stellte scheinbar eine Niederlage der Greyschen Interventionspolitik dar. Diesen Eindruck dürfte insbesondere John Morley gehabt haben, als er nach der Sitzung Winston Churchill freundschaftlich auf die Schulter klopfte und ihm sagte: „Winston, wir haben Sie am Ende doch geschlagen[19].“ Churchill erwiderte diese Bemerkung nur mit dem Lächeln der Auguren, was durch die spätere Entwicklung der Dinge durchaus gerechtfertigt war.

In der Sitzung hatte sich zum erstenmal das unbehagliche Gefühl bemerkbar gemacht, daß infolge der auswärtigen Angelegenheiten der Zusammenhalt des Kabinetts bedroht sei.

Schon am Morgen vor der Kabinettssitzung hatte Churchill der Admiralität mitgeteilt, er nehme bestimmt an, daß nach der Kabinettssitzung die Mobilmachung der Flotte ausgesprochen würde, und angeordnet, hierzu alles vorzubereiten[20]. Obgleich es ihm nicht gelungen war, die Mobilmachung im Kabinett durchzusetzen, befahl er doch um 2.15 Uhr nachmittags gleich nach seiner Rückkehr von der Kabinettssitzung der Admiralität, „nach den Mobilmachungsbestimmungen zu verfahren“. Das besagte, daß die Lazarettschiffe, Schlepper und Öldampfer ausgerüstet, die Funkstationen der Handelsschiffe kontrolliert wurden und die Küstenflottillen zum Sicherheitsdienst während der Nacht ausliefen. Auch wurden die Schiffe der dritten Flotte angewiesen zu melden, wann sie ihre Besatzung wieder an Bord nehmen, d. h. mobil machen könnten. Als Begründung für diese eigenmächtige Anordnung des Ersten Lords der Admiralität wurde das bei Schilderung der Vorgänge in Deutschland bereits erwähnte Verbot des Auslaufens englischer Handelsschiffe mit Rücksicht auf Bewegungen

der deutschen Flotte in Hamburg angeführt. Gegen diese Maßnahme hatte Grey in einem Telegramm Einspruch erhoben, das bereits während der Kabinettssitzung an Goschen herausging. Eine ausreichende Begründung für das Vorgehen Churchills dürfte jedoch kaum hierin gefunden werden.

Im Laufe des Vormittags gingen dem Foreign Office von seiten der russischen Botschaft mehrere Mitteilungen über die Vorgänge in Petersburg zu. Zunächst erhielt Grey den Wortlaut der abgeänderten Formel Sasonows, den Grey auch Goschen mitteilte[21]. Ferner wurde ihm der Dank Sasonows für den von ihm in seinen Verhandlungen mit Deutschland und Österreich angeschlagenen freundschaftlichen und festen Ton übermittelt. Nach Ansicht Sasonows würden Verhandlungen in London Österreich den notwendigen Kompromiß erleichtern. Benckendorff bemerkte hierzu in einem Brief an Grey, daß nach seiner Auffassung ohne das deutsche Ultimatum an Rußland sich die Dinge hätten regeln lassen, aber ob dies jetzt noch möglich sei, könne er nicht beurteilen. Für die gegenwärtige Lage könne jedenfalls Rußland nicht verantwortlich gemacht werden.

Die weitere Nachricht, daß Szápáry in Petersburg erklärt habe, seine Regierung sei bereit, den „Inhalt" des Ultimatums an Serbien zu erörtern, ging, wie wir wissen, über die österreichische Bereitwilligkeit hinaus. In dem Telegramm war ferner zum Ausdruck gebracht worden, Sasonow hoffe, daß die britische Regierung die Leitung der Verhandlungen übernehme, wofür ihr ganz Europa dankbar sein würde[22]. Alle diese Hoffnungen schienen jedoch wieder durch das deutsche Ultimatum an Rußland zerstört[23].

Von Goschen hatte Grey erfahren, daß die deutsche Regierung seinem Vorschlag der Wiederaufnahme einer Vermittlung zu vieren zwar sehr sympathisch gegenüberstehe, aber doch nicht darauf eingehen könne, bevor eine Antwort von Rußland auf ihre ultimative Anfrage vorliege. Auch erwähnte Goschen die Bemerkung Jagows, daß die Mitteilungen aus Wien betreffs Fortsetzung der Verhandlungen aussichtsreich gelautet hätten, die russische allgemeine Mobilmachung aber alles verdorben habe. Der russische Botschaftsrat von Etter hatte Crowe erzählt, daß er bei seiner Rückreise aus Petersburg am 29. dort noch nicht die geringsten Anzeichen von Mobilmachung gesehen habe, während er auf den deutschen Eisenbahnen überall Truppentransporte festgestellt habe. So wurde Crowe in seiner falschen Auffassung, daß Deutschland und nicht Rußland mobil gemacht habe, immer wieder bestärkt[24].

Buchanan hatte mitgeteilt, daß der Zar Kaiser Wilhelm die Gründe erklärt habe, warum die bereits im Gang befindliche Mobilmachung nicht hätte eingestellt werden können, daß er sich aber verpflichtet habe, keinen Mann die Grenze überschreiten zu lassen, solange die Besprechungen mit Österreich andauerten.

Der Gesamteindruck, den Grey aus den Petersburger Mitteilungen gewonnen hatte, war der, daß zwischen Rußland und Österreich eine Bereitwilligkeit und Möglichkeit zu Verhandlungen vorliege und daß es noch immer möglich sei, den Frieden zu erhalten, wenn noch etwas Zeitaufschub gewonnen werden könnte, ehe eine der Großmächte den Krieg beginne. Grey hoffte, daß die deut-

sche Regierung imstande sein würde, die Verhandlungsbereitschaft Rußlands und Österreichs zu einer Entspannung der Lage zu verwerten. Die Sache sollte nicht als hoffnungslos angesehen werden, solange Rußland und Österreich zu Besprechungen bereit wären.

Die Beurteilung der Verhältnisse durch Grey zeigt, daß dem britischen Außenminister das notwendige Verständnis für die militärpolitische Lage fehlte, in die Deutschland durch die russische allgemeine Mobilmachung hineingeraten war. Grey sah die Dinge noch immer durch die diplomatische Brille an, während der militärische Charakter der Frage die Lage bereits ausschließlich beherrschte.

Der Brief Poincarés, auf den der Präsident wahrscheinlich sehr große Hoffnungen gesetzt hatte, führte für Frankreich zu keinem praktischen Ergebnis. König Georg antwortete sehr liebenswürdig und freundschaftlich, ohne Poincaré jedoch die geringsten Zusagen für ein Eingreifen Englands zugunsten Frankreichs zum Ausdruck zu bringen. Der König versicherte Poincaré nur seines großen Kummers über die gegenwärtige Lage in Europa und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das freundschaftliche Zusammenarbeiten der beiden Regierungen eine friedliche Lösung herbeiführen möchte. Er bewunderte die Kaltblütigkeit, die die französische Regierung durch die Zurückziehung der Grenzschutztruppen beweise, und versicherte, er gebe sich die allergrößte Mühe, einen Aufschub der militärischen Operationen zu erreichen. Die Ereignisse wechselten jedoch so schnell, daß es schwer sei, die künftige Entwicklung vorauszusehen. Der Präsident könne aber überzeugt sein, daß seine Regierung weiter alles mit Cambon frei und offen erörtern werde, was im Interesse der beiden Nationen liege. Der Brief schloß mit den Worten: „Glauben Sie mir, Herr Präsident, daß ich Ihr aufrichtiger Freund bin[25]."

Daß sich der König von England der Bedeutungslosigkeit seines Schreibens an Poincaré selbst bewußt war, mag daraus hervorgehen, daß er später seinen Brief als einen „wretched [erbärmlichen] letter" bezeichnet hat[26]. William Martin, der den Brief des Präsidenten nach London gebracht hatte, reiste am Nachmittag nach Paris zurück, konnte aber Poincaré erst am nächsten Tage die Antwort des Königs übergeben. Der Meinungsaustausch der beiden benachbarten Staatsoberhäupter hat somit fast zwei volle Tage in Anspruch genommen.

Nach der Kabinettssitzung hatte Grey mit Paul Cambon eine wohl für beide sehr wenig erfreuliche Auseinandersetzung, die der Botschafter zu den dunkelsten Stunden seiner Laufbahn rechnete. Grey unterrichtete in ernster Stimmung Cambon davon, daß der Ministerrat über die Intervention eine Entscheidung noch nicht getroffen hätte. Doch besitze England noch vollkommen freie Hand, da es eine Neutralitätserklärung gegenüber Deutschland abgelehnt habe.

Cambon hob demgegenüber in nicht minder ernstem Ton sehr nachdrücklich die Verpflichtung Englands hervor, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs beizustehen. Dabei wies der Botschafter mit großer Beredsamkeit auf die Nachteile der Zurückziehung der Truppen von der Grenze hin, die in Frankreich trotz Widerstands des Generalstabs mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England erfolgt sei. Ferner hob er die Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelmeer hervor, wodurch die Straße von Calais, der Kanal und die

Nord- und Westküste Frankreichs ungeschützt blieben. Auch kam Cambon auf die Demarchen Schoens zu sprechen und berichtete Grey von den „Angriffshandlungen" Deutschlands, wie er sie von Viviani mitgeteilt bekommen hatte. Dadurch sei eine neue Lage geschaffen und vielleicht schon heute abend mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und dem Einmarsch deutscher Truppen zu rechnen.

Grey erklärte hierauf, daß in der gegenwärtigen Lage, die ganz anders sei als während der Marokkozwischenfälle, keine Verpflichtung für England bestehe, Frankreich zu helfen. Auch sei Deutschland bereit, Frankreich nicht anzugreifen, wenn es im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland neutral bliebe, womit Grey die ihm von Lichnowsky am Vormittag gemachte Erklärung verwertete. Wenn Frankreich hieraus keinen Nutzen ziehen könnte, so geschähe es aus dem Grunde, weil es durch ein Bündnis mit Rußland gebunden wäre, an dem England nicht beteiligt sei. Durch dieses Bündnis sei Frankreich „gegen seinen Willen" gezwungen, an dem anscheinend bevorstehenden Kriege teilzunehmen. Um nicht in ähnliche Schwierigkeiten verwickelt zu werden, habe sich England absichtlich von allen Bündnissen ferngehalten, und er habe dem Parlament immer versichert, daß die Hände Englands frei seien. Es wäre daher höchst widersinnig, jetzt dem Parlament zu sagen, daß England infolge einer Bündnisverpflichtung Frankreichs, deren Bestimmungen England nicht einmal bekannt seien, ebenfalls verpflichtet sei, sich in einen Krieg verwickeln zu lassen.

Cambon räumte zwar ein, daß eine derartige Verpflichtung Englands gegenüber Frankreich nicht bestehe, machte aber nachdrücklich darauf aufmerksam, daß britische Interessen England zur Teilnahme am Kriege verpflichten würden. Falls England Frankreich nicht unterstütze, würde die Entente verschwinden, und die Lage würde für England am Ende des Krieges ungemütlich sein, gleichgültig, ob Deutschland oder Frankreich und Rußland siegreich blieben. Grey gab das Zutreffende dieser Worte zu, erwiderte jedoch, daß es Sache Englands sei, zu prüfen, was die britischen Interessen erforderten. Er sei sich bewußt, daß es sich um eine sehr ernste Überlegung handle.

Cambon war über die Erklärungen Greys sehr aufgebracht und bemerkte, er könne seiner Regierung diese Antwort nicht übermitteln. Er bat Grey um die Ermächtigung, erklären zu dürfen, daß das britische Kabinett noch keine Entscheidung getroffen habe. Grey erwiderte hierauf, man sei wohl zu einem Entschluß gekommen, und zwar dem, daß das Kabinett dem Parlament in diesem Augenblick noch nicht vorschlagen könnte, ein Expeditionsheer auf das Festland zu schicken, da ein derartiger Schritt stets als gefährlich und bedenklich erachtet worden sei. Cambon machte geltend, die deutsche Flotte könne jederzeit durch den Kanal laufen und die unverteidigte französische Küste angreifen. Grey entgegnete, daß ein derartiges Vorgehen die öffentliche Stimmung in England ändern könne ebenso wie eine Verletzung der belgischen Neutralität. Er möge daher seiner Regierung berichten, daß England die belgische Frage bereits in Erwägung ziehe und er auch das Kabinett morgen oder spätestens am Montag bitten würde, die Frage der französischen Küste in Betracht zu ziehen. Er könne somit melden, daß über diese Punkte das Kabinett noch keine Entscheidung

getroffen habe. Cambon versuchte noch geltend zu machen, daß bis Montag schwerwiegende Ereignisse eintreten könnten und die französische öffentliche Meinung über eine so späte Intervention überrascht sein würde. Grey blieb jedoch dabei, daß er im Augenblick nicht mehr tun könne.

In seiner Mitteilung an Viviani bat Cambon besonders darum, die Absichten Greys geheimzuhalten, denn wenn Deutschland sie erfahre, würde die deutsche Flotte sich beeilen, die Straße von Calais zu passieren[27].

Cambon war durch die Erklärungen Greys stark erschüttert und „taumelte blaß und wortlos" in Sir Arthur Nicolsons Zimmer. Nicolson nahm Cambon bei der Hand und führte ihn zu einem Sessel, wo der Botschafter nur immer wieder die Worte hervorbringen konnte: „Sie werden uns im Stich lassen." (Ils vont nous lâcher.) Nachdem Cambon etwas zu sich gekommen war, ging Nicolson zu Grey ins obere Stockwerk. Der Minister schritt, sich auf die Unterlippe beißend, im Zimmer auf und ab. Nicolson fragte ihn, ob sich England wirklich geweigert habe, Frankreich im Augenblick größter Gefahr beizustehen, worauf Grey nur eine verzweifelte Gebärde machte. Zornig erklärte Nicolson, daß Grey den Namen Englands vor allen Völkern mit Schmach bedecke, und kehrte dann zu Cambon zurück[28].

Der Botschafter hatte sich inzwischen gefaßt und meinte, jetzt sei der Augenblick gekommen, sein „petit papier" hervorzuholen, worunter er den Novemberbrief Greys von 1912 verstand. Nicolson riet jedoch Cambon ab, etwa unter Berufung auf dieses Dokument bei der jetzt herrschenden Hochspannung eine offizielle Note zu überreichen. Er versprach ihm aber, Grey an das Abkommen zu erinnern. Etwa nach einer Stunde wandte sich Nicolson schriftlich an Grey und teilte ihm mit, Cambon habe ihn darauf hingewiesen, daß Frankreich seine Flotte unter der Voraussetzung nach dem Mittelmeer geschickt hätte, daß England die Verteidigung seiner Nord- und Westküste übernehme. Da Grey dem Kabinett die Frage vorlegen wolle, was bei einem deutschen Flottenangriff auf die französische Nord- und Westküste geschehen solle, wäre es gut, an diese Tatsache zu erinnern. Grey sprach kurz darauf mit Asquith und legte selbst großen Wert darauf, daß die Frage am nächsten Tag erledigt würde[29].

Nach dem aufregenden Besuch Paul Cambons wurde Lichnowsky von Grey empfangen. Der Botschafter, der wohl erwartet hatte, daß Sir Edward jetzt mit ihm über das am Vormittag in Aussicht gestellte Neutralitätsabkommen sprechen würde, dürfte ziemlich enttäuscht gewesen sein, als ihm Grey zunächst das im Kabinett formulierte Bedauern Englands über die deutsche Antwort in der belgischen Neutralitätsfrage vorlas und als Aide-mémoire übergab[30]. Doch ergriff Lichnowsky nun selbst die Initiative und stellte an Grey geschickt die Frage, ob er über die Neutralität Großbritanniens eine Erklärung abgeben könnte unter der Bedingung, daß Deutschland die belgische Neutralität achten würde. Grey erklärte, das sei ihm nicht möglich. England hätte bis jetzt auch noch keine Entscheidung getroffen. Dabei hob Grey hervor, daß eine Verletzung der belgischen Neutralität allerdings von außerordentlichem Einfluß auf die öffentliche Meinung in England sein könnte. England würde zwar nach Möglichkeit vermeiden, gegen Deutschland vorzugehen, doch sei es schwer, eine Grenze zu ziehen, wie

weit Deutschland gehen dürfe, ohne ein Einschreiten Englands hervorzurufen. Als Lichnowsky weiter drängte und durchblicken ließ, daß Deutschland die Integrität Frankreichs sowie auch die seiner Kolonien verbürgen könnte, lehnte Grey jedes Versprechen einer Neutralität endgültig ab, da England sich die Hände freihalten müsse. So hatte Cambon mit seinem Besuch mehr erreicht, als ihm wohl selbst damals zum Bewußtsein gekommen ist.

Grey streifte nun die Frage, ob es möglich sei, daß sich Deutschland und Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges bewaffnet gegenüberstehen könnten, ohne sich gegenseitig anzugreifen. Lichnowsky ist wohl auf diesen Gedanken eingegangen, ohne ihn sonderlich zu unterstützen, da auch Grey selbst die Schwierigkeiten nicht verkannte, „beiderseits das Militär in Untätigkeit zurückzuhalten". Grey erklärte, er wolle sich erkundigen, und versuchte auch bei Bertie diese Frage zu klären. Wenn der Vorschlag für Frankreich mit Rücksicht auf das russische Bündnis möglich sei, nehme er an, daß Frankreich einverstanden sei, wenn England sich zur Neutralität verpflichte, solange das deutsche Heer sich an der Grenze defensiv verhalte. In einem nach Mitternacht abgegangenen Telegramm stellte Bertie deswegen noch eine Rückfrage und gab dabei seiner Ansicht Ausdruck, er glaube nicht, daß dies mit den Bündnisverpflichtungen Frankreichs vereinbar sei. Daraufhin verzichtete Grey darauf, die Anfrage an Viviani zu stellen[31].

Über die Unterredung mit Grey, die eine endgültige Ablehnung englischer Neutralitätsversprechen enthielt, unterrichtete Lichnowsky sofort den Reichskanzler, wobei er, wie wir uns erinnern, seinen Gesamteindruck dahin zusammenfaßte, daß England aus dem Kriege an sich herausbleiben möchte, aber die Antwort über die Neutralität Belgiens einen ungünstigen Eindruck gemacht habe[32].

Auch Benckendorff sprach am Nachmittag bei Grey vor, und der Minister unterrichtete ihn von dem Ergebnis der Kabinettsberatungen, wobei er besonders hervorhob, für ein militärisches Eingreifen Englands sei im Lande keine Stimmung vorhanden. Ähnlich wie Cambon machte auch Benckendorff auf die nachteiligen Folgen aufmerksam, die für England eintreten würden, wenn es sich am Kriege nicht beteilige. In den Beziehungen der Völker würde dies eine der größten geschichtlichen Revolutionen darstellen. Grey wies auf die von England getroffenen Flottenmaßnahmen hin, sowie auf die kategorische Ablehnung einer Neutralitätserklärung. Benckendorff gab wohl zu, daß die maritimen Maßnahmen Englands ausreichten, um die Küste Frankreichs zu garantieren, nicht aber die der Ostsee, wozu Grey bemerkte, die Admiralität habe es von jeher abgelehnt, eine Flotte in die Ostsee zu entsenden, „die für England eine Falle sei". Grey deutete dann die Möglichkeit einer englischen Aktion infolge besonderer Umstände an, worunter Belgien gemeint war, wenn er auch auf die Schwierigkeiten hinwies, die die Entsendung eines Expeditionskorps nach dem Kontinent mit Rücksicht auf etwaige Ereignisse im Königreich selbst (Ulsterfrage) verursachen würde. Ferner teilte er Benckendorff mit, daß er die abgeänderte Formel Sasonows günstig beurteile, und drückte die ernstliche Hoffnung aus, keine Großmacht werde kriegerische Handlungen unternehmen, bevor die Formel geprüft sei[33].

Da am Nachmittag bei Mensdorff ein Telegramm Berchtolds eingetroffen war, das eine leichte Entspannung der Lage anzeigte, entschloß sich der Botschafter nach Rücksprache mit Lichnowsky dazu, noch einmal Grey aufzusuchen, um ihm von dieser Mitteilung Kenntnis zu geben. Mensdorff erklärte Grey, die österreichische Regierung habe die deutsche davon unterrichtet, daß Wien trotz der russischen Mobilmachung den Vorschlag Greys, zwischen Österreich und Serbien zu vermitteln, wohlwollend in Betracht ziehe. Voraussetzung sei jedoch, daß die militärische Aktion Österreichs gegen Serbien zunächst ihren Fortgang nehme und daß England Rußland zur Einstellung seiner Mobilmachung bringe, in welchem Fall auch Österreich seine defensiven militärischen Maßregeln in Galizien rückgängig machen würde. Mensdorff bat Grey, ihn bei Verwertung dieser Mitteilung jedoch nicht zu nennen, was Grey auch zusagte. Sir Edward erachtete die Mitteilung für so wichtig, daß er sie gleich als eine ihm aus „höchst zuverlässiger Quelle" gewordene Nachricht an Buchanan mit dem Ersuchen weitergab, Sasonow zu erklären, wenn Rußland hierauf einginge, erscheine es noch möglich, den Frieden zu retten[34]. In Wirklichkeit waren es Vorschläge, denen zu dieser Zeit eine praktische Bedeutung nicht mehr zukam. Die Dinge waren schon zu sehr im Fluß, als daß sie durch die vermittelnde Tätigkeit irgendeines Botschafters noch entscheidend hätten abgeändert werden können.

Als letzter der Botschafter, die Grey am Nachmittag besuchten, erschien der Vertreter Japans, dem Grey davon Mitteilung machte, daß England unter gewissen Umständen genötigt sein könnte, auf seiten Frankreichs und Rußlands einzugreifen. Er glaube daher nicht, daß England sich an Japan als seinen Verbündeten wenden müßte oder die durch das Bündnis umschriebenen Interessen (die Rußland als Gegner Japans zur Voraussetzung hatten) in Mitleidenschaft gezogen würden. Er bäte ihn, den Minister des Äußeren hiervon zu verständigen[35].

Nicht nur im Foreign Office, sondern auch auf der französischen Botschaft ging es am Nachmittag des 1. August recht lebhaft zu. So hatte Sir Henry Wilson den französischen Militärattaché, Oberst Panouse, aufgesucht, um mit ihm den Greyschen Gedanken zu besprechen, ob sich Deutschland und Frankreich an der Grenze gegenüberstehen könnten, ohne sich gegenseitig anzugreifen. Später nahm auch Cambon, der gerade von Grey kam und noch recht verstimmt war, an dieser Unterhaltung teil. Auch der General Sir John French sprach am Nachmittag bei Panouse vor, wobei er der Erwartung Ausdruck gab, daß England seinen Freundschaftsverträgen treu bleiben würde.

Eine längere Unterredung mit Cambon hatte auch George Lloyd*, den wahrscheinlich Balfour geschickt hatte, um bei dem Botschafter das Gerücht zu dementieren, die Meinungen über die Intervention seien bei den Konservativen geteilt. Cambon war auch George Lloyd gegenüber noch sehr aufgebracht und meinte, obgleich keine schriftlichen Verpflichtungen zwischen England und Frankreich beständen, so müßten die gemeinsam ausgearbeiteten Pläne die beiden Mächte doch noch fester aneinanderbinden. Auf die Flottenmaßnahmen hinweisend, warf Cambon George Lloyd vor, England habe Frankreich preisgegeben[36].

* Lord George Lloyd, Mitglied des Parlaments, nicht zu verwechseln mit Lloyd George.

Die im Laufe des Tages auf der französischen Botschaft eingegangenen Mitteilungen aus Paris waren ebenfalls nicht dazu angetan, die düstere Stimmung Cambons zu beseitigen. Viviani hielt das deutsche Ultimatum nicht für gerechtfertigt. Die Haltung Deutschlands beweise, daß es den Krieg wolle, und zwar mit Frankreich. Mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen sei zu rechnen[37].

Deutschland wolle auf England dadurch Eindruck machen, daß es versuche, die Verantwortung für den Krieg auf Rußland zu schieben. Da Österreich versichert habe, keine Gebietserwerbungen zu beabsichtigen und die Souveränität Serbiens nicht antasten zu wollen, könne es als ein Leichtes erscheinen, zwischen der Anregung Greys, der Formel Sasonows und der Versicherung Österreichs eine Einigung zu erzielen. Während dieser Verhandlungen sei Österreich zuerst zur allgemeinen Mobilmachung geschritten, und Rußland sei daher gezwungen gewesen, es nachzumachen, um nicht unterlegen zu sein. So kamen die falschen Nachrichten über die Reihenfolge und damit über die Kausalität der Mobilmachungen immer wieder zum Vorschein.

Erfreulicher dürfte für Cambon die Mitteilung gewesen sein, daß Italien sich nicht an dem „Angriffskrieg" beteiligen könne, der dem rein defensiven Charakter des Dreibundes zuwiderlaufe[38]. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser ihm von Viviani zugegangenen Nachricht schickte Cambon sofort den Botschaftsrat de Fleuriau mit einer entsprechenden Mitteilung zum Foreign Office.

Die Nachrichten, die beim Foreign Office am Nachmittag eingingen, waren ebenfalls nicht geeignet, friedliche Hoffnungen zu erwecken. So gab auch Bertie auf Grund seiner Unterredung mit Poincaré die unrichtige Mitteilung weiter, daß der Zar die allgemeine Mobilmachung erst nach Erlaß der allgemeinen Mobilmachung in Österreich angeordnet, und daß Deutschland in Wirklichkeit ebenfalls schon mobil gemacht habe. Frankreich sei mit seinen Vorbereitungen gegenüber Deutschland schon 48 Stunden im Rückstand und werde nunmehr in Selbstverteidigung zur allgemeinen Mobilmachung genötigt. Auch der Zar habe sich trotz der Mobilmachungen zu weiteren Verhandlungen bereiterklärt. Ferner wurde dem Foreign Office gemeldet, daß Frankreich den Grenzschutz aufgestellt habe[39].

Buchanan teilte, wie schon bei Petersburg hervorgehoben wurde, erst jetzt die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung mit und berichtete, daß Rußland bereits „unauffällig" Truppen an die Grenze abbefördert habe. Die Meldung war vom 31. Juli datiert, gelangte aber, wohl aus den an früherer Stelle angeführten Gründen, erst am Nachmittag des 1. August zur Absendung[40].

Daß die von Paris eingegangenen Meldungen über die deutsche Mobilmachung in Wirklichkeit jedoch nicht zutrafen, konnte Grey aus einer vom Militärattaché in Berlin ausgehenden Mitteilung ersehen, daß zwar viele Reserveoffiziere, „aber noch keine Mannschaften einberufen" seien. Der Meldung folgte allerdings die unsinnige Behauptung, daß die meisten Kavallerie- und Artillerieregimenter Berlin verlassen hätten.

Um 8 Uhr abends meldete Bertie die am Nachmittag erfolgte Mobilmachung der französischen Armee. Die Maßnahme wurde damit begründet, die deutsche Regierung habe unter ihrem System des Kriegszustandes bereits 6 Klassen

Reservisten einberufen. Wie wir uns erinnern, hat der französische Generalstab diese Auffassung dem Quai d'Orsay gegenüber wiederholt vertreten, obgleich sie den Tatsachen nicht entsprach.

Weiter behauptete Bertie sogar, daß den französischen Streitkräften an der Grenze acht deutsche Armeekorps „auf Kriegsfuß" gegenüberständen und man jeden Augenblick einen Angriff erwarte[41].

Nach den Empfängen der Botschafter hatte Grey auch Asquith gesprochen und ihm gesagt, welch großen Wert er darauf lege, daß die Frage des Schutzes der französischen Nord- und Westküste durch die britische Flotte morgen geregelt würde. Vielleicht hat Grey dem Premierminister hierbei auch noch einmal zu verstehen gegeben, daß er selbst gehen würde, wenn die Flotte nicht zum Schutz der französischen Küste eingesetzt würde[42]. Wahrscheinlich wurde von Asquith schon jetzt der Entschluß gefaßt, das Kabinett doch schon am Sonntag wieder zusammenzurufen und nicht bis zum Montag damit zu warten[43].

König Georg hatte erst am Nachmittag des 1. August Kaiser Wilhelm für sein gestriges Telegramm gedankt und dabei von seiner in der Nacht aufgegebenen dringenden Depesche an den Zaren Mitteilung gemacht. Etwa um 9 Uhr abends dürfte dann im Buckingham Palace das Telegramm Kaiser Wilhelms an König Georg eingegangen sein, in dem der Kaiser auf das ihm von Lichnowsky übermittelte Anerbieten einer französischen Neutralität unter der Garantie Großbritanniens einging. Wilhelm II. hatte in diesem Telegramm erwähnt, daß die Mobilmachung zwar schon angeordnet sei, er aber die gegen Frankreich vorgesehenen Truppen anderweitig verwenden würde, wenn Frankreich ihm seine Neutralität anbiete. Da Grey den Gedanken eines Neutralitätsangebots inzwischen längst aufgegeben hatte, war die Depesche Kaiser Wilhelms gegenstandslos geworden. In seiner Antwort an den Kaiser teilte König Georg noch am gleichen Abend mit, er glaube, daß bezüglich des Neutralitätsangebots ein „Mißverständnis" vorliege[44]. Es war dies das Telegramm, das Kaiser Wilhelm noch am 1. August um 11 Uhr abends erhielt.

Auf den Vorschlag Greys, die französische Neutralität zu garantieren, hatte jedoch, wie wir wissen, nicht nur der Kaiser, sondern auch Bethmann Hollweg sofort geantwortet und die Bereitwilligkeit Deutschlands, auf den englischen Vorschlag einzugehen, mitgeteilt. Falls bis Montag, den 3. August 7 Uhr abends, die Zusage Englands erfolgt sei, würde sich Deutschland, das an dem Aufmarsch der deutschen Truppen an der französischen Grenze nichts mehr ändern könne, verbürgen, die französische Grenze nicht zu überschreiten. Auch Jagow hatte Grey durch Lichnowsky für seinen Vorschlag bestens gedankt und bedauert, daß die Mitteilung erst nach Ausspruch der deutschen Mobilmachung eingegangen sei, aber er hoffe, daß der Vorschlag trotzdem noch Erfolg haben könne[45].

Die begeisterte Aufnahme, die der von Grey inzwischen wieder fallengelassene Vorschlag einer von England garantierten französischen Neutralität in Berlin gefunden hatte, veranlaßte Lichnowsky seinerseits zu erneuten Dementis. Er wies hierbei zunächst auf sein bereits am Nachmittag aufgegebenes Telegramm hin, wonach England eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Großbritan-

niens nicht abgeben könnte. Aus diesem Grunde habe er auch auf die Bereitwilligkeit des Kanzlers, auf den englischen Vorschlag einzugehen, keine weiteren Schritte unternommen. Ein positiver englischer Vorschlag liege überhaupt nicht vor. Gegen Morgen ließ Lichnowsky noch einmal ein Telegramm an die Wilhelmstraße abgehen, daß die besprochene Angelegenheit vollkommen erledigt sei[46].

Um 11.15 Uhr war im Foreign Office die Meldung eingegangen, daß der deutsche Botschafter um 7 Uhr abends Sasonow die formelle Kriegserklärung überreicht habe. Die Mitteilung wurde sofort den Ministern in den üblichen roten Mappen zugestellt. Als Churchill, der gerade mit seinen Gästen beim Kartenspiel saß, diese Mitteilung erhielt, ging er gleich durch die Horse Guards Parade und betrat durch das Gartentor Downing Street Nr. 10, wo sich bereits mehrere Minister zu einer Besprechung eingefunden hatten. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob England nunmehr den Wünschen Frankreichs entsprechend den Schutz der französischen Nordküste übernehmen sollte. Dabei brachte Burns freimütig und sehr entschieden zum Ausdruck, daß er eine Warnung an Deutschland, sich nicht an die französischen Küsten oder Schiffe heranzumachen, nicht verantworten könnte. Praktisch sei dies eine Kriegserklärung zur See, die unvermeidlich zum Kriege zu Lande führen müßte, auch erwecke dies gleichsam den Eindruck eines Bündnisses mit Frankreich, mit dem eine solche Abmachung bisher jedoch nicht bestanden habe. Trotzdem es Burns gelungen war zu erreichen, daß diese Frage zunächst noch unentschieden blieb, war die Opposition sehr beunruhigt und befürchtete, wie der Landwirtschaftsminister Runciman zu Morley sagte, daß diese Frage morgen das Kabinett auseinandersprengen würde. Demgegenüber trat Churchill sehr energisch auf und erklärte, daß er umgehend die Mobilmachung der Flotte anordnen würde, ohne die Entscheidung des Kabinetts abzuwarten. Er würde am nächsten Morgen dem Kabinett gegenüber die volle Verantwortung hierfür übernehmen. Asquith, der sich dem Kabinett gegenüber natürlich verantwortlich fühlte, sagte hierzu nichts, aber Churchill las aus seinen Blicken sein Einverständnis.

Welche Haltung Grey bei dieser Besprechung eingenommen hat, wissen wir nicht. Nur hat uns Churchill übermittelt, daß Grey ihm beim Weggang gesagt habe, er könne ihm von einem wichtigen Schritt Mitteilung machen. Er habe Cambon gesagt, England würde nicht zulassen, daß die deutsche Flotte in den Kanal eindringe*.

Die Mitglieder der konservativen Partei waren den ganzen Tag über sehr rührig gewesen. Viele Abgeordnete waren aufs Land gefahren, kehrten aber im Laufe des Tages oder in der Nacht wieder nach London zurück. So holte George Lloyd noch um 1 Uhr nachts Sir Austen Chamberlain und Lord Amery auf dem Bahnhof ab, um sie von der Entwicklung der Lage zu unterrichten.

---

* Churchill: „Weltkrisis", Leipzig 1924, I S. 165 f. Ob Grey Cambon während oder vor dieser Ministerbesprechung gesehen oder sich mit ihm telephonisch in Verbindung gesetzt hat, ist nicht bekannt. Auch wäre möglich, daß die Bemerkung Greys von Churchill nicht ganz richtig wiedergegeben ist und vielleicht etwas unbestimmter gelautet hat, als sie Churchill mitgeteilt hat. Vgl. Temperley in „Foreign Affairs", Januar 1931, S. 335. Jedenfalls liegt kein Telegramm von Cambon über eine derartige Mitteilung Greys am Abend oder in der Nacht des 1. August vor.

Benckendorff, der die Tätigkeit der konservativen Opposition scharf beobachtet hatte, ließ noch in der Nacht ein Telegramm an Sasonow abgehen, in dem er mitteilte, daß sich in der konservativen Partei eine ausgesprochene Bewegung zugunsten eines unmittelbaren Eingreifens Englands geltend mache. Alle Führer dieser Partei seien dafür, seit es klar erwiesen sei, daß die Krise europäischen Charakter habe. Auch wer die Frage bisher hauptsächlich nur als eine serbische angesehen hätte, habe seit gestern seine Auffassung geändert[47].

In der Tat hatte der 1. August trotz der Zurückhaltung Greys England ein gutes Stück näher an den Weltkrieg herangebracht. Doch war die letzte Entscheidung immer noch nicht gefallen.

Kapitel 57

Englands Entschluß zum Kriege

London, 2. August: Lichnowsky bei Asquith und Grey — Cambon erinnert an den Londoner Vertrag von 1867 — Cambon über die „Ehre" im britischen Wörterbuch — Brief der Konservativen — Kabinettssitzung — Grey spricht mit Cambon — Churchills Gespräch mit Balfour — Befehl an die Flotte — Benckendorff bei Nicolson — Frühstück bei Beauchamp — Antwort Asquiths auf den Brief der Konservativen — Angeblicher deutscher Einmarsch in Frankreich — Lichnowsky bei Sir Eyre Crowe — Abbruch der Manöver — Die Mitteilung des Zaren an den König — Zweite Kabinettssitzung — Mobilmachung der Flotte — Weitere Mitteilungen an Cambon — Diner bei Lord Riddell — Merkwürdige Nachrichten aus Berlin — Nächtliche Entscheidungen bei Asquith.

Während im britischen Kabinett bis jetzt die Freunde der Nichteinmischung die Oberhand behalten hatten, neigte sich im Verlauf des 2. August die Schicksalswaage langsam zugunsten einer Teilnahme Englands am Kriege.

Lichnowsky, der davon erfahren hatte, daß am 2. August vormittags eine Sitzung des Kabinetts anberaumt war, bei der möglicherweise die Entscheidung fallen würde, wollte Asquith gern noch einmal vorher den deutschen Standpunkt eingehend auseinandersetzen. Er suchte daher schon am Morgen den Ministerpräsidenten auf, den er noch beim Frühstück antraf. Asquith war sehr bewegt. Bei der Unterredung traten ihm wiederholt die Tränen in die Augen. Ein Krieg zwischen ihren beiden Ländern, sagte er zu Lichnowsky, sei ganz undenkbar. Lichnowsky, dessen Augen ebenfalls Tränen zeigten, machte geltend, daß Deutschland zwischen der französischen und russischen Armee weit eher zerschmettert werden könnte als Frankreich, das England glaube vor Deutschland beschützen zu müssen. Es sei auch für Großbritannien viel leichter, als Unparteiischer bei der Wiederherstellung des Friedens zu vermitteln, wenn es aus dem Streit herausbliebe. Asquith meinte, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland an sich sehr unpopulär sei, aber eine neutrale Haltung der Regierung würde durch zwei Dinge sehr erschwert: 1. durch die Verletzung der belgischen Neutralität, wobei er erwähnte, daß Gladstone 1870 erklärt habe, die Verletzung der belgischen Neutralität würde für Großbritannien den Kriegsfall bedeuten; 2. durch einen etwaigen Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die Nordküste Frankreichs, womit er zwar nicht sagen wolle, daß Großbritannien in diesem Fall eingreifen müsse, aber es würde dann schwerfallen, „die vorläufig beabsichtigte neutrale Haltung durchzuführen"[1].

Nach der Unterredung mit Asquith ging Lichnowsky zu Grey, um auch auf ihn noch vor der Kabinettssitzung einzuwirken. Er führte ihm dabei erneut vor Augen, wie wichtig es sei, das in letzter Zeit so ersprießliche Zusammenwirken beider Mächte nicht für alle Zukunft zu zerstören. Bei der Aussprache gewann Lichnowsky den Eindruck, daß Grey sich am liebsten jedes Eingreifens enthalten,

daß aber die allgemein deutschfreundliche Stimmung durch die Verletzung der belgischen Neutralität einer harten Probe ausgesetzt sein würde. Namentlich wenn Deutschland glänzende Siege in Frankreich erringen oder etwa bis Paris vordringen würde, sei die neutrale Haltung Englands sehr in Frage gestellt. Hier trat zum erstenmal deutlich die Besorgnis Greys hervor, daß Frankreich eine Niederlage erleiden könnte, was England nicht zulassen wollte. Ferner hob Grey den ungünstigen Eindruck hervor, den die deutsche Kriegserklärung an Rußland gemacht habe. Der Zar habe anscheinend noch weiter vermitteln wollen und habe auch sein Wort gegeben, daß kein Soldat die Grenze überschreiten würde. Demgegenüber machte Lichnowsky geltend, daß die Mobilmachung in Rußland trotz der von Kaiser Wilhelm eingeleiteten Vermittlungsaktion erfolgt sei.

Aus den beiden Unterredungen ergab sich somit, wovon die neutrale Haltung Englands abhing: Unversehrtheit der französischen Nordküste, Nichtverletzung der belgischen Neutralität, keine Niederlage Frankreichs. In seinem ausführlichen telegraphischen Bericht nach Berlin bezeichnete Lichnowsky die Ansicht, Frankreich beschützen zu müssen, sehr richtig als das Hauptargument der Engländer[2].

Da es zunächst darauf ankam, Berlin klarzumachen, daß vor allem Flottenunternehmungen gegen die französische Nordküste unterbleiben müßten, um es England nicht zu erleichtern, aus seiner neutralen Haltung herauszutreten, ließ der Marineattaché ein auch von Lichnowsky unterzeichnetes diesbezügliches Telegramm für den Admiral- und Generalstab abgehen. Es wurde hier gesagt, die Engländer würden sich den deutschen Gewässern bis auf weiteres nicht nähern und erwarteten, daß Deutschland sich entsprechend verhalte.

Paul Cambon blieb am Vormittag des 2. August auch nicht untätig, sondern suchte ebenfalls noch vor der Kabinettssitzung Grey auf, um ihm den in der Nacht erfolgten Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg mitzuteilen. Dabei drückte er Grey eine Abschrift des Artikels 2 des Londoner Vertrages vom 11. Mai 1867 in die Hand, nach dem auch Großbritannien und Preußen die Neutralität Luxemburgs garantiert hatten, und bat, dies dem Kabinett zu unterbreiten. Ferner meinte er, daß die Verletzung der luxemburgischen Neutralität mit Sicherheit eine Verletzung der belgischen Neutralität voraussehen ließe. Meldungen über den Einmarsch deutscher Truppen in das Großherzogtum waren auch unmittelbar von Luxemburg und Brüssel an Grey gelangt. Ferner dürfte Cambon Grey die ihm zugegangene, jedoch unrichtige Meldung Abel Ferrys mitgeteilt haben, daß in Deutschland seit dem 31. Juli fünf Klassen Reservisten einberufen seien, was einer allgemeinen Mobilmachung entspreche. Grey sagte Cambon, daß er gestern Lichnowsky das Erstaunen der britischen Regierung über die Haltung Deutschlands in der belgischen Neutralitätsfrage zum Ausdruck gebracht habe. Er werde dem Kabinett auch vorschlagen, eine Erklärung abzugeben, daß die englischen Seestreitkräfte jede Operation gegen Frankreich verhindern würden. Cambon setzte von diesem wichtigen Entschluß Greys sofort seine Regierung in Kenntnis. Das Telegramm ging um 11.20 Uhr vormittags ab[3].

Cambon unterrichtete auch George Lloyd davon, daß England wahrscheinlich einen deutschen Angriff auf die französischen Küsten nicht erlauben würde,

doch habe Grey keine Versicherungen über die englische Haltung gegeben, wenn Deutschland versuchen würde, den Transport französischer Truppen aus Algier nach Frankreich — man rechne mit etwa 8000 Mann — zu verhindern[4].

Cambon machte am Vormittag auch dem Außenpolitiker der „Times" Wickham Steed, der ihn aufgesucht hatte, von den Erklärungen Greys Mitteilung. Ferner erzählte er ihm, daß er Grey den Vertrag über die luxemburgische Neutralität gezeigt, doch Grey nichts erwidert habe. Dabei soll Cambon geäußert haben, er wisse nicht, ob man das Wort „Ehre" nicht am heutigen Abend aus dem britischen Wörterbuch streichen müsse[5].

Am Vormittag fanden im Hause Lord Lansdownes, später bei Bonar Law Besprechungen mit Sir Austen Chamberlain statt, der den Vorschlag machte, dem Ministerpräsidenten noch vor der Kabinettssitzung die Unterstützung der Opposition für die Intervention anzubieten. Für den Fall, daß die Regierung sich endgültig gegen eine sofortige Kriegserklärung entscheide, regte Chamberlain noch an, die Konservativen sollten, einem Vorschlag des Generals Wilson folgend, von Asquith den Mobilmachungsbefehl und innerhalb 24 Stunden eine Erklärung Deutschlands fordern, daß es die belgische Neutralität achten werde. Nachdem Bonar Law mit Churchill in Verbindung getreten war, kam er zu der Ansicht, daß der Vorschlag Chamberlains, Asquith eine Erklärung über die Haltung der Opposition abzugeben, richtig sei. Hierauf schrieben Bonar Law und Lansdowne mit Hilfe von Chamberlain einen kurzen Brief an den Ministerpräsidenten, den Asquith noch zur Kabinettssitzung erhielt. Sie beide, Bonar Law und Lansdowne, sowie ihre erreichbaren Kollegen — hieß es in dem Brief — seien der Ansicht, daß jedes Zaudern in der Unterstützung Frankreichs und Rußlands für die Ehre und zukünftige Sicherheit Englands verhängnisvoll wäre. Sie sicherten daher der Regierung die Unterstützung der Opposition für die Intervention zu[6]. Der Brief selbst wurde in der Kabinettssitzung zwar vorgelesen, aber dann, ohne besondere Beachtung gefunden zu haben, beiseitegelegt. Dies mag seinen Grund darin gehabt haben, daß bei dem Entschluß der Konservativen die von Grey gewünschte Begründung für das Eingreifen Englands, die Wahrung der belgischen Neutralität, fehlte. Wie uns Lloyd George in seinen Memoiren mitgeteilt hat, war Lansdowne im August 1914 für den Krieg gegen Deutschland, wenn es Frankreich angreifen würde, unabhängig davon, ob Deutschland in Belgien einrückte oder nicht[7].

Die Kabinettssitzungen des 2. August wurden von der Londoner Bevölkerung instinktiv in ihrer schicksalhaften Bedeutung erkannt. Allein die Tatsache, daß das Kabinett am Sonntag zusammentrat, war für England ein so ungewöhnlicher Vorgang, wie er in der englischen Geschichte bis dahin nicht vorgekommen war. Es hatte sich daher in den Vormittagsstunden eine zahlreiche Menge vor dem Eingang von Downing Street Nr. 10 eingefunden, um nach der Haltung und den Mienen der Minister sich selbst ein Urteil zu bilden, wie die große Frage Krieg oder Frieden vom Kabinett entschieden werden würde. Der Andrang war so groß, daß die Polizei schließlich die Straße räumen mußte.

In der Tat hatte sich die Lage seit dem 1. August erheblich zugespitzt: Mobilmachung Frankreichs und Deutschlands, Kriegserklärung an Rußland,

Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg. Hinzu kam noch das befürchtete Vorgehen deutscher Seestreitkräfte gegen die französische Küste und der drohende Einmarsch in Belgien.

Aus diesen Gründen hatte sich auch die Haltung der Minister gegenüber der Interventionsfrage schon merklich geändert. Neben Grey und Churchill waren jetzt Haldane und unter Umständen auch Lloyd George für eine Intervention[8]. Zur ausgesprochenen Friedensgruppe, die von Simon geführt wurde, gehörten neben Burns, Morley und Harcourt noch eine Anzahl weiterer Minister. Eine vermittelnde Rolle spielte neben Asquith, der in erster Linie eine Spaltung des Kabinetts verhindern wollte, Lord Crewe, McKenna, McKinnon Wood, Masterman und Samuel. Schon die Gruppierung zeigt, daß das Kabinett bei Beginn der Sitzung von einer einheitlichen Beurteilung der Lage noch weit entfernt und daß zu befürchten war, daß das Kabinett auseinanderbrach[9].

In seiner überwiegenden Mehrheit war das Kabinett gegen eine Intervention, die eine Kriegserklärung an Deutschland bedeutet hätte. Neben dem Eingreifen der Flotte wäre auch die Überführung des Expeditionskorps auf den kontinentalen Kriegsschauplatz notwendig geworden, wozu man mit Rücksicht auf die Lage in Ägypten, Indien und wohl auch in Ulster wenig Neigung hatte.

Wenn das Kabinett sich zu einem so entschiedenen Eingreifen noch nicht entschließen konnte, kam man doch schließlich überein, Grey zu bevollmächtigen, Cambon mitzuteilen, daß, „wenn die deutsche Flotte in den Kanal oder durch die Nordsee vordringt, um feindliche Operationen gegen die französische Küste oder Schiffahrt zu unternehmen, die britische Flotte jeden in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren wird“[10]. Die Zusicherung sei natürlich davon abhängig, daß diese Politik die Unterstützung des Parlaments finde, und sie dürfe auch nicht als Verpflichtung der Regierung ausgelegt werden, aktiv einzugreifen, ehe das ins Auge gefaßte Vorgehen der deutschen Flotte stattfinde.

Der Entschluß führte zur Demission von John Burns, der nur noch überredet werden konnte, bis zu der für den Abend vorgesehenen Kabinettssitzung zu bleiben.

Im Kabinett kam weiter der Einmarsch der deutschen Truppen in Luxemburg zur Sprache, doch wurden die Verpflichtungen Englands gegenüber der Verletzung der luxemburgischen Neutralität nur als sehr gering erachtet. Das Kabinett stellte sich auf den gleichen Standpunkt, den Lord Clarendon und Lord Derby 1867 bei der Debatte über den Luxemburger Vertrag eingenommen hatten, daß die Verpflichtung, die England für die Aufrechterhaltung der Neutralität Luxemburgs übernommen hatte, nur eine Kollektivgarantie sei, durch die es nicht zu einer Einzelaktion veranlaßt würde.

Während die Verletzung der luxemburgischen Neutralität somit als nebensächlich behandelt wurde, wohl weniger wegen der nicht so ausgesprochenen rechtlichen Verpflichtungen als deswegen, weil englische Interessen nicht berührt wurden, trat die Frage der belgischen Neutralität um so schärfer in den Vordergrund. Auch hier stellte sich das Kabinett im wesentlichen auf den Standpunkt, den das House of Lords im Jahre 1867 eingenommen hatte und der dahin ging, daß die gegenüber Belgien übernommene Verpflichtung für jede Garantiemacht

individuell und bindend sei. In dieser Frage war das Kabinett einer Meinung. Auch erinnerte sich das Kabinett der Haltung, die die Regierung Gladstones im Jahre 1870 in der belgischen Frage eingenommen hatte. Neben der rein rechtlichen Seite der Angelegenheit spielte im Kabinett eine wohl ausschlaggebende Rolle die Auffassung, daß eine von England zugelassene Verletzung der belgischen Neutralität Deutschland die Möglichkeit geben würde, die Unabhängigkeit Belgiens preiszugeben und das Königreich zum „Satelliten und Leibeigenen" des großen Nachbarn zu machen. Wenn sich das Kabinett auch mehr und mehr der Auffassung Greys näherte, daß eine Verletzung der Neutralität durch Deutschland ein Eingreifen Englands nötig mache, so kam es doch zunächst noch zu keiner Entscheidung.

In Ausführung des Kabinettsbeschlusses übergab Grey Cambon ein Aide-mémoire über die Zusicherung, daß die britische Flotte den Schutz der französischen Nordküste übernehmen würde. Dabei wies Grey besonders darauf hin, daß die Erklärung so lange geheimgehalten werden sollte, bis sie dem Parlament unterbreitet sei, und gab auch eine Weisung an Bertie, dies der französischen Regierung einzuschärfen. Im übrigen unterrichtete Grey den französischen Botschafter von den Auffassungen des Kabinetts, insbesondere über die Haltung in der luxemburgischen und belgischen Frage. Er erklärte Cambon, daß er noch heute das Kabinett um die Ermächtigung bitten werde, morgen im Parlament eine Erklärung abzugeben, daß England eine Verletzung der belgischen Neutralität als casus belli betrachten würde[11].

Während der Unterredung mit Cambon wurde Grey die Mitteilung Sir Francis Villiers' aus Brüssel überbracht, daß die belgische Regierung keinen Grund habe, Deutschland der Absicht einer Neutralitätsverletzung zu verdächtigen, und daß die Regierung im Falle eines Einmarsches sich auf ihre eigene bewaffnete Macht stützen würde, die ausreiche, um einem Angriff, von welcher Seite er auch komme, zu widerstehen[12]. Die unerwartete Mitteilung ließ bei Grey und Cambon den Gedanken aufkommen, daß vielleicht irgendein geheimes Abkommen zwischen Deutschland und Belgien vorhanden sei. Grey war jedoch auf jeden Fall der Auffassung, daß die Wahrung der belgischen Neutralität nicht ein belgisches, sondern ein englisches Interesse sei, dem England Geltung verschaffen müsse.

Grey machte Cambon noch darauf aufmerksam, daß wirtschaftliche Kreise sehr gefährliche Anstrengungen machten, um die Intervention zu verhindern. Ferner erklärte er Cambon, daß man voraussichtlich keine Streitkräfte außer Landes schicken würde, doch beziehe sich dies nur auf den gegenwärtigen Augenblick. Demgegenüber hob Cambon hervor, eine wie große moralische Wirkung es hätte, wenn England auch nur 2 Divisionen herüberschicken würde[13].

Sir Eyre Crowe rechnete trotz der Mitteilungen Villiers' aus Brüssel damit, daß die deutschen Truppen die belgische Neutralität verletzen würden, da sie unmöglich aus Luxemburg nach Frankreich gelangen könnten, ohne belgisches Gebiet zu berühren. Wahrscheinlich hat ein Blick auf die Karte Crowe zu dieser sachlich durchaus zutreffenden Auffassung gebracht[14].

Auch dem König wurde im Laufe des Nachmittags von dem Lordsiegelbewahrer Lord Crewe über den Verlauf der Kabinettssitzung mündlich Bericht

erstattet, insbesondere über die Cambon gegebenen Erklärungen, daß England den Schutz der französischen Nordküste übernehmen würde[15].

Um Mittag hatte Churchill eine Unterhaltung mit Balfour, dem er sagte, daß er aus der Sitzung den Eindruck gewonnen habe, das halbe Kabinett würde zurücktreten, wenn der Krieg an Deutschland erklärt würde. Balfour suchte ihn damit zu trösten, daß in diesem Fall die Führer der Konservativen bereit wären, mit den Liberalen eine Koalitionsregierung zu bilden.

Nach der Unterredung mit Balfour ging Churchill in die Admiralität, wo er in Gegenwart des Ersten Seelords und des Chefs des Admiralstabes den französischen Marineattaché, Graf de Saint-Seine, von der im Kabinett getroffenen Entscheidung und der Cambon übergebenen Note unterrichtete. Gleichzeitig wurden im Hinblick auf das mögliche Zustandekommen eines Bündnisses zwischen England und Frankreich vorbereitende Maßnahmen vereinbart. Sie betrafen den Gebrauch der geheimen Signalbücher, Bestimmungen für die Benutzung der beiderseitigen Häfen und die Regelung der Befehlserteilung in den in Betracht kommenden Gewässern. Wenn Teile der deutschen Flotte sich nach Süden gegen das Mittelmeer bewegen sollten, würde man ihnen überlegene britische Streitkräfte folgen lassen[16].

Benckendorff suchte am Nachmittag Nicolson auf und wurde von ihm über die Entschließungen des Kabinetts unterrichtet. Dabei wurde dem Botschafter mitgeteilt, daß die Erklärung über Belgien in der für den Abend angesetzten Kabinettssitzung noch redigiert würde. Wie Nicolson zu Benckendorff sagte, hielt er den Krieg zwischen England und Deutschland für unvermeidlich, da Deutschland nicht zugeben könne, daß eine andere Macht seinen kriegerischen Operationen zur See eine Grenze setze. Auch Lichnowsky schien dieser Meinung zu sein. Wie wir noch sehen werden, hatte sich die deutsche Regierung hiermit abgefunden, jedoch ohne damit zu erreichen, daß England dem Krieg fernblieb.

Nach der Kabinettssitzung fanden sich die Mitglieder der Friedensgruppe bei Lord Beauchamp zum Lunch ein. Auch Lloyd George war dabei, obgleich er wohl nicht recht wußte, zu welcher Gruppe er eigentlich gehören wollte. Die allgemeine Auffassung der Gruppe Beauchamp ging dahin, daß Burns mit seinem Entschluß zur Demission recht hatte und man die von Grey vorgeschlagene Erklärung an Cambon eigentlich nicht hätte durchgehen lassen sollen. In der gegenseitigen Aussprache wurde es immer klarer, daß England durch das Kabinett Schritt für Schritt in den Krieg zugunsten Frankreichs und Rußlands hineingezogen würde. Der Senior dieser Freunde des Friedens, Lord Morley, erklärte, daß auch er gehen werde. Der alte Mann, der sein ganzes Leben für den Frieden gearbeitet hatte, konnte sich nicht an den Gedanken eines Krieges gewöhnen, wenn er auch selbst nicht den Anspruch erhob, daß die anderen seinem Beispiel folgen sollten. Welche Gedanken Lord Morley beseelten, hat er in seinem „Memorandum on Resignation" so anschaulich und ergreifend geschildert, daß man sie selbst lesen muß, wenn man sich mit den Auffassungen dieses vornehmen, abgeklärten englischen Staatsmannes vertraut machen will. Nach seiner Meinung hätte England mit einer überwältigenden Flotte, mit einer über jeden Verdacht erhabenen Unparteilichkeit, mit einem Außenminister von erprobter Geschick-

lichkeit, Wahrhaftigkeit und Selbstbeherrschung nach dem Kriege einen Einfluß in Europa ausüben können, wie es nicht mit hundert seiner kleinen Expeditionsarmeen möglich sein würde.

Morley sah in bezug auf die Einigkeit des Kabinetts sehr schwarz und rechnete damit, daß die Auflösung des Ministeriums schon am Nachmittag stattfinden würde.

Gegen Abend erhielt Bonar Law in Beantwortung des Briefes vom Vormittag eine Mitteilung von Asquith, die im Lager der Konservativen sehr wenig befriedigte. Gegenüber Frankreich, schrieb Asquith, beständen keine Verpflichtungen, wenn er auch die Verpflichtung des Schutzes der französischen Küste durch England zugab. Weiter wies Asquith auf eine Erklärung Gladstones aus dem Jahre 1887 über die Verpflichtungen zur Wahrung der Neutralität Belgiens hin und erkannte ein britisches Interesse an, daß Frankreich nicht vernichtet würde. Der ganze Brief erschien aber allen außerordentlich unentschlossen (wavering) und machte auf sie den Eindruck, daß die Regierung nach einer Entschuldigung suchte, weil sie noch nichts unternahm[17].

Kurz nach 1 Uhr mittags war bei Cambon eine Mitteilung Vivianis über militärische Maßnahmen Deutschlands eingetroffen, wonach französisches Gebiet heute morgen bei Cirey durch deutsche Truppen verletzt worden sei, die auf das Fort Longwy vormarschierten. Diese Meldung war falsch und wurde auch am nächsten Tag von den Franzosen dementiert. Ferner sei der Zollposten bei Delle beschossen worden. Auch die Verletzung der luxemburgischen Neutralität war hier noch einmal erwähnt worden. Cambon gab diese Meldung sofort an das Foreign Office weiter[18].

In einem weiteren Telegramm hob Viviani hervor, daß diese „Kriegshandlungen" Deutschlands ohne Provokation von französischer Seite und ohne vorangegangene Kriegserklärung erfolgt seien, während Frankreich auch nach der Mobilmachung die Zehnkilometerzone beachtet habe. Gegen 5 Uhr nachmittags ließ die französische Botschaft dem Foreign Office noch mitteilen, daß nach einer Havas-Meldung aus Lüttich deutsche Truppen in Stärke von 20000 Mann bei Nancy in Frankreich eingefallen seien[19]. Diese ebenfalls falsche Nachricht ist für die Beschlußfassung des britischen Kabinetts und für die Stimmung in der Bevölkerung Londons von erheblichem Einfluß gewesen.

Die Nachrichten verbreiteten sich wie ein Lauffeuer und riefen überall größte Bestürzung hervor. Auch Graf Mensdorff erfuhr davon und setzte sich gleich mit Lichnowsky in Verbindung, dem er den Rat gab, noch vor der neuen Kabinettssitzung auf Grey einzuwirken, sich nicht durch diese unkontrollierbaren französischen Nachrichten beeeinflussen zu lassen.

Lichnowsky begab sich auch sofort ins Foreign Office, konnte aber Grey nicht erreichen. Er sprach nur mit Crowe, der ihm gleich selbst von dem angeblichen Einmarsch deutscher Truppen in französisches Gebiet bei Nancy ohne vorangegangene Kriegserklärung Mitteilung machte. Crowe ließ dabei durchblicken, daß diese Nachricht bei der am Abend stattfindenden Kabinettssitzung einen „schlechten Eindruck" machen und vielleicht auf die „endgültige Entscheidung" nicht ohne Einfluß sein würde. Lichnowsky erklärte, er selbst habe noch keine

Nachricht erhalten, und empfahl, eine genaue Bestätigung aus unabhängiger Quelle abzuwarten.[20]

Später wurde dem Foreign Office von der deutschen Botschaft noch eine Mitteilung über die militärischen Maßnahmen in Luxemburg zugestellt, die mit der Notwendigkeit begründet wurden, die unter deutscher Verwaltung stehenden Eisenbahnen gegen einen drohenden Überfall der Franzosen in Schutz zu nehmen. Die Maßregel bedeute keinen feindlichen Akt gegen Luxemburg, dem auch volle Entschädigung zugesagt worden sei. Doch war inzwischen eine Mitteilung des luxemburgischen Staatsministers Eyschen bei Grey eingegangen, in der gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg mit Bezug auf den Londoner Vertrag von 1867 protestiert und mitgeteilt wurde, daß ein gleicher Protest auch in Berlin erfolgt sei[21].

Wohl unter dem Eindruck des vermeintlichen deutschen Vormarsches bei Nancy genehmigte Asquith die Rückbeförderung aller Truppen in die Friedensgarnisonen und den Abbruch der Heeresmanöver[22].

Noch vor der Abendsitzung des Kabinetts hatte Grey das Telegramm von Buchanan erhalten, in dem ihm der Botschafter die Antwort des Zaren auf den Brief König Georgs übermittelte. Über den Inhalt des Briefes sind wir aus dem Abschnitt Petersburg bereits unterrichtet. Wann und in welcher Weise dem König von der Antwort des Zaren Mitteilung gemacht wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch wissen wir nicht, wie König Georg, Asquith und Grey die Antwort aufgenommen haben[23].

Um 6.30 Uhr abends fand sich das Kabinett zu der zweiten Sitzung an diesem Tage in Whitehall zusammen. Auf dem Wege dorthin war Grey von der Menge erkannt und mit größter Begeisterung begrüßt worden. Es zeigte sich deutlich, daß die öffentliche Meinung zu Ungunsten Deutschlands, das man in Unkenntnis der wirklichen Vorgänge für den Angreifer hielt, umgeschlagen war.

In der Sitzung machte sich insbesondere die Falschmeldung des Einmarsches deutscher Truppen in Frankreich geltend. Man sah hierin nach der Nichtbeachtung der Neutralität Luxemburgs eine neue Völkerrechtsverletzung Deutschlands, da der angebliche Einmarsch ohne Kriegserklärung und ohne Abberufung des deutschen Botschafters aus Paris erfolgt sei. So hatte Crowe durchaus recht, wenn er Lichnowsky auf die vielleicht entscheidende Wirkung des angeblichen deutschen Einmarsches in Frankreich hingewiesen hatte. Nachdem Grey dem Kabinett den Inhalt seiner Unterredung mit dem französischen Botschafter mitgeteilt hatte, wurde über die Regierungserklärung gesprochen, die morgen im Parlament abgegeben werden sollte. Was die Übernahme des Schutzes der französischen Nordküste anbelangte, so kam das Kabinett zu der Auffassung, daß der deutschen Regierung hiervon vorher keine Mitteilung gemacht werden sollte. Da Churchill dem französischen Marineattaché etwas anderes gesagt hatte, wurde Cambon nach der Sitzung entsprechend benachrichtigt. Ferner beschloß das Kabinett, wenn diese Ankündigung Deutschland gegenüber erfolge, dann solle klar aus ihr hervorgehen, daß der von England übernommene Schutz der französischen Küsten nicht nur infolge der Entente mit Frankreich gegeben sei, sondern auch zur Wahrung der britischen Interessen erfolge. Man wollte eben

keinesfalls den Eindruck erwecken, daß man von Frankreich abhängig sei, obgleich dieses Moment fraglos stark mitgespielt hat. Die endgültige Formulierung der dem Parlament hierüber abzugebenden Erklärung sollte morgen erfolgen.

Bezüglich der belgischen Frage kam das Kabinett zu der Auffassung, daß eine Verletzung der Neutralität England in die gleiche Lage versetzen würde, mit deren Möglichkeit Gladstone im Jahre 1870 hatte rechnen müssen. Dies bedeutete, daß ein Eingriff in die Unabhängigkeit Belgiens England zum Handeln zwingen würde.

Das Kabinett zeigte im Gegensatz zur Vormittagssitzung eine ziemliche Geschlossenheit. Nur Burns blieb bei seinem Entschluß, aus dem Kabinett auszuscheiden, und auch Morley erklärte Asquith, daß er gehen müsse. Als der Ministerpräsident ihn bat, er möchte sich die Sache noch einmal beschlafen, stimmte er zu, wenn er auch auf dem Heimweg zu Ramsay MacDonald sagte, daß alles vorbei wäre und er gehen werde[24].

Dem österreichischen Militärattaché ging nach der Kabinettssitzung die Mitteilung zu, daß schon die Kriegserklärung gegen Deutschland beschlossen worden sei, was Lichnowsky immerhin soweit für möglich hielt, daß er die Nachricht nach Berlin weitergab[25].

Nach der Kabinettssitzung wurde von der Admiralität die Mobilmachung der gesamten Flotte befohlen. Ob dieser Schritt im Kabinett beraten und beschlossen wurde, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls gibt der schriftliche Bericht, den Lord Crewe dem König über die zweite Kabinettssitzung erstattete, hierüber keinen Aufschluß. Eingezogen wurden alle Jahrgänge unter 55 Jahren. Die Bekanntgabe des Befehls an den Anschlagsäulen rief in London patriotische Kundgebungen hervor[26].

Noch am gleichen Abend wurde Paul Cambon von Grey auch über die Entscheidungen der zweiten Kabinettssitzung unterrichtet. Der Botschafter erfuhr insbesondere, daß Grey am nächsten Tage dem Parlament die Erklärung über den beabsichtigten Schutz der französischen Nordküste vorlegen würde. Bezüglich der belgischen Neutralität werde er, Grey, sich in seiner Rede vor dem Parlament auf die Erklärungen Granvilles und Gladstones von 1870 beziehen und eine sehr deutliche Auslegung hinzufügen, jedoch ohne das Wort casus belli auszusprechen.

Cambon brachte bei dieser Unterredung noch den Wunsch Vivianis vor, ihm unverzüglich Mitteilungen über die Haltung Englands zu machen, die Viviani bei seiner für morgen in Aussicht genommenen Erklärung vor der Kammer verwerten könnte[27]. Grey erklärte jedoch, es sei ihm nicht möglich, sich schon jetzt einen Plan zu eigen zu machen. Die Umstände könnten sich ändern, und er könne sich nicht vor der Sitzung des Parlaments in seinen Ausdrücken festlegen. Viviani könne jedoch sagen, es bestehe in gewissen Punkten zwischen den beiden Regierungen Übereinstimmung und es werde vor dem englischen Kabinett eine entsprechende Erklärung abgegeben, die man abwarten wolle. Seine Rede werde um 4 Uhr nachmittags stattfinden.

Ferner teilte Grey Cambon mit, das Kabinett werde auch morgen früh eine Sitzung abhalten, und es sei möglich, daß man über die getroffene Entscheidung

hinausgehe, da die englische Meinung anfange, sich wegen der Verletzung der belgischen Neutralität und des deutschen Einfalls (envahissement) in französisches Gebiet zu erregen[28]. Wir sehen auch hier die nachhaltige Wirkung der französischen Falschmeldung über den angeblichen deutschen Vormarsch bei Nancy.

Nach der Sitzung trafen sich die meisten Anhänger der Friedenspartei bei Lord Riddell zum Abendessen. Auch Lloyd George hatte sich wiederum dieser Gruppe zugesellt. Ferner war MacDonald zugegen. Man war jetzt der Ansicht, daß außer Burns wohl auch Simon, Beauchamp, Morley und MacKinnon Wood gehen würden. Über die Lage selbst fand an Hand der offiziellen Kriegskarte, die Lloyd George am Ende des Tisches ausbreitete, eine lebhafte Diskussion statt. Lloyd George teilte dabei den Beschluß der Regierung mit, neutral zu bleiben, wenn Deutschland bereit wäre, keinen Angriff auf die französische Küste zu unternehmen und nicht in den Kanal einzudringen. Wenn Deutschland hierauf eingehe und auch die Neutralität Belgiens beachte, würde er lieber gehen, als der Teilnahme Englands am Kriege zuzustimmen. Die Achtung der belgischen Neutralität betrachte er aber als unbedingt notwendig. Auch MacDonald war der Auffassung, daß eine Verletzung der belgischen Neutralität England berechtigen würde, Deutschland den Krieg zu erklären. Allen anderen Interventionsgründen würden er und die Labour Party sich mit aller Entschiedenheit widersetzen. In der weiteren Unterhaltung wurden die Aussichten des Krieges diskutiert. Lord Riddell war der Auffassung, England dürfe eine Vernichtung Frankreichs nicht zulassen. Demgegenüber malte Lloyd George aus, was geschehen würde, wenn Deutschland jetzt oder später, vielleicht 1916, wenn die russische Armee der deutschen, französischen und österreichischen überlegen wäre, von Rußland vernichtet würde. Deutschland hätte wahrscheinlich die Absicht, sich zu schlagen, bevor seine Feinde es vernichten konnten. Riddell machte jedoch daraufhin geltend, die gegenwärtige Gefahr sei trotz allem die Vernichtung Frankreichs durch Deutschland[29].

Bei der deutschen Botschaft in London war aus Berlin eine etwas merkwürdige Nachricht eingegangen. Es hätten heute früh achtzig französische Offiziere in preußischer Uniform mit zwölf Autos die deutsche Grenze bei Walbeck westlich Geldern zu überschreiten versucht. Dies bedeute, wie Jagow in seinem Telegramm hinzufügte, die schwerste Neutralitätsverletzung durch Frankreich[30].

Da die Meldung der britischen Regierung mitgeteilt werden sollte, wurde wieder der Legationssekretär von Schubert zum Foreign Office geschickt. Schubert suchte Crowe auf, schrieb ihm die Nachricht auf und bat, sie gleich zur Kenntnis Greys zu bringen. Crowe, der über die Grenzverhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich anscheinend recht gut Bescheid wußte, erkannte sofort die Unwahrscheinlichkeit der Meldung und fragte Schubert, ob er erwarte, daß er diese Behauptung ernst nehme. In Anbetracht des Einfalls deutscher Streitkräfte in französisches Gebiet ohne Kriegserklärung mute ihn der Hinweis auf die Neutralitätsverletzung wie ein schlechter Witz an. Schubert erklärte jedoch entrüstet, daß die Sache sehr ernst sei, da die Mitteilung von seiner Regierung stamme[31]. Hätte Crowe geahnt, daß die falsche Havasmeldung von dem Einfall von 20000 Mann deutscher Truppen bei Nancy ein mindestens ebenso schlechter

Witz war wie die Nachricht von den französischen Offizieren bei Walbeck, wäre er in seinem Urteil vielleicht nachsichtiger gewesen.

Am Abend nach dem Diner erhielt Grey im Hause Haldanes eine Nachricht, daß die deutsche Armee sich anschickte, in Belgien einzufallen. Woher diese Nachricht kam, wissen wir nicht. Die ausführliche Mitteilung des britischen Militärattachés in Paris, in der das Vorrücken einer deutschen Kolonne durch Luxemburg auf Arlon (Belgien) enthalten war, kann es auf keinen Fall gemeint gewesen sein, denn sie ging erst kurz vor Mitternacht in London ein[32]. Jedenfalls wurde die Nachricht für so zuverlässig erachtet, daß Grey und Haldane daraufhin nach Downing Street Nr. 10 gingen, um mit dem Premierminister hierüber zu sprechen. Man war sich darüber klar, daß jetzt jede Stunde kostbar war, und so wurde noch in der Nacht der Entschluß zur Mobilmachung des Expeditionsheeres gefaßt.

Man wird diesen, den Eintritt Englands in den Krieg entscheidenden Entschluß wohl in erster Linie auf die Einwirkung des britischen Generalstabs und seines Repräsentanten Sir Henry Wilson zurückzuführen haben. In diesem Zusammenhang möchten wir an eine Unterhaltung erinnern, die der britische Militärattaché, Oberst Fairholme, mit dem neuernannten Chef des französischen Generalstabs, General Joffre, im April 1911 hatte. Aus diesem Gespräch ging hervor, daß nach Ansicht des französischen Generalstabs die für den Transport der englischen Expeditionskorps in das Aufmarschgebiet notwendige Bereitstellung von Eisenbahnen und rollendem Material eine „vorherige Versicherung" zur Voraussetzung haben müßte, daß das Kontingent sofort bei einsetzender Mobilmachung Frankreichs in Marsch zu setzen sei. Wenn auch in der Militärkonvention vom 20. Juli 1912 hierüber ausdrücklich nichts gesagt worden ist, und die Zeiten für den Abtransport des Expeditionskorps nur nach dem britischen Mobilmachungskalender festgesetzt worden sind, darf man mit Sicherheit annehmen, daß der französische Generalstab seine Eisenbahnen während seiner eigenen Mobilmachung, wo jede Schiene und jede Lore gebraucht wurde, dem englischen Generalstab nur unter der Voraussetzung zur Verfügung gestellt hat, daß das Kontingent gleichzeitig mit dem Einsetzen der französischen Mobilmachung entsandt würde. Wenn mit dem Abtransport erst später begonnen würde, so hatte Joffre in der erwähnten Unterredung gesagt, könne das Kontingent „wahrscheinlich ebensogut wegbleiben". Mit anderen Worten, der englische Generalstab mußte sich auf Grund der Abmachungen mit den Franzosen gebunden fühlen, sofort seine Truppen Frankreich zu Hilfe zu schicken. England war also nicht nur durch die Verlegung der französischen Flotte von Brest nach Toulon, sondern auch durch die Generalstabsbesprechungen moralisch gezwungen, Frankreich bei einem Kriege mit Deutschland sofort zu Hilfe zu kommen[33].

So war England militärisch wie zur See an Frankreich ebenso gebunden wie Frankreich an Rußland und, wenn man die Spur weiter verfolgt, wie Rußland an Serbien.

Doch kehren wir wieder zurück zu der nächtlichen Beratung beim englischen Premierminister. Da Asquith, der neben dem Vorsitz im Kabinett auch das Portefeuille des Kriegsministers innehatte, für den Fall entlastet werden sollte, daß die Mobilmachung der Armee und ein Einsetzen des Expeditionsheeres

stattfand, bat er Haldane, das Kriegsministerium wieder zu übernehmen. Haldane war damit einverstanden und erhielt von Asquith sofort die entsprechenden Vollmachten. Die für die Mobilmachung in Betracht kommenden Generale wurden gleichfalls noch während der Nacht für den nächsten Vormittag zusammengerufen. Auch wurde Cambon ebenfalls schon jetzt von Asquith brieflich über den gefaßten Entschluß verständigt. Damit war die Frage des Eintritts Englands in den Krieg praktisch entschieden. —

Grey fühlte sich, wie Haldane in seinen Erinnerungen ganz richtig hervorhebt, Frankreich verpflichtet und glaubte, wie sein Biograph Trevelyan in der „Times" berichtet hat, daß, wenn Deutschland Frankreich überrannt hätte, ihm die Vorherrschaft in Europa in den Schoß gefallen wäre, gleichviel, ob dies sein Ziel war oder nicht. Wie man diese Auffassung auch beurteilen mag, wird man sich damit abfinden müssen, daß dies nun einmal die Ansicht Greys war.

Es war somit nicht nur die Verletzung der belgischen Neutralität, die England zur Teilnahme am Krieg veranlaßte, sondern auch die Furcht, daß Deutschland Frankreich vernichtend schlagen und dadurch in Europa ein Übergewicht bekommen würde, das man für die Stellung Englands nicht für tragbar hielt.

Kapitel 58

Berlin vor neuen Entscheidungen

Berlin, 2. August: Kriegszustand mit Rußland — Angeblich Fliegerbomben auf Nürnberg — Goschen bei Zimmermann — Belgische Neutralitätserklärung — Hinausschieben der Kriegserklärung an Frankreich — Besprechungen beim Kaiser — Auftragserteilung für die Sommation an Belgien — Das Kommuniqué des Generalstabs — Französische Grenzverletzungen — Weitere Einwirkung in London — Vergebliches Werben um Italien — Aufforderung an Rumänien zur Mobilmachung — Luxemburg.

Am Vormittag des 2. August war man in Berlin noch immer über das Schicksal der Kriegserklärung an Rußland im ungewissen. In der Wilhelmstraße scheint man sogar teilweise der Ansicht gewesen zu sein, daß die bedingte deutsche Kriegserklärung von Rußland unterschlagen und gar nicht an Pourtalès gelangt sei. Andererseits gingen im Laufe des Tages indirekte Nachrichten ein, daß Pourtalès schon unterwegs sei. Im übrigen gewinnt man den Eindruck, daß es der Wilhelmstraße nicht so unangenehm gewesen wäre, wenn das Telegramm mit der Kriegserklärung den Botschafter gar nicht erreicht hätte. Da verschiedene Meldungen über Grenzverletzungen von russischer Seite vorlagen und noch weitere hinzukamen[1], war man der Auffassung, daß auch selbst für den Fall, daß die Kriegserklärung nicht übergeben werden konnte, der Kriegszustand mit Rußland eingetreten war. Infolgedessen wurden dem russischen Botschafter Swerbejew um 10.30 Uhr vormittags seine Pässe zugestellt. Die Abreise Swerbejews und des Personals der russischen Botschaft, die zunächst für den 2. August abends über Eydtkuhnen (Ostpreußen) vorgesehen war, erfolgte jedoch erst am 3. mittags über Warnemünde nach Kopenhagen[2].

Der Kriegszustand mit Rußland wurde von Jagow nach Übergabe der Pässe an Swerbejew auch dem britischen Botschafter mitgeteilt, wobei der Staatssekretär die Kriegserklärung gar nicht erwähnte, sondern den Kriegszustand nur mit dem Überschreiten der Grenze durch russische Truppen begründete. Wohl in der gleichen Unterredung hat Jagow Goschen die Mitteilung gemacht, daß auch die Franzosen anscheinend die Feindseligkeiten durch Abwurf von Bomben in der Nähe Nürnbergs eröffnet hätten.

Die Meldung selbst war dem Großen Generalstab in Berlin am Vormittag des 2. August vom Chef des Generalstabs des III. bayerischen Armeekorps (Nürnberg) telephonisch unter Vorbehalt zugegangen und besagte, daß auf die von Nürnberg nach Würzburg und Ansbach führenden Eisenbahnstrecken Bomben abgeworfen worden seien. Der Generalstab hatte diese Meldung an das Auswärtige Amt weitergegeben, aber übersehen, eine später von der gleichen Stelle eintreffende Meldung, daß die Nachricht nicht zutreffend sei, ebenfalls der Wilhelmstraße mitzuteilen[3]. Die Nachricht wurde auch in Verbindung mit einer weiteren Meldung, daß französische Patrouillen die Grenze überschritten hätten,

an Flotow nach Rom weitergegeben mit dem Bemerken, daß diese vor einer Kriegserklärung begangenen feindlichen Handlungen den Angriff Frankreichs bedeuteten. Es liege somit für Italien der casus foederis vor. Auch Rußland habe bereits gestern vor erfolgter Kriegserklärung die Feindseligkeiten eröffnet[4]. Wie wir noch sehen werden, gelang es jedoch nicht, Italien durch diese noch dazu unsicheren Nachrichten zur Teilnahme am Kriege zu bewegen.

Goschen machte am Vormittag dem Unterstaatssekretär Zimmermann noch einmal verschiedene Vorschläge für eine Vermittlung in dem Konflikt zwischen Österreich und Serbien, wobei er ihm flüchtig die abgeänderte Formel Sasonows vorlas. Zimmermann bemerkte, daß jetzt wohl nicht der richtige Augenblick für derartige Vorschläge sei, und gab dem Botschafter, als er auseinanderzusetzen versuchte, der Weltkrieg könne vermieden werden, wenn Österreich-Ungarn Rußland gegenüber demobilisiere, deutlich zu verstehen, daß ein solcher Vorschlag jetzt kindisch sei. Wenn noch etwas den Weltkrieg verhindern könne, so sei es höchstens eine allgemeine Demobilmachung Rußlands[5].

Auch der belgische Gesandte Baron Beyens suchte am Vormittag Zimmermann auf und überbrachte dem Unterstaatssekretär eine Erklärung über die Wahrung der belgischen Neutralität, die bereits am 1. August in London und Paris übergeben worden war[6]. Das Schreiben selbst war den Gesandten schon am 24. Juli zugestellt worden. Aus diesem frühen Datum geht hervor, daß auch die belgische Regierung bereits für den 25. Juli, den Tag des Ablaufs des österreichischen Ultimatums an Serbien, mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich gerechnet hatte.

Baron Beyens, der mittags im Hotel Bristol frühstücken mußte, weil er seinen französischen Koch, der als Reservist in Frankreich eingezogen wurde, bereits nach Paris zurückgeschickt hatte, erfuhr hier, daß Luxemburg noch heute nacht besetzt würde, und machte auch seinem Außenminister davon Mitteilung[7].

Um zu vermeiden, daß Schoen vielleicht vorzeitig am Quai d'Orsay eine Kriegserklärung übergab, ließ der Reichskanzler noch am Vormittag des 2. August dem Botschafter kurz mitteilen, der ihm am frühen Morgen erteilte Auftrag, bei Abgabe der Kriegserklärung eine Mitteilung über das beabsichtigte Verhalten gegenüber Kauffahrteischiffen abzugeben, solle nicht etwa heißen, daß er schon jetzt eine Kriegserklärung abzugeben habe. Das Telegramm ist insofern nicht ganz verständlich, als der Botschafter noch gar nicht im Besitz einer Kriegserklärung war, die er dem Quai d'Orsay hätte übergeben können[8].

Der Kaiser hatte am Vormittag einem Gottesdienst in der alten Garnisonkirche beigewohnt und war dann ins Schloß zurückgekehrt, wo eine Besprechung mit dem Kanzler, Moltke und Tirpitz im Beisein des Generaladjutanten, Generaloberst von Plessen, stattfand. Hierbei wurde insbesondere die Frage besprochen, ob die in Aussicht genommene Kriegserklärung an Frankreich herausgehen sollte. Moltke legte dar, die Franzosen hätten eine ganze Reihe von Kriegshandlungen begangen, der Krieg mit Frankreich sei somit da, die Sache sei nicht mehr aufzuhalten, auf eine formelle Kriegserklärung an Frankreich lege er jedoch keinen Wert. Tirpitz war ebenfalls gegen eine Kriegserklärung, die immer einen aggressiven Beigeschmack hätte. Er meinte, die Armee könne auch ohnedem bis

an die französische Grenze marschieren. Demgegenüber war der Kanzler der Ansicht, daß er ohne eine Kriegserklärung an Frankreich die Sommation an Belgien, in der der Durchmarsch durch das Königreich gefordert wurde, nicht überreichen könne. Bethmann Hollweg ging hierbei von dem Gedanken aus, daß es der Sommation an einer völkerrechtlichen Begründung fehle, wenn Deutschland sich nicht bereits im Kriegszustand mit Frankreich und sich damit in Notwehr befinde. Auch in dieser Besprechung trat der alte Gegensatz zwischen dem Kanzler und den militärischen Stellen wegen der Kriegserklärung hervor. Die Entscheidung lag schließlich beim Kaiser. Von einer Kriegserklärung wurde zunächst abgesehen, und der Reichskanzler erhielt den Auftrag, Lichnowsky die Gründe für den in Aussicht genommenen Einmarsch in Belgien auseinanderzusetzen.

Hierauf verließ Bethmann Hollweg das Schloß, während Moltke und Tirpitz noch blieben. Moltke bat jetzt den Kaiser, der politischen Leitung klarzumachen, daß man sich bereits im Kriege mit Frankreich befinde, was man immer noch nicht glauben wolle. Er hätte dem Kanzler ein Kommuniqué übersandt, worin er die gegenwärtige Stellungnahme Deutschlands gegenüber jedem Staat präzisiert hätte, was Tirpitz in seinen Memoiren als ein „politisches Rezept" für das Auswärtige Amt ironisierte. Auch beklagte sich der Generalstabschef darüber, daß das Auswärtige Amt keinerlei Vorbereitungen für die Lage getroffen habe. Man wolle in der Wilhelmstraße absolut nicht glauben, daß eine so ungeheure Lawine nicht mehr aufzuhalten sei, sondern hoffe noch immer, daß Noten etwas ausrichten könnten. Tirpitz stimmte Moltke zu und meinte, auch nach seiner Ansicht habe das Auswärtige Amt seit Jahren nicht funktioniert, und er empfehle dem Kaiser, Jagow durch den früheren Militärbevollmächtigten in Petersburg Konteradmiral von Hintze, zu dem der Kaiser großes Vertrauen hatte, zu ersetzen. Der Kaiser erklärte jedoch, daß er im gegenwärtigen Augenblick in dieser Beziehung keine Änderungen treffen könnte[9]. Daß der Kaiser im übrigen selbst der Auffassung war, daß Deutschland sich bereits seit dem 2. August infolge französischer Grenzverletzungen auch im Kriege mit Frankreich befand, kommt sehr deutlich in einer seiner Randbemerkungen zu einem Artikel des „Berliner Tageblatts" zum Ausdruck. Es heißt hier, daß England durch seine Mithilfe bei der Deckung der französischen Nordküste die Mitwirkung der deutschen Flotte gegen den schon im Kriege mit Deutschland befindlichen Gegner verhindere.

Aus Tanger lag am 2. vormittags eine Meldung des deutschen Geschäftsträgers vor, daß Truppen in Casablanca zur Einschiffung nach Frankreich zusammengezogen würden. Man rechne damit, daß Frankreich das Innere Marokkos preisgeben würde, um möglichst viele Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz werfen zu können.

Als der Kanzler, gegen Mittag vom Schloß kommend, wieder in der Wilhelmstraße eingetroffen war, dürfte ihm ein am Morgen von Lichnowsky noch vor dessen Besuchen bei Asquith und Grey aufgegebenes Telegramm vorgelegt worden sein, in dem der Botschafter noch einmal die ausschlaggebende Bedeutung darlegte, die eine Verletzung der belgischen Neutralität für die Haltung Englands

haben werde. In dieser Auffassung war der Botschafter sowohl durch Äußerungen Greys wie auch durch Mitteilungen der österreichischen Botschaft und durch die Londoner Presse bestärkt worden. Nach seiner Meinung war es immerhin noch möglich, daß England neutral blieb, wenn die belgische Neutralität geachtet und Deutschland bei einem Sieg über Frankreich maßvoll vorgehen würde. Da die britische Regierung aber mit derVerletzung der belgischen Neutralität rechne, sei es nicht unmöglich, daß England schon in nächster Zeit gegen Deutschland Stellung nehme[10]. Über die politischen Folgen des Einmarsches in Belgien konnte somit in der Wilhelmstraße kein Zweifel mehr sein, dennoch mußten sie in Kauf genommen werden, da der für den Operationsplan verantwortliche Generalstabschef das Vorgehen durch Belgien für unbedingt notwendig erachtete. Doch versuchte der Kanzler, wie wir noch sehen werden, die Wirkung dieses Schrittes gegenüber England nach Möglichkeit abzuschwächen. An der Entscheidung selbst wurde aber nichts geändert, und kurz nach 2 Uhr nachmittags erging an den Gesandten in Brüssel die Weisung, die bereits am 29. Juli versiegelt an ihn abgegangene Sommation an die belgische Regierung sofort zu öffnen und den hierin enthaltenen Auftrag heute abend 8 Uhr deutscher Zeit auszuführen. Auf den Inhalt der Sommation kommen wir bei Übergabe der Note in Brüssel noch zurück. In dem bereits übersandten Text wurde das ursprünglich enthaltene Anerbieten beseitigt, etwaigen Kompensationsansprüchen Belgiens auf Kosten Frankreichs entgegenzukommen, und ferner verlangt, daß die geforderte Antwort binnen 12 Stunden, nicht wie bisher binnen 24 Stunden abgegeben werden müsse, das heißt also, bis zum 3. August, 8 Uhr morgens[11].

An den deutschen Gesandten im Haag erging die Weisung, der niederländischen Regierung am 3. August vormittags die Sommation an Belgien bekanntzugeben und zum Ausdruck zu bringen, daß die deutsche Regierung bestimmt mit einer wohlwollenden Neutralität Hollands rechne. Unter dieser Voraussetzung würde die Neutralität der Niederlande in vollem Umfange gewahrt werden.

In Erledigung des dem Kanzler erteilten Auftrages, Lichnowsky die Gründe für die Demarche in Brüssel auseinanderzusetzen, wurde dem Botschafter mitgeteilt, daß nach sicheren Nachrichten die Franzosen an der belgischen Grenze größere Truppenmassen für den Einfall in Belgien zusammengezogen hätten. Um Überraschungen vorzubeugen, werde Deutschland voraussichtlich gezwungen werden, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Wenn Belgien eine wohlwollende Neutralität zusage, würde Deutschland dem Königreich gegenüber die Versicherung abgeben, nach Beendigung des Feldzuges seine Integrität in vollem Umfange zu achten und für durch Deutschland verursachten Schaden Ersatz zu leisten. England möge in dem Vorgehen Deutschlands nur einen Akt der Notwehr gegen eine französische Bedrohung erblicken. Auch im Falle eines kriegerischen Konflikts mit Belgien werde Deutschland die Integrität des Königreichs wahren. Den Auftrag sollte der Botschafter jedoch ebenfalls erst am 3. August vormittags ausführen[12].

In dem bereits erwähnten „politischen Rezept", das Moltke dem Auswärtigen Amt über Mittag zugeschickt hatte, waren alle irgendwie für den Konflikt in Frage kommenden Staaten berücksichtigt worden. Soweit England in Betracht

kam, war auch der Generalstabschef unter Bezug auf das am Vormittag eingegangene Telegramm Lichnowskys der Auffassung, daß der britischen Regierung für ihre Neutralität die Zusicherung, Deutschland werde bei einem Siege über Frankreich maßvoll vorgehen, unbedingt und „in bündigster Form" gegeben werden könne. Es käme für Deutschland nicht darauf an, Frankreich zu zertrümmern, sondern nur darauf, es zu besiegen. Leider wurde jedoch Lichnowsky nicht beauftragt, eine derartige Erklärung in London abzugeben. Sie wäre sicher geeignet gewesen, das Argument der Engländer, Frankreich vor Deutschland in Schutz nehmen zu müssen, zu entkräften oder doch abzuschwächen.

Bezüglich des Einmarsches in Belgien enthielt das Kommuniqué den Vorschlag, England zu erklären, daß Deutschland auch im Fall kriegerischen Konflikts mit Belgien die Integrität dieses Staates wahren werde und die britische Regierung das Vorgehen Deutschlands nur als Akt der Notwehr gegen die französische Bedrohung deutschen Gebietes betrachten wolle. Dieser Wunsch des Generalstabschefs wurde in dem bereits erwähnten, am Nachmittag herausgehenden Telegramm an Lichnowsky vollauf berücksichtigt[13].

Die Kriegserklärung gegen Rußland „respektive Rußlands gegen uns" sei durch den russischen Einbruch über die Grenze belanglos geworden. Wie sehr Moltke die Möglichkeit einer Kriegserklärung Rußlands ins Auge faßte, ging aus folgendem Satz hervor: „Ist Kriegserklärung Rußlands bei uns noch nicht, respektive erst nach den russischen Unternehmungen überreicht worden, so hat Rußland damit sich in Widerspruch mit den Haager Abmachungen gesetzt."

Bei Frankreich wurde hervorgehoben, daß die eventuelle Kriegserklärung Deutschlands völlig unabhängig von dem in Belgien unternommenen Schritt sei. Eins bedinge nicht das andere. Der Generalstabschef hielt es nicht für erforderlich, schon jetzt eine Kriegserklärung an Frankreich zu übergeben, sondern er rechnete damit, daß Frankreich durch die Volksstimmung zu kriegerischen Unternehmungen gegen Deutschland auch ohne formelle Kriegserklärung gezwungen würde. Frankreich werde wahrscheinlich in der Rolle des Protektors der belgischen Neutralität in Belgien einrücken, sobald der Schritt Deutschlands gegen Belgien in Paris bekannt sein würde. Es seien Anordnungen getroffen worden, eine Überschreitung der französischen Grenze zu vermeiden, bis Unternehmungen Frankreichs dieselbe herausfordern würden.

Was Italien anbelangte, so legte Moltke großen Wert darauf, eine baldige Erklärung zu erhalten, ob der Bundesgenosse „seinen Dreibundpflichten gemäß" an dem bevorstehenden Kriege teilnehmen werde. Es komme nicht darauf an, daß Italien Deutschland mit starken Kräften unterstütze, sondern nur darauf, daß der Dreibund als solcher geschlossen im Kriege auftrete.

Die Mitteilungen des Generalstabs über die anderen Mächte sind für den Ausbruch des Krieges ohne besondere Bedeutung.

Dem Auswärtigen Amt waren im Laufe des Tages weitere Meldungen des Generalstabs über französische Grenzverletzungen zugegangen, die auch dem Gesandten in Brüssel noch am Abend teilweise mitgeteilt wurden[14]. Die Franzosen hätten unter Bruch des Völkerrechts kriegerische Handlungen, wie Abwerfen von Bomben, Überschreiten der Grenze durch Kavalleriepatrouillen, gegen

Deutschland vorgenommen, wodurch die Besorgnisse über das Vorgehen Frankreichs bestärkt würden.

Für den Botschafter in London faßte Bethmann Hollweg in einem nach Mitternacht abgehenden Telegramm die französischen Übergriffe noch einmal in vier Punkten zusammen: Grenzüberschreiten von Kavalleriepatrouillen bei Altmünsterol im Elsaß, Abschuß eines französischen Flugzeuges bei Wesel, Versuche der Franzosen, den Cochemer Tunnel an der Moselbahn zu sprengen, und Vordringen französischer Infanterie im Elsaß. Der Botschafter wurde angewiesen, dies in entsprechender Weise bei Grey zu verwerten[15].

Die Mitteilungen selbst waren, wie sich sehr viel später herausstellte, teilweise nicht zutreffend. Ein französischer Flieger wurde bei Wesel zwar nicht heruntergeschossen, doch über der Rheinbrücke gesichtet und beschossen. Der Flieger drehte ab und nahm in der Nähe von Wesel eine Notlandung vor. Als sich Bauern dem Flugzeug näherten, stieg die Maschine, deren Insassen als Nichtdeutsche erkannt wurden, wieder auf. Die vorgenommene Notlandung ist anscheinend als ein Herunterschießen des Fliegers gedeutet worden[16].

Ein Versuch der Franzosen, den Cochemer Tunnel zu sprengen, ist nicht unternommen worden. Es verbreitete sich zwar damals in Cochem das Gerücht, daß ein derartiger Versuch gemacht worden sei. Auch wurde ein Gastwirt unter diesem Verdacht verhaftet, aber vom Kriegsgericht wieder freigesprochen[17].

Gegen 1 Uhr nachts ließ der Kanzler noch ein Telegramm an Lichnowsky abgehen, das gleichsam eine Rechtfertigung für die deutsche Kriegserklärung an Rußland darstellte. Die Empörung der öffentlichen Meinung in Deutschland über die russische Mobilmachung sei so groß gewesen, daß eine Ablehnung der geforderten Demobilmachung als ein feindlicher Akt habe konstatiert werden müssen, der den Kriegszustand begründete, wenn Deutschland seine nationale Ehre nicht preisgeben wollte. Die Tatsache, daß die Russen bereits vor Abgabe der Kriegserklärung auf deutsche Soldaten geschossen hätten, sei übrigens ein Beweis dafür, daß eine sogenannte „friedliche Mobilmachung" ein unhaltbarer Zustand sei[18].

Auf den ausführlichen telegraphischen Bericht Lichnowskys über seine Unterredungen am Morgen dieses Tages mit Asquith und Grey ging der Kanzler in seinem Telegramm an Lichnowsky jedoch nicht ein. Erst am nächsten Vormittag wurde nach London mitgeteilt, eine Bedrohung der französischen Nordküste würde nicht erfolgen, solange England neutral bliebe.

Am 2. August vormittags war auch dem italienischen Außenminister der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland mitgeteilt worden. San Giuliano hatte Flotow daraufhin bekanntgegeben, daß der Ministerrat gestern beschlossen hätte, der casus foederis liege nicht vor, da es sich um einen Angriffskrieg Deutschlands handle. Auch sei Italien vorher nicht gefragt worden, und man habe ihm nicht einmal Zeit gelassen, irgendwelche militärischen Vorbereitungen zu treffen. Aus diesen Gründen müsse man zunächst neutral bleiben. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, daß später Beschlüsse zugunsten der Bundesgenossen gefaßt werden könnten. Ferner machte San Giuliano geltend, daß die Teilnahme am Kriege zu einer Revolution im Lande führen würde, während Flotow den

wohl richtigen Eindruck hatte, daß für die Entschlüsse der Consulta hauptsächlich die Furcht vor England maßgebend gewesen sei[19].

Auch der k. u. k. Botschafter von Mérey hatte von Berchtold den Auftrag erhalten, sich San Giuliano gegenüber dahin auszusprechen, daß infolge der unbegründeten Mobilmachung Rußlands und der Grenzüberschreitung russischer Patrouillen der casus foederis für Italien gegeben sei. Ferner teilte Berchtold nach Berlin mit, der italienische Botschafter habe ihm gegenüber erklärt, Italien hätte die moralische Verpflichtung, sich auf seiten seiner Verbündeten zu stellen, selbst wenn nach dem Wortlaut des Vertrages der casus foederis nicht gegeben sei[20].

An den Gesandten in Bukarest, von Waldthausen, war am 2. ein in peremptorischem Ton gehaltenes Telegramm abgesandt worden, dem König und der Regierung unverzüglich zu erklären, daß Deutschland durch das Verhalten Rußlands und dessen Einfall in deutsches Gebiet zum Kriege gedrängt worden sei. Deutschland ersuche um sofortige Mobilisierung der rumänischen Armee und um deren Aufmarsch gegen Rußland.

Die Demarche, die Waldthausen am nächsten Tage ausführen konnte, hatte jedoch keinen Erfolg, obgleich König Carol, wie er dem deutschen Gesandten sagte, sehr energisch und nötigenfalls drohend für eine Mobilmachung der rumänischen Armee eintreten wollte. Wenn auch der Ministerpräsident Bratianu erklärte, die deutsche Aktion unterstützen zu wollen, so äußerte er doch gewisse Bedenken, wie sich die Regierung und die öffentliche Meinung dazu stellen würden, da man durch die Ereignisse überrascht und militärisch auch nicht vorbereitet sei. Bei einer sofortigen Brüskierung Rußlands befürchte er ein Einmarschieren der Russen in die Moldau. Eine Veröffentlichung des Vertrages mit Rumänien schien auch dem österreichisch-ungarischen Gesandten Graf Czernin gegenwärtig nicht empfehlenswert.

Die Entscheidung selbst hing von dem am 3. einberufenen Kronrat ab, in dem der Entschluß zu einer neutralen Haltung Rumäniens gefaßt wurde, obwohl König Carol sich gegenüber den Mittelmächten zur Waffenhilfe verpflichtet fühlte[21].

Da das Eisenbahnnetz des Großherzogtums Luxemburg in Verbindung mit dem Schlieffen-Plan für Deutschland von besonderer strategischer Bedeutung war, hatte der Generalstab mit Ausspruch der Mobilmachung den sofortigen militärischen Schutz der Eisenbahnen Luxemburgs vorgesehen, um einer Besitzergreifung der Bahnen durch französische Truppen zuvorzukommen*.

Noch in der Nacht vom 1. zum 2. August lag ein Protest des luxemburgischen Staatsministers Eyschen gegen die Besetzung eines luxemburgischen Bahnhofs

* Luxemburg, seit dem Wiener Kongreß deutsche Bundesfestung mit einer preußischen Besatzung, war 1866 mit der Auflösung des Deutschen Bundes selbständig geworden. Auf Grund des Londoner Vertrages vom 11. Mai 1867 wurde Luxemburg zum neutralen Staat erklärt, die Festung geschleift und die preußische Besatzung zurückgezogen. Die seit 1842 bestehende Zugehörigkeit in Post- und Zollangelegenheiten zu Preußen, später zum Deutschen Reich, blieb bestehen.

Seit dem deutsch-französischen Krieg bestand eine Gemeinschaft mit Deutschland in der Verwaltung der Eisenbahnen. Das deutsch-luxemburgische Abkommen von 1902, das der deutschen Regierung verbot, die Bahnen zu irgendwelchen näher ausgeführten neutralitätswidrigen Handlungen zu gebrauchen, war abgeschlossen worden, bevor der Schlieffen-Plan in Geltung war.

durch preußische Truppen vor, in dem die Möglichkeit eines Irrtums offen gelassen war und eine Entschuldigung erwartet wurde. Eyschen bat, die Neutralität Luxemburgs genau wie 1870 zu respektieren. Ein erneuter Protest erfolgte am Morgen des 2. August gegen den in der Nacht erfolgten Einmarsch deutscher Truppen, wobei auf den Londoner Vertrag von 1867 hingewiesen wurde.

Der deutsche Gesandte von Buch gab den telephonisch und schriftlich bei ihm erfolgten Einspruch der luxemburgischen Regierung nach Berlin weiter, sowie eine Anfrage Eyschens, in welchem Umfang die Besetzung stattfinden solle.

Die Großherzogin Marie Adelheid wandte sich in einem persönlichen Telegramm an den Kaiser und bat um eine beschleunigte Erklärung und um Wahrung der Rechte des Landes.

Inzwischen war vom Reichskanzler ein Telegramm an den deutschen Gesandten in Luxemburg gegangen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die militärischen Maßnahmen keine feindselige Handlung gegen das Großherzogtum bedeuteten, sondern nur zur Sicherung der in deutscher Verwaltung befindlichen Eisenbahnen in Luxemburg gegen einen Überfall der Franzosen notwendig seien. Ferner wurde für etwaigen Schaden voller Ersatz zugesagt[22].

Auch der Generalstab hatte der Wilhelmstraße einen Telegrammentwurf an die luxemburgische Regierung zugehen lassen, in dem die Gründe für den Einmarsch näher erläutert wurden. Der Entwurf war wohl die Veranlassung, ein weiteres Telegramm nach Luxemburg gelangen zu lassen, in dem noch zum Ausdruck kam, daß ein feindlicher Akt gegen das „befreundete Luxemburg" von Deutschland in keiner Weise beabsichtigt sei. Auch entschuldigte sich der Staatssekretär, daß zu einer vorherigen Verständigung mit der luxemburgischen Regierung wegen der drohenden Gefahr leider keine Zeit mehr gewesen sei. Ferner wurde noch einmal voller Schadenersatz zugesichert. Diese Mitteilung Jagows wurde von Eyschen im vollen Wortlaut ohne Zusatz an Grey weitergegeben. Eine ähnliche Mitteilung Jagows erging an den deutschen Gesandten im Haag[23].

Die deutschen Mitteilungen nach Luxemburg lassen erkennen, daß eine diplomatische Vorbereitung des Einmarsches in das neutrale Gebiet nicht stattgefunden hatte. Wenn die feindliche Stimmung in Luxemburg nicht den Grad erreichte wie in Belgien, so lag dies neben der langen Zugehörigkeit Luxemburgs zum Deutschen Bund wohl mit an dem Staatsminister Eyschen, der den militärischen Unabänderlichkeiten mit Ruhe und Vernunft begegnet ist.

Kapitel 59

Frankreich in Erwartung eines deutschen Angriffs

Paris, 2. August: Rückblick aus Wien — Der deutsche Einmarsch in Luxemburg — Die Antwort des Königs von England — Ministerrat im Élysée — Aufhebung der Zehnkilometerzone — Angeblicher deutscher Vormarsch auf Belgien — Schoen notifiziert bei Viviani den Einmarsch in Luxemburg — Französische Zweifel an der Haltung Belgiens — Joffre befiehlt die Variante — Zweiter Ministerrat im Élysée — Versuch einer Einwirkung auf die englischen Sozialisten — Die Cambon-Telegramme — Französische Hoffnung auf deutschen Angriff zur Vermeidung eigener Kriegserklärung — Grenzverletzungen — Proteste — Kabinettsumbildung.

Nachdem zwischen Deutschland und Rußland der Kriegszustand eingetreten war, konnte auch am Quai d'Orsay kein Zweifel mehr sein, daß Frankreich infolge seines Bündnisvertrages mit Rußland am Kriege gegen Deutschland teilnehmen mußte. Während der französische Generalstab ebenso wie die Generalstäbe der anderen Länder sein ganzes Augenmerk auf die Vorbereitung des Kampfes richtete, sah die Diplomatie ihre Aufgabe darin, mit Rücksicht auf England eine Kriegserklärung hinauszuschieben, Deutschland aber nach Möglichkeit als Angreifer hinzustellen.

In der Nacht zum 2. August war am Quai d'Orsay ein ausführlicher Bericht des französischen Botschafters in Wien, Dumaine, eingegangen, der auf den Gang der Ereignisse zwar keine Einwirkung mehr haben konnte, der aber zeigt, daß der Gegensatz zwischen Wien und Petersburg doch vielleicht nicht so tief war, wie es nach der überstürzten Entwicklung der letzten Tage den Anschein hatte.

Dumaine habe am 1. August mit Berchtold eine lange und ziemlich herzliche Unterredung gehabt, wobei Berchtold folgendes ausgeführt habe: die Monarchie habe schon dreimal mobilisiert, um Serbien zu bestrafen, das sich wie ein unausstehliches Kind benommen habe, dessen gefährliche Streiche (incartades) gegen die Sicherheit Österreichs man nicht hätte dulden können. Die Mächte hätten Österreich durch Interventionen, an deren wohlwollende Absicht er glauben wolle, immer zurückgehalten. Dennoch müßte man zugeben, daß Österreich im jetzigen Fall berechtigt sei, unnachgiebig zu sein. Österreich sei daher erstaunt, daß die Mächte sich wieder dazwischenstellten und nicht verständen, von wie ungeheurer Bedeutung die Lokalisierung des Konflikts sei. Den Einwendungen der russischen Regierung, das österreichische Ultimatum an Serbien sei fast in allen Punkten unannehmbar, habe Berchtold entgegengestellt, daß er gerade die am meisten kritisierten Forderungen für die notwendigsten halte. Diese letzte Bemerkung war sicherlich ein sehr beachtlicher Kommentar zu dem Ultimatum.

Dumaine berichtete weiter, er habe die sehr versöhnliche Gesinnung seines russischen Kollegen und der Petersburger Regierung betont, dank derer ohne Zweifel eine gerechte Lösung in allseitiger Übereinstimmung gefunden worden

wäre, wenn sich nicht das Berliner Kabinett eingemischt hätte, das sowohl im Osten wie im Westen drohend aufgetreten sei. Daraufhin habe Berchtold die Frage gestellt, ob nicht die Regierung des Zaren auch zur Verschärfung des Konflikts beigetragen hätte, indem sie den deutschen Kaiser um Vermittlung angerufen, aber gleichzeitig die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. Seine (Dumaines) inständige Bitten, Berchtold möge eine momentane Stimmenthaltung Berlins zuwege bringen, bis sich gezeigt habe, daß kein Raum zu einer Verständigung zwischen Wien und Petersburg vorhanden sei, wären an der Mutlosigkeit Berchtolds gescheitert, der „die Situation als zu unklar" bezeichnete[1].

Sicherlich waren die ganzen Betrachtungen post festum. Aber sie zeigen immer wieder, daß der Friede vielleicht doch noch hätte gerettet werden können, wenn nicht durch die russische allgemeine Mobilmachung, die eine „Stimmenthaltung" Berlins unmöglich gemacht hatte, schon alles verdorben gewesen wäre.

Der 2. August war auch in Frankreich der erste Tag der Mobilmachung, die überall mit Begeisterung aufgenommen wurde[2]. Am Morgen war aus Brüssel eine erste Nachricht über den Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg eingetroffen. Kurz darauf ging die Bestätigung durch den französischen Gesandten in Luxemburg ein. Die Nachricht wurde sofort en clair nach London weitergegeben[3]. Auch lag eine entsprechende Mitteilung der luxemburgischen Regierung vor. Neben dem Einmarsch wurde dabei der Verstoß gegen den Londoner Vertrag hervorgehoben und erwähnt, daß die Regierung energisch in Berlin protestiert habe.

Am gleichen Morgen überbrachte der Chef des Protokolls, William Martin, Poincaré die nichtssagende Antwort des Königs von England. Das in französischer Sprache abgefaßte Schreiben enthielt, wie wir bereits wissen, noch keine positive Zusicherung der von Poincaré so sehnlichst erhofften englischen Hilfe und bereitete dem Quai d'Orsay eine große Enttäuschung[4].

Im Hinblick auf die veränderte Lage — Kriegszustand zwischen Rußland und Deutschland, Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg — trug der französische Generalstab starke Bedenken gegen die weitere Aufrechterhaltung der Zehnkilometerzone. Joffre legte daher Messimy am Vormittag ein Schreiben vor, in dem er darum bat, daß die Truppen in die genannte Zone wieder einrücken und im Fall eines deutschen Angriffs auch auf deutsches Gebiet vordringen dürften[5]. Der Kriegsminister lehnte jedoch die Bitte des Generalstabschefs ab, da er die Vermeidung irgendwelcher Zwischenfälle jetzt noch für notwendiger hielt als vorher, höchstens könne eine Verringerung der Zone auf 2 km stattfinden, doch versprach er, die Frage dem Ministerrat vorzulegen. Um aber auch an der luxemburgischen und belgischen Grenze Zwischenfälle zu vermeiden, gab Messimy den betreffenden Kommandierenden Generalen den Befehl, 2 bis 3 km hinter der Grenze zurückzubleiben, und setzte die nicht zu überschreitende Linie im einzelnen fest.[6]

Joffre, der über diese Entschließungen natürlich sehr wenig erfreut war, ließ dem Kriegsminister gegen Mittag eine weitere Mitteilung zugehen, in der die sich später als falsch herausstellende Meldung von einem Vormarsch deutscher Truppen auf Longwy in Frankreich und eine Meldung über deutsche Truppen in

Bertrambois in der Nähe von Cirey enthalten war. Auch wurde auf den deutschen Einmarsch in Luxemburg hingewiesen und empfohlen, diese feindseligen Handlungen sowohl der Regierung wie den fremden Mächten mitzuteilen.

Ferner waren beim Generalstab und im Kriegsministerium telephonisch verschiedene Meldungen über Grenzzwischenfälle eingegangen. Einmal handelte es sich um den Zusammenstoß einer deutschen Radfahrpatrouille mit französischen Zollbeamten, die ebenfalls mit Schußwaffen ausgerüstet waren. Außerdem hatte ein kleines Gefecht zwischen einer deutschen Kavalleriepatrouille und französischer Infanterie stattgefunden, bei dem der Führer der deutschen Patrouille, ein Offizier der 5. Jäger aus Mülhausen, wie auch der Führer des französischen Postens, ein Korporal, den Heldentod fanden. In den Meldungen wurden, wie dies häufig vorkommt, verschiedene Orte angegeben, so daß der unzutreffende Eindruck entstehen konnte, daß es sich hierbei um mehrere Patrouillengefechte handelte. Auch war Kanonendonner aus Richtung Joncherey gemeldet worden, was jedoch gleich als zweifelhaft hingestellt wurde[7].

Die Grenzverletzungen wurden den französischen Vertretungen im Ausland bekanntgegeben. In den Mitteilungen nach London und Rom wurde dabei hervorgehoben, daß die deutschen Kriegshandlungen ohne Kriegserklärung erfolgt seien, während Frankreich selbst auch nach seiner Mobilmachung die Zehnkilometerzone noch aufrechterhalten habe[8].

Vom XX. Armeekorps, das Foch befehligte, ging gegen Mittag die telephonische Meldung ein, es bestätige sich, daß der 1. August der erste Tag der deutschen Mobilmachung gewesen sei, was jedoch, wie wir wissen, nicht zutreffend war[9].

Am Vormittag fand im Élysée wieder der übliche Ministerrat statt. Dabei war der Eindruck vorherrschend, daß der Krieg unvermeidlich sei. Ein Dekret über die Verkündung des Belagerungszustandes in Frankreich und Algier wurde ohne Widerspruch genehmigt und von Poincaré unterzeichnet. Dieser Beschluß zog nach der Verfassung ohne weiteres die Einberufung der Kammer spätestens innerhalb 48 Stunden nach sich, doch wurde anscheinend beschlossen, die Kammer schon für den nächsten Tag einzuberufen. Wahrscheinlich rechnete man damit, daß die Kammer schon morgen vor den Entschluß gestellt werden mußte, über den Krieg gegen Deutschland zu entscheiden, der durch den Bündnisvertrag mit Rußland unabweislich geworden war. Für diese Sitzung mußte eine Regierungserklärung vorbereitet werden, über die wohl hauptsächlich debattiert worden ist. Die Frage der Durchführung des „Carnet B" (Verhaftung politisch unsicherer Elemente) wurde noch einmal zur Sprache gebracht, aber endgültig zu den Akten gelegt. Im Hinblick auf die über Grenzverletzungen vorliegenden Meldungen gelang es Messimy, die Bitte Joffres, die Zehnkilometerzone aufzuheben, durchzusetzen. Auch wurde dies gleich dem Generalstab mitgeteilt. Den Truppen sollte volle Bewegungsfreiheit gegeben, nötigenfalls auch die Erlaubnis zur Überschreitung der deutschen Grenze erteilt werden.

Im Einverständnis mit Messimy gab Joffre nachmittags den Befehl an die in Frage kommenden Kommandierenden Generale der Grenzschutztruppen weiter. Die Aufhebung der Zehnkilometerzone wurde mit den Grenzverletzungen zwi-

schen Delle und Belfort, bei Cirey sowie im Norden und Süden von Longwy begründet. Es wurde jedoch hervorgehoben, daß es aus Gründen der Moral und der diplomatischen Verhältnisse unerläßlich sei, den Deutschen die ganze Verantwortung für die Feindseligkeiten zu überlassen. Angriffe seien zurückzuweisen, ohne aber den Gegner zu weit zu verfolgen oder die Grenze zu überschreiten[10].

Nach dem Ministerrat ging Viviani die sehr wichtige Mitteilung von Paul Cambon zu, daß die öffentliche Meinung in England eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht ruhig hinnehmen würde, und daß Grey dem Kabinett vorschlagen werde, eine Erklärung abzugeben, die englische Flotte würde jede Operation gegen Frankreich verhindern.

In diesem Zusammenhang kam dem vom Generalstab um 4 Uhr nachmittags abgeschlossenen Bericht über die Lage bei den deutschen Truppen besondere Bedeutung zu, da hier der Vormarsch einer Kolonne von Mersch auf das in Belgien liegende Arlon gemeldet wurde, wenn auch noch nicht festgestellt werden konnte, ob die Deutschen die belgische Grenze bereits überschritten hätten. Diese Meldung war insofern besonders wichtig, als ein Überschreiten der Grenze durch die im Anmarsch gemeldete Kolonne schon jetzt das Eingreifen Englands hätte auslösen können. Viviani ließ daher beim französischen Konsul in Lüttich anfragen, ob die belgische Neutralität schon verletzt worden sei. Dies war aber nicht der Fall, da die deutschen Truppen die belgische Grenze erst in den Morgenstunden des 4. August überschritten[11].

Am frühen Nachmittag überreichte der deutsche Botschafter Viviani auftragsgemäß eine kurze Note, in der die gegen Luxemburg ergriffenen militärischen Maßnahmen mitgeteilt und erläutert wurden. Sie bedeuteten keinen Akt der Feindseligkeit, sondern seien nur als Vorbeugungsmaßnahmen für die unter deutschem Schutz stehenden Eisenbahnen zu betrachten. In der weiteren Unterredung mit Schoen kam der Ernst der Lage zum Ausdruck, wobei Viviani in den Greyschen Vorschlag noch einige Hoffnung zu setzen schien[12].

Viviani gab darauf dem Gesandten in Luxemburg Mollard den Auftrag, dem luxemburgischen Staatspräsidenten zu erklären, daß Frankreich die Neutralität des Großherzogtums entsprechend dem Vertrag von 1867 respektiert hätte, aber von jetzt ab wegen der deutschen Neutralitätsverletzung an seine Verteidigung und seine Interessen denken müsse[13].

Dem französischen Gesandten in Brüssel Klobukowski war aufgefallen, daß der belgischen Regierung von der deutschen Gesandtschaft noch keinerlei offizielle Erklärungen über die Wahrung der Neutralität zugegangen waren, Brüssel deswegen aber trotzdem nicht beunruhigt schien. Er teilte dies Viviani mit dem Bemerken mit, es ginge das Gerücht um, daß womögch irgendein unzulässiges Übereinkommen (connivence) zwischen den beiden Ländern bestehe[14].

Vielleicht im Hinblick auf dieses Gerücht, insbesondere aber wohl wegen der Besetzung Luxemburgs durch deutsche Truppen, wodurch die Wahrscheinlichkeit eines Einmarsches deutscher Kräfte wenigstens im Südzipfel Belgiens näher rückte, erließ Joffre um 7.30 Uhr abends den Befehl zur Inkraftsetzung einer vorbereiteten Variante zu dem vorgesehenen Aufmarschplan, der die Nummer XVII trug. Hierdurch wurde der Aufmarschraum der 5. Armee nach Norden zusam-

mengedrängt und der Aufmarschraum der in Reserve gehaltenen 4. Armee nach Norden verschoben, so daß der linke Flügel des französischen Heeres nunmehr seine Stoßrichtung auf Belgien erhielt[15].

Am Nachmittag fand eine weitere Kabinettssitzung statt. Da noch immer eine bestimmte Erklärung fehlte, welche Haltung England in dem kommenden Konflikt einnehmen werde, und es auch noch nicht ganz sicher war, daß die britische Flotte den Schutz der französischen Nordküste übernehmen würde, kam das Kabinett wohl zu dem Entschluß, die in Aussicht genommene Einberufung der Kammer erst am 4. August stattfinden zu lassen. Dem Marineminister Gauthier wurde empfohlen, so bald wie möglich den Kanal durch Torpedoboote und U-Boote zu sperren, um ein etwaiges Vordringen deutscher Kriegsschiffe zu verhindern[16]. Bei Paul Cambon wurde angefragt, was Viviani in Übereinstimmung mit der britischen Regierung der französischen Kammer „morgen" über die Haltung Englands sagen dürfe.

Der Londoner Botschafter hatte gegen Abend über eine sozialistische Protestversammlung berichtet, die sich gegen ein Eingreifen Englands in den Krieg richtete. Wenn Cambon der Versammlung auch keine besondere Bedeutung beimaß, so gab er doch an Viviani den Vorschlag eines einflußreichen englischen Parlamentsmitgliedes weiter, die französischen Sozialisten sollten bei MacDonald um den Beistand der Labour-Party bitten, das britische Eingreifen gegen Deutschland durchzusetzen. Auf Veranlassung Vivianis setzte sich der Führer der französischen Sozialisten, Innenminister Malvy, auch mit einigen seiner Kollegen deswegen in Verbindung.

Die ausführlichen Telegramme Paul Cambons über die von England am 2. August gefaßten Entschlüsse trafen erst abends nach dem Ministerrat in Paris ein. Wie wir uns erinnern, teilte der Botschafter mit, daß mit einem Eingreifen des englischen Expeditionskorps zunächst noch nicht zu rechnen sei, dagegen konnte er jetzt melden, daß England den Schutz der französischen Nordküste übernehmen würde. Die Mitteilung selbst sollte jedoch so lange geheim gehalten werden, bis sie dem englischen Parlament vorgelegt worden sei. Grey werde das Kabinett heute abend bitten, dem Parlament erklären zu dürfen, daß eine Verletzung der belgischen Neutralität als casus belli betrachtet würde[17].

Paul Cambon wurde noch in der Nacht der Eingang dieser ausführlichen Telegramme bestätigt und ihm mitgeteilt, daß Viviani mit Bezug auf die Übernahme des Schutzes der französischen Nordküste in der Kammer erklären werde, schon jetzt wäre ein erstes Zusammenwirken (concours) Großbritanniens mit Frankreich erreicht worden, das für Frankreich von kostbarem Wert sei[18].

Zu der von Cambon übermittelten Formulierung der britischen Unterstützung zum Schutz der französischen Nordküste machte Viviani noch zwei weitere Vorschläge. Einmal sollte die englische Flotte auch die französische Kriegsmarine im Fall eines Konflikts mit Deutschland unterstützen. Ferner sollte die Erklärung sich auch darauf beziehen, daß England den Schutz der französischen Küste am Atlantischen Ozean übernehmen und dieser Schutz sich auch auf die Kriegs- und Handelsschiffe erstrecken würde. Mit anderen Worten war hier gefordert worden, daß England am Kriege zur See gegen Deutschland teilnehmen sollte[19].

Nach der Kabinettssitzung rechnete, wie Iswolski nach Petersburg mitteilte, die französische Regierung damit, daß das Überschreiten der französischen Grenze durch einzelne kleinere deutsche Abteilungen und kleinere Grenzgefechte auf französischem Gebiet ihr die Möglichkeit geben würden, der Kammer zu erklären, auf Frankreich sei ein Überfall verübt worden. Auf diese Weise könne die Regierung eine formelle Kriegserklärung vermeiden. In diesen Worten Iswolskis lag natürlich ein Eingeständnis, daß Frankreich mit Rücksicht auf sein Bündnis mit Rußland schließlich gezwungen sein würde, Deutschland den Krieg zu erklären, wenn der Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich nicht infolge von Grenzverletzungen als eingetreten angesehen werden konnte. Die Verletzung der luxemburgischen Neutralität sah Iswolski als sehr günstig für Frankreich an, da dies einen Protest von seiten Englands hervorrufen würde und es veranlassen könne, energischer vorzugehen. In dieser Beziehung hatte der russische Botschafter jedoch die Haltung Englands nicht ganz richtig eingeschätzt, da Grey sich um die Verletzung der luxemburgischen Neutralität nicht weiter gekümmert hat. Doch erkannte Iswolski ganz richtig, daß die Nachricht, deutsche Truppen beabsichtigten anscheinend auch die belgische Neutralität zu verletzen, auf England empfindlicher wirken würde[20].

Paléologue wurde mitgeteilt, daß die Kammer erst übermorgen einberufen und Viviani in dem Bericht über die Lage auf das genaueste den Verpflichtungen Rechnung tragen werde, die sich aus dem Bündnis mit Rußland ergeben würden. Das hieß mit anderen Worten, daß Frankreich nach wie vor zum Kriege entschlossen war. Auch werde er dem Parlament von den mit Rußland ausgetauschten Verträgen Kenntnis geben. Er bitte, dies dem russischen Außenminister mitzuteilen, und er zweifle nicht, daß Sasonow heute nichts mehr gegen die Bekanntgabe der Verträge einzuwenden habe. Bis dahin hatten die Vertreter des Volkes, das 1789 die Menschenrechte proklamiert hatte, keine Kenntnis von den Verträgen, die Frankreich seit 1892 verpflichteten, seine Söhne für russische Interessen gegen Deutschland ins Feld zu schicken. —

Die gegen Abend beim Generalstab vorliegenden Meldungen der Grenzkorps ließen jedoch auf ernste Angriffsabsichten von deutscher Seite noch nicht schließen. Vom XXI. Armeekorps wurde das Überschreiten der Grenze durch einige Kavallerie- und Infanteriepatrouillen gemeldet[21]. Das XX. Korps teilte mit, daß der Feind zwar die Grenze besetzt, aber nirgends überschritten hätte und seine Haltung „rein defensiv" sei[22]. Die erwähnte Meldung von Havas, die, wie wir wissen, auch stark auf die Entschlüsse des englischen Kabinetts eingewirkt hatte, daß 20000 Deutsche bei Nancy (Bereich des XX. Armeekorps) in französisches Gebiet eingebrochen sein sollten, stellte sich somit als falsch heraus[23]. Eine Richtigstellung der Falschmeldung England gegenüber ist jedoch nicht erfolgt. So blieb der ersehnte deutsche Angriff aus, der Frankreich von der Sorge befreien sollte, eine Kriegserklärung an Deutschland abgehen lassen zu müssen und vor dem eigenen Volk als Angreifer dazustehen.

Doch nahm Viviani die Gelegenheit wahr, wegen der Grenzverletzungen, die im Lauf des 2. August vorgekommen waren, noch in später Stunde Jules Cambon zu beauftragen, deswegen bei der deutschen Regierung schriftlich Einspruch zu

erheben und zum Ausdruck zu bringen, daß die Regierung der Republik der kaiserlichen Regierung die volle Verantwortung hierfür überlassen müsse. Die Mitteilungen über Grenzverletzungen wurden auch in die Presse gebracht und führten zu Ausschreitungen und zu Demonstrationen vor der deutschen Botschaft in Paris.

Da der Marineminister Gauthier den Wünschen des Kabinetts, Schutzmaßnahmen im Kanal zu treffen, nicht entsprochen hatte, bestellte ihn Poincaré zu sich, um ihn an die Ausführung des Ministerratsbeschlusses zu erinnern. Gauthier, nervös und überreizt, schwankte von einem Extrem ins andere, und wollte jetzt die deutschen Kreuzer „Goeben" und „Breslau", von denen man wußte, daß sie am 1. August in Brindisi gekohlt hatten und noch im Mittelmeer waren, verfolgen lassen, auch wenn der Krieg noch nicht erklärt sei. Poincaré bat jedoch, hiervon zunächst noch abzusehen und den in Aussicht genommenen Ministerrat abzuwarten.

In den ersten Morgenstunden kam es dann zu einem heftigen Auftritt zwischen Messimy und Gauthier im Beisein Poincarés. Auf die Bemerkung Gauthiers, er habe den Auftrag, den Kanal zu sperren, vergessen, war der Kriegsminister so wütend, daß er, wie er sich zu erinnern glaubt, seinem Kollegen von der Marine sogar an die Kehle griff und Gauthier für unfähig erklärte[24], worauf dieser drohte, ihn zum Duell zu fordern. Poincaré legte sich ins Mittel, und die Szene endete schließlich, wie uns Poincaré in seinen Memoiren berichtet, „mit Tränen und Umarmungen".

Gauthier trat aus Gesundheitsrücksichten zurück, und der bisherige Unterrichtsminister Augagneur übernahm den Posten als Marineminister. Viviani, der während der ganzen Krise im Schatten Poincarés gestanden und ähnlich wie Asquith seine Gedanken mehr auf die Innenpolitik und die Parteiverhältnisse gerichtet hatte, gab freiwillig sein Portefeuille als Außenminister an Gaston Doumergue ab, blieb jedoch Ministerpräsident. Auf die Wünsche Vivianis, Briand und Delcassé in die Regierung mit hineinzunehmen, ging Poincaré nicht ein, da er den Widerstand der Linken nicht hervorrufen wollte.

Kapitel 60

Belgien

Brüssel bis zum 4. August: Der Vertrag von 1839 — Kabinettssitzung — Die Gesandten in Brüssel — Belgien will seine Neutralität verteidigen — Van der Elst zurückhaltend — Der Generalstabschef beim König — Verstärkter Friedensstand — Klobukowski berichtet — Wallonen für Frankreich — Klerus für Österreich — König Albert will den Aufmarsch verlegen — Belgien macht mobil — Noch keine Antwort aus Deutschland — Gerüchte eines Abkommens zwischen Deutschland und Belgien — König Alberts Brief an Kaiser Wilhelm — Übergabe der Sommation — Nächtlicher Kronrat in Brüssel — Die belgische Antwort — Klobukowski bietet Frankreichs Hilfe an — Kabinettsrat lehnt ab — Noch kein Appell an die Garantiemächte — Bitte um diplomatische Unterstützung Englands — Unsicherheit der Lage — Telegramm Kaiser Wilhelms — Below bei Davignon.

Am 2. August wurde Belgien durch Überreichung der deutschen Sommation vor einen Entschluß gestellt, durch den die belgische Regierung, wenn auch nicht ganz unvermittelt, so doch ohne ihr Zutun in den europäischen Konflikt hineingezogen wurde. Bevor wir auf den deutschen Schritt näher eingehen, wollen wir kurz die Vorgänge betrachten, wie sie sich nach Bekanntwerden der österreichischen Aktion gegen Serbien in Brüssel abspielten.

Bereits am 24. Juli, nachdem das österreichische Ultimatum an Serbien auch in Brüssel bekanntgeworden war, ließ der belgische Minister des Äußern, Davignon, an die Gesandten, die bei den Mächten akkreditiert waren, die die Unabhängigkeit und Integrität Belgiens garantiert hatten, ein nicht datiertes Schreiben herausgehen, das sie auf besondere Anweisung dem betreffenden Minister des Äußern bekanntgeben sollten. Der Gedanke, die Erklärung schon jetzt den Mächten zugehen zu lassen, wurde im Ministerrat am 24. auch erörtert, aber dann fallengelassen. Wäre man dem Gedanken gefolgt, hätte der Verlauf des Kriegsausbruchs wohl eine andere Wendung genommen.

Das Schreiben erinnerte an den Vertrag vom 19. April 1839, den Belgien unter allen Umständen erfüllen werde. Wenn es auch darauf baue, daß sein Gebiet bei Feindseligkeiten verschont bleibe, habe es doch seine Armee mobilisiert und seine Befestigungen in Verteidigungszustand gesetzt, um seine internationalen Pflichten zu erfüllen. Belgien habe selbstverständlich nicht die Absicht, am Kampf teilzunehmen, auch hege es kein Mißtrauen gegen eine der Mächte[1]. An der in diesem Schreiben zum Ausdruck gebrachten Politik hat die belgische Regierung während der Krise festgehalten.

Am 25. Juli fand eine weitere Kabinettssitzung unter Vorsitz des Königs, der auch bei späteren Sitzungen präsidierte, statt, in der die Richtlinien erörtert wurden, die im Fall eines Einbruchs von der einen oder anderen Seite zu befolgen sein würden[2].

Abgesehen von den Entschließungen, die bei den verschiedenen Kabinettssitzungen während der Krise gefaßt worden sind, ist für den Gang der Entwicklung

von gewisser Bedeutung, welche Auffassung die in Brüssel beglaubigten Gesandten der drei großen Nachbarreiche und Rußlands von den Absichten der belgischen Regierung gewannen und was sie ihren Regierungen hiervon mitteilten. Am eifrigsten war hierbei der französische Gesandte Klobukowski, der Viviani fast täglich ausführliche Berichte über die voraussichtliche Haltung Belgiens übermittelte. Auch der britische Gesandte Sir Francis Villiers und der russische Gesandte Kudaschew beobachteten die Entwicklung der Dinge mit wachsendem Interesse. Der deutsche Gesandte von Below-Saleske, dem die Absichten seiner Regierung nicht bekannt waren, übte eine gewisse Zurückhaltung. Nach Auffassung Kudaschews würde Belgien, das sich bei Beendigung des Krieges natürlich auf seiten des Siegers befinden möchte, den Einbruch von Osten mehr befürchten als den von Westen, da man infolge der Enthüllungen des französischen Senators Humbert eher mit einem Sieg Deutschlands als Frankreichs rechnete[3].

Am 26. Juli wurde auch in Belgien der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien bekannt, wodurch die sonntägliche Ruhe in Brüssel jedoch nicht weiter gestört wurde[4].

Am 27. Juli wurden Vorbereitungen getroffen, die Friedensstärke des Heeres durch Einziehung dreier Jahrgänge zu erhöhen. Die Maßnahmen riefen in der Öffentlichkeit eine gewisse Beunruhigung hervor[5].

Die Regierung der Niederlande hatte durch den belgischen Gesandten im Haag, Baron Fallon, anfragen lassen, was Belgien, das sich in der gleichen Lage wie Holland befinde, im Fall eines Einmarsches deutscher Truppen veranlassen würde, und als nützlich hingestellt, daß die beiden Kriegsministerien schon jetzt deswegen miteinander in Verbindung treten würden[6].

Der Generalsekretär im belgischen Außenministerium, Baron van der Elst, erklärte Klobukowski und Kudaschew, daß Belgien seine Neutralität und Integrität energisch verteidigen würde. Eine Parteinahme von seiten der Regierung für die eine oder andere Macht war nicht zu erkennen. Da der französische Gesandte begreiflicherweise den größten Wert darauf legte, die Absichten Belgiens so früh wie möglich zu erfahren, versuchte er van der Elst zum Sprechen zu bringen, indem er auf eine Erklärung des Ministerpräsidenten de Broqueville aus dem Frühjahr 1913 hinwies, daß Belgien seine Kräfte gegen den in die Waagschale werfen würde, der zuerst die belgische Neutralität verletze. Van der Elst ging jedoch hierauf nicht näher ein[7].

In der Öffentlichkeit machte sich mehr und mehr eine gedrückte Stimmung geltend, auch wurde die Börse geschlossen. Doch hielt die Regierung an der bisherigen Entschlossenheit, die Neutralität und Integrität des Königreichs bis zum äußersten zu verteidigen, fest[8]. Nach einem Vortrag des Chefs des Generalstabs, General Selliers de Moranville, beim König am 28. Juli wurde die Überwachung der Grenze angeordnet[9]. Andererseits rechnete der Minister des Äußeren zunächst noch immer mit der Erhaltung des Friedens. Das Eintreffen der Meldung über die Kriegserklärung Österreichs an Serbien veranlaßte am Abend des 28. Juli das belgische Kabinett, die Frage der Mobilmachung zu erörtern[10], und auf Vorschlag des Generalstabschefs wurde am 29. Juli vom König die Genehmigung erteilt, das Heer auf den verstärkten Friedensstand zu setzen. Dies war eine Art

Vorstufe zur Mobilmachung und hatte die Einberufung von drei Reservejahrgängen zur Folge. Die entsprechenden Befehle gingen mittags heraus. Die Maßnahme wurde den Signatarmächten wie auch Italien, Holland und Luxemburg mit dem Hinweis bekanntgegeben, daß dies noch nicht die Mobilmachung bedeute.

Brücken und Tunnels auf der Strecke von Lüttich nach der deutsch-belgischen Grenzstation Herbesthal wurden unterminiert[11]. Mit dem Ausbau der feldmäßigen Befestigungen zwischen den Forts von Lüttich wurde auf Initiative des tatkräftigen Kommandanten von Lüttich, General Leman, begonnen*. Die militärischen Vorbereitungen richteten sich somit vornehmlich gegen einen Einmarsch von deutscher Seite, wenn anscheinend auch die französische Grenze von belgischer Kavallerie beobachtet wurde[12]. Doch wollte sich die belgische Regierung, wie Klobukowski richtig beobachtete, zunächst noch nicht festlegen. Broqueville werde das Spiel abwarten und im geeigneten Augenblick dem Sieger zu Hilfe eilen. Die Sympathien der Regierung seien, wie Klobukowski nach Paris berichtete, für die Deutschen stärker als für die Franzosen, jedoch sei die wallonische Bevölkerung mehr Frankreich zugetan.

„Le XXe Siècle", der dem Generalstab und dem Klerus nahestand, brachte zum Ausdruck, daß jeder der Nachbarn Belgiens, der seine Neutralität achten werde, sein natürlicher Verbündeter sei. Das Blatt wandte sich dann weiter gegen die Belgier, die sich ihrem eigenen Lande gegenüber gleichsam als Quartiermacher Frankreichs hinstellten und dadurch in Deutschland eine falsche Auffassung hervorriefen, wodurch sie bewußt oder unbewußt ihr Vaterland in den Krieg hineinziehen würden. Selbst wenn sie im guten Glauben handelten, würden sie ein Verbrechen begehen, wofür man sie gegebenenfalls büßen lassen müßte[13].

Aus Holland traf eine weitere Depesche des Barons Fallon ein, die sich mit der Frage eines gemeinsamen Oberbefehls beschäftigte für den wohl sehr unwahrscheinlichen Fall, daß die holländische Armee vor überlegenen deutschen Kräften nach Belgien ausweichen müßte. Die Mitteilung wurde ebenso wie die vom 27. dem Generalstabschef vorenthalten, wie General Selliers überhaupt von seiner Regierung über die politischen Vorgänge sehr zurückhaltend unterrichtet wurde[14].

Am 30. Juli drückten „Le XXe Siècle" erneut und auch „Le Patriote" die Befürchtung aus, daß die Gefahr eines Einmarsches von französischer Seite her drohe und daß Frankreich bereits sechs Armeekorps an seiner Ostgrenze mobil gemacht hätte. Wie Klobukowski, der wieder einen langen Bericht nach Paris gehen ließ, von Kudaschew erfuhr, hätten die Belgier auch bei Bouillon gegenüber der französischen Grenze besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen. Im übrigen seien die Auffassungen geteilt, ob Belgien seine Neutralität ernsthaft verteidigen

* Selliers de Moranville: „Contribution à l'Histoire de la Guerre Mondiale 1914-1918", Brüssel 1933, S. 130f. Im Hinblick auf die Verstärkung des Friedensstandes hatte der Kommandant von Lüttich, Leman, sofort den Einsatz von 40000 Zivilarbeitern angeordnet, um die für die Verteidigung der Festung vorgesehenen feldmäßigen Befestigungen zwischen den permanenten Forts anlegen zu lassen. Da diese Maßnahme erst mit Ausspruch der Mobilmachung ergriffen werden sollte, erhob der Kriegsminister hiergegen Einspruch, doch gelang es dem General Leman, die Aufrechterhaltung seines Befehls durchzudrücken. Die Maßnahme hat sich bei Ausbruch des Krieges für die belgische Landesverteidigung als außerordentlich wertvoll erwiesen.

oder nur den Schein wahren und sich bald nach Antwerpen zurückziehen würde. Klobukowski hatte den Eindruck gewonnen, daß die Sympathien des Generalstabs wie auch des Generalstabschefs nicht auf seiten Frankreichs wären. Andererseits wurde Klobukowski in seiner bereits mitgeteilten Auffassung bestärkt, daß der größte Teil der Bevölkerung, insbesondere die Wallonen, für Frankreich sei[15]. Die gleiche Beobachtung machte auch der französische Militärattaché. Nach seiner Auffassung war man in Regierungskreisen, in der Aristokratie und im Klerus sehr für die Aktion Österreichs gegen Serbien eingenommen und hätte daher auch gern ein Zusammengehen mit Deutschland gesehen[16]. Auch dem spanischen Gesandten war die verschiedene Haltung von Regierung und Bevölkerung aufgefallen[17].

Am Morgen des 31. Juli hatte der Generalsekretär im Außenministerium, Baron van der Elst, dem deutschen Gesandten die Tragweite der bisher ergriffenen militärischen Maßnahmen auseinandergesetzt und dabei betont, daß darin ein Mißtrauen gegen die Nachbarn nicht zu erblicken sei. Um Below über die wahrscheinliche Haltung Deutschlands zu sondieren, erinnerte van der Elst den deutschen Gesandten an frühere Äußerungen seines Vorgängers von Flotow wie auch an Erklärungen des Reichskanzlers und Jagows, in denen die Absicht ausgesprochen war, die belgische Neutralität nicht zu verletzen. Below, dem, wie bereits erwähnt, die deutschen Durchmarschabsichten nicht bekannt waren, erwiderte, daß er von dem Gespräch mit Flotow wisse und sich die zu jener Zeit ausgedrückte Stimmung auch nicht geändert hätte[18].

Am Vormittag hielt der Generalstabschef dem König Vortrag über den Aufmarschplan. Dabei äußerte König Albert den Wunsch, die Versammlung des Heeres mehr nach Westen in das Innere des Landes zu verlegen, um zu vermeiden, daß Deutschland sich durch den Aufmarsch bedroht fühle[19]. Der König ersuchte nunmehr den Generalstabschef, ihm seine Ansicht mitzuteilen, ob die Mobilmachung sofort angeordnet werden müßte. Als Selliers für die Mobilmachung eintrat, teilte ihm der König mit, daß der Kriegsminister glaube, eine Einberufung von vier weiteren Jahrgängen würde ausreichen.

Als jedoch gegen Mittag die Erklärung des „Zustands drohender Kriegsgefahr" in Deutschland bekanntgeworden und mit der deutschen Mobilmachung zu rechnen war, wurde die sofortige und vollständige Mobilmachung der belgischen Armee durch den Ministerrat im Einverständnis mit dem König angeordnet. Das Kriegsministerium wurde von dieser Entscheidung gegen 5.30 Uhr nachmittags in Kenntnis gesetzt. Der Befehl für die Mobilmachung selbst wurde um 7 Uhr abends gegeben. Erster Mobilmachungstag war der 1. August.

Klobukowski, der den belgischen Außenminister Davignon auf die Erklärung des „Zustands drohender Kriegsgefahr" in Deutschland aufmerksam gemacht hatte, benutzte die Gelegenheit, von sich aus zu erklären, daß französische Truppen nicht „als erste" in Belgien einrücken würden, selbst wenn starke Kräfte an der Grenze versammelt werden sollten[20].

Gegen 10 Uhr abends setzte der britische Gesandte den belgischen Außenminister von der Anfrage Greys wegen Beachtung der belgischen Neutralität in Paris und Berlin in Kenntnis[21]. Dabei erklärte er, Grey nehme an, daß

Belgien seine Neutralität unter Aufbietung seiner ganzen Kraft schützen werde und es auch von den anderen Mächten erwarte, daß sie die Neutralität beachten und aufrechterhalten[22]. Davignon dankte und versicherte, daß Belgien seine Neutralität aufrechterhalten werde, wobei er auf die Reorganisation der Armee hinwies.

Die soeben erfolgte Anordnung der Mobilmachung, über die Sir Francis Villiers erstaunt schien, erklärte ihm Davignon damit, daß auch Holland schon mobil gemacht habe, und daß man Verzögerungen bei der Mobilmachung vermeiden wolle, die infolge der erst kürzlich erfolgten Reorganisation des Heeres leicht eintreten könnten. Durch seine Entschlossenheit wolle Belgien auch seinen Nachbarn und Bürgen zu erkennen geben, daß es den festen Willen habe, seine Neutralität, die übrigens von keinem Land bedroht scheine, selbst aufrechtzuerhalten[23].

Aus der zum Ausdruck gebrachten Erwartung Greys, daß Belgien seine Neutralität schützen werde, der Frage Villiers' nach den Gründen der Mobilmachung und der Betonung der eigenen Kraft durch Davignon darf man wohl schließen, daß noch immer ein gewisses Mißtrauen auf beiden Seiten vorhanden war, wie es auch aus früheren Verhandlungen Sir Francis Villiers' mit Broqueville im Herbst 1913 bekanntgeworden ist.

Auf die Frage Klobukowskis an den Quai d'Orsay, ob Frankreich die Neutralität Belgiens beachten werde, war eine Antwort Vivianis in der Nacht eingegangen und wurde am Morgen des 1. August Davignon mündlich, aber offiziell, von Klobukowski mitgeteilt. Die französische Regierung erkläre sich nach wie vor bereit, die Neutralität Belgiens im Fall eines internationalen Konflikts zu achten. Sollte die Neutralität von einer anderen Macht nicht respektiert werden, könne sich die Regierung veranlaßt sehen, zu ihrer Verteidigung ihre Haltung zu ändern. Während dieser Unterredung erfuhr Klobukowski, daß von deutscher Seite eine entsprechende Erklärung noch nicht vorlag, was er nach Paris mitteilte[24].

Die Erklärung der französischen Regierung wurde von Davignon sofort nach Berlin, Paris und London weitergegeben. Da die Erklärung in Brüssel plakatiert und in der Presse wiedergegeben wurde, erfuhr auch die Bevölkerung davon, deren Sympathien für Frankreich dadurch natürlich noch mehr zunahmen.

Below hatte am Morgen van der Elst aufgesucht, um sich nach einem aus Petersburg herrührenden, von Elst als unzutreffend bezeichneten Gerücht zu erkundigen, Belgien habe ein Bündnis mit Frankreich geschlossen. Als van der Elst sich im weiteren Verlauf des Gesprächs danach erkundigte, ob Deutschland die belgische Neutralität achten werde, stellte Below die Frage, ob französischerseits eine solche Erklärung abgegeben worden sei. Van der Elst erwiderte hierauf, es sei nur mündlich und inoffiziell eine derartige Erklärung abgegeben worden, wobei er die Mitteilung Klobukowskis vom 31. im Auge hatte. Die soeben Davignon offiziell abgegebene Erklärung der französischen Regierung hat Elst entweder verschwiegen oder er hatte zu dieser Zeit hiervon noch keine Kenntnis[25].

Gegen Mittag teilte der Sekretär Davignons, Bassompierre, nach einer vorherigen kurzen Anfrage bei Villiers Below mit, daß England in Paris und Berlin wegen Beachtung der Neutralität angefragt und der französische Gesandte soeben namens seiner Regierung die oben erwähnte Erklärung über die Beachtung der

belgischen Neutralität gemacht habe. Bassompierre wollte auf diese Weise erfahren, welche Antwort Deutschland gegeben habe. Below ließ sich jedoch nicht weiter aushorchen, sondern erklärte, einen privaten Ton anschlagend, Belgien hätte von Deutschland nichts zu fürchten und er glaube, seine Regierung würde weitere Erklärungen für unnötig halten[26].

Wie Klobukowski aus guter Quelle erfuhr, hatte sich General de Selliers dahin geäußert, daß Belgien sich gegen alle Angreifer, gegen die letzten ebenso wie gegen die ersten, verteidigen und zwischen beiden keinen Unterschied machen werde[27].

Im Laufe des 1. August erging an die Gesandten bei den Signatarmächten sowie nach Rom, dem Haag und Luxemburg die Anweisung, die bereits erwähnte, den Gesandten am 24. bzw. 25. übermittelte, noch undatierte Erklärung über die Haltung Belgiens den betreffenden Regierungen bekanntzugeben[28].

Trotz der Anfragen Greys in Paris und Berlin bezüglich der Achtung der Neutralität hielt man in Brüssel eine Landung englischer Truppen in belgischen Häfen anscheinend nicht für ganz ausgeschlossen. Während der Generalstabschef de Selliers dem deutschen Militärattaché, Hauptmann Brinckmann, erklärte, daß sich die belgische Armee einer englischen Truppenlandung widersetzen würde, soll sich Broqueville in entgegengesetzter Weise geäußert haben[29]. Dem britischen Gesandten erklärte Davignon noch am Vormittag des 2. August, die Regierung habe keinen Grund, Deutschland bezüglich der Nichtachtung der Neutralität zu verdächtigen. Auch bestehe nicht die Absicht, im Fall einer Verletzung der Neutralität andere Garantiemächte anzurufen, da man sich auf die eigene ausreichende Macht stützen werde. Im Foreign Office war man jedoch, was die deutschen Absichten anbelangte, anderer Auffassung[30].

Obgleich von deutscher Seite noch immer keine Erklärung über die Beachtung der belgischen Neutralität vorlag, zeigte sich die belgische Regierung nicht beunruhigt, wenn sie auch wohl im Hinblick auf die Kriegserklärung an Rußland und den inzwischen bekanntgewordenen Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg über den Ernst der Lage nicht im Zweifel sein konnte. Diese Haltung der belgischen Regierung gab umlaufenden Gerüchten Nahrung, daß zwischen Deutschland und Belgien irgendein Übereinkommen bestehe.

Insbesondere Klobukowski erklärte sich die unverständliche Ruhe der belgischen Regierung gegenüber dem Fehlen einer deutschen Erklärung, die Neutralität zu achten, mit Versicherungen von seiten Deutschlands. Wie er mit ziemlicher Sicherheit erfahren hätte, habe der König der Belgier sich zu Beginn der Krise an den deutschen Kaiser und besonders an den Kronprinzen gewandt und beruhigende Erklärungen erhalten. Deutschland habe jedoch die eine Bedingung gestellt, daß Belgien mobil mache. Der Kaiser habe anscheinend erwartet, daß Frankreich zuerst in Belgien einfallen würde und dann mit der mobilen belgischen Armee zu kämpfen hätte. Wenn dies richtig sei, wäre die französische Antwort an die britische Regierung über die Beachtung der belgischen Neutralität für Deutschland nicht vorteilhaft. Die Vermutungen und Gerüchte zeigen jedenfalls, daß noch am 2. August die Lage in Brüssel sehr undurchsichtig war[31].

Die Annahme Klobukowskis, daß ein Briefwechsel des belgischen Königs mit dem deutschen Kronprinzen zu dieser Zeit stattgefunden habe, trifft nicht zu.

König Albert hatte sich nur in einem Schreiben vom 1. August an Kaiser Wilhelm gewandt, in dem er an die bisherige gewissenhafte Achtung der Neutralität erinnert sowie auf die vielen Beweise der Freundschaft und Sympathie Deutschlands hingewiesen und gebeten hatte, ihm die früher von deutscher Seite gemachten Erklärungen, im Fall eines Konflikts die Neutralität Belgiens zu achten, in diesem Augenblick zu wiederholen[32].

Die Lage am 2. August, wie sie vor Übergabe der deutschen Sommation bestand, läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Belgien war fest entschlossen, seine Neutralität nach Kräften gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen sollte, zu verteidigen. Die Sympathien der Regierung, des Generalstabes und des höheren Klerus waren mehr bei Deutschland, die des Volkes mehr bei den Franzosen. Frankreich hatte der britischen und belgischen Regierung erklärt, die Neutralität des Königreichs zu achten. England hatte, ohne für sich eine Erklärung abzugeben, Paris und Berlin zur Entscheidung gedrängt und auf Belgien eingewirkt, seine Neutralität zu verteidigen und eine entsprechende Haltung der Garantiemächte zu erwarten. Unsicher war die Haltung Deutschlands, von dem Frankreich und Sir Edward Grey erwarteten, daß es die Neutralität Belgiens nicht beachten und als erstes einen Schritt tun würde, der in einem Krieg zwischen den drei westlichen Großmächten praktisch kaum zu vermeiden war.

In Anbetracht der militärpolitischen Lage, auf die gelegentlich der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich noch näher eingegangen wird, sah sich die deutsche Regierung am Mittag des 2. August veranlaßt, die Konsequenzen zu ziehen und den mit dem Aufmarsch vorgesehenen Einbruch des rechten deutschen Armeeflügels in Belgien zur Durchführung zu bringen.

Um 2 Uhr nachmittags ging, wie wir wissen, das Telegramm Jagows an den deutschen Gesandten in Brüssel ab, das die Weisung enthielt, um 8 Uhr abends deutscher Zeit die bereits am 30. Juli durch Feldjäger überbrachte Sommation der belgischen Regierung zu übergeben.

Ihr Inhalt war folgender:

Zuverlässige Nachrichten über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Kräfte an der Maasstrecke Givet-Namur ließen bei der deutschen Regierung keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. Da die kaiserliche Regierung befürchte, daß Belgien trotz besten Willens nicht imstande sein werde, den französischen Vormarsch soweit abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden könne, sei es für Deutschland ein Gebot der Selbsterhaltung, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Zur Gegenwehr sei Deutschland auch gezwungen, seinerseits belgisches Gebiet zu betreten, doch würde es die deutsche Regierung mit größtem Bedauern erfüllen, wenn Belgien darin eine Feindseligkeit gegen sich erblicken würde. Weiter enthielt die Sommation folgende drei Punkte, die wir im Wortlaut anführen[33]:

„1. Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Re-

gierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfang zu garantieren.

2. Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreichs wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist.

3. Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den k. Belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte.

Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegentreten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Maasbefestigungen oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunneln oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, so wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreich gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können, sondern müßte die spätere Regelung des Verhältnisses beider Staaten zueinander der Entscheidung der Waffen überlassen."

Zum Schluß wurde die bestimmte Hoffnung ausgedrückt, daß Feindseligkeiten nicht eintreten und von der Regierung Maßnahmen getroffen würden, um die erwähnten Vorkommnisse zu vermeiden. In diesem Fall würden die freundschaftlichen Bande zwischen den beiden Nachbarstaaten eine weitere und dauernde Festigung erfahren.

Below überreichte die Note dem belgischen Außenminister auftragsgemäß um 7 Uhr abends belgischer Zeit. Da die Note in deutscher Sprache abgefaßt war und Davignon das Deutsche nicht beherrschte, gab ihm Below einen kurzen Überblick über die Sommation und bat, ihm nach zwölf Stunden eine Antwort zu erteilen. Ein von Jagow anheimgestellter Versuch, der belgischen Regierung den Rückzug nach Antwerpen nahezulegen, ist von Below nicht gemacht worden.

Davignon zeigte sich von der Mitteilung sehr erschüttert und erklärte, er werde die Note dem König vorlegen. Er machte aus seiner Entrüstung kein Hehl und erklärte, Belgien hätte von Deutschland, das ihm gegenüber immer seine freundschaftliche Gesinnung betont habe, etwas anderes erwartet, als in dieser Note enthalten sei. Der deutsche Vorschlag bedeute eine Entehrung Belgiens. Die Unterredung war von kurzer Dauer und spielte sich ohne irgendwelche Szenen ab[34].

Nachdem Below gegangen war, wurde die Note in aller Eile übersetzt. Kurz darauf traf der Ministerpräsident de Broqueville im Außenministerium ein und ließ sich die Note vorlesen. Von Anfang an stand bei ihm der Entschluß fest, die Note könnte von Belgien nicht angenommen werden. Auch war er der Auffassung, daß Belgien in militärischer Beziehung bereit sei und die Mobilmachung sich in bewundernswerter Weise vollziehe. Nur beklagte Broqueville das Fehlen schwerer Artillerie.

Der Ministerpräsident ging hierauf ins Schloß, um König Albert von der Note in Kenntnis zu setzen, worauf vom König für 9 Uhr abends eine Kabinettssitzung und für 10 Uhr ein Kronrat einberufen wurde. An der Kabinettssitzung nahmen nur Minister mit Portefeuille teil, während zum Kronrat die weiteren zum Staatsministerium gehörenden Minister hinzutraten. Unter ihnen befand sich auch der ehemalige langjährige, mit Bismarck befreundet gewesene Gesandte in Berlin, Baron Greindl, der spätere Außenminister Hymans, der die belgische Delegation

auf der Friedenskonferenz geführt hat, sowie andere hervorragende Persönlichkeiten der belgischen Regierung. Neben Selliers und dem 2. Chef des Generalstabes, General Ryckel, nahmen aus der Umgebung des Königs noch der Generaladjutant General Jungbluth, der General Hanoteau und der Ordonnanzoffizier und militärische Berater des Königs, General Galet, an der Sitzung teil. Auch van der Elst war hinzugezogen worden[35].

Um 10 Uhr eröffnete der König, der auch bei dem vorangegangenen Ministerrat, über den Näheres nicht bekanntgeworden ist, den Vorsitz geführt hatte, den Kronrat, ließ zunächst die Note vorlesen und auf Wunsch der Versammelten die Verlesung wiederholen[36]. Hierauf brachte König Albert mit großer Entschlossenheit zum Ausdruck, daß es unmöglich sei, dem Ultimatum zu entsprechen, und daß die unvermeidliche Verpflichtung bestehe, die Neutralität mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Dies war auch die einmütige Auffassung des gesamten Kronrats.

Im Verlaufe der Sitzung kamen verschiedene militärische Fragen zur Sprache, wie Aussichten der Abwehr des deutschen Einmarsches, Vergleich mit der Lage von 1870, Möglichkeiten eines Offensivstoßes, Verteidigung Antwerpens, Verlauf der Mobilmachung, ohne daß etwa eine Art Kriegsrat oder eine Auseinandersetzung über die operativen Absichten stattgefunden hätte.

Sehr eingehend wurde über die Abfassung der Note debattiert, da noch immer die Hoffnung nicht ganz geschwunden war, daß Deutschland von seinen Absichten Abstand nehmen würde. Ob auch jetzt schon die Frage angeschnitten wurde, die Garantiemächte anzurufen, steht dahin. Schließlich wurde gegen Mitternacht mit der Abfassung der Antwortnote eine kleine Kommission beauftragt, der neben Broqueville, Davignon und van der Elst noch Hymans, van den Heuvel und der Justizminister Carton de Wiart zugeteilt waren[37]. Die Betreffenden begaben sich ins Außenministerium, wo Gaiffier, der Direktor der Politischen Abteilung, und Bassompierre bereits einen Vorentwurf fertiggestellt hatten, der im wesentlichen den Auffassungen entsprach, wie sie im Kronrat zum Ausdruck gekommen waren.

Während die Kommission mit der Abfassung der Note beschäftigt war, sprach Below um 1.30 Uhr nachts noch einmal bei van der Elst vor und teilte ihm auf Grund eines Telegramms von Jagow mit, daß Frankreich bereits heute unter Bruch des Völkerrechts kriegerische Handlungen vorgenommen habe, daß Flieger Bomben abgeworfen und Kavalleriepatrouillen die Grenzen überschritten hätten. Auf die Frage van der Elsts, wo diese Vorkommnisse sich zugetragen hätten, konnte Below mangels näherer Nachrichten nichts weiter mitteilen. Aus der Unterredung gewann Below den Eindruck, daß die Antwortnote negativ ausfallen und seine Mitteilung keinen weiteren Einfluß ausüben würde, wovon er noch in der Nacht Berlin benachrichtigte. Von belgischer Seite wurde seine Anfrage so ausgelegt, als ob er nur die Stimmung erkunden wollte[38].

Gegen 2 Uhr nachts war die Antwortnote fertiggestellt und wurde vom Ministerrat einstimmig genehmigt. Der Eintritt Belgiens in den Weltkrieg war damit entschieden. Um 2.30 Uhr, als schon die Morgenröte am nächtlichen Himmel heraufzog, wurde die Sitzung vom König geschlossen.[39]

Kaum war die Sitzung beendet, als der französische Gesandte Klobukowski den ersten Sekretär Davignons, Graf d'Ursel, anrief und ihm die in Brüssel aufgekommene „Beobachtung" mitteilte, über Brüssel seien Lichter gesehen worden, die von einem deutschen nach Frankreich fliegenden Zeppelin herrühren würden. Auch fehlte nicht die Auffassung, die ein Generalstabsoffizier geäußert haben soll, daß die deutsche Gesandtschaft mit dem gespensterhaften Luftschiff Lichtsignale austauschte. Ferner tauchte das Gerücht auf, daß die deutschen Truppen schon in Belgien und in Holland einmarschiert seien, doch stellte sich sehr bald die Unrichtigkeit dieser Nachrichten heraus. Die Nachricht von dem vermeintlichen Luftschiff, aus dem in der Phantasie inzwischen schon drei geworden waren, wurde an Grey weitergegeben. So fing auch in Brüssel die Kriegspsychose an, ihre ersten Blüten zu treiben.

Die „Exchange Telegraph Company" gab bereits während der Nacht die unzutreffende Nachricht nach London weiter, daß die deutschen Truppen schon nördlich Lüttich operierten. Jedoch wurden auch beruhigende Mitteilungen weitergegeben, wie eine Meldung von Sir Francis Villiers an Grey, daß ein Oberst, der von Marienbad durch Deutschland zurückgekehrt war, zwischen Köln und Herbesthal „keine Truppen und nur geringe militärische Tätigkeit" bemerkt habe[40].

Die belgische Antwortnote wurde am 3. August, pünktlich um 7 Uhr morgens, von dem Direktor der Politischen Abteilung im Außenministerium, Gaiffier, dem deutschen Gesandten übergeben. Die Frage Belows, ob Gaiffier noch irgendwelche Erläuterungen zu geben habe, wurde mit einer stummen Geste verneint. Damit war der Besuch beendet[41].

Below teilte zunächst nach Berlin telegraphisch kurz mit, daß die belgische Regierung sich dem deutschen Vorschlage gegenüber ablehnend verhalte und jeder Verletzung der Neutralität mit Gewalt entgegentreten werde. Das Telegramm wurde gegen 11 Uhr in Brüssel aufgegeben. Außerdem wurde die Note durch den Militärattaché Hauptmann Brinckmann auftragsgemäß im Automobil nach Aachen dem General von Emmich übermittelt[42], der die für den Einmarsch in Belgien vorgesehenen Truppen befehligte. Nach 12.30 Uhr ging der Text der Note telegraphisch von Brüssel nach Berlin, wo er gegen 8 Uhr abends eintraf. Der Inhalt der Note war folgender:

Nach einer kurzen Interpretation des Inhalts der deutschen Sommation wurde bemerkt, daß die Note tiefes und schmerzliches Erstaunen hervorgerufen habe. Die Frankreich beigelegten Absichten ständen im Widerspruch zu den ausdrücklichen Erklärungen, die Belgien am 1. August von der französischen Regierung gegeben worden seien. Im übrigen würde Belgien bei einer Verletzung seiner Neutralität durch Frankreich in Erfüllung seiner internationalen Pflichten dem Eindringling kräftigsten Widerstand entgegensetzen. Hierauf wurde auf die Verträge von 1839 und 1871 sowie auf die von den Großmächten und insbesondere Preußen übernommenen Bürgschaften hingewiesen. Der Schluß der Note lautete folgendermaßen[43]:

„Belgien ist seinen internationalen Verpflichtungen immer treu geblieben; es hat seine Pflichten im Geiste loyaler Unparteilichkeit erfüllt, es hat keine

Anstrengung gescheut, um seine Neutralität aufrechtzuerhalten und ihr Geltung zu verschaffen.

Der Angriff auf seine Unabhängigkeit, mit dem die deutsche Regierung es bedroht, würde eine flagrante Verletzung des Völkerrechts bilden. Kein strategisches Interesse rechtfertigt die Verletzung des Rechts.

Wenn die belgische Regierung die ihr unterbreiteten Vorschläge annähme, würde sie die Ehre der Nation opfern und gleichzeitig ihre Pflichten gegenüber Europa verletzen.

Eingedenk der Rolle, die Belgien seit mehr als 80 Jahren in der Zivilisation der Welt erfüllt, kann die Regierung nicht glauben, daß die Unabhängigkeit Belgiens nur um den Preis der Verletzung seiner Neutralität gewahrt werden kann.

Falls diese Hoffnung getäuscht würde, ist die belgische Regierung fest entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jeden Angriff auf ihr Recht zurückzuweisen."

Die bei den Garantiemächten beglaubigten belgischen Gesandten sowie der Gesandte im Haag wurden nach Übergabe der Antwort von der deutschen und belgischen Note kurz in Kenntnis gesetzt und ihnen mitgeteilt, daß Belgien im Bewußtsein seiner internationalen Verpflichtungen fest entschlossen sei, einen Angriff mit allen Mitteln abzuwehren[44].

Auch Klobukowski und Villiers benachrichtigten ihre Regierungen von dem deutschen Schritt und der belgischen Antwort. Villiers gab außerdem noch eine ihm von Klobukowski zugegangene Mitteilung an Grey weiter, daß starke deutsche Kräfte zum Einbruch in Belgien bereitständen. Kudaschew teilte Sasonow ebenfalls den wesentlichsten Inhalt der Noten mit.

Der französische Gesandte Klobukowski trug nach Rücksprache mit seinem russischen und englischen Kollegen von sich aus ohne Auftrag seiner Regierung am Vormittag dem belgischen Außenminister folgendes Angebot vor: Wenn die belgische Regierung sich an die französische Regierung als Garantiemacht wende, so werde Frankreich diesem Appell unverzüglich entsprechen. Erfolge ein derartiger Appell nicht, werde die französische Regierung wahrscheinlich mit der Intervention warten, bis Belgien tatsächlich Widerstand geleistet habe, sofern nicht „die Sorge um seine eigene Verteidigung Frankreich zu außerordentlichen Maßnahmen dränge[45]". Wie der französische Militärattaché sich äußerte, ständen für den Fall eines deutschen Einmarsches in Belgien fünf französische Armeekorps zur Verfügung. Wahrscheinlich waren hierunter die durch die Anordnung der Variante zum französischen Aufmarschplan Nr. XVII in Aussicht genommenen fünf Armeekorps zu verstehen. Davignon dankte Klobukowski, erklärte aber, daß er ihm erst nach dem Ministerrat eine Antwort geben könne.

In dem am Vormittag zusammentretenden Kabinettsrat herrschte große Unsicherheit darüber, was die Deutschen nun eigentlich vorhätten. Aus diesem Grunde war es für die belgische Regierung so schwer zu entscheiden, ob man die Garantiemächte schon jetzt um Hilfe anrufen oder damit warten sollte, bis belgisches Gebiet tatsächlich verletzt worden sei. Man war noch nicht davon überzeugt, daß die deutschen Truppen wirklich durch Belgien marschieren würden. Im Kabinett war man der Meinung, es würde sehr unklug von den Deutschen sein, die belgische Neutralität zu verletzen. Einmal, weil dies die englische Intervention

nach sich ziehen würde, und dann wäre es auch nicht vorteilhaft, durch die Bekanntgabe der Absicht eines Durchmarsches durch Belgien so frühzeitig seine Aufmarschpläne zu enthüllen. Frankreich würde dadurch Zeit gegeben, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Damit, daß der Einmarsch, ohne die Mobilmachung abzuwarten, mit beschleunigt mobil gemachten Truppen ausgeführt werden könnte, wie es später der Fall war, hatte man anscheinend nicht gerechnet. So kam man sogar zu der Auffassung, daß die Ankündigung eines Einmarsches in Belgien vielleicht nur eine Kriegslist sei, um Frankreich auf diese Weise zu veranlassen, den Aufmarsch seiner Truppen nach Norden zu verlegen, und dann ähnlich dem Feldzugsplan Moltkes vom Jahre 1870 mit dem linken Flügel der deutschen Armee in Frankreich einfallen zu können. Zu dieser Ansicht neigte man, weil der belgische Generalstab diesen Aufmarsch für aussichtsvoller hielt. Nach Auffassung des Kabinettsrats war es also nicht ausgeschlossen, daß die Deutschen überhaupt nicht in Belgien einmarschierten. Aus diesem Grunde wäre es verfrüht, jetzt schon französische und englische Truppen zu Hilfe zu rufen und auf diese Weise das Land unnötig in den Krieg zu verwickeln. Alle diese Überlegungen zeigten die große Unsicherheit in der Beurteilung der Lage und führten dazu, daß sich der König dafür aussprach, die Garantiemächte erst anzurufen, wenn belgisches Gebiet tatsächlich von deutschen Truppen verletzt worden sei. Diesem Beschluß stimmte dann auch die Mehrheit nach einer längeren Debatte zu[46].

In Verfolg dieses Kabinettsrats dankte der Außenminister dem französischen Gesandten für die angebotene Hilfe und erklärte ihm, daß die Regierung zunächst die Garantiemächte nicht anrufen wolle, sich aber für später Weiteres vorbehalte[47].

Die vorläufige Ablehnung der militärischen Hilfe von seiten der belgischen Regierung hinterließ bei Klobukowski die Befürchtung, die er auch seinem russischen und britischen Kollegen mitteilte, daß die Absicht Belgiens, die Verteidigung des Landes selbst zu übernehmen, nur ein Scheinmanöver sei. Hierfür spreche auch der Umstand, daß alle Vorbereitungen für ein Verlegen der Regierung nach Antwerpen getroffen seien[48].

So traute keiner dem anderen: die Belgier glaubten nicht, daß die Deutschen ihre Absicht, einzumarschieren, ausführen würden, und die Franzosen wiederum waren im Zweifel, ob die Belgier dem deutschen Einmarsch Widerstand entgegensetzen würden.

Wenn im Kabinettsrat auch der Beschluß gefaßt wurde, die Hilfe der Garantiemächte noch nicht anzurufen, so hielt es der König doch für notwendig, sich in einem Appell an den König von England zu wenden, in dem er um die „diplomatische Intervention" der britischen Regierung zum Schutz der belgischen Neutralität bat. Dabei wurde an die freundschaftliche Haltung Großbritanniens im Jahre 1870 und an die letzten Beweise seines Wohlwollens erinnert.

Dem französischen Militärattaché gab man zu erkennen, daß die belgische Regierung, wenn Deutschland tatsächlich in Belgien einmarschiere, nicht nur um die militärische Hilfe Frankreichs, sondern auch um die Englands bitten werde. Man wolle damit aber warten, bis belgisches Gebiet durch stärkere deutsche Truppenmassen und nicht wie bisher nur durch Patrouillen verletzt worden sei[49].

Die Ungewißheit darüber, ob ein deutscher Einmarsch wirklich erfolgen würde, führte weiter dazu, daß auch die diplomatischen Vertreter der anderen Mächte in Brüssel anfingen zu orakeln, was die Deutschen und die Belgier tun würden. So sah der amerikanische Gesandte Whitlock in dem Ausbleiben des deutschen Einmarsches eine geheimnisvolle Verzögerung. Auch schien es ihm verdächtig, daß der deutsche Gesandte bis jetzt noch nicht aus Brüssel abgereist war[50]. Klobukowski vermutete sogar, das deutsche Ultimatum sei nur ein Manöver, um die Franzosen zu veranlassen, als erste in Belgien zu intervenieren, und hierdurch einen Konflikt zwischen der belgischen und französischen Armee hervorzurufen[51].

Trotz der Zurückhaltung der Regierung und des verhältnismäßig ruhigen Tons der Presse kam die franzosenfreundliche Stimmung bei dem wallonischen Teil der Bevölkerung immer mehr zum Durchbruch, und es fanden schon zahlreiche Kundgebungen gegen Deutschland statt.

Die Unsicherheit der Lage brachte es mit sich, daß alle Mitteilungen, ob sie nun richtig oder falsch waren, weitergegeben wurden. So traf aus Antwerpen die unzutreffende Meldung des Bürgermeisters ein, die Deutschen seien bereits im holländischen Limburg eingefallen, was Klobukowski gleich nach Paris weitergab. Dagegen meldete der britische Generalkonsul in Antwerpen Grey ganz richtig, daß ein deutscher Einmarsch noch nicht erfolgt sei. Auch der französische Konsul in Lüttich teilte noch am frühen Nachmittag nach Paris mit, daß eine Grenzverletzung noch nicht stattgefunden habe.

Die Frage des deutschen Einmarsches schien erst geklärt, als in der Nacht die Antwort Kaiser Wilhelms auf das Schreiben König Alberts eintraf. Der Kaiser hatte mit wenigen Worten seinem Dank für die vom König ausgesprochene Gesinnung Ausdruck gegeben. Wenn er an die belgische Regierung eine ernste Frage hätte richten müssen, so sei dies in freundschaftlichster Absicht für Belgien, aber unter dem entscheidenden Zwang der Stunde geschehen, wo es sich um das Schicksal Deutschlands handle. Es liege noch in der Hand des Königs, die Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland auch weiterhin so freundschaftlich zu gestalten, wie es die mitgeteilten Bedingungen in Aussicht stellten. Seine Gesinnung für den König und sein Land bleibe unverändert[52].

Erst dieses Telegramm brachte den König zu der Überzeugung, daß Deutschland wirklich die Absicht habe, durch Belgien zu marschieren. Da nunmehr gehandelt werden mußte, ging König Albert noch in der Nacht mit dem Telegramm zu seinem militärischen Berater, General Galet, und ließ durch ihn dem Generalstab telephonisch den Befehl übermitteln, die bisher zurückgehaltenen Sprengungen von Kunstbauten anzuordnen, um den deutschen Einmarsch aus Luxemburg aufzuhalten[53].

Am 4. August, 6 Uhr morgens, übermittelte Below dem belgischen Außenminister gemäß dem Auftrag des Kanzlers die Nachricht, daß die deutsche Regierung infolge der Weigerung, die die belgische Regierung den wohlgemeinten deutschen Vorschlägen entgegengesetzt habe, sich zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen sehe, die „als unumgänglich notwendig dargelegten Sicherheitsmaßregeln gegen französische Bedrohung, wenn es sein muß, mit Waffengewalt zur Ausführung zu bringen[54]". Eine weitere Diskussion über die Frage fand nicht mehr statt.

Am gleichen Tage wurde dem Gesandten mitgeteilt, daß die königliche Regierung ihm den diplomatischen Charakter nicht mehr zuerkennen könne und die amtlichen Beziehungen mit ihm abbreche. Gleichzeitig erhielt der Gesandte seine Pässe.

Am Nachmittag bat der belgische Kriegsminister de Broqueville den französischen Militärattaché, „schon jetzt ein Mitwirken und eine Fühlungnahme der französischen Truppen mit der belgischen Armee vorzubereiten" (préparer dès maintenant collaboration et contact de nos troupes avec l'armée belge) in Erwartung des Appells an die Garantiemächte, über den gegenwärtig beraten würde. Da der Militärattaché einen Vorteil darin sah, den französischen Kavalleriepatrouillen zu erlauben, die Grenze zu überschreiten, wurde der Befehl gegeben, dieses Vorgehen nicht mehr als Grenzverletzung anzusehen. Auf eine weitere Anfrage aus Paris wurde den Franzosen auch das Überfliegen belgischen Gebiets gestattet[55].

Kapitel 61

Englands Eintritt in den Krieg

London, 3. August: Grey sichert Cambon Eingreifen der Flotte zu — Die Konservativen bei Asquith — Privy Council — Mobilmachung des Expeditionsheeres — Der deutsche Schritt in Brüssel wird dem Foreign Office bekannt — Deutschland sichert Integrität Belgiens zu — Bei britischer Neutralität verzichtet Deutschland auf Bedrohung französischer Nordküste — Vier Minister treten zurück — Kabinett stimmt bereits angeordneter Mobilmachung zu — König Albert bittet um „diplomatische" Intervention — Die große Rede Greys im Unterhaus — Eine Frage Churchills — Grey haßt den Krieg — Die Botschafter berichten — Fortsetzung der Unterhaussitzung — Kabinettssitzung — Noch keine englischen Truppen nach Frankreich — Cambon bei Grey — Georg V. an König Albert — Walter Hines Page schwärzt Deutschland in USA. an.

Der 3. August war der Tag, an dem es Grey gelingen sollte, England geschlossen in den Krieg hineinzuführen. Waren bis dahin vielleicht schwache Möglichkeiten vorhanden, daß sich die Intervention Englands noch etwas hinziehen konnte, so war mit der großen Rede Greys am Nachmittag vor dem Unterhaus die Teilnahme Englands am Kriege so gut wie besiegelt. Nur eine kurze mise en scène, die sich an den erwarteten Einmarsch deutscher Truppen in Belgien knüpfte, war noch notwendig, um die Geschütze der britischen Flotte zum Sprechen zu bringen.

Wir erinnern uns, daß Paul Cambon noch in der Nacht von Viviani den Auftrag erhalten hatte, von Grey die Zustimmung zu erlangen für die Zusicherungen, die der französische Ministerpräsident der Kammer über die englische Unterstützung geben wollte. Cambon, der noch nicht wußte, daß die Sitzung der französischen Kammer erst am 4. August stattfand, suchte Grey am Vormittag auf, um sein Einverständnis für die von Viviani gewünschten Erklärungen über die englische Flottenhilfe zu erbitten. Grey konnte aber Cambon noch keine Mitteilung über die von England abzugebende Erklärung machen, da diese noch vom Kabinett oder vom Unterhaus geändert werden könnte. Doch ermächtigte er ihn, den Wünschen Vivianis entsprechend, seiner Regierung folgendes mitzuteilen: Wenn ein deutsches Geschwader den Kanal durchqueren oder durch die Nordsee um die britischen Inseln herumfahren würde in der Absicht, die französische Küste und französische Kriegsschiffe anzugreifen oder die Handelsflotte zu beunruhigen, würde die englische Flotte eingreifen und der französischen Marine ihren vollen Schutz angedeihen lassen. Von diesem Augenblick an würden England und Deutschland sich „im Kriegszustand befinden". Diese Erklärung schließe auch den Schutz gegen feindliche Unternehmungen im Atlantischen Ozean in sich[1].

Aus der Erklärung Greys geht somit hervor, daß der Kriegszustand zwischen Deutschland und England ganz unabhängig von der belgischen Frage automatisch eingetreten wäre, wenn deutsche Kriegsschiffe auf irgendeinem Seeweg gegen die französische Küste vorgegangen wären.

Am Morgen hatten Bonar Law und Lansdowne den Premierminister aufgesucht, um ihm klarzumachen, welchen großen Wert sie auf die Neutralität Belgiens legen würden. Sie stellten Asquith dabei dringend vor, daß England unvermeidlich früher oder später in den Krieg hineingezogen würde, und sprachen auf ihn ein, sich rechtzeitig zu entscheiden und nicht zu warten, bis es zu spät sei und England seine Ehre verloren hätte. Der Premierminister, der einen müden Eindruck machte, war über den Besuch der beiden Führer der konservativen Opposition nicht sonderlich erfreut. Seine zögernde Haltung erklärte Asquith damit, daß die Regierung noch nicht wisse, ob die Mitteilungen aus Belgien wahr seien. Man sei sich aber klar darüber, daß sowohl aus militärischen wie aus politischen Gründen das Expeditionskorps noch nicht sofort eingesetzt würde[2]. Die letzten Entscheidungen waren somit noch nicht getroffen.

Vormittags fand im Buckingham Palace eine kurze Beratung des Geheimen Staatsrats (Privy Council) statt. Die Besprechungen galten wohl hauptsächlich der Mobilmachung der Flotte. Doch dürfte der König zu dieser Zeit die am nächsten Tage veröffentlichte Proklamation unterzeichnet haben[3].

Zur gleichen Stunde versammelte Haldane, den Asquith, wie wir uns erinnern, in der Nacht zum Kriegsminister gemacht hatte, den Armeerat (Army Council) und gab an die ziemlich erstaunten Generale den Befehl für die Mobilmachung des Expeditionskorps, des Landsturms, der Spezialreserven und des Reserveoffizierkorps. Obgleich der offizielle Befehl für die Mobilmachung erst am nächsten Tage ausgegeben wurde, konnte die Mobilmachung, durch die der Eisenbahnverkehr nach New Haven und Southampton voll in Anspruch genommen wurde, ohne Störung vor sich gehen.

Gegen 11 Uhr vormittags ging im Foreign Office die offizielle Mitteilung Sir Francis Villiers' über den deutschen Schritt in Brüssel und seine Ablehnung durch Belgien ein. Ferner meldete Villiers die Bereitstellung von fünf französischen Armeekorps, die dem deutschen Vormarsch Widerstand leisten würden, wenn Belgien hierzu die Erlaubnis erteile. Da Grey die dürftigen Nachrichten über den deutschen Schritt nicht genügten, forderte er den Gesandten auf, ihn so bald wie möglich alles ausführlich wissen zu lassen.

Vom Generalkonsul in Antwerpen war dann noch eine Mitteilung von einem deutschen Vormarsch auf belgischem und holländischem Gebiet eingegangen, die den Tatsachen nicht entsprach[4].

Lichnowsky hatte noch am 2. abends von Jagow eine kurze, etwas unbestimmt gehaltene Mitteilung über die voraussichtlichen Maßnahmen gegenüber Belgien erhalten mit dem Auftrag, diese erst am Montagvormittag der britischen Regierung bekanntzugeben und dabei zum Ausdruck zu bringen, England möge in dem Vorgehen Deutschlands nur einen Akt der Notwehr gegen französische Bedrohung erblicken, und Deutschland wolle auch im Fall eines kriegerischen Konflikts mit Belgien nach Friedensschluß die Integrität Belgiens wahren.

Obgleich Grey mit der Konzeption seiner Rede, die er am Nachmittag vor dem Unterhaus zu halten hatte, noch stark in Anspruch genommen war, empfing er Lichnowsky doch kurz vor der Kabinettssitzung, da er natürlich wissen wollte, ob ihm der Botschafter noch etwas Wichtiges zu sagen hätte. Grey gab sich den

Anschein, daß er über die Mitteilungen Lichnowskys sehr verstimmt sei, und erklärte, daß England den Bruch der belgischen Neutralität nicht so ruhig hinnehmen könnte. Eine Bedrohung durch Frankreich ließ Grey nicht gelten, da die französischen Truppen die Grenze nur überschreiten würden, wenn sie von den Belgiern zu Hilfe gerufen würden. Grey sagte, er werde heute eine Erklärung über die Bedingungen abgeben, unter denen England neutral bleiben würde, und sprach dabei von einem bedingten Bruch (conditional rupture). Auf die Frage Lichnowskys, um welche Bedingungen es sich dabei handeln würde, gab ihm Grey zur Antwort, daß dies die Welt in einer Stunde aus seinen Worten wissen werde, er aber vorher nichts verraten könnte[5]. Lichnowsky, der natürlich merkte, was Grey im Auge hatte, bat dringend, die Neutralität Belgiens nicht als conditio sine qua non anzuführen. Der Botschafter, der den zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zutreffenden Eindruck hatte, daß England, wenn irgend möglich, auch weiter neutral bleiben wollte, gab dann die Erklärung ab, daß Deutschland auch bei einem Waffengang mit Belgien die Unversehrtheit des belgischen Gebiets aufrechterhalten werde. Weiter erklärte er, und zwar auf Grund einer Rücksprache mit dem Marineattaché, daß Deutschland sich im Fall der englischen Neutralität mit seiner Flotte nicht im Kanal zeigen oder der Nordküste Frankreichs nähern würde[6]. Diese Erklärung lag ganz im Sinne der Wilhelmstraße, wie aus einem kurz darauf bei der Botschaft eingehenden Telegramm Jagows hervorging, in dem der Botschafter ermächtigt wurde, er könne bestimmt erklären, daß eine Bedrohung der Nordküste Frankreichs von deutscher Seite nicht erfolgen werde, solange England neutral bleibe[7]. Der Inhalt des Telegramms wurde gleich von einem Attaché der deutschen Botschaft dem Foreign Office übermittelt[8].

Um auch die öffentliche Meinung von dem immerhin bedeutsamen Entschluß, daß Deutschland auf eine Bedrohung der französischen Nordküste verzichtete, in Kenntnis zu setzen, ließ Lichnowsky der Londoner Presse ausführliche Mitteilungen zugehen. Deutschland werde von jeglichem Unternehmen zur See gegen die französische Nordküste Abstand nehmen und sich auch der belgischen Küste nicht als Stützpunkt bedienen, wenn England neutral bleibe. Demgegenüber teilte Paul Cambon der Presse mit, daß selbst eine Achtung der Küste nicht eine Achtung der Neutralität Belgiens sei. Im übrigen sei bereits im deutschen Ultimatum eine Verletzung der Neutralität enthalten[9].

Bereits am Morgen des 3. August war bei Asquith ein Brief John Morleys eingegangen, in dem er mitteilte, er halte an seinem Rücktrittsentschluß fest. Wenn England die Neutralität aufgebe, würde seine Anwesenheit im Kabinett nur störend wirken, und er bitte deshalb, ihn freizugeben. Doch werde er bei der heutigen Sitzung des Kabinetts noch zugegen sein, wenn auch ohne innere Anteilnahme. Ein weiterer Brief lag von Simon vor, der ebenfalls seinen Rücktritt ankündigte. Mit John Burns zusammen waren es somit jetzt drei Minister, die Asquith vor Zusammentritt des Kabinetts ihr Ausscheiden mitgeteilt hatten. Es war daher verständlich, wenn Asquith, dem die Geschlossenheit des Kabinetts über alles ging, zu Beginn der Sitzung einen sehr ernsten Eindruck machte.

Nach Erledigung einiger unbedeutender Angelegenheiten eröffnete der Premierminister, dem inzwischen auch noch der Minister für Bauten, Beauchamp,

seinen Rücktritt mitgeteilt hatte, die Sitzung damit, daß er das Ausscheiden der vier Minister dem Kabinett bekanntgab. Asquith sah der hierdurch geschaffenen Situation klar ins Auge. Resigniert äußerte er, daß wohl noch viele andere Minister des Kabinetts, vielleicht die Mehrheit, die Meinung der zurückgetretenen Minister teilen würden. Auch sei ihm mitgeteilt worden, daß im House of Commons eine starke Mehrheit zur gleichen Richtung neige. Unter normalen Umständen würde er in diesem Fall zum König gehen und um die Demission des Kabinetts bitten. Die Lage der Nation sei aber nichts weniger als alltäglich, und er könne sich nicht selbst davon überzeugen, daß die andere Partei Männer enthalte, die befähigt seien, sich mit den vorhandenen Verhältnissen auseinanderzusetzen. Von dem naheliegenden Gedanken einer Koalition wolle er absehen, da eine solche sich in der englischen Geschichte niemals als gut erwiesen habe. Vielleicht könne man aber an eine teilweise Koalition denken. Auf jeden Fall sei es seine Pflicht, die Lage dem Kabinett so darzulegen, wie sie in Wirklichkeit sei. Auch erklärte Asquith, daß er sich nicht von Grey trennen würde[10].

Man erwartete nun, daß Lord Morley, dessen Ausscheiden für Asquith und das Kabinett den schwersten Schlag bedeutete, einige Worte sagen würde. Morley tat dies auch, begründete aber seinen Entschluß nur noch einmal in der gleichen Weise, wie er es in seinem Brief an Asquith getan hatte. Sein Verbleiben im Kabinett würde nur zu ewigen Auseinandersetzungen mit Winston Churchill führen, ohne daß er die Möglichkeit hätte, irgend etwas Nutzbringendes zur Klärung der Lage beizutragen. Nach Morley sprach Simon kurz, aber mit großer Bewegung und Tränen in den Augen. Beauchamp erklärte nur, daß er sich verpflichtet fühle, sich Morley anzuschließen.

Die Auffassungen im Kabinett waren tatsächlich so, wie sie Asquith eingangs geschildert hatte. Der weitaus größte Teil der Minister war nicht für die Intervention, aber ausschlaggebend war nicht die Zahl, sondern die Dynamik der kleinen Gruppe, die den Eintritt Englands in den Krieg für notwendig hielt und zu der in erster Linie Churchill und Grey gehörten. Das Bestreben von Asquith ging in der Hauptsache dahin, die Einheit des Kabinetts aufrechtzuerhalten. Er verfolgte damit im wesentlichen ein innerpolitisches Ziel in einer außenpolitischen Krise. Von großer Bedeutung in dieser Lage war die Haltung von Lloyd George. Der temperamentvolle Walliser hätte es sicherlich fertigbringen können, eine Spaltung des Kabinetts und damit den Rücktritt der Regierung Asquith herbeizuführen. Lloyd George stellte sich jedoch nicht an die Spitze der Pazifisten und Majorität im Kabinett, die nicht für den Eintritt Englands in den Krieg waren, sondern erhob ernste Vorstellungen namentlich gegenüber Lord Morley. Trotzdem blieb die Lage kritisch, und die Situation wurde schließlich durch das energische Eingreifen von Lord Crewe gerettet, der mit großem Geschick seine Kollegen davon überzeugte, daß sie sich nicht von der Politik Greys und Churchills trennen dürften, da dies nicht nur den Rücktritt des Premierministers und einiger Minister zur Folge haben würde, sondern auch den Zerfall der Partei und den Sturz der Regierung.

Das Kabinett kam darauf zu dem echt englischen Entschluß, die Frage, ob man für den Frieden oder für den Krieg sei, zurückzustellen, aber der sofortigen

Mobilmachung der Flotte und der Armee zuzustimmen, Maßnahmen, die, wie wir wissen, bereits selbständig von Churchill und Haldane im Einverständnis mit Asquith getroffen waren. Man wahrte das Gesicht, tat formell genommen nichts und leitete den Strom doch in die nun einmal als notwendig erkannte Bahn.

Wahrscheinlich noch während des Kabinettsrats oder gleich im Anschluß an die Sitzung richtete Asquith ein kurzes Schreiben an den Generalstabschef Sir Charles Douglas, daß das Kabinett der Mobilmachung zustimme. Er bitte ihn, die entsprechenden Anordnungen zu treffen, doch würde die Verkündung der Mobilmachung erst morgen erfolgen.

Die Minister, die ihren Rücktritt erklärt hatten, waren auf Bitten von Asquith bereit, mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit ihren Entschluß bis nach der Unterhaussitzung geheimzuhalten.

Hierauf trat das Kabinett noch in eine Erörterung der Gesichtspunkte ein, die Grey in der für den Nachmittag festgesetzten Sitzung des Unterhauses vorbringen sollte. Auch wurde eine weitere Sitzung des Kabinetts anberaumt[11].

Alles hing nun davon ab, welchen Eindruck die große Rede Greys im Unterhaus machen würde.

Kurz bevor Sir Edward Grey das Parlamentsgebäude betrat, wurde er davon benachrichtigt, daß der König der Belgier den uns bereits bekannten Appell an König Georg gerichtet hatte, die Unverletzbarkeit der belgischen Neutralität durch „diplomatische" Intervention zu schützen. Auf die Entschließungen der britischen Regierung, die ja weit über die Wünsche des Königs der Belgier hinausgingen, hat das Telegramm keinen Einfluß mehr gehabt[12].

Um 3 Uhr nachmittags war das Unterhaus versammelt und erwartete mit größter Spannung die Rede Greys über die außenpolitische Lage und die vom Kabinett getroffenen Entscheidungen. Alle Minister waren auf ihren Plätzen, auch die zurückgetretenen, wodurch der Eindruck einer völligen Geschlossenheit der Regierung gegenüber dem Parlament hervorgerufen wurde. Asquith triumphierte.

Grey hatte nur wenig Zeit gehabt, sich für die Sitzung vorzubereiten. Dennoch war seine Rede in ihrem Aufbau, in der Formulierung der einzelnen Vorgänge und Absichten der Regierung, vor allem aber in ihrer Wirkung auf das Haus fraglos ein oratorisches Meisterstück. Die Rede, die, wie Grey in seinen Erinnerungen selbst sagt, nie korrigiert und so zu Protokoll genommen wurde, wie er sie gehalten hat[13], enthüllt uns auch den wahren Grund für Englands Eintritt in den Weltkrieg: die Furcht, daß Deutschland Frankreich niederwerfen und eine Hegemonie in Westeuropa aufrichten würde, die eine Gefahr für das britische Weltreich werden könnte. Diese Vorstellung war das Leitmotiv von Greys Politik seit 1906. Es war der Gesichtspunkt, der alle seine Verhandlungen während der Krise beherrschte, und er bildete auch den eigentlichen Kern seiner Rede im Unterhaus.

Selbst im Rahmen eines größeren Werkes würde es zu weit führen, alle Gedanken und Gesichtspunkte der großen Rede Greys wiederzugeben, obgleich sie für die Beurteilung des englischen Außenministers, der Vorkriegspolitik Englands und der Lage, in der sich die britische Regierung am 3. August befand, sehr aufschlußreich und charakteristisch ist. Wir müssen uns aber auf das Wesentlichste beschränken.

Grey ging bei seiner Rede gleich in medias res und erklärte, es sei klar, daß der Friede Europas nicht mehr zu retten sei, da Rußland und Deutschland sich gegenseitig (sic!) den Krieg erklärt hätten. Dann setzte er sehr eingehend auseinander, welche Verpflichtungen sich die Regierung oder das Haus vor der Beschlußfassung vor Augen halten müßte. Er stellte dem Kabinett, ungeachtet seiner wirklichen Uneinigkeit, das Zeugnis aus, daß die Regierung stets einmütig und mit allem erdenklichen Eifer für die Erhaltung des Friedens gearbeitet habe, wobei er der Überwindung der letzten Balkankrise gedachte. Das Haus könne daher in dieser Beziehung mit ihr zufrieden sein. In der gegenwärtigen Krise sei es jedoch nicht möglich gewesen, den Frieden Europas zu retten. Er wolle sich nicht damit aufhalten, weiter auszuführen, wem die Schuld zuzuschreiben sei. Es komme ihm nur darauf an, daß sich das Haus bei seinen Entschlüssen einzig und allein von der Rücksicht auf die Interessen Großbritanniens, seine Ehre und seine Verpflichtungen leiten lasse. Auf diese Weise vermied es Grey sehr geschickt, dem Parlament Stoff zu einer Debatte über das Verhalten irgendeiner Macht oder über die Geschichte und den Ursprung der Krise zu geben.

Nur kurz ging der Minister dann auf die Entwicklung der diplomatischen Lage ein seit der Bildung der beiden großen Mächtegruppen in Europa, Dreibund und Dreiverband, streifte wieder die Balkankrisen und setzte eingehend die Verpflichtungen Englands bei der ersten und zweiten Marokkokrise auseinander. Alle diese Ausführungen hatten jedoch nur den einen Zweck, das Haus auf die Verpflichtungen, die England gegenüber Frankreich durch die Besprechungen zwischen den militärischen und maritimen Fachleuten erwachsen waren, nach und nach vorzubereiten. Grey hob dabei hervor, daß er seine Zustimmung zu diesen Besprechungen nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben habe, daß hierdurch die Regierung nicht verpflichtet oder in ihrer Freiheit beschränkt werden dürfte. Dann folgte die wenig überzeugende Entschuldigung, er hätte seinerzeit die Verantwortung für diese Besprechungen ganz allein übernehmen müssen, da das Kabinett wegen der Wahl nicht hätte zusammengerufen werden können. Er habe nur Sir Henry Campbell-Bannerman, der damals Premierminister war, sowie Haldane als Kriegsminister und Asquith als den damaligen Schatzkanzler befragen können. Sie hätten zugestimmt mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der Regierung im Fall des Ausbruchs einer Krise völlige Handlungsfreiheit gewahrt bleiben müsse. Später sei dem Gesamtkabinett von diesen Besprechungen Kenntnis gegeben worden. Wann dies gewesen ist, sagte der Minister nicht.

Die Agadir-Krise streifte Grey nur ganz kurz, und er behauptete, er habe hier dieselbe Linie eingehalten wie im Jahre 1906, was jedoch nicht ganz zutraf, da Grey sich 1911 noch sehr viel stärker auf Frankreichs Seite gestellt hatte als bei der ersten Marokkokrise, was auch aus der von ihm gebilligten Rede Lloyd Georges vom 21. Juni 1911 hervorgeht.

Nunmehr ging Grey dazu über, dem Hause die Frage der Verbindlichkeiten gegenüber Frankreich auseinanderzusetzen. Dabei las er den Brief vor, den er am 22. November 1912 an Paul Cambon geschrieben hatte und der die bekannten Verpflichtungen enthielt, im Fall eines nicht provozierten Angriffs gegenseitig

die Maßnahmen zu besprechen, die zur Abwehr des Angriffs und zur Erhaltung des Friedens gemeinsam zu treffen wären. Nachdem Grey den Brief bis zu dieser Stelle verlesen hatte, erfolgte ein Zwischenruf Lord Charles Beresfords nach dem Datum dieses Briefes, worauf Grey den 22. November 1912 angab. Der Brief selbst war aber von ihm noch nicht ganz verlesen worden. Es fehlte der Schlußsatz, wenn diese von den beiden Regierungen zu ergreifenden Maßnahmen „militärische seien, dann müßten die Pläne der Generalstäbe sogleich geprüft werden, und die Regierungen hätten dann zu entscheiden, in welchem Ausmaße sie durchzuführen seien[14]". Grey las jedoch diese Stelle des Briefes nicht mehr vor, sondern setzte seine Rede fort.

Das Auslassen dieses Satzes wurde später vielfach beanstandet, und Grey hat es selbst damit erklärt, daß der Zwischenruf ihn gleichsam aus dem Konzept gebracht hätte oder er dem Schlußsatz eine besondere Bedeutung nicht beigemessen habe[15]. Wie dem auch sei, so kann nicht bestritten werden, daß das Kabinett, soviel wir wissen, dem im Schlußsatz enthaltenen Gesichtspunkt nicht entsprochen hat.

Grey fuhr dann fort, daß dieser Brief für die englische Regierung der Ausgangspunkt in der gegenwärtigen Krise wäre, und sagte, der Brief beweise ganz klar, daß England vollkommene Freiheit habe, ob es eingreifen oder sich abseits halten sollte. Die Regierung hätte ebenso wie das Unterhaus volle Freiheit behalten und sei in ihrer Entscheidung in keiner Weise eingeschränkt.

Grey hob dann den Unterschied der Marokkokrise von der gegenwärtigen Krise hervor. Während es sich in der Marokkokrise, wo England zu diplomatischem Beistand verpflichtet war, um einen Streitfall gehandelt habe, der vor allem Frankreich anging, sei die erste Ursache der gegenwärtigen Krise ein Streit zwischen Österreich und Serbien, in den Frankreich gegen seinen Willen durch seine in dem klar ausgesprochenen Bündnis mit Rußland festgelegte Ehrenpflicht hineingezogen würde. Und nun erklärte er, es sei nur billig, dem Hause zu sagen, daß das Bestehen einer Ehrenpflicht Englands in diesem Falle nicht behauptet werden könne, da es nicht zur französisch-russischen Allianz gehöre. Er glaube damit, die Frage eventueller Verpflichtungen in aller Aufrichtigkeit vollständig bereinigt zu haben.

Nachdem Grey dem Hause hiermit darzulegen versucht hatte, daß England durch keine Verpflichtungen gebunden sei, ging er nun an den schwierigsten Teil seiner Rede heran, dem Hause die Zusicherungen mitzuteilen, die er Frankreich gegenüber bezüglich des Schutzes der französischen Küste bereits gegeben hatte, ohne das Haus vorher zu fragen. Er wies auf die seit langem bestehende Freundschaft mit Frankreich hin und erklärte zunächst, daß sich seiner persönlichen Empfindung nach aus dieser Freundschaft auch Verpflichtungen ergäben. Infolge des englisch-französischen Vertrauensverhältnisses sei die französische Flotte im Mittelmeer konzentriert, wodurch die französische Nord- und Westküste völlig ungeschützt sei. Seine eigene Empfindung gehe, wie er zunächst sehr vorsichtig sagte, nun dahin, daß England nicht teilnahmslos zusehen dürfe, wenn in einem Kriege, den Frankreich nicht gesucht habe, eine fremde Flotte, worunter natürlich die deutsche zu verstehen war, den englischen Kanal hinab-

fahre und die unverteidigten Küsten Frankreichs bombardiere. Er glaube, daß dies auch das Empfinden Englands sein dürfte, und er sagte dann, prophetisch in die Zukunft weisend, obgleich es die unmittelbarste Gegenwart betraf, es gebe Zeiten, wo man das Gefühl habe, dieses Empfinden würde sich mit unwiderstehlicher Gewalt über das ganze Land ausbreiten, wenn derartige Umstände eintreten würden.

Nach diesen sentimentalen Worten, die gleichsam das Präludium zu den weiteren Mitteilungen bilden sollten, ging er dazu über, die Dinge auch vom Standpunkt britischer Interessen aus zu betrachten. Dieser solle ihm zur Begründung und Rechtfertigung dessen dienen, was er jetzt dem Hause sagen wolle. Wenn England in diesem Augenblick still halte, werde Frankreich vor die Entscheidung gestellt, entweder die Flotte im Mittelmeer und damit seine Nord- und Westküste ungeschützt zu lassen, oder die französische Flotte aus dem Mittelmeer abzuberufen. Und nun stellte Sir Edward Grey dem Hause dar, wie sich die Lage Englands im Mittelmeer gestalten könnte, wenn Frankreich seine Flotte dort zurückziehe. Europa stehe vor einer Feuersbrunst, deren Grenzen und Folgen niemand voraussehen könne. Wenn der Fall eintrete, daß England plötzlich gezwungen wäre, zur Verteidigung britischer Lebensinteressen am Kriege teilzunehmen, und wenn auch Italien zur Wahrung eigener Interessen seine bisherige neutrale Haltung aufgebe, dann könnte England in die Lage kommen, im Mittelmeer keine ausreichende Flotte zu besitzen, die allein mit einer Kombination anderer Mittelmeerflotten (Österreich, Italien) fertig werden könnte. Damit würde aber das Land durch die jetzige untätige Haltung den schrecklichsten Gefahren ausgesetzt sein. Er betonte noch einmal, daß er dies vom Standpunkt britischen Interesses heraus sage, und fuhr dann fort: aber auch Frankreich habe wohl ein Recht darauf, zu erfahren — und zwar sofort zu erfahren — ob es im Falle eines Angriffs auf seine unbeschützte Nord- und Westküste auf die britische Unterstützung zählen dürfte.

Nachdem Grey das Haus auf diese geschickte Weise von der Notwendigkeit zu überzeugen gesucht hatte, Frankreich mit der englischen Flotte zu Hilfe zu kommen, rückte er endlich damit heraus, daß er in dieser Not und unter dem Zwang der Verhältnisse gestern nachmittag dem französischen Botschafter die uns bekannte Erklärung über die Übernahme des Schutzes der französischen Küste und Schiffahrt gegeben habe. Wir erinnern uns, daß in der Erklärung Paul Cambon gegenüber die Klausel enthalten war, daß die Zusicherung selbstverständlich an die Zustimmung des Parlaments gebunden sei und nicht als Verpflichtung aufgefaßt werden dürfte, bevor eine Handlung der deutschen Flotte hierzu Anlaß gebe. Grey erläuterte die Zusicherung an Cambon in seiner Rede dahingehend, daß sie keine Kriegserklärung sei und keine sofortige Angriffshandlung beinhalte, daß sie aber England „zu einer Angriffshandlung" verpflichte, wenn sich der oben genannte Fall ergebe. Mit anderen Worten hieß dies, daß die englische Flotte eingreifen würde, wenn deutsche Kriegsschiffe französische angreifen oder die Handelsflotte Frankreichs beunruhigen würden. In diesem Fall würde sich dann England im Kriegszustand mit Deutschland befinden. Jedenfalls hatte Grey sich in diesem Sinne am Vormittag Cambon gegenüber geäußert. Grey fuhr dann

fort, da sich die Dinge überstürzten, könne er das Folgende nicht in offizieller Weise bekanntgeben. Soviel er aber verstanden habe, wäre die deutsche Regierung, wenn England sich zur Neutralität verpflichte, bereit zuzugestehen, daß ihre Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen werde. Er habe hiervon erst, kurz bevor er das Haus betreten habe, gehört, wobei er die Erklärung Lichnowskys im Auge hatte, aber es sei dies „ein viel zu eng umschriebenes Versprechen" für England[16].

Als Grey hierauf von der Kammer die Zustimmung zum Schutz der französischen Küste durch die englische Flotte verlangte, erfolgte diese durch Zuruf[17].

Grey ging dann dazu über, die, wie er sagte, von Stunde zu Stunde schwerwiegender werdende Frage der belgischen Neutralität zu erörtern. Nachdem er das Verhältnis Englands zu Belgien unter Berücksichtigung des Vertrages von 1839 sowie der Erklärungen Bismarcks und der Äußerungen Granvilles und Gladstones im Jahre 1870 erläutert hatte, kam Grey auf die Ereignisse der letzten Woche zu sprechen. Er erwähnte die Anfrage in Paris und Berlin und teilte die französische und deutsche Antwort mit. Anschließend gab er dem Hause von dem Ultimatum Deutschlands an Belgien Kenntnis mit dem Bemerken, er wisse noch nicht, ob die Nachricht zutreffe. Auch erwähnte er, daß die britische Regierung wegen eines Garantieversprechens sondiert worden sei, das die Integrität Belgiens nach dem Krieg sicherstelle, worauf er geantwortet habe, England könne über seine mit Belgiens Neutralität verknüpften Interessen oder Pflichten nicht schachern.

Hierauf teilte Grey dem Hause den Appell des Königs der Belgier mit, der im Unterhaus größten Eindruck hervorrief. Grey setzte auseinander, daß die vom König geforderte diplomatische Intervention schon in der letzten Woche erfolgt sei und jetzt nichts mehr nützen könne. Englands Interesse sei die Unabhängigkeit Belgiens, wobei die Integrität die geringste Rolle spiele. Wenn die Truppen einer der kriegführenden Parteien die Neutralität eines Landes (Belgien) verletzen würden, ohne Widerstand zu finden, so wäre am Schluß des Krieges die Unabhängigkeit jedenfalls dahin, ganz gleichgültig wie es mit seiner Integrität stände. Grey variierte diesen Gedanken dann noch weiter und behauptete, wenn Belgien auf Grund eines Ultimatums seine Neutralität opfern oder brechen würde, bedeute dies das Ende seiner Unabhängigkeit, gleichgültig was ihm hierfür geboten würde. Und nun folgerte Grey aus diesem recht willkürlichen Gedanken, wenn Belgiens Unabhängigkeit dahin sei, würde auch die Unabhängigkeit Hollands verlorengehen, und ersuchte das Haus, vom Gesichtspunkt britischer Interessen aus zu beurteilen, was hierbei auf dem Spiele stehe. Hierauf sagte er wörtlich und drückte damit den eigentlichen Grund für Englands Teilnahme am Krieg aus:

> „Wenn Frankreich geschlagen würde, wenn es besiegt auf seinen Knien läge, seine Großmachtstellung verloren hätte und zum Knechte eines Größeren und Mächtigeren (Deutschlands) geworden wäre" — er setze dies zwar nicht voraus, weil er gewiß sei, daß Frankreich die Macht besitze, sich zu verteidigen — „wenn das alles aber dennoch geschähe, und Belgien, Holland und Dänemark nacheinander dem Einfluß derselben Macht verfielen, würde dann nicht Gladstones Wort wahr werden, daß wir einem gemeinsamen Interesse an der Verhinderung des übermäßigen Anwachsens einer einzelnen Macht gegenüberständen?"

In diesen Worten drückte sich die Furcht vor den Folgen eines erneuten vollständigen Sieges Deutschlands über Frankreich wie im Jahre 1870 aus. Dem wollte Grey vorbeugen, und hierin lag der eigentliche Grund für Englands Eintritt in den Weltkrieg.

Den Gedanken, zunächst beiseitezustehen und erst am Ende des Krieges einzugreifen, wies er mit der problematischen Behauptung ab, daß alle materielle Macht, die sie am Ende des Krieges noch besäßen, die Einbuße an Achtung nicht aufwiegen würde, wenn sie sich ihren Verpflichtungen gegenüber Belgien entzogen hätten.

Um es dem Hause leichter zu machen, sich mit der Teilnahme Englands am Kriege abzufinden, fuhr Grey fort, England würde dabei nicht viel mehr leiden, als wenn es beiseitestände. Der Handel wäre brach gelegt, ob England Kriegsteilnehmer sei oder nicht. Auch glaube er nicht, daß England am Ende des Krieges, wenn es neutral bliebe, noch materiell in der Lage wäre, die Ergebnisse des Krieges ungeschehen zu machen und gegebenenfalls zu verhindern, „daß das ganze uns gegenüberliegende Westeuropa unter die Herrschaft einer einzigen Macht geriete". In diesen Worten drückte sich noch einmal die alte Befürchtung Greys aus, die der eigentliche casus belli für England war.

Um sich volle Freiheit für das weitere Vorgehen zu sichern, erwähnte Grey, daß er die belgische Frage etwas hypothetisch behandelt habe, weil er noch nicht alle Tatsachen genau kenne, aber es sei klar, daß dem Land die Pflicht erwachse, sein Äußerstes zu tun, um die Folgen abzuwenden, zu denen die Tatsachen führen müßten, wenn sie unbestritten blieben.

Grey fuhr dann fort, er habe dem Hause die einzigen Verpflichtungen mitgeteilt, die England bis jetzt im Sinne eines bewaffneten Eingreifens übernommen habe. England habe jedoch bis jetzt noch keinerlei Verpflichtung übernommen, ein Expeditionskorps aus dem Lande zu schicken. Die Flotte sei bereits mobilisiert und die Mobilmachung der Armee sei im Gange, aber eine Verpflichtung in bezug auf das Expeditionskorps habe England wegen seiner ungeheuerlichen Verantwortlichkeiten in Indien und anderen Teilen des britischen Weltreiches bis jetzt nicht übernommen.

Der einzige Weg, der die Sicherheit biete, daß England nicht in den Krieg hineingezogen würde, wäre die sofortige Erklärung unbedingter Neutralität. Aber das könne England nicht tun. Und nun desavouierte sich Sir Edward Grey eigentlich selber, indem er sagte, das Versprechen, das England Frankreich gegeben und das er dem Haus vorgelesen habe, verbiete es England. Damit gab er zu, daß die Freiheit des Handelns in Wirklichkeit doch nicht mehr vorlag.

Grey wies dann erneut auf die Verpflichtungen gegenüber Belgien sowie die Möglichkeit einer schädlichen Gestaltung der Mittelmeerlage und einer durch das Ausbleiben der englischen Hilfe verschuldeten Niederlage Frankreichs hin und erklärte, wenn England dies alles außer acht lasse und neutral bleibe, dann würde es seine Achtung, seinen guten Namen und sein Ansehen vor aller Welt opfern, aber trotzdem nicht den ernstesten und schwersten wirtschaftlichen Nachteilen entgehen.

Grey desavouierte sich hierauf erneut, indem er sagte, daß England seinerseits keine Angriffshandlung beabsichtige, (obgleich es doch die deutschen Schiffe im Kanal angreifen wollte!), man wisse aber, daß England doch dazu gezwungen sei, wenn die von ihm ins Auge gefaßten Tatsachen eintreten würden. Grey stärkte dann das Vertrauen des Hauses, indem er auf die Macht der Flotte hinwies, deren Schlagfertigkeit und Ausbildung noch niemals auf einer höheren Stufe gestanden hätten als jetzt.

Er gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelungen sei, dem Hause klarzumachen, daß die Regierung bereit sei, der Situation die Stirn zu bieten, wenn sie sich so entwickeln sollte, wie es wahrscheinlich sei, denn mit dem Frieden Europas habe es jetzt ein Ende. Er glaube, daß die Regierung die weiteste Unterstützung des Hauses finden werde. Das Land habe sich so plötzlich vor diese Situation gestellt gesehen, daß es sich dieser noch nicht ganz bewußt werden konnte. Man denke vielleicht noch immer an den Streit zwischen Österreich und Serbien und sei der Weiterungen noch nicht gewahr geworden, die sich inzwischen daraus ergeben hätten.

Sir Edward Grey schloß dann seine Rede ohne weiteres Pathos, indem er der Überzeugung Ausdruck gab, das ganze Land werde erkennen, wie groß die England im Westen Europas drohende Gefahr sei, und werde der Regierung dann mit Entschlossenheit, Mut und Ausdauer zur Seite stehen[18].

Nach der Rede Greys, die mit größter Begeisterung vom ganzen Haus aufgenommen und an mehreren Stellen lebhaft applaudiert worden war, sprach der Führer der Konservativen Bonar Law der Regierung sein volles Vertrauen aus, und Redmond, der Führer der irischen Home Rule Party, sicherte die Unterstützung Irlands zu. Nur die Labour Party befand sich in der Opposition, indem MacDonald erklärte, die Regierung habe unrecht und die Interessen Englands verlangten die Neutralität. Da er aber sehr richtig fühlte, daß die Mehrheit des Hauses gegen ihn war, verzichtete er auf eine Abstimmung. Morel und Sir Arthur Ponsonby, zwei hervorragende Mitglieder der Arbeiterpartei, wiesen auf die russische Seite der Krise hin, die Grey in seiner Rede fast vollständig übergangen hatte, sowie auf die möglichen Folgen des Krieges, wie Hungersnot, Revolution, ohne jedoch einen besonderen Eindruck im Hause hervorzurufen. Da von keiner Partei eine Abstimmung gefordert wurde, was nach englischem Parlamentsgebrauch als einmütige Billigung der Regierungspolitik angesehen wurde, vertagte sich das Haus mit einstündiger Pause auf 7 Uhr abends.

Nach diesem Teil der Sitzung wurde Grey zu seinem großen Erfolg von allen Seiten lebhaft beglückwünscht. Jedenfalls hatte er sein Ziel erreicht, daß die Regierung vollkommen freie Hand hatte, wie und wann England am Krieg an der Seite Frankreichs teilnehmen würde.

Als Grey das Haus verließ, fragte ihn Winston Churchill, was er nun vorhabe, worauf ihm Sir Edward sagte, man werde jetzt Deutschland ein Ultimatum stellen und verlangen, daß der Einmarsch in Belgien innerhalb 24 Stunden eingestellt werde[19].

Das Ergebnis der Rede war von Nicolson, bei dem sich wieder Wickham Steed eingefunden hatte, mit größter Spannung erwartet worden. Als die Nachricht

eintraf, daß das Haus Grey zugejubelt hatte, und auch der Privatsekretär Nicolsons, Lord Onslow, aus dem Unterhaus zurückkam und die ausgezeichnete Wirkung der Rede bestätigte, atmete Nicolson erleichtert auf und sagte zu Steed: „Jetzt liegt der Weg klar vor uns, aber es wird eine schreckliche Sache sein." In beidem sollte Nicolson recht behalten. —

Nachdem Grey ins Foreign Office zurückgekehrt war, ging Nicolson zu ihm ins Arbeitszimmer, wo er den Minister in trüber Stimmung, ans Fenster gelehnt, antraf. Als Nicolson ihm zum Erfolg seiner Rede gratulierte, gab er keine Antwort, sondern trat, wie es uns Harold Nicolson anschaulich schildert, in die Mitte des Zimmers, schlug mit den Fäusten dröhnend auf den Tisch und stöhnte: „I hate war! I hate war![20]"

Die innere Erregung Greys wird man als Reaktion einer großen seelischen und geistigen Anspannung voll verstehen können. Seine Worte, daß er den Krieg hasse, können aber doch wohl nur dem Ausdruck gegeben haben, daß er sich in diesem Augenblick darüber klargeworden war, daß er durch seine Rede selbst die letzte Entscheidung für den Krieg, den er selbst haßte, herbeigeführt hatte.

Die Berichte der Botschafter über die Rede Greys sind sowohl inhaltlich wie nach ihrer Ausführlichkeit außerordentlich verschieden.

Lichnowsky hatte von der Rede, über die er ziemlich ausführlich in drei Telegrammen nach Berlin meldete, einen außerordentlich günstigen Eindruck gewonnen. Er glaubte trotz einer starken Verstimmung und eines Mißtrauens in die politischen Absichten Deutschlands mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß die Regierung zunächst nicht beabsichtige, in den Kampf einzugreifen und ihre bisherige Neutralität aufzugeben. Die Mitteilung Greys, England werde das Äußerste aufbieten, um die Folgen der belgischen Neutralitätsverletzung zu verhindern, legte der Botschafter so aus, daß England sich nur einer Einschränkung des belgischen Gebiets oder seiner Souveranität entschieden widersetzen würde, und er verstieg sich in zunehmendem Optimismus sogar zu der Bemerkung, man könne die Rede mit Befriedigung hinnehmen und es als einen großen Erfolg ansehen, daß England nicht sogleich den Ententegenossen beitrete. Er sei überzeugt, daß die Regierung auch fernerhin bestrebt sei, ihre Neutralität zu wahren. Hätte der Botschafter gewußt, was Grey zu Winston Churchill gesagt hatte, würde er diesen Bericht sicherlich nicht abgeschickt haben.

Selbst am nächsten Tage berichtigte der Botschafter seine hier mitgeteilten Auffassungen nur insoweit, als er sagte, er glaube nicht, daß Deutschland noch sehr viel länger mit der Neutralität Englands zu rechnen haben werde. Doch schränkte er diesen Gedanken wieder durch die Bemerkung ein, welche Form das Eingreifen annehme und ob es sofort erfolge, entziehe sich seiner Beurteilung. Ja, er glaubte immer noch, daß England den Einmarsch in Belgien, den er bereits als vollzogen ansah, hinnehmen würde, und berichtete, falls Deutschland nicht in der Lage wäre, das belgische Gebiet in allerkürzester Frist zu räumen, sei voraussichtlich mit der baldigen Gegnerschaft Englands zu rechnen[21].

Mensdorff berichtete nur ganz kurz, aber zutreffend, wenn Deutschland in Belgien eindringe, werde sich England dem mit ganzer Kraft entgegenstellen.

Paul Cambon beschränkte sich auf wenige Worte ohne weitere sachliche Bemerkungen. In einem weiteren Telegramm hob er hervor, daß bei den Worten Greys von den Pflichten Englands, die ihm die Ehre und die Freundschaft für Frankreich auferlegten, besonders applaudiert worden sei. Auch machte er noch den Vorschlag, die Novemberbriefe der französischen Kammer bekanntzugeben[22].

Sehr sachlich und ausführlich berichtete Benckendorff. In einem am folgenden Tage abgehenden Telegramm bemerkte er noch, daß Grey es vermieden habe, vom „europäischen Gleichgewicht" zu sprechen, da die radikale Partei hiervon nichts hören wolle. Auch habe er davon abgesehen, die Interessen Rußlands zu erwähnen, während er immer nur die unausbleiblichen Ergebnisse eines etwaigen deutschen Sieges geschildert habe. In der Rede sei klar der Gedanke des Krieges zum Ausdruck gekommen, aber eines Krieges, zu dem England nicht auf Grund von Verpflichtungen, sondern im Interesse seiner Weltstellung gezwungen sei. Sollte Deutschland vollständig nachgeben, so wäre der Krieg für den Augenblick vermieden, aber dennoch würde die Kriegsstimmung und Parteinahme gegen Deutschland so allgemein werden, daß auch dann der Konflikt beinahe unvermeidlich sei. Grey nehme sein Ziel unmittelbar wahr[23]. Der Kommentar Benckendorffs zur Rede Greys zeigt, daß jedenfalls der russische Botschafter von dem englischen Kriegswillen vollständig überzeugt war.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung gab Sir Edward Grey die inzwischen von der belgischen Gesandtschaft dem Foreign Office übermittelte Erklärung von der Übergabe des deutschen Ultimatums und der ablehnenden Antwort der belgischen Regierung bekannt und fügte hinzu, daß die britische Regierung die Mitteilung in ernste Erwägung ziehen würde. Hierauf wurde über Kreditvorlagen der Regierung beraten, worauf sich das Haus vertagte.

Nach der Unterhaussitzung dürfte Grey eine Mitteilung Goschens über Grenzverletzungen vorgelegt worden sein, die der Reichskanzler dem Botschafter zur Verfügung gestellt hatte und die eine starke Tätigkeit französischer Flieger auf deutschem Gebiet feststellte, die jedoch größtenteils unrichtig waren und auf Konto der Kriegspsychose gesetzt werden müssen[24]. Alle diese, wie auch spätere Mitteilungen über deutsche oder französische Grenzverletzungen dürften auf Grey keinen weiteren Eindruck gemacht haben. Abgesehen davon, daß die britische Regierung gar nicht in der Lage war, die sich widersprechenden deutschen und französischen Meldungen auf ihre Zuverlässigkeit nachzuprüfen, war der Entschluß Englands nicht von völkerrechtlichen Delikten, sondern von der großen Frage abhängig, wie sich die Lage Englands nach einem deutsch-französischen Kriege gestalten würde, und hier hatte England in Verfolg seiner bisherigen Politik für Frankreich optiert. —

Am späten Abend trat das Kabinett noch einmal zu einer Sitzung zusammen, um sich über die nunmehr zur Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität nötigen Schritte schlüssig zu werden, die das Eingreifen in den Krieg auch zu Lande herbeiführen sollten. Den Überlegungen der Minister lag die bereits im Unterhaus verlesene Mitteilung über den deutschen Schritt in Brüssel und die belgische Antwort zugrunde. Im weiteren Verlauf der Sitzung dürfte die

um 9 Uhr abends eingegangene ausführliche Mitteilung Villiers' über den deutschen Schritt in Brüssel vorgelegen haben. Anscheinend wurde über die Frage debattiert, ob an Deutschland schon eine Kriegserklärung gerichtet werden oder ob man sich mit einem Ultimatum begnügen sollte. Mit Rücksicht auf die aus Brüssel vorliegende Nachricht, daß Belgien nicht beabsichtige, die Hilfe der Garantiemächte anzurufen, und da ein Einmarsch deutscher Truppen trotz zahlreicher Falschmeldungen noch nicht als erfolgt angenommen wurde, kam das Kabinett zu dem Entschluß, an Deutschland, jedoch erst am Vormittag des folgenden Tages, am 4. August, ein Ultimatum zu richten, in dem die deutsche Regierung um Zurückziehung ihres Ultimatums an Belgien ersucht werden sollte[25]. Einige Minister äußerten noch die Hoffnung, die für andere vielleicht eine Befürchtung war, daß Deutschland der englischen Forderung nachkommen würde. Winston Churchill hielt dies jedoch für ausgeschlossen: Eher könne man ein Schiff mitten im Stapellauf aufhalten, als daß Deutschland dem Vormarsch seiner Armee in Belgien Einhalt gebieten würde. Ebenfalls Grey, sicherlich auch Haldane, waren überzeugt, daß das an die deutsche Regierung gerichtete Ultimatum England den als notwendig erachteten Krieg bringen würde. Bedingungen zu stellen, sei ebenso sicher wie eine Kriegserklärung[26].

Es war somit Grey gelungen, das Kabinett fast einmütig für seine Interventionspolitik zu gewinnen. Simon und auch Beauchamp hatten ihr Rücktrittsgesuch unter gewissen Bedingungen wieder zurückgezogen, so daß das Kabinett nur zwei Abtrünnige aufwies.

Wenn auch der eigentliche und tiefere Grund des englischen Eingreifens in den Krieg die Befürchtung einer deutschen Hegemonie in Westeuropa bildete, so hat Grey das von ihm erstrebte Ziel, daß England „sofort und als ein einiges Volk" in den Krieg eingriff, nur durch den deutschen Einmarsch in Belgien erreichen können[27]. Es war ein Ausgang, der sehr zweifelhaft erschien, als die Krise einsetzte. Sicherlich hätte England, wie Grey auch Cambon zugegeben hatte, in den Krieg eingegriffen, selbst wenn ein deutscher Einmarsch in Belgien nicht stattgefunden hätte, aber das Eingreifen Englands wäre vielleicht dann erst später und nicht mit der gleichen Geschlossenheit erfolgt, wie sie die Verletzung der belgischen Neutralität hervorgerufen hatte.

Über die Ablehnung, daß England zunächst noch keine Truppen nach Frankreich schicken würde, war der britische Botschafter in Paris nicht überrascht. Bertie fand es vorteilhafter für England, nur maritime Hilfe zu leisten, da sie den Krieg durch Aushungerung Deutschlands früher beenden und England einen locus standi verschaffen würde, die Friedensbedingungen zu bestimmen[28]. Militärischer Scharfblick lag in dieser Meinungsäußerung gerade nicht.

Während der Beratung des Kabinetts sprach Lichnowsky mit Tyrrell, der ihm erklärte, die Frage, ob der Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien England zum Aufgeben seiner Neutralität veranlassen werde, sei noch unentschieden, was der Botschafter nach Berlin mitteilte.

Nach der Beratung des englischen Kabinetts am späten Abend des 3. August hatte Grey noch eine Unterredung mit Cambon, der ihn vielleicht schon von der deutschen Kriegserklärung auf Grund eines Telegramms von Viviani unter-

richtete, das kurz vor 9 Uhr abends aus Paris abgegangen war. Grey ermächtigte Cambon, seiner Regierung mitzuteilen, daß in der französischen Kammer die britische Haltung in der Flottenfrage offiziell bekanntgegeben werden könnte und daß die Verpflichtung bindend sei[29]. Was Belgien anbelange, würde sich England an der Neutralität nicht desinteressieren und den Garantievertrag aufrechterhalten. Auch könne der Außenminister die Beendigung der Mobilmachung der englischen Flotte bekanntgeben und mitteilen, daß der Befehl für die Mobilmachung der Armee bereits gegeben sei. Vertraulich teilte Grey Cambon noch mit, daß England ein Ultimatum an Deutschland richten werde, dessen Ablehnung dann den Krieg bedeute.

In seiner Mitteilung über diese Unterredung nach Paris erwähnte Cambon, daß im Kabinett eine Partei gegen die Intervention sei und daß einige Minister zurücktreten würden, wenn der Krieg ausbreche, doch dies könne für Frankreich nur günstig sein.

Am Abend hatte Grey noch eine Unterredung mit dem belgischen Gesandten de Lalaing, den er davon unterrichtete, daß England eine deutsche Verletzung der belgischen Neutralität mit Krieg beantworten werde[30].

Auch König Georg hatte dem König der Belgier in einer persönlichen Botschaft die formelle Zusicherung der britischen Unterstützung im Fall einer deutschen Invasion gegeben[31].

Der amerikanische Botschafter Walter Hines Page hatte im Laufe des Tages bei Nicolson angefragt, ob es Zweck hätte, wenn die Vereinigten Staaten ihre guten Dienste zur Erhaltung des Friedens anbieten würden, was nach Nicolson jedoch in diesem Augenblick, wo in ganz Europa die Armeen feindselig gegeneinander aufmarschierten, nicht in Betracht gezogen werden konnte. Vielleicht könne das Anerbieten aber später, wenn eine Atempause eingetreten sei, mit Erfolg vorgebracht werden.

Da der amerikanische Botschafter sich dennoch betätigen wollte, begann er, Deutschland in Amerika anzuschwärzen, und gab noch am Abend eine Mitteilung nach Washington, das Foreign Office sei der Ansicht, daß Deutschland und Österreich schon vor einiger Zeit endgültig den Plan für einen allgemeinen Krieg gefaßt hätten, der jetzt überlegt ausgeführt werde, da dies der günstigste Augenblick für einen deutschen Erfolg sei. Die allgemeine Meinung gehe dahin, daß Deutschland der entschlossene Angreifer sei[32]. Mit diesem Telegramm setzte die Propaganda ein, die später neben anderen Umständen den Eintritt Amerikas in den Krieg nach sich zog.

Kapitel 62

Die Kriegserklärung an Frankreich

Berlin, 3. August: Deutschlands Verzicht auf Unternehmungen gegen die französische Nordküste — Belgien verwehrt den Durchmarsch — Besprechungen beim Kaiser — Vorbereitungen des Einmarsches — Telegramm an den König der Belgier — Szögyény gegen den Einmarsch in Belgien — Der Notenkampf um die Grenzverletzungen — Protest Jules Cambons — Beschwerde Jagows — Goldautos? — Ein guter Entwurf wird nicht verwandt — Absendung der Kriegserklärung an Frankreich — Der russische und der französische Botschafter verlassen Berlin — Betrachtungen Bethmann Hollwegs — Deutschland und die Neutralitätserklärung Italiens — Die Haltung neutraler und anderer Staaten.

Selbst am 3. August wurden noch deutscherseits die Versuche fortgesetzt, England zu einer neutralen Haltung zu bestimmen. Die Veranlassung hierzu bildete der ausführliche Bericht Lichnowskys über seinen bereits erwähnten Besuch bei Asquith, wobei der Premierminister dem Botschafter erklärt hatte, die neutrale Haltung Englands würde durch eine Verletzung der belgischen Neutralität sowie durch einen Angriff auf die Nordküste Frankreichs erschwert. Das Telegramm war am Abend des 2. August in Berlin eingetroffen und wurde noch in der Nacht den militärischen Stellen und der Marine zugestellt. Auch dem Kaiser dürfte eine Abschrift vorgelegt worden sein, jedenfalls schrieb Wilhelm II. auf Grund der Mitteilungen Lichnowskys am Morgen an Tirpitz, der gegenwärtige Zustand zwischen Deutschland und England sei seines Erachtens völkerrechtlich vollkommen unhaltbar. Obgleich England neutral sei oder doch vorgebe, neutral bleiben zu wollen, liege es auf der Wacht für Frankreich, um dessen Nordküste zu beschützen. Dadurch binde es die deutsche Flotte, obgleich er mit Frankreich im Kriege sei und dieses schon Kriegshandlungen vorgenommen habe. England müsse sofort durch Lichnowsky darauf aufmerksam gemacht werden, daß seine Haltung von Deutschland als ein kriegerischer Akt angesehen werden müßte, da es sich kriegführenden Völkern angeschlossen habe und gegen ein anderes Volk bereits handelnd eintrete. Der Botschafter solle England zu einer Äußerung zwingen, ob es sich im Kriegszustand mit Deutschland befinde oder neutral sein wolle. Der Aufmarsch der englischen Flotte gegen Deutschland zur Deckung Frankreichs werde als kriegerischer Akt angesehen werden. Die deutsche Flotte müsse Bewegungsfreiheit haben[1].

Die gleichen Gedankengänge finden wir auch in der bereits an früherer Stelle erwähnten Randbemerkung des Kaisers zu einem Artikel des „Berliner Tageblatts", wo er ebenfalls die Deckung der französischen Nordküste durch die englische Flotte als Mithilfe eines Bundesgenossen statt der Haltung eines Neutralen bezeichnete. So könne der Zustand nicht bleiben. England müsse unbedingt Farbe bekennen. Zu einem weiteren Telegramm Lichnowskys, in dem der Botschafter die Mobilmachung der englischen Flottenreserven mitgeteilt und zum

Ausdruck gebracht hatte, daß dies nicht als eine endgültige Entscheidung für ein unmittelbares Eingreifen Englands in den Krieg angesehen werden dürfe und er an eine vorläufig abwartende Haltung Englands glaube, bemerkte der Kaiser: „Armer Lichnowsky, der wird ein Erwachen haben aus seinen Diplomatenträumen. Er hat nichts gemerkt und mich um ein Haar um meinen Aufmarsch gebracht[2]!"

Tirpitz war jedoch der Meinung, es sei besser, England jetzt noch nicht vor ein Entwederoder zu stellen, sondern empfahl in einem Schreiben an den Kaiser, Lichnowsky zu telegraphieren, daß ein Vorgehen gegen die nordfranzösische Küste nicht beabsichtigt sei, solange England neutral bleibe. Selbst bei späterer Kriegserklärung Englands könne die Mobilmachung der Marine und die wirtschaftliche Mobilmachung Deutschlands durch ein Hinhalten nur gewinnen.

Die Sache schien dem Kaiser so wichtig, daß er noch am Vormittag Bethmann Hollweg und Tirpitz zu sich kommen ließ. Hierbei scheint vom Kaiser die Frage aufgeworfen worden zu sein, ob eine sofortige Kriegserklärung von Deutschland an England nicht opportun sei. Tirpitz war dagegen, da ein Vorgehen der deutschen Flotte gegen die nordfranzösische Küste vorläufig sowieso nicht beabsichtigt sei*.

Noch bevor der Kanzler zum Schloß gefahren war, hatte Jagow bereits nach eigenem Ermessen ein Telegramm an Lichnowsky herausgehen lassen, Deutschland könne bestimmt erklären, daß eine Bedrohung der Nordküste Frankreichs nicht erfolgen werde, solange England neutral bleibe. Wie wir uns erinnern, hat Lichnowsky am gleichen Vormittag nach Rücksprache mit dem Marineattaché schon von sich aus Grey eine entsprechende Mitteilung gemacht, die der Minister in seiner Unterhausrede jedoch mit der Bemerkung abgetan hat, sie sei ein nicht ausreichendes Versprechen.

War somit die Gefahr, daß England zum Schutz der französischen Nordküste offen in den Krieg gegen Deutschland eintreten würde, nach Ansicht der Wilhelmstraße hiermit gebannt, so ließ sich die zweite von Asquith für die britische Neutralität aufgestellte Bedingung, auf den Einmarsch in Belgien zu verzichten, zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erfüllen.

Schon während der Nacht waren von dem deutschen Gesandten in Brüssel mehrere Meldungen eingegangen, die besagten, daß auf die Sommation an Belgien wohl mit einer negativen Antwort zu rechnen sei. Kurz nach 1 Uhr mittags traf dann auch die Mitteilung ein, daß sich die belgische Regierung den deutschen Vorschlägen gegenüber ablehnend verhalte und jeder Verletzung der belgischen Neutralität mit Gewalt entgegentreten werde[3]. Die belgische Note selbst, deren Inhalt wir bereits gebracht haben, ging erst am Abend kurz vor 8 Uhr in Berlin ein. Im Auswärtigen Amt hatte man anscheinend mit einer zustimmenden Antwort für den Durchmarsch der deutschen Truppen gerechnet. Jedenfalls war dies der Eindruck, den Szögyény dem Grafen Berchtold mitteilte[4]. Weiter

* Tirpitz: „Ohnmachtspolitik", S. 25. Admiral von Tirpitz hat hier angegeben, daß er das Schreiben an den Kaiser erst nach der Audienz abgesandt habe, doch es ist wahrscheinlicher, daß zunächst das Schreiben an den Kaiser erfolgt ist und erst hierauf die Audienz.

wurde der Wilhelmstraße durch Lichnowsky bekannt, daß sich der König der Belgier an England gewandt hatte.

Um 4 Uhr nachmittags war Bethmann Hollweg noch einmal im Schloß zum Vortrag beim Kaiser. Bei dieser Besprechung dürfte die belgische Frage im Vordergrund gestanden haben. Kurz nach der Audienz bat der Kaiser den Kanzler schriftlich um sofortige telephonische Mitteilung, ob in London bei Bekanntgabe der Sommation an Belgien der Zusatz gemacht worden sei, Deutschland gebe selbst im Fall eines kriegerischen Konflikts mit Belgien der englischen Regierung die „bündige" Erklärung, daß Deutschland auch in diesem Fall den Bestand des belgischen Staates garantiere[5]. Durch diese Erklärung hoffte der Kaiser die englische Neutralität vielleicht noch zu retten. Den Gedanken hatte zuerst Moltke in dem Lagebericht des Generalstabs vom 2. August nachmittags angeregt[6]. Jagow hatte in diesem Punkt schon den Wünschen des Kaisers gemäß gehandelt, indem er, wie wir wissen, Lichnowsky bereits am Nachmittag des vorhergehenden Tages eine entsprechende Mitteilung hatte zukommen lassen und der Botschafter auch Gelegenheit gehabt hatte, Grey davon in Kenntnis zu setzen. Die Mitteilung an Grey war von Lichnowsky auf Grund des Telegramms von Jagow jedoch nicht mit dem Akzent erfolgt, den der Kaiser dieser Erklärung beigemessen wissen wollte. Daß eine entsprechende Mitteilung nach London schon abgesandt war, wurde dem Monarchen mitgeteilt[7].

Weiteres wurde zur Abschwächung des ungünstigen Eindrucks, den der drohende Einmarsch in Belgien hinterlassen hatte, nicht mehr versucht, vielmehr mußten jetzt die letzten diplomatischen Vorbereitungen für die Aktion selbst getroffen werden.

So richtete Moltke an das Auswärtige Amt die Bitte, am 4. August, 6 Uhr morgens, der belgischen Regierung mitzuteilen, daß Deutschland zu seinem Bedauern durch das ablehnende Verhalten der königlich belgischen Regierung gegenüber seinen wohlmeinenden Vorschlägen gezwungen sein werde, die notwendigen Sicherheitsmaßregeln gegen die französische Bedrohung, wenn es sein müsse, mit Waffengewalt zur Ausführung zu bringen. Eine Kriegserklärung an Belgien hielt Moltke, wie er dem Auswärtigen Amt ferner mitteilte, nicht für erwünscht, weil er immer noch hoffte, mit Belgien zu einer Verständigung zu kommen, wenn der Regierung der Ernst der Lage klar werde[8].

Dem Wunsch Moltkes wurde durch ein Telegramm an Below entsprochen.

An diesem Abend war auch die bereits erwähnte Antwort des Kaisers an den König der Belgier auf dessen Brief vom 1. August abgesandt worden. Damit unterstützte der Kaiser das von Moltke versuchte vergebliche Bestreben, trotz des Einmarsches noch zu einer Verständigung mit Belgien zu kommen.

Der k. u. k. Botschafter Graf Szögyény war mit dem Einmarsch in Belgien mit Rücksicht auf England wenig einverstanden und machte den Einwand geltend, England werde sich, durch den Neutralitätsbruch erregt, jetzt noch viel mehr auf die Seite Frankreichs und Rußlands stellen, worauf ihm erklärt wurde, daß nun das Militär das Wort habe und man dem Militär nicht hineinreden könne[9]. In der Tat wäre zu diesem Zeitpunkt auch ein Aufgeben des Einmarsches in Belgien vom militärischen Standpunkt aus praktisch so gut wie ausgeschlossen gewesen.

Abgesehen von der französischen Nordküste und dem Einmarsch in Belgien spielten auch am 3. August die Grenzverletzungen an der deutsch-französischen Grenze, nicht nur England gegenüber, sondern auch in den aufs höchste gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, eine zunehmende Rolle.

In der Nacht waren sowohl aus London wie aus Paris Beschwerden über angebliche deutsche Grenzverletzungen eingegangen. Lichnowsky hatte die auf der bereits erwähnten Falschmeldung von einer Grenzüberschreitung deutscher Truppen bei Nancy beruhende Beschwerde Crowes mitgeteilt und wie erinnerlich hinzugefügt, daß nach Crowe ein Überschreiten der Grenze ohne Kriegserklärung in London einen schlechten Eindruck machen werde. Schoen hatte gemeldet, daß Frankreich Protest gegen deutsche Grenzverletzungen bei Delle eingelegt habe. Die Nachrichten wurden sofort von Jagow dementiert und auch Rom davon in Kenntnis gesetzt. Jagow hoffte immer noch, durch derartige Mitteilungen die Consulta davon zu überzeugen, daß Deutschland von Frankreich angegriffen und Italien zum Mitgehen verpflichtet sei. Schoen wurde bei dieser Gelegenheit davon unterrichtet, daß wegen fortgesetzter Grenzüberschreitungen durch französische Truppen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen unmittelbar bevorstehe. Von dem Telegramm konnten jedoch auf der deutschen Botschaft nur die letzten Worte entziffert werden, da alles übrige gänzlich verstümmelt in Paris einging.

Vom Generalstab wurde dem Auswärtigen Amt telephonisch mitgeteilt, daß gegen 11 Uhr vormittags französische Flieger in Richtung Mülhausen (im Elsaß) gesichtet worden seien, die später wieder den Rückflug nach Frankreich angetreten hätten[10]. Es war dies eine der wenigen Meldungen, deren Richtigkeit auf Grund französischer und britischer Mitteilungen nachgewiesen werden kann. So hatte auch der Chef des französischen Nachrichtenbüros in Belfort am 3. August gegen Mittag dem Kriegsminister gemeldet, daß ein französischer Reserveflieger namens Deneau in der Nähe von Mülhausen gelandet, aber sofort wieder nach Belfort zurückgeflogen sei, wobei er beschossen wurde. Das Überfliegen der Grenze wurde zwar in der Meldung damit erklärt, daß der Flieger sich verirrt hätte[11], was an der Tatsache der Grenzverletzung natürlich nichts ändern konnte. In einer Mitteilung Berties an Grey vom 4. August wird der gleiche Vorfall auf Grund einer Mitteilung des französischen Kriegsministeriums so dargestellt, der Flieger habe die Richtung verloren, sei irrtümlich in einem Vorort von Mülhausen gelandet, wieder aufgestiegen und habe dann unbeschädigt Belfort erreicht[12].

Der Vorfall beweist jedenfalls, daß die Meldungen, französische Flieger hätten die deutsche Grenze überflogen, nicht alle aus der Luft gegriffen waren.

Einem Auftrag Vivianis entsprechend wurde noch am Vormittag Jagow vom französischen Botschafter schriftlich ein förmlicher Einspruch wegen Grenzverletzungen bei Delle in der Nähe von Belfort und bei Joncherey zugestellt. Bethmann Hollweg erkundigte sich daraufhin sofort bei Moltke, ob die Meldung zutreffend sei, worauf ihm versichert wurde, daß bis 10 Uhr morgens kein deutscher Soldat auf französischem Boden gewesen sei. Cambon erwähnte bei der Mitteilung über die Abgabe seines Protestes nach Paris, daß nach Pressemitteilungen fran-

zösische Flieger Bomben bei Nürnberg abgeworfen haben sollten, und warnte davor, sich durch derartige Handlungen ins Unrecht zu setzen[13].

Kurz nachdem der französische Botschafter seinen Protest der Wilhelmstraße übermittelt hatte, suchte Jagow Cambon auf, um sich nun seinerseits über verschiedene Vorfälle zu beschweren, die sich die französischen Truppen und hauptsächlich die Flieger hätten zuschulden kommen lassen. Da Jagow, wie er Cambon sagte, seine Protestnote noch nicht gelesen hatte, teilte ihm der Botschafter die Beschwerde seiner Regierung mit und erwähnte besonders das Eindringen deutscher Patrouillen bei Joncherey. Während Cambon und Jagow die beiderseitigen Grenzverletzungen gegeneinander abwogen, fand vor der französischen Botschaft auf dem Pariser Platz eine Demonstration statt, bei der die „Wacht am Rhein" gesungen wurde und auch Rufe gegen Frankreich laut wurden. Als Cambon fragte, wie das alles enden würde, machte ihm Jagow die Mitteilung, daß Schoen wahrscheinlich heute die Weisung erhalte, seine Pässe zu verlangen, und alsdann werde auch er, Cambon, die seinigen bekommen. Damit wußte Cambon, daß der Bruch da war. Beim Abschied äußerte der Botschafter noch den Wunsch, sich vom Reichskanzler persönlich zu verabschieden, wovon Jagow jedoch abriet, da die Zusammenkunft zu nichts dienen würde und für beide nur peinlich sein könnte.

Am Nachmittag traf endlich eine eingehende Mitteilung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf ein, in der der erwähnte Vorfall von den 12 Autos mit französischen Offizieren in preußischer Uniform näher dargelegt wurde. Die Vorgänge selbst konnten von uns nicht genauer untersucht werden, doch dürfte sich der Fall vielleicht so zugetragen haben, daß einige uniformierte Holländer in Autos an die deutsche Grenze gefahren und dann wieder zurückgekehrt sind. Da aber ein Unglück selten allein kommt, gab der gleiche Landrat, der die Meldung nach Düsseldorf aufgegeben hatte, eine weitere Meldung an den Reichskanzler, die sich der Mitteilung über die 12 Autos würdig an die Seite stellte. Vom Generalkommando des VII. Armeekorps sei mitgeteilt worden, daß sicherem Vernehmen nach ein großer Geldtransport für Rußland heute nacht über die holländische Grenze durch Deutschland gebracht werden solle[14]. Obgleich der mehr als tollkühne Transport natürlich nicht stattgefunden hat, wurden die Goldautos in den ersten Kriegstagen in vielen Städten Deutschlands einwandfrei festgestellt.

Alle diese Nachrichten über tatsächliche oder nur infolge der Kriegspsychose in der Einbildung vorhandene Grenzverletzungen hatten, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, auf den Gang der großen Ereignisse keinen nennenswerten Einfluß. Hieran ändert auch nichts die Tatsache, daß bei der am 3. August erfolgten deutschen Kriegserklärung an Frankreich Grenzverletzungen formell die Hauptrolle spielten.

In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August war gleichzeitig mit der Kriegserklärung an Rußland auch der Wortlaut einer entsprechenden Erklärung an Frankreich entworfen worden. Dieser Entwurf, der später leider nicht abgesandt, sondern durch einen anderen Wortlaut ersetzt wurde, gibt in sehr viel besserer Form die eigentlichen Gründe für die Notwendigkeit einer Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich wieder, als dies bei der dann später wirklich abge-

sandten Note der Fall war. Der Entwurf hatte nach Zusätzen und Ergänzungen vom 1. August folgenden Wortlaut[15]:

Dringend! Berlin, den 1. August 1914

Falls die französische Regierung auf unsere Anfrage keine befriedigende Antwort erteilt, wollen Ew. Exz. ihr heute nachmittag 6 Uhr mitteleuropäischer Zeit folgende Erklärung überweisen:

„Die deutsche Regierung ist von Beginn der Krisis an um einen friedlichen Ausgleich bemüht gewesen. Aber während sie auf Wunsch Sr. M. des Kaisers von Rußland und in Fühlung mit England noch zwischen Wien und St. Petersburg vermittelte, hat Rußland sein gesamtes Heer und seine Flotte mobilisiert. Durch diese Maßregel, der keine außerordentlichen Kriegsvorbereitungen in Deutschland vorangegangen waren, ist das Deutsche Reich in seiner Sicherheit bedroht worden. Einer solchen Gefahr nicht entgegentreten, hieße um die Existenz des Reichs spielen. Die deutsche Regierung hat daher die russische Regierung zur sofortigen Einstellung der Mobilmachung gegen Deutschland und seinen Verbündeten Oesterreich-Ungarn aufgefordert. Gleichzeitig hat die deutsche Regierung die Regierung der französischen Republik hiervon in Kenntnis gesetzt und sie in Anbetracht der bekannten Beziehungen der Republik zu Rußland um eine Erklärung darüber ersucht, ob Frankreich in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Hierauf hat die französische Regierung die zweideutige und ausweichende Antwort gegeben, Frankreich werde das tun, was seine Interessen geböten. Mit dieser Antwort behält sich Frankreich vor, sich auf Seiten unserer Gegner zu stellen, und es ist in der Lage, uns jeden Augenblick mit seiner inzwischen mobilisierten Armee in den Rücken zu fallen. Deutschland muß in diesem Verhalten um so mehr eine Bedrohung erblicken, als auf die an Rußland gerichtete Aufforderung, die Mobilisierung seiner Streitkräfte einzustellen, nach längst verstrichener Frist keine Antwort eingegangen und daher ein russisch-deutscher Krieg ausgebrochen ist. Deutschland kann die Wahl des Zeitpunktes, in dem die Bedrohung seiner westlichen Grenze zur Tat wird, nicht Frankreich überlassen, sondern muß, von zwei Seiten bedroht, sofort seine Verteidigung ins Werk setzen.

Hiernach bin ich beauftragt, Ew. Exz. folgendes zu eröffnen:

‚S. M. der deutsche Kaiser erklärt im Namen des Reichs, daß Deutschland sich als im Kriegszustand mit Frankreich befindlich betrachtet.'"

Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach westeuropäischer Zeit umgehend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte amerikanischer Botschaft übergeben.

Jagow.

Dieser Entwurf wurde jedoch nicht verwertet, wie überhaupt die Absicht, eine Kriegserklärung an Frankreich zu erlassen, inzwischen zurückgestellt worden war. Noch am 2. August war der Reichskanzler in Übereinstimmung mit dem Kriegsministerium und Generalstab der Auffassung, daß die Kriegserklärung an Frankreich aus militärischen Gründen noch nicht notwendig sei. Die Absendung der Note unterblieb auch, weil man in der berechtigten Annahme war, daß die Franzosen als die Bundesgenossen Rußlands angreifen würden und hiermit eine Kriegserklärung überhaupt überflüssig werden würde. Diesem Wunsch lag der Gedanke zugrunde, daß, wenn Frankreich als Angreifer dastehen würde, dies die Haltung Englands und Italiens in einer für Deutschland günstigen Weise beeinflussen

könnte. Wir müssen uns noch erinnern, daß der Kanzler sich mit seiner Auffassung, es sei vor der Übergabe der Sommation an Belgien zur Begründung des Notstandsrechts erforderlich, den Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich zu notifizieren, nicht durchsetzen konnte. Im übrigen bestand im Generalstab die Auffassung, die sich auch in Randbemerkungen des Kaisers ausdrückte, daß zwischen Deutschland und Frankreich infolge der französischen Grenzverletzungen der Kriegszustand bereits eingetreten sei[16]. Bethmann Hollweg hielt aber an der Auffassung fest, daß trotz der vom Generalstab gemeldeten Grenzverletzungen eine Notifizierung des Kriegszustandes notwendig sei. Hierbei dürfte der Kanzler auch durch die bereits erwähnte Mitteilung Lichnowskys bestärkt worden sein, daß es einen schlechten Eindruck machen und vielleicht auf die endgültige Entscheidung in England von Einfluß sein werde, wenn deutsche Truppen die französische Grenze überschreiten würden, ohne daß vorher eine Kriegserklärung in Paris erfolgt sei. Im übrigen dürfte der Entschluß des Kanzlers, eine Kriegserklärung abzugeben, auf die Einwirkung des Direktors der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat Kriege, zurückzuführen sein, dessen Haltung sehr stark von völkerrechtlichen Grundsätzen und Formalitäten bestimmt war.

All dies führte dazu, daß die Absendung einer Kriegserklärung am Morgen erneut zwischen Jagow und Moltke, wahrscheinlich noch vor der Audienz des Kanzlers beim Kaiser, erörtert wurde. Als Moltke wieder geltend machte, daß eine Kriegserklärung nicht notwendig sei, da die Franzosen doch schon kriegerische Handlungen und Grenzverletzungen vorgenommen hätten, erwiderte Jagow, wenn dies zu beweisen wäre, könne Deutschland den Krieg wegen der Grenzverletzungen erklären, und fragte den Generalstabschef, ob die Nachrichten auch sicher wahr wären. Hierauf erklärte Moltke etwas erregt, er hätte die dienstlichen Meldungen, also wären die Nachrichten richtig. Jagow machte sich nun die Auffassung Moltkes zu eigen, daß die Meldungen über die französischen Grenzverletzungen zuverlässig seien. Da er es außerdem für zweckmäßiger hielt, den Ausbruch des Krieges mit dem militärischen Vorgehen Frankreichs zu begründen, auch mit Rücksicht auf London und Rom, um Frankreich als den Angreifer hinstellen zu können, entschloß er sich zu folgender neuer Fassung der Kriegserklärung an Frankreich, die sich ausschließlich auf den Grenzverletzungen aufbaute[17]:

Die deutschen Truppen hätten bis jetzt Befehl gehabt, die französische Grenze strengstens zu respektieren, und hätten diesen Befehl überall strikt befolgt. Dagegen hätten trotz Zusicherung der Zehnkilometerzone französische Truppen schon gestern bei Altmünsterol und auf einer Gebirgsstraße in den Vogesen die deutsche Grenze überschritten und ständen noch auf deutschem Gebiet. Ein französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen haben müsse, sei bei dem Versuch, die Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, schon gestern abgeschossen worden. Mehrere andere französische Flugzeuge seien gestern zweifelsfrei über dem Eifelgebiet festgestellt worden. Auch diese Flieger müßten belgisches Gebiet überflogen haben. Und nun kam die später von der Kriegspropaganda gegen Deutschland immer wieder verwertete unrichtige Meldung, daß gestern, d. h.

am 2. August, französische Flieger Bomben auf die Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg abgeworfen hätten.

An diesen Tatsachenbericht, der wie gesagt, in einzelnen Punkten, auch was den abgeschossenen Flieger bei Wesel anbetraf, nicht ganz richtig war, wurde die Mitteilung geknüpft, daß Frankreich somit Deutschland in den Kriegszustand versetzt habe. Der Krieg wurde also eigentlich gar nicht erklärt, sondern lediglich der durch französische Grenzverletzungen eingetretene Kriegszustand notifiziert.

Der Botschafter wurde angewiesen, dies um 6 Uhr nachmittags der französischen Regierung mitzuteilen, seine Pässe zu fordern und nach Übergabe der Geschäfte an die amerikanische Botschaft abzureisen[18]. Der Inhalt dieser Kriegserklärung ist dem Kaiser anscheinend vorher weder mitgeteilt noch der Wortlaut ihm vorgelegt worden.

Das Telegramm wurde 5 Minuten nach 1 Uhr beim Haupttelegraphenamt aufgegeben und kam in fast bis zur Unverständlichkeit verstümmelter Weise am Nachmittag in Paris an*.

Der sachliche Inhalt des Telegramms an Schoen, abgesehen von der Notifizierung des Kriegszustandes, wurde am frühen Nachmittag auch Sir Edward Goschen mitgeteilt. Hierbei wurde auf Grund der bereits erwähnten Meldung des Generalstabs hinzugefügt, daß die französischen Nachrichten, die deutschen Truppen hätten die französische Grenze nicht respektiert, durchaus unwahr seien und bis heute vormittag 10 Uhr sich kein deutscher Soldat auf französischem Boden befunden habe[19]. Mit Bezug auf die Mitteilung von den französischen Fliegern, die bei Karlsruhe und Nürnberg die Bahnen zerstört hätten, wurde hinzugefügt, man müsse es als unbestreitbare Tatsache feststellen, daß gestern auf französischer Seite Friedensbrüche stattgefunden hätten und Frankreich auch die belgische Neutralität verletzt habe. Die letztere Bemerkung bezog sich auf das Überfliegen belgischen Gebiets durch französische Flieger.

Die schriftliche Mitteilung an Goschen wurde jedoch durch eine nachfolgende mündliche Mitteilung eingeschränkt, deutsche Truppen hätten in einigen Fällen aus Sicherheitsgründen die Grenze überschritten und die Nachricht vom Abschießen französischer Flieger habe sich nicht bestätigt. Goschen gab die Mitteilung noch am Nachmittag an Grey weiter, bei dem sie etwa eine halbe Stunde nach Übergabe der Kriegserklärung in Paris einging. Daß solche gleich wieder abgeänderten Mitteilungen zu den in der Kriegserklärung aufgeführten Gründen keinen günstigen Eindruck machten, liegt auf der Hand.

Vom Wolffschen Telegraphenbüro wurde amtlich eine Inhaltsangabe der Kriegserklärung veröffentlicht, bei der etwas abweichend vom Text der Kriegserklärung erwähnt wurde, daß französische Kompanien seit gestern nacht deutsche Ortschaften besetzt hielten[20].

Der Telegrammwechsel wegen der Grenzverletzungen ging auch nach Absendung der Kriegserklärung weiter. Lichnowsky machte noch einmal Mit-

* Der vielfach angenommenen Ansicht, daß die Verstümmelung von den Franzosen absichtlich vorgenommen worden sei, pflichtet der Verfasser nicht bei. Die Telegraphenlinie Berlin–Köln–Paris war am Nachmittag gestört.

teilung von der verhängnisvollen Wirkung, die der angebliche deutsche Einmarsch in Frankreich (Nancy), ohne daß bereits Kriegszustand eingetreten sei, bei den Engländern hervorgerufen habe.

Um das Auswärtige Amt über den Stand der Grenzverletzungen genau zu orientieren, wurde der Wilhelmstraße von seiten des Generalstabs um Mittag eine Zusammenstellung der vorliegenden Meldungen über französische Verletzungen deutschen Gebiets telephonisch übermittelt. Hierbei wurden die in der Kriegserklärung verwendeten Meldungen über Grenzüberschreitungen bei Altmünsterol und Wesel und von den französischen Fliegern über dem Eifelgebiet erneut bestätigt. Dagegen wurden die in der Kriegserklärung erwähnten Flieger, die bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben abgeworfen haben sollten, nicht mehr erwähnt[21]. Anscheinend wurde inzwischen festgestellt, daß die Meldungen falsch waren. Auch ging gleichzeitig eine Mitteilung des preußischen Gesandten in München, von Treutler, ein, daß die Meldung von den französischen Fliegern bei Nürnberg keine Bestätigung gefunden habe. Es seien lediglich unbekannte Flugzeuge gesichtet worden, die augenscheinlich keine Militärfahrzeuge waren. Das Abwerfen von Bomben sei nicht festgestellt, ebensowenig, daß die Flieger Franzosen gewesen wären[22]. Von einer Berichtigung des Telegramms an Schoen wurde aus naheliegenden Gründen Abstand genommen.

Gegen Mittag hatte der russische Botschafter Swerbejew Berlin verlassen. Zu seiner Verabschiedung hatte sich auf dem Bahnhof Friedrichstraße sein französischer Kollege Jules Cambon eingefunden, während die englische Botschaft nicht vertreten war. Cambon verfehlte nicht, dies gleich nach Paris mitzuteilen.

Um 6 Uhr abends, also zur gleichen Zeit, als die Notifizierung des Kriegszustandes in Paris durch den deutschen Botschafter erfolgen sollte, wurden Jules Cambon vom Auswärtigen Amt die Pässe zugestellt. Die Abfahrt des französischen Botschafters erfolgte nach einigem Hin und Her am 4. August nach 10.30 Uhr abends unter nicht gerade sehr glücklichen Begleitumständen über Schleswig nach Dänemark. Da die Eisenbahnlinien durch Militärtransporte stark in Anspruch genommen waren, kam der Zug des Botschafters nur sehr langsam vorwärts. Auch machte die leichte Zerstörbarkeit der Hochbrücke über dem Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Rendsburg besondere Vorsichtsmaßregeln erforderlich, die der mit kriegerischen Notwendigkeiten nicht vertraute Botschafter unangenehm empfand.

Noch am späten Abend richtete der Kanzler wie auch am Tage vorher ein ausführliches Telegramm an Lichnowsky, das wieder eine Art Rechenschaftsbericht darstellte und die Notwendigkeit des deutschen Einmarsches in Belgien betraf. Deutschland sei dazu durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen worden. Es befinde sich in militärischer Zwangslage. Die unselige russische Mobilmachung hätte Deutschland der Gefahr ausgesetzt, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden. Die französische Mobilmachung hätte gezeigt, daß Mobilmachung eben fatalistisch den Krieg nach sich ziehe, und Deutschland müsse jetzt, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um sich seiner Haut zu wehren. Es liege keinerlei „absichtliche" Verletzung des Völkerrechts vor, sondern nur die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft. Er

hätte seine ganze Arbeit als Reichskanzler darangesetzt, in Gemeinschaft mit England allmählich einen Zustand herbeizuführen, der den Wahnsinn einer Selbstzerfleischung der europäischen Kulturnationen unmöglich machte. Rußland habe durch das verbrecherische Spielen mit dem Feuer diese Absicht durchkreuzt. Er hoffe bestimmt, daß England durch seine Haltung in dieser Weltkrise einen Grund legen werde, auf dem nach ihrem Abschluß Deutschland und England gemeinsam verwirklichen könnten, was jetzt durch die russische Politik zerstört worden sei[23]. So sehen wir, daß der Kanzler die Hoffnung, England werde vielleicht doch neutral bleiben, selbst am 3. August abends noch nicht völlig aufgegeben hatte.

Der gleiche Optimismus kam auch in einem Fernspruch des Admiralstabs an den Flottenchef zum Ausdruck, daß von der Flotte alles zu vermeiden sei, was England als eine gegen sich gerichtete Handlung auffassen könnte, da eine neutrale Haltung Englands noch immer möglich sei und von der deutschen Politik mit allen Kräften erstrebt werde. Es war kurz vor 9 Uhr abends, als dieser Fernspruch an den Chef der deutschen Flotte aufgegeben wurde[24].

Die verschiedentlich erwähnten Mitteilungen Jagows und Bethmanns über französische Grenzverletzungen nach Rom hatten nicht das erwünschte Ergebnis, da San Giuliano den Standpunkt vertrat, daß alle diese Handlungen nur eine Folge des ersten aggressiven Vorgehens Österreichs gegen Serbien seien und daher für Italien den casus foederis nicht nach sich ziehen könnten. Alle Versuche Flotows, die schon einen bedenklichen Grad von Schärfe angenommen hatten, sowie das Vorgehen Méreys, den italienischen Außenminister umzustimmen, blieben erfolglos. Auch die Mission des Flügeladjutanten des Kaisers, Major von Kleist, der den König von Italien im Auftrag des Monarchen am Vormittag des 3. August aufgefordert hatte, sofort mobil zu machen und die „vertragsmäßig festgelegte Bundeshilfe" zu leisten, konnte weder an der Haltung des Königs noch der italienischen Regierung etwas ändern. Der König, der nach seinen Worten gegenüber Kleist mit ganzem Herzen für Deutschland fühle und noch vor Wochen keinen Augenblick gezweifelt habe, daß Italien bei einem Krieg den Verbündeten aktiv helfen werde, befürchtete jetzt, daß ein aktives Zusammengehen mit Österreich im italienischen Volk einen Sturm der Entrüstung, ja einen Aufstand hervorrufen könnte. Der König beklagte sich insbesondere darüber, daß ein bestimmtes Versprechen Österreichs für die Zukunft gefehlt habe.

Wie Flotow am 3. August zusammenfassend der Wilhelmstraße meldete, waren es drei Dinge, durch die die neutrale Haltung Roms bedingt wurde: 1. die Furcht vor inneren Unruhen, 2. die Rücksicht auf England und 3. das Fehlen von Kompensationen.

Am Nachmittag gingen von dem italienischen Botschafter Bollati bei Jagow zwei Privatschreiben ein. In dem einen Schreiben übersandte Bollati ein Telegramm des Königs von Italien, das er dem Kaiser zu übermitteln bat. In dem Telegramm hatte Viktor Emanuel erklärt, er bedauere, daß ihre beiderseitigen Bemühungen, die schweren internationalen Folgen des Vorgehens Österreich-Ungarns abzuwenden, vergeblich gewesen seien. Von Anfang an

habe seine Regierung Berlin und Wien wissen lassen, daß sie, da der im Dreibundvertrag vorgesehene casus foederis gegenwärtig nicht zutreffe, ihre ganze diplomatische Tätigkeit aufbieten werde, um für die Sache des Friedens zu wirken.

Dem zweiten Schreiben Bollatis lag die offizielle Neutralitätserklärung Italiens bei, die der Botschafter auf diesem Wege übermittelte, da er, wie er schrieb, sehr leidend sei und deshalb nicht selbst kommen könnte. In der offiziellen Note war ohne Begründung zum Ausdruck gebracht worden, daß die italienische Regierung beschlossen habe, in dem gegenwärtigen Konflikt Neutralität zu beobachten[25].

Auch an Franz Joseph hatte der König von Italien auf das Ersuchen des Kaisers von Österreich vom 1. August, seine Bündnispflichten zu erfüllen, ein Schreiben gerichtet und dabei versichert, daß er den Verbündeten gegenüber eine herzlich-freundschaftliche Haltung bewahren werde, gemäß dem Dreibundvertrag, entsprechend seiner eigenen aufrichtigen Gesinnung und im Einklang mit den großen Interessen, die Italien zu schützen habe[26].

Dem österreichischen Botschafter in Rom gegenüber hatte sich San Giuliano zwar über die „schikanöse" Politik Österreichs in Albanien beklagt, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß Italien möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt am Kriege teilnehmen würde.

Am Abend des 3. August ging noch eine Mitteilung des Gesandten in Kristiania ein, wonach Norwegen, Dänemark und Schweden voraussichtlich am 4. August ihre Neutralität im deutsch-russischen Kriege erklären würden. Ferner traf vom Botschafter in Tokio die Meldung ein, daß Japan Deutschland gegenüber zwar freundlich gesinnt sei, aber eingreifen müsse, wenn England Japans Hilfe in Ostasien oder Indien fordere. Rußland sei bestrebt, Japan entgegenzukommen[27].

Die Bestrebungen des Kaisers, den Balkanstaaten klarzumachen, daß es ihre Aufgabe sei, sich Deutschland und Österreich anzuschließen und gegen Rußland zu marschieren, um sich auf ewig von der Vorherrschaft der slawischen Großmacht zu befreien, wurden auch am 3. fortgesetzt. Wie aus einem Telegramm des Königs von Griechenland hervorging, der die Gründe für sein Nichtmitgehen näher darlegte, war mit einem Anschluß Griechenlands nicht zu rechnen. Aussichtsvoller erschienen die Versuche, mit Bulgarien zu einem Bündnis zu kommen[28].

Ein Erfolg war jedoch in Konstantinopel zu verzeichnen, als der deutsche Botschafter von Wangenheim noch am 3. August vormittags mitteilen konnte, daß am 2. um 4 Uhr nachmittags der Bündnisvertrag mit der Türkei unterzeichnet worden sei[29]. Die Mitteilung wurde sofort nach Sofia und Bukarest weitergegeben. Auf Wunsch Jagows sollte jedoch das Bündnis vorläufig geheimgehalten werden, um die Bewegungen deutscher Schiffe im Mittelmeer nicht zu stören. Es betraf dies die beiden Kreuzer „Goeben" und „Breslau", die sofort nach Konstantinopel beordert wurden. Da mit dem Eingreifen Englands in den Krieg gegen Deutschland gerechnet werden müsse, wurde der Botschafter angewiesen, das Erforderliche

zu veranlassen, damit die englische Marinemission mit der türkischen Flotte keinen Mißbrauch treiben könne.

Was die Haltung Rumäniens anbelangt, so wurde eine Veröffentlichung des Geheimabkommens mit Rumänien im gegenwärtigen Augenblick nicht für möglich gehalten. Dagegen rechnete man mit einem Mitgehen Rumäniens gegen Rußland, wenn Rußland die Neutralität des Königreichs verletzen würde. Der Kanzler glaubte, daß es Rumänien genügen würde, wenn sich Bulgarien verpflichte, auf die Dobrudscha zu verzichten, um mit Deutschland gegen Rußland vorzugehen.

Kapitel 63

Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich

Paris, 3. August: Italien erklärt in Paris seine Neutralität — Beschwerde Szécsens bei Viviani und Bertie — Ministerrat im Élysée — Paris kann bei Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland mit Eingreifen Englands rechnen — Nachrichten aus Brüssel — Anfrage des belgischen Militärattachés beim französischen Generalstabschef — Joffre zurückhaltend — Die Kriegserklärung an Frankreich — Frankreich und der Kriegszustand — Viviani in Sorge um die Haltung Englands — Richtigstellung einer falschen Nachricht durch Havas — Abreise Schoens.

Die Frage, welche Haltung Italien einnehmen würde, war natürlich auch für Frankreich namentlich in militärischer Hinsicht von größter Bedeutung. Es war daher für den Quai d'Orsay eine sehr willkommene Nachricht, als der französische Botschafter in Rom Viviani schon am 2. August hatte mitteilen können, daß der italienische Ministerrat sich endgültig für die Neutralität ausgesprochen hatte, wenn Italien, wie San Giuliano von Barrère nahegelegt worden war, sich auch noch nicht verpflichtet hatte, eine offizielle Erklärung abzugeben. Erst am frühen Morgen des 3. August konnte der italienische Geschäftsträger, Prinz Ruspoli, in Vertretung Tittonis, der sich auf einer Nordlandreise befand, Viviani im Auftrag seiner Regierung die Erklärung abgeben, daß Italien neutral bleiben würde[1]. Auch wurde die Nachricht von der Agenzia Stefani verbreitet. Natürlich setzte der Quai d'Orsay London hiervon in Kenntnis und teilte es Iswolski mit.

Der spanische Botschafter hatte im Auftrag seiner Regierung am Quai d'Orsay die freundschaftliche Haltung Spaniens versichert und erklärt, Frankreich könne in dem bevorstehenden Konflikt mit Deutschland die französisch-spanische Grenze unbesorgt von französischen Truppen entblößen.

Da der Pariser Pöbel verschiedentlich deutsche und österreichische Geschäfte zerstört und geplündert hatte und auch sonstige Ausschreitungen und Belästigungen gegen Deutsche und Österreicher vorgekommen waren, beschwerte sich Graf Szécsen am Vormittag bei Viviani, der die Vorfälle schließlich bedauerte und Abhilfe versprach. Szécsen machte hiervon auch Bertie als dem Doyen des diplomatischen Korps Mitteilung. Sir Francis hörte die Klagen seines österreichischen Kollegen mit großer Teilnahme an und suchte ihn durch die Mitteilung zu trösten, daß auch er heute morgen keine Milch zu seinem Kaffee bekommen hätte. Wichtiger war, daß Szécsen dem britischen Botschafter während der Unterhaltung noch versicherte, daß die russische allgemeine Mobilmachung vor – und nicht nach – der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Wien befohlen worden sei[2].

Am Vormittag fand im Élysée wieder ein Ministerrat statt, bei dem die bereits erwähnte Umbildung des Kabinetts vorgenommen wurde. Viviani gab sein Portefeuille als Außenminister an den früheren Ministerpräsidenten und Minister des Äußeren, Gaston Doumergue, ab.

Von größtem Interesse für das französische Kabinett und den Quai d'Orsay war nach wie vor die Haltung Englands. Schon in der Nacht war eine eingehende Mitteilung Paul Cambons über die Entscheidungen des britischen Kabinetts vom 2. abends eingegangen. Auf die Anfrage Vivianis, was er der französischen Kammer über die Haltung Englands sagen dürfe, teilte der Botschafter mit, daß Grey eine Verschiebung der Kammererklärung bis nach seiner heutigen Unterhausrede vorschlage. Daraufhin setzte Viviani Cambon davon in Kenntnis, daß die Kammer erst für morgen einberufen sei.

Am Nachmittag erfuhr der Quai d'Orsay zunächst von Paul Cambon, daß Grey mit der Abänderung seiner Erklärung über die Haltung der englischen Flotte vor dem Parlament entsprechend den Wünschen Vivianis einverstanden war. Wie erinnerlich, war Grey hiernach bereit, mit der englischen Flotte der französischen Marine vollen Schutz zu gewähren für den Fall, daß die französische Kriegs- und Handelsflotte oder die Küste Frankreichs von Deutschland angegriffen würde. Weiter wurde dem Quai d'Orsay durch ein Telegramm Paul Cambons bekannt, daß Grey auf die Bitte Lichnowskys, Englands Neutralität nicht von der belgischen Frage abhängig zu machen, nicht eingegangen war, aber auch, daß Deutschland auf Operationen zur See wie auch darauf verzichten würde, sich der belgischen Küste als Stützpunkt zu bedienen, wenn England neutral bliebe. Aus dieser Mitteilung dürfte dem Quai d'Orsay klargeworden sein, daß mit einem Eingreifen Englands auf dem Kontinent erst dann zu rechnen war, wenn deutsche Truppen in Belgien einrücken würden.

Von dem deutschen Schritt in Brüssel und der Ablehnung des Ultimatums durch Belgien wurde der Quai d'Orsay am Vormittag durch Klobukowski zutreffend, wenn auch nicht sehr eingehend unterrichtet. Die von Frankreich angebotene militärische Hilfe war von Belgien, wenn auch höflich, abgelehnt worden, vielleicht weil man sich noch nicht darüber schlüssig geworden war, ob Belgien die Hilfe aller Garantiemächte anrufen würde.

Der belgische Militärattaché in Paris, Collon, hatte sich am Nachmittag an General Joffre, bei dem sich auch der russische Militärattaché eingefunden hatte, gewandt und um Anweisungen gebeten für einen Vorstoß der belgischen Armee gegen die durch Luxemburg vorgehenden deutschen Armeekorps. Über die Absichten der belgischen Armee teilte dabei Collon mit, daß die an der Grenze aufmarschierten belgischen Truppen sich bei einem deutschen Vormarsch mit Protest auf die Maasfestungen zurückziehen würden, um von hier aus einem deutschen Flankenmarsch Widerstand zu leisten. Der französische Generalstabschef nahm die Mitteilungen des belgischen Militärattachés sehr vorsichtig auf, da Joffre sich zu diesem Zeitpunkt über die wahren Absichten Belgiens selbst noch nicht ganz klargeworden war. Das Mißtrauen gegenüber Collon, der vorher Kabinettschef Broquevilles gewesen war, hatte seinen Grund vielleicht auch darin, daß der belgische Militärattaché in dem Ruf großer Deutschfreundlichkeit stand[3].

Während die deutsche Kriegserklärung die Botschaft in Petersburg ziemlich unvermittelt getroffen hatte, war die deutsche Botschaft in Paris auf diesen Schritt schon durch den deutschen Einmarsch in Luxemburg vorbereitet. Aus dem am

Vormittag aufgegebenen, verstümmelt in Paris eingegangenen Telegramm Jagows hatte auch soviel entziffert werden können, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen unmittelbar bevorstehe. Weiter deuteten Telegramme der Wilhelmstraße über die Behandlung von Kauffahrteischiffen auf die in Aussicht stehende Kriegserklärung hin[4]. Ferner war dem Botschafter durch Szécsen mitgeteilt worden, daß die Berliner Regierung sich durch Fliegerangriffe zur Kriegserklärung an Frankreich veranlaßt gesehen habe[5].

Über die deutschen Grenzverletzungen war Poincaré nachmittags ein Bericht des Generalstabs zugegangen, der im wesentlichen folgendes enthielt: Das Überschreiten der Grenze durch deutsche Truppen bei Longwy und Sainte-Marie-aux-Mines war dementiert worden. Dagegen wurde das Vordringen von Patrouillen bei Delle bestätigt. Ferner wurden von Nancy Grenzverletzungen gemeldet durch deutsche Radfahrer bei Brin sowie durch Ulanen bei Moncel, Zusammenstoß einer Kavalleriepatrouillle mit Zollbeamten bei Suarce sowie das Vordringen einer Erkundungsabteilung deutscher Dragoner nach Chavanatte. Ferner war die von Bethmann Hollweg nach London übermittelte Meldung des deutschen Generalstabs über die französischen Grenzverletzungen nach dem Stand vom 2. August abends vom Foreign Office über Bertie an den Quai d'Orsay gelangt, wobei die Mitteilung insofern eine kleine Metamorphose aufwies, als die beiden Franzosen, die angeblich den Cochemer Tunnel sprengen wollten und dabei erschossen sein sollten, als zwei französische Frauen angegeben wurden[6]. In Wirklichkeit war, wie bereits mitgeteilt wurde, weder versucht worden, den Tunnel zu sprengen, noch war jemand erschossen worden. Die Greuelpropaganda feierte ihre ersten Orgien. Eine weitere Meldung besagte, daß die belgische Neutralität anscheinend noch nicht verletzt sei[7].

Um 4.15 Uhr nachmittags französischer Zeit traf das Telegramm Bethmann Hollwegs, das den Auftrag der Notifizierung des Kriegszustandes enthielt, in stark verstümmelten Chiffren in Paris ein. Das Telegramm war um 1.05 Uhr auf direktem Wege, um 1.15 Uhr noch einmal via England nach Paris weitergegeben worden. Anscheinend hat auch noch eine dritte Übermittlung über die Schweiz stattgefunden, die allerdings erst am 5. August in Paris eintraf und keine Verstümmelung aufwies[8].

Das auf der Botschaft eingegangene Telegramm ergab nach der Entzifferung zunächst folgenden Wortlaut[9]:

„Telegramm 193 Berlin, den 3. August 1914
Deutsche Erwehrungen hatten Brennerei kel italienischer Botschafter. Wir würden Grenze strengstens respektiert und avisiert Juli strikt befolgen. Dagegen haben trotz körperlich 10 Ihnen Zone französisch aneinander schon Elena bei alt mü ansehen erol und Hypothek Gebirge Straße, Uebereinkunft iu ge sen ante Howard ultramontan und angesichts noch auf relativ Gebiet. Französische Flieger der Belgien Gebiet traité begründet kurz zu warten wurde bei Versuch Bassora bei Wesel zu zerstören. Schon gestern herab mp. Mehrere andere französische kts Nowoje Wremja sind gestern über Eifel-Gebiet Zuzug frei festgestellt. Auch diese müssen Belgien Gebiet Renouard begründet haben. Gestern warf französischer Flieger Bombe auf Bahn bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat Krieg sonach Saragossa Kriegszustand versetzt. Bitte Abbröcklung Acker heute nachmittag 6 Uhr dortiger

Regierung mitteilen, Ihre Pässe fordern und nach Uebergabe der Geschäfte an amerikanischen Botschafter abreisen.

Bethmann Hollweg."

Auf Grund dieses stark verstümmelten Wortlauts wurde von der Botschaft mit höchst bewundernswertem Geschick nachfolgender Wortlaut für die der französischen Regierung zu übergebende Note festgelegt[10]:

„Herr Ministerpräsident,

Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine Anzahl zweifellos feindseliger Handlungen festgestellt, die durch französische Militärflieger auf deutschem Gebiet begangen worden sind. Mehrere davon haben offenbar die Neutralität Belgiens verletzt, indem sie das Gebiet dieses Landes überflogen haben. Einer hat versucht, Bahnbauten bei Wesel zu zerstören, andere sind über der Gegend der Eifel gesehen worden, ein anderer hat Bomben auf die Eisenbahnen bei Karlsruhe und Nürnberg geworfen.

Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Ew. Exz. zur Kenntnis zu bringen, daß in Anbetracht dieser Angriffe das Deutsche Reich infolge des Vorgehens Frankreichs sich als im Kriegszustande mit Frankreich befindlich betrachtet.

Ich habe gleichzeitig die Ehre, Ew. Exz. zu benachrichtigen, daß die deutschen Behörden die in deutschen Häfen befindlichen Kauffahrteischiffe zurückhalten, jedoch wieder freigeben werden, wenn binnen 48 Stunden die volle Gegenseitigkeit gesichert ist.

Da somit meine diplomatische Mission beendigt ist, erübrigt mir nur, Ew. Exz. zu bitten, mir meine Pässe verabfolgen zu lassen und die Ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, um meine Rückkehr nach Deutschland mit dem Personal der Botschaft, der bayerischen Gesandtschaft und des deutschen Generalkonsulates in Paris sicherzustellen.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

v. Schoen.

Sr. Exz. Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten."

Vergleicht man diesen Wortlaut mit dem von Bethmann Hollweg aufgegebenen Telegramm, so ergibt sich, von Nebensächlichkeiten abgesehen, folgender Unterschied: Es fehlt die einleitende Bemerkung, daß deutscherseits die französische Grenze strengstens respektiert worden sei, während französische Truppen trotz Zusicherung der Zehnkilometerzone die deutsche Grenze bei Altmünsterol und auf einer Gebirgsstraße in den Vogesen überschritten hätten und noch auf deutschem Gebiet ständen. Auch die Mitteilung, daß der Flieger bei Wesel abgeschossen worden sei (wir erinnern uns, daß er in Wirklichkeit notlandete), war nicht erwähnt. Während es in dem Telegramm Bethmann Hollwegs geheißen hatte: „Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt", lautet die entsprechende Stelle in der Formulierung der deutschen Botschaft, daß „das Deutsche Reich infolge des Vorgehens Frankreichs sich als im Kriegszustande mit Frankreich befindlich betrachtet". Ferner war die Mitteilung über das Verhalten gegenüber Kauffahrteischiffen entsprechend einer früheren Weisung Jagows mit aufgenommen worden[11].

Als der Wortlaut gegen 5.30 Uhr nachmittags festgelegt worden war, ließ der Botschafter beim Kabinett des Ministerpräsidenten anfragen, ob er Viviani um

6 Uhr sprechen könnte, worauf Viviani bat, der Botschafter möchte schon früher zu ihm kommen, da er um 6 Uhr zum Ministerrat gehen müßte[12].

Schoen begab sich darauf im Kraftwagen zu Viviani. Auf der Fahrt zum Ministerium wurde der Botschafter durch zwei Leute belästigt, die auf das Trittbrett seines Wagens sprangen, und erst nach Eingreifen von Geheimpolizisten, die dann im Auto des Botschafters Platz nahmen, gelang es Schoen, ohne weitere Zwischenfälle den Quai d'Orsay zu erreichen.

Der Botschafter wurde nach seinem Eintreffen im Ministerium um 5.40 Uhr nachmittags sogleich von Viviani in Gegenwart von Margerie empfangen. Schoen nahm zunächst Gelegenheit, sich über den Zwischenfall bei seiner Herfahrt zu beschweren, und erhob auch Einspruch gegen die Zerstörung deutscher Läden durch den Pariser Pöbel. Viviani brachte gebührenderweise sein Bedauern über die Vorfälle zum Ausdruck[13].

Hierauf gab Schoen dem Ministerpräsidenten mündlich davon Kenntnis, daß sich Deutschland aus den erwähnten Gründen mit Frankreich als im Kriegszustand befindlich betrachte, und forderte seine Pässe. Gleichzeitig teilte der Botschafter mit, daß seine Erklärung schriftlich nachfolgen werde. Der ihm zugegangene Auftrag sei infolge Verstümmelung des Telegramms zum größten Teil nicht lesbar gewesen und enthalte allem Anschein nach noch ernstere französische Angriffshandlungen als die Bombenabwürfe der französischen Flieger. Margerie warf daraufhin sofort ein, daß auch im Quai d'Orsay in letzter Zeit mehrfach verstümmelte Telegramme eingegangen seien[14].

Viviani nahm die Erklärung Schoens gewissermaßen als etwas Selbstverständliches hin, wenn er auch die Begründung mit aller Entschiedenheit zurückwies. Es sei ausgeschlossen, daß irgendeiner der behaupteten Fliegerangriffe stattgefunden hätte. Auch sonst hätten die französischen Truppen die Zehnkilometerzone sorgsam beachtet, wogegen deutsche Kavalleriepatrouillen in kriegerischer Absicht in französisches Gebiet eingedrungen seien[15].

Schoen erwiderte, daß ihm von deutschen Angriffen nichts bekannt sei, und seinen Worten war zu entnehmen, daß auch die Verletzung der luxemburgischen und belgischen Neutralität gleichsam eine Antwort auf die Absicht Frankreichs sei, seine Truppen durch die Gebiete dieser Staaten vorrücken zu lassen[16].

Hierauf empfahl der Botschafter noch die in Frankreich zurückbleibenden Deutschen der Fürsorge Vivianis, besprach dann Näheres über seine Abreise und hob zum Schluß noch einmal hervor, er sei sich bewußt gewesen, auf die Herstellung guter Beziehungen mit Frankreich ernstlich bedacht gewesen zu sein und alles in seinen Kräften Stehende getan zu haben, um eine so unheilvolle Wendung, wie sie nun eingetreten sei, zu verhüten. Während Schoen dem Ernst der Lage entsprechend innerlich bewegt war, bewahrte Viviani eiskalte Ruhe. Jedoch vollzog sich der Abschied in den Formen vollendeter Höflichkeit. Viviani begleitete den Botschafter bis in den Hof des Ministeriums und wartete, bis Schoen seinen Wagen bestiegen hatte und abfuhr.

Inzwischen war die Reinschrift der Notifizierung des Kriegszustandes für den französischen Ministerpräsidenten fertiggestellt, und der Botschaftsrat Prinz Hermann Hatzfeldt fuhr damit zum Quai d'Orsay. Da von der französischen

Geheimpolizei empfohlen wurde, nicht den Kraftwagen des Botschafters zu benutzen, um sich nicht wieder etwaigen Zwischenfällen auszusetzen, wurde ein Kraftwagen des Quai d'Orsay geholt, mit dem Prinz Hatzfeldt dann zum Kabinett des Ministers fuhr, wo er den schriftlichen Wortlaut der Note um 6.45 Uhr abends abgab[17].

Den mündlichen Erklärungen Schoens dürfte Viviani in erster Linie entnommen haben, daß die diplomatischen Beziehungen infolge der mitgeteilten feindlichen Handlungen französischer Flieger abgebrochen würden und der Botschafter abreisen werde. Wie die Erklärung über den Kriegszustand aufzufassen war, scheint anfangs verschieden beurteilt worden zu sein. Dieser Unsicherheit in der Beurteilung der Lage ist es wohl auch zuzuschreiben, daß in der Mitteilung des Quai d'Orsay an den Generalstab nur erwähnt worden ist, daß der deutsche Botschafter um 5.40 Uhr seine Pässe gefordert habe und die diplomatischen Beziehungen um diese Zeit abgebrochen worden seien. Vom Kriegszustand oder gar einer Kriegserklärung wurde jedoch bei dieser telephonischen Mitteilung an den französischen Generalstab nichts gesagt[18].

Auch bei der von Berthelot aufgesetzten Mitteilung an die Vertreter Frankreichs im Ausland, die kurz vor 9 Uhr abends herausging, war bei der Wiedergabe des Besuchs von Schoen vorangestellt, daß der Botschafter seine Pässe gefordert habe, wobei gleichsam zur Begründung dieses Schritts die von Schoen mitgeteilten Fliegerangriffe angeführt wurden. Doch gab man hier schon bekannt, daß angesichts dieser Angriffe, wie das Schreiben Schoens sage, sich das Deutsche Reich im Kriegszustand mit Frankreich, veranlaßt (du fait) durch diese letztere Macht, betrachte. Dann wurde hervorgehoben, Viviani habe diese unrichtige Behauptung des Botschafters in aller Form bestritten und seinerseits an die gestrige Note erinnert, in der Frankreich gegen die seit zwei Tagen begangenen deutschen Grenzverletzungen Einspruch erhoben hatte. In der Note an die ausländischen Vertreter Frankreichs kam somit der Kriegszustand mit Deutschland noch nicht zum Ausdruck.

Die gleiche Auffassung tritt uns auch in einer Mitteilung Iswolskis an Sasonow entgegen, in der er nur den Tatbestand des Besuchs des deutschen Botschafters bei Viviani, sowie die beabsichtigte Abreise der Botschaft und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, jedoch nicht den eingetretenen Kriegszustand erwähnte.

Auch dem britischen Botschafter war zunächst nur die Mitteilung zugegangen, daß der deutsche Botschafter heute Paris verlassen werde. Von dem zwischen Deutschland und Frankreich eingetretenen Kriegszustand sowie insbesondere von der Begründung wurde Bertie nichts mitgeteilt.

Wie uns Poincaré mitteilt, sei Viviani sehr verbittert über die Erklärung von Schoen, in der man eine Unredlichkeit der deutschen Regierung erblickte, ins Élysée gekommen. Anscheinend hat man dann im Ministerrat darüber debattiert, wie die Mitteilung Schoens aufzufassen sei, ob der Kriegszustand schon eingetreten wäre und wen die Verantwortlichkeit hierfür treffe. Wenn man den Kriegszustand anerkannte, so lag darin in gewissem Sinne ein Zugeben der Fliegerangriffe, die diesen Zustand herbeigeführt haben sollten, also auch ein Zugeben der

Verantwortlichkeit Frankreichs. Schließlich scheint man zu der Auffassung gekommen zu sein, daß jedenfalls der Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten sei, wenn man auch die von deutscher Seite gegebene Begründung nicht anerkennen wollte.

Um diese Auffassung der Mitteilung Schoens in Frankreich zu verstehen, darf man nicht außer acht lassen, daß man am Quai d'Orsay natürlich wußte, daß französische Flieger, wie einer bei Wesel, ein anderer bei Mülhausen, die Grenze überflogen hatten und Patrouillen auf deutsches Gebiet vorgedrungen waren. Ein gewisses Schuldbewußtsein, selbst wenn man die Handlungen als Versehen hinstellte, lag somit natürlich vor. Andererseits waren, wie wir gesehen haben, Grenzverletzungen auch auf deutscher Seite vorgekommen.

Erst am späteren Abend, nachdem man wohl in Ruhe die von Hatzfeldt überbrachte schriftliche Erklärung der Notifizierung des Kriegszustandes gelesen hatte, scheint sich dann die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß — und zwar nahm man die Zeit 7.30 Uhr abends an — der französischen Regierung der Krieg erklärt worden sei. Jedenfalls findet sich diese Mitteilung in einer für den russischen Militärattaché, Graf Ignatiew, bestimmten Notiz vor, die um 10 Uhr abends von Messimy unterzeichnet wurde. Der Mitteilung war die Bemerkung hinzugefügt worden, daß der Minister an die getroffenen Vereinbarungen erinnere und mit einer schnellen Offensive der russischen Armee rechne. Messimy machte diese Mitteilung Ignatiew auch noch persönlich, wobei er ihm sagte, daß ein unverzüglicher, sehr starker Angriff der deutschen Armeen erwartet werde. Doch könne die Verteidigung der französischen Grenze als gesichert gelten. Bei der Weitergabe dieser Mitteilung nach Petersburg bemerkte Ignatiew, daß die allgemeine Begeisterung gewaltig sei[19].

Die französische Regierung fand sich mit der Notifizierung des Kriegszustands trotz der ihr unangenehmen, auch in vielen Angaben unrichtigen Begründung ab und sah den Tatsachen ins Auge. Im Grunde genommen waren die Erklärungen Schoens jedoch ziemlich gleichgültig, da man den Kriegszustand, wenn auch infolge deutscher und nicht französischer Grenzverletzungen, als gegeben ansah. Bezeichnend für diese Auffassung ist eine Mitteilung des Grafen Szécsen, der Berchtold am Abend des 3. August berichtete, daß das lange Zögern der deutschen Regierung, ihren Botschafter abzuberufen, wo die Feindseligkeiten „beiderseits begonnen hätten", einen schlechten Eindruck in Paris gemacht habe[20]. Der Gedanke, daß natürlich auch Frankreich seinen Botschafter hätte abberufen können, ist Szécsen merkwürdigerweise hierbei nicht in den Sinn gekommen.

Das Wesentlichste war, daß Frankreich den Kriegszustand selbst brauchte, um entsprechend den militärischen Abmachungen mit dem russischen Generalstab offensiv gegen Deutschland vorgehen zu können, und Deutschland den Kriegszustand nötig hatte, um der drohenden Umklammerung von Ost und West durch ein angriffsweises Vorgehen entgegenzutreten.

Über die voraussichtliche Haltung Englands war man sich auch am Abend des 3. August, also nach der Notifizierung des Kriegszustands zwischen Deutschland und Frankreich, am Quai d'Orsay noch im unklaren, und es konnte immer

noch damit gerechnet werden, daß England im letzten Augenblick seine Haltung ändern, daß es, wie man sagt, umfallen würde. Dieser pessimistischen Auffassung gab eine falsche Pressemeldung, die abends in Paris einging, neue Nahrung. Danach hätten sich die englischen Minister nach der Nachmittagssitzung des Kabinetts sehr besorgt zurückgezogen, und die Unterhaussitzung sei auf den 4. August verschoben worden. Grey habe die vereinbarte Erklärung nicht abgegeben. Viviani, der mit Doumergue zusammen Poincaré aufsuchte, schien die falsche Meldung allen Mut genommen zu haben. Erst später traf eine Havasmeldung ein, aus der hervorging, daß Grey doch seine Rede gehalten hatte. Um 10 Uhr abends ging dann die offizielle Meldung Paul Cambons ein. Der Botschafter konnte hierbei auch schon berichten, daß das Parlament die Politik der Regierung unterstütze, daß noch heute abend über die Kredite abgestimmt würde und daß die öffentliche Meinung mehr und mehr für Frankreich eingenommen sei. Einzelheiten folgten erst in einem ausführlichen Telegramm während der Nacht[21].

Nachdem der Schutz der deutschen Botschaft dem amerikanischen Botschafter, Myron T. Herrick, übergeben war, erfolgte um 10 Uhr abends ohne weitere Zwischenfälle die Abreise des Botschafters und des Personals der deutschen Botschaft und der bayrischen Gesandtschaft sowie des Generalkonsulates von einem bei Fürstenbesuchen benutzten, etwas entlegenen Bahnhof an der Porte Dauphine. Auf dem Bahnhof hatte sich der Chef des Protokolls, Gesandter Martin, eingefunden. Der Reiseweg unterlag der Entscheidung des französischen Kriegsministeriums und konnte dem Botschafter noch nicht bekanntgegeben werden. Der Zug nahm den Weg über Brüssel, Breda, Münster und erreichte am 5. August morgens Berlin. Die Rückreise des deutschen Botschafters nahm somit ebenfalls wie die Jules Cambons eine durch die Umstände hervorgerufene lange Zeit in Anspruch.

Die Abreise des deutschen Botschafters wurde von Bertie am Abend des 3. August nach London mitgeteilt. Von einer Notifizierung des Kriegszustandes teilte Sir Francis aber auch in dieser Meldung noch nichts mit.

In Petersburg scheint immer noch ein gewisses Mißtrauen in die Haltung Frankreichs gesetzt worden zu sein. Dies mag daraus hervorgehen, daß bei einem feierlichen Gottesdienst, der am 2. August im Winterpalais stattfand, Paléologue und das Personal der französischen Botschaft ostentativ dem Zaren gegenübergesetzt wurden, um durch diese öffentliche Huldigung der Treue des französischen Bundesgenossen darzutun, daß man auf Frankreich zähle[22]. Ein gleiches Symptom zeigt sich in der Anfrage Sasonows an Iswolski vom 3. August, wie sich Frankreich zu der Besetzung Luxemburgs und der deutschen Erklärung stellen würde, daß sich dieser Schritt gegen Frankreich richte. Anscheinend war Sasonow etwas ungeduldig geworden, daß zwischen Deutschland und Frankreich der Kriegszustand offiziell noch nicht hergestellt war.

Der Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Frankreich hatte sich ohne Erregungen und irgendwelche Szenen, man möchte sagen, mit einer gewissen Selbstverständlichkeit auf beiden Seiten abgespielt. Sowohl Schoen wie Viviani waren sich bewußt, daß sie einfach eine Rolle zu spielen hatten,

die durch die politischen Verhältnisse gegeben war. Das Ganze glich einer Zeremonie und entbehrte der dramatischen Momente, wie sie sich bei den analogen Vorgängen in Petersburg abgespielt hatten. Die Erklärung hierfür wird man darin zu suchen haben, daß nach dem Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland sowohl für die Wilhelmstraße wie für den Quai d'Orsay der Krieg als eine unabänderliche Folge angesehen werden mußte, aber auch darin, daß die auf Gegenseitigkeit beruhende traditionelle Feindschaft zwischen den beiden Völkern damals noch als etwas Selbstverständliches hingenommen wurde.

Kapitel 64

Englands Ultimatum an Deutschland

London, 4. August: Beschatten der „Goeben" — Absendung der ersten Note wegen der belgischen Neutralität nach Berlin — Wieder fallen gelassene Versuche Englands einer gemeinsamen Aktion mit Rußland und Frankreich zum Schutz von Belgien, Holland und Norwegen — Noch keine Absendung des Expeditionskorps — Staatsrat beim König — Kabinettssitzung — Deutsche Mitteilung an Belgien — Lichnowsky im Foreign Office — Das Ultimatum an Deutschland — Grey unterrichtet Benckendorff und Cambon — Asquiths Rede im Unterhaus — Veröffentlichung des Mobilmachungsbefehls — Grey gibt Page die Gründe für Englands Eintritt in den Krieg bekannt — Unterredung Greys mit Mensdorff — Weitere Empfänge Greys — Englands Kriegserklärung an Deutschland.

Der 4. August brachte England den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und in der Nacht den Eintritt Großbritanniens in den Krieg.

Der deutsche Kreuzer „Goeben", begleitet von „Breslau" und „Sleipner", befand sich seit Ende Juli im westlichen Mittelmeer. Sowohl die französische wie die britische Admiralität waren in Sorge, daß die schnellen deutschen Schiffe, besonders die „Goeben", die Transporte der französischen Truppen von Algier nach Südfrankreich stören könnten. Aus diesem Grunde hatte die französische Flotte bereits am frühen Morgen des 3. August Toulon verlassen, um die „Goeben" zu überwachen. Auch war der Vizeadmiral Boué de Lapeyrère vom französischen Marineminister ersucht worden, sich mit Sir Berkeley Milne, dem Admiral, der die britischen Streitkräfte im Mittelmeer befehligte, in Verbindung zu setzen, um den deutschen Kreuzer zu vernichten. Aber auch die britische Admiralität selbst war nicht untätig geblieben. Bereits am 30. Juli war Sir Berkeley Milne davon unterrichtet worden, daß seine erste Aufgabe sein müsse, die deutschen Schiffe, insbesondere die „Goeben", zu stellen. Am 2. August erhielt dann Sir Berkeley Milne auf Veranlassung Churchills durch den Ersten Seelord, Prinz Ludwig von Battenberg, den Befehl, die „Goeben" durch zwei Schlachtkreuzer zu „beschatten", wie der seemännische Ausdruck lautet. Zur Freude Churchills und des Prinzen Ludwig konnte der Oberbefehlshaber der britischen Mittelmeerstreitkräfte am 4. August frühmorgens melden, daß die „Goeben" und die „Breslau" von den beiden Schlachtkreuzern „Indomitable" und „Indefatigable" beschattet würden. „Gut so. Festhalten. Krieg bevorstehend", war die sofortige Antwort. Da Churchill und der Erste Seelord es sehr schade fanden, wenn „Goeben" und „Breslau" womöglich in der Dunkelheit wieder außer Sicht kommen würden, baten beide den englischen Premierminister und Grey, obgleich der Kriegszustand zwischen England und Deutschland noch nicht eingetreten war, um die Erlaubnis, ihrem Befehl an die Mittelmeerschiffe hinzufügen zu dürfen: „Wenn ‚Goeben' französische Transporte stört, sofort angreifen." Grey wie auch Asquith waren hiermit einverstanden. Nur stellte der Premierminister

die Bedingung, daß das Kabinett seine Zustimmung geben müßte. Churchill wartete jedoch die Entscheidung des Kabinetts nicht ab, sondern ließ, noch bevor er sich zur Kabinettssitzung begab, den fraglichen Befehl herausgehen. Doch wurde hinzugefügt, die „Goeben" solle vor dem Angriff hiervon in Kenntnis gesetzt werden.

Das Kabinett war jedoch der Meinung, daß England seinen guten Ruf eines einzelnen Schiffes wegen nicht gefährden sollte, und gab die Erlaubnis für den Angriff auf die „Goeben" nicht, worauf der Befehl wieder aufgehoben wurde[1]. Damit waren nicht nur der gute Ruf Englands und die „Goeben" gerettet, sondern auch die Mission, die der deutsche Kreuzer später in der Türkei erfüllen sollte. —

Auf Grund der Beschlüsse des Kabinetts vom Abend vorher ging am frühen Vormittag des 4. August die erste Note Greys an den englischen Botschafter in Berlin heraus, die im weiteren Verlauf den Kriegszustand mit Deutschland herbeiführen sollte.

Goschen wurde mitgeteilt, daß der König der Belgier die britische Regierung gebeten habe, zugunsten Belgiens „diplomatisch" einzugreifen. Das sollte natürlich so aussehen, als ob Belgien in dieser Angelegenheit die treibende Kraft gewesen sei, während Grey seit Tagen auf die Veranlassung wartete, in die französisch-russische Front einrücken zu können. Der Botschafter wurde ferner von dem deutschen Ultimatum an Belgien in Kenntnis gesetzt, wobei auch nicht verschwiegen wurde, daß Deutschland die Unabhängigkeit und Integrität des Königreichs und seiner Besitzungen beim Friedensschluß bei wohlwollender Neutralität und freiem Durchmarsch aufrechterhalten wollte. Dann wurde mitgeteilt, daß Belgien die deutsche Forderung als flagrante Verletzung des Völkerrechts kategorisch abgelehnt habe. Die britische Regierung sehe sich daher genötigt, gegen die Verletzung eines Vertrages, an den Deutschland gemeinsam mit England gebunden sei, Einspruch zu erheben, und sie müsse eine Zusicherung verlangen, daß die an Belgien gestellten Forderungen nicht weiter verfolgt würden und Deutschland die Neutralität Belgiens achten werde. Zum Schluß wurde der Botschafter angewiesen, die deutsche Regierung unverzüglich um eine Antwort zu ersuchen[2].

Am Vormittag gab Sir Edward Grey dem englischen Gesandten in Brüssel den Auftrag, zu erklären, die britische Regierung erwarte, daß Belgien bei einem Vorgehen Deutschlands mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand leisten werde, und die britische Regierung sei in diesem Fall bereit, zusammen mit Rußland und Frankreich Belgien eine gemeinsame Aktion zur Abwendung von Gewaltmaßnahmen Deutschlands anzubieten und die Unabhängigkeit und Integrität des Königreichs zu garantieren. Zu diesem Schritt ist Grey wohl veranlaßt worden, weil er trotz des Telegramms des Königs der Belgier an den König von England noch immer gewisse Zweifel hatte, daß Belgien vielleicht doch noch einem Druck der deutschen Regierung nachgeben und es zum Aufgeben seiner Neutralität veranlaßt würde.

Ein gleiches Ersuchen erging an den britischen Gesandten in Kristiania und im Haag. Auch setzte Grey den belgischen Gesandten in London, Graf de Lalaing,

sowie die Botschafter in Paris und Petersburg hiervon in Kenntnis. Doch bereits am frühen Nachmittag entschloß sich Sir Edward Grey, sein beabsichtigtes Angebot an die kleinen Staaten wieder fallen zu lassen, und gab die entsprechenden Weisungen für die Rückgängigmachung seines Auftrags[3].

Da die Frage der Entsendung des Expeditionskorps noch immer nicht entschieden war, weil das Kabinett und Grey aus den bekannten Gründen die englischen Truppen noch im eigenen Lande zurückhalten wollten, gab sich der Chef der Operationsabteilung die größte Mühe, die Entscheidung des Kabinetts noch vor seinem heutigen Zusammentritt in diesem Sinne zu beeinflussen. Sir Henry Wilson war mit Greys Zaudern und Zögern, die nötigen Befehle zu geben, was er in seinem Tagebuch als „sündhaft" bezeichnete, überhaupt sehr unzufrieden. Der General nahm daher Gelegenheit, am Morgen des 4. August zunächst mit der französischen Botschaft und im weiteren Verlauf des Tages mit verschiedenen Führern der Konservativen zu sprechen. Der Aufschub des Einsatzes des Expeditionskorps soll Sir Henry so nahegegangen sein, daß ihn ein alter Freund an diesem Tage in einem Gang des Admiralitätsgebäudes in Tränen aufgelöst vorfand[4]. Seiner Einwirkung dürfte es wohl hauptsächlich zuzuschreiben sein, daß Balfour in einem Brief an Haldane diesem die Notwendigkeit der sofortigen Entsendung des Expeditionskorps klarzumachen versuchte. Wenn durch die englischen Truppen Deutschland in seinem Vordringen durch Belgien und Nordostfrankreich zum Halten gebracht würde, führte Balfour hier aus, würde seine Lage mit der Bedrohung durch Rußland an seiner Ostgrenze sehr gefährlich. Wenn dagegen Frankreich eine vernichtende Niederlage beigebracht würde, könnte die ganze Zukunft Europas als verheerend angesehen werden. Entweder müsse man ganz aus dem Konflikt herausbleiben oder schnell und mit ganzer Kraft zuschlagen.

Am Vormittag, wohl kurz vor der Kabinettssitzung, fand im Palais des Königs ein Staatsrat statt, bei dem anscheinend die Anordnung der Mobilmachung formell beschlossen wurde. Die Mobilmachung sollte in der Nacht vom 4. zum 5. August einsetzen, mit anderen Worten, als 1. Mobilmachungstag war der 5. August vorgesehen. Alle Vorbereitungen für die Überführung des Expeditionskorps nach dem Kontinent wurden getroffen, jedoch wurde der Befehl für die Zusammenziehung der Truppen zur Einschiffung noch nicht gegeben. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, 2 Divisionen und 1 Kavalleriebrigade der indischen Armee gegebenenfalls nach England zurückzuberufen[5].

Über die Kabinettssitzung, die am Vormittag des 4. August stattfand, liegen nur sehr dürftige Nachrichten vor. Nach dem Bericht von Lord Crewe an den König wurden in der Hauptsache die Einziehung der Reserven und finanzielle Maßnahmen besprochen[6]. Die Lage hatte sich insofern weiter zugunsten der Regierung verschoben, als Beauchamp und Simon wieder an der Sitzung teilnahmen und mit einer Änderung ihrer Auffassung zu rechnen war. Nur Morley und Burns waren fest geblieben und zu der Sitzung nicht erschienen.

Während das Kabinett noch tagte, war im Foreign Office über die Haltung Deutschlands gegenüber Belgien die Mitteilung des belgischen Gesandten eingegangen, daß der deutsche Gesandte der Regierung in Brüssel heute morgen

notifiziert hätte, Deutschland werde infolge der belgischen Antwort die bereits angekündigten Sicherheitsmaßregeln, wenn nötig mit Waffengewalt, zur Ausführung bringen. Kurz darauf traf auch eine Bestätigung dieser Mitteilung von Villiers aus Brüssel ein[7]. Ferner wurde Nicolson vom Grafen de Lalaing mitgeteilt, daß deutsche Truppen belgisches Gebiet bei Gemmenich (in der Gegend von Verviers) verletzt hätten[8].

Diese Mitteilungen vereinfachten die Frage, auf welche Weise England in den Krieg mit Deutschland eintreten sollte, indem nunmehr der Anlaß gegeben war, an die deutsche Regierung ein Ultimatum zu richten, mit dessen Ablehnung oder Nichtbeantwortung zu rechnen war. Die Folge war dann der gewünschte Krieg.

Das Kabinett billigte hierauf die Absendung eines derartigen Ultimatums und übernahm damit formell die Verantwortung für den Eintritt Englands in den Krieg[9]. Erst nach diesem Entschluß, ein Ultimatum an Deutschland zu richten, dürfte auf Veranlassung des Kabinetts der Befehl Churchills aufgehoben worden sein, die „Goeben" anzugreifen[10].

Von seiten der deutschen Botschaft war gegen Mittag dem Foreign Office mitgeteilt worden, daß Deutschland sich im Kriegszustand mit Frankreich befinde, da Frankreich seit dem 1. August deutsches Reichsgebiet wiederholt angegriffen habe.

Inzwischen war bei Lichnowsky ein Telegramm Jagows eingegangen, das einen letzten Versuch darstellte, England von einer aktiven Teilnahme am Kriege wegen des deutschen Einmarsches in Belgien abzuhalten. Die Anregung hierzu war von Moltke ausgegangen, der am frühen Morgen des 4. August dem Auswärtigen Amt den Entwurf eines Telegramms an den Botschafter in London hatte zugehen lassen, mit dem der Generalstabschef zu erreichen hoffte, das Mißtrauen Englands in die deutschen Absichten gegenüber Belgien zu zerstreuen. Unter Auslassung einiger ungeeigneter Stellen des Entwurfs hatte Jagow sofort ein entsprechendes Telegramm en clair an Lichnowsky zur Absendung gebracht[11].

Der deutsche Botschafter konnte jedoch am Vormittag Grey nicht sprechen, sondern mußte sich damit begnügen, seinen Auftrag bei Sir William Tyrrell zur Ausführung zu bringen. Lichnowsky gab hierbei die bestimmte und förmliche Versicherung ab, daß Deutschland sich, selbst im Fall eines bewaffneten Konflikts, unter keinerlei Vorwand belgisches Gebiet aneignen würde. Die Aufrichtigkeit dieser Versicherung sei dadurch bewiesen, daß Deutschland Holland feierlich sein Wort verpfändet habe, seine Neutralität genauestens zu achten, und eine Aneignung belgischen Gebiets habe für Deutschland gar keinen Vorteil, wenn nicht gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands gemacht würden*. Da nach unanfechtbaren Nachrichten ein französischer Angriff durch Belgien geplant gewesen sei, dem Deutschland nicht ausgesetzt werden konnte, hätte man sich über die belgische Neutralität hinwegsetzen müssen, da es für Deutschland eine „Frage von Leben oder Tod" sei, dem französischen Angriff zuvorzukommen[12].

* Diese Bemerkung bezog sich auf den Südzipfel von Holland, ohne den eine Annexion des südlichen Teils von Belgien für Deutschland wertlos gewesen wäre.

Tyrrell konnte Lichnowsky nur mitteilen, daß der belgische Gesandte inzwischen das Einrücken der deutschen Truppen in Belgien angezeigt habe, sowie daß mit einer Fortdauer der englischen Neutralität nicht gerechnet werden könne und der Abbruch der Beziehungen bevorstehe.

Die Mitteilung, die Jagow noch in letzter Stunde Grey zukommen ließ, um England von seinem Entschluß abzuhalten, wegen Verletzung der belgischen Neutralität in den Krieg gegen Deutschland einzutreten, zeigt, daß man in der Wilhelmstraße den eigentlichen Grund des Eingreifens Englands — Vermeiden einer völligen Niederwerfung Frankreichs — nicht genügend berücksichtigt hat. Es war England nicht nur um Belgien zu tun, sondern auch um Frankreich.

In dem Ultimatum, dessen Absendung an Deutschland in der bereits geschilderten Kabinettssitzung beschlossen worden war, wurde zum Ausdruck gebracht, daß England von der Note Deutschlands an den belgischen Außenminister erfahren habe, die deutsche Regierung sei gezwungen, die als unumgänglich notwendig erachteten Maßnahmen, wenn erforderlich mit Waffengewalt, zur Ausführung zu bringen, und daß belgisches Gebiet bei Gemmenich verletzt worden sei. Unter diesen Umständen und in Anbetracht der Tatsache, daß Deutschland es abgelehnt habe, bezüglich der Neutralität Belgiens die gleiche Zusicherung zu geben, wie Frankreich sie letzte Woche abgegeben habe, müsse England dieses Ersuchen wiederholen und verlangen, daß bis 12 Uhr nachts eine befriedigende Antwort hierauf sowie auf die heute vormittag abgesandte Note in London eingehe. Wenn dies nicht geschehe, sei Goschen angewiesen, seine Pässe zu fordern und zu erklären, daß sich die englische Regierung verpflichtet fühle, alle in ihrer Macht stehenden Schritte zu tun zur Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens und zur Innehaltung eines Vertrages, an den Deutschland in gleicher Weise gebunden sei wie England.

Das Telegramm ging um 2 Uhr nachmittags aus London ab. Als Grund zum Kriege wurde somit ausschließlich die Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens angeführt Das Wort „Kriegszustand" wurde noch vermieden.

Nach der Kabinettssitzung hatte Grey eine Unterredung mit dem russischen Botschafter, den er von dem Ultimatum an Deutschland in Kenntnis setzte. Dem Schritt selbst gab Grey die Begründung, England glaube an die Heiligkeit der Verträge, Europa existiere auf dieser Basis, und die kleinen Staaten verdankten dieser Auffassung ihre Existenz. Heute sei es Belgien, morgen Holland, und so gehe es weiter. Das sei die Wiederkehr der Barbarei. Benckendorff stimmte dieser idealisierten Auffassung von den Gründen, die Grey zum Eintritt in den Krieg bestimmt hätten, natürlich zu und erklärte, die Rolle Rußlands sei der Englands ganz ähnlich, da es den Schutz der kleinen Staaten übernommen hätte, die auf dem Balkan ihre Existenz Verträgen verdankten, während England dasselbe für den Norden Europas tue. Daß die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand auch ein Vertragsbruch war, kam natürlich nicht zur Sprache, ebensowenig wie Benckendorff an den Jameson Raid erinnert haben dürfte. Doch sagte Grey noch, er fürchte, daß Deutschland ein Ultimatum an Schweden richten würde, um es zu zwingen, an Rußland den Krieg zu erklären, und er sei in Sorge, daß Schweden

annehmen würde. Es wäre daher nützlich, wenn Rußland Schweden und Norwegen Erklärungen abgeben könnte, die den beiden Staaten absolutes Vertrauen zu den Absichten Rußlands hinsichtlich ihrer Integrität und Unabhängigkeit einflößten. Auch ließ Sasonow Grey die Befriedigung über seine Rede vom 3. August zum Ausdruck bringen, er freue sich, daß England ebenso wie Rußland eine Störung der Prinzipien des europäischen Gleichgewichts durch Deutschland nicht zulassen könne.[13]

Paul Cambon wurde von Grey ebenfalls davon in Kenntnis gesetzt, Asquith würde heute im Unterhaus eine Erklärung abgeben, daß Deutschland aufgefordert worden sei, sein Ultimatum an Belgien zurückzuziehen und England heute abend vor Mitternacht Antwort zu geben. Auf die Frage Cambons, was eintreten würde, wenn die deutsche Antwort negativ sei, antwortete Sir Edward: „Der Krieg." Cambon versuchte daraufhin Grey zu veranlassen, sofort das Expeditionskorps nach Frankreich zu schicken, worauf Grey erwiderte, daß England zunächst nur die deutschen Häfen blockieren würde. Cambon war jedoch hiermit nicht zufrieden und erklärte Grey, er würde durch die öffentliche Meinung gezwungen werden zu intervenieren, aber sein Eingriff müsse, um wirksam zu sein, sofort erfolgen. An Hand einer Karte versuchte er die Notwendigkeit klarzumachen, daß der linke französische Armeeflügel im Fall der Verletzung der belgischen Neutralität geschützt werden müsse. Nach den Vereinbarungen der beiderseitigen Generalstäbe hätte bereits am 2. Mobilmachungstag mit Transporten von Material und Proviant begonnen werden müssen, und jede verlorene Minute würde die Ausführung ihres Programms erschweren. Cambon bat, den Premierminister und das Kabinett für seine Darlegungen einzunehmen, was Grey dann auch zusagte. Die Unterredung zeigt jedenfalls, daß Grey sich zur Absendung des Expeditionskorps noch nicht hatte entschließen können[14]. Wir sehen aber auch, wie eng die Beziehungen zwischen dem englischen und französischen Generalstab waren und wie sehr die englische Regierung in praxi gebunden war, sobald die französische Mobilmachung zu laufen begann.

Am Nachmittag des 4. August fand bei überfülltem Haus die Sitzung des Unterhauses statt, in der Asquith das Parlament von den letzten Schritten der englischen Regierung in Kenntnis setzte. Asquith berichtete von der am Morgen nach Berlin gerichteten Aufforderung, die belgische Neutralität zu achten, sowie von der Mitteilung der deutschen Regierung, den Einmarsch in Belgien erforderlichenfalls mit Waffengewalt durchzuführen. Ferner gab er bekannt, daß deutsche Truppen bei Gemmenich belgisches Gebiet betreten hätten und weiter vorgedrungen seien. Anschließend hieran machte Asquith von den Erklärungen Mitteilung, die Lichnowsky heute vormittag Sir William Tyrrell abgegeben hatte. Hierbei wurden die Worte, daß Deutschland nicht beabsichtige, belgisches Gebiet zu annektieren, mit Gelächter aufgenommen. Als Asquith dann weiter sagte, daß die Mitteilungen der deutschen Regierung in keiner Weise als ausreichend betrachtet werden könnten, daß man bezüglich der belgischen Neutralität nochmals eine gleiche Erklärung verlangt habe, wie sie Frankreich gegeben hätte, und daß Deutschland aufgefordert worden sei, vor Mitternacht eine zufriedenstellende Antwort abzugeben, stimmte das Haus begeistert zu[15].

Nachdem der Ministerpräsident geendet hatte, erhob sich der Führer der irischen Nationalisten Redmond und erklärte, daß Irland seine Streitigkeiten beiseite lassen und sich im Kampf mit England vereinigen würde. Hierauf richtete ein Mitglied des Unterhauses an Asquith die Bitte, daß die Nationalhymne gesungen werden dürfte, der der Premierminister entsprach, worauf das ganze Haus sich erhob und „God save the King" sang[16].

So wurde die Mitteilung Lichnowskys, durch die die deutsche Regierung gehofft hatte, England vielleicht noch vom Kriege abbringen zu können, von Asquith gerade dazu verwertet, um die Zustimmung des englischen Volkes zum Kriege herbeizuführen. Die Ursache ist wohl darin zu suchen, daß den ehrlich gemeinten Absichten der deutschen Regierung das Mißtrauen nach weitreichenderen Plänen entgegengesetzt wurde, die Grey bereits am Tage vorher in seiner Rede vor dem Unterhaus hatte anklingen lassen. Die Vorstellung, daß Deutschland nicht nur durch Belgien durchmarschieren, sondern daß es das Land erobern und sich darin festsetzen wollte, bildete die ungeschriebene Grundlage für den Entschluß des Unterhauses, den Krieg gegen Deutschland zu billigen.

Noch bevor die Unterhaussitzung ihr Ende gefunden hatte, war auf Veranlassung des deutschen Marineattachés ein Telegramm Lichnowskys an den Admiralstab und das Reichsmarineamt herausgegangen, in dem mitgeteilt wurde, daß das englische Ultimatum heute nacht 12 Uhr ablaufe und daß von diesem Zeitpunkt ab mit einem Angriff der englischen Flotte gerechnet werden müsse. Über den Aufenthalt der englischen Schlachtflotte sei man ohne neue Nachrichten.

Um 4 Uhr nachmittags, vielleicht gerade zu der Zeit, als das Unterhaus die Nationalhymne sang, wurde die am Vormittag genehmigte Verfügung über die Mobilmachung der regulären Armee, die Einberufung der Reserve und die Formierung der Territorialtruppen bekanntgegeben[17].

Der britische Außenminister hatte am Nachmittag verschiedene Unterredungen mit den fremden Botschaftern, die auf den Gang der Ereignisse natürlich keinen Einfluß mehr hatten, die aber doch noch erwähnt werden müssen, weil sie für die Beurteilung der Lage von seiten Greys aufschlußreich sind.

So unterhielt sich Grey lange mit dem amerikanischen Botschafter Walter Hines Page, dem er als Grund für das Ultimatum an Deutschland genau wie Benckendorff gegenüber in erster Linie die Erfüllung einer Vertragsverpflichtung hinstellte. Er betonte dabei wieder den Grundsatz von der Heiligkeit der Vertragsrechte als den eigentlichen Prüfstein für den Fortschritt der Zivilisation im Vergleich mit dem Zustand der Gewalt und der Gesetzlosigkeit. Dabei meinte er, in Deutschland gebe es zweierlei Art von Leuten, solche wie Bethmann Hollweg und Lichnowsky, die die Dinge so behandelten wie England, und auf der anderen Seite die Militärpartei, die für die Gewalt sei und keine Achtung vor diesen Dingen habe. Und nun kam Grey wieder auf die grundlegende Theorie seines Entschlusses zur Teilnahme Englands am Kriege und sagte zu Page, er habe Nachricht, daß Deutschland wenigstens auf einen der kleineren europäischen Staaten einen Druck ausübe, daß es sich dem Kriege anschließe. Für England liege der Fall so, daß Deutschland, wenn es gewinne, Frankreich beherrschen würde, und

dann wäre die Unabhängigkeit von Belgien, Holland und Dänemark, vielleicht auch Norwegen und Schweden ein bloßer Schatten. Dabei führte er näher aus, der schwedische Gesandte habe ihn heute davon unterrichtet, daß Deutschland seinem Lande entsprechende Anerbietungen gemacht habe. Auch erwähnte Grey die Vorschläge Bethmann Hollwegs, um die englische Neutralität zu sichern, die England aber als unmöglich betrachtet habe.

Grey fuhr dann fort, die nationale Sonderexistenz der kleinen Staaten sei in Wirklichkeit dann nur noch eine Fiktion, und nun gab er dem Gedanken Ausdruck, der vielleicht als der internste, aber wesentlichste Grund für Englands Teilnahme am Krieg bezeichnet werden darf, daß dann Deutschland alle Häfen dieser Staaten zur Verfügung ständen, das dann ganz Westeuropa beherrschen würde. Dies würde die Stellung Englands unmöglich machen, und unter diesen Umständen könne England nicht mehr weiter als Staat ersten Ranges bestehen. —

Der amerikanische Botschafter machte hierauf die für Grey schmeichelhafte Bemerkung, daß das, was sich in Europa zutrage, den Vereinigten Staaten einen kaum geringeren Kummer verursache, als wenn sie selbst in den Krieg verwickelt wären.

Grey hatte diese Ausführungen Page gegenüber mit großem Nachdruck und innerer Bewegung mitgeteilt und ihm dabei sein Herz ausgeschüttet. Das, was er so lange und so ernst angestrebt habe, sei nun gescheitert, und dies gebe ihm die Empfindung eines verfehlten Lebens[18].

Die Unterredung zeigt aufs neue, daß die Entschlüsse, die Sir Edward Grey zur Durchführung gebracht hatte, seinem Innern widerstrebten, wenn er sich auch nicht den vermeintlichen Notwendigkeiten seines Landes verschloß.

In einer weiteren Unterredung mit Graf Mensdorff, der die Ergriffenheit Greys über den bevorstehenden Krieg mit Deutschland ebenfalls bemerkte, erklärte Sir Edward, daß er vorläufig keine Veranlassung sehe, mit Österreich in Konflikt zu geraten, solange die Doppelmonarchie sich nicht im Kriegszustand mit Frankreich befinde. Er hoffe, daß die Feindseligkeiten nicht ohne die vorherige Formalität der Kriegserklärung eröffnet würden, und er werde auch den britischen Botschafter in Wien nicht abberufen. Wenn jedoch der Kriegszustand zwischen Österreich und Frankreich eingetreten sei, wäre es für England als den Bundesgenossen wohl schwer, nicht mit Frankreich zusammen im Mittelländischen Meer zu kooperieren.

Tyrrell erklärte Mensdorff hinterher noch vertraulich, daß die französische Flotte zunächst nicht nach der Adria steuere, was der k. u. k. Botschafter sich ganz richtig damit erklärte, daß die Flotte zunächst beauftragt sei, die französischen Truppentransporte zu sichern[19].

Da auf das Ersuchen Greys in Tokio, Japan möge England bei deutschen Angriffen unterstützen, eine zusagende Antwort und auch die Mitteilung eingetroffen war, daß Japan für diesen Fall bereits Seestreitkräfte bereitgestellt habe, nahm Grey Gelegenheit, dem japanischen Botschafter hierfür seinen herzlichen Dank zum Ausdruck zu bringen. Man werde nach Möglichkeit vermeiden, Japan in irgendwelche Schwierigkeiten hineinzuziehen, doch wenn man seiner Hilfe bedürfe, werde man gern darum bitten und dafür dankbar sein[20].

Dem italienischen Botschafter brachte Grey seine Anerkennung zum Ausdruck für die Mitteilungen, die er heute morgen vom britischen Botschafter in Rom erhalten hatte. San Giuliano hatte Sir Rennell Rodd erklärt, es sei ja nun klar, daß Österreich die wohlerwogene Absicht gehabt habe, die Balkanlage, mit Deutschland hinter sich, zu redressieren. Die Ereignisse hätten es ihm aber verständlich gemacht, daß die Ansichten und Interessen Italiens am meisten mit denen Englands übereinstimmten, und er habe den Wunsch, dauernd mit England in Fühlung zu bleiben in der Hoffnung, daß dies in der kommenden Zeit von Nutzen sein möchte.

Um jeglichen Zwischenfall mit der italienischen Marine zu vermeiden, waren der englischen Mittelmeerflotte entsprechende Anweisungen gegeben worden.

Der schwedische Gesandte setzte Grey davon in Kenntnis, daß Schweden den entschiedenen Wunsch habe, seine Neutralität aufrechtzuerhalten. Sollte Schweden jedoch in den Krieg hineingezogen werden, so könne es unmöglich die Partei Rußlands ergreifen. Grey erwiderte, daß er Rußland und Frankreich veranlassen würde, mit England zusammen die Unabhängigkeit und Integrität Schwedens zu verbürgen[21]. Bei der entsprechenden Mitteilung an Bertie bemerkte Grey, wenn Schweden jedoch aktiv die Partei Deutschlands ergreife, werde man sich jeder Verpflichtung ihm gegenüber als enthoben betrachten[22].

Ferner hatte Grey noch eine Unterredung mit dem niederländischen Gesandten, de Marees van Swinderen, der ihn von der äußerst befriedigenden Zusicherung Deutschlands in bezug auf die Wahrung der holländischen Neutralität in Kenntnis setzte und sagte, daß sich seine Regierung wahrscheinlich an England und Frankreich wegen Abgabe einer ähnlichen Zusicherung wenden würde. Dabei gab Grey dem Gesandten davon Kenntnis, er habe die Absicht gehabt, der niederländischen Regierung einen Vorschlag zu machen für den Fall, daß Deutschland versucht hätte, Holland zum Aufgeben seiner Neutralität zu veranlassen. Da diese Möglichkeit jedoch nicht eingetreten sei, habe er ihm gegenwärtig nichts mehr zu sagen[23]. Unter diesem Vorschlag war, wie wir uns erinnern müssen, die mit Rußland und Frankreich in Aussicht genommene gemeinsame Aktion zur Aufrechterhaltung der Integrität Belgiens, Hollands und Norwegens gemeint.

Die Frage, die man sich im Foreign Office am Abend des 4. August vorlegte, war die, ob die deutsche Regierung auf das Ultimatum antworten würde oder nicht. Im allgemeinen herrschte die Auffassung vor, daß eine Antwort nicht eingehen und damit nach mitteleuropäischer Zeit um Mitternacht der Kriegszustand eintreten würde. In diesem Fall sollten dem deutschen Botschafter seine Pässe zugestellt werden, und es war hierfür ein entsprechendes Schreiben vorbereitet worden.

Am Nachmittag war an alle Schiffe eine allgemeine Warnung ergangen, in der darauf aufmerksam gemacht wurde, daß um Mitternacht das Kriegstelegramm abgesandt würde, das zum Beginn der Feindseligkeiten gegen Deutschland ermächtige. Jedoch müsse man darauf gefaßt sein, daß Deutschland auf Grund des britischen Ultimatums schon früher losschlagen würde. Um 9 Uhr abends wurde ein entsprechendes Warnungstelegramm an alle britischen Konsuln auf dem ganzen Erdball geschickt[24].

Um 9.40 Uhr abends ging von der Admiralität beim Foreign Office eine Nachricht ein, wonach Deutschland England den Krieg erklärt hatte. Auf Grund dieser Mitteilung, die man zunächst nicht näher nachgeprüft hatte, wurde das vorbereitete Schreiben an den deutschen Botschafter fertiggestellt, die Pässe wurden beigefügt und alles in einem Briefumschlag durch Mr. Lancelot Oliphant dem Fürsten Lichnowsky hingebracht. Das Schreiben begann mit den Worten: „Da das Deutsche Reich Großbritannien den Krieg erklärt hat, habe ich die Ehre usw." Kaum war Mr. Oliphant von der deutschen Botschaft zurück, als der Wortlaut eines aufgefangenen Telegramms Jagows an den Fürsten Lichnowsky im Foreign Office bekannt wurde. Das Telegramm enthielt nur die kurzen Worte, daß der englische Botschafter soeben, kurz nach 7 Uhr, seine Pässe gefordert und den Krieg erklärt habe*. Danach hatte also nicht Deutschland an England, sondern England an Deutschland den Krieg erklärt. Im Foreign Office wurde auf Grund dieser neuen Nachricht jedenfalls erkannt, daß die Mitteilung von der deutschen Kriegserklärung nicht stimmen konnte, und es wurde dem Ursprung des Telegramms nachgegangen. Sehr bald wurde festgestellt, daß hier ein Fehler von der Admiralität vorlag. Weiter ergab sich aber hiermit, daß das Foreign Office dem Fürsten Lichnowsky seine Pässe mit der falschen Begründung einer deutschen Kriegserklärung zugestellt hatte. Es wurde daher beschlossen, jemand zum Botschafter zu schicken und das den Pässen beigefügte Schreiben gegen ein neues auszutauschen. Dieses neue Schreiben hatte folgenden Wortlaut[25]:

> „Da die in Berlin gemachte Mitteilung zur Folge hatte, daß Seiner Majestät Botschafter seine Pässe verlangen mußte, beehre ich mich Euere Exzellenz zu benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung sich in Übereinstimmung mit den Bedingungen der heute der deutschen Regierung zugestellten Notifikation ab heute 11 Uhr abends als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachtet.
>
> Ich beehre mich, hier die Pässe für Euere Exzellenz, sowie für die Familienangehörigen und das Personal Euerer Exzellenz beizulegen."

Mit dem wenig beneidenswerten Auftrag, das falsche Schreiben bei Lichnowsky abzuholen und dafür die obenstehende Kriegserklärung zu überbringen, wurde der jüngste Sohn Sir Arthur Nicolsons betraut, dem es trotz der späten Stunde gelang, in das Zimmer des Botschafters, der bereits zu Bett gegangen war, vorzudringen und sich seines Auftrags zu entledigen. Da der Botschafter das erste Schreiben mit den Pässen nur halb geöffnet auf seinen Schreibtisch gelegt, aber den Inhalt des Briefumschlags noch gar nicht näher angesehen hatte, war der Schaden mit der Rückgabe des Schreibens vollständig repariert. Merkwürdigerweise schenkte Lichnowsky der ihm zugestellten Kriegserklärung ebensowenig Beachtung wie dem ersten falschen Schreiben und ließ sie ruhig bis zum nächsten Morgen auf seinem Schreibtisch liegen. Irgendein Unheil entstand hierdurch freilich nicht, immerhin ist der Gleichmut des Botschafters beneidenswert. —

* Die Erzählung Harold Nicolsons in seinem Buch: „Die Verschwörung der Diplomaten" Frankfurt a. M. 1930, S. 444, daß um diese Zeit ein Telegramm Sir Edward Goschens eingetroffen sei, wonach Bethmann Hollweg ihm telephonisch mitgeteilt habe, daß Deutschland keine Antwort auf das Ultimatum geben und somit von Mitternacht an der Kriegszustand bestehen werde, muß auf einem Irrtum beruhen. D. Dok. Nr. 848. Belg. Dok. II Nr. 26. Lloyd George: „War Memoirs", London 1933, I S. 75 (deutsch: S. 57 ff.).

Im Foreign Office bestand jetzt natürlich kein Zweifel mehr darüber, daß der Kriegszustand mit Deutschland eingetreten war. Doch sollte der Befehl an die Flotte, die Feindseligkeiten zu eröffnen, erst um Mitternacht, nach englischer Zeit 11 Uhr abends, zu der Stunde, wo das Ultimatum ablief, in Kraft treten. Die Flotte war ermächtigt, zehn Minuten später das Feuer auf deutsche Schiffe zu eröffnen[26].

Während dieser Vorgänge waren Asquith, Grey, Haldane, Lloyd George und McKenna in dem historischen Beratungszimmer des Kabinetts versammelt, um die Stunde abzuwarten, wo das Ultimatum ablief und damit der Kriegszustand mit Deutschland zur unabänderlichen Gewißheit geworden war[27]. Es war fast wie am Silvesterabend, nur ernster war es. Nicht ein Jahr ging zu Ende, sondern der Friede der Welt.

Kapitel 65

Krieg mit England

Berlin, 4. und 5. August: Erneutes Werben um Belgien — Baron Beyens bei Jagow — Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des Berliner Schlosses — Thronrede Kaiser Wilhelms — Erste Kriegssitzung des Reichstags — Die Rede des Kanzlers — Englands Einspruch gegen den deutschen Einmarsch in Belgien — Goschen übermittelt mündlich das englische Ultimatum — Tumult vor der englischen Botschaft — Letzte Unterredung Goschens mit Bethmann Hollweg — Der „Fetzen Papier" — Eingang der Nachricht über Abbruch der Beziehungen mit Belgien — Persönliche Anfrage Zimmermanns bei Goschen, ob Kriegserklärung vorliege — Kaiser Wilhelm legt Titel eines britischen Feldmarschalls nieder — Ein Flügeladjutant des Kaisers teilt dies Goschen mit — Goschen fordert seine Pässe — Abreise der englischen Botschaft vom Lehrter Bahnhof.

In Berlin spielten sich die Ereignisse des 4. August, die durch die Schritte Englands veranlaßt wurden, ganz folgerichtig, fast geschäftsmäßig ab. England legte die letzte Karte auf den Tisch. Das Spiel war aus.

In dem Bestreben, den Einmarsch in Belgien doch noch ohne Krieg mit dem benachbarten Königreich zu erreichen, wandte sich General von Moltke am Morgen des 4. August nochmals an das Auswärtige Amt. Außer der Anregung für das bereits erwähnte Telegramm an Lichnowsky, Grey darüber aufzuklären, daß Deutschland Belgien gegenüber keine Eroberungsabsichten habe, empfahl er, in Brüssel immer wieder den Standpunkt zu vertreten, daß Deutschland jederzeit bereit sei, Belgien die Bruderhand zu reichen und über einen annehmbaren modus vivendi zu verhandeln. Grundlage der Verhandlungen müsse aber die Öffnung Lüttichs für den deutschen Durchmarsch und die Zusicherung sein, keine Brücken, Bahnen und dergleichen zu zerstören. Das Auswärtige Amt kam der Bitte des Generalstabschefs nach und ließ noch am frühen Vormittag eine entsprechende Weisung an Below nach Brüssel abgehen[1].

Wie aussichtslos jedoch der Versuch war, Belgien von seinem Standpunkt abzubringen, zeigte Jagow eine Unterredung, um die der belgische Gesandte bereits am frühen Morgen des 4. August gebeten hatte. Nach der Schilderung Beyens' gewinnt man den Eindruck, als ob Jagow erwartet hatte, der belgische Gesandte würde irgendwelche entgegenkommende Mitteilungen zu machen haben, was jedoch nicht im geringsten der Fall war. Beyens bat vielmehr, ihm die Gründe für den deutschen Schritt anzugeben. Jagow setzte dem Gesandten daraufhin noch einmal die Notwendigkeit für die deutsche Forderung auseinander und hob hervor, daß es sich für Deutschland um eine Frage von Leben und Tod handle. Deutschland müsse so schnell wie möglich mit Frankreich fertig werden und es vollständig vernichten, um sich dann gegen Rußland wenden zu können, wenn es nicht selbst zwischen Hammer und Amboß genommen werden wollte. Man habe erfahren, daß die französische Armee durch Belgien vorrücken würde, um die deutsche Flanke anzugreifen, und dem müsse Deutschland zuvorkommen.

Hierauf wiederholte Jagow die Erklärung, die er soeben an Below geschickt hatte, und betonte, daß, wenn sich die belgische Armee auf Antwerpen zurückziehe, Deutschland nicht nur die belgische Unabhängigkeit sowie Leben und Eigentum der Bewohner achten werde, sondern sie auch zu entschädigen verspreche. Auf den Einwurf von Beyens, daß zwischen Deutschland und Frankreich ja eine genügend lange Grenze sei, um den Streit auszufechten, setzte ihm Jagow auseinander, daß die französische Grenze zu stark befestigt und Deutschland gezwungen sei, so schnell wie möglich zu handeln, bevor Rußland seine Armee mobilisieren könne. Beyens erinnerte demgegenüber an das Versprechen Frankreichs, die belgische Neutralität zu achten, und beklagte sich darüber, daß Deutschland Belgien zum Schlachtfeld Europas machen wolle. Jagow machte nun wieder geltend, daß Deutschland bei einem Rückzug auf Antwerpen und einer Freigabe von Lüttich Belgiens Unabhängigkeit achten und für alle Verluste und Schäden Ersatz leisten würde, kurzum, es waren die alten Gedanken, wie sie gegenüber Belgien schon zum Ausdruck gekommen waren.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung stellte sich Beyens immer mehr auf den Ehrenstandpunkt, der es Belgien verbiete, Deutschland den Durchmarsch zu gestatten. Im übrigen sei Lüttich nicht so leicht zu nehmen, wie Jagow glaube, und Deutschland werde auch England gegen sich haben, was Jagow nur mit einem Achselzucken beantworten konnte.

Als Beyens erklärte, daß er mit seinem Personal bereit sei, Berlin zu verlassen, antwortete ihm Jagow, man wolle die diplomatischen Beziehungen mit Belgien gar nicht abbrechen, man könne sich doch vielleicht noch weiter aussprechen. Beyens ging jedoch nicht hierauf ein, sondern erklärte nur, es sei an seiner Regierung, eine Entscheidung zu treffen, und er erwarte deren Weisungen, um seine Pässe zu fordern. Damit endete die für beide Diplomaten peinliche Unterredung[2].

Im Weißen Saal des Berliner Schlosses fand am frühen Nachmittag in feierlicher Weise die Eröffnung des Reichstags statt. Die Sozialdemokraten waren hierzu nicht erschienen, doch wurde hiervon weiter kein Aufhebens gemacht. In seiner Thronrede hob Kaiser Wilhelm hervor, daß Deutschland fast ein halbes Jahrhundert lang auf dem Wege des Friedens verharren konnte. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten, hätten die Geduld des Volkes oft auf harte Proben gestellt. Unermüdlich habe Deutschland während der letzten Jahre in erster Reihe gestanden, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen den Großmächten zu ersparen. Mit der Ermordung seines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, habe sich ein Abgrund aufgetan. Sein hoher Verbündeter, Kaiser Franz Joseph, sei gezwungen gewesen, die Sicherheit seines Reiches gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung dieser berechtigten Interessen sei der verbündeten Monarchie das russische Reich in den Weg getreten. Es sei aber nicht nur die Bundespflicht, die Deutschland an die Seite Österreich-Ungarns rufe, sondern ihm falle auch die Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche die eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen. Mit schwerem Herzen habe er seine Armee gegen einen Nachbarn mobilisieren müssen, mit dem sie

auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten habe, und mit aufrichtigem Leid sehe er eine von Deutschland so treu gewahrte Freundschaft zerbrechen. Die russische Regierung habe sich, einem unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge diesen Krieg veranlaßt habe. Daß Frankreich sich auf die Seite der Gegner Deutschlands gestellt habe, könne nicht überraschen, da die Bemühungen, mit der französischen Republik zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen, zu oft auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen seien. Über England und Belgien wurde in der Thronrede nichts gesagt. Zum Schluß hob der Kaiser noch hervor, daß nicht Eroberungslust Deutschland treibe, sondern daß es in aufgedrungener Notwehr mit reinem Gewissen und reiner Hand das Schwert ergreife. Die Rede klang in den Worten aus, daß Deutschland nach dem Beispiel seiner Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind der ewigen Allmacht vertraue, die die deutsche Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle.

Diesem vorbereiteten Teil der Thronrede setzte der Kaiser dann noch einige improvisierte Worte hinzu, in denen er wiederholte, was er bereits am 1. August vom Balkon des Schlosses der versammelten Volksmenge zugerufen hatte, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur Deutsche.

Hierauf forderte der Monarch die Parteivorstände auf, vorzutreten und ihm in die Hand zu geloben, daß sie ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenhalten und mit ihm durch dick und dünn, durch Not und Tod gehen würden.

Nach dieser feierlichen Stunde im Schloß, die bei allen, die sie miterleben durften, einen tiefen Eindruck hinterließ, fand im Reichstagsgebäude die erste Kriegssitzung statt, bei der unter Teilnahme der Sozialdemokraten der Reichskanzler eine großangelegte Rede hielt, in der er die Vorgänge der Julikrise in gedrängter Kürze wiedergab. Wenn dieser Rede auch nicht die politische Bedeutung zukommt wie der Rede Greys vor dem englischen Parlament, da bereits der Krieg mit Rußland und Frankreich zum Ausbruch gekommen war, so geben die Worte Bethmanns doch einen Überblick über die Auffassungen, die seine Politik bestimmt haben.

Wie der Kaiser in der Thronrede hob auch Bethmann Hollweg zunächst hervor, daß Deutschland 44 Jahre in Frieden gelebt und den Frieden Europas beschirmt habe. Deutschland sei jetzt gegen seinen Willen, gegen sein redliches Bemühen gezwungen worden, das Schwert zu ziehen. Rußland habe die Brandfackel an das Haus gelegt, und Deutschland stehe in einem aufgezwungenen Krieg mit Rußland und Frankreich.

Unter Hinweis auf das deutsche Weißbuch, das den Mitgliedern des Reichstags inzwischen zugegangen war, hob der Kanzler die Tatsachen heraus, die die deutsche Haltung kennzeichneten. Von Anfang an habe man darauf hingearbeitet, daß der Konflikt auf Österreich und Serbien beschränkt bleibe. Alle Kabinette, insbesondere England, hätten denselben Standpunkt vertreten. Nur Rußland habe erklärt, daß es bei Austragung dieses Konflikts mitreden müsse. Der Kanzler führte dann weiter aus, daß Rußland, während der Kaiser die Vermittlerrolle

zwischen Wien und Petersburg übernommen habe, alle seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte mobilisierte, obgleich Österreich nur gegen Serbien mobilisiert habe. Nachdem durch die deutschen Vorstellungen erreicht worden sei, daß die Aussprache zwischen Wien und Petersburg wieder aufgenommen wurde, und noch bevor die letzte Entscheidung in Wien gefallen war, sei die Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilmachung eingetroffen. Da auch Frankreich militärische Vorbereitungen getroffen habe, hätte Deutschland nicht warten können, bis die Mächte, zwischen denen Deutschland eingekeilt sei, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten. Deutschland dieser Gefahr auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen. Darum habe Deutschland die Demobilmachung Rußlands gefordert und erklärt, daß es im Fall der Ablehnung den Kriegszustand als eingetreten betrachte. Was Rußland auf die Forderung der Demobilmachung geantwortet habe, wisse man heute noch nicht. Da die gestellte Frist längst verstrichen war, habe sich der Kaiser am 1. August genötigt gesehen, die Wehrmacht mobil zu machen.

Auf den westlichen Nachbarn übergehend, berichtete der Kanzler kurz über die französische Antwort, Frankreich werde tun, was ihm seine Interessen geböten, was eine ausweichende, wenn nicht verneinende Antwort auf die deutsche Frage gewesen sei. Nunmehr kam der Kanzler auf die Grenzverletzungen zu sprechen und erklärte, die Grenze sei von deutscher Seite unbedingt respektiert worden mit einer Ausnahme, und der Kanzler gab dann eine ihm vom Generalstab am Vormittag zugegangene Meldung bekannt, wonach von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen deutscherseits nur eine einzige zuzugeben sei. Gegen den ausdrücklichen Befehl habe eine Patrouille des XIV. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten, sei aber anscheinend abgeschossen worden. Hiermit war der Grenzzwischenfall bei Delle und Joncherey gemeint. Weiter erklärte der Kanzler auf Grund der Meldung des Generalstabs, lange vor dieser deutschen Grenzüberschreitung hätten französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf die deutschen Bahnlinien Bomben abgeworfen, und am Schluchtpaß hätten französische Truppen die deutschen Grenzschutztruppen angegriffen. Die deutschen Truppen hätten sich befehlsgemäß zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt.

Daß am 3. August vormittags, als die französischen Grenzverletzungen sich häuften, das Vorschieben von Aufklärungsabteilungen über die Grenze gestattet worden war, wurde in der Rede des Kanzlers nicht erwähnt. Der Generalstabschef hatte dies bei seiner Mitteilung an das Auswärtige Amt damit begründet, es handle sich hierbei lediglich um eine Sicherheitsmaßnahme, da es nicht zu verantworten sei, daß man die deutschen Truppen ohne Aufklärung lasse und sie dadurch Überraschungen und unweigerlichen Verlusten aussetze[3].

Weiter führte der Kanzler aus, daß Frankreich zwar erklärt habe, es werde eine Zone von 10 km an der Grenze respektieren, in Wirklichkeit seien aber bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen und französische Kompanien auf das Gebiet des Reiches eingebrochen. Damit habe Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen und Deutschland tätlich angegriffen.

Der Kanzler vertrat also auch hier wieder die bereits in der Kriegserklärung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß Deutschland nur wegen der Grenzverletzungen, nicht wegen der sich für Frankreich aus dem Bündnis mit Rußland ergebenden Notwendigkeiten, in den Krieg mit seinem westlichen Nachbarn eingetreten sei.

Nach der Bekanntgabe der Meldung des Generalstabs fuhr der Kanzler wörtlich fort[4]: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen —, das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!"

Hierauf kam der Kanzler noch auf England zu sprechen und teilte mit, daß, solange England sich neutral verhalte, die deutsche Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreife, und daß Deutschland auch die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werde. Er wiederhole hiermit diese Erklärung vor aller Welt. Einem Wunsche des Staatssekretärs von Tirpitz folgend, setzte er noch hinzu, solange England neutral bleibe, sei Deutschland auch bereit, im Fall der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen[5].

Zum Schluß wiederholte der Kanzler die Worte des Kaisers, daß Deutschland mit reinem Gewissen in den Kampf ziehe. Jetzt habe die große Stunde der Prüfung für das deutsche Volk geschlagen, um das Erbe, um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen. Die Armee stehe im Felde, die Flotte sei kampfbereit, hinter ihr stehe das ganze deutsche Volk, und mit einer Handbewegung die äußerste Linke des Reichstags einschließend, schloß der Kanzler mit den Worten: „Das ganze deutsche Volk, einig bis auf den letzten Mann!"

Die Rede des Kanzlers wurde mit brausendem, nicht endenwollendem Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen aufgenommen.

Die Erklärung Bethmanns, daß Deutschland sich in Notwehr befinde, und auch die Erklärung über England wurde von Jagow sofort offen an Lichnowsky weitergegeben, blieb aber auf den Gang der Ereignisse in London natürlich ohne jeden Einfluß. Doch hielt auch Beyens die Erklärung über Belgien noch für so wichtig, daß er sie gleich im Wortlaut nach Brüssel weitergab[6].

Die Kanzlerrede hatte auf den Reichstag ihre Wirkung ausgeübt und, wie die spätere Bewilligung der Kriegskredite zeigte, selbst die Sozialdemokraten mitgerissen. Doch fehlte die insbesondere dem Ausland gegenüber notwendige Erklärung, daß es das französische Bündnis mit Rußland war, das Deutschland

gezwungen hatte, sich auch gegen Frankreich zu wenden. Wohl hatte der Kanzler durch seine Worte „Frankreich konnte warten, wir aber nicht" die mißliche strategische Lage des Reichs angedeutet, aber doch nicht ausführlich und überzeugend genug dargelegt. Hinzu kam noch, daß die angeführte Meldung über die bombenwerfenden Flieger nicht einmal richtig war, was dem Kanzler freilich nicht zur Last gelegt werden durfte. Durch die Bemerkung von dem Unrecht gegenüber Belgien hat der Kanzler der feindlichen Propaganda ein Stichwort gegeben, das in verheerender Weise gegen Deutschland ausgenutzt worden ist. Echt deutsch und ritterlich empfunden, waren diese Worte in ihrer psychologischen Wirkung angesichts eines großen Krieges fraglos ein schwerer Fehler.

Gegen Schluß der Reichstagssitzung hatte sich der britische Botschafter bei Jagow angemeldet. Da während der Nacht eine wenn auch als fragwürdig bezeichnete Nachricht aus Stockholm eingegangen war, daß England am 4. August Deutschland den Krieg erklären würde, nahm man im Auswärtigen Amt an, daß der Besuch Goschens hiermit zusammenhänge. Auch wurde sofort der Admiralstab benachrichtigt, der daraufhin sogleich ein Telegramm nach Ostasien aufgab, die englische Kriegserklärung stehe stündlich bevor.

Goschen brachte jedoch noch nicht die Kriegserklärung, sondern erhob entsprechend dem uns bekannten ersten Auftrag Greys zunächst nur Einspruch gegen die Verletzung des belgischen Neutralitätsvertrages und verlangte, daß die an Belgien gestellte Forderung nicht weiter verfolgt und die Neutralität des Königreichs geachtet würde[7]. Jagow bedauerte, die Zusicherung nicht geben zu können, da die deutschen Truppen bereits heute morgen die belgische Grenze überschritten hätten. Der Staatssekretär setzte dann erneut eingehend die militärische Notwendigkeit des Durchmarsches auseinander. Dabei führte er aus, wenn man den südlicheren Weg eingeschlagen hätte, dann hätte Deutschland in Anbetracht der wenigen Straßen und der Stärke der französischen Festungen nicht hoffen können, „ohne furchtbaren Widerstand und entsprechenden großen Zeitverlust durchzukommen". Dieser Zeitverlust wäre den Russen zum Heranschaffen ihrer Truppen an die deutsche Grenze zugute gekommen. Schnelligkeit der Bewegungen sei der Vorteil Deutschlands, demgegenüber Rußland einen unerschöpflichen Vorrat an Truppen habe. Der Staatssekretär erklärte dann nachdrücklich, daß trotz der von Goschen im Verlauf der Unterredung nochmals betonten Folgen eine Umkehr nicht mehr möglich sei. Auch wiederholte Jagow die in London gegebenen Versicherungen und wies insbesondere darauf hin, daß Deutschland Belgien nach dem Kriege volle Entschädigung zugesagt habe. Er gab zu, daß das Königreich ganz natürlich und sehr loyal gehandelt habe[8].

Nach etwa zwei Stunden, gegen 7 Uhr abends, begab sich der britische Botschafter erneut zu Jagow. Der zweiten Note Greys entsprechend erklärte Goschen nunmehr, wenn die deutsche Regierung nicht bis 12 Uhr nachts die Zusicherung geben könne, die Grenzverletzungen nicht fortzusetzen und den Vormarsch einzustellen, sei er angewiesen, seine Pässe zu fordern. Weiter gab Goschen bekannt, die britische Regierung werde dann alle ihr zu Gebote stehenden Maßregeln ergreifen müssen, um die Neutralität Belgiens zu sichern. In diesen Worten lag die eigentliche Kriegsandrohung.

Jagow erwiderte, daß er dem Botschafter keine andere als die ihm bereits bei seinem kurz vorher stattgefundenen Besuch mitgeteilte Antwort geben könnte. Goschen übergab hierauf Jagow eine Paraphrase der Note Greys und stellte nochmals unter Hinweis auf den Zeitpunkt 12 Uhr an den Staatssekretär die Frage, ob es nicht möglich sei, die Antwort erneut zu erwägen. Jagow bemerkte jedoch, wenn die Frist auch noch länger sein würde, könne er dem Botschafter immer nur die gleiche Antwort geben. Da Goschen die Nutzlosigkeit seiner Bemühungen daraufhin einsehen mußte, forderte er nunmehr seine Pässe. Auftragsgemäß beschwerte sich Goschen dann noch über die Zurückhaltung englischer Schiffe[9].

Nach einem kurzen inoffiziellen Gespräch, in dem beide Diplomaten sich gegenseitig ihr schmerzliches Bedauern über den Zerfall der beiderseitig angestrebten Politik versicherten, verabschiedete sich Goschen von Jagow, nachdem er ihm mitgeteilt hatte, daß er auch noch zum Kanzler gehen wolle.

Vor seinem Eintritt bei Jagow hatte Goschen den amerikanischen Botschafter Gerard getroffen und ihm von seinem Auftrag unterhaltungsweise Kenntnis gegeben. Wie Gerard in seinen Memoiren behauptet, sei dieses Gespräch abgelauscht worden und dem „Berliner Tageblatt" zu Ohren gekommen, das daraufhin ein Extrablatt über die Kriegserklärung Englands an Deutschland herausgegeben habe.

Wie dem auch sei, führte dieses Extrablatt, wie wir vorweg bemerken wollen, im Laufe des Abends zu Tumulten vor der englischen Botschaft, wobei einige Fensterscheiben eingeworfen wurden. Nachdem durch ein Aufgebot berittener Polizisten sehr schnell die Ordnung wiederhergestellt worden war, nahm auch Jagow noch Gelegenheit, sich wegen des Vorfalls beim britischen Botschafter in aller Form zu entschuldigen. Wie Goschen in seinem Schlußbericht an Grey hervorhob, konnte keine Entschuldigung vollständiger sein als die des Staatssekretärs[10].

Der Besuch Goschens bei Bethmann Hollweg führte natürlich zu keinem neuen Ergebnis. Als der Botschafter die Unterredung mit der Frage einleitete, ob der Kanzler ihm auf das englische Ultimatum nicht eine andere Antwort geben könne als Jagow, wurde dies vom Kanzler verneint. Darauf machte Goschen den Vorschlag, daß, wenn der Krieg hiernach zu seinem Bedauern endgültig entschieden sei, man vielleicht vor dem Auseinandergehen noch ein privates und persönliches Gespräch über die ungeheure Situation haben könnte, wozu sich der Reichskanzler sofort bereit erklärte und den Botschafter bat, an seinem Tisch Platz zu nehmen. Nunmehr begann Bethmann Hollweg, sichtlich erregt, teils in englischer, teils in deutscher Sprache, längere Zeit auf den Botschafter einzureden und ihm auseinanderzusetzen, wie furchtbar der von der britischen Regierung getane Schritt sei und welches Unheil hierdurch über die Welt kommen würde. Als Goschen immer wieder die belgische Neutralität als den für England entscheidenden Punkt angab, brachte der Kanzler in erregtem Tone vor, er könne es nicht verstehen, daß bloß wegen eines Wortes „Neutralität", eines Wortes, das in Kriegszeiten so oft mißachtet worden sei und das im Vergleich zu dem furchtbaren Ereignis eines deutsch-englischen Krieges doch nur ein „Fetzen Papier" (a scrap of paper) wäre, Großbritannien mit einer stammverwandten Nation Krieg führe,

die nichts besseres wünschte, als mit ihm in Freundschaft zu leben. Alle seine Bemühungen seien durch diesen letzten furchtbaren Schritt nutzlos geworden, und die Politik, der er sich seit seinem Amtsantritt gewidmet habe, sei damit wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Was England getan habe, sei unglaublich, es sei, wie wenn jemand, der gegen zwei Angreifer um sein Leben kämpfe, von hinten angefallen würde. Für alle eintretenden Folgen sei Großbritannien verantwortlich.

Die Erregung des Kanzlers und seine leicht hingeworfene Bezeichnung des Neutralitätsvertrages als eines Fetzens Papier, die ihm die Mitwelt später so verübelte, hatte ihren Ursprung in der Betonung Goschens, daß es nur die belgische Neutralität gewesen sei, die England zum Kriege getrieben hätte. Der Kanzler dagegen war davon überzeugt, daß dies nicht der Grund sei, und war empört über den gänzlichen Mangel an Empfinden dafür, daß die englische Kriegserklärung Weltwerte vernichten mußte, gegen die selbst die belgische Neutralitätsverletzung leicht wog.

Goschen erhob gegen die Vorstellungen Bethmann Hollwegs jedoch schärfsten Einspruch und bemerkte, ebenso wie der Kanzler und Jagow ihm begreiflich zu machen wünschten, daß es aus strategischen Gründen für Deutschland eine Frage von Leben und Tod bedeute, durch Belgien zu marschieren und seine Neutralität zu verletzen, so erwarte er auch Verständnis dafür, daß es für die Ehre Großbritanniens sozusagen eine Frage von Leben und Tod sei, seine feierliche Verpflichtung zu halten und die belgische Neutralität bei einem Angriff bis zum äußersten zu verteidigen. Der Vertrag müsse einfach gehalten werden, denn wer könnte sonst künftighin von Großbritannien eingegangenen Verpflichtungen trauen.

Demgegenüber warf der Kanzler ein, ob die britische Regierung auch daran gedacht habe, um welchen Preis dann dieser Vertrag gehalten würde. Goschen versuchte darauf noch auseinanderzusetzen, daß die Furcht vor den Folgen kaum als eine Entschuldigung für den Bruch feierlich eingegangener Verträge gelten könne, verzichtete aber darauf, durch weitere Argumente die erregte Aussprache fortzusetzen.

Beim Abschied sagte der Kanzler noch, der Schlag, daß Großbritannien sich den Feinden Deutschlands angeschlossen habe, sei für ihn um so schwerer, als er und seine Regierung bis zum letzten Augenblick mit England zusammengearbeitet und dessen Bemühungen unterstützt hätten, den Frieden zwischen Österreich und Rußland zu erhalten. Goschen gab dies zu und bezeichnete es als einen Teil der Tragödie, daß die beiden Nationen gerade in dem Augenblick aneinandergerieten, als sich ihre gegenseitigen Beziehungen freundschaftlicher und herzlicher als in den früheren Jahren gestaltet hätten. England habe dem Krieg nicht ausweichen können, da es seine Verpflichtungen habe einhalten müssen, und der Kanzler werde verstehen, daß niemand dies mehr bedauere als er selbst. Bei der Verabschiedung verlor der Botschafter vollständig die Fassung und bat den Kanzler, noch eine Weile in seinem Vorzimmer verweilen zu dürfen, weil er sich in diesem Gemütszustand nicht dem aufwartenden Kanzleipersonal zeigen könne.

Kurz nach dem Besuch Goschens beim Kanzler ging im Auswärtigen Amt die Nachricht Belows ein, daß Belgien die Beziehungen mit Deutschland abgebrochen und der Gesandte seine Pässe erhalten habe.

König Albert hatte in einem persönlichen Telegramm an den Kaiser zum Ausdruck gebracht, er hätte nicht vermutet, zu der Entscheidung gezwungen zu werden, zwischen Krieg und Mißachtung der internationalen Pflichten zu wählen[11].

Da sich bei näherer Betrachtung des etwas gewundenen Wortlauts der Note, die Goschen bei seinem zweiten Besuch Jagow als Aide-mémoire übergeben hatte, herausstellte, daß nicht klar zum Ausdruck gebracht war, ob nur die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien oder der Krieg als eingetreten anzusehen wäre, wurde der Unterstaatssekretär Zimmermann gebeten, deswegen noch einmal persönlich bei Goschen anzufragen. Der Botschafter versuchte zunächst auf die Frage Zimmermanns, ob die Forderung der Pässe einer Kriegserklärung gleichkomme, ausweichend zu antworten, indem er erklärte, der Unterstaatssekretär müsse ebensogut wie er oder besser wissen, was in solchen Fällen üblich sei, und wiederholte nur, daß die britische Regierung diejenigen Maßnahmen ergreifen werde, die ihre Verpflichtungen erheischten. Zimmermann ließ sich auf derartige Erklärungen jedoch nicht ein und brachte nun selbst zum Ausdruck, daß das in der Tat eine Kriegserklärung sei, da die Reichsregierung die verlangte Zusicherung nicht geben könne. Das Ergebnis der Anfrage wurde auch dem Reichsmarineamt mitgeteilt. Die Scheu Goschens, das ominöse Wort Krieg über die Lippen zu bringen, wäre gar nicht nötig gewesen, da in der von Grey an Lichnowsky gerichteten Note das Kind ohne Umschweife beim richtigen Namen genannt war[12]. —

Der Kaiser, der von den Tumultszenen der Berliner Bevölkerung vor der britischen Botschaft erfahren hatte, sandte am nächsten Morgen, dem 5. August, einen seiner Flügeladjutanten, den Oberst von Mutius, zu Goschen mit dem Auftrag, ihm sein Bedauern über die Vorfälle der vergangenen Nacht auszudrücken. Gleichzeitig erklärte der Oberst aber auftragsgemäß dem Botschafter, daß die Vorfälle ihm einen Begriff von den Gefühlen des deutschen Volkes über die Handlungsweise Großbritanniens geben dürften, das sich anderen Nationen gegen seine alten Verbündeten von Waterloo angeschlossen habe. Ferner ersuchte Mutius den Botschafter, dem König von England zu sagen, daß der Kaiser auf die Titel eines britischen Feldmarschalls und britischen Admirals stolz gewesen sei, sich aber infolge des Geschehenen jetzt unverzüglich dieser Titel entledigen müsse. Nach dem Bericht Goschens hatten die Erklärungen, die der Flügeladjutant abzugeben hatte, durch die Art, wie er sie ausrichtete, nichts von ihrer Schärfe verloren.

Wohl im Hinblick auf den Besuch Zimmermanns hatte Goschen noch in der Nacht ein Schreiben an den Staatssekretär gerichtet, in dem er nochmals mit der Begründung, daß die britische Regierung eine zufriedenstellende Antwort auf ihre Frage nicht erhalten habe, erklärte, angewiesen zu sein, für sich und sein Personal um die Pässe zu bitten. Ferner teilte er mit, daß die britische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten gebeten habe, „während des Krieges“ die britischen Interessen in Deutschland wahrzunehmen.

Am 5. August vormittags wurden Sir Edward Goschen durch den Grafen Botho Wedel seine Pässe zugestellt, der mit dem Botschafter das Nähere über seine Abreise besprach. Gleichzeitig überbrachte ihm Wedel noch einen in den „freundlichsten Ausdrücken" abgefaßten Brief Jagows.

Am nächsten Morgen fuhr Goschen vom Lehrter Bahnhof in einem Sonderzug, dem auch ein Speisewagen nicht fehlte, über Holland nach England. Wie der Botschafter selbst berichtet, hatte er sich bei seiner Abreise über nichts zu beklagen.

Kapitel 66

Auch Rußland, Frankreich und England im Kriege mit Österreich-Ungarn

Rußland versucht, Keil zwischen Deutschland und Österreich zu treiben — Die Russen dechiffrieren Telegramm Berchtolds an Szápáry — Noch kein Abbruch der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg — Bethmann Hollweg wünscht Eingreifen Österreichs gegen Rußland — Conrad für Hinausschieben der Kriegserklärung — Österreich „durch dick und dünn" mit Deutschland — Die Wilhelmstraße drängt auf Kriegserklärung — Kriegszustand zwischen Rußland und Österreich — Ungeklärte Lage im Mittelmeer — „Goeben" und „Breslau" — Admiral Haus lehnt „Pontus Raid" ab — Deutschland für Kriegserklärung des Bundesgenossen an Frankreich und England — Österreich will zunächst Flottenrüstungen beenden — 12. August für Kriegserklärung in Aussicht genommen — Österreichische Truppen an der deutsch-französischen Grenze? — Dumaine und Szécsen bitten um ihre Pässe — Gemeinsame Kriegserklärung Frankreichs und Englands.

Die auf das fortgesetzte Drängen Bethmann Hollwegs am 30. Juli wiederaufgenommenen Besprechungen zwischen Wien und Petersburg waren auch am 1. August fortgesetzt worden. Bei einer langen und sehr freundschaftlichen Unterredung mit Berchtold, in der sich der russische Botschafter bemühte, genaue Angaben darüber zu erhalten, welche Genugtuung Österreich verlange, bestätigte Berchtold erneut, daß die Monarchie nur wünsche, gegen die serbische Agitation und Propaganda gesichert zu sein. Wenn es Schebeko bei dieser Aussprache auch nicht gelang, von Berchtold eine präzise Antwort über das Ausmaß der von Serbien verlangten Genugtuung zu erhalten, so gewann der Botschafter doch den Eindruck, daß Österreich einen Vorschlag annehmen würde, der es ihm möglich mache, „aus der gegenwärtigen Situation ohne Schaden für seine Eigenliebe und sein Prestige auf dem Balkan und im Innern des Landes herauszukommen"[1]. Weiter bemerkte Schebeko, er würde keineswegs am Frieden verzweifeln, wenn Deutschland sich der Einmischung enthielte, und er würde die Beziehungen nicht als abgebrochen ansehen, bis der Krieg tatsächlich erklärt sei. Er hoffe, daß Rußland selbst nicht den Krieg erklären, sondern dies Deutschland überlassen würde. Unglücklicherweise wäre die Streitfrage jetzt nach Berlin verlegt worden, wo der russische Schritt betreffs der Mobilmachung falsch dargestellt worden sei. Kein Land von Selbstachtung könne die herausfordernde Art ertragen, in der der deutsche Botschafter in Petersburg seine Aufträge ausgeführt habe[2]. Anscheinend hatte Schebeko hierbei das von uns wiederholt herausgestellte Mißverständnis zwischen Pourtalès und Sasonow bei der Unterredung am 29. im Auge.

Auch diese Unterredung dürfte zeigen, wie gering die tatsächlichen Schwierigkeiten zwischen Rußland und Österreich de facto waren und daß es der um den Frieden ringenden europäischen Diplomatie vielleicht noch hätte gelingen können, die Katastrophe zu vermeiden, wenn nicht durch die russische allgemeine Mobil-

machung und die durch sie notwendig gewordene deutsche Kriegserklärung den diplomatischen Verhandlungen ein vorzeitiges Ende gesetzt worden wäre.

Den Unterredungen Schebekos mit dem Grafen Berchtold dürfte aber auch der Gedanke zugrunde gelegen haben, die Doppelmonarchie von Deutschland zu trennen. So suchte der russische Botschaftsrat, Fürst Kudaschew, am nächsten Tage einen jüngeren Diplomaten, Graf Fery Kinsky, auf und fragte ihn, ob Österreich denn verpflichtet sei, Deutschland beizustehen. Am Ballhausplatz wurde das Ganze jedoch gleich als Intrige erkannt, und Kinsky richtete an Kudaschew sehr geschickt die Frage, ob denn die russische Mobilmachung vielleicht gegen die Mongolei gerichtet sei. Auch der deutsche Militärattaché, Graf Kageneck, hatte ebenfalls den Eindruck, daß Rußland versuche, zwischen Deutschland und Österreich einen Keil zu treiben. Doch sei das Spiel in Wien völlig durchschaut worden[3].

Aus einem von Berchtold an die k. u. k. Botschaft in Petersburg gerichteten Telegramm, das vom russischen Auswärtigen Amt dechiffriert werden konnte und somit Sasonow bekannt wurde, ging hervor, daß Österreich nur infolge der von der russischen Regierung an der österreichischen Grenze angeordneten Mobilmachung zu seinen militärischen Maßnahmen in Galizien gezwungen sei. Die Maßnahmen trügen einen rein defensiven Charakter und seien lediglich unter dem Druck der russischen Vorkehrungen erfolgt, die Österreich sehr bedauere, da es selbst keine aggressive Absicht gegen Rußland hätte und die Fortdauer gutnachbarlicher Beziehungen wünsche. Weiter wurde in dem Telegramm gesagt, daß die der Lage entsprechenden Unterredungen zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett in freundschaftlicher Weise weitergeführt würden und Österreich hiervon eine allseitige Beruhigung erhoffe[4]. Aus diesem Telegramm konnte natürlich die Sängerbrücke ersehen, daß der bisher vorliegende Argwohn, Österreich-Ungarn habe auch feindliche Absichten gegen Rußland, unberechtigt war. Auch russischerseits wurde immer wieder trotz der Mobilmachungsmaßnahmen betont, daß die Absicht, die Beziehungen zu Österreich abzubrechen, nicht bestehe, und Schebeko wurde noch am Abend des 1. August nach der deutschen Kriegserklärung davon unterrichtet, daß Rußland seinerseits in Beziehungen zu Österreich bleibe[5].

Dennoch hatte sich mit der infolge der russischen allgemeinen Mobilmachung als notwendig erachteten Kriegserklärung Deutschlands an Rußland am Abend des 1. August die Lage völlig verändert: Deutschland, das bisher bestrebt gewesen war, eine Annäherung zwischen Wien und Petersburg herbeizuführen, war nunmehr daran interessiert, daß auch der österreichische Bundesgenosse so bald wie möglich alle seine Kräfte gegen Rußland einsetzen würde. Der Mechanismus der Bündnisse war auf beiden Seiten so stark, daß die Beziehungen der einzelnen Staaten zueinander hinter den Verpflichtungen und Interessen der Gruppe vollständig zurücktraten.

Bei seiner Mitteilung vom 2. August nach Wien, daß der Kriegszustand mit Rußland eingetreten sei, sprach daher Bethmann Hollweg die Erwartung aus, daß Österreich seine Bundespflicht erfüllen und sofort tatkräftig gegen Rußland eingreifen werde. Wenn man auch in Wien durchaus die Notwendigkeit hierzu

einsah und Conrad das Erforderliche bereits eingeleitet hatte, um die Hauptkräfte gegen Rußland einzusetzen, so wollte der Generalstabschef andererseits die Übergabe der Kriegserklärung in Petersburg solange hinausschieben, bis die Versammlung der österreichischen Kräfte in Galizien weiter durchgeführt war. Conrad schlug daher vor, Berlin zu erklären, daß man mit Deutschland „durch dick und dünn" gehen werde, aber militärische Gründe für ein Aufschieben der Kriegserklärung sprächen.

Berchtold billigte die Wünsche des Generalstabschefs, doch war man am Ballhausplatz der Auffassung, daß die Kriegserklärung an Rußland nicht mehr länger als 48 Stunden hinausgeschoben werden könnte. Um Berlin zu beruhigen, wurde der Wilhelmstraße mitgeteilt, daß alles nur Mögliche geschehen werde, um mit den Hauptkräften sofort Rußland aktiv entgegenzutreten. Auch Conrad hatte den General von Moltke über den geänderten Aufmarsch der k. u. k. Armee brieflich unterrichtet.

Kaiser Franz Joseph erteilte Berchtold auf seinen Vorschlag vom 3. August hin grundsätzlich die Genehmigung zur Kriegserklärung an Rußland und ermächtigte ihn, je nach der politischen und militärischen Lage, möglicherweise schon am 4. August oder an einem der folgenden Tage, Rußland die Kriegserklärung zu übermitteln[6].

Zunächst bestärkte die zögernde Haltung Österreichs gegenüber Rußland den russischen Botschafter in seiner Auffassung, daß es möglich sein könne, einen Keil zwischen Österreich und Deutschland zu treiben, um Österreich aus dem russisch-deutschen Kriege herauszuhalten[7]. Dies war auch der Wunsch, den man in Petersburg im stillen hegte, weswegen man Österreich, auf das sich bisher die ganze feindselige Stimmung konzentriert hatte, nunmehr im Kriegsmanifest und in den anderen Auslassungen zum russisch-deutschen Kriege schonte, indem man es fast ganz überging[8].

Schebeko selbst hatte weiterhin den Eindruck, daß Österreich nicht abgeneigt wäre, mit Rußland über einen möglichen Ausweg aus der durch das Ultimatum an Serbien entstandenen Situation zu verhandeln. Wie er Sasonow am 3. mitteilte, sei aus allem ersichtlich, daß man in Wien den Krieg mit Rußland „nicht wollte". Wenn Schebeko weiter mitteilte, daß man in Wien über die Rußland von Deutschland hingeworfene grobe Herausforderung, die einen allgemeinen Krieg unvermeidlich gemacht habe, sehr ungehalten sei, so steht dies jedoch im Widerspruch zu der im gleichen Telegramm mitgeteilten Äußerung des Grafen Forgách, die Lage sei von dem Moment an kritisch geworden, wo der Ukas über die russische allgemeine Mobilmachung erschien. Schließlich mußte aber auch Schebeko noch im Laufe des 3. August erkennen, daß es nur militärische Rücksichten waren, die das Hinausschieben der Kriegserklärung Österreichs an Rußland bedingten. So mußte auch er einsehen, daß eine Trennung Deutschlands und Österreichs nicht mehr möglich sei und aller Wahrscheinlichkeit am 5. August der Bruch erfolgen werde[9].

Um in Berlin keine falsche Auffassung über die österreichische Haltung aufkommen zu lassen, teilte Graf Berchtold am 3. August Tschirschky zur Weitergabe an die Wilhelmstraße mit, daß man die Kriegserklärung an Rußland

nur aufgeschoben habe, um den Aufmarsch gegen Rußland möglichst ungestört durchführen zu können. Wien wolle außerdem vermeiden, durch eine spontane Kriegserklärung an Rußland das Odium des Angriffs auf sich zu nehmen. Man habe sich deshalb schon die Frage vorgelegt, ob Österreich auf Grund seines Bündnisvertrages mit Deutschland nicht den russischerseits erfolgten Angriff auf Deutschland auch für sich als Kriegsgrund anführen könnte. Da die Kriegserklärung sich wohl nur noch wenige Tage werde hinhalten lassen, bat Berchtold zu diesem Punkt um die Ansicht des Auswärtigen Amtes. Kaiser Wilhelm fand in diesem Vorschlage nichts Absonderliches und stimmte zu.

In der Wilhelmstraße war man jedoch mit der Auffassung des Ballhausplatzes über eine derartige Begründung der Kriegserklärung des Bundesgenossen an Rußland wenig einverstanden. Wäre doch hierdurch die Kausalität der Vorgänge in meritorischer Beziehung vertauscht worden. Der Kanzler antwortete daher auch etwas gereizt, Deutschland sei durch Österreichs Vorgehen gezwungen worden, den Krieg zu führen, und man erwarte, daß Wien dies nicht zu verdunkeln suche, sondern offen bekunde, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich es zum Kriege zwinge[10].

Während Berchtold aus politischen Gründen die Frage der österreichischen Haltung zu den mit Deutschland inzwischen im Kriege befindlichen Zweibundmächten endlich klären wollte, hielt Conrad noch am 4. August an seinem Standpunkt, aus militärischen Gründen die Kriegserklärung hinauszuschieben, fest und teilte dies Berchtold mit der ausdrücklichen Bitte mit, keine Entscheidung über die Kriegserklärung zu treffen, ohne sich vorher mit ihm ins Benehmen zu setzen. Besonders sprach sich Conrad jetzt gegen eine frühzeitige Kriegserklärung an Frankreich aus Gründen aus, auf die wir noch zu sprechen kommen, wogegen eine Kriegserklärung an Rußland weniger besorglich sei, obgleich er auch hier ein Hinausschieben für vorteilhaft halte.

Inzwischen hatte man aber am Ballhausplatz über die Kriegserklärung an Rußland eine Entscheidung gefällt. Am 5. August erklärte Berchtold dem russischen Botschafter, daß das Bündnis, das Österreich-Ungarn mit Deutschland verbinde, es zum Abbruch der Beziehungen mit Rußland verpflichte. Er beabsichtige daher, Szápáry aus Petersburg abzuberufen. Gleichzeitig wurde Schebeko mitgeteilt, daß sich Österreich vom 6. August ab als im Kriegszustand mit Rußland betrachte[11].

Ein entsprechender Auftrag war gleichzeitig an Szápáry abgegangen, traf aber am 6. August so spät in Petersburg ein, daß der k. u. k. Botschafter erst um 6 Uhr abends um seine Pässe bitten und Sasonow nachstehendes zur Kenntnis bringen konnte[12]:

> „Angesichts der von Rußland im Konflikte zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Serbien eingenommenen drohenden Haltung und im Hinblick auf den Umstand, daß laut einer Mitteilung des Berliner Kabinettes Rußland infolge dieses Konfliktes sich veranlaßt gesehen hat, die Feindseligkeiten gegen Deutschland zu eröffnen und dieses Reich sich daher im Kriegszustande mit der genannten Großmacht befindet, betrachtet sich Österreich-Ungarn gleichfalls als im Kriegszustande mit Rußland stehend."

Sasonow teilte die erfolgte Kriegserklärung Österreichs Schebeko mit und ordnete an, den Schutz der russischen Interessen dem spanischen Botschafter zu übergeben und nach Petersburg zurückzukehren[13]. Am 7. August reiste Schebeko unauffällig über die Schweiz, Szápáry über Schweden ab.

Während die Kriegserklärung Österreichs an Rußland am 6. August eigentlich überfällig gewesen war, bedingten die militärischen Verhältnisse zwischen England, Frankreich und Österreich zunächst ein Hinausschieben des Kriegszustandes. Es war natürlich selbstverständlich, daß Österreich einmal zum Kampf gegen Frankreich und England an die Seite Deutschlands treten mußte, ebenso wie es außer Zweifel stand, daß Frankreich und England an der Seite Rußlands ihre Feindschaft auch auf Österreich ausdehnen würden. Doch war der Zeitpunkt hierfür zunächst noch nicht gegeben.

Die eigenartigen Beziehungen zwischen den drei Mächten waren in der Hauptsache von der maritimen Lage im Mittelmeer abhängig. Auch spielte die ungeklärte Haltung Italiens eine Rolle, bis schließlich der angebliche Einsatz österreichischer Truppen an der deutschen Westfront von Frankreich und England zum Anlaß genommen wurde, der Doppelmonarchie den Krieg zu erklären.

Die Lage im Mittelmeer war kurz folgende: Die französische Mittelmeerflotte war durch die Deckung der Truppentransporte von Algier nach Südfrankreich in Anspruch genommen und kam für Unternehmungen gegen Österreich zunächst nicht in Frage. Die Streitkräfte des britischen Malta-Geschwaders waren größtenteils durch das „Beschatten" der deutschen Kreuzer „Goeben" und „Breslau" in Anspruch genommen.

Den wenigen, aber schnellen und gut armierten deutschen Schiffen der Mittelmeerdivision, die dem Befehl des Konteradmirals Souchon unterstand, fehlte die Operationsbasis. Es war daher nach dem am 2. August erfolgten Abschluß des Bündnisses mit der Türkei das Bestreben der „Goeben" und „Breslau", das Goldene Horn zu erreichen.

Die österreichisch-ungarische Flotte war mit ihrer Kriegsausrüstung noch nicht fertig und abgesehen hiervon den englischen Kreuzern infolge ihrer geringen Geschwindigkeit unterlegen. Aus diesem Grunde hatte der dem Oberkommando der k. u. k. Armee zugeteilte Konteradmiral Raisp den beachtenswerten Vorschlag gemacht, die österreichisch-ungarische Flotte unter Einbeziehung der „Goeben" und „Breslau" im Einverständnis mit der Türkei im Schwarzen Meer vor der überlegenen französisch-englischen Flotte in Sicherheit zu bringen, wo sie außerdem auch noch nutzbringend verwendet werden könne. Der „Pontus Raid", wie man das gedachte Unternehmen nannte, wurde jedoch von dem k. u. k. Admiral Haus, der hierüber zu entscheiden hatte, abgelehnt, da die geeignete Flottenbasis fehle und die Ausrüstung der Schiffe noch nicht weit genug fortgeschritten sei[14].

Die Möglichkeit, daß österreichische und deutsche Schiffe ins Schwarze Meer einlaufen könnten, wurde hingegen infolge der Unterlegenheit der Schwarz-Meer-Flotte von Rußland sehr befürchtet. Sasonow fragte daher am 6. August sorgenvoll in Paris und London an, was die beiden Mächte tun könnten, um Österreich an der Ausführung dieser Operation zu hindern. Ein Erfolg Österreichs im

Schwarzen Meer könne die Haltung Rumäniens ungünstig beeinflussen. Auch sei die Rückwirkung auf Bulgarien bedenklich, und die Türkei würde zum Herrn im Schwarzen Meer werden. Ferner sei dadurch die Getreideausfuhr Rußlands in Frage gestellt[15].

Benckendorff stellte daraufhin am 8. August Grey die ernsten Folgen dar, die ein Auftreten der österreichischen Flotte im Schwarzen Meer haben würde, wobei er auch auf die Haltung Rumäniens und der Türkei hinwies. Grey war sich des Ernstes der Lage ebenfalls bewußt und erklärte jetzt Benckendorff, eine baldige Kriegserklärung an Österreich sei notwendig, während er bisher Mensdorff gegenüber den Standpunkt vertreten hatte, England habe keinen Streit mit Österreich, solange dies nicht mit Frankreich im Kriegszustand sei. Er warte nur die Kriegserklärung Frankreichs ab, das diesen Schritt bis jetzt nicht getan habe, weil die französische Flotte durch die Deckung der Truppentransporte aus Algier in Anspruch genommen sei. England hänge somit bei seiner Kriegserklärung an Österreich von Frankreich ab. Ohne Frankreich könne England nicht vorgehen, da hierzu die englische Flotte im Mittelmeer nicht ausreiche. Der Respekt der beiden Flotten voreinander beruhte somit auf Gegenseitigkeit.

Die Sorge Sasonows und Greys, daß der „Pontus Raid" die Lage im Nahen Osten zugunsten der Mittelmächte beeinflussen könnte, war jedoch, wie wir wissen, nicht vonnöten, da Admiral Haus den vielleicht glücklichen Plan bereits abgelehnt hatte.

Mit Rücksicht auf die gefährdete Lage der „Goeben" und „Breslau" sahen sich Bethmann Hollweg und Jagow gezwungen, nicht nur auf eine Kriegserklärung an Rußland zu drängen, sondern von Österreich zu verlangen, daß es auch an Frankreich und England „sofort" den Krieg erkläre[16]. In Anbetracht dieser Lage war Graf Berchtold am 6. August auf Grund eines Immediatvortrages vom vorhergehenden Tage von Kaiser Franz Joseph zunächst die grundsätzliche Ermächtigung erteilt worden, im Einvernehmen mit dem Armeeoberkommando an die französische und großbritannische Regierung eine Kriegserklärung ergehen zu lassen[17]. Seine Bitte hatte er unter anderem damit begründet, in der deutschen Öffentlichkeit nicht den Argwohn aufkommen zu lassen, als wolle Österreich die Erfüllung seiner Bundespflichten verzögern. Er sei dafür, in jeder Hinsicht mit der deutschen Regierung gemeinsam vorzugehen[18]. Wegen von Conrad geäußerter Bedenken konnte Berchtold jedoch den deutschen Wünschen nicht weiter entsprechen.

Der k. u. k. Generalstabschef war im Interesse einer sachgemäßen Beendigung der Mobilisierung der Flotte nach wie vor dafür, die Kriegserklärung an Frankreich so lange wie möglich hinauszuschieben, um nicht die mächtige französische Flotte zu veranlassen, in der Adria zu erscheinen. Dabei brachte Conrad Berchtold gegenüber zur Sprache, daß, wenn Österreich Frankreich den Krieg erkläre, auch England den Krieg gegen Österreich erklären würde, und Österreich hätte dann beide Seemächte in der Adria zum Gegner. Er empfehle, dies den Deutschen klarzumachen, die dann selbst einsehen müßten, daß ein vernünftiger materieller Grund für eine verfrühte Kriegserkärung an England und Frankreich nicht vorliege.

Daraufhin wurden der Wilhelmstraße am 6. August eingehend die Gründe dargelegt, weswegen ein derartiger Schritt noch nicht zu empfehlen sei. Die Flotte brauche noch 4 bis 5 Tage, um kriegstüchtig zu werden, und sie laufe Gefahr, vernichtet zu werden, wenn sie vor Beendigung ihrer Ausrüstung den Kampf aufnehmen würde. Eine Kriegserklärung an Frankreich würde das Erscheinen der französischen und englischen Flotte in der Adria zur Folge haben, die sich in Cattaro festsetzen und dadurch Montenegro auf die Seite der Gegner Österreichs bringen würde. Trotz der angeführten Gründe und im Gegensatz zu den militärischen Autoritäten seines Landes erklärte sich jedoch Berchtold bereit, Frankreich und England am nächsten Tage (7. August) den Krieg zu erklären, wenn der Reichskanzler darauf bestehe. Doch könne ein auch nur teilweiser Erfolg der österreichischen Flotte viel eher erwartet werden, wenn nicht sofort mit der Kriegserklärung vorgegangen würde.

Auf Grund dieser Darlegungen erklärte sich Bethmann Hollweg nach Rücksprache mit dem Chef des General- und Admiralstabs mit der Verzögerung der österreichischen Kriegserklärung an Frankreich und England einverstanden. Doch wurde Wien mitgeteilt, man rechne damit, daß die Kriegserklärungen nach beendeter Ausrüstung der Flotte, also spätestens am 12. August erfolgen würden[19].

Inzwischen war es der „Goeben" am Nachmittag des 6. August gelungen, Messina zu verlassen und Kurs nach Osten zu nehmen[20]. Das englische Malta-Geschwader war zurückgeblieben, da ein Kreuzer kohlen mußte und Sir Berkeley Milne seine Schiffe zusammenhalten wollte. Das englische Geschwader, das in der Adria kreuzte, fühlte sich trotz zahlenmäßiger Überlegenheit artilleristisch nicht stark genug, um die „Goeben" anzugreifen. So kamen die „beschatteten" deutschen Kreuzer unbehelligt davon.

Das Bestreben Österreichs, noch nicht den Kriegszustand mit Frankreich herbeizuführen, hatte in Paris von Anfang an Mißtrauen erregt. Der neue französische Außenminister Doumergue erblickte in dem Verbleiben Szécsens in Paris eine Finte, um Frankreich zum Bruch herauszufordern und hierauf dann Italien gegenüber auf den casus foederis hinzuweisen. Man war daher in Paris der Meinung, sowohl Frankreich wie Rußland dürften Österreich keine Veranlassung geben, sie des Angriffs beschuldigen zu können.

Abgesehen von der Lage im Mittelmeer und den Rücksichten auf Italien spielten bei der Frage der Kriegserklärung, soweit Frankreich in Betracht kam, noch vermeintliche Truppentransporte Österreichs an den Oberrhein eine Rolle und gaben schließlich den erwünschten Anlaß zum Kriege. Bereits am 4. August war beim Quai d'Orsay die Mitteilung eingegangen, daß im Großherzogtum Baden österreichische Truppentransporte gesehen worden seien. Die Nachricht, die von einem Schweizer Offizier herrührte, der aus Stuttgart kam, war jedoch falsch. Auf eine diesbezügliche Anfrage teilte Dumaine unter Vorbehalt mit, daß nach einem umlaufenden Gerücht die k. u. k. Regierung die Absicht hätte, Truppen des XIV. Armeekorps aus Innsbruck und des II. Armeekorps aus Wien nach Elsaß-Lothringen zu schicken. Doch könne er nicht sagen, ob die Truppenverschiebungen schon begonnen hätten. Am 8. August ging sogar vom französischen Gesandten in Bern die bestimmte Nachricht ein, daß der

größte Teil des XIV. österreichischen Armeekorps die Strecke Immendingen-Waldshut-Lörrach längs des Rheins passiert habe[21].

Die verschiedenen Anfragen, die daraufhin vom Quai d'Orsay in Wien und an Szécsen gestellt wurden[22], waren vom Grafen Berchtold stets negativ beantwortet worden[23], was den tatsächlichen Verhältnissen durchaus entsprach*.

Trotzdem war Doumergue nicht zufrieden und erklärte Szécsen am 10. August, wenn auch nicht von einer wirklichen Teilnahme österreichischer Truppen am deutsch-französischen Kriege gesprochen werden könne, so sei doch die Anwesenheit österreichischer Truppen auf deutschem Gebiet unzweifelhaft, und dies stelle eine militärische Hilfe für Deutschland dar. Aus diesem Grunde habe er den französischen Botschafter in Wien ersucht, um seine Pässe zu bitten und Wien zu verlassen. Daher sei auch seine Anwesenheit in Paris nicht mehr notwendig. Szécsen erwiderte, da es für ihn unmöglich sei, bis heute abend Instruktionen vom Grafen Berchtold aus Wien zu erhalten, bitte er im Hinblick auf die Abberufung von Dumaine, ihm ebenfalls seine Pässe auszuhändigen. Noch am gleichen Abend verließ Szécsen Paris.

Am nächsten Tage machte auch Dumaine in Wien im Auftrag Doumergues Berchtold eine entsprechende Erklärung und bat ebenfalls um seine Pässe. Die Beziehungen zwischen den beiden Mächten waren damit abgebrochen. Bei der Verabschiedung Dumaines erklärte Berchtold dem Botschafter noch einmal ausdrücklich, daß die Nachrichten, auf Grund deren die französische Regierung den Abbruch der Beziehungen vorgenommen habe, vollkommen aus der Luft gegriffen seien. Von den fraglichen Verschiebungen österreichischer Truppen könne nicht die Rede sein[24].

Der Abbruch der Beziehungen war somit formell auf Grund unzutreffender Annahmen erfolgt, und hiermit fanden auch die vermeintlichen Flieger über Karlsruhe und Nürnberg ihr Gegenstück auf französischer Seite.

Der eigentliche Grund war auch gar nicht die angebliche Anwesenheit österreichisch-ungarischer Truppen hinter der deutschen Westfront, sondern die Absicht, den Kriegszustand herbeizuführen, um der österreichischen Flotte möglichst bald einen Schlag zu versetzen. Auf diese Weise hoffte man einen Einfluß auf die weitere Haltung Italiens auszuüben. Doumergue trat deswegen auch mit London in Verbindung. Am 12. August erfuhr er von Paul Cambon, daß die britische Regierung von der Nützlichkeit, gegen die österreichische Flotte vorzugehen, vollkommen überzeugt sei, aber sie könne dies nur tun, nachdem der Krieg erklärt sei. Grey erwarte die Antwort Frankreichs, um dem österreichischen Botschafter seine Pässe zustellen zu können. Doch müßte dieser Maßnahme die Kriegserklärung folgen, die England wiederum nur mit Frankreich zusammen aussprechen würde[25].

Inzwischen hatte man sich in Paris bereits zur Kriegserklärung entschlossen. Da die Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich abgebrochen waren,

* Die ersten k. u. k. Truppen, die an der deutschen Front Verwendung fanden, motorisierte schwere Artillerie, rollten erst am 13. August aus Krakau bzw. Wippach nach Deutschland ab. Mitteilung des Direktors des Heeresarchivs Wien vom 15. November 1938 an den Verfasser. Siehe auch Conrad: „Aus meiner Dienstzeit", IV S. 192, 354f.

mußte es England übernehmen, auch im Namen Frankreichs der Doppelmonarchie den Krieg zu erklären. Grey ließ daher am 12. August den k. u. k. Botschafter zu sich bitten und übergab Mensdorff die nachstehende, in französischer Sprache abgefaßte, ziemlich gewundene Erklärung[26]:

„Nachdem die österreichisch-ungarische Regierung an Serbien den Krieg erklärt und so den ersten Anstoß für die Feindseligkeiten in Europa gegeben hat, hat sie sich ohne irgendwelche Herausforderung seitens der Regierung der französischen Republik in Kriegszustand mit Frankreich versetzt:

„1. Nachdem Deutschland nacheinander den Krieg an Rußland und an Frankreich erklärt hatte, hat sich Österreich-Ungarn in diesen Konflikt eingemischt, indem es den Krieg an Rußland erklärte, das schon neben Frankreich kämpfte.

„2. Gemäß zahlreicher glaubwürdiger Informationen hat Österreich-Ungarn Truppen über die deutsche Grenze geschickt unter Umständen, die eine unmittelbare Bedrohung Frankreichs bedeuten."

Angesichts aller dieser Tatsachen (cet ensemble de faits) sieht sich die französische Regierung gezwungen, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß sie alle Maßnahmen ergreifen wird, die ihr erlauben, auf diese Handlungen und Drohungen zu antworten."

Weiter erklärte Grey Mensdorff, daß sich Großbritannien dieser Erklärung Frankreichs anschließe und infolgedessen auch der Kriegszustand zwischen England und Österreich-Ungarn von Mitternacht ab bestehen würde. Gleichzeitig war eine entsprechende Mitteilung an Bunsen nach Wien ergangen mit dem Auftrag, seine Pässe zu verlangen. Damit waren auch Frankreich und England in den Krieg gegen die Doppelmonarchie eingetreten.

Abschließende Bemerkungen

Das Ergebnis unserer Forschungen über den Ausbruch des Weltkrieges liegt in der Darstellung selbst. In den nachfolgenden abschließenden Bemerkungen wollen wir nur noch einmal einige wenige Momente herausstellen, die bei der Beurteilung der Vorgänge, die zum Kriege führten, besondere Beachtung beanspruchen.

Die europäische Lage im Sommer 1914, wie sie im ersten Kapitel skizziert wurde, ließ erkennen, daß Spannungen in Europa vorhanden waren, die jederzeit eine Krise hervorrufen konnten. Andererseits hatten die vergangenen Jahre und Jahrzehnte gezeigt, daß europäische Krisen, auch wenn sie noch so ernster Natur waren, durch die Diplomatie überwunden werden konnten, ohne daß es zum Kriege kam. So waren die Balkankrisen von 1908/09 und 1912/13, die Agadirkrise von 1911 und die Liman-Sanders-Krise um die Jahreswende 1913/14 vorübergegangen, ohne daß es zu einem Zusammenstoß zwischen den europäischen Großmächten gekommen wäre. Eine Krise braucht somit nicht immer zum Kriege zu führen, und auch im Sommer 1914 hätte der Friede erhalten werden können, wenn die europäische Diplomatie so viel Geschick an den Tag gelegt hätte, um die bestehenden Gegensätze auf vernünftige Weise auszugleichen. Die Auffassung, daß Europa 1914 zwangsläufig in einen Weltkrieg hineingeraten mußte, trifft nicht zu. Der Ausbruch des großen Krieges muß daher letzten Endes aus den Vorgängen der Julikrise erklärt werden.

Die Krise im Juli 1914 entwickelte sich aus dem österreichisch-serbischen Gegensatz, der aus der südslawischen Frage entstanden war. Österreich-Ungarn wollte nach dem Attentat in Sarajevo der Unterminierung seines Staatswesens in den südslawischen Provinzen durch die großserbische Propaganda ein für allemal ein Ende bereiten. Serbien dagegen wollte in Fortsetzung seiner nationalen Politik, die den Zusammenschluß aller Südslawen erstrebte, den Anschluß der südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie erzwingen. Etwas in der Entwicklung Begriffenes stieß gegen etwas Bestehendes an. In Wien hatte man die elementare Gewalt der nationalen Bewegung im serbischen Volk nicht scharf genug erkannt, noch weniger aber in Berlin. Auch hatte sich Österreich-Ungarn in den Jahren vor der Krise von 1914 nie stark genug gefühlt, um die südslawische Frage positiv oder negativ zu lösen.

Die positive Lösung, die nur mit der rückhaltlosen Unterstützung des deutschen Bundesgenossen möglich gewesen wäre, hätte darin bestehen können, Serbien zu annektieren und dem Staatswesen der Doppelmonarchie, das an sich die Möglichkeit hierfür geboten hätte, in irgendeiner Form anzugliedern. Eine starke Staatsführung hätte dieses Ziel im richtigen Augenblick wahrscheinlich erreichen können. Die negative Lösung wäre gewesen, die beiden umstrittenen Provinzen aufzugeben und in der Herstellung eines Freundschaftsverhältnisses zu Serbien

machtpolitisch einen Ausgleich zu suchen. Eine derartige Verzichtpolitik hätte jedoch den Fortbestand der Doppelmonarchie ernstlich in Frage gestellt. Doch waren 1914 nach den vorangegangenen schweren Krisen beide Möglichkeiten einer Lösung der südslawischen Frage verpaßt. Die positive Lösung wäre infolge der Erstarkung Rußlands zu diesem Zeitpunkt ohne Krieg nicht mehr möglich gewesen, und die negative Lösung mußte nach den Krisen von 1908 und 1912 für die Doppelmonarchie praktisch bis auf weiteres ausscheiden.

So wurde im Juli 1914 von Österreich-Ungarn faute de mieux eine Kompromißlösung gesucht, die darin bestehen sollte, unter Aufrechterhaltung des Status quo durch Erfüllung ultimativ gestellter Forderungen an die Belgrader Regierung Serbien soweit in die Gewalt zu bekommen, daß es seine großserbischen Ansprüche aufgab und seine nach der Annexionskrise wiederaufgenommene Propaganda einstellte. Wenn diese Forderungen verweigert würden, sollten sie mit Waffengewalt erzwungen werden. Man wollte also den 1909 erreichten Zustand, der durch die Balkankriege im Sinne der österreichischen Politik eine Verschlechterung erfahren hatte, wiederherstellen. Eine wirkliche Lösung der südslawischen Frage war dies natürlich nicht. Immerhin hätte die durch das Attentat akut gewordene Krise hierdurch wenigstens vorübergehend beseitigt werden können.

Den Entschluß der Wiener Regierung, sich nach dem grauenvollen Attentat von Sarajevo endlich zu einem energischen Vorstoß aufzuraffen, wird man verstehen müssen. Es war weniger die Ermordung des Thronfolgers an sich, die eine begreifliche Empörung in Österreich hervorrief, als daß in dem Attentat erneut der Beweis erblickt werden mußte, Serbien habe keineswegs seine nationalistischen Ansprüche aufgegeben, sondern sei entschlossen, sie mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Wenn die Wiener Regierung trotz ihrer konservativ bleibenden Politik bei ihrer Aktion den Bogen etwas überspannt hat, so muß dies auf eine nicht richtige Einschätzung der Kräfte zurückgeführt werden, die der Durchführung der Absichten Österreich-Ungarns entgegenstanden. Die vorausgegangenen Balkankrisen hätten Wien zeigen müssen, daß bei einem scharfen Vorgehen gegen Serbien eine Einmischung Rußlands zu erwarten war. Hiermit mußte gerechnet werden sowohl beim Ballhausplatz wie in der Wilhelmstraße.

Die serbische Nation hatte nach der Schlappe von 1909 mit wachsender Energie, später auch angespornt durch die Erfolge von 1912/13, in richtiger Einschätzung der für ihre Politik günstigen europäischen Konstellation mit größtem Ungestüm, wenn auch mit oft bedenklichen Mitteln ihr Ziel, Vereinigung aller Serben unter einem Zepter, weiter verfolgt. Vor allem fühlte sich Serbien durch die Haltung Rußlands ermuntert, den Kampf gegen die Doppelmonarchie im gegebenen Augenblick aufzunehmen. Trotzdem bedeutete die Politik Belgrads im Jahre 1914 für Serbien ein großes Risiko und hätte, wie der anfängliche Verlauf des Krieges auch gezeigt hat, mit einem gewaltigen Rückschlag enden können. Wenn Serbien schließlich der Erfolg zuteil wurde, so hat es dies weniger seiner eigenen Kraft als dem für die Erreichung seiner politischen Ziele günstigen Ausgang des Krieges zwischen den Großmächten zu verdanken.

Die österreichische Note war wohl scharf, aber sie war nicht unerfüllbar. Ihr Fehler lag mehr darin, daß juristische und politische Forderungen miteinander verquickt wurden. Wenn man den Fall nur juristisch betrachtete, so hätte die Forderung sich auf die Durchführung einer Untersuchung in Belgrad unter Aufsicht von k. u. k. Delegierten beschränken müssen. Auf Grund dieses Ergebnisses oder bei Ablehnung nur dieser Forderung hätten dann wohlbegründete politische Forderungen gestellt werden können. Wollte man diesen Weg nicht einschlagen, mußte man sich auf das vorläufige Untersuchungsergebnis in Sarajevo beschränken und allein auf Grund des Beweismaterials, das man über die großserbische Propaganda von früher her in Händen hatte oder durch die Untersuchung ergänzen konnte, die politischen Forderungen stellen, aber dann die Forderung einer Untersuchung in Belgrad fallen lassen. So enthielt das Ultimatum sowohl politische Forderungen, die sich im wesentlichen auf die Ergebnisse eines noch nicht abgeschlossenen juristischen Verfahrens in Sarajevo stützten, als auch das Verlangen nach einer Ergänzung des gerichtlichen Vorgehens in Belgrad. Hinzu kam noch, daß das „Dossier", das der Beurteilung des Falls durch die betreffenden Mächte dienen sollte, den Regierungen verspätet zugestellt wurde. Entweder man untersuchte die Angelegenheit und setzte dann mit der Strafe ein, oder aber man verzichtete auf eine weitere Untersuchung und erteilte die „verdiente Lektion" auf Grund des vorliegenden Tatbestandes. In dem Gemisch juristischer und politischer Forderungen lag ein Hauptfehler des Ultimatums, der dann die unfruchtbaren, weil auf unsicherer Grundlage ruhenden Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg hervorrief.

Daß Deutschland sich von Anfang an dem Bundesgenossen an die Seite stellte und seine volle Unterstützung zusagte, war eine nicht abzuweisende Notwendigkeit und entsprach den Grundsätzen Bismarckscher Politik. Doch hat auch Deutschland zu spät die Widerstände erkannt, die sich einer so weitgehenden Aktion des Bundesgenossen gegenüber Serbien entgegenstellten. Man glaubte anfangs in Berlin, daß ein energisches Auftreten zugunsten des Bundesgenossen genügen würde, um Rußland in Schach zu halten. Die Auffassung, daß der Zar sich unmöglich für die „Fürstenmörder" einsetzen könnte, war eine Überschätzung der Bedeutung von Sentiments in der Politik, die im wesentlichen von Realitäten bestimmt wird. Auch war der Vorwurf einer Mitverantwortlichkeit der serbischen Regierung noch zu wenig geklärt, um als Voraussetzung für die Haltung Rußlands mit Sicherheit einbezogen werden zu können. Man übersah überdies am Ballhausplatz wie in der Wilhelmstraße, daß ein sofortiges Eintreten der deutschen Regierung für die Forderungen Wiens nicht nur in Petersburg, sondern auch in Paris und London den Eindruck einer verabredeten Aktion zweier Großmächte gegen Serbien hervorrufen mußte, wodurch von Anfang an ein starkes Mißtrauen gegenüber den beiden Zentralmächten wachgerufen wurde. Ein so großer Aufwand politischer Energien schien nur verständlich, wenn weitreichendere Ziele verfolgt würden als nur die Züchtigung Serbiens für das Geschehenlassen des Attentats und die Unterbindung der großserbischen Propaganda. Man befürchtete im Entente-Lager eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan, die nicht

nur an die vitalen und traditionellen Ziele Rußlands an den Meerengen rührte, sondern auch als eine zu weitgehende Stärkung der im Dreibund vereinigten Gruppe angesehen wurde. Die späteren Versicherungen von österreichischer Seite, keine territorialen Ziele zu verfolgen und die Souveränität Serbiens nicht verletzen zu wollen, Erklärungen, die ganz abgesehen von dem Geschwätz der Mitglieder der k. u. k. Botschaft in London immer etwas zögernd und nicht entschieden genug erfolgten, konnten das Mißtrauen in die Politik des Ballhausplatzes nicht ganz beseitigen.

Durch das energische Eintreten Deutschlands für die Doppelmonarchie, mit dem man vielleicht den Russen bluffen, jedenfalls zwingen wollte, Serbien, wenn auch unter Verzicht auf territoriale Ansprüche, mehr oder weniger der Gnade oder Ungnade Österreich-Ungarns auszuliefern, wurden frühzeitig die Petersburger Machthaber auf den Plan gerufen. Das kurzfristige Ultimatum, durch das Belgrad die Möglichkeit genommen werden sollte, die Angelegenheit zu verschleppen, hatte zur Folge, daß Rußland zu schnellen, übereilten Entschlüssen veranlaßt wurde.

Das überstürzte Vorgehen Rußlands nahm dann auch Deutschland die Möglichkeit, den österreichischen Bundesgenossen zum Einlenken zu bringen und ihn zu veranlassen, seine Pflöcke etwas zurückzustecken.

Serbien wäre es wohl lieber gewesen, wenn es 1914 mit einem blauen Auge hätte davonkommen können, als sich schon wieder in ein kriegerisches Abenteuer zu stürzen, dessen Ausgang durchaus nicht abzusehen und für das Serbien noch keineswegs gerüstet war. Mit orientalischem Gleichmut machte daher Pašić seine Entschließungen von der Haltung Rußlands abhängig. Die treibende Kraft für den Entschluß zum Kriege war Spalajković, der in Petersburg sowie in Belgrad zum Kriege hetzte und in der Interpretation der russischen Absichten wohl weiter gegangen ist, als man an der Newa wollte. So führte die Ablehnung des entscheidenden Punktes 6 des Ultimatums, der eine Hinzuziehung von k. u. k. Delegierten bei einer von Belgrad zu führenden Untersuchung des Attentats forderte, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien, dem nach Lage der Dinge nur die Eröffnung der Feindseligkeiten folgen konnte. Durch seine Mobilmachung, die Räumung Belgrads und die Sprengung der Savebrücke hat Serbien im übrigen selbst dokumentiert, daß es mit dem Einmarsch der Österreicher als der wahrscheinlichen Folge seiner ungenügenden Antwort rechnete.

Durch die Entschließungen auf dem Kronrat am 25. Juli wurde die Haltung Rußlands präjudiziert, und hierin lag eine der Hauptursachen, daß es der Diplomatie später nicht mehr gelang, den Konflikt auf Österreich-Ungarn und Serbien zu beschränken und damit den Frieden zu erhalten. Dadurch, daß sich Rußland verpflichtet hatte, für Serbien das Schwert zu ergreifen, wenn österreichische Truppen in Serbien einmarschieren würden, war der Augenblick vorherbestimmt, in dem die österreichisch-serbische Krise zu einer österreichisch-russischen werden mußte. Eine spätere Abänderung dieses Entschlusses ohne Hinzutreten eines neuen Moments wäre ohne Prestigeverlust des Zaren im panslawistischen Lager und den Serben gegenüber kaum möglich gewesen.

Die Vorgänge in Rußland in der Zeit nach Bekanntwerden des Ultimatums, also vom 24. Juli ab, bis zum Eintreffen der Meldung über die Beschießung Belgrads in Petersburg am 29. zeigen, daß Rußland von Anfang an entschlossen war, selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin Serbien gegenüber Österreich in Schutz zu nehmen und einer Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse auf dem Balkan zu seinem Nachteil vorzubeugen.

Ein wohl vorbereiteter, schnell durchgeführter Handstreich auf Belgrad in der Nacht vom 25. zum 26. Juli hätte die Hauptstadt Serbiens in den Besitz Österreich-Ungarns bringen und der Doppelmonarchie damit die Möglichkeit geben können, ihre Forderungen durchzusetzen, ohne daß ein kriegerisches Eingreifen Rußlands dies zunächst hätte verhindern können. Österreich-Ungarn hätte dann mit einem Faustpfand in der Hand die Untersuchung des Attentats auf serbischem Gebiet durchführen und je nach dem Ergebnis weitere Konsequenzen ziehen können. Statt dessen wurde durch das aus dem Entschluß eines Unterführers hervorgegangene militärisch unbedeutende Bombardement von Belgrad, dem jeder operative Gedanke fehlte, Rußland nur alarmiert, und das im Kriege so wirkungsvolle Moment der Überraschung blieb ungenutzt. —

Rußland hielt an seinem am 25. Juli in Krasnoje Selo gefaßten Entschluß fest, bei einem Überschreiten der Grenze durch österreichische Truppen einen erheblichen Teil seiner Streitkräfte gegen die Doppelmonarchie zu mobilisieren, hierdurch einen Druck auf Wien auszuüben und nötigenfalls einzugreifen. Berchtold wollte sich von den an Serbien gestellten Forderungen auch nicht ein Jota abhandeln lassen. Hierin lag der Gegensatz zwischen Petersburg und Wien, den die Diplomatie weder zu überbrücken noch aufzulockern vermochte.

Trotz des Entschlusses, eine Niederwerfung Serbiens nicht zuzulassen, waren russischerseits noch immer gewisse Hemmungen vorhanden, aus der neuen Balkankrise einen europäischen Krieg werden zu lassen. Rußland war mit seinen Rüstungen noch nicht soweit fertig, um ohne Bedenken das Risiko eines europäischen Krieges auf sich nehmen zu können. Auch waren seine maritimen und militärischen Rüstungen für eine Unternehmung zur Besitzergreifung der Meerengen vom Schwarzen Meer aus keineswegs fertig, noch war das Verhältnis zu England soweit geklärt, daß unter allen Umständen mit einem sofortigen Mitgehen Großbritanniens gerechnet werden konnte. Andererseits hat das Verhalten des französischen Bundesgenossen und die Stimmung im panslawistischen Lager den Entschluß zum Kriege erleichtert. Ausschlaggebend dürfte jedoch die Zuversicht Sasonows gewesen sein, daß England mitginge, wenn es zum europäischen Krieg kommen würde. Die im Grunde genommen positiven Berichte Benckendorffs, daß Grey zum Kriege entschlossen sei, die Haltung Buchanans und das Vertrauen zu Nicolson, über dessen russenfreundliche Politik man keinen Zweifel hatte, konnten diese Auffassung Sasonows auch durchaus rechtfertigen.

Wenn man alle diese Verhältnisse gegeneinander abwägt, soweit dies bei politischen Betrachtungen möglich ist, wird man zu dem Ergebnis kommen — und dies spiegelt sich auch in den Verhandlungen Sasonows mit Szápáry und dem Grafen Pourtalès wider —, daß Rußland wohl sein Ziel erreichen wollte, Serbien stark und unabhängig zu erhalten, es aber doch lieber gesehen hätte, wenn es

diese Politik hätte durchführen können, ohne deswegen schon jetzt das Risiko eines europäischen Krieges einzugehen.

Das zögernde Verhalten Österreichs bei der Eröffnung der Feindseligkeiten und die geschickt abgefaßte Antwort Serbiens auf das österreichische Ultimatum, die den Eindruck eines sehr viel weitgehenderen Entgegenkommens Serbiens machte, als es tatsächlich der Fall war, gaben dann Zeit und Möglichkeiten zu Vermittlungen der europäischen Großmächte.

Während Sir Edward Grey ähnlich wie 1913 versuchte, den Konflikt durch eine Konferenz der Großmächte zu lösen, ohne daß er neben dem Vorschlag der Methode schon Möglichkeiten einer positiven Lösung des Konflikts hätte nennen können, gelang es dem deutschen Botschafter Graf Pourtalès, Sasonow zu einer unmittelbaren Aussprache mit Szápáry zu bewegen. Als nun auch die Wilhelmstraße ein derartiges Vorgehen befürwortete, stellte Grey seinen Konferenzvorschlag zurück. Die Vermittlungsversuche kamen jedoch nicht zur vollen Auswirkung, da Graf Berchtold einer direkten Aussprache mit Petersburg anfänglich die kalte Schulter zeigte und an seinem Programm festhielt.

Erst als von Berlin aus ein scharfer Druck auf Österreich ausgeübt wurde, auch London sich um eine Begrenzung der österreichischen Aktion gegen Serbien bemühte und Wien an den Verhandlungstisch zu bringen suchte, zeigte sich ein leises, aber keineswegs ausreichendes Einlenken am Ballhausplatz. Inzwischen hatte aber der Beginn der Feindseligkeiten Österreichs gegen Serbien dazu geführt, daß Rußland glaubte, sein beabsichtigtes militärisches Einschreiten zugunsten Serbiens nicht länger zurückstellen zu können, und mit der Ausführung seines für diesen Fall gefaßten Entschlusses begann, gegen Österreich-Ungarn erhebliche Kräfte mobil zu machen.

Durch die schon vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad einsetzenden Mobilmachungs-Vorbereitungen Rußlands hatten sich die militärischen Kräfte in Petersburg vorzeitig in die Politik eingeschaltet. Dadurch wurde neben den politischen Notwendigkeiten und Absichten die Haltung Rußlands von diesem Zeitpunkt, also vom 26. Juli ab, auch von militärischen Gesichtspunkten beherrscht. Damit begann im Clausewitzschen Sinne bereits der Krieg, der die Einmischung der militärischen Machtmittel eines Staates in die Politik bedeutet.

Sowohl Moltke wie Januschkewitsch sahen nach Bekanntwerden der politischen Absicht Rußlands, bei einem österreichisch-serbischen Krieg zunächst durch eine Teilmobilmachung einen Druck auf Wien auszuüben, zutreffend die weiteren Folgen voraus. Der russischen Teilmobilmachung mußte die allgemeine Mobilmachung Österreich-Ungarns folgen, und dann würde Rußland Österreich-Ungarn angreifen, um einer Niederlage Serbiens entgegenzuwirken. Soweit schien alles klar. Doch nun kam ein Moment hinzu, mit dem weder von der russischen noch von der deutschen Diplomatie vorher gerechnet wurde. Der russische Generalstab sagte sich ganz richtig, wenn die russische Armee gegen Österreich-Ungarn zum Schutze Serbiens Krieg führt, würde Deutschland seinen Bundesgenossen unterstützen, was wiederum zur Folge haben müßte, daß Rußland auch gegen Deutschland Krieg zu führen hätte. Hierdurch würde Rußland gezwungen,

seine allgemeine Mobilmachung anzuordnen, um seinerseits so schnell wie möglich Deutschland angreifen zu können. Diese Phasen einer sehr wahrscheinlichen Entwicklung wurden jedoch auf Drängen des russischen Generalstabs und unter Befürwortung Sasonows gar nicht erst abgewartet, sondern es wurde, zu weit vorausschauend, aus technischen Gründen voreilig die allgemeine Mobilmachung angeordnet. Damit wurden gewissermaßen einige Abschnitte der Entwicklung übersprungen. Weder der Einmarsch Österreichs in Serbien noch ein Angriff Rußlands auf Österreich und eine Mobilmachung Deutschlands wurden von Rußland abgewartet, sondern mit der allgemeinen Mobilmachung ein Zustand geschaffen, der nur dann eine gewisse Berechtigung gehabt hätte, wenn die zu erwartenden Ereignisse bereits wirklich eingetreten wären. Gewiß war mit dieser Entwicklung zu rechnen, immerhin war aber die Möglichkeit gegeben, daß es der Einwirkung Kaiser Wilhelms auf Österreich gelungen wäre, eine Entspannung und einen Ausgleich zwischen Petersburg und Wien herbeizuführen.

Daß ein derartiger Stillstand der kriegerischen Entwicklung, selbst nach einer „friedlichen" Besetzung Belgrads, das heißt einem Einmarsch in die Hauptstadt Serbiens ohne Kampf, möglich gewesen wäre, geht sowohl aus der russischen Presse wie auch daraus hervor, daß selbst Grey in der Annahme, Belgrad sei von den Österreichern schon besetzt, die Aufrechterhaltung des Friedens noch nicht aufgab.

Daß der Zar die Absicht hatte, sich zunächst mit einer Teilmobilmachung zu begnügen, zeigt sich sowohl in seiner Abneigung, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, als besonders darin, daß er Kaiser Wilhelm durch den General Tatischtschew eine „note explicative" übermitteln wollte. Wenn wir ihren gedachten Inhalt auch nicht kennen, so darf man doch annehmen, die Note sollte eine Erklärung enthalten, daß Rußland mit der Teilmobilmachung nur den Zweck verfolge, auf Österreich-Ungarn einen Druck auszuüben, sich in seinem Vorgehen gegenüber Serbien und in seinen Forderungen an die Belgrader Regierung etwas mehr Mäßigung aufzuerlegen.

Es erscheint daher keineswegs ausgeschlossen, daß es der Diplomatie hätte gelingen können, wenn eine derartige „Pause" in der Entwicklung eingetreten wäre, durch Druck auf Petersburg und Wien einen Ausgleich zustande zu bringen, wenn ihr die russische allgemeine Mobilmachung nicht alle Möglichkeiten aus der Hand genommen hätte. Die Beweggründe für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung lagen, wie wir ausführlich dargestellt haben, zunächst in dem Mißverständnis über eine von Deutschland beabsichtigte allgemeine Mobilmachung, wenn Rußland seine Teilmobilmachung nicht einstellen würde, einem Mißverständnis, das anscheinend nicht rechtzeitig und ausreichend aufgeklärt werden konnte. Ferner bestand in Petersburg eine Unsicherheit darüber, ob der Einfluß Deutschlands auf die österreichisch-ungarische Regierung so stark sein würde, um Österreich von einer zu weit gehenden Aktion gegen Serbien abzuhalten. Diesen Zweifeln in Rußland wird man eine Berechtigung nicht ganz abstreiten dürfen, wenn man sich der Intransigenz der Wiener Regierung gegenüber den deutschen Wünschen, sich mit einer vorübergehenden Besetzung Belgrads zu begnügen, erinnert. Fraglos wäre es zwischen Berlin und Wien zu recht scharfen Auseinandersetzungen gekommen, um Österreich zum Einlenken zu veranlassen,

wenn nicht die unerwartet schnelle Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung der Berliner Regierung hierfür die Zeit genommen hätte. Als letztes kamen dann noch für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung die eingehend dargestellten technischen Schwierigkeiten hinzu, während der laufenden Teilmobilmachung auf die allgemeine Mobilmachung überzugehen.

So war es die russische allgemeine Mobilmachung, die eine zunächst auf Österreich und Rußland beschränkte Krise auf die Bundesgenossen dieser beiden Mächte Deutschland und Frankreich ausdehnte und infolge der Bedrohung Deutschlands ein neues Moment in die Krise hineintrug, das keinen Aufschub zuließ. Mit der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung waren auch Deutschland und Frankreich gezwungen, mobil zu machen. Aus der russisch-österreichischen war eine europäische Krise geworden mit allen Folgen, die in der Rivalität der Triple-Entente und des Dreibunds lagen.

Ein Sichgegenüberstehen der mobilisierten Armeen Rußlands, Deutschlands und Frankreichs angesichts eines österreichisch-serbischen Krieges, an dessen Ausgang beide Mächtegruppen in entgegengesetzter Richtung interessiert waren, war vom Standpunkt der deutschen Sicherheit aus nicht zu verantworten. Der drohende Zweifrontenkrieg erforderte von Deutschland, so schnell wie möglich gegen Frankreich vorzugehen, um diesen Gegner zu schlagen, bevor die russische Armee gegen seine ungeschützte Ostgrenze vorrücken konnte. Der Einfall und die Verwüstung in Ostpreußen haben später gezeigt, wie groß die Gefahr war, die Deutschland drohte, und daß keine Zeit zu verlieren war, wenn Deutschland seinen ohnehin beschränkten Lebensraum gegen den Einbruch feindlicher Kräfte schützen wollte.

Das Versprechen des Zaren, die russischen Truppen würden die deutsche Grenze nicht überschreiten, bot für die Sicherheit des Reiches keine ausreichende Garantie, da sie von den Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland abhängig gemacht wurde, deren Ausgang nicht vorausgesehen werden konnte. Auch war die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß andere Mächte den Krieg gegen Deutschland eröffnen konnten. Mit der russischen allgemeinen Mobilmachung war somit die Gefahr des Zweifrontenkrieges so nahe gerückt, daß Deutschland gezwungen war, Rußland und Frankreich durch ultimative Forderungen zu veranlassen, Farbe zu bekennen und sich für den Krieg oder den Frieden zu entscheiden.

Wenn sich daher Deutschland bereits am 1. August zur Kriegserklärung an Rußland entschloß und gleichzeitig seine Mobilmachung anordnete, so geschah es in der Überzeugung, daß der Krieg mit Rußland und demzufolge auch mit Frankreich unabänderlich geworden sei und ein längeres Zuwarten die militärisch ohnehin sehr schwierige Lage Deutschlands in einer nicht zu verantwortenden Weise weiter verschlechtert hätte.

Frankreich war an der südslawischen und der Meerengenfrage nicht unmittelbar interessiert. Seine Politik bestand im wesentlichen darin, an dem Bündnis mit Rußland festzuhalten, da hierauf seine Sicherheit beruhte und sich seine Hoffnung gründete, bei einem allgemeinen Krieg wieder in den Besitz der nie aufge-

gebenen beiden Provinzen Elsaß-Lothringen und seiner alten Vormachtstellung in Europa zu gelangen.

Das Attentat in Sarajevo sah Poincaré anfangs vornehmlich mit den Augen des Juristen an. Erst sein Aufenthalt in Petersburg dürfte ihm gezeigt haben, wie groß die russisch-österreichische Spannung und wie sehr damit die Gefahr eines allgemeinen Krieges nähergerückt war. Unter dem Einfluß der militärischen Macht Rußlands stehend, hat er dann den russischen Bundesgenossen eher angespornt als zurückgehalten. Daß Poincaré, wie vielfach angenommen wurde, Rußland geradezu zum Kriege gedrängt habe, läßt sich aus den Dokumenten nicht nachweisen. Gegen diese Auffassung spricht auch sein Entschluß, bei der Rückreise die nordischen Höfe aufzusuchen, der erst später auf Druck der stellvertretenden Regierung hin eingeschränkt wurde, und die seine eilige Rückkehr nach Paris veranlaßte.

Die letzten Tage der Krise wurden in Paris durch die mißverständlich von Sasonow an Poincaré weitergegebene Meldung beeinflußt, Deutschland würde mobil machen, wenn Rußland seine Rüstung auch nur Österreich gegenüber fortsetzen würde. Dieses Mißverständnis, das zwar in Rußland wieder einigermaßen aufgeklärt wurde, blieb Frankreich gegenüber bestehen. Man wird dies in Rücksicht ziehen müssen, wenn man Frankreich den Vorwurf macht, die russische allgemeine Mobilmachung nicht verhindert zu haben. Auch wurden die russischen Mobilmachungsmaßnahmen, soweit die allgemeine Mobilmachung in Frage kam, wohl mit absichtlicher Verzögerung von Petersburg nach Paris mitgeteilt. Man wußte, daß Frankreich wünschte, Rußland möchte seine Maßnahmen unauffällig treffen, um Deutschland nicht vorzeitig auf die Beine zu bringen. Auch wollte Frankreich dies mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Englands, das seine Bereitwilligkeit, am Kriege teilzunehmen, noch nicht erklärt hatte, und in dessen Augen Rußland nicht als Angreifer gelten sollte.

Mit dem Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung und der deutschen Kriegserklärung an Rußland konnte in Paris kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Frankreich am Kriege teilnehmen mußte. Selbst wenn England nicht von Anfang an mitgegangen wäre, hätte Frankreich trotz der verminderten Siegesaussichten sich in diesem Augenblick nicht mehr von Rußland trennen können, ohne seine Stellung in Europa ernstlich in Frage zu stellen.

Das in der Kriegs- und Nachkriegszeit vom Quai d'Orsay mit größter Gewissenhaftigkeit und anfänglichem Erfolg durchgeführte Verfahren, die vorzeitige Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung durch Fälschung der Dokumente zu vertuschen und mit nicht zutreffenden Gründen zu erklären, zeigt jedenfalls, daß man sich über die Bedeutung dieses verhängnisvollen Schritts, den Frankreich nicht zu verhindern, sondern nur zu verbergen suchte, für die Herbeiführung des Krieges bewußt war.

Wenn Frankreich bei seinen Mobilmachungsvorbereitungen mit Deutschland Schritt hielt und es in mancher Hinsicht überholte, so liegen diesem Verhalten rein militärische Gesichtspunkte zugrunde. Nur dem fortgesetzten, nach den Niederlagen von 1870/71 vom militärischen Standpunkt aus begreiflichen Drängen des französischen Generalstabs hat die politische Leitung nachgegeben.

Die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich war nicht sehr geschickt abgefaßt, und der erste nicht abgesandte Entwurf hätte dem französischen Volk und der Weltöffentlichkeit die Gründe für den deutschen Schritt jedenfalls sehr viel überzeugender zum Ausdruck bringen können. Der unglückliche Wortlaut der Kriegserklärung, der sich auf nicht genügend nachgeprüfte militärische Meldungen stützte, war ein großer Fehler. Die Notwendigkeit Deutschlands, gegen Frankreich Krieg zu führen, aber auch der Zwang Frankreichs, gegen Deutschland vorzugehen, lag ausschließlich in dem Bündnis Frankreichs mit Rußland.

Da das deutsche Heer 1914 nicht stark genug war, um mit Aussicht auf Erfolg gleichzeitig gegen Osten und Westen offensiv vorzugehen, mußte es, wie es in der Strategie heißt, den Vorteil der inneren Linie ausnutzen und sich ohne Zeitverlust auf den gefährlichsten und kampfbereitesten Gegner stürzen, das war Frankreich. Nachdem dieser Gegner niedergeworfen war, sollte Rußland geschlagen werden. Diese strategische Lage zwang Deutschland auch, durch Belgien zu marschieren, um unter Umgehung der französischen Befestigungen die Vernichtung des französischen Heeres in möglichst kürzester Zeit zu erreichen. Nur bei schnellster Durchführung der gegen Frankreich geplanten Operationen war zu hoffen, noch rechtzeitig den russischen Vormarsch nach Ostpreußen hinein abwehren zu können.

Wie der Kriegsverlauf gezeigt hat, war die Rechnung nicht ganz richtig. Die Kräfte für den Westen waren, ganz abgesehen von dem Mißgeschick in der Führung, zu schwach, und für den Osten reichten sie anfangs erst recht nicht aus. Aus dieser numerischen Unterlegenheit, die im Generalstab zwar bekannt war, die eine schwächliche und kurzsichtige Staatsführung jedoch nicht auszugleichen verstanden hatte, erklärt sich die Hast, mit der Deutschland im letzten Stadium der Krise vorging, um den Gefahren des Zweifrontenkrieges entgegenzutreten und den Vorsprung wettzumachen, den der russische Generalstab durch die geheime Anordnung der Kriegsvorbereitungsperiode und der allgemeinen Mobilmachung erreicht hatte, der die deutsche Mobilmachung um zwei volle Tage nachhing. So liegt eine tiefe Weisheit in den Worten Bismarcks im Reichstag im Januar 1887: „Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg." —

Die Aufnahme, die die letzten aus England eintreffenden, sich später als unzutreffend herausstellenden Nachrichten, England wolle die Neutralität Frankreichs garantieren, in Deutschland gefunden hatten, zeigt, daß Deutschland 1914 keinerlei kriegerische Absichten gegen Frankreich hatte. Es hätte hierfür auch jeder Grund gefehlt, da sich nach Beilegung des Marokkozwistes beim besten Willen keinerlei Forderungen Deutschlands Frankreich gegenüber finden ließen. Wenn von seiten des deutschen Generalstabes für die Neutralität Frankreichs als Garantie die vorübergehende Besetzung von Toul und Verdun gefordert wurde, so ist dies nur mit dem Mißtrauen zu erklären, daß Frankreich Angriffsabsichten hätte. Irgendwelche Eroberungsabsichten lagen dieser psychologisch und politisch ebenso ungeschickten wie aussichtslosen Forderung nicht zugrunde.

Wenn eine Neutralität Frankreichs möglich gewesen wäre, die einen Bruch des langjährigen Bündnisses mit Rußland zur Voraussetzung gehabt hätte, wäre sie nur durch eine Garantie Englands zu erreichen gewesen. Doch waren in

diesem Stadium der Krise derartige, die ganze Politik der in der Triple-Entente vereinigten Großmächte umstoßenden Entschlüsse kaum noch zu erwarten. Auch in der Politik gibt es ein Gesetz der Trägheit, das die Diplomatie nicht immer sofort überwinden kann. 1914 kam noch hinzu, daß die Diplomatie durch den zu starren Mechanismus der Mobilmachungen und Aufmärsche und insbesondere durch das erwähnte sprunghafte Vorgehen Rußlands bei der Anordnung seiner allgemeinen Mobilmachung schneller ausgeschaltet wurde, als man es erwartet hatte. Es war für die Diplomatie plötzlich „zu spät" geworden, die einfach nicht mehr mitkam, nachdem das „Räderwerk" der Mobilmachungen in Gang gesetzt war.

Wir kommen nun zu England. Seit Herausgabe der letzten Bände der britischen Aktenpublikation kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß sich Deutschland und England nach Überwindung der Agadirkrise wieder stark genähert hatten und das gespannte Verhältnis, das durch die Burenpolitik, die Marokkokrisen und die Flottenrivalität entstanden war, als fast beseitigt gelten konnte. Die Kolonialfrage war durch das Abkommen über portugiesische Besitzungen in ein aussichtsreiches Fahrwasser gelenkt worden, und das ebenfalls spruchreife Bagdad-Abkommen hatte eine weitere Entspannung hoffnungsvoll eingeleitet. Daß England 1914 sogar darauf bedacht war, Deutschland nicht unnötig zu reizen, zeigt sein Bestreben, den Abschluß der Marinekonvention mit Rußland vorläufig hinauszuschieben. Es war daher nicht so unberechtigt, wenn sowohl der Kaiser wie die Wilhelmstraße und insbesondere Lichnowsky annahmen, daß England vielleicht doch neutral bleiben würde. Die Meinungsverschiedenheit im Kabinett, die Haltung König Georgs, auch die Asquiths zeigen ebenfalls, daß eine Neutralität nicht von vornherein ausgeschlossen war.

Wenn England als Grund für seinen Eintritt in den Weltkrieg den Schutz der belgischen Neutralität in den Vordergrund gerückt hat, so trifft dies nur insofern zu, als es befürchtete, Deutschland werde trotz seiner Erklärungen, die Integrität des Königreichs nicht anzutasten, Belgien unter seinen Einfluß bringen oder sich an seiner Küste festsetzen. Diese Befürchtung bildete jedoch nur einen Teil der allgemeinen Sorge, daß Deutschland England seine Weltherrschaft streitig machen könnte.

Während der Krise selbst wirkte in England ausschlaggebend für eine Teilnahme am Krieg mit, daß sich England nicht nur verpflichtet hatte, den Schutz der französischen Nordküste zu übernehmen, wodurch es ohne weiteres in den Krieg zur See gegen Deutschland hineingezogen wurde, sondern daß sich auch der englische Generalstab verpflichtet fühlte, entsprechend den getroffenen Vorbereitungen ein Expeditionskorps mit Ausspruch der Mobilmachung in den hierfür vorgesehenen französischen Häfen zu landen und an der Seite Frankreichs in den Kampf einzugreifen.

Die tieferen Ursachen für den Eintritt Englands in den Krieg lagen jedoch in folgendem: Einmal wollte England sich die Freundschaft der Sängerbrücke erhalten, weil das mächtige Rußland als Feind, namentlich in einer Verbindung mit Deutschland, zu einer ernsten Gefahr seiner asiatischen Besitzungen hätte

werden können. Ein Aufgeben der russischen Freundschaft konnte für England nur in Frage kommen, wenn es dadurch eine Bundesgenossenschaft mit Deutschland hätte eintauschen können. So weit waren die Verhältnisse aber 1914 noch nicht. Dagegen war im Foreign Office stets die Sorge vorhanden, daß Rußland eines Tages aus der Triple-Entente ausspringen und sich, alten Traditionen folgend, wieder Deutschland anschließen würde.

Ein weiterer Grund, warum sich England zum Kriege entschloß, war die in England wohl allgemein vorhandene Befürchtung, daß Deutschland noch einmal Frankreich niederwerfen und damit seine Vorherrschaft in Europa aufrichten könnte. Diesen Gedanken, den auch Lichnowsky in seinen letzten Meldungen andeutete, hat der englische Historiker Trevelyan in einer Zuschrift an die „Times" einmal dahin ausgedrückt: Wenn Deutschland Frankreich noch einmal überwältigt hätte, würde es die Vorherrschaft in Europa erlangt haben, gleichgültig, ob diese Vorherrschaft erstrebt wurde oder nicht. Auch ist Trevelyan wie die meisten Engländer davon überzeugt, daß Deutschland 1914 Frankreich besiegt haben würde, wenn England nicht eingegriffen hätte. Dann wäre es nach Grey wie auch nach Trevelyan 1914 mit der Unabhängigkeit nicht nur Frankreichs, sondern auch aller anderen kontinentalen Staaten gegenüber Deutschland zu Ende gewesen, und angesichts eines solchen Europa hätte die britische Weltmachtstellung nicht mehr erhalten bleiben können.

Insbesondere befürchtete Grey auch, daß, wenn Deutschland Frankreich niedergeworfen und nacheinander dann die angrenzenden kleinen Staaten wie Belgien, Holland und Dänemark unter seinen Einfluß gebracht hätte, Deutschland auf diese Weise auch in den Besitz fast aller Häfen Europas gelangen könnte. Damit würde die englische Seeherrschaft ihr Ende erreichen. So phantastisch und unberechtigt diese Auffassungen auch waren, die weder dem deutschen Charakter entsprachen noch eine Begründung in der Geschichte Deutschlands finden können, waren sie für die Überlegungen und Entschlüsse der maßgebenden Persönlichkeiten im Foreign Office, insbesondere für Sir Arthur Nicolson und Sir Eyre Crowe, grundlegend.

So waren es imaginäre Kriegsziele Deutschlands, Ziele, wie sie 1914 in dem wilhelminischen Deutschland sicherlich nicht vorhanden waren, die England oder besser gesagt das Foreign Office und einen großen Teil des Kabinetts, das unter dem verhängnisvollen Einfluß Winston Churchills stand, dazu brachten, in den Krieg einzutreten oder, wie es Lloyd George ausdrückte, hineinzuschliddern.

Wenn man sich die Frage vorlegt, wie diese Auffassung in England psychologisch zu erklären ist, Deutschland so weitreichende politische Ziele zu unterstellen, so wird man neben manchen Ungeschicklichkeiten der deutschen Politik, vielleicht auch unbedachtsamen Äußerungen von maßgebender Stelle, den Grund hierfür darin suchen müssen, daß die Engländer annahmen, Deutschland würde seine Politik nach denselben Grundsätzen einrichten, die sie selbst zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft mit Erfolg angewandt hatten.

Wollte England 1914 den Frieden erhalten, wäre dies wohl nur dadurch zu erreichen gewesen, daß es von Anfang an entschieden erklärt hätte, es beabsichtige nicht, an einem europäischen Krieg teilzunehmen, der anläßlich des österreichisch-

serbischen Konflikts zwischen der Doppelmonarchie und Rußland entstehen würde. Daß es durch eine derartige Erklärung seine Stellung gegenüber Rußland erschwert hätte, wird man nicht bestreiten dürfen. Es wäre damit eine Neuorientierung seiner Politik eingeleitet worden, die oft erstrebt, wenn auch nicht erreicht worden ist.

Andererseits hätte, wie die Dinge im Juli 1914 in Europa lagen, nur ein entschiedenes Eintreten Englands für den Frieden Frankreich die Möglichkeit schaffen können, trotz seiner infolge des Bündnisses mit Rußland sehr viel schwierigeren Lage aus dem Konflikt herauszubleiben. Wenigstens wäre hierdurch erreicht worden, daß Frankreich sehr viel leichter einen Druck auf Rußland hätte ausüben können, von einer bewaffneten Intervention im österreich-serbischen Konflikt abzusehen. England hätte ein Herausbleiben Frankreichs aus dem Kriege aber auch noch im letzten Stadium der Krise vielleicht erreichen können, wenn es den flüchtig aufgetauchten Gedanken, die französische Neutralität zu garantieren, entschlossen zur Ausführung gebracht hätte. Hierdurch wäre es England möglich gewesen, nicht nur sich und Frankreich, sondern auch einem großen Teil der übrigen Welt einen Krieg zu ersparen, der Europa in ein Unglück gestürzt hat, das auch heute noch nicht überwunden ist.

Wie aus dem Verlauf der diplomatischen Verhandlungen hervorgeht, war vornehmlich in den letzten Tagen der Krise fast allenthalben, am stärksten in Berlin, das Bestreben vorhanden, den Weltbrand zu vermeiden. Trotzdem gelang es nicht, die Katastrophe zu verhindern. Hierin liegt die besondere Tragik des Geschehens. Es hing oft nur an einem Faden, und der Friede hätte erhalten bleiben können, und doch war es immer gleichsam ein Gesetz der Schwere, etwas Unergründliches, vielleicht von der Vorsehung Gewolltes, das den Frieden unaufhaltsam, die zu schwachen Hemmungen durchbrechend, in den Krieg hinabsinken ließ.

So war der Ausbruch des Weltkrieges nicht Wille, sondern Schicksal! —

Quellennachweise für Band II

(Erläuterung der Abkürzungen am Schluß)

Kapitel 35: 1) Russ. Dok. I 5 Nr. 80 und Anlage. Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg," Berlin 1924, Anlagen Nr. 90, 91, 92. – 2) Russ. Dok. I 5 Nr. 112. – 3) Russ. Dok. I 5 Nr. 80 Anlage. – 4) Russ. Dok. I 5 Nr. 112. Daniloff: „Rußland im Weltkriege 1914—1915", Jena 1925, S. 16 f. Dobrorolski: „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914", Berlin 1922, S. 22. Danilov: „Juillet 1914 en Russie", Monde Slave, April 1931, S. 74 f. Frantz, S. 38. – 5) Dobrorolski, S. 22. – 6) D. Dok. Nr. 217. Bayer. Dok. Nr. 27, 32. Pourtalès: „Meine Verhandlungen in St. Petersburg Ende Juli 1914. Tagesaufzeichnungen und Dokumente", Berlin 1927, S. 22 f. Oe. Dok. Nr. 10835. Vgl. hierzu Russ. Dok. I 5 Nr. 86 S. 85 Fußnote 2. – 7) „Nowoje Wremja", 14./27. Juli 1914, Nr. 13770. Russ. Dok. I 5 Nr. 84. Siehe auch Oe. Dok. Nr. 10835, Brit. Dok. Nr. 170, D. Dok. Nr. 238. – 8) Oe. Dok. Nr. 10684. – 9) Oe. Dok. Nr. 10682. – 10) Oe. Dok. Nr. 10835. Russ. Dok. I 5 Nr. 86. Franz. Dok. XI Nr. 103. – 11) Russ. Dok. I 5 Nr. 106. – 12) Russ. Dok. I 5 Nr. 86 und Fußnote 4 und 5. – 13) D. Dok. Nr. 230, 238, 242. Oe. Dok. Nr. 10758. Bayer. Dok. Nr. 37. Pourtalès, S. 24 ff. Eggeling: „Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch", Oldenburg usw. 1919, S. 26. Dobrorolski, S. 22, 43. – 14) Oe. Dok. Nr. 10755. – 15) Brit. Dok. Nr. 155. – 16) Amerik. Dok. 2 File Nr. 763. 72/3. – 17) „Nowoje Wremja", 14./27. Juli 1914, Nr. 13770. – 18) „Nowoje Wremja", 14./27. Juli 1914, Nr. 13770. – 19) Brit. Dok. Nr. 112, 153, 170. Buchanan: „Meine Mission in Rußland", Berlin 1926, S. 107. – 20) Russ. Dok. I 5 Nr. 85.

Kapitel 36: 1) Brit. Dok. Nr. 179. – 2) Brit. Dok. Nr. 198. – 3) Russ. Dok. I 5 Nr. 116. – 4) D. Dok. Nr. 198, 219, 282. – 5) D. Dok. Nr. 282 Anm. 2. – 6) Oe. Dok. Nr. 10916. – 7) Paléologue, I S. 28. – 8) Joffre, I S. 211. – 9) Russ. Dok. I 5 Nr. 37. – 10) Russ. Dok. I 5 Nr. 120. – 11) Un Livre Noir, II S. 283. Russ. Orangebuch Nr. 40. – 12) Amerik. Dok. 3 File Nr. 763. 72/4. – 13) Franz. Dok. XI Nr. 141. – 14) D. Dok. Nr. 339. – 15) Russ. Dok. I 5 Nr. 74 und Fußnote 2 S. 61. Russ. Dok. I 5 Nr. 119. – 16) Oe. Dok. Nr. 10837. – 17) Russ. Dok. I 5 Nr. 155, 156 Fußnote 3, 157. – 18) Russ. Dok. I 5 Nr. 159 und Fußnote 2. – 19) D. Dok. Nr. 264, 274, 275, 276, 294, 295, 296. – 20) Oe. Dok. Nr. 10836. – 21) Russ. Dok. I 5 Nr. 129. – 22) Russ. Dok. I 5 Nr. 134. – 23) Russ. Dok. I 5 Nr. 135. Vgl. auch Russ. Orangebuch Nr. 60, wo die Mitteilung schärfer ausgedrückt ist. – 24) Russ. Dok. I 5 Nr. 139. – 25) Russ. Dok. I 5 Nr. 149.

Kapitel 37: 1) „Tagebuchaufzeichnungen Zar Nikolaus II. aus dem Juli 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. XII S. 238. Suchomlinow, S. 361. Dobrorolski in K. S. F. Jahrg. II S. 84 f. Daniloff, S. 18 f., 21. – 2) Franz. Dok. XI Nr. 192. – 3) Brit. Dok. Nr. 247 Abs. 4. Buchanan, S. 108 f. Meriel Buchanan, S. 86 f. Pourtalès, S. 41; ders. in „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 29. Januar 1921 Nr. 47. – 4) Russ. Dok. I 5 Nr. 161. Brit. Dok. Nr. 176, 247. – 5) Brit. Dok. Nr. 247, 175. – 6) Brit. Dok. Nr. 247. – 7) Russ. Dok. I 5 Nr. 174. – 8) Russ. Dok. I 5 Nr. 173. – 9) Buchanan, S. 108. Paléologue, I S. 30 f. – 10) Brit. Dok. Nr. 247. – 11) Oe. Dok. Nr. 10685. – 12) Oe. Dok. Nr. 10781. – 13) Oe. Dok. Nr. 10999. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 138, 248. Russ. Dok. I 5 Nr. 172, 180. – 15) Pourtalès, S. 34. – 16) Russ. Dok. I 5 Nr. 189. – 17) Russ. Dok. I 5 Nr. 202. – 18) „Tagebuchaufzeichnungen Zar Nikolaus II. aus dem Juli 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. XII S. 238. – 19) Suchomlinow, S. 361 f. – 20) Serb. Blaub. Nr. 48. – 21) Brit. Dok. Nr. 235. – 22) Schilling in der Einführung zu: „How the War began in 1914", London 1925, S. 15 f. – 23) Dobrorolski, S. 23. Nach der Darstellung Dobrorolskis hat Sasonow am 28. auf Mobilmachung gedrungen und ist erstaunt gewesen, daß sie nicht schon früher begonnen worden war. Hier dürfte ein Irrtum Dobrorolskis vorliegen. – 24) Sasonow: „Sechs schwere Jahre", Berlin 1927, S. 232. Rosen: „Forty Years of Diplomacy", London 1922, II S. 163. „Vossische Zeitung", 29. Juli 1914, Nr. 380, Abendausgabe. – 25) Dobrorolski, S. 23. – 26) Russ. Dok.

I 5 Nr. 210. – 27) „Le Temps", 30. Juli 1914. – 28) Russ. Dok. I 5 Nr. 187. – 29) D. Dok. Nr. 332. Russ. Dok. I 5 Nr. 170. – 30) Russ. Dok. I 5 Nr. 167. – 31) Franz. Dok. XI Nr. 364. – 32) D. Dok Nr. 337. – 33) Oe. Dok. Nr. 11000.

Kapitel 38: 1) D. Dok. Nr. 300. – 2) D. Dok. Nr. 315. – 3) Russ. Dok. I 5 Nr. 218 und 224. Pourtalès, S. 38 f. – 4) Russ. Dok. I 5 Nr. 224. – 5) Russ. Dok. I 5 Nr. 218. – 6) D. Dok. Nr. 343. – 7) Russ. Dok. I 5 Nr. 218. Das russische Wort „predrešajot" ist hier fälschlicherweise mit „ausschlössen" übersetzt, während es „präjudizieren, vorherbestimmen" heißen muß. – 8) Russ. Dok. I 5 Nr. 192. – 9) D. Dok. Nr. 343. – 10) Russ. Dok. I 5 Nr. 224. – 11) Rosen: „Forty Years of Diplomacy", II S. 164. – 12) Serb. Blaub. Nr. 44. – 13) D. Dok. Nr. 344. – 14) „Nowoje Wremja" vom 26. August 1917 (abgedruckt in „Suchomlinow. Die russische Mobilmachung im Lichte amtlicher Urkunden und der Enthüllungen des Prozesses", Bern 1917, S. 17. Die in dem Prozeßbericht gemachten Angaben wurden im allgemeinen von Suchomlinow nicht als richtig anerkannt. Die in der Schrift angeführten Pressestellen wurden jedoch vom Verfasser als verläßlich im Sinne einer vorliegenden Pressemitteilung angenommen, obgleich eine Nachprüfung mit dem Original nicht möglich war. – 15) D. Dok. Nr. 370; Brief des Generals Dobrorolski an den Verfasser vom 26. Februar 1923; „Russkoje Slowo" und „Nowoje Wremja" vom 26. August 1917 (Suchomlinow-Prozeß, S. 19); Hoeniger: „Untersuchungen zum Suchomlinow-Prozeß", Deutsche Rundschau, April 1918, S. 22 ff.; Renouvin: „La mobilisation russe en 1914 d'après les débats du procès Soukhomlinof", Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale, April 1924, S. 54 f. – 16) „Le Temps", 31. Juli 1914. „Russkoje Slowo", 17./30. Juli 1914, Nr. 163. – 17) Belg. Dok., 1. Erg. Bd. S. 330. – 18) „Russkoje Slowo", 26. August 1917 (Suchomlinow-Prozeß, S. 19). Hoeniger in Deutsche Rundschau, April 1918, S. 22. Renouvin in Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale, April 1924, S. 52 f. Nach einer Version hat sich Januschkewitsch nach der Rückkehr aus Peterhof in den Generalstab begeben, nach einer anderen ging er in den Ministerrat und verlas dort den Ukas über die allgemeine Mobilmachung. – 19) Suchomlinow-Prozeß, S. 17. Hoeniger in Deutsche Rundschau, April 1918, S. 32 f. – 20) Eggeling: „Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch", Berlin 1919, S. 28 ff. – 21) Dobrorolski, S. 24; ders. in K. S. F. Jahrg. II S. 85 f. Brief Dobrorolskis an den Verfasser vom 19. Januar 1923. Danilow, S. 22; ders. in Monde Slave, April 1931, S. 75. Buchanan, S. 109. – 22) Dobrorolski, S. 25. – 23) Russ. Dok. I 5 Nr. 218. – 24) Russ. Dok. I 5 Nr. 188. – 25) Pourtalès, S. 41. – 26) Buchanan, S. 109. – 27) Brit. Dok. Nr. 185, 218. – 28) Gr. Pol. Bd. 27 Nr. 10152 S. 835. – 29) Brit. Dok. Nr. 202. – 30) Brit. Dok. Nr. 276. – 31) Belg. Dok. II Nr. 20. – 32) Oe. Dok. Nr. 11003. D. Dok. Nr. 378 Abs. 2. – 33) Russ. Dok. I 5 Nr. 257, 224 Abs. 6. „Russkoje Slowo", 30. Juli 1914, Nr. 163. – 34) D. Dok. Nr. 342. – 35) Bayer. Dok. Nr. 58. – 36) D. Dok. Nr. 334, 335, 445. Russ. Dok. I 5 Nr. 184. – 37) Russ. Dok. I 5 Nr. 224 Abs. 5. – 38) Russ. Dok. I 5 Nr. 221. Franz. Dok. XI Nr. 283. Basili in Recouly: „Les Heures tragiques d'avant-guerre", (Berichte von J. u. P. Cambon, Messimy u. a.), Paris 1922, S. 160. Siehe auch Brit. Dok. Nr. 300. – 39) D. Dok. Nr. 366. Russ. Dok. I 5 Nr. 224. – 40) „Russkoje Slowo", 17./30. Juli 1914, Nr. 163. „Le Temps", 31. Juli 1914. „Vossische Zeitung", 31. Juli 1914, Nr. 383, Morgenausgabe. – 41) Russ. Dok. I 5 Nr. 269, 271. – 42) Dobrorolski, S. 25 f.; ders. in K. S. F. Jahrg. II S. 86 f. – 43) D. Dok. Nr. 359. Russ. Dok. I 5 Nr. 238. – 44) Russ. Dok. I 5 Nr. 238 Fußnote 3. – 45) „Graf Fredericks und die russische Mobilmachung 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. IX S. 871 (nach Magrini, S. 249 ff.). – 46) Dobrorolski, S. 26. – 47) Suchomlinow, S. 364 f. „Birshewija Wjedomosti", 26. August 1917. – 48) Russ. Dok. I 5 Nr. 224 Abs. 10. – 49) Suchomlinow-Prozeß, S. 21 f. Hoeniger in Deutsche Rundschau, April 1918, S. 25 ff. „Graf Fredericks und die russische Mobilmachung 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. IX S. 871. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", 13. Juni 1918, Nr. 298. – 50) Franz. Dok. XI Nr. 794 S. 592. – 51) Danilow, S. 23 f. – 52) Suchomlinow, S. 365. Suchomlinow-Prozeß, S. 24 f. – 53) Suchomlinow-Prozeß, S. 26 f. – 54) Franz. Dok. XI Nr. 302. – 55) „Tagebuchaufzeichnungen Zar Nikolaus II. aus dem Juli 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. XII, S. 238 f. – 56) Russ. Dok. I 5 Nr. 275. D. Dok. Nr. 390. – 57) Brit. Dok. 5 II Nr. 870. – 58) Russ. Dok. I 5 Nr. 216. – 59) D. Dok. Nr. 390. – 60) D. Dok. Nr. 401. Russ. Dok. I 5 Nr. 224 Abs. 11. Franz. Dok. XI Nr. 328. Bayer. Dok. Nr. 58. Pourtalès, S. 43. Nach den Tagesaufzeichnungen soll Pourtalès Sasonow um diese Unterredung gebeten haben. Nach dem telegraphischen Bericht über diese Unterredung an das Auswärtige Amt sowie nach den Memoiren des Botschafters ist er jedoch zu Sasonow gerufen worden. — Auch die Angabe in Russ. Dok. I 5 Nr. 224 und Franz. Dok. XI Nr. 328, daß in dieser Unterredung die Überreichung der Sasonow-Formel erfolgt sei, ist ein Irrtum. (Pourtalès in K. S. F. Jahrg. II S. 350; Wegerer: „Der Beginn des Krieges 1914",

Berlin 1924, S. V f. und S. 20 Anm. 30.) – 61) Pourtalès, S. 43 ff. – 62) „Vossische Zeitung", 31. Juli 1914, Nr. 383, Morgenausgabe. – 63) Russ. Dok. I 5 Nr. 224 Abs. 12.

Kapitel 39: 1) Russ. Dok. I Nr. 327. – 2) D. Dok. Nr. 410. – 3) Russ. Dok. I 5 Nr. 225—28. – 4) Russ. Dok. I 5 Nr. 231—34, 236. – 5) Russ. Dok. I 5 Nr. 239. – 6) Russ. Dok. I 5 Nr. 241. – 7) Russ. Dok. I 5 Nr. 242—44. – 8) Russ. Dok. I 5 Nr. 262, 264. – 9) „Graf Fredericks und die russische Mobilmachung 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. IX S. 871 f. – 10) Russ. Dok. I 5 Nr. 276. – 11) Franz. Dok. XI Nr. 342. – 12) Dobrorolski, S. 27 und in K. S. F. Jahrg. II S. 87. Sasonow, S. 246 ff. Danilow, S. 26 f. und in Monde Slave, April 1931, S. 78 f. Suchomlinow, S. 365. Hoeniger in Deutsche Rundschau, April 1918, S. 27 f. – 13) D. Dok. Nr. 380. – 14) D. Dok. Nr. 380, 421. Russ. Dok. I 5 Nr. 277, 278. Oe. Dok. Nr. 11174. Pourtalès, S. 46 ff. Sasonow, S. 243. Sasonow-Interview in „New York Times" vom 11. Mai 1924. Paléologue, I S. 35 f. Brit. Dok. Nr. 302. Franz. Dok. XI Nr. 328. „Der Beginn des Krieges 1914", S. 20 Anm. 30. – 15) Russ. Dok. I 5 Nr. 278, 279. – 16) Russ. Dok. I 5 Nr. 277. – 17) Russ. Dok. I 5 Nr. 284. Brit. Dok. Nr. 302. Franz. Dok. XI Nr. 328. Buchanan und Paléologue verlegen in ihren Berichten die Überreichung der Sasonowformel irrtümlicherweise auf die Unterredung Sasonows mit dem Grafen Pourtalès während der Nacht. – 18) Russ. Dok. I 5 Nr. 284. – 19) D. Dok. Nr. 445. – 20) Sasonow, S. 250. Die von Sasonow hier auch aufgeführte Erzählung, der Zar habe ihm während der Audienz das Telegramm des Kaisers (D. Dok. Nr. 420) zu lesen gegeben, trifft nicht zu, da dieses Telegramm erst später in Peterhof eingegangen war. Der Irrtum Sasonows ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß er diese unrichtige Angabe aus den Erinnerungen Paléologues „Am Zarenhof während des Weltkrieges" (I S. 36) übernommen hat. Auch Memoiren werden eben hin und wieder abgeschrieben. – 21) Russ. Dok. I 5 Nr. 284 Abs. 6—10 (Tagesaufzeichnungen). Vgl. auch Dobrorolski, S. 28, wonach Sasonow zu Januschkewitsch gesagt haben soll: „Alors, faites vos ordres, mon général, et ensuite . . . disparaissez pour toute la journée . . .". Fürst Grigori Trubetzkoi in „Monde Slave", August 1937. – 22) Russ. Dok. I 5 Nr. 328. – 23) D. Dok. Nr. 391, 392, 397. – 24) D. Dok. Nr. 335, 342, 378. – 25) D. Dok. Nr. 449, 359, 462. Pourtalès, S. 54. Oe. Dok. Nr. 11174. – 26) Franz. Dok. XI Nr. 359. – 27) Franz. Dok. XI Nr. 305. Russ. Dok. I 5 Nr. 289. – 28) Russ. Dok. I 5 Nr. 221. – 29) Franz. Dok. XI Nr. 342. – 30) Franz. Dok. XI Nr. 359. – 31) Russ. Dok. I 5 Nr. 289.

Kapitel 40: 1) Oe. Dok. Nr. 10909, 10863. – 2) Oe. Dok. Nr. 10863. Vgl. auch D. Dok. Nr. 327. – 3) Oe. Dok. Nr. 10944. – 4) D. Dok. Nr. 349. – 5) D. Dok. Nr. 310a. – 6) D. Dok. Nr. 372. Zwehl: „Erich von Falkenhayn, General der Infanterie", Berlin 1926, S. 56. – 7) D. Dok. Nr. 342. – 8) D. Dok. Nr. 341. – 9) D. Dok. Nr. 367. – 10) D. Dok. Nr. 301. – 11) D. Dok. Nr. 361. Siehe auch D. Dok. Nr. 18. – 12) D. Dok. Nr. 356. – 13) D. Dok. Nr. 377 und Anm. 3. – 14) D. Dok. Nr. 357. – 15) Oe. Dok. Nr. 11027. Eine volle Klarheit hierüber wird man erst bekommen können, wenn die serbischen Dokumente vorliegen und festgestellt werden kann, ob der serbische Geschäftsträger in Rom zu dieser Mitteilung ermächtigt worden ist oder ob sie nur seiner eigenen Auffassung entsprach. – 16) D. Dok. Nr. 368. – 17) D. Dok. Nr. 395. – 18) D. Dok. Nr. 365, 396. – 19) D. Dok. Nr. 340, 396 und Anm. 5. – 20) D. Dok. Nr. 392, 397. – 21) D. Dok. Nr. 332. – 22) D. Dok. Nr. 337. – 23) Wegerer: „Der angebliche ‚Kronrat' vom 29. Juli 1914", K. S. F. Jahrg. I S. 10 ff. – 24) D. Dok. Nr. 374. Daß das Wort „probably" in dieser Unterredung tatsächlich gebraucht worden ist, hat Prinz Heinrich nach dem Kriege der vom Verfasser geleiteten „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" auf deren Anfrage in einer Zuschrift mitgeteilt. Siehe Berliner Monatshefte, Jahrg. VII S. 491 f. – 25) D. Dok. Nr. 459. – 26) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 3, „Erinnerungen" S. 237. – 27) Zwehl, S. 56. Siehe auch Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 2. – 28) Schäfer in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV S. 623. – 29) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 2 ff. – 30) D. Dok. Nr. 344. – 31) Zwehl, S. 57. Siehe auch Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 4 f. – 32) D. Dok. Nr. 339. – 33) D. Dok. Nr. 372. Bayer. Dok. Nr. 43. Zwehl, S. 57. – 34) Brit. Dok. Nr. 264 u. Vermerk. – 35) Russ. Dok. I. 5 Nr. 168, 241. (Die hier angeführte Wortfassung „dann erfolge die Mobilmachung gegen Frankreich" dürfte auf einem Irrtum beruhen, da Deutschland nur eine Mobilmachung nach beiden Fronten kannte.) – 36) Brit. Dok. Nr. 281. – 37) Brit. Dok. Nr. 677 S. 548 f. – 38) D. Dok. Nr. 373. Brit. Dok. Nr. 293, Nr. 677 S. 550. Bethmann Hollweg: „Betrachtungen zum Weltkriege", Berlin 1922, I S. 180 f. – 39) Brit. Dok. Nr. 322 Anlage u. Vermerk. – 40) Parl. Unters. Ausschuß, Heft 2 S. 12 und Anl. 20. – 41) Franz. Dok. XI Nr. 250, 253.

Kapitel 41: 1) Conrad, IV S. 140 f. – 2) D. Dok. Nr. 323. Oe. Dok. Nr. 10939. Gooß: „Wiener Kabinett", S. 243 f. Wegerer: „Guillaume II et Nicolas II", Berliner Monatshefte, Jahrg. XIII S. 283 ff. – 3) Franz. Dok. XI Nr. 284. – 4) D. Dok. Nr. 386. Russ. Dok. I 5 Nr. 243. Brit. Dok. Nr. 295. Schebeko in Revue de France, 15. Mai 1933, S. 280. – 5) Schebeko in Revue de France, 15. Mai 1933, S. 281. Brit. Dok. Nr. 295. – 6) Tisza: „Briefe", S. 44 ff. – 7) D. Dok. Nr. 388. Oe. Dok. Nr. 10937. – 8) Oe. Dok. Nr. 10937, 10997, 10944. Conrad, IV S. 142 f. Gooß: „Wiener Kabinett", S. 251 f. – 9) Kiszling: „Die Mobilmachung der europäischen Mächte im Sommer 1914. Österreich-Ungarn", in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV, S. 208. – 10) Oe. Dok. Nr. 10941. – 11) Oe. Dok. Nr. 10896, 10898, 10899, 10900, 10901, 10902, 10903, 10966. Bayer. Dok. Nr. 51. – 12) Oe. Dok. Nr. 11002. – 13) Oe. Dok. Nr. 10985, 10986. – 14) Conrad, IV S. 275. – 15) Oe. Dok. Nr. 10951. – 16) Oe. Dok. Nr. 10927, 10929.

Kapitel: 42 1) D. Dok. Nr. 361, 384, 385. Oe. Dok. Nr. 10946. – 2) D. Dok. Nr. 432. – 3) D. Dok. Nr. 384 Fußnote 7. – 4) D. Dok. Nr. 433. – 5) Oe. Dok. Nr. 10946. – 6) Conrad, IV S. 147. – 7) D. Dok. Nr. 384 Fußnote 7. – 8) Oe. Dok. Nr. 11092. – 9) Oe. Dok. Nr. 11020. Siehe auch D. Dok. Nr. 433. – 10) D. Dok. Nr. 396. – 11) D. Dok. Nr. 448. Tschirschky hat sich während der Unterredung mit Berchtold Notizen gemacht, die er auf den Entwurf zu dem Telegramm Nr. 128 geschrieben hat, das am 29. Juli nach Berlin abging. Vgl. D. Dok. Nr. 356 Fußnote 3. Die Fußnote hat somit mit diesem Telegramm nichts zu tun. – 12) Franz. Dok. XI Nr. 364. Brit. Dok. Nr. 307. – 13) Oe. Dok. Nr. 11000. – 14) Russ. Dok. I 5 Nr. 167. – 15) D. Dok. Nr. 395. – 16) Brit. Dok. Nr. 307. – 17) D. Dok. Nr. 434, 441, 465. – 18) Oe. Dok. Nr. 11025. – 19) Conrad, IV S. 150 ff. Oe. Dok. Nr. 11203 S. 976. Wegerer: „Der Halt in Belgrad", K. S. F. Jahrg. I S. 130 ff. Kiszling: „Die praktische Undurchführbarkeit eines Handstreiches auf Belgrad". K. S. F. Jahrg. V S. 231 ff. Lutz: „Das Entscheidende über den Halt in Belgrad", K. S. F. Jahrg. V S. 679 ff. – 20) D. Dok. Nr. 465. – 21) D. Dok. Nr. 437. Oe. Dok. Nr. 11026. – 22) Oe. Dok. Nr. 11093. Schebeko in Revue de France, 15. Mai 1933, S. 282 ff. – 23) Russ. Dok. I 5 Nr. 307. – 24) Brit. Dok. Nr. 311, 360. Franz. Dok. XI Nr. 364. Schebeko in Revue de France, 15. Mai 1933, S. 284.

Kapitel 43: 1) D. Dok. Nr. 368. Brit. Dok. Nr. 305, 677 S. 550. – 2) Oe. Dok. Nr. 10937. D. Dok. Nr. 427, 429. – 3) D. Dok. Nr. 409. – 4) Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 522 f. Wegerer in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIII S. 437 f. – 5) Conrad, IV S. 152. – 6) D. Dok. Nr. 410. – 7) D. Dok. Nr. 390. – 8) D. Dok. Nr. 339. – 9) Telegramm des Kaisers an die Großherzogin Luise von Baden vom 30. Juli 1914. Berliner Monatshefte, Jahrg. XI S. 169. – 10) D. Dok. Nr. 417, 474. „Vossische Zeitung", 30. Juli 1914, Abendausgabe. Nicht veröffentlichte Aufzeichnung des Admirals von Müller. – 11) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik", S. 6. – 12) D. Dok. Nr. 402, wo es heißt: „Dagegen hat der Admiralstab heute morgen 30. VII. ein Telegramm von dem deutschen Militärattaché in London erhalten, daß Sir E. Grey in einer privaten Unterredung mit Fürst Lichnowsky geäußert habe, daß, wenn Deutschland gegen Frankreich Krieg begänne (made war on France), England sofort mit seiner Flotte Deutschland angreifen würde." Randbemerkung des Kaisers vom 30. Juli zu einem Artikel der „Morning Post". – 13) Aufzeichnung des Admirals von Müller. – 14) D. Dok. Nr. 402. – 15) D. Dok. Nr. 382. Der eine Artikel ist von Sir Harry Johnston und der andere von Francis W. Hirst. – 16) D. Dok. Nr. 368. – 17) D. Dok. Nr. 407. – 18) D. Dok. Nr. 408, 420. – 19) D. Dok. Nr. 406. – 20) Bayer. Dok. Nr. 52, 55. – 21) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik", S. 5. D. Dok. IV S. 157 Nr. 6 Abschn. 2. – 22) Zwehl, S. 57. – 23) Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 525 ff.; Wegerer in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIII S. 440 ff.; Kiszling in Berliner Monatshafte, Jahrg. XIV S. 210; Oe. Dok. Nr. 11030, 11033. Conrad, IV S. 152. – 24) Wegerer: „Das Extrablatt des ‚Lokal-Anzeigers'", Berliner Monatshefte, Jahrg. VII S. 1035 f. – 25) Russ. Dok. I 5 Nr. 301, 302. – 26) Russ. Dok. I 5 Nr. 303. – 27) Wegerer: „Der bekannte und der unbekannte Markow", Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 157 f.; ders. in Berliner Monatshefte, Jahrg. VII S. 1056. – 28) Franz. Dok. XI Nr. 330. Brit. Dok. Nr. 306. Russ. Dok. I 5 Anl. 6 S. 336. Brit. Dok. Nr. 677 S. 550 f. Bayer. Dok. Nr. 53. – 29) Franz. Dok. XI Nr. 339. Poincaré, IV S. 420 (470). „Memoiren des Botschafters Gerard", I S. 123. Amerik. Dok. File Nr. 763. 72119/3. – 30) Franz. Dok. XI Nr. 380. Poincaré, IV S. 421 (471). – 31) D. Dok. Nr. 422. Oe. Dok. Nr. 11126. Siehe auch D. Dok. Nr. 341, 342. – 32) Oe. Dok. Nr. 11127, 11128, 11129. D. Dok. Nr. 419, 425. – 33) D. Dok. Nr. 432, 433, 434. – 34) D. Dok. Nr. 437. Oe. Dok. Nr. 11026. – 35) D. Dok. Nr. 441, 440. – 36) D. Dok. Nr. 441. – 37) D. Dok. Nr. 414, 430, 438, 439. – 38) D. Dok. Nr. 447. – 39) D. Dok. Nr. 401. – 40) Zwehl, S. 57 f.; Zeitangabe nach Journal der Reichskanzlei. – 41) D. Dok. Nr. 441, 450. – 42) D. Dok. Nr. 451. – 43) G. von Jagow: „Nochmals die rus-

sische ‚Verantwortlichkeit'", K. S. F., Jahrg. II S. 345. – 44) D. Dok. Nr. 452 und Fußnote 2. – 45) D. Dok. Nr. 464. Jagow in K. S. F. Jahrg. II S. 345. – 46) Russ. Dok. I 5 Nr. 279. – 47) Russ. Dok. I 5 Nr. 305 und S. 337. D. Dok. Nr. 449. – 48) Mitteilung des Generals von Haeften an den Verfasser vom 10. April 1936.

Kapitel: 44: 1) Persönliche Mitteilung des Majors a. D. Volkmann an den Verfasser. Mitteilung der „Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte" vom 4. Juni 1936 Nr. V/31, 1248. Montgelas: „Zur Klärung des letzten Punktes der Kriegsschuldfrage" in Der Weg zur Freiheit, 15. April 1929 Nr. 8 S. 129. – 2) D. Dok. Nr. 451 a. Conrad, IV S. 152. Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 525 und 526 Anm. 24. Wegerer in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIII S. 446 f. – 3) D. Dok. Nr. 825. – 4) D. Dok. Nr. 498. Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 537. Oe. Dok. Nr. 11119. – 5) Brit. Dok. Nr. 337 und 677 S. 551. – 6) Brit. Dok. Nr. 303, 336. D. Dok. Nr. 497. Franz. Dok. XI Nr. 436. – 7) Russ. Dok. I 5 Nr. 358 und S. 337. – 8) D. Dok. Nr. 472. – 9) Oe. Dok. Nr. 11131. – 10) D. Dok. Nr. 466. – 11) D. Dok. Nr. 433, 466 Randbemerkung, Nr. 339, 445, 470. – 12) D. Dok. Nr. 474. Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 8 f. – 13) D. Dok. Nr. 468. Wegerer: „Die russische allgemeine Mobilmachung und das deutsche Ultimatum an Rußland", K. S. F. Jahrg. VI S. 1062 (Mitteilung Stumms). – 14) D. Dok. Nr. 524, 404, 422. – 15) D. Dok. Nr. 473. – 16) Tirpitz: „Erinnerungen" S. 239; ders. „Ohnmachtspolitik" S. 5. „Vossische Zeitung", 31. Juli 1914 abends Nr. 384. – 17) D. Dok. Nr. 479 Anm. 3 und 499. – 18) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 5. – 19) „Zustand drohender Kriegsgefahr", K. S. F. Jahrg. IV S. 43. Montgelas: „Professor Bernadotte E. Schmitt über den Ursprung des Weltkrieges", K. S. F. Jahrg. IX S. 766. Siehe auch Brit. Dok. Nr. 509. – 20) D. Dok. Nr. 477. – 21) Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, Heft 2: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen", Anlage 27 S. 71. – 22) D. Dok. Nr. 433. Das Telegramm Tschirschkys war „nach Vornahme kleiner Änderungen" nach London weitergegeben worden. Siehe D. Dok. Nr. 444. – 23) D. Dok. Nr. 480. – 24) Schreiben des Staatssekretärs von Jagow vom 5. März 1930 an den Verfasser. – 25) D. Dok. Nr. 490. – 26) G. v. Jagow in „Deutscher Offizierbund", 15. August 1927. – 27) D. Dok. Nr. 491. – 28) Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 540. – 29) D. Dok. Nr. 479. Oe. Dok. Nr. 11132, 11130. – 30) Russ. Dok. I 5 Nr. 359 und S. 337 f. – 31) Franz. Dok. XI Nr. 434. – 32) Brit. Dok. Nr. 349. – 33) Revue des deux Mondes, 15. Juni 1927; siehe K. S. F. Jahrg. V S. 807 f. Franz. Dok. XI Nr. 403. Poincaré, IV S. 446 (489). – 34) Franz. Dok. XI Nr. 402. Poincaré, IV S. 445 f. (489). – 35) Russ. Dok. I 5 Nr. 338. „Vossische Zeitung", 31. Juli 1914 Nr. 384 Abendausgabe. – 36) D. Dok. Nr. 482. Oe. Dok. Nr. 11118. – 37) Bayer. Dok. Nr. 70. – 38) D. Dok. Nr. 487. Russ. Dok. I 5 Nr. 338. – 39) D. Dok. Nr. 502. – 40) D. Dok. Nr. 503. Oe. Dok. Nr. 11125. – 41) Oe. Dok. Nr. 11133, 11134. Vgl. auch Foerster: „Die deutsch-italienische Militärkonvention", unter Benutzung der Akten des Reichsarchivs. K. S. F. Jahrg. V S. 395 f. – 42) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 10 f.; ders.: „Erinnerungen" S. 239. – 43) Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 539 nach den Akten des Reichsarchivs. Die dort angegebene Eingangszeit 7 Uhr 45 ist ein Druckfehler. Das Telegramm ist 4.45 Uhr nachmittags eingetroffen (Mitteilung Schäfers an den Verfasser vom 24. April 1937). — Vgl. auch Conrad, IV S. 152, 155. – 44) Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 541 ff. nach den Akten des Reichsarchivs. – 45) Zwehl, S. 58. Wenniger-Brief in D. Dok. IV, Anhang IV a Nr. 9. – 46) „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 14. Januar 1931 Nr. 21 (Ausg. Groß-Berlin) und vom 16. Januar 1931 Nr. 23/24 (Reichsausgabe). Die Erzählung des Fürsten Bülow über die Abfassung der Kriegserklärungen („Denkwürdigkeiten" III S. 167 f.) ist unrichtig, insbesondere trifft die Behauptung nicht zu, daß Ballin bei der Abfassung der Kriegserklärung zugegen gewesen sei. – 47) Brief Zimmermanns an den Verfasser vom 9. März 1930. – 48) D. Dok. Nr. 542 Anm. 3. Siehe auch D. Dok. Nr. 608 Anm. 2 und 3. Siehe ferner Jagow in „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 14. und 16. Januar 1931. – 49) D. Dok. Nr. 542 Anm. 7, Anm. 8 und Anm. 1. – 50) D. Dok. Nr. 542 Anm. 3. Siehe auch D. Dok. Nr. 608 Anm. 2. – 51) D. Dok. Nr. 491, 608 Anm. 1. – 52) Brit. Dok. Nr. 340, 385, 510. D. Dok. Nr. 496. Franz. Dok. XI Nr. 521. – 53) Brit. Dok. Nr. 348, 383. D. Dok. Nr. 522 und Franz. Dok. XI Nr. 525. – 54) Brit. Dok. Nr. 386. Russ. Dok. I 5 Nr. 360 und S. 338. – 55) D. Dok. Nr. 509, 516. – 56) D. Dok. Nr. 454. – 57) D. Dok. Nr. 460. – 58) D. Dok. Nr. 484. – 59) D. Dok. Nr. 489. – 60) D. Dok. Nr. 529.

Kapitel 45: 1) Oe. Dok. Nr. 11126. – 2) Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 525. Conrad, IV S. 152. – 3) Conrad, IV S. 152. Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 525. – 4) Steinitz in Militärwissenschaftliche Mitteilungen, Augustheft 1934 S. 636. – 5) Oe. Dok. Nr. 11126. Conrad, IV S. 153. – 6) Oe. Dok. Nr. 11112. – 7) Conrad, IV S. 152 f. „Neue Freie Presse",

31. Juli 1914 Nr. 17935. – 8) Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, Heft 2 S. 84 Anl. 44. – 9) Oe. Dok. Nr. 11025. – 10) Oe. Dok. Nr. 11203, 11201. – 11) Oe. Dok. Nr. 11165. D. Dok. Nr. 573. Der Text der Erklärung ist von Berchtold wohl noch einmal umgearbeitet worden. Vgl. D. Dok. Nr. 594 und Fußnote 1; II. Oe.-ung. Rotbuch Nr. 20. – 12) D. Dok. Nr. 577. – 13) Brit. Dok. Nr. 308, 360. Belg. Dok. II Nr. 19. – 14) Brit. Dok. Nr. 361, 362 und 387. – 15) Franz. Dok. XI Nr. 467. Russ. Dok. I 5 Nr. 190 Fußnote, Nr. 361. Brit. Dok. Nr. 360. – 16) Oe. Dok. Nr. 11130. – 17) Oe. Dok. Nr. 11125. D. Dok. Nr. 503. – 18) Conrad, IV S. 156. Schäfer in K. S. F. Jahrg. IV S. 543 nach den Akten des Reichsarchivs.

Kapitel 46: 1) Russ. Dok. I 5 Nr. 379. – 2) D. Dok. Nr. 473. Mitteilung des Oberst a. D. Eggeling an den Verfasser. – 3) Oe. Dok. Nr. 11175. – 4) Franz. Dok. XI Nr. 432. – 5) Brit. Dok. Nr. 410. – 6) Russ. Dok. I 5 Nr. 354, 360. Franz. Dok. XI Nr. 467 Fußn. 1, 432 Fußn. 3. – 7) D. Dok. Nr. 433, 444. – 8) Pourtalès, S. 57 f. – 9) D. Dok. IV S. 172. – 10) D. Dok. Nr. 527. Russ. Dok. I 5 Nr. 334. – 11) Russ. Dok. I 5 Nr. 349. – 12) Franz. Dok. XI Nr. 441. Poincaré, IV S. 462 (500). – 13) „Tagebuchaufzeichnungen Zar Nikolaus II. aus dem Juli 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. XII S. 239 f. Suchomlinow, S. 368 ff.; siehe auch Russ. Dok. I 5 Nr. 382. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 454. Poincaré, IV S. 462 (500). – 15) Russ. Dok. I 5 Nr. 338. D. Dok. Nr. 487. – 16) D. Dok. Nr. 535. D. Dok. IV S. 172. Russ. Dok. I 5 Nr. 395. Pourtalès, S. 59 ff. – 17) D. Dok. Nr. 535. – 18) Russ. Dok. I 5 Nr. 380. – 19) Russ. Dok. I 5 Nr. 395 u. Fußnote 3. – 20) Brit. Dok. Nr. 309. – 21) Sasonow, S. 258. – 22) Russ. Dok. I 5 Nr. 343. – 23) Franz. Dok. XI Nr. 453. Brit. Dok. Nr. 393. – 24) Brit. Dok. Nr. 393. – 25) Franz. Dok. XI Nr. 405. Poincaré, IV S. 402 f. (457 f.). – 26) Oe. Dok. Nr. 11020, 11092. – 27) Oe. Dok. Nr. 11178, 11179. – 28) Russ. Dok. I 5 Nr. 366, 337. Franz. Dok. XI Nr. 299. – 29) Oe. Dok. 1919 Nr. 97. – 30) Brit. Dok. Nr. 459. – 31) Franz. Dok. XI Nr. 481. – 32) D. Dok. Nr. 490, 536. D. Dok. IV S. 173. Russ. Dok. I 5 Nr. 385. Pourtalès, S. 64 f. – 33) Russ. Dok. I 5 Nr. 385.

Kapitel 47: 1) Franz. Dok. XI Nr. 490. – 2) Russ. Dok. I 5 Nr. 385. – 3) Mitteilung des Attachés von Bülow an den Verfasser vom 24. November 1938. – 4) D. Dok. Nr. 539. D. Dok. IV S. 173. Pourtalès, S. 66 ff. – 5) Russ. Dok. I 5 Nr. 384. D. Dok. Nr. 546. – 6) Russ. Dok. I 5 Nr. 385 Anm. 3 u. Nr. 396. – 7) Brit. Dok. Nr. 384. Russ. Dok. I 5 Nr. 397. – 8) Franz. Dok. XI Nr. 536 u. 556; siehe auch Poincaré, S. 497 (524). – 9) D. Dok. Nr. 542. Siehe auch Russ. Dok. I 5 Nr. 392. – 10) D. Dok. Nr. 588. – 11) Spiridovitch: „Les dernières Années de la Cour de Tzarskoïé-Sélo", Paris 1929, II S. 480. – 12) Meriel Buchanan, S. 90 f. – 13) Danilow, S. 88. Brit. Dok. Nr. 665. Buchanan, S. 112. Wegerer: „Die systematische Verfälschung der russischen allgemeinen Mobilmachung', Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 654 f. – 14) Brit. Dok. Nr. 490. Russ. Dok. I 5 Nr. 451. – 15) Brit. Dok. Nr. 490. – 16) Brit. Dok. Nr. 490. – 17) Russ. Dok. I 5 Nr. 416. D. Dok. Nr. 600. Spiridovitch, II S. 481. Pourtalès, S. 75 f. – 18) D. Dok. Nr. 666. D. Dok. IV S. 173. Russ. Dok. I 5 Nr. 449. Pourtalès, S. 75 f. – 19) Russ. Dok. I 5 Nr. 396. Pourtalès, S. 75 f. Sasonow, S. 262.

Kapitel 48: 1) Oe. Dok. 1919 Nr. 84. – 2) D. Dok. Nr. 536. – 3) D. Dok. Nr. 540 a. – 4) D. Dok. Nr. 542 u. Fußnote 2. – 5) Franz. Dok. XI Nr. 565. Schreiben der Reichsbahndirektion Köln an den Verfasser vom 12. Juli 1937. – 6) D. Dok. Nr. 553. Protokoll der 27. Sitzung des Bundesrats, §§ 662—678, Session 1914. – 7) Tagebuchauszug des Gesandten Freiherrn von Biegeleben, dem Verfasser mitgeteilt am 16. Februar 1930. – 8) Tirpitz: „Erinnerungen" S. 240 und „Ohnmachtspolitik" S. 16. – 9) Belg. Dok. II Nr. 20. – 10) Brit. Dok. Nr. 411. – 11) Brit. Dok. Nr. 411, 458. – 12) Zwehl, S. 58. – 13) D. Dok. Nr. 554. Tirpitz: „Erinnerungen" S. 241 und „Ohnmachtspolitik" S. 16. Zwehl, S. 58. Moltke, S. 19. Valentini: „Kaiser und Kabinettschef", Oldenburg 1931, S. 127. Aufzeichnung des Admirals von Müller. – 14) D. Dok. Nr. 562. – 15) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 17. – 16) Moltke, S. 19 f. – 17) Aufzeichnung des Admirals von Müller. – 18) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 17 f. – 19) D. Dok. Nr. 578. – 20) Moltke, S. 21. – 21) D. Dok. Nr. 575. Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 18. – 22) D. Dok. Nr. 570. – 23) D. Dok. Nr. 570 Randbemerkung. Die Verfügung des Kaisers wurde jedoch infolge der weiteren Entwicklung der Angelegenheit hinfällig. Vgl. D. Dok. Nr. 570 Anm. 2. – 24) Franz. Dok. XI Nr. 543 u. Fußnote 1. Russ. Dok. I 5 Nr. 417. Brit. Dok. Nr. 457. D. Dok. Nr. 620. – 25) D. Dok. Nr. 571. Brit. Dok. Nr. 340. Russ. Dok. I 5 Nr. 343. – 26) D. Dok. Nr. 477. – 27) D. Dok. Nr. 574. – 28) D. Dok. Nr. 546. – 29) D. Dok. Nr. 600 und Anm. 10. – 30) D. Dok. Nr. 503. – 31) D. Dok. Nr. 601. Oe. Dok. Nr. 11204. – 32) D. Dok. Nr. 616. – 33) D. Dok. Nr. 612. – 34) Moltke, S. 23. – 35) D. Dok. Nr. 613, 633. – 36) D. Dok. Nr.

590. – 37) Über Einmarsch in Luxemburg siehe Werk des Reichsarchivs: „Der Weltkrieg 1914—1918", Berlin 1925, I S. 35, 105. – 38) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 20 f. und „Erinnerungen" S. 242 f. – 39) D. Dok. Nr. 629. – 40) D. Dok. Nr. 623.

Kapitel 49: 1) Franz. Dok. XI Nr. 246, 189. – 2) Poincaré, IV S. 366 (432). – 3) Franz. Dok. XI Nr. 241. Poincaré, IV S. 374 (438). – 4) D. Dok. Nr. 315. Russ. Dok. I 5 Nr. 230. – 5) D. Dok. Nr. 345. Franz. Dok. XI Nr. 252, 244. Bienvenu-Martin in Revue de France vom 15. August 1933, S. 647 f. – 6) Russ. Dok. I. 5 Nr. 167, 164. – 7) Franz. Dok. XI Nr. 289. Siehe auch Brit. Dok. Nr. 182, 218. – 8) Franz. Dok. XI Nr. 239, 238, 219, 237. – 9) Franz. Dok. XI Nr. 178, 254. – 10) Franz. Dok. XI Nr. 255. Poincaré, IV S. 375 (438). – 11) Franz. Dok. XI Nr. 208. – 12) Franz. Dok. XI Nr. 260. – 13) Franz. Dok. XI Nr. 220. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 287. – 15) D. Dok. Nr. 341, 367. Franz. Dok. XI Nr. 258. Oe. Dok. Nr. 10983. Russ. Dok. I 5 Nr. 234. Schoen: „Erlebtes", Berlin 1921, S. 173 f. – 16) Poincaré, IV S. 371 f. (435 f.). Messimy in Recouly, S. 73. – 17) Franz. Dok. XI Nr. 240, 253, 265. – 18) Franz. Dok. XI Nr. 270. – 19) Russ. Dok. I 5 Nr. 232. – 20) Franz. Dok. XI Nr. 274.

Kapitel 50: 1) Russ. Dok. I 5 Nr. 221. – 2) Franz. Dok. XI Nr. 301 und Anm. 1. Russ. Dok. I 5. Nr. 289. Viviani: „Réponse au Kaiser", Paris 1923, S. 149. Messimy: „Mes Souvenirs", Paris 1937, S. 182 f. – 3) Messimy, S. 183 f. Russ. Dok. I. 5 Nr. 289. Franz. Dok. XI Nr. 305 Anm. 2. – 4) Franz. Dok. XI Nr. 138. – 5) Franz. Dok. XI Nr. 305. – 6) Russ. Dok. I 5 Nr. 290. – 7) Russ. Dok. I 5 Nr. 291, 293. Franz. Dok. XI Nr. 305 Fußn. 2. – 8) Poincaré, IV S. 426 (474 f.). Messimy in Recouly, S. 75 f. – 9) Franz. Dok. XI Nr. 313. – 10) Joffre, I S. 217 f. – 11) Franz. Dok. XI Nr. 311, 312. Poincaré, IV S. 424 (473). Joffre, I S. 218. – 12) Franz. Dok. XI Nr. 316. Poincaré, IV S. 424 f. (473 f.). – 13) Franz. Dok. XI Nr. 305 S. 262 Anm. 2 (rechte Spalte). Russ. Dok. I. 5 Nr. 291. – 14) Russ. Dok. I. 5 Nr. 296. – 15) Franz. Dok. XI Nr. 362. „Le Temps", 31. Juli 1914. – 16) Franz. Dok. XI Nr. 328. – 17) Franz. Dok. XI Nr. 349, 351. – 18) Franz. Dok. XI Nr. 329. – 19) Franz. Dok. XI Nr. 327, 350, 354, 370, 341. – 20) Brit. Dok. Nr. 318, 373. Poincaré, IV S. 416 f. (467 f.). Bertie: „The Diary 1914—18", London 1924, I S. 6. – 21) Russ. Dok. I 5 Nr. 288. – 22) Franz. Dok. XI Nr. 342. – 23) Franz. Dok. XI Nr. 359.

Kapitel 51: 1) Franz. Dok. XI Nr. 378. – 2) Franz. Dok. XI Nr. 457. – 3) Franz. Dok. XI Nr. 380. – 4) Franz. Dok. XI Nr. 388. – 5) Franz. Dok. XI Nr. 377. – 6) Franz. Dok. XI Nr. 376, 381, 369. – 7) Franz. Dok. XI Nr. 384. – 8) Franz. Dok. XI Nr. 382. – 9) Franz. Dok. XI Nr. 390. Siehe auch Brit. Dok. Nr. 338. – 10) Brit. Dok. Nr. 310, 342 und 309. – 11) Brit. Dok. Nr. 342. – 12) Franz. Dok. XI Nr. 364. – 13) Franz. Dok. XI Nr. 405. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 401. – 15) Joffre, I S. 222. – 16) Franz. Dok. XI Nr. 402. – 17) Poincaré, IV S. 446 (489). – 18) Franz. Dok. XI Nr. 403, Anm. 1. – 19) Joffre, I S. 223. Poincaré, IV S. 458 (497). Russ. Dok. I 5 Nr. 354. – 20) Messimy in Recouly, S. 79 f. – 21) D. Dok. Nr. 491. – 22) Mott: „Myron T. Herrick", New York 1929, S. 75 f. Siehe auch D. Dok. Nr. 455, 461. Schoen hat in seinen Memoiren den Besuch Herricks nicht erwähnt. – 23) Schoen, S. 177. – 24) Franz. Dok. XI Nr. 438. – 25) Brit. Dok. Nr. 357, 374. Bertie: „The Diary 1914—18", London 1924, I S. 5 f. – 26) Franz. Dok. XI Nr 467 Fußn. 1. – 27) Joffre, I S. 223. – 28) Franz. Dok. XI Nr. 396, 439, 399, 383, 410, 426, 422, 429, 419, 431. – 29) Franz. Dok. XI Nr. 411. – 30) Poincaré, IV S. 478 (511). – 31) Franz. Dok. XI Nr. 430, 440. – 32) Messimy in Recouly, S. 80 f. – 33) Brit. Dok. Nr. 382. Franz. Dok. XI Nr. 418, 465. – 34) Franz. Dok. XI Nr. 442, 503. Ausführliche Wiedergabe der Unterhaltung von Lahovary im „Matin" vom 4. Januar 1921. – 35) Franz. Dok. XI Nr. 503. – 36) Szécsen: „Ein vergeblicher Versuch für die Erhaltung des Friedens im Sommer 1914", K. S. F. Jahrg. IV S. 67. – 37) Oe. Dok. 1919 Nr. 91. Szécsen in K. S. F. Jahrg. IV S. 68. Franz. Dok. XI Nr. 486 u. 467 Fußn. 1.

Kapitel 52: 1) Franz. Dok. XI Nr. 454. – 2) Franz. Dok. XI Nr. 481. Siehe auch Nr. 484. – 3) Franz. Dok. XI Nr. 469. – 4) Franz. Dok. VI Nr. 210. Ludendorff: „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg", Berlin 1919. – 5) Franz. Dok. VI S. 260. – 6) Franz. Dok. XI Nr. 476. – 7) Franz. Dok. XI Nr. 482, 498. – 8) Franz. Dok. XI Nr. 477. – 9) D. Dok. Nr. 571. – 10) Schoen, S. 177 f. – 11) Viviani, S. 204 f. Poincaré, IV S. 478 f. (511). – 12) Franz. Dok. XI Nr. 505. Russ. Dok. I 5 Nr. 405. – 13) Joffre, I S. 226. Poincaré, IV S. 479 f. (512). „Les Armées Françaises dans la Grande Guerre", I Annexes Nr. 21. – 14) Poincaré, IV S. 489 (519). – 15) Franz. Dok. XI Nr. 507. „Les Armées françaises dans la Grande Guerre" I S. 81 u. Annexes I, 1 Nr. 21.

Greiner: „Die französische Mobilmachung 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV S. 536 nach Palat: „La Grande Guerre sur le front occidental", Paris 1917, II S. 19. Messimy in Recouly S. 85. – 16) Franz. Dok. XI Nr. 512. – 17) Franz. Dok. XI Nr. 490. – 18) Franz. Dok. XI Nr. 497, 459. Messimy in Recouly, S. 85 f. – 19) Brit. Dok. Nr. 425. Messimy in Recouly, S. 86. – 20) Russ. Dok. I. 5 Nr. 408. – 21) Poincaré, IV S. 483 f. (515 f.). „Berliner Tageblatt", 3. August 1914, Morgenausgabe. – 22) Franz. Dok. XI Nr. 535. Joffre, I S. 226 f. Messimy in Recouly, S. 86. – 23) Franz. Dok. XI Nr. 523. – 24) D. Dok. Nr. 598. Russ. Dok. I 5 Nr. 406. Schoen, S. 179. Poincaré, IV S. 481 f. (513 f.). – 25) Franz. Dok. XI Nr. 532. – 26) Franz. Gelbb. Nr. 129. Dieses Schriftstück ist in den neuen französischen Dokumenten nicht enthalten. – 27) Franz. Dok. XI Nr. 537. – 28) Franz. Dok. XI Nr. 542. – 29) Russ. Orangebuch Nr. 157. Das Telegramm befindet sich nicht in den russischen Dokumenten, jedoch sind Hinweise in I 5 Nr. 409, 396 und Seite 249 Anm. 4 vorhanden. – 30) Russ. Dok. I 5 Nr. 409. – 31) Russ. Dok. I 5. Nr. 409, 410, 412. Poincaré, IV S. 495 f. (523 f.).

Kapitel 53: 1) Franz. Dok. XI Nr. 290. – 2) Brit. Dok. Nr. 248. – 3) Brit. Dok. Nr. 249. – 4) Oe. Dok. Nr. 10973, 10974. Brit. Dok. Nr. 282. – 5) Vgl. Brit. Dok. Nr. 257. – 6) Brit. Dok. Nr. 231, 246, 284. – 7) D. Dok. Nr. 279, 314. Brit. Dok. Nr. 263. D. Dok. Nr. 357. Brit. Dok. Nr. 231, 246, 284, 252, Vermerke 235. – 8) Brit. Dok. Nr. 258. Russ. Dok. I 5 Nr. 167, 168, 226. – 9) Franz. Dok. XI Nr. 262. – 10) Brit. Dok. Nr. 259. Amerik. Dok. file No. 763. 72/13. Page: „Die Briefe des Botschafters an Woodrow Wilson", Berlin 1926, S. 97. – 11) Asquith-Bericht in Berliner Monatshefte, Jahrg. XI S. 69. Morley of Blackburn: „Memorandum on Resignation", London 1928, S. 3 ff.; deutsch: „Meine Demission", Berlin 1929, S. 24 ff. Siehe auch Berliner Monatshefte, Jahrg. VII S. 2 f. Churchill, I S. 157. – 12) Churchill, I S. 157. Aßmann: „Die englische Mobilmachung 1914", Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV S. 691 f., 678. – 13) Aßmann in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV S. 691 f. u. S. 704. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 281. Brit. Dok. Nr. 283. – 15) Russ. Dok. I 5 Nr. 226, 227. – 16) Brit. Dok. Nr. 285. – 17) Brit. Dok. Nr. 256. – 18) Brit. Dok. Nr. 285 u. 286. Siehe auch D. Dok. Nr. 265. – 19) D. Dok. Nr. 368. – 20) Brit. Dok. Nr. 264 Vermerke. – 21) Brit. Dok. Nr. 277. – 22) „Frankfurter Zeitung", 30. Juli 1914, 2. Morgenblatt Nr. 209.

Kapitel 54: 1) Russ. Dok. I 5 Nr. 218, 219. Brit. Dok. Nr. 299. – 2) Grey, I S. 308. – 3) D. Dok. Nr. 393, 418. – 4) D. Dok. Nr. 418. – 5) Brit. Dok. Nr. 303. Grey, I S. 309. – 6) Brit. Dok. Nr. 294. Franz. Dok. XI Nr. 305, 363 Abs. 2. – 7) Brit. Dok. Nr. 298. – 8) D. Dok. Nr. 435. – 9) Brit. Dok. Nr. 302 b. Russ. Dok. I 5 Nr. 277, 278. (1. Sasonow-Formel.) – 10) Russ. Dok. I 5 Nr. 279. Brit. Dok. Nr. 302 b. – 11) Russ. Dok. I 5 Nr. 226. – 12) Russ. Dok. I 5 Nr. 286. Brit. Dok. Nr. 309. – 13) Brit. Dok. Nr. 291. – 14) Oe. Dok. Nr. 10972, 11064. – 15) D. Dok. Nr. 454. Russ. Dok. I 5 Nr. 287. – 16) Grey, I S. 310 f. – 17) Brit. Dok. Nr. 319. Franz. Dok. XI Nr. 363. Russ. Dok. I 5 Nr. 288. – 18) Brit. Dok. Nr. 305. – 19) Brit. Dok. Nr. 302 a. – 20) D. Dok. Nr. 484. – 21) Brit. Dok. Nr. 309. – 22) D. Dok. Nr. 460. – 23) Brit. Dok. Nr. 307. Vgl. auch Wilhelm II.: „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918", Leipzig, Berlin 1922, S. 210. – 24) Brit. Dok. Nr. 301. – 25) D. Dok. Nr. 447. Oe. Dok. Nr. 11065. – 26) D. Dok. Nr. 417, 452. – 27) Churchill, I S. 164. – 28) Brit. Dok. Nr. 311. – 29) Brit. Dok. Nr. 318. – 30) Brit. Dok. Nr. 352.

Kapitel 55: 1) Brit. Dok. Nr. 335. – 2) D. Dok. Nr. 484, 489. Brit. Dok. Nr. 335, 340. – 3) Oe. Dok. Nr. 11159. – 4) Fitzroy: „Memories", London 1925, II S. 558. – 5) Russ. Dok. I. 5 Nr. 351. – 6) Morley, S. 5 (25 f.). – 7) Fitzroy, II S. 558. – 8) Morley, S. 7 (27 f.). – 9) Franz. Dok. XI Nr. 378, 397. Siehe auch Brit. Dok. Nr. 339. – 10) Brit. Dok. Nr. 340. – 11) D. Dok. Nr. 477. – 12) „Vossische Zeitung", 1. August 1914, Nr. 386, Abendausgabe. – 13) Brit. Dok. Nr. 336, 337. – 14) Brit. Dok. Nr. 337 Vermerke. – 15) Brit. Dok. Nr. 341. – 16) Oe. Dok. Nr. 11160. – 17) Brit. Dok. Nr. 344. D. Dok. Nr. 488. – 18) Brit. Dok. Nr. 347. – 19) Brit. Dok. Nr. 367. – 20) Franz. Dok. XI Nr. 445. – 21) Franz. Dok. XI Nr. 390. – 22) Brit. Dok. Nr. 367. Franz. Dok. XI Nr. 445, 459. – 23) Franz. Dok. XI Nr. 445, 459. – 24) Russ. Dok. I 5 Nr. 350, 351, 352. – 25) Amerik. Dok. File No. 763. 72 119/4. Brit. Dok. Nr. 370. – 26) Brit. Dok. Nr. 347. – 27) Brit. Dok. Nr. 347 Anm. – 28) Brit. Dok. Nr. 349. Siehe auch Brit. Dok. Nr. 346. – 29) Sir Henry Wilson: „Tagebücher", Stuttgart 1930, S. 55. – 30) Maxse: „Retrospect and Reminiscence" in National Review, August 1918, S. 747. – 31) „Chamberlains Memorandum über Englands Eintritt in den Krieg", Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 146. – 32) Lord Beaverbrook: „Politi-

cians and the War 1914—16", London 1928, S. 22 f. – 33) Aßmann in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV S. 692. – 34) Brit. Dok. Nr. 369. Sir Henry Wilson, S. 55. – 35) Brit. Dok. Nr. 369 Anlage. – 36) Brit. Dok. Nr. 357. – 37) Wegerer: „Sir Arthur Nicolson und Englands Weg in den Weltkrieg", Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 438 f.

Kapitel 56: 1) Siehe D. Dok. Nr. 420. – 2) Lichnowsky: „Auf dem Wege zum Abgrund", Londoner Berichte, Dresden 1927, I S. 47. Asquith: „Memories and Reflections", London 1928, II S. 7; deutsch in K. S. F. Jahrg. VI S. 597. – 3) D. Dok. Nr. 537. Lichnowsky, I S. 47. – 4) Brit. Dok. Nr. 382, 383. – 5) Brit. Dok. Nr. 382 Vermerke. – 6) D. Dok. Nr. 529. Brit. Dok. Nr. 397. – 7) Brit. Dok. Nr. 412. Oe. Dok. 1919 Nr. 94. Oe. Dok. Nr. 11121, 11093. – 8) Vgl. Kapitel 51 S. 225 f. – 9) D. Dok. Nr. 562. – 10) Sir Henry Wilson, S. 56. – 11) Fitzroy, II S. 558. – 12) Churchill, I S. 164 f. – 13) Asquith: „Memories and Reflections", II S. 7; deutsch in K. S. F. Jahrg. VI S. 597. – 14) Brit. Dok. Nr. 426. – 15) Morley, S. 6 f. (26 f.). – 16) Morley, S. 3 f. (24). – 17) Brit. Dok. Nr. 426. Russ. Dok. I 5 Nr. 404. – 18) Brit. Dok. Nr. 448. D. Dok. Nr. 596. – 19) Morley, S. 5 (25). – 20) Churchill, I S. 164. – 21) Brit. Dok. Nr. 417. Russ. Dok. I 5 Nr. 343. – 22) Russ. Dok. I 5 Nr. 348. Brit. Dok. Nr. 418. – 23) Brit. Dok. Nr. 398. Russ. Dok. I 5. Nr. 385. – 24) Brit. Dok. Nr. 385. – 25) Franz. Dok. XI Nr. 550. – 26) Paul Cambon in Recouly, S. 54. – 27) Brit. Dok. Nr. 426, 447. Franz. Dok. XI Nr. 532. Paul Cambon in Recouly, S. 51 ff. – 28) Harold Nicolson: „Die Verschwörung der Diplomaten", Frankfurt a. M. 1930, S. 439 f. – 29) Brit. Dok. Nr. 424 und Vermerk. – 30) D. Dok. Nr. 596. Brit. Dok. Nr. 448. – 31) Brit. Dok. Nr. 419, 453, 460. – 32) D. Dok. Nr. 596. – 33) Russ. Dok. I 5 Nr. 403, 404. – 34) Oe. Dok. Nr. 11155. Oe. Dok. 1919 Nr. 94. Brit. Dok. Nr. 422. – 35) Brit. Dok. Nr. 436. – 36) „Chamberlains Memorandum über Englands Eintritt in den Krieg", Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 145. – 37) Franz. Dok. XI Nr. 481. – 38) Franz. Dok. XI Nr. 482. – 39) Brit. Dok. Nr. 403, 413. – 40) Brit. Dok. Nr. 410, 405. – 41) Brit. Dok. Nr. 425. – 42) Spender: „Life, Journalism and Politics", II S. 14. – 43) Brit. Dok. Nr. 424 Vermerk. – 44) D. Dok. Nr. 612. – 45) D. Dok. Nr. 578, 579. – 46) D. Dok. Nr. 603, 630. – 47) Russ. Dok. I 5 Nr. 401. Sir Henry Wilson, S. 55 f. „Chamberlains Memorandum über Englands Eintritt in den Krieg", Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 145. Austen Chamberlain: „Down the Years", S. 94 f.

Kapitel 57: 1) D. Dok. Nr. 676. Asquith: „Memories and Reflections", II S. 8; deutsch in K. S. F. Jahrg. VI S. 598. – 2) D. Dok. Nr. 676. – 3) Franz. Dok. XI Nr. 542, 579, 563. – 4) Chamberlain, S. 99. – Temperley in Foreign Affairs, Januar 1931, S. 334 f. 5) Paul Cambon in Recouly, S. 43 f. Steed: „Through Thirty Years 1892—1922", London, New York 1924, S. 13 f. Nicolson, S. 440. – 6) Chamberlain, S. 95 ff. „Chamberlains Memorandum über Englands Eintritt in den Krieg", Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 146 ff. „Times", 3. August 1914, S. 7. – 7) Grey, II S. 9. Lloyd George: „War Memoirs", London 1934, IV S. 2037. – 8) Russ. Dok. I 5 Nr. 456. – 9) Asquith: „Memories and Reflections", II S. 8 f.; deutsch in K. S. F. Jahrg. VI S. 598 f. „Das Britische Kabinett am Vorabend des Weltkrieges", Berliner Monatshefte, Jahrg. XIII S. 788. – 10) Brit. Dok. Nr. 487. Franz. Dok. XI Nr. 612. – 11) Franz. Dok. XI Nr. 612. – 12) Brit. Dok. Nr. 476. – 13) Brit. Dok. Nr. 487. – 14) Brit. Dok. Nr. 476. – 15) Bericht von Lord Crewe an den König vom 2. August 1914 in Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 82; deutsch in Berliner Monatshefte, Jahrg. XI S. 69 f. – 16) Churchill, I S. 176. Franz. Dok. XI Nr. 625. – 17) Chamberlain, S. 100 f. – 18) Brit. Dok. Nr. 473. – 19) Brit. Dok. Nr. 486. – 20) D. Dok. Nr. 689. – 21) Brit. Dok. Nr. 466. – 22) Sir Henry Wilson, S. 57. – 23) Brit. Dok. Nr. 490. – 24) Bericht von Lord Crewe an den König vom 2. August 1914 in Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 82; deutsch in Berliner Monatshefte Jahrg. XI S. 69 f. MacDonald in „The Daily Telegraph" vom 23. Oktober 1928; deutsch in Berliner Monatshefte, Jahrg. VII S. 27. „Times", 3. August 1914, S. 7. Fitzroy, II S. 559 f. – 25) D. Dok. Nr. 708. – 26) D. Dok. Nr. 707. Russ. Dok. I 5 Nr. 486. „Times" 3. August 1914, S. 6. – 27) Franz. Dok. XI Nr. 596. – 28) Franz. Dok. XI Nr. 638. – 29) „Lord Riddell's War Diary", London 1933, S. 37; deutsch in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIII S. 788 ff. MacDonald in „The Daily Telegraph" vom 23. Oktober 1928; deutsch in Berliner Monatshefte, Jahrg. VII S. 28. – 30) D. Dok. Nr. 677. – 31) Brit. Dok. Nr. 471. – 32) Brit. Dok. Nr. 507. – 33) Brit. Dok. 6 II. S. 1024.

Kapitel 58: 1) Oe. Dok. 1919 Nr. 102. D. Dok. Nr. 666 Randbemerkung des Kaisers. – 2) Russ. Dok. I 5 S. 338. Franz. Dok. XI Nr. 602. Brit. Dok. Nr. 479. Oe. Dok. 1919 Nr. 102. Bayer. Dok. Nr. 76. – 3) Montgelas: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Berlin,

Leipzig 1923, S. 182 f. – 4) D. Dok. Nr. 664. – 5) Brit. Dok. Nr. 417, 418, 422. D. Dok. Nr. 720. Oe. Dok. 1919 Nr. 104. Gottlieb von Jagow: „Nochmals die russische „Verantwortlichkeit", K. S. F. Jahrg. II S. 346. – 6) Brit. Dok. Nr. 396. Franz. Dok. XI Nr. 504. D. Dok. Nr. 656. Belg. Dok. I Nr. 2 u. 16. – 7) Belg. Dok. II Nr. 22. Beyens, II S. 264. – 8) D. Dok. Nr. 625, 632. – 9) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 21 f. und „Erinnerungen" S. 243 ff. Bethmann, I S. 167. – 10) D. Dok. Nr. 641. – 11) D. Dok. Nr. 648. – 12) D. Dok. Nr. 667. – 13) D. Dok. Nr. 667. – 14) D. Dok. Nr. 663, 670, 739. Siehe auch D. Dok. Nr. 645, 678. – 15) D. Dok. Nr. 693. – 16) Kabisch: „Der Flieger von Wesel", Berliner Tageblatt, 4. Dezember 1928, Nr. 572. – 17) Mitteilung des Bürgermeisters von Cochem an den Verfasser vom 30. Juli 1937. – 18) D. Dok. Nr. 696. – 19) D. Dok. Nr. 675. – 20) Oe. Dok. 1919 Nr. 106. – 21) D. Dok. Nr. 786. – 22) D. Dok. Nr. 640. – 23) D. Dok. Nr. 671.

Kapitel 59: 1) Franz. Dok. XI Nr. 555. – 2) Oe. Dok. 1919 Nr. 110. – 3) Franz. Dok. XI Nr. 560, 561, 563. – 4) Franz. Dok. XI Nr. 550. Poincaré, IV S. 503 f. (528 f.); ders.: „Les Origines de la Guerre", S. 275 f. – 5) „Les Armées Françaises dans la Grande Guerre", I Annexes Nr. 28. Joffre, I S. 230 f. Greiner in Berliner Monatshefte, Jahrg. XIV S. 538. – 6) Franz. Dok. XI Nr. 568, 569. – 7) Franz. Dok. XI Nr. 573. – 8) Franz. Dok. XI Nr. 578, 581, 592. Siehe auch Franz. Dok. XI Nr. 634, 635. – 9) Franz. Dok. XI Nr. 574. – 10) Franz. Dok. XI Nr. 594. Messimy in Recouly, S. 88. – 11) Franz. Dok. XI Nr. 579, 589, 593, 597, 620, 662, 720. – 12) Schoen, S. 182. – 13) Franz. Dok. XI Nr. 591. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 586. – 15) „Les Armées Françaises dans la Grande Guerre", I S. 86 f. und I Annexes Nr. 32, 33. Joffre, I S. 234. – 16) Messimy, S. 156. – 17) Franz. Dok. XI Nr. 612. – 18) Franz. Dok. XI Nr. 621. – 19) Franz. Dok. XI Nr. 621. – 20) Russ. Dok. I 5 Nr. 458. – 21) Franz. Dok. XI Nr. 611. – 22) Franz. Dok. XI Nr. 608. – 23) Brit. Dok. Nr. 486. – 24) Messimy, S. 156.

Kapitel 60: 1) Belg. Dok. I Nr. 2, 3. – 2) Russ. Dok. I 5 Nr. 196. – 3) Russ. Dok. I 5 Nr. 196. – 4) Belg. Dok. I Nr. 5. – 5) Brit. Dok. Nr. 181. Franz. Dok. XI Nr. 125. Russ. Dok. I 5 Nr. 142. Selliers de Moranville: „Contribution à l'Histoire de la Guerre Mondiale 1914—1918", Brüssel 1933, S. 126. – 6) Selliers, S. 127. – 7) Franz. Dok. XI Nr. 149, 178. Russ. Dok. I 5 Nr. 142. – 8) Franz. Dok. XI Nr. 292. Brit. Dok. Nr. 243. – 9) Selliers, S. 128. – 10) Bassompierre: „The Night of August 2—3, 1914, at the Belgian Foreign Office", London 1916, S. 10. Ein entsprechendes Telegramm in den belgischen Dokumenten fehlt. – 11) Russ. Dok. I 5 Nr. 309. – 12) Russ. Dok. I 5 Nr. 309. – 13) Franz. Dok. XI Nr. 292 S. 241 f. – 14) Selliers, S. 128 f., S. 126 f. – 15) Franz. Dok. XI Nr. 372. – 16) Franz. Dok. XI Nr. 373. – 17) Franz. Dok. XI Nr. 372. – 18) Belg. Dok. I Nr. 12. In seiner Mitteilung an die belgischen Gesandten über dieses Gespräch brachte Davignon ein Schreiben von Beyens vom 2. Mai 1913 über die Erklärungen Jagows vor der Budgetkommission des Reichstages in Erinnerung. Siehe Anlage zu Belg. Dok. I Nr. 12. – 19) Selliers, S. 131 f., 134 f. – 20) Belg. Dok. I Nr. 9. Franz. Dok. XI Nr. 418 u. 460. – 21) Bassompierre, S. 11. – 22) Brit. Dok. Nr. 351. – 23) Belg. Dok. I Nr. 11, 38. Brit. Dok. Nr. 395, 377, 415. – 24) Franz. Dok. XI Nr. 465, 522, 551. – 25) D. Dok. Nr. 505, 581. – 26) Belg. Dok. I Nr. 13, 14. Bassompierre, S. 14 ff. – 27) Franz. Dok. XI Nr. 551. – 28) Belg. Dok. I Nr. 16, 17. Siehe auch Franz. Dok. XI Nr. 504. Brit. Dok. Nr. 396. D. Dok. Nr. 656. – 29) D. Dok. Nr. 650. – 30) Brit. Dok. Nr. 476. Franz. Dok. XI Nr. 630. – 31) Franz. Dok. XI Nr. 630. – 32) D. Dok. Nr. 765. – 33) D. Dok. Nr. 376. – 34) D. Dok. Nr. 375, 376, 648, 695. Belg. Dok. I Nr. 20, 38. Bassompierre, S. 19 f. Gaiffier d'Hestroy in Recouly, S. 131 f. – 35) Selliers, S. 153—175. de Ryckel: „Mémoires", Paris, Brüssel 1920, S. 286—289; 341 f., 357 f. Galet: „S. M. le Roi Albert", Paris 1931, S. 59 ff. Hymans: „Il y a vingt ans", Le Vingtième Siècle, 4. 8. 1934; siehe Berliner Monatshefte, Jahrg. XII S. 795 ff. „Les Jours tragiques 2—4 août 1914", Revue Belge des Livres, Jahrg. X, 2 S. 266 ff. – 36) Selliers, S. 166. – 37) Selliers, S. 164 f. – 38) Bassompierre, S. 28 f. Gaiffier d'Hestroy in Recouly, S. 137 f. – 39) Carton de Wiart in Revue Belge des Livres, X, 2 1934 S. 272. – 40) Brit. Dok. Nr. 520. – 41) Gaiffier d'Hestroy in Recouly, S. 139. Bassompierre, S. 31. – 42) D. Dok. Nr. 735. Brinckmann war zwischen 7 und 8 Uhr morgens aus Brüssel abgefahren und um 2 Uhr in Aachen eingetroffen. Er nimmt an, daß die Note von Aachen aus gleich nach Berlin weitergegeben wurde, so daß der auf diesem Wege übermittelte Wortlaut der belgischen Antwort vor dem Telegramm aus Brüssel eingetroffen sein dürfte. – 43) D. Dok. Nr. 779. Belg. Dok. I Nr. 22. – 44) Belg. Dok. I Nr. 23. Brit. Dok. Nr. 515. Franz. Dok. XI Nr. 706. – 45) Belg. Dok. I Nr. 24, 38. Franz. Dok. XI Nr. 676. Russ. Dok. I 5 Nr. 498. Klobukowski: „Souvenirs de Belgique 1911—1918", Brüssel 1928,

S. 88 f. – 46) Belg. Dok. I Nr. 24, 38. Franz. Dok. XI Nr. 665. Russ. Dok. I 5 Nr. 497. Galet, S. 65 ff. Klobukowski, S. 89 Fußnote. Bassompierre, S. 33. – 47) Belg. Dok. I Nr. 24, 38. Franz. Dok. XI Nr. 664. Brit. Dok. Nr. 551. Russ. Dok. I 5 Nr. 498. Klobukowski, S. 89. – 48) Russ. Dok. I 5 Nr. 498. – 49) Brit. Dok. Nr. 562. Siehe auch Franz. Dok. XI Nr. 680. – 50) Amerik. Dok. File No. 763. 72/99. – 51) Franz. Dok. XI Nr. 687. – 52) D. Dok. Nr. 783. – 53) Galet, S. 76. – 54) D. Dok. Nr. 791. Belg. Dok. I Nr. 27. Bassompierre, S. 37. – 55) Franz. Dok. XI Nr. 732, 737, 741. Messimy, S. 298.

Kapitel 61: 1) Franz. Dok. XI Nr. 661. – 2) Asquith: „Memories and Reflections" II S. 20. Chamberlain: „Down the Years", S. 102 f. – 3) Fitzroy, II S. 559.Morley, S. 23 (42). – 4) Brit. Dok. Nr. 521, 523, 525. – 5) Grey, II S. 11 f. – 6) D. Dok. Nr. 764. – 7) D. Dok. Nr. 714. – 8) Brit. Dok. Nr. 531. – 9) Franz. Dok. XI Nr. 670. – 10) Morley, S. 26 f. (45). – 11) Asquith-Bericht in Berliner Monatshefte, Jahrg. XI S. 70 f. Asquith: „Memories and Reflections", II S. 20. Beaverbrook, S. 27 ff. Churchill, I S. 168. Grey, II S. 9, 11. Morley, S. 23 ff. (42 ff.). – 12) Belg. Dok. I Nr. 25. D. Dok. Nr. 770. Grey, II S. 280. Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 92. – 13) Grey, II S. 12. – 14) Franz. Dok. IV (3e Série) Nr. 534. – 15) Grey, II S. 14 f. – 16) Grey, II S. 277. – 17) Russ. Dok. I 5 Nr. 487. – 18) Grey, II Anhang D S. 270 ff. Siehe auch Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 770 ff. – 19) Churchill, I S. 169. – 20) Nicolson, S. 442 (engl. S. 421 f.). Siehe auch Steed, II S. 26 f. – 21) D. Dok. Nr. 784, 801, 820. – 22) Franz. Dok. XI Nr. 721. 23) Russ. Dok. I 5 Nr. 534. – 24) Brit. Dok. Nr. 553. – 25) Franz. Dok. XI Nr. 712. – 26) Grey, II S. 9. Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 92. – 27) Grey II S. 41. – 28) Brit. Dok. Nr. 566. – 29) Franz. Dok. XI Nr. 713. – 30) Belg. Dok. I Nr. 26. – 31) Amerik. Dok. File No. 763. 72/104. – 32) Amerik. Dok. File No. 763. 72/95.

Kapitel 62: 1) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik", S. 25. – 2) D. Dok. Nr. 707. – 3) D. Dok. Nr. 735. – 4) Oe. Dok. 1919 Nr. 114. – 5) D. Dok. Nr. 780. – 6) D. Dok. Nr. 662 S. 126. – 7) D. Dok. Nr. 780 Fußnote 2. – 8) D. Dok. Nr. 788. – 9) Oe. Dok. 1919 Nr. 114. – 10) D. Dok. Nr. 752. – 11) Franz. Dok. XI Nr. 658. – 12) Brit. Dok. Nr. 609. – 13) Franz. Dok. XI Nr. 660. – 14) D. Dok. Nr. 768. – 15) D. Dok. Nr. 608. Siehe auch Clemenceau: „Grandeurs et misères d'une victoire", Paris 1930, S. 241 ff. Clemenceau setzt sich hier mit dem Verfasser über diese Frage auseinander. – 16) D. Dok. Nr. 661. Schreiben Wilhelms II. an Tirpitz in „Ohnmachtspolitik" S. 25. – 17) Mitteilung des Staatssekretärs von Jagow an den Verfasser. – 18) D. Dok. Nr. 734. – 19) D. Dok. Nr. 722 Fußnote 2. – 20) D. Dok. Nr. 773. – 21) D. Dok. Nr. 739. – 22) D. Dok. Nr. 758. – 23) D. Dok. Nr. 790. – 24) D. Dok. Nr. 808. – 25) D. Dok. Nr. 757. – 26) Oe. Dok. 1919 Nr. 100. D. Dok. Nr. 700. – 27) D. Dok. Nr. 785. – 28) D. Dok. Nr. 673, 697, 698, 702. – 29) D. Dok. Nr. 726. Wortlaut des Vertrages: D. Dok. Nr. 733.

Kapitel 63: 1) Franz. Dok. XI Nr. 657. – 2) Brit. Dok. Nr. 659. – 3) Russ. Dok. I. 5 Nr. 489. Brit. Dok. Nr. 556. – 4) D. Dok. Nr. 625. – 5) Schoen in „Hamburger Fremdenblatt" vom 16. April 1927 Nr. 105. Schoen, S. 183. – 6) D. Dok. Nr. 693. Brit. Dok. Nr. 539. Franz. Dok. XI Nr. 663. – 7) Franz. Dok. XI Nr. 681. – 8) Gringoire, 5. Februar 1937. – 9) D. Dok. Nr. 734a. – 10) D. Dok. Nr. 734b. Franz. Dok. I Nr.XI 678. – 11) D. Dok. Nr. 625. – 12) Brief Schoens an den Verfasser vom 25. Juni 1927. – 13) Schoen, S. 184. Poincaré, IV S. 521 f. (541). Viviani, S. 213. – 14) Schoen in „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 8. August 1922. – 15) Schoen, S. 184. „Hamburger Fremdenblatt", 16. April 1927. – 16) Russ. Dok. I 5 Nr. 492. – 17) Franz. Dok. XI Nr. 678 Anm. und Nr. 725. Die Mitteilung Messimys an Ignatiew, daß die Kriegserklärung erst um 7.30 Uhr abends abgegeben worden sei, ist unrichtig. Franz. Dok. XI Nr. 688 u. Russ. Dok. I 5 Nr. 491. – 18) Franz. Dok. XI Nr. 682. – 19) Russ. Dok. I 5 Nr. 490, 491. – 20) Oe. Dok. 1919 Nr. 120. – 21) Franz. Dok. XI Nr. 711, 712, 713. – 22) Franz. Dok. XI Nr. 623.

Kapitel 64: 1) Churchill, I S. 171 ff. – 2) Brit. Dok. Nr. 573. Russ. Dok. I 5 Nr. 532. – 3) Brit. Dok. Nr. 593. – 4) Sir Henry Wilson, S. 58. – 5) Franz. Dok. XI Nr. 731. Morley, S. 48 (deutsch). – 6) Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 83; deutsch in Berliner Monatshefte, Jahrg. XI S. 71. Der Bericht ist hier vom 3. datiert, muß sich nach dem Inhalt jedoch auf die Kabinettssitzung vom 4. August beziehen. – 7) Brit. Dok. Nr. 581, 584. – 8) Belg. Dok. I Nr. 30, 36. Franz. Dok. XI Nr. 720. – 9) Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 93. Asquith: „Memories and Reflections", II S. 21. – 10) Churchill, I S. 173. – 11) D. Dok. Nr. 804, 810. – 12) Brit. Dok. Nr. 587. – 13) Russ. Dok. I 5 Nr. 527, 535, 536, 537. – 14) Franz. Dok. XI Nr. 754. – 15) Asquith: „Speeches"

S. 189 f.; ders.: „Memories and Reflections" II S. 21. Belg. Dok. I Nr. 36. – 16) Playne: „The Pre-War Mind in Britain", London 1928, S. 376. – 17) Russ. Dok. I 5 Nr. 540. „Military Operations. France and Belgium 1914. History of the Great War, based on Official Documents." Hrsg. von J. E. Edmonds. London 1933, S. 31. – 18) Brit. Dok. Nr. 638. Amerik. Dok. File No. 763. 720130. – 19) Oe. Dok. 1919 Nr. 131, 156. – 20) Brit. Dok. Nr. 549, 637, 641. – 21) Brit. Dok. Nr. 642. – 22) Brit. Dok. Nr. 576. – 23) Brit. Dok. Nr. 595, 639. – 24) Nicolson, S. 443. – 25) Brit. Dok. Nr. 643. – 26) Russ. Dok. I 5 Nr. 538. Franz. Dok. XI Nr. 770. Churchill, I S. 178. – 27) Lloyd George: „Mein Anteil am Weltkriege", Berlin 1933, I S. 59. Grey, II S. 15 f. Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", II S. 93. –

Kapitel 65: 1) D. Dok. Nr. 804 Ziff. 3 und Nr. 805. – 2) Belg. Dok. II Nr. 25. Beyens, II S. 269 ff. – 3) D. Dok. Nr. 869. – 4) „Vossische Zeitung", 5. August 1914, Nr. 392. Berliner Monatshefte, Jahrg. VIII S. 749 ff. – 5) Tirpitz: „Ohnmachtspolitik" S. 26. – 6) Belg. Dok. I Nr. 35. – 7) Brit. Dok. Nr. 573. D. Dok. Nr. 823. – 8) Brit. Dok. Nr. 666. D. Dok. Nr. 823 Fußnote 2. Bayer. Dok. Nr. 82. Jagow, S. 198. – 9) D. Dok. Nr. 824. – 10) Brit. Dok. Nr. 671. Franz. Dok. XI Nr. 793. Bayer. Dok. Nr. 82. „Memoiren des Botschafters Gerard", Lausanne 1919, S. 126 ff. – 11) D. Dok. Nr. 837. – 12) Brit. Dok. Nr. 643, 671. Oe. Dok. 1919 Nr. 136.

Kapitel 66: 1) Russ. Dok. I 5 Nr. 418. Oe. Dok. 1919 Nr. 99. D. Dok. Nr. 704. – 2) Brit. Dok. Nr. 482. – 3) D. Dok. Nr. 704. – 4) Russ. Dok. I 5 Nr. 421. Das Originaltelegramm stimmt mit dem dechiffrierten Wortlaut, von nebensächlichen sprachlichen Abweichungen abgesehen, überein. – 5) Russ. Dok. I 5 Nr. 394. Schebeko in „La Revue de France", 15. Mai 1933, S. 285. – 6) Oe. Dok. 1919 Nr. 124. – 7) D. Dok. Nr. 704 Abs. 2 u. 3. Dumaine: „La dernière Ambassade de France en Autriche", Paris 1921, S. 152. – 8) Russ. Dok. I 5 Nr. 485. – 9) Russ. Dok. I 5 Nr. 495, 496. – 10) D. Dok. Nr. 814. – 11) Franz. Dok. XI Nr. 772. Stieve: „Iswolski im Weltkriege" Nr. 40. Brit. Dok. Nr. 661. – 12) Oe. Rotbuch 1915 Nr. 59. Oe. Dok. 1919 Nr. 161. Siehe auch Russ. Dok. II 6 I Nr. 12. Franz. Dok. XI Nr. 777. – 13) Russ. Dok. II 6 I Nr. 12 Fußnote 5. – 14) Conrad, IV S. 174. – 15) Russ. Dok. II 6 I Nr. 13. – 16) D. Dok. Nr. 874. – 17) Oe. Dok. 1919 Nr. 147, 151. – 18) Oe. Dok. 1919 Nr. 147. – 19) Oe. Dok. 1919 Nr. 153. – 20) Conrad, IV S. 184, 190. – 21) Franz. Dok. XI Nr. 781. – 22) Franz. Dok. XI Nr. 727, 780, 783, 791 Abs. 6. Oe. Dok. 1919 Nr. 130, 163, 170. – 23) Franz. Dok. XI Nr. 782, 785, 791 Abs. 6. Oe. Dok. 1919 Nr. 165, 166, 170. – 24) Russ. Dok. II 6 I Nr. 64. – 25) Franz. Dok. XI Nr. 787, 790. – 26) Franz. Dok. XI Nr. 792. Oe. Dok. 1919 Nr. 175.

Abkürzungen

Gr. Pol.	Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Berlin 1922—1927.
D. Dok.	Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Neue Ausgabe: Berlin 1927.
Bayer. Dok.	Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. (B. Gesandtenberichte.) München, Berlin 1922.
Oe. Dok.	Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Wien, Leipzig 1930.
Oe. Dok. 1919	Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch. Teil III. Wien 1919.
Oe.-ung. Rotb.	Österreichisch-ungarisches Rotbuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Wien 1915. Deutsche Ausgabe: Berlin 1916.
Belg. Dok.	Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1885—1914. Herausgeg. von Bernhard Schwertfeger. 2. Ergänzungsband. Berlin 1925.
Brit. Dok.	(Wenn mit Angabe des Bandes): Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898—1914. Berlin 1926—1938.

Brit. Dok.	(Wenn ohne Angabe des Bandes): Bd. XI: Der Ausbruch des Krieges 1914.
Franz. Dok.	Documents diplomatiques français 1871—1914, (3e Série: 1911—1914.) Paris 1929 ff.
Franz. Gelbb.	Das Französische Gelbbuch von 1914, herausgeg. von Alfred von Wegerer. Berlin 1926.
Russ. Dok.	Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Berlin 1931—1934.
Russ. Orangeb.	Das russische Orangebuch von 1914. Ergänzt durch die inzwischen bekanntgewordenen neuen Dokumente. Berlin 1925.
Un Livre Noir	Un Livre Noir. Diplomatie d'avant-guerre d'après les Documents des Archives russes. Novembre 1910, juillet 1914. Paris 1922—1934.
Serb. Blaub.	Serbisches Blaubuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges. Berlin 1916.
Amerik. Dok.	Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. Supplements: The World War, 1914—1918. Washington 1928—1933. Auszug in „Die Kriegsschuldfrage", Jahrgang VI.
Parl. Unters.-Ausschuß	Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung. Beilagen zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, 1. Unterausschuß: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1921. Heft 1: Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner. Heft 2: Militärische Rüstungen und Mobilmachungen.
Suchomlinow-Prozeß	Suchomlinow. Die russische Mobilmachung im Lichte amtlicher Urkunden und der Enthüllungen des Prozesses. Bern 1917.
K. S. F.	„Die Kriegsschuldfrage." Monatsschrift für internationale Aufklärung, herausgegeben von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" (Alfred von Wegerer). Berlin 1923—1928.

Anmerkung. Die eingeklammerten Seitenzahlen bei den in den Quellennachweisen angeführten Bücher von Poincaré und Morley beziehen sich auf die deutsche Ausgabe.

Literaturverzeichnis*)

Anrich: „Die englische Politik im Juli 1914", Stuttgart, Berlin 1934.
„Les Armées Françaises dans la Grande Guerre", Vol. I u. Annexes, Paris 1922.
Asquith, Herbert Henry: „Memories and Reflections", London 1928.
Asquith, Herbert Henry: „Speeches", London 1927.
Bassompierre: „The Night of August 2—3, 1914, at the Belgian Foreign Office", London 1916.
Beaverbrook, Lord: „Politicians and the War 1914—1916", London 1928.
Bertie of Thame, Lord: „The Diary 1914—18", London 1924.
Benckendorff: „Diplomatischer Schriftwechsel", hrsg. von Siebert, Berlin-Leipzig 1928.
Bethmann Hollweg: „Betrachtungen zum Weltkriege", Berlin 1919—22.
Beyens: „Deux Années à Berlin. 1912—1914", Paris 1931.
Boghitschewitsch, Miloš: „Die Auswärtige Politik Serbiens. 1903—1914", Berlin 1928—31.
Boghitschewitsch, Miloš: „Le Colonel Dragoutine Dimitriévitch Apis", Paris 1928.
Boghitschewitsch, Miloš: „Le Procès de Salonique", Paris 1927.
Boghitschewitsch, Miloš: „Kriegsursachen", Zürich 1919.
Bréal: „Philippe Berthelot", Paris 1937.
Buchanan, Sir George: „Meine Mission in Rußland", Berlin 1926.

* Die benutzten Dokumente sind größtenteils in den Abkürzungen des Quellennachweises angegeben. Eine vollständige Zusammenstellung der fraglichen Dokumente befindet sich in Wegerer: „Bibliographie zur Vorgeschichte des Weltkrieges", Berlin 1934.

Buchanan, Meriel: „The Dissolution of an Empire", London 1932.
Bülow, Bernhard Fürst von: „Denkwürdigkeiten", Berlin 1930—31.
„Paul Cambon", par un diplomate, Paris 1937.
Cartagena: „Erinnerungen an meine Botschafterzeit in Rußland", Berlin 1934.
Chamberlain, Austen: „Down the Years", London 1935.
Chlumecky: „Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen", Berlin 1929.
Churchill, Winston: „Weltkrisis 1911—14", Leipzig 1924—26.
Clemenceau: „Grandeurs et Misères d'une Victoire", Paris 1930.
Conrad von Hötzendorf: „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918", Wien 1922—25.
Czernin: „Im Weltkriege", Berlin, Wien 1919.
Danilow: „Rußland im Weltkriege 1914—1915", Jena 1925.
Denis, E.: „La Grande Serbie", Paris 1915.
„Deutschland schuldig? Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", Berlin 1919.
Dobrorolski: „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914", Berlin 1922. (Beiträge zur Schuldfrage. Heft 1.)
Dugdale: „Maurice de Bunsen", London 1934.
Dumaine: „La dernière Ambassade de France en Autriche", Paris 1921.
Dumba: „Dreibund- und Entente-Politik in der Alten und Neuen Welt", Wien 1931.
Durham, Edith: „The Seraievo Crime", London 1925.
Eggeling: „Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch", Oldenburg, Berlin 1919.
Eisenmenger: „Erzherzog Franz Ferdinand", Zürich 1929.
Fay: „Der Ursprung des Weltkrieges", Berlin 1930.
Fitzroy: „Memories", London 1925.
Fournier: „Wie wir zu Bosnien kamen", Wien 1909.
Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg", Berlin 1924.
Galet: „S. M. le Roi Albert", Paris 1931.
„Memoiren des Botschafters Gerard", Lausanne 1919.
Giesl: „Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient", Berlin 1927.
Gooß: „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges", Wien 1919, Berlin 1921.
Gooß: „Das österreichisch-serbische Problem bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, 28. Juli 1914". Gutachten. (Werk des Untersuchungsausschusses, Reihe I: „Die Vorgeschichte des Weltkrieges", Band 10). Berlin 1930.
Grey: „Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892—1916", München 1926.
Heyrowsky: „Neue Wege zur Klärung der Kriegsschuld", Berlin 1932.
Horváth: „Responsibility of Hungary for the War", Budapest 1933.
Humbert: „Chacun son Tour", Paris 1925.
Isaac: „Un Débat historique 1914. Le problème des origines de la guerre", Paris 1933.
Jagow, Gottlieb von: „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges", Berlin 1919.
Jevtić, Borivoje: „Sarajevski Atentat. Sećańa i utisci", (Das Attentat von Sarajevo. Erinnerungen und Eindrücke), Sarajevo 1924 (serbisch).
Joffre: „Mémoires (1910—1917)", Paris 1932.
„1914—1924. Krv Slovenstva. Spomenica desetogodišnjice Svetskog Rata" (Blut des Slawentums. Erinnerungen zum zehnjährigen Gedenktage des Weltkrieges), Belgrad 1924 (serbisch).
Klobukowski: „Souvenirs de Belgique 1911—1918", Brüssel 1928.
Kutschbach: „Der Brandherd Europas", Leipzig 1929.
Langle de Cary: „Souvenirs de Commandement", Paris 1925.
Lee: „King Edward VII.", London 1925—27.
Lichnowsky: „Meine Londoner Mission 1912—14", Zürich 1918.
Lichnowsky: „Auf dem Wege zum Abgrund", Dresden 1927.
Lloyd George: „War Memoirs", London 1933—34.
Deutsche Ausgabe: „Mein Anteil am Weltkriege", Berlin 1933—34.
Lončarević: „Die Entstehung Jugoslawiens", Wien 1929.
„Die Notizbücher des Botschafters Georges Louis", Berlin 1926.
Ludendorff: „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg", Berlin 1919.
Ludendorff: „Urkunden der Obersten Heeresleitung", Berlin 1920.
Magrini: „Il Dramma di Seraievo. Origini e responsabilità della guerra europea", Mailand 1929.

Mandl: „Die Habsburger und die serbische Frage", Wien 1918.
Margutti: „Vom alten Kaiser. Persönliche Erinnerungen an Franz Joseph I.", Leipzig, Wien 1921.
Messimy: „Mes Souvenirs", Paris 1937.
Moltke: „Erinnerungen, Briefe, Dokumente. 1877—1916", Stuttgart 1922.
Montgelas: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Berlin, Leipzig 1923.
Morley of Blackburn: „Memorandum on Resignation", London 1928.
Deutsche Ausgabe: „Meine Demission", Berlin 1929.
Mott: „Souvenirs de Myron T. Herrick", Paris 1930.
Mousset: „Un Drame historique. L'Attentat de Sarajevo. Documents inédits et texte intégral des sténogrammes du procès", Paris 1930.
Musulin: „Das Haus am Ballplatz", München 1924.
„Narodna Odbrana", Belgrad 1911, Neue Druckerei Davidović.
Nastić, Gjorgje: „Finale", Sarajevo 1908.
Nastić, Gjorgje: „Wo ist die Wahrheit?", Sarajevo 1908.
Nekludow: „Souvenirs diplomatiques", Paris 1926.
„Journal intime de Nicolas II (juillet 1914 — juillet 1918)", Paris 1934.
Nicolson, Harold: „Die Verschwörung der Diplomaten. Aus Sir Arthur Nicolsons Leben (1849—1928)", Frankfurt a. M. 1930.
Nikitsch-Boulles: „Vor dem Sturm", Berlin 1925.
Oncken: „Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges", Leipzig 1933.
„Military Operations. France and Belgium. History of the Great War, Based on Official Documents". Compiled by J. E. Edmonds, London 1921.
Ottmer: „Rußland und der Kriegsausbruch", Berlin 1936.
„Die Briefe des Botschafters Walter H. Page an Woodrow Wilson", Berlin 1926.
Paléologue: „Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen", München 1925.
Pharos (Pseudonym für Pater Puntigam): „Der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo. Nach dem amtlichen Stenogramm der Gerichtsverhandlung", Berlin 1918.
Playne: „Pre-War Mind in Britain", London 1918.
Poincaré: „Au Service de la France", Paris 1926—33, IV: „L'Union Sacrée, 1914".
Deutsche Ausgabe: „Memoiren", Dresden 1928—29, III: „Der Ausbruch der Katastrophe, 1913—1914".
Poincaré: „Les Origines diplomatiques de la Guerre", Paris 1921.
Pourtalès: „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden. Meine letzten Verhandlungen in Petersburg, Ende Juli 1914", Berlin 1919.
Neue Ausgabe: „Meine Verhandlungen in St. Petersburg Ende Juli 1914. Tagesaufzeichnungen und Dokumente", Berlin 1927.
Pozzi: „Black Hand over Europe", London 1935.
Pribram: „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914", Wien, Leipzig 1920.
„Gavrilo Princips Bekenntnisse", Wien 1926.
Rabenau: „Seeckt: Aus meinem Leben. 1866—1917", Leipzig 1938.
Randi: „Nicola P. Pašić", Rom 1927.
Recouly: „Les Heures tragiques d'avant-guerre", Paris 1922.
Reichsarchiv: „Der Weltkrieg 1914—1918", Berlin 1925 ff.
Renouvin: „Les Origines immédiates de la guerre", Paris 1925.
Rhodes: „Kühlmann, wie er wirklich ist", Berlin 1926.
Rodd: „Social and Diplomatic Memories", London 1922—25.
Rosen, Friedrich: „Aus einem diplomatischen Wanderleben", Berlin 1931—32.
Rosen, Roman Romanovič Baron von: „Forty Years of Diplomacy", London 1922.
de Ryckel: „Mémoires", Paris, Brüssel 1920.
Salandra: „La Neutralità italiana (1914)", Mailand 1928.
Sasonow: „Sechs schwere Jahre", Berlin 1927.
Sasse: „War das deutsche Eingreifen in die Bosnische Krise im März 1909 ein Ultimatum?", Stuttgart 1936.
Schoen: „Erlebtes", Stuttgart, Berlin 1921.
Schmitt, B. E.: „The Annexation of Bosnia, 1908—1909", London 1937.
Selliers de Moranville: „Contribution à l'Histoire de la Guerre Mondiale 1914—1918", Brüssel 1933.
Seton-Watson, Robert W.: „Sarajevo", London 1925.

Sosnosky: „Franz Ferdinand, der Erzherzog-Thronfolger", München 1929.
Spender: „Life of Lord Oxford and Asquith", London 1932.
Spender: „Life, Journalism and Politics", London 1927.
Spiridovitch: „Les dernières Années de la cour de Tzarskoié-Sélo", Paris 1929.
Stanojević: „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Weltkriegs." Aus dem serbischen Manuskript übertragen. Frankfurt a. M. 1923.
Steed: „Through Thirty Years 1892—1922", London 1924.
Steinitz: „Erinnerungen an Franz Joseph I.", Berlin 1931.
Steinitz: „Rings um Sasonow", Berlin 1928.
Stieve: „Iswolski. Der diplomatische Schriftwechsel 1911—1914", Berlin 1926.
Suchomlinow: „Erinnerungen", Berlin 1924.
„Suchomlinow. Die russische Mobilmachung im Lichte amtlicher Urkunden und der Enthüllungen des Prozesses", Bern 1917 (abgekürzt: Suchomlinow-Prozeß).
„Tajna Prevatna Organizacija" (Eine geheime Umsturz-Organisation) (serb.), Protokolle des Saloniker Prozesses gegen die Organisation „Vereinigung oder Tod", Saloniki 1918 (abgekürzt: Saloniki-Prozeß).
Tartaglia: „Veleizdajnik" (Hochverräter), Zagreb 1928.
Taube: „Der großen Katastrophe entgegen", Berlin 1937.
Tirpitz: „Politische Dokumente", Bd. 2: „Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege", Hamburg 1926.
Tirpitz: „Erinnerungen", Leipzig 1919.
Tisza: „Briefe (1914—1918)", Berlin 1928.
Trevelyan: „Sir Edward Grey", (deutsch) Essen 1938.
Trywdar-Burzynski: „Le Crépuscule d'une Autocratie", Florenz 1926.
„Beilagen zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 1. Unterausschuß. Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Heft 1: Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner. Heft 2: Militärische Rüstungen und Mobilmachungen. Berlin 1921.
Valentini (Herausgeber: Schwertfeger): „Kaiser und Kabinettschef", Oldenburg 1931.
Viviani: „Réponse au Kaiser", Paris 1923.
Wegerer: „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese", Berlin 1928.
Wegerer: „Wie es zum Großen Kriege kam" (Reclam 7101), Berlin 1930.
Wegerer: „Der entscheidende Schritt in den Weltkrieg", Berlin 1931.
Wegerer: „Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums", Berlin 1924.
Wegerer: „Im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge", Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1936.
Wilhelm II.: „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918", Leipzig 1922.
„Die Tagebücher des Feldmarschalls Wilson", Stuttgart 1930.
Wulff: „Die österreichisch-ungarische Donauflottille im Weltkriege 1914—18", Wien, Leipzig 1934.
Zimmermann: „Die englische Presse zum Ausbruch des Weltkrieges", Berlin 1928.
Zwehl: „Erich von Falkenhayn, General der Infanterie", Berlin 1926.

Namenverzeichnis des zweiten Bandes

Albert I., König der Belgier, 331 f., 334, 336—339, 342 f., 349, 353, 362, 382, 400
Albricci, Alberico Graf von, ital. Militärattaché in Wien, 97
Alexander III., Kaiser von Rußland, 259
Alexander, serb. Kronprinz, Prinzregent, 12, 14, 34, 61
Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Rußland, 65, 170
Allizé, franz. Gesandter in München, 87, 201, 232
Amery, Lord, 302
Asquith, Herbert Henry, Premierminister, 144, 218, 257, 260, 264 f., 272, 275—278, 283, 288—291, 297, 301, 304, 306 f., 310—312, 314 f., 318, 321, 330, 346—350, 360 f., 381, 386 f., 391, 421
Augagneur, franz. Unterrichtsminister, 204, 330
Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin, 139
Avarna, Herzog von, ital. Botschafter in Wien, 91, 150, 322

Balfour, Arthur James Earl of, engl. Staatsmann, 299, 307, 309, 383
Bark, Peter Lwowitsch, russ. Finanzminister, 15
Barrère, Camille, franz. Botschafter in Rom, 232, 241, 372
Basili, N. A., Vizedirektor der Kanzlei des russ. Außenministeriums, 26, 45, 50
Bassompierre, Sekretär des belgischen Außenministers Davignon, 335 f., 339
Bassewitz, Ina Marie, Gräfin von, 139
Battenberg, Louis Prinz von, Erster Seelord, 309, 381
Beauchamp, Lord, engl. Minister, 309, 313, 347 f., 358, 383
Beaverbrook, William Maxwell, Lord, engl. Politiker, 284
Below-Saleske, Klaus von, deutscher Gesandter in Brüssel, 87, 332, 334 f., 337—339, 343 f., 361 f., 383, 392 f., 400
Benckendorff, Alexander Graf von, russ. Botschafter in London, 6, 9, 17, 20, 25, 29, 154, 161, 168, 202, 255 f., 259, 263, 266 f., 270 f., 281 f., 285, 294, 298, 303, 309, 357, 385, 415
Berchtold, Leopold Graf, k. u. k. Minister des Äußern, 4 f., 7, 11 f., 21—23, 29, 35, 38—41, 55, 70 f., 73, 75—77, 81, 90—105, 111, 118 f., 121, 126, 131, 134 f., 146—151, 162—164, 203, 223, 226, 236, 262, 267, 272, 274 f., 277, 283, 290, 299, 322, 324 f., 361, 378, 402—409, 415 f.
Berens, Kapitän, russ. Marineattaché, 28
Beresford, Charles, Lord, 351
Berthelot, Philippe Joseph Louis, franz. Diplomat, 199 f., 227, 235, 240, 244, 377
Bertie, Sir Francis, engl. Botschafter in Paris, 201, 217 f., 225 f., 231, 234—236, 243 f., 273, 286, 288 f., 298, 300 f., 308, 358, 363, 372, 377, 379, 389
Bethmann Hollweg, Dietrich von, Legationsrat, 131
Bethmann Hollweg, Theobald von, Reichskanzler, 11 f., 14, 31—33, 40, 42—44, 54 f., 57, 60, 67, 70—75, 77—86, 89—93, 97, 99—101, 106—108, 110 bis 114, 118—123, 125—127, 130—133, 136 f., 139—145, 150, 165 f., 180—185, 187—190, 192, 194—197, 203, 229, 242, 248, 253 f., 256, 259 f., 263—266, 269, 275, 277 f., 287 f., 290, 301 f., 317—319, 321, 323, 334, 343, 357, 361—366, 368 f., 371, 374 f., 387 f., 390, 394—400, 402 f., 405, 407 f.
Beyens, Baron von, belg. Gesandter in Berlin, 117, 186, 317, 392 f., 396
Bienerth, Frhr. von, k. u. k. Militärattaché in Berlin, 114 f., 138 f., 146—148
Bienvenu-Martin, Jean-Baptiste, franz. Justizminister und stellv. Außenminister, 9 f., 18, 199—201
Biliński, Leon Ritter von, k. u. k. Finanzminister, 75, 149 f.
Bismarck, Otto, Fürst von, Reichskanzler, 144, 338, 353, 413, 420
Bollati, Marquis, ital. Botschafter in Berlin, 369 f.
Bonar Law, Andrew, engl. Politiker, Führer der Konservativen, 257, 268, 272, 283 f., 306, 310, 346, 355
Bošković, serb. Gesandter in London, 9
Bratianu, Joan J. C., rum. Ministerpräsident, 9, 17, 28, 322
Brinckmann, Hauptmann, deutscher Militärattaché in Brüssel, 336, 340
Briand, Aristide, franz. Staatsmann, 330

Bronewski, Arkadi von, russ. Botschaftsrat, 26, 38, 116
Broqueville, de, belg. Ministerpräsident, 332, 335 f., 338 f., 344, 373
Bryan, J., amerik. Staatssekretär, 116
Buch, von, deutscher Gesandter in Luxemburg, 323
Buchanan, Sir George, brit. Botschafter in Petersburg, 7—10, 17—21, 25, 39 f., 62, 67, 119, 144, 154, 161 f., 165, 168—170, 172, 174—178, 244, 254, 261, 270 f., 279, 282, 288, 294, 299 f., 311, 415
Bülow, von, Dr., Attaché, 169
Bunsen, Sir Maurice de, engl. Botschafter in Wien, 91 f., 94, 99, 101, 104 f., 118, 150 f., 203, 226, 252, 261, 271, 273, 410
Burián von Rajecz, Stephan Frhr. von, ung. Minister, 92, 148—150
Burns, John, engl. Arbeiterführer, Handelsminister, 256, 276, 302, 307, 309, 312 f., 347, 383

Cadorna, Luigi Graf, ital. Generalstabschef, 97
Callaghans, Lord, 252
Cambon, Jules, franz. Botschafter in Berlin, 17, 57, 84 f., 116 f., 127, 135 f., 154, 191, 201, 216 f., 221—223, 228, 230, 232, 239, 245, 250, 273, 276, 279, 289, 329, 368, 379
Cambon, Paul, franz. Botschafter in London, 202, 206, 210, 213, 218, 222, 225—227, 235, 239, 247—249, 256 bis 259, 265—270, 273, 276, 279—283, 286, 295—298, 300, 302, 305—312, 315, 327 f., 345, 347, 350, 352, 357 bis 359, 363 f., 373, 379, 386, 409
Campbell-Bannerman, Sir Henry, Premierminister, 350
Carlotti, Andrea, Marchese, ital. Botschafter in Petersburg, 8, 18, 179
Carol I., König von Rumänien, 17, 71, 128, 322
Carson, Edward Henry, Lord, englisch-irischer Politiker, 272, 284
Carter, Sir M. Bonham, 288
Carton de Wiart, belg. Justizminister, 339
Cartwright, Sir Charles, ehem. brit. Botschafter in Wien, 51
Chamberlain, Sir Austen, engl. Staatsmann, 302
Chambrun, de, franz. Botschaftssekr., 50
Chelius, Philipp Oskar von, Militärbevollmächtigter in Petersburg, 29, 34, 44, 63, 79, 81, 129
Churchill, Winston, Erster Lord der Admiralität, 257, 272, 276, 291—294, 302, 306 f., 309, 311, 348, 355 f., 358, 381 f., 422
Clarendon, Lord, 307 f.
Clerk, G. R., Senior Clerk im Foreign Office, 271
Collon, belg. Militärattaché in Paris, 373
Conrad von Hötzendorf, Franz Freiherr von, k. u. k. Generalstabschef, 71, 93, 97 f., 101 f., 115, 125 f., 134, 138, 140 — 142, 146 — 148, 151 f., 404 f., 407, 409
Crackanthorpe, D. E., brit. Geschäftsträger in Belgrad, 268, 276
Crewe, Earl of, Lordsiegelbewahrer, 307, 313, 348, 383
Crowe, Sir Eyre, Hilfsunterstaatssekretär, 86, 243, 258, 260 f., 264—266, 272 f., 278, 283, 285 f., 288 f., 294, 308, 310 f., 313, 363, 422
Czernin, Ottokar Graf, k. u. k. Gesandter in Bukarest, 71, 322

Danilow, Jurij Nikiforowitsch, russ. Generalquartiermeister, 2, 45, 67
Davignon, belg. Minister des Äußern, 201, 256, 317, 331 f., 334 f., 338—343, 385
Delbrück, Dr., pr. Staatsminister, 114, 130, 185
Delcassé, Théophile, franz. Minister, 203, 230
Demartial, Georges, franz. Schriftsteller, 231, 237
Demerik, russ. Gesandter in Hamburg, 28
Demus-Morau, k. u. k. Major, 40
Derby, Lord, 307
Dimitri Pawlowitsch, Großfürst, 174, 178
Dimitriew, Ratko, bulg. Gesandter in Petersburg, 154
Dobrorolski, Sergei, russ. General, Chef der Mob.-Abt. im Generalstab, 2, 7, 15, 27, 37 f., 47 f., 60, 62, 65
Douglas, Sir Charles, engl. Generalstabschef, 283, 291, 349
Doumergue, Gaston, franz. Minister des Äußern, 330, 372, 379, 408 f.
Drummond, Sir Eric, Privatsekretär von Asquith, 288
Dumaine, Alfred, franz. Botschafter in Wien, 91 f., 99, 104 f., 150 f., 203, 226, 232 f., 261, 324 f.

Ebener, franz. General, 245
Economo, Johann, Frhr. von, k. u. k. Legationssekretär, 30, 99
Eduard VII., König von England, 120
Eggeling, von, Major, deutscher Militärattaché in Petersburg, 6 f., 11, 24, 36 f., 82, 153
Elst, van der, Baron, Generalsekretär im belg. Außenministerium, 332, 334 f., 339
Emmich, von, Kom. General des X. Armeekorps, 340

Essen, Admiral, Chef der russ. Ostseeflotte, 16, 30, 160
Étienne, franz. Kriegsminister, 240
Etter, Nikolaus von, russ. Botschaftsrat, 294
Eyschen, luxemb. Staatsminister, 311, 322 f.

Fairholme, Oberst, engl. Militärattaché in Paris, 314
Falkenhayn, Erich von, Kriegsminister, 70, 73, 79—82, 85, 106, 112, 114, 120, 123, 125, 129, 131, 137, 141, 182, 187—191, 196, 246
Fallon, Baron, belg. Gesandter im Haag, 332 f.
Ferdinand I., König von Bulgarien, 138
Ferry, Abel, franz. Unterstaatssekretär, 198 f., 214, 220, 249, 305
Fleischmann von Theißruck, Moritz, Hauptmann im k. u. k. Generalstab, 107 f., 126, 134, 140
Florentin, General, Großkanzler der Ehrenlegion, 201
Flotow, Hans von, deutscher Botschafter in Rom, 117, 119, 133, 195, 241, 271, 317, 321, 334, 369
Forgách, Dr. Johann Graf, Sektionschef im k. u. k. Ministerium des Äußern, 89—91, 96, 99—101, 150 f., 404
Foch, Ferdinand, franz. General, 212, 326
Franz Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger, 44, 58, 385, 393, 412
Franz Joseph, Kaiser von Österreich, König von Ungarn, 20, 81, 88 f., 95, 102 f., 118—121, 124, 131, 134—138, 140, 148 f., 151 f., 193, 203, 283, 370, 393, 404, 407
Fredericks, Wladimir, Baron von, Hofmarschall des Zaren, 48—50, 58, 158 bis 160, 169 f., 174, 178
French, Sir John Denton Pinkstone, brit. Heerführer, 299
Friedjung, Heinrich, österr. Historiker, 58
Friedrich, Erzherzog, österr.-ung. Heerführer, 102

Gaiffier, Direktor der Pol. Abt. im belg. Außenministerium, 339 f.
Galet, belg. General, 339, 343
Gauthier, franz. Marineminister, 209, 243, 328, 330
Génie, franz. Militärattaché in Brüssel, 341 f., 344
Georg V., König von England, 5, 14, 79—81, 109—111, 121, 128 f., 132, 155, 170 f., 175—178, 190, 192 f., 195, 221 f., 243 f., 257, 272, 277—279, 283, 286, 289—291, 295, 301, 308, 311, 325, 342, 346, 348 f., 359, 421
Gerard, James Watson, amerik. Botschafter in Berlin, 116 f., 398
Giers, Alexander, russ. Gesandter in Cetinje, 13
Giers, Michail, russ. Botschafter in Konstantinopel, 15
Gladstone, William Ewart, engl. Staatsmann, 256, 304, 308, 310, 312, 353
Gooch, G. P., engl. Historiker, 174
Goremykin, Iwan, russ. Ministerpräsident, 34 f., 46, 50, 157, 174
Goschen, Sir William Edward, brit. Botschafter in Berlin, 40, 82—85, 106, 110, 117, 126 f., 135 f., 142—144, 167, 185 f., 191, 195, 216, 253, 260 f., 263, 265, 269 f., 272, 277 f., 283, 294, 316 f., 357, 367, 382, 385, 390, 397—401
Goulding, Lord, 284
Graevenitz von, General, 112
Granville, Lord, 312, 353
Greindl, Baron, ehem. belgischer Gesandter in Berlin, 338
Grey, Sir Edward, brit. Staatssekretär des Äußern, 8 f., 12, 14, 17, 19 f., 24 f., 39, 41, 56, 63, 75—77, 81, 83—86, 94—96, 99—101, 104, 106 f., 109—112, 117 bis 119, 126 f., 142—146, 149, 151, 161 f., 169 f., 177, 180, 185 f., 188 f., 191—195, 200—202, 206, 210, 213, 218, 221, 225—227, 234 f., 242 f., 246—248, 252—286, 288—304, 305 bis 315, 318 f., 321, 323, 327, 329, 334 bis 337, 340 f., 343, 345—359, 361—363, 367, 373, 379, 381—389, 392, 397 f., 400, 409 f., 415—417, 421 f.
Grigorowitsch, Iwan K., russ. Marineminister, 15, 35, 38, 47, 66, 174
Gustav V., König von Schweden, 138

Haeften, Hans von, Major im Generalstab, 122
Haeseler, Gottlieb von, Generalfeldmarschall, 224
Hahnke, von, Major im Generalstab, 191
Haldane, Richard Burdon, Staatssekretär des Krieges, 257, 260, 289, 307, 314 f., 346, 348, 350, 358, 383, 391
Hammann, Otto, deutscher Pressechef, 196
Hanoteau, belg. General, 339
Harcourt, Lewis, engl. Kolonialminister, 256, 307
Hartwich, Nikolaus Henrikowitsch von, russ. Gesandter in Belgrad, 29, 33
Hasse, Hauptmann im Generalstab, 107
Hatzfeldt, Hermann Prinz zu, Botschaftsrat in Paris, 376—378
Haus, Anton, k. u. k. Marinekommandant, Vizeadmiral, 149, 406 f.
Heinrich, Prinz von Preußen, Bruder Wilhelms II., 20, 79—81, 85, 109 f., 121, 129, 132, 272, 277, 279

Hell, Oberst im Generalstab, 125
Hennion, Pariser Polizeipräsident, 233
Herrick, Myron T., amerik. Botschafter in Paris, 229 f., 379
Hervé, Gustave, franz. Historiker, 205
Heuvel, van der, belg. Diplomat, 339
Hintze, von, Kapitän zur See, Militärbevollmächtigter in Petersburg, 318
Hohenlohe-Schillingsfürst, Franz Prinz zu, k. u. k. Militärattaché in Petersburg, 7, 16, 94
Hoyos, Ludwig Graf, k. u. k. Legationsrat, 97, 101, 149
Humbert, franz. Senator, 204, 332
Hutten-Czapski, Bogdan Graf von, Politiker, 138
Hymans, belg. Politiker, 338 f.

Ignatiew, Graf von, Oberst, russ. Militärattaché in Paris, 23, 205, 210 f., 214, 231, 235 bis 237, 246, 378
Imperiali, Marchese, ital. Botschafter in London, 258
Iswolski, Alexander Petrowitsch, russ. Botschafter in Paris, 6, 17, 25, 46, 56, 69, 154, 168, 200—202, 205, 207—211, 214 f., 225 f., 231, 236—238, 243 f., 248—250, 267 f., 286, 329, 377, 379

Jackson, engl. Admiralstabschef, 309
Jagow, Gottlieb von, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 17, 31, 40, 57, 60, 70, 78 f., 81, 83—85, 106 f., 110, 116 bis 118, 120, 122, 125, 127 f., 130, 132, 134—136, 139, 141—144, 167, 172 f., 182, 185 f., 188 f., 195—197, 201, 216 f., 223, 228, 246, 261, 264, 270, 273 f., 277, 283, 293 f., 301, 313, 316, 318, 323, 334, 337, 339, 346 f., 361—366, 369 f., 374, 384 f., 390, 392 f., 396—401, 407
Januschkewitsch, russ. Generalstabschef, 2, 15, 18, 26 f., 34—37, 41 f., 45, 47 f., 50, 56, 58—60, 64—66, 82, 106, 219, 416
Jaurès, Jean, franz. Sozialist, 205, 233 f.
Jaurès, franz. Admiral, Bruder von Jean Jaurès, 233
Jellicoe, Lord, engl. Admiral, 253
Joffre, Joseph, franz. Generalstabschef, 12, 23, 205, 209, 211—214, 227 f., 232, 234, 240 f., 243, 245, 314, 325 bis 327, 373
Jonnart, franz. Kriegsminister, 23
Jovanović, Jovan M., serb. Gesandter in Wien, 203, 261
Jungbluth, belg. General, 339

Kageneck, Karl Graf, deutscher Militärattaché in Wien, 141, 151 f., 403
Kailer von Kaltenfels, Carl, Konteradmiral, 149
Kinsky, Fery Graf, 403
Kleinmichel, Marie Gräfin, 27
Kleist, von, Oberstleutnant, 138, 369
Klobukowski, franz. Gesandter in Brüssel, 201, 327, 332—334, 336, 340—343, 373
Klüber, von, Major, deutscher Militärattaché in Paris, 195
Konstantin I., König von Griechenland, 128, 138, 370
Kriege, Wirkl. Geheimrat, Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, 141 f., 196, 366
Kriwoschein, Nikolaus, russ. Landwirtschaftsminister, 27, 58—60, 63, 157, 170
Krobatin, Alexander Ritter von, k. u. k. Kriegsminister, 101, 147—149
Kudaschew, russ. Gesandter in Brüssel, 332 f., 341
Kudaschew, Nikolaus Fürst, russ. Botschaftsrat in Wien, 23, 403
Kundmann, Rudolf, k. u. k. Oberst, Adjutant Conrads, 125

Laguiche, Marquis de, Oberst, franz. Militärattaché in Petersburg, 12
Lahovary, Al. Em., rum. Gesandter in Paris, 235
Lalaing, Graf de, belg. Gesandter in London, 359, 382—384
Lansdowne, Henry Keith Marquis of, engl. Staatsmann, 257, 306, 346
Lansing, Robert, Staatssekretär in USA., 256
Lapeyrère, Boué de, Vizeadmiral, 381
Lardy, Charles, schweiz. Gesandter in Paris, 235
Larisch, Friedrich Graf von, k. u. k. Legationsrat, 180
Leman, belg. General, Verteidiger von Lüttich, 333
Lichnowsky, Karl Max Fürst, deutscher Botschafter in London, 12, 19, 70, 74—77, 96, 100, 106 f., 109—111, 118 f., 133, 143—145, 149, 161, 188 bis 191, 194 f., 206, 235, 254—260, 264—268, 270—272, 274—276, 280 f., 288, 290 f., 293, 296—299, 301 f., 304 f., 309—312, 318—321, 353, 356, 358, 360—363, 366—368, 373, 384 f., 387, 390, 392, 396, 400, 421
Liman von Sanders Pascha, Otto, General der Kavallerie, Führer der deutschen Militärmission in der Türkei, 138, 194
Lloyd, George, engl. Abgeordneter, 299, 305
Lloyd George, David, engl. Staatsmann, 1914 Schatzkanzler, 257, 275 f., 284, 292 f., 302, 306 f., 309, 313, 348, 391
Louis, Georges, franz. Botschafter, 203
Ludendorff, Erich, General der Infanterie, 240
Luise, Großherzogin von Baden, 109

Lyncker, Moritz Frhr. von, General, Chef des Militärkabinetts, 79, 188

MacDonald, Ramsay, engl. Staatsmann, 312, 328, 355
Maklakow, Nikolaus A., russ. Innenminister, 20, 35, 38, 66, 160
Malvy, Louis Jean, franz. Innenminister, 204, 229, 234, 328
Marees van Swinderen, holl. Gesandter in London, 389
Margerie, Bruno de, franz. Diplomat, 208, 210, 215, 230, 235—237, 241 f., 246, 376
Marie Adelheid, Großherzogin von Luxemburg, 323
Maria Feodorowna, Zarinwitwe, 259
Markow, Dr., russ. Journalist, 115 f.
Martin, William, franz. Diplomat, 222, 325, [379
Masterman, engl. Politiker, 307
McKenna, engl. Politiker, 307, 391
McKinnon Wood, engl. Politiker, 307, 313
Mensdorff-Pouilly, Albert Graf, k.u.k. Botschafter in London, 74, 95, 253 f., 264, 267 f., 272, 275, 278, 290, 299, 310, 356, 388, 410
Mérey von Kapos-Mere, Kajetan, k. u. k. Botschafter in Rom, 70, 75, 193, 322, 369 f.
Messimy, Adolphe, franz. Kriegsminister, 199, 204 f., 208—214, 216, 220, 227 f., 232, 234, 240 f., 243, 245—247, 325 f., 330, 363, 378
Metzger, Oberst, Chef des Operationsbüros i. k. u. k. Generalstab, 147
Michajlović, L., serb. Geschäftsträger in Rom, 76, 96, 254
Michel, franz. General, 201
Milne, Sir Berkeley, Admiral, 380, 408
Mirbach-Harff, Wilhelm Graf, Vortr. Rat im Auswärtigen Amt, 142
Mollard, franz. Gesandter in Luxemburg, 224, 248, 286, 295, 327
Moltke, Helmuth von, Generalstabschef, 71—73, 79—82, 84 f., 87, 90, 98, 106 bis 108, 112, 114 f., 120, 122 f., 125 f., 129 f., 134, 137 f., 140—142, 146—148, 151, 180, 182, 187—191, 194, 196, 235, 246, 317—320, 342, 362 f., 366, 384, 392, 404, 408, 416
Moltke, Helmuth von, Generalfeldmarschall, 144
Monkewitz, russ. General, 45
Morel, Edmund Dene, engl. Politiker und Schriftsteller, 355
Morley, John, Viscount, Lord-Präsident des Geheimen Rates, 256 f., 276, 291 f., 302, 307, 309 f., 312 f., 347 f., 383
Mossolow, Alexander, russ. General, 158 f.
Müller, Frhr. von, deutscher Gesandter im Haag, 319
Müller, von, Admiral, Chef des Marinekabinetts, 79, 81, 110, 188, 190
Müller, von, Korvettenkapitän, deutscher Marineattaché in London, 109—111, 115, 144, 305, 347, 361, 387
Mutius, Gerhard von, Botschaftsrat, 170
Mutius, von, Oberst, Flügeladjutant Kaiser Wilhelms II., 400

Napoleon I., 292
Neratow, Anatol A., russ. Diplomat, 24, 44, 155 f., 158
Nicolson, Sir Arthur, Unterstaatssekretär, 56, 186, 202, 227, 253, 255, 258 f., 261, 264 f., 271, 273, 276, 279, 281, 286, 288 f., 291, 297, 309, 355 f., 359, 384, 390, 415, 422
Nicolson, Harold George, engl. Diplomat, 390
Nikolai, Major im Generalstab, 125
Nikolaus II., Kaiser von Rußland, 1 f., 7—9, 18, 20 f., 24—30, 34—37, 41—55, 62—65, 67—69, 74, 76, 78—81, 83, 97, 102—104, 108 f., 111—113, 116 f., 119 f., 126, 128, 132, 134—137, 144 f., 148, 156—162, 164—166, 168—172, 174—178, 180, 183, 185, 192 f., 207, 210, 215 f., 219, 238, 243 f., 255, 261, 277, 287 f., 290, 294, 300 f., 305, 311, 325, 379, 413 f., 417 f.
Nikolaus Michajlowitsch, Großfürst, 30, 99
Nikolaj Nikolajewitsch, Großfürst, 18, 45, 50, 62, 157, 170, 178
Nilow, K. D., russ. Admiral, 66

Oliphant, Lancelot, engl. Diplomat, 390
Onslow, Lord, 356
Oppenheimer, Sir F., engl. Handelsattaché, 86
Oskar, Prinz von Preußen, Oberst, 139
Ottmer, Gerhard, 26

Page, Walter Hines, amerik. Botschafter in London, 256, 282, 359, 387 f.
Paléologue, Georges Maurice, franz. Botschafter in Petersburg, 9 f., 13, 18, 21, 23 f., 40, 46, 50, 59, 62, 67—69, 154 bis 157, 162, 168, 171, 174 f., 202, 205, 209, 212, 214 f., 218—222, 226 f., 231, 233, 237—239, 244 f., 250, 270, 329, 379
Pallavicini, Johann Markgraf, k. u. k. Botschafter in Konstantinopel, 194, 261
Panouse, Oberst, franz. Militärattaché in London, 252, 283, 298
Pašić, Nikola, serb. Ministerpräsident, 4, 7, 17, 28, 414
Peter I., König von Serbien, 4
Peter der Große, 157
Pichon, Stephan, ehem. franz. Außenminister, 201, 203

Pless, Daisy, Fürstin, 129
Plessen, Hans Georg Hermann von, Generaladjutant Kaiser Wilhelms II. 187, 189, 317
Pohl, Hugo von, Chef des Admiralstabes, 79, 81, 110, 130, 408
Poincaré, Raymond, Präsident der franz. Republik, 51, 85, 110, 151, 198 f., 201, 204, 206, 208 f., 212, 214, 217 f., 220, 221 f., 226, 231, 233, 242—244, 247, 249 f.,273, 279, 281, 286, 288, 295, 300, 325 f., 350, 374, 377, 379, 419
Poklewski-Koziel, Stanislaus A., russ. Gesandter in Bukarest, 9, 15, 51
Pollio, Alb., ital. Generalstabschef, 97
Polly, Dr., russ. Journalist, 15
Ponsonby, Sir Arthur, engl. Politiker und Publizist, 355
Pourtalès, Friedrich Graf, deutscher Botschafter in Petersburg, 3—8, 10 bis 12, 14, 18—21, 23—26, 31—33, 36, 38—46, 48, 52—56, 60—62, 67 f., 73 f., 77 f., 81—83, 90, 92, 97, 99, 108, 111, 117, 119, 121 f., 130, 133, 141 f., 145, 153, 155—160, 163, 165 f., 168—174, 176, 178—181, 185, 193 f., 197, 207, 210, 215, 219, 221, 223, 228, 238, 245, 261, 263, 265—267, 273, 283, 286, 316, 402, 415—417
Prohaska, Oscar, k. u. k. Vizekonsul, 58

Raisp, k. u. k. Konteradmiral, 406
Rasputin, Grigorij Jefimowitsch, russ. Mönch, 178, 193
Redmond, Führer der irischen Home-Rule-Party, 355, 387
Renault, Louis, franz. Jurist, Inhaber des Friedensnobelpreises, 198, 229
Ribot, Alexandre, franz. Ministerpräsident, 203
Riddell, Lord, 313
Rodd, Sir James Rennell, engl. Botschafter in Rom, 221, 232, 255, 271, 389
Rodzianko, Präsident der Reichsduma, 62 f.
Ronshin, russ. General, 2, 15
Rosenberg, von, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 142
Ruspoli, Mario Prinz zu, ital. Geschäftsträger in Paris, 203, 372
Russin, Chef des russ. Marinegeneralstabs, 16, 30, 160
Ryckel, de, belg. General, 339

Saint-Seine, Graf de, franz. Marine-Attaché in London, 218, 309, 311
Samuel, Herbert Louis, Sir, Mitglied des engl. Kabinetts, 307
San Giuliano, Antonino Marchese di, ital. Außenminister, 40, 70, 96, 119, 203, 233, 241, 254 f., 258, 261, 321 f., 369 f., 372, 389
Sasonow, Sergej Dimitrijewitsch, russ. Außenminister, 1, 3—15, 17, 19—27, 29, 31—47, 49—69, 73—76, 78, 81 f., 90, 92, 95—99, 103 f., 106, 108, 111, 116, 118 f., 121 f., 127, 133, 144 f., 149, 151, 153—159, 161—166, 168—181, 185 f., 192, 200, 202, 205, 207, 209 bis 211, 215, 217, 219, 226 f., 231 f., 236, 238, 241, 244, 247—249, 252, 255, 260 f., 263, 265—268, 270 f., 273 f., 282, 294, 298—300, 302 f., 317, 329, 341, 377, 379, 402 f., 405 f., 416 f., 419
Sawinski, Alexander A., russ. Gesandter in Sofia, 15
Schebeko, Nikolaus, russ. Botschafter in Wien, 5 f., 17, 25, 32, 35, 38—40, 75—77, 91—93, 97—99, 103—105, 118, 150 f., 162, 200, 202 f., 223, 226, 232, 252, 255, 272, 274, 277, 290, 324, 402—406
Schilling, Moritz F., Frhr. von, russ. Diplomat, 26, 32 f., 43 f., 63, 65, 160, 168, 172—174
Schoen, Wilhelm, Frhr. von, deutscher Botschafter in Paris, 10, 25, 74, 119, 133, 136, 191, 195, 200, 203 f., 225, 228 bis 233, 241—245, 248, 286, 296, 317, 327, 363 f., 367 f., 374, 376—379
Schtscheglowitow, Iwan, russ. Justizminister, 157
Schubert, von, Legationssekretär, 279, 288, 313
Sell, von, Major und Adjutant des Reichskanzlers, 180
Selliers de Moranville, belg. General, 332—334, 336, 339
Serret, Oberst, franz. Militärattaché in Berlin, 216, 224, 245
Sewastopulo, Matwei M., russ. Geschäftsträger in Paris, 9, 208
Simon, John, engl. Staatsmann, 307, 313, 347 f., 358, 383
Smith (Lord Birkenhead), 272, 284
Souchon, Wilhelm, deutscher Admiral, Chef der Mittelmeerdivision, 406
Spalajković, Miroslav, Dr., serb. Gesandter in Petersburg, 7 f., 15, 17, 26, 163, 414
Stamfordham, Lord, Privatsekretär König Georgs V., 222, 286
Steed, Wikham, Times-Korrespondent, 284, 306, 355 f.
Stefanović, Dušan, serb. Kriegsminister, 7
Steinitz, Ritter von, Major im k. u. k. Generalstab, 147
Strandtmann, Wassili N., von, russ. Geschäftsträger in Belgrad, 5, 16, 25, 42, 46, 57 f.
Stumm, Wilhelm Frhr. von, Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, 101, 118, 129—131, 142, 150, 196

Stürgkh, Karl Graf, österr. Ministerpräsident, 23, 89, 148—150
Suchomlinow, Wladimir A., russ. Kriegsminister, 6 f., 11, 18, 24, 27, 33—35, 37, 45, 47, 50, 58 f., 62, 64, 66, 82, 94, 106, 157, 160, 174, 193
Swerbejew, Sergei, russ. Botschafter in Berlin, 6, 57, 62, 83, 108, 115 f., 121 f., 127 f., 133—136, 155, 174, 191, 228, 232, 316, 368
Szápáry von Szápár, Friedrich Graf, k. u. k. Botschafter in Petersburg, 3—5, 7 f., 12, 17, 19, 21—23, 29, 32, 41 f., 74 f., 94, 96—99, 103 f., 117 f., 153, 155, 157, 160, 162—165, 168, 238, 274, 294, 405 f., 415 f.
Szécsen von Temerin, Nikolaus Graf, k. u. k. Botschafter in Paris, 215, 235 f., 246, 250, 362, 374, 378, 409
Szögyény-Marich, Ladislaus Graf, k. u. k. Botschafter in Berlin, 70 f., 73 f., 76, 93, 96 f., 107, 117 f., 126, 134, 146 bis 148, 151, 186, 193 f., 361 f.

Tankosić, Voislav, serb. Major, 97
Tatischtschew, Ilja L., russ. General, zugeteilt der Person Kaiser Wilhelms II., 51, 58 f., 63—65, 67, 102, 108, 128, 417
Teleszky, Johann, Dr., ungarischer Finanzminister, 148
Temperley, Harold W., engl. Historiker, 302
Thomson, franz. Handelsminister, 204
Tirpitz, Alfred von, Großadmiral, 79—81, 113 f., 129 f., 139, 185, 187—190, 196 f., 317 f., 360 f., 396
Tisza, Stephan Graf, ungarischer Ministerpräsident, 70, 92, 102, 118 f., 121, 124, 148—150
Tittoni, Tommaso, ital. Botschafter in Paris, 372
Treutler, von, preuß. Gesandter in München, 368
Trevelyan, George Macaulay, engl. Historiker, 288, 315, 421 f.
Trubetzkoy, Grigori Fürst, russ. Diplomat, 29, 33, 44, 63, 79
Tschirschky und Boegendorff, Heinrich von, deutscher Botschafter in Wien, 17, 43, 57, 75—78, 81, 89—94, 96—102, 111, 118 f., 121, 128—130, 132, 134, 146, 150 f., 169, 172, 191, 195, 274, 277, 404
Tugan-Baranowski, russ. Hauptmann, 47 f.
Tyrrell, Sir William, Privatsekretär Sir Edward Greys, 70, 188, 255, 266, 268, 279, 288, 290 f., 358, 384—386, 388

Ursel, Graf d', belg. Diplomat, 340

Varnbüler, Frhr. von, württemb. Gesandter in Berlin, 112
Vesnić, Milenko R., Dr., serb. Gesandter in Paris, 199, 235 f.
Victor Emanuel III., König von Italien, 5, 138, 193, 369 f.
Villain, 234
Villiers, Sir Francis, engl. Gesandter in Brüssel, 256, 282, 289, 308, 334—336, 340—342, 346, 358, 382, 384
Viviani, René, franz. Ministerpräsident und Außenminister, 9, 23, 68 f., 74, 136, 155, 161, 181, 191 f., 198 f., 201, 203—205, 208—210, 212, 214—219, 222 f., 226, 228—231, 233 f., 236, 240, 242 f., 245, 248—250, 265, 276, 280, 286, 289, 296—298, 300, 310, 312, 327 bis 330, 335, 345, 358, 363, 372, 375 bis 377, 379
Volkmann, Erich Otto, Hauptmann im Generalstab, 124 f.

Wahnschaffe, Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, 130, 188
Waldthausen, von, deutscher Gesandter in Bukarest, 128, 322
Wangenheim, Hans Frhr. von, deutscher Botschafter in Konstantinopel, 194, 370
Wedel, Botho Graf, Diplomat, 401
Whitlock, amerik. Gesandter in Brüssel, 343
Wilhelm I., Deutscher Kaiser, 144
Wilhelm II., Deutscher Kaiser, 14, 17, 24, 28—34, 44, 46—48, 50—55, 60, 63, 66—68, 74, 76, 78—83, 89, 91 f., 97, 102 f., 108—115, 117—121, 123, 126, 128—130, 132, 134—139, 141, 143 bis 145, 148—152, 156—160, 162—164, 166, 169—172, 174—176, 180 f., 183 bis 185, 187—195, 198, 219, 221, 224, 235, 254, 260, 262, 271 f., 274, 277 bis 279, 287, 294, 301, 305, 317 f., 323, 325, 336 f., 343, 360—362, 365—367, 369 f., 393—396, 400, 405, 417, 421
Wilhelm, Deutscher Kronprinz, 139, 336
Wilson, amerik. Botschafter in Petersburg, 8, 13
Wilson, Sir Henry, engl. General, 283 f., 288 f., 299, 306, 314, 383
Wrisberg, von, Oberstleutnant, 191
Wyneken, Alexander, Baron, russ. Militärattaché in Wien, 57, 92

Yarde-Buller, Oberst, engl. Militärattaché in Paris, 205, 246 f.

Zimmermann, Alfred, Unterstaatssekretär, 43, 70 f., 84 f., 116—118, 126, 130, 182, 185 f., 188, 196, 216 f., 317, 400
Zwehl, Hans von, General der Infanterie a. D., 182

BIBLIOTEKA NAUKOWA
WAP